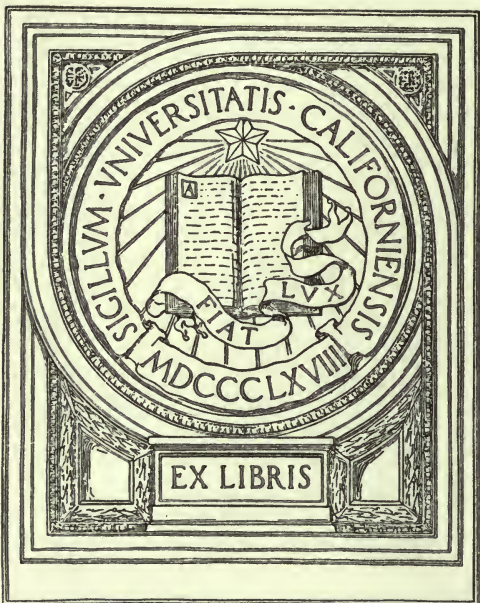


· FROM THE LIBRARY OF ·
· KONRAD BURDACH ·



EX LIBRIS

Über den Tag, daß Leutegregor V.
Kurfürst von Köln aufstand, bei Nord
v. Löss u. A. / Th. Storupf, die goldene
Form des Nordens von Löss; Köln 18.

DIE STAUFISCHEN KAISERWAHLEN
UND DIE ENTSTEHUNG
DES KURFÜRSTENTUMS

FORSCHUNGEN VON
HERMANN BLOCH



1911

LEIPZIG UND BERLIN

DRUCK UND VERLAG VON B. G. TEUBNER



DIE STAUFISCHEN KAISERWAHLEN UND DIE ENTSTEHUNG DES KURFÜRSTENTUMS

FORSCHUNGEN VON
HERMANN BLOCH X



1911

LEIPZIG UND BERLIN

DRUCK UND VERLAG VON B. G. TEUBNER

ALLE RECHTE,
EINSCHLIESSLICH DES ÜBERSETZUNGSRECHTS, VORBEHALTEN.

JN 3250

C83 B56

WILHELM ARNDT
PAUL SCHEFFER-BOICHORST

ZUM GEDÄCHTNIS

M323321

VORWORT.

Eine Arbeit, die nach zwei Jahrzehnten an das anknüpft, was der Student einst ahnend und tastend zu fassen versuchte, mag mit besonderem Rechte dem Andenken der beiden verehrtesten Lehrer gewidmet werden.

An Wilhelm Arndt, der mit eigenen Schriften nur wenig hervorgetreten ist, erfüllen zudem die Schüler eine, von vielen bereits abgetragene Ehrenschild, wenn sie an ihrem Teile dazu helfen, daß sein Name als der eines der vornehmsten Erzieher aus der Schule von G. Waitz dauernd bewahrt bleibe.

Bei Paul Scheffer-Boichorst bedarf's dessen nicht; ihn nennen, heißt sich als bescheidenes Glied durch ihn der Reihe der Forscher verbinden, die der Erkenntnis unseres Mittelalters Leben und Lehren geweiht.

Für mich stehen zudem die folgenden Untersuchungen in enger Beziehung zu Seminarübungen, die W. Arndt zu Leipzig im Wintersemester 1888/9 über die Wahl Heinrichs (VII.), in Berlin Scheffer-Boichorst anfangs des Winters 1890/91 über die Doppelwahl von 1198 gehalten hat. Hier wie dort wurde ein befriedigender Abschluß nicht gewonnen, weil — wie ich heut zu verstehen glaube — beide Ereignisse für sich allein betrachtet nicht ausreichen, die politischen Ideen zu erkennen, die sich in ihnen darstellen.

Erst als ich in eigenen Übungen im Oberkurs des Rostocker Historischen Seminars während des Wintersemesters 1905/6 die staufischen Wahlen zusammenhängend untersuchen ließ, fingen die Rätsel an, sich mir zu lösen, und die scheinbar regellose Folge von Handlungen gewann einen bestimmten Sinn. Damals haben wir zum ersten Male von „Kaiserwahlen“ der Stauferzeit gesprochen, und die Mitglieder der „Historischen Gesellschaft“ waren in unsern Übungen eifrig mit mir bemüht, ihren Spuren in den Briefen Innocenz' III. nachzuforschen. Seitdem sind wir im Seminar wiederholt zu diesen Problemen zurückgekehrt, und in

glücklichen Stunden ward manche Beziehung neu entdeckt, mancher Beweis zuerst geliefert. Wenn ich gern und dankbar daran erinnere, so geschieht auch das, ein jeder weiß es, im Geiste der Männer, deren Namen dem Buche vorangehen.

Außerdem wäre es, wie ich meine, eine besondere Freude zumal für Scheffer-Boichorst gewesen, daß die folgenden Untersuchungen an nicht wenigen Stellen die Verbindung zu den Gedanken suchen, die Julius Ficker vor etwa einem halben Jahrhundert zuerst ausgesprochen hat und die, wenn auch immer hoch gewertet, doch nur wenig weitergeführt worden sind. Wieviel ich für die beiden Aufsätze, die ich hier vorlege, seinen verschiedenen Schriften danke, soll nicht unausgesprochen bleiben.

Beide Arbeiten sind eng ineinander verschränkt. Die erste — von der zwei Teile bereits in der Historischen Vierteljahrschrift 1909 veröffentlicht waren¹ — lehrt, wie im Kampfe der Päpste gegen die Staufer die „Kaiserwahl“ hüben und drüben als Ausdruck bestimmter Rechtsgedanken geübt wird; sie erforscht, wie in den Gegensätzen der Parteien die einzelnen Momente von Wahl, Krönung, päpstlicher Bestätigung jeweils ihr besonderes Recht an der Übertragung der Kaisergewalt im imperium Romanum beanspruchen und wie dabei weltliche und kirchliche, deutsch-nationale und papale Staatsidee miteinander ringen.

Der zweite Aufsatz zeigt, wie in diesen Kämpfen die äußeren Formen der deutschen Wahl umgebildet und schließlich gefestigt worden sind. In der Notwendigkeit, die Wahlhandlung jeder Anfechtung zu entziehen, um mit ihr die Herrschaft im Reich rechtsgültig zu übertragen, erkennen wir die treibende Ursache, die bewirkt hat, daß die Kur auf den jüngeren Reichsfürstenstand und schließlich auf den Kreis der sieben geistlichen und weltlichen Erzbeamten beschränkt wurde. Was G. Seeliger über den äußeren Gang dieser Wandlung früher gewonnen hatte, wird in seinem, durch unsere veränderte Fragestellung neu bestimmten Ablauf aus dem Reichsbegriff der Stauferzeit begründet. Die „Kaiserwahl“ der deutschen Fürsten erscheint als die Vorbedingung, aus der heraus wir die Entstehung des Kurfürstentums zu begreifen vermögen.

¹ Die Seitenzahlen des dortigen Abdrucks, der, von wenigen Änderungen abgesehen, wiederholt wurde, sind angegeben.

Wenn insoweit die zweite Untersuchung durchaus eine Folge der ersten ist, so liefert sie andererseits für deren Abschluß selbst wieder die unerläßliche Voraussetzung.¹ Denn nur wer sich von der allmählichen Verengerung des fürstlichen Wählerkreises überzeugt hat, die bis zur Erhebung Wilhelms von Holland eingetreten ist, versteht die Bedeutung, die ich dem Braunschweiger Reichstag von 1252 beimesse: mit seinem ersten, von Zeumer entdeckten Weistum geht die Geschichte der staufischen Kaiserwahl würdig zu Ende, indem es dem in ihr ruhenden Staatsgedanken die bleibende Form gibt; mit dem zweiten Spruch aber, den ich als seine notwendige Ergänzung postulieren mußte, hebt die eigentliche Geschichte des Kurfürstentums an.

So gipfeln beide Aufsätze in den Vorgängen von 1252 und mögen geradezu als ihre Vorgeschichte angesehen werden. Vor wenigen Jahren erst hat ihnen ein glücklicher Fund den gebührenden Platz in der Geschichte der Zeit angewiesen. Mit herzlicher Verehrung für K. Zeumer bekenne ich, daß ich hier auf dem Boden ernte, den er für die Wissenschaft bestellt hat.

Was von ihm für den Braunschweiger Reichstag, gilt für meine Ausführungen über die ‚*electio canonica*‘ von H. Bresslau. Der Nachweis, daß Innocenz IV. bewußt und entschlossen die deutsche Erhebung den Normen der kanonischen Wahl unterwerfen wollte, schafft seiner wichtigen, an den Ereignissen von 1257 gemachten Beobachtung einen weiten Hintergrund. Durch sie wurde ich vor Jahren zuerst dazu veranlaßt — was seitdem von anderer Seite wiederholt geschehen ist —, die kirchenrechtlichen Quellen energischer heranzuziehen. Wenn gerade hierdurch ein Fortschritt erzielt worden ist, so scheint er mir zum andern Teil durch die Methode der Forschung bedingt, die gewissenhaft zu üben ich bemüht war. Auch um deswillen gehört dies Buch den Männern, die den Schüler ihre Wissenschaft gelehrt.

Freilich mag manch Einer meinen, daß ich diesen oder jenen Schluß zu kühn ziehe, daß ich zu weit mich vorwage, noch das Letztmögliche zu erfassen. Allein eine Forschung, die über die Kritik des Einzelnen hinaus zum Aufbau neuer Einsicht führen,

¹ Der Forscher, der meinen Beweis nachprüfen will, wird daher den zweiten Aufsatz vor dem Abschnitt XVI über die Braunschweiger Weistümer einschieben müssen.

die Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis weiter stecken will, muß auch wohl den Mut des Irrs und darf ihn haben, wofern damit nur für nachfolgende Arbeiter der Weg zur Wahrheit freier gemacht wird.

Durchaus nirgend als ein Abschluß, sondern nur als ein Ausgangspunkt für neue, immer tiefer dringende Leistung sollen meine Untersuchungen betrachtet werden. Ihre Probleme sind aus staufischen Zeugnissen selbst gewiß noch mannigfach zu beleuchten; ihrer Vorgeschichte wird immer entschlossener in den früheren Jahrhunderten nachzuspüren sein; vor allen Dingen aber wird es gelten, das Fortwirken der Gedanken Schritt für Schritt zu verfolgen. Ich habe, von wenigen Ausnahmen abgesehen, absichtlich darauf verzichtet, die späteren Kämpfe mit den Päpsten zum Vergleich und ihre Quellen¹ zur willkommenen Stütze des Beweises heranzuziehen; es sollte jeder Schein vermieden werden, als ob Gedanken des 14. Jahrh. in eine frühere Epoche zurückverlegt würden; alles kam darauf an, das Geschehen der Stauferzeit aus sich selbst zu erklären. Und wo immer ich mich getäuscht, was auch zu ergänzen sein mag², ich hoffe, daß dieser Versuch, den inneren Zusammenhang bedeutender Ereignisse aufzudecken, die Gedanken und die Taten großer Männer zu verstehen, unser aller Augen für die Erkenntnis der wirkenden Kräfte mittelalterlichen Lebens schärfe, in denen die Keime zukünftiger Entwicklung auf unsere Gegenwart hin beruhen.

Meine Arbeit haben die Freunde ermutigend begleitet. R. Hübner mit seinem allzeit gewährten Rat, W. Lenels tatkräftige Hilfe und nicht zum wenigsten die geliebte Frau haben gemeinsam ihr Teil daran, daß sie zu Ende geführt worden ist.

ROSTOCK, den 21. Oktober 1910.

HERMANN BLOCH.

¹ Insbesondere habe ich der Versuchung widerstanden, die theoretischen Anschauungen der *Determinatio compendiosa de iurisdictione imperii* (Fontes iuris Germanici ed. Krammer 1909) mit zu benutzen, die an entscheidenden Stellen den Gedanken Innocenz' IV. und seines Kreises außerordentlich nahe stehen.

² Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß am Schlusse des Anhangs (S. 376 ff.) einzelne Nachträge und Verbesserungen gegeben sind.

INHALT.

Die staufischen Kaiserwahlen.

Erster Teil. Die Freiheit des weltlichen Staats und die Kaiserwahl.	Seite
I. Von Nikolaus I. bis zum Ausgang des Investiturstreits	2—8
Bedeutung der Kaiserkrönung im Ausgang der Karolingerzeit: Nikolaus I., Kaiser Ludwig II., Papst Johann VIII. 2. — Italien und die Kaiserwürde; Otto I. 3. — Die deutsche Wahl zum rex Romanorum und die Weihe durch den Papst 4. — Das hierokratische Ideal Gregors VII. und die päpstliche Verfügung über das Kaisertum 5. — Gedanken über eine „Kaiserwahl“ durch die deutschen Fürsten und ihre Ablehnung durch Honorius von Augustodunum 6.	
II. Von Lothar III. bis zum Tage von Besançon	8—15
Nachrichten über Kaiserwahl Lothars 8. — Rex Romanorum et semper augustus als Titel Konrads III. 10. — Das Kaisertum als päpstliches Lehen; Hadrian IV. und Kardinal Roland 11. — Die Erklärungen von Besançon als Programm des durch die Wahl der Fürsten vergebenen imperium 12. — Friedrich I. und Rainald von Dassel als Vorkämpfer des weltlichen Staats 14. — Der staufische Reichsgedanke als nationales Ideal des deutschen Volks 14. — Die Trierer Stilübungen 15.	
III. Der „erwählte“ Kaiser der Römer.	16—20
Friedrichs I. Bemühungen um die Krönung Heinrichs VI. zum Mitkaiser 16. — Heinrichs Bezeichnung als Caesar 17. — Gregors VIII. Brief an Heinrich, ‚electo Romanorum imperatori‘ 18. — Der Titel, im ordo des Cencius wiederkehrend, die erste päpstliche Anerkennung einer deutschen Kaiserwahl 19.	
IV. Die Doppelwahl von 1198	20—27
Die Quellen über eine electio imperatoris 20. — Die Ladungsschreiben beider Parteien 20. — Die Erklärung von Speier und das freie Wahlkaisertum Philipps 22. — Die Briefe Ottos und seiner Anhänger als Zeugnisse der Unterwerfung unter den Papst 25.	
V. Innocenz III. und die Kaiserwahl	27—53
Die päpstlichen Ansprüche seit Frühjahr 1199 28. — Annäherung an die deutsche Anschauung 30. — Sendung des Diakons Aegidius im J. 1200 und Forderung der päpstlichen Entscheidung im Thronstreit 31. — Widerstand der Deutschen zugunsten der staufischen Staatsidee 32.	
Die Deliberatio Innocenz' III. und die Scheidung einer Wahl zum deutschen König von der Nomination zum römischen Kaiser 33. — Sendung Guidos von Praeneste Frühjahr 1201 und die provisio imperii durch den Papst 34. — Die Übernahme des staufischen Gedankens von der Kaiserwahl durch Innocenz und die Bestätigung Ottos zum rex in Romanorum imperatorem electus 36.	

Die deutsch-nationale Antwort im Bamberg-Hallischen Protest 39. — Die Unabhängigkeit der deutschen Wahl zum rex Romanorum und die Verpflichtung des Papstes zur Kaiserkrönung 41.

Die Entgegnung Innocenz' III. im Schreiben Venerabilem 42. — Approbation des rex in imperatorem postmodum promovendus als des „designierten“ Kaisers 43. — Die These von der päpstlichen Verleihung des Wahlrechts an die deutschen Fürsten 46. — Hinweis auf das Devolutionsrecht des Papstes 46. — Programmatische Bedeutung der Dekretale 48. — Staufische und päpstliche Auffassung von der Kaiserwahl 49. — Das Entschuldigungsschreiben Philipps von 1206 und das Kaiserrecht des römischen Königs 50.

Zweiter Teil. Königs- und Kaiserwahl im Kampfe Deutschlands mit Innocenz III.

VI. Das Krönungsrecht des Erzbischofs von Köln und der Reformplan Heinrichs VI. Seite 54—67

Die imperiale Idee und der Regierungsantritt mit der Wahl 54. — Der alte deutsche Brauch des Herrschaftsbeginns mit der Aachener Krönung 57. — Die Kaiserwahl im Gegensatz zum Kölner Krönungsrecht 58.

Der Reformplan Heinrichs VI. und der Widerstand Adolfs von Köln 59. — Heinrichs Verzicht auf die Erbmonarchie zugunsten eines staufischen Wahlkaisertums 61. — Adolfs Zustimmung zur Frankfurter Kaiserwahl Friedrichs II. gegen Anerkennung seines Krönungsrechts 62. — Die Erhebung Ottos IV. eine Verteidigung der Aachener Feier gegen die staufische Staatsidee 64. — Heinrichs VI. Überzeugung vom Eigenrecht des weltlichen Staats 66.

VII. Der Thronstreit und die deutsche Verfassung (die Wahlen von 1205 und 1208) 67—82

In der Doppelwahl stehen Rechtskraft von Wahl und Krönung gegeneinander 68. — Eingreifen Innocenz' III. 69. — Verbindung mit der kölnischen Partei und Übertragung der Herrschaft an Otto durch die päpstliche Konfirmation 70. — Widerstand Deutschlands gegen die Vernichtung deutschen Rechts durch den Papst 71.

Übergang Adolfs zu König Philipp 72. — Philipps neue Wahl und neue Krönung zu Aachen 72. — Innerer Gegensatz des Kölner Krönungsrechts zur päpstlichen Approbation in Hinsicht auf beider Rechtswirkung 74.

Die deutschen Parteien nach Philipps Tod 75. — Innocenz' III. Forderung der schlichten Anerkennung Ottos 75. — Einmütiger Widerstand der Deutschen und ihr Kompromiß auf förmliche Neuwahl Ottos 76. — Ottos Stellung seit Philipps Tode 77. — Die sächsische Wahl zu Halberstadt 79. — Die Frankfurter allgemeine Wahl Ottos, den der Papst als den „zum römischen Kaiser Erwählten“ bestätigt hatte, zum römischen König 80. — Sieg des deutschen Staatsgedankens über Innocenz III. 81.

VIII. Die Halberstädter Kaiserwahl Ottos, der Sachsenspiegel 82—89 und die glossa ordinaria des Decretum Gratiani.

Die Halberstädter Wahl eine „kaiserliche“ 82. — Einfluß der ost-sächsischen Wahlen von 1198 und 1208 auf Eike von Repgow und Johannes Teutonicus, den Domherrn von Halberstadt 84. — Der staufische Reichsgedanke im Sachsenspiegel und in der Glosse zum Dekret 86. — Die glossa ordinaria und das Gesetz Licet iuris von 1338 88.

- IX. Friedrichs II. Nürnberger Kaiserwahl von 1211 und die Frankfurter Königswahl von 1212. Seite 89—108

Die Quellen über Friedrichs Kaiserwahl 90. — Die Verbindung von Ottos Gegnern mit Innocenz III. 92. — Vorherige Zustimmung des Papstes zur Wahl Friedrichs und nachfolgende Einholung der Approbation 94. — Friedrichs Titel als des „zum römischen Kaiser Erwählten“ 95.

Widerspruch Deutschlands gegen ein Kaisertum von Papstes Gnaden 97. — Die Parteien und der Reichskanzler Konrad von Speier 98. — Plan einer unabhängigen Neuwahl Friedrichs 99.

Friedrichs Reise von Sizilien über Rom nach Deutschland und die Abwandlung seines Titels und seiner Haltung 100. — Der bewußte Gegensatz zur Nürnberger Kaiserwahl 102. — Die Frankfurter Neuwahl des „erwählten Kaisers der Römer“ zum römischen König 103. — Die Niederlage Innocenz' III. 104. — Stillschweigende Duldung der deutschen und der päpstlichen Anschauung von Friedrichs Herrschaftsrecht 105. — Die päpstliche Approbation der Kaiserwahl auf dem Laterankonzil von 1215 106. — Friedrichs Königstitel und das Wort Honorius' III. von der freien Wahl des rex Romanorum 107. — Die Wahlen im Spiegel der politischen Ideen 108.

Dritter Teil. Die deutsche Wahl im Dienste der Politik Friedrichs II.

- X. Die Königswahl Heinrichs (VII.) von 1220 109—124

Friedrichs Plan der unio regni et imperii 109. — Vorbereitungen zur deutschen Wahl seines Sohnes 110. — Abneigung der Fürsten 112. — Die beiden Schreiben Friedrichs und Kanzler Konrads an Honorius III. 113. — Ihre abweichenden Berichte über die Vorgänge zu Frankfurt und die Stellung Deutschlands zum Papst 114. — Das Recht der päpstlichen Approbation durch Friedrich anerkannt 116. — Verteidigung der deutschen unabhängigen Wahl durch die Fürsten 117. — Heinrichs (VII.) Wahl als Kompromiß der fürstlichen Parteien 118. — Kanzler Konrad und seine Sendung nach Rom 119. — Sieg der fürstlichen Politik über die Kurie und Friedrich II. 121. — Der Spruch Ulrichs von Singenberg über die Selbständigkeit der deutschen Wahl 122.

- XI. Das Königtum Heinrichs und Konrads Designation zum Kaisertum 124—148

Unterschied in den Erhebungen Heinrichs (VII.) und Konrads IV. 124. — Heinrichs Stellung seit der Wahl von 1220 bis zur Wahl und Krönung von 1222 125. — Der römische König zu Lebzeiten des kaiserlichen Vaters 127. — Heinrichs beschränkter Amtsauftrag für Deutschland 128. — Der selbständige Verwaltungsbezirk eines deutschen Königreichs innerhalb des imperium und die kaiserlichen Gerechtsame 129. — Gegensatz des „kaiserlichen“ Eigenrechts Heinrichs (VII.) zu seinem Statthalteramt 131. — Vergleich mit der Stellung der Söhne Heinrichs IV. 131. — Heinrichs (VII.) auf die Wahl gegründeter Anspruch auf Übung der Reichsgewalt 132. — Die Empörung 134.

Konrads Erhebung in Form der Designation, die das Eigenrecht auf Herrschaft ausschließt 135. — Das Wahldekret von 1237 136. — Wahl zum „römischen König und zukünftigen Kaiser“ nach des Vaters Tode 137. — Konrads Amtsauftrag als kaiserlicher Statthalter für Deutschland 138. — Der Eid über die Nachfolge im Reich; in der Lectura des cardinalis Ostiensis mit dem Eid für Friedrich II.

vom J. 1196 verglichen 138. — Wiederaufleben der staufischen Kaiserwahl 139. — Das Wahlkaisertum und die Unabhängigkeit des Reichs 142. — Fürstliches Wahl- und staufisches Erbrecht 143. — Friedrich II. im Kampf um den weltlichen Kaiserstaat 144.

Die Sonderstellung des regnum Alemanniae durch die Verwaltungsordnung Friedrichs II. 145. — Heinrich (VII.) und Konrad IV. als „deutsche“ Könige 146. — Die Zergliederung des regnum Romanum in ein Königreich Deutschland und in das Kaisergebiet Italiens und Burgunds 147.

Vierter Teil. Das kanonische Recht und die deutsche Wahl.

Seite

XII. Die päpstliche Weltherrschaft und das Kaisertum. 149—161

Kampf der Kirche gegen das staufische Kaisertum 149. — Gregor IX. im Kampf um Italien 150. — Das Auftreten Albert Behams; Drohungen mit dem päpstlichen Devolutionsrecht und der Trennung des imperium von Deutschland 151. — Eine provisio imperii durch Gregor IX.? 152. — Widerstand der Fürsten 153.

Die hierokratische Idee Innocenz' IV. 154. — Der Papst als Verweser Gottes auf Erden 155. — Die Dekretalenkommentare Innocenz' IV. und Heinrichs von Susa 156. — Die specialis coniunctio zwischen Papst und Kaiser 157. — Der Kaiser als ihr Vogt ein Beamter der römischen Kirche 159. — Oberhoheit des Papstes über den Kaiser 160. — Die päpstliche Vollgewalt und das Schlüsselrecht der Kirche 160.

XIII. Innocenz IV.: Das Reichsverweseramts des Papstes und die „kanonische“ Kaiserwahl 161—180

Der Papst als vicarius imperii 161. — Der Erlaß Licet ex suscepto von 1206 und die Glosse Innocenz' IV. über den Anspruch auf das Reichsvikariat vacante imperio 162.

Innocenz IV. übt das Kaiserrecht der legitimatio per rescriptum in Italien und Deutschland, doch nur während der Thronerledigung 164. — Eingreifen Innocenz' IV. und Alexanders IV. in Lehnssachen 167.

Sorge für die Nachfolge im Reich 169. — Das fürstliche Wahlrecht 170. — Aufsichts- und Devolutionsrecht des Papstes 171. — Die kanonische Kaiserwahl 171. — Die Weihe zugleich päpstliche Bestätigung 172.

Absetzung Friedrichs II. und Wahlbefehl 173. — Innocenz IV. und die deutschen Bischofswahlen 173. — Provisio per electionem canonicam 174. — Wahlbevormundung bei der Kaiserwahl von 1246 176. — Die Glosse Innocenz' IV. und das Verhalten Albert Behams 178. — Das Programm des Papsttums 179.

XIV. Innocenz IV.: Die Glosse zur Dekretale Venerabilem, die kanonische Wahl Heinrich Raspes und seine Approbation zum rex Romanorum. 180—209

Die Persönlichkeit des Papstes 180. — Kontrast der päpstlichen und der deutschen Idee vom imperium 181. — Gegensatz von freier Wahl und päpstlicher Approbation 182. — Verwaltungsordnung Friedrichs II. und die Dekretale Venerabilem 183. — Das Königtum Ottos IV. nach der Dekretale und nach der Glosse Innocenz' IV. 184. — Die Designation zum Kaisertum und das Kölner Krönungsrecht 186. — Das „deutsche“ Königtum der Glosse und das regnum Alemanniae der Söhne Friedrichs II. 187.

Kanonische Wahl Heinrich Raspes zum rex Alemanniae et princeps Romanorum 189. — Das Zurückweichen Innocenz' IV. und sein

Nachtrag zur Glosse Coronamus 190. — Die Bestätigung des Kaisers nach der Wahl und vor der Weihe 192. — Das *ius administrandi* aus der Wahl und das *exercitium administrationis* aus der Konfirmation 193.

Übertragung der Kaisergewalt durch den Papst mit der Verleihung des Titels eines *rex Romanorum* 194. — Die Approbation Heinrichs 196. — Das Kaiserrecht des bestätigten Königs der Römer 197.

Die deutsche Auffassung vom deutsch-römischen Kaiserstaat und vom frei gewählten römischen König 198. — Ihre Umbiegung durch das päpstliche Zugeständnis vom Kaiserrecht des *rex Romanorum* 201. — Ein kaiserlich-römischer über dem deutschnationalen König 202. — Auflösung des *regnum Romanum* in ein deutsches Königreich und in die Kaiserlande Italien und Burgund gemäß der Verwaltungsteilung Friedrichs II. 203. — Die beschränkte königliche als Vorstufe zur kaiserlichen Herrschaft 205. — Die Erhebung des deutschen zum römischen König und die Übertragung kaiserlicher Gewalt durch die Approbation des Papstes 205. — Unterwerfung der deutschen Wahl unter päpstlichen Spruch 207.

Fünfter Teil. Der Kampf Deutschlands und Innocenz' IV. um das römische königtum.

- XV. Die Wahl Wilhelms zum römischen König (Oktober 1217) und das Ehrenrecht der Kölner Kirche. Seite 210—227

Der Widerstand gegen Heinrich Raspe, den *rex clericorum* 210. — Schwälerung des Kölner Krönungsrechtes durch seine kanonische Erhebung 212. — Nach seinem Tode schnelle Verständigung Konrads von Hochstaden mit Innocenz IV. 213. — Die Sendung des Kardinallegaten Petrus Capocci 214. — Die scheinbare Zurückhaltung des Papstes 215. — Die Worringer Wahl Wilhelms und seine Approbation zu kaiserlicher Herrschaft 216.

Wahl und Krönung zum *rex Romanorum* ein Erfolg des Kölner Erzbischofs 218. — Die Folge von Wahl, Bestätigung, Krönung 220. — Wilhelm, vom Papst als *rex Romanorum* bestätigt, führt selbst den Titel erst seit der Krönung, regiert aber schon seit der Wahl 223. — Sein „kaiserliches“ Walten in Deutschland, Italien, Burgund 224. — Das Herrschaftsrecht der Könige begründet auf die Approbation 226. — Beschränkte Bedeutung der Aachener Feier 227.

- XVI. Die Braunschweiger Weistümer über das Kaiserrecht des einmütig von den Kurfürsten erwählten Königs der Römer (1252 März 25) 228—267

Gegensatz der Parteien im Kampf ums Reich 228. — Bemühungen Innocenz' IV. um Wilhelms Anerkennung in Deutschland 230. — Tod Friedrichs II. und Aufbruch Konrads IV. nach Sizilien 231. — Sendung Jakobs von Laon und des Pönitentiaris Heinrich, auch an die Reichsstädte 232. — Päpstliches Zugeständnis der deutschen Wahl, gebunden an *unitas actus* und *confirmatio* 233. — Wilhelm zu Ostern 1251 mit dem Erzbischof von Trier in Lyon 234. — Sendung Hugos von S. Sabina und Heinrichs von Embrun 235. — Ihr Anteil am Ehevertrag mit Braunschweig 236.

Staufischer Imperialismus in Sachsen 237. — Vergleich der Stellung Wilhelms mit der Ottos IV. im J. 1208 237. — Lübecks Widerstreben, weil ihm die Stimmen von Sachsen und Brandenburg fehlten 238. — Umbildung des Kurrechts seit 1198 238. — Bedeutung der Reichsstädte 239. — Der deutsche Staatsgedanke 240.

Verhandlungen über Wilhelms Anerkennung 241. — Das kirchliche Zugeständnis einer Wahl *ad cautelam salutis* 241. — Nachwahl, nicht Neuwahl wie im J. 1208 242. — Kompromiß unter Mitwirkung der Legaten und Kanzler Heinrichs 243.

Der Braunschweiger Reichstag 244. — Seine Aufgabe, Wilhelm vom Gegenkönig zum Reichsherrscher zu machen 245. — Die beiden Reichsweistümer 246. — Ihre Anwendung auf Wilhelm durch die Nachwahl der beiden weltlichen Erzbeamten von Sachsen und Brandenburg 247. — Wilhelms Aufnahme als kaiserlicher Herrscher auf dem Zug durch Sachsen 248.

Der Sinn des ersten Weistums 249. — Eike von Repgow und der Gedanke von der Begründung der Herrschaft durch einmütige Wahl 250. — Das sächsische Laienbewußtsein wider den kölnischen und den päpstlichen Anspruch 251.

Der Sinn des zweiten Weistums, das nicht den Konsens der Reichsfürsten ausschließt, sondern die Stimmen aller Kurfürsten erfordert 252. — Notwendigkeit, den Abschluß der rechtsgültigen Wahl zu bestimmen 252. — Umdeutung des Spruchs zum Ausschluß des reichsfürstlichen Konsenses 253. — Entstehung des Kurfürstentums 253. — Die Niederlage Innocenz' IV., verglichen mit der Innocenz' III. 254. — Das Schweigen über die Vorgänge in Sachsen 255.

Der Frankfurter Reichstag vom Juli 1252 256. — Vorgehen gegen Konrad IV. und Margarete von Flandern 257. — Das Weistum und die Schreiben über die Mutung der Reichslehen 258. — Anerkennung des Kölner Krönungsrechts 259. — Der Regierungsantritt des gewählten, bestätigten und gekrönten *rex Romanorum* 261. — Fernbleiben der päpstlichen Legaten von Frankfurt 262. — Erzbischof Konrad als Gegner der päpstlichen Ansprüche 263. — Die deutsche Erhebung in Wahl und Krönung gegenüber Innocenz IV. und der Approbation 264. — Vordringen des hierokratischen Ideals und Niedergang des staufischen Reichsgedankens 265.

Ausgang.

XVII. Die staufischen Kaiserwahlen im Wandel der Weltanschauung.	Seite 268—280
--	------------------

Kampf der weltlichen und kirchlichen Staatsidee 268. — Das Recht der Kölner Kirche 269. — Das deutsche Königtum erst durch den Aufstieg zum *imperium* von der Papstkirche bedroht 269. — Die „Kaiserwahl“ im Dienst Innocenz' III. 270. — Die deutsche Verteidigung in der Wahl des *rex Romanorum* 270. — Der imperiale Gedanke unter Friedrich II. und die Kaiserwahl Konrads 271. — Die Verwaltungsordnung Friedrichs II. und die Wahlpolitik Innocenz' IV. 271.

Die Kaiserwahl im Programm Gregors IX. und Innocenz' IV. 272. — Der Aufstieg des Papsttums und die kanonische Wahl zum kaiserlichen Kirchenamt 272. — Staufischer und päpstlicher Reichsgedanke 273. — Die Handschriften des Sachsenspiegels und das kaiserliche Landrechtsbuch 274. — Vordringen der kirchlichen Weltanschauung 275.

Widerstand gegen das Vorgehen Innocenz' IV. 276. — Die Braunschweiger Weistümer als Programm Deutschlands 277. — Seine Aufnahme durch den Kurverein von Rense 278. — Der nationale Gedanke vom weltlichen Staat in den Kaiserwahlen der Stauferzeit 280.

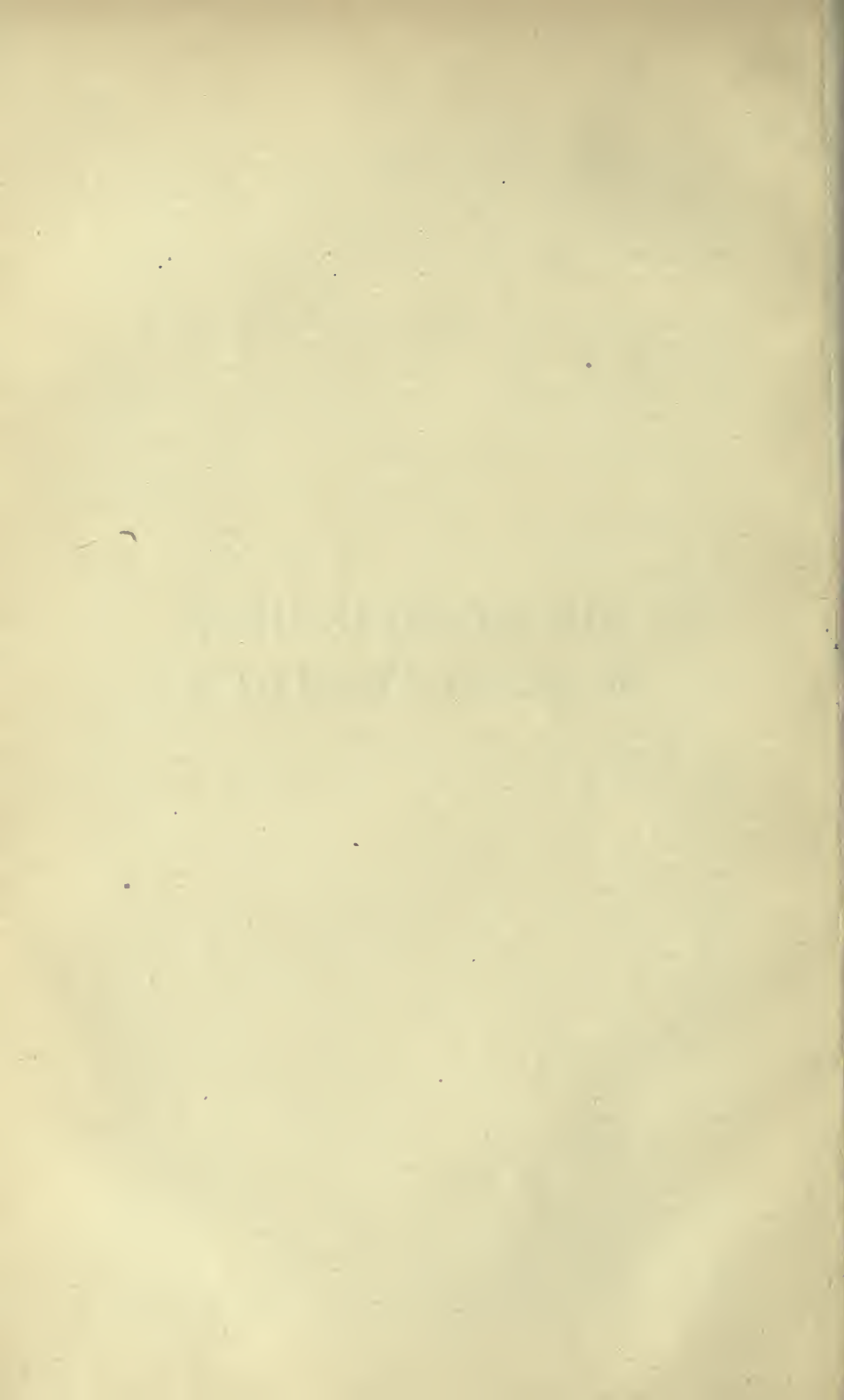
Beilage I. Der Kürspruch im Wahldekret von 1237	281—285
Beilage II. Ein Gutachten (Heinrichs von Susa, Bischofs von Sisteron) für Innocenz IV. auf dem Lyoner Konzil im Juli 1245	286—291

Die Entstehung des Kurfürstentums.

I. Die Bildung des Reichsfürstenstandes.	295—298
Die Forschung über das Kurkolleg 295. — Abschluß des Reichsfürstenstandes um 1180 296. — Das privilegium principum imperii 297. — Kurzes Nebeneinander von Amts- und Lehnshfürsten 298.	
II. Das Kurrecht der Reichsfürsten und das Vollwort der gräflichen Amtsfürsten.	298—306
Die Scheidung von Amtsfürsten (principes) und Lehnshfürsten (principes imperii) bei der Wahl Ottos von 1198 299. — Kur der Reichsfürsten und Konsens der Grafen 300. — Die principes electores der Chronik von Halberstadt 301. — Die Wahlhandlung mit Kur und Konsens im deutschen Recht nach Wipo 302. — Das Kurrecht der Reichsfürsten ein Ausfluß ihrer privilegierten Stellung 304. — Umwandlung des Kürspruchs zur Wahl des „kaiserlichen“ Herrschers 305. — Kurrecht der Reichsfürsten und Kaiserrecht des Königs 306.	
III. Das Vorstimmrecht der rheinischen Erzbischöfe und der weltlichen Erzbeamten des Reichs.	306—318
Zeugnisse Gisleberts von Mons und Rogers von Howden über fürstliche Wahlausschüsse 307. — Bevorzugte Sonderstellung einiger Fürsten 308. — Das Vorstimmrecht von Bedeutung für die weltlichen Fürsten 309. — Weltliche Vorstimmer bei Ottos Halberstädter Kur von 1208 309. — Vorstimmrecht bei der Wahl von 1198 311. — Äußerungen Innocenz' III. über Kur- und Vorstimmen 311. — Das Vorstimmrecht der weltlichen Fürsten als Gegengewicht gegen die Überzahl der geistlichen Reichsfürsten 313. — Übertragung der Vorstimmen an die Erzbeamten 315. — Vorrang bei der Krönung schafft Ehrenstellung bei der Wahl 316.	
IV. Die deutsche Wahl und der Sachsenspiegel	318—323
Hergang der Wahl am Ende des 12. Jahrhunderts 318. — Die Kaiserwahl im Sachsenspiegel 319. — Kurrecht der Reichsfürsten und Vorstimmen der Erzbeamten bei Eike 320. — Die bindende Vorberatung 320. — Neuordnung bei der Wahl Friedrichs II. von 1196? 321. — Die kaiserliche Kur zum weltlichen Kaisertum 322.	
V. Das ausschließliche Wahlrecht der Reichsfürsten: Die Kur der geistlichen und weltlichen Erzbeamten und das Vollwort der übrigen Reichsfürsten	323—337
Kur durch die Vorwähler und Konsens nur durch Reichsfürsten bei den Wahlen von 1237 und 1247 323. — Die Wahl von 1246 325. Übereinstimmung mit dem Bericht Alberts von Stade 326. — Seit 1237 Ausschluß der Grafen und Edlen vom Vollwort 327.	
Teilnahme der Grafen an den Wahlen von 1212 und 1220 328. — Die electores principes im Schreiben Kanzler Konrads von 1220 330. — Seit 1237 Gliederung der Wahl in Kur der sieben Erzbeamten (electores) und Konsens der übrigen Reichsfürsten 332. — Wahlrecht aller Kur- und Reichsfürsten 334. — Erhöhung der Reichsfürsten über den Grafenstand 335. — Das Wahldekret von 1237 verkündet die Neuordnung der Wahl 336. — Begünstigung des Reichsfürstentums durch Friedrich II. 337.	

VI. Die deutsche und die kanonische Kaiserwahl	337—350
<p>Der Hergang der Wahl unberührt durch Innocenz' IV. Forderung der „kanonischen“ Wahl 338. — Das fürstliche Eingeständnis von der Verleihung des Wahlrechts durch den Papst 339. — Die Erhebung zum Kirchenamt als „geistliche Ehe“ und der consensus als Bedingung der kanonischen Wahl 340. — Die electio communis per unum 340. — Die Wahl per inspirationem 341. — Die unitas actus der kirchlichen Wahl 342.</p> <p>Die deutschen Wahlen Heinrich Raspes und Wilhelms von Innocenz IV. als Inspirationswahlen gedeutet 343. — Die Wahlen von 1246 und 1247 als „kanonische“ 346. — Gegensatz der kirchlichen in einer Handlung abgeschlossenen Wahl zum deutschen Recht 347. — Die wiederholten deutschen Königswahlen als Ausdruck der germanischen Genossenschaftsidee und die unitas actus der Korporationswahl 348. — Erfolg Innocenz' IV. und sein Einfluß auf die deutsche Verfassung 349.</p>	
VII. Die Braunschweiger Reichssprüche und die „einmütige“ Wahl durch die sieben Kurfürsten	350—373
<p>Abschluß des Kurfürstentums durch den Widerstand gegen Wilhelms kanonische Wahl 350. — Bemühungen Innocenz' IV. um die Anerkennung Wilhelms 351. — Die „stillschweigende Zustimmung“ in der Neutralität des Braunschweigers und des Brandenburgers 351. — Matthaeus Paris über die Unvollkommenheit von Wilhelms Wahl wegen der fehlenden Stimmen von Pfalz und Brandenburg 352. — Höhere Wertung der kurfürstlichen Einzelstimmen vor der Gesamtstimme der Reichsfürsten 353. — Regierungsantritt durch Wahl, Krönung oder Approbation? 354. — Die Absicht der allgemeinen Anerkennung Wilhelms zwingt zur Klärung der Rechtslage 355. — Widerspruch Lübecks, gestützt auf die fehlenden Stimmen von Sachsen und Brandenburg 356. — Braunschweiger Hoftag vom März 1252 und Nachwahl durch die beiden Kurfürsten 356. — Folgen der Nachwahl 357. — Wilhelm als Reichsherrscher 358. — Vergleich der Wahl von 1252 mit den allgemeinen Neuwahlen von 1208 und 1212 359. — Lübecks Weigerung veranlaßt das erste Braunschweiger Weistum über das Kaiserrecht des in Eintracht erwählten Königs der Römer 360. — Seine Ergänzung durch einen zweiten Spruch über den Vollzug der einmütigen Wahl 361. — Das zweite Weistum über die einträchtige Wahl durch alle Kurfürsten 362. — Anwendung des zweiten Spruchs auf Wilhelm, der nur von den geistlichen Kurfürsten gewählt war 363. — Nachwahl durch die weltlichen Kurfürsten 364.</p> <p>Die Hypothese eines zweiten Weistums gestützt durch die Meldungen des Erfurter Dominikaners und des Matthaeus Paris 365. — Es erfüllt Zeumers Forderung von einem Weistum über die Kurfürsten vor der Doppelwahl von 1257 365. — Seine Bestätigung durch ein umgestaltetes Weistum aus der Zeit Richards von Cornwall im Entwurf der Bulle Qui celum 366. — Gegensatz der deutschen einmütigen zur kanonischen einheitlichen Wahl 368.</p> <p>Die Anfänge des Kurfürstentums und die Entwicklung des Reichsfürstenstandes 369. — Seit 1196/8 Kurrecht der Reichsfürsten und Vorstimmrecht der Erzbeamten 369. — Seit 1237 Ausschluß der Grafen vom Konsens 370. — Das Ehrenrecht der Kurstimmen tatsächlicher Rechtsvorzug 371. — Ausschluß der Reichsfürsten durch Deutung des zweiten Braunschweiger Weistums auf das alleinige Wahlrecht der Kurfürsten 372.</p>	
Anhang: Über einige neueste Literatur	374—380

DIE STAUFISCHEN
KAISERWAHLEN



Erster Teil.

„Eine Wahl zum Kaiser durch deutsche Fürsten ist eine Abnormität und nie vorher vorgekommen“ — so hat im J. 1889 K. Rodenberg¹ geurteilt, als er sich mit der „Kaiserwahl“ Friedrichs II. von 1211 auseinandersetzen mußte. Noch vor kurzem hatte auch K. Hampe² bei dem gleichen Anlaß erklärt: „Ein erwählter römischer Kaiser ist allerdings für das deutsche Mittelalter staatsrechtlich ein Unding.“ Die Beobachtung, daß diese, bis zum J. 1908 herrschende Auffassung falsch sei und daß in der Stauferzeit wiederholt deutsche kaiserliche Wahlen beabsichtigt und selbst vollzogen worden sind, eröffnet uns — einmal gemacht — tiefen Einblick in die politischen Ideen des 12. und 13. Jahrh.; in neues Licht rücken durch ihre Erklärung die Kämpfe zwischen Kaisertum und Papsttum; vor allem gewinnt die Haltung der Herrscher, aber auch die Stellung des deutschen Fürstentums die auf fester Überzeugung ruhende Geschlossenheit die wir bisher nur auf seiten der Päpste zu erblicken gewohnt waren: bestimmt umrissene Gedanken, die im letzten Grunde das Verhältnis der geistlichen zur weltlichen Gewalt behandeln, scheinen — über den Wechsel der Zeiten und Menschen hinweg — in der Politik Deutschlands gegenüber der machtvoll emporsteigenden Universalherrschaft der Kirche von den Tagen Friedrichs I. bis zu den Kämpfen Ludwigs des Bayern fortgewirkt zu haben.

¹ Über wiederholte deutsche Königswahlen (Gierkes Untersuchungen zur Rechtsgeschichte. Bd. 28), S. 33.

² Zur Geschichte des Klosters Marbach (Zeitschr. für Gesch. des Ober-rheins N. F. 20, S. 10). — Doch hat er inzwischen in seiner „Deutschen Kaiser-geschichte im Zeitalter der Salier und Staufer“ (Leipzig 1909) S. 197 seine Ansicht (unabhängig von Krammer) schon geändert.

Aus dem Kreise dieser Gedanken heutzutage einen Ausschnitt vorzutragen, treibt mich der Umstand, daß jüngst M. Krammer, durch seine auf die Geschichte des Kurfürstenkollegs zielenden Arbeiten veranlaßt und angeregt durch Mitteilungen, die ich ihm gab, das Problem der „Kaiserwahl“ in den Mittelpunkt seiner Schrift über den „Reichsgedanken des staufischen Kaiserhauses“¹ gerückt und es damit, soviel ich weiß, zum ersten Mal vor die Öffentlichkeit gebracht hat. Bei dem begrenzten Material, das allein ihm bekannt wurde, war er jedoch außerstande, seine Beobachtungen in den rechten historischen Rahmen einzufügen: er suchte sie aus einem Gegensatz der „imperialistischen staufischen Staatsauffassung“ zu der „bodenständigen Eigenart des deutschen Königtums“ zu erklären. Eine solche Anschauung führt indessen von dem Verständnis und von historischer Würdigung der Stauferzeit so weit ab², daß ich den dringenden Wunsch hege, mit den Mitteln, die mir im Augenblick zu Gebote stehen, die Forschung sogleich auf den Weg hinüberzulenken, den sie verfolgen muß, um die unzweifelhafte Tatsache der ‚electio imperatoris‘ für die Erkenntnis der staufischen „Staats- und Geistesgeschichte“ nutzbar zu machen. Aus der äußeren Geschichte der Kaiserwahl nämlich, die wir von ihren theoretischen Ausgängen her in ihren charakteristischen Abwandlungen bis zum Ende der Stauferzeit betrachten wollen, tritt der enge Zusammenhang mit dem Anspruch der Päpste auf die Bestätigung der deutschen Wahl überzeugend hervor. Von hier aus gewinnen wir das Verständnis für ihre wahre politische Bedeutung.

I.

Von Nikolaus I. bis zum Ausgang des Investiturstreits.

Seit dem Ende der Karolingerzeit galt es als Befugnis des Papstes, durch Krönung und Weihe die kaiserliche Würde zu verleihen; die päpstliche Konsekration war im Laufe des 9. Jahrhunderts von einer religiösen zu einer staatsrechtlichen Handlung

¹ Gierkes Untersuchungen. Bd. 95. — In meiner Besprechung in dem Maiheft der Göttinger Gelehrten Anzeigen 1909 habe ich mich vorwiegend darauf beschränkt, Krammers für seine Gesamtauffassung maßgebende Ansicht von dem Reichsreformplan Heinrichs VI. zu widerlegen.

² Und sie ist um so verlockender und gefährlicher, je enger sie bei Krammer mit den richtigen Betrachtungen über wirklich vollzogene Kaiserwahlen verknüpft ist.

geworden.¹ Nikolaus I. spricht es aus, daß die Karolinger ihre Erhebung den Päpsten zu danken haben.²

Bereits Kaiser Ludwig II. erklärte in seinem Schreiben an Kaiser Basilius II. im J. 871, daß die fränkischen Könige durch die päpstliche Salbung zu Kaisern erhoben wurden.³ Wenige Jahre darauf ließ Karl II. bekennen, daß ihn Johann VIII. zu Rom erwählt und gesalbt habe.⁴ Der Papst verkündete 877 auf der Synode zu Ravenna unter Berufung auf Papst Nikolaus I., daß er Karl II. gewählt und bestätigt habe.⁵

Bei dem Zerfall des karolingischen Reiches kam es dahin, daß die Päpste den jeweiligen König von Italien zum Kaiser krönten, bis mit Berengar I. im Beginne des 10. Jahrh. das Kaisertum erlosch. Erst nach der Eroberung Italiens erhielt Otto I. von Johann XII. unter der jubelnden Zustimmung des römischen Volkes wieder die kaiserliche Krönung. Seitdem waren die Päpste gebunden, den rechtmäßigen deutschen König, der ja zugleich über Italien herrschte, als Kaiser anzunehmen. Hieraus erwuchsen seit dem Aufstieg des Papsttums im 11. Jahrh. die Schwierigkeiten, die erst im ausgehenden Mittelalter durch geänderte Weltverhältnisse beseitigt worden sind. Die Päpste kamen

¹ Vgl. W. Sickel, Die Kaiserkrönungen von Karl bis Berengar (Hist. Zeitschr. N. F. 46, 1 ff.).

² Vgl. Hauck, Der Gedanke der päpstlichen Weltherrschaft S. 21.

³ MG. SS. 3, 521: „nam Francorum principes primo reges, deinde vero imperatores dicti sunt, hii dumtaxat qui a Romano pontifice ad hoc oleo sancto perfusi sunt“.

⁴ MG. Cap. II, 99. 348. 351: „eum ecclesie ipsius defensorem ac tutorem elegit imperialique diademate coronavit, eum prae cunctis solum et specialem eligens qui Romani imperii sceptrum teneret“.

⁵ Mansi, Concilia XVII, 262. 108: „elegimus hunc merito et approbavimus“. Doenitz, Ursprung und Bedeutung des Anspruchs der Päpste auf Approbation der Königswahlen (1891), hat das Verdienst, auf die Bedeutung der Ereignisse des 9. Jahrhunderts für die Approbation hingewiesen zu haben. Von besonderem Interesse ist es für uns, den Gegensatz zu bemerken, in den Johann VIII. mit den italienischen Großen gerät. Er fordert sie im J. 879 auf, sich mit ihm über einen Nachfolger des schwerkranken Königs Karlmann für das Regnum Italiae zu verständigen. Weil nämlich der Papst nur den König von Italien zum Kaiser erheben kann, verlangt er, schon bei dessen Einsetzung mitzuwirken: „antea nullum absque nostro consensu regem debetis recipere; nam ipse qui a nobis est ordinandus in imperium, a nobis primum atque potissimum debet esse vocatus atque electus“. Vgl. Böhrer-Mühlbacher Reg.², nr. 1538*.

dazu, die kaiserliche Salbung nicht mehr als eine Pflicht anzusehen, die sie an dem in Deutschland erwählten und gekrönten König zu erfüllen hätten, sondern vielmehr als eine Gnade, die sie nur dem von ihnen für würdig Erachteten gewährten.

Das reformierte Papsttum griff mit seinen hochgespannten Forderungen an entscheidender Stelle unmittelbar in die deutsche Verfassung ein: der Konflikt zwischen dem weltlichen Staat und der hierarchischen Idee wurde unvermeidlich. So selbstverständlich den Deutschen die Wahl des römischen Königs zustand, so unbedingt andererseits die Erhebung des Kaisers beim Papste lag —, indem beide Würden nur ein und derselben Persönlichkeit zu fallen durften, mußte es zu einem Zusammenstoß der Gewalten kommen, deren Rechtsansprüche einander entgegenstanden. Die Frage drängte zur Entscheidung, ob der Papst verpflichtet sei, jeden beliebigen von den Deutschen erhobenen König zum Kaiser zu weihen, oder ob nicht vielmehr die Fürsten Deutschlands gehalten seien, nur einen dem Papste für das Kaisertum genehmen König zu wählen. Das freie Wahlrecht der deutschen Fürsten zum römischen Königtum und das freie Krönungsrecht des Papstes zum römischen Kaisertum waren unvereinbar miteinander¹; das eine mußte dem andern mindestens bis zu einem gewissen Punkte weichen.

Die Ausbreitung der hierokratischen Gedanken, die seit den Tagen Gregors VII. unwiderstehlich einsetzt, brachte auf den Grenzgebieten, in denen kirchliche und staatliche Ansprüche um die Vorherrschaft rangen, den Sieg der Kirche. Wie in den theoretischen Auseinandersetzungen die weltliche Gewalt von der übergeordneten geistlichen abgeleitet wurde, die den Päpsten, als den Statthaltern Petri, übertragen sei², so beanspruchten diese auf dem Felde der realen Machtpolitik, über die Nachfolge im deutschen Königtum zu entscheiden. Gregor VII. setzte Heinrich IV. ab und

¹ Domeier, Die Päpste als Richter über die deutschen Könige (Gierkes Untersuchungen Bd. 53. 1897), hat diesen Gegensatz für das 13. Jahrhundert vortrefflich herausgearbeitet. Mir kommt es darauf an, zu zeigen, wie er bereits zu Beginn der Stauferzeit vorhanden war.

² Vgl. Hauck, Gedanke der Weltherrschaft S. 27; Werminghoff, Geschichte der Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter I, 142 ff. — Ich kann hier nicht weiter auf die Lehre von der ‚Translatio imperii‘ eingehen. Zur Zweischwervertheorie vgl. insbesondere Gierke, Genossenschaftsrecht III, 528 ff.

bestätigte den in Gegenwart päpstlicher Legaten gewählten Gegenkönig Rudolf¹; sogleich nach dessen Tode brachte er seinen Einfluß vor der Erhebung Hermanns von Luxemburg kräftig zur Geltung. Mit Paschalis II. verständigte sich Heinrich V. bei dem Abfall von seinem Vater und ließ sich 1106 zu Mainz von dessen Legaten durch die Handauflegung konfirmieren.² Honorius II. durfte die Wahl Lothars von Supplingenburg bestätigen; seinem Nachfolger Konrad III. verkündigte der Kardinallegat Dietwin die Zustimmung des Papstes und des ganzen römischen Volks und setzte ihm selbst die Krone aufs Haupt.³

Gregor VII. leitete seine Ansprüche von der Oberherrschaft ab, die dem Nachfolger Petri über alle Reiche der Erde gebühre.⁴ Aber es scheint, daß mindestens im beginnenden zwölften Jahrhundert der Einfluß der Päpste gerade auf die deutsche Königswahl damit in Zusammenhang gebracht wurde, daß der Gewählte zum römischen Kaiser gekrönt werden müsse. Und schon damals wurde der päpstlichen Haltung gegenüber, die schließlich die Unabhängigkeit der deutschen Wahl gefährdete, ein Vorstoß in das seit dem Ende des neunten Jahrhunderts unbestrittene Rechtsgebiet des Papsttums gewagt und in Frage gestellt, ob überhaupt

¹ Vgl. Engelmann, Anspruch der Päpste auf Konfirmation und Approbation bei den deutschen Königswahlen (1886). Er geht auf das Verhalten Gregors VII. zurück, während Deussen, Die päpstliche Approbation der deutschen Königswahl (1879), von Lothar III. ausging. Erst Doenitz hat a. a. O. (vgl. oben S. 3 N. 5) die Vorgänge unter Johann VIII. herangezogen und damit den Zusammenhang der Gedanken Gregors VII. mit den päpstlichen Ansprüchen des 9. Jahrh. erschlossen (vgl. auch Krammer, Neues Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde XXXII, 762, Nr. 269 gegen Hugelmans Aufsatz in den Mitt. des Inst. für österreich. Gesch. XXVII, 209 ff.).

² Ekkehard (MG. SS. VI, 233): „per manus impositionem catholice. confirmatus“; vgl. oben den Brief Ludwigs II. S. 3 N. 3.

³ Ottonis Chron. VII, c. 22. — Ohne mich in den Kampf der Parteien einzulassen, die um die Echtheit des bekannten Briefes Hattos von Mainz an Johann IX. (Böhmer-Mühlbacher Reg.², nr. 1983^a) streiten, will ich gegen Lindner, Königswahlen S. 216 nur bemerken, daß die Anschauung von dem Einfluß des Papstes auf die deutsche Wahl der ersten Hälfte des 12. Jahrh. recht wohl entspricht. Hatto will nämlich entschuldigen, daß die Wahl Ludwigs des Kindes „sine vestra (scil. papae) iussione et permissione factum sit“.

⁴ Engelmann S. 7 ff.; in gleichem Sinne Hugelmann, Die deutsche Königswahl im Corpus iuris canonici (Gierkes Untersuchungen. Heft 98), S. 24 ff.

ihm die Verfügung über die Kaiserwürde zustehe, ob nicht vielmehr durch die Wahl der deutschen Fürsten auch bereits das Kaisertum vergeben werde.¹ Wohl waren seit der Zeit Heinrichs IV. die Päpste häufig genug mit einem großen Teil der deutschen Fürsten verbunden, sobald es galt, gegenüber dem Erbanspruch des herrschenden Geschlechts die Thronfolge auf die freie Wahl zu begründen; aber schon in den Tagen Lothars III. gingen die Ansichten über die Bedeutung dieser Wahl weit auseinander: schon damals müssen Stimmen laut geworden sein, die die papalen Lehren von der Übertragung der kaiserlichen Gewalt zurückwiesen und behaupteten, daß die Wahl der deutschen Fürsten bereits dem Kaiser gelte.

In solche Gegensätze führen uns Äußerungen des Honorius Augustodunensis ein, die bisher, soviel ich sehe, nicht gewürdigt worden sind. Dieser merkwürdige Schriftsteller handelt in seiner um 1124 verfaßten *Summa gloria de apostolico et augusto*, die den Vorrang der päpstlichen vor aller weltlichen Gewalt dartun will, über die Stellung, die Kaiser Konstantin dem Papste Sylvester eingeräumt habe²: „Konstantin übertrug ihm die Krone des Reichs und setzte kraft kaiserlicher Vollmacht fest, daß niemand in Zukunft sich des römischen Kaisertums ohne Zustimmung des Papstes unterwinde.“ Die erste Regierungshandlung Sylvesters war, Konstantin zum Schützer und Verteidiger der Kirche anzunehmen; er übergab ihm das Schwert zur Bestrafung der Übeltäter und die Krone zur Belohnung der Guten. Zu den Befug-

¹ Von italienischen Großen läßt bereits Leo von Vercelli im J. 1014 Kaiser Heinrich II. sagen (MG. DH. II. nr. 321): *postquam nos in regem et imperatorem elegerunt*. Die, wenn auch unbestimmte, Möglichkeit einer Wahl des Kaisers gibt auch Manegold von Lautenbach (*Ad Gebehardum Liber*, MG. Libelli de lite I, 391) c. 47 zu: *cum nullus se imperatorem vel regem creare possit, ad hoc unum aliquem super se populus exaltat*.

² c. 17. MG. Libelli de lite III, 71: *Constantinus Romano pontifici coronam regni imposuit, et ut nullus deinceps Romanum imperium absque consensu apostolici subiret, imperiali auctoritate censuit . . . Cumque sacerdotii cura et regni summa in Silvestri arbitrio penderet, . . . [Constantino] coronam . . . regni imposuit*. Gegen die hier von Honorius vorgetragene Anschauung, nach der die weltliche Gewalt vor Konstantin unabhängig, also unmittelbar göttlichen Ursprungs gewesen und erst durch ihn an den Papst übertragen worden wäre, wendet sich auch Innocenz IV. (*Böhmer-Ficker Reg. nr. 7584*): *minus acute perspiciunt . . . qui apostolicam sedem autumant a Constantino principe primitus habuisse imperii principatum*.

nissen des Papstes gehört seitdem Wahl und Einsetzung im römischen Reich.¹

Der Kaiser — so führt Honorius aus² — muß vom Papste gewählt, mit Zustimmung der Fürsten und unter Akklamation des Volkes als Oberhaupt eingesetzt, vom Papste geweiht und gekrönt werden.³ Ausdrücklich wird die Meinung streitsüchtiger, unwissender Gegner abgewiesen, die behaupten wollen, daß der Kaiser nicht vom Papste, sondern von den Fürsten gewählt werden müsse.⁴ Endlich begründet Honorius den Mißbrauch, den die deutschen Könige mit der Vergebung geistlicher Würden treiben, damit⁵, daß unter den Nachfolgern Karls des Großen „Männer, die nichts von Gott wußten und die Würde der Kirche mißachteten, ohne römische Wahl die Herrschaft im Reich an sich gerissen hätten.“

Wie man im einzelnen die politischen Ansichten des gelehrten Vorkämpfers der Kirche auffassen mag, so viel steht fest, daß er dem Papst einen entscheidenden Einfluß auf die Wahl des deutschen Königs und römischen Kaisers zuspricht; der Verfall der deutschen Kirche ist ihm dadurch herbeigeführt, daß die Päpste

¹ c. 19 p. 72: „Ad huius providentiam dominica auctoritate pertinet cura universalis ecclesie . . ., apostolica auctoritate sollicitudo omnium ecclesiarum, imperiali auctoritate Romani regni electio vel constitutio“.

² Er spricht in völlig parallelen Abschnitten über Wahl und Einsetzung des Papstes, der Bischöfe, des Kaisers.

³ c. 21 p. 73: „Imperator Romanus debet ab apostolico eligi, consensu principum et acclamatione plebis in caput populi constitui, a papa consecrari et coronari“. Vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht III, 532 N. 32.

⁴ c. 22: „Sed hic forte contentiosi sermone et scientia imperiti erumpunt et imperatorem non ab apostolico, sed a principibus eligendum affirmabunt“. In seiner Entgegnung spricht Honorius nur von einem Recht der Fürsten, den König einzusetzen. Doch sei er nicht „constituendus a ducibus et comitibus“; denn diese wären den Bischöfen als ihren Herren untergeben, „quia ab eis beneficia et ecclesiarum predia habent; ergo rex a Christi sacerdotibus, qui veri ecclesie principes sunt, est constituendus; consensus tantum laicorum requirendus“. Ich sehe hier von dem Versuch einer Deutung ab. Die Stellen sind bei Waitz, Verfassungsgeschichte VI², 193. 226 angeführt.

⁵ c. 31 p. 78: „Postquam vero viri Deum ignorantes et ecclesie honorem execrantes absque Romana electione in regnum irruperunt“. Vorher wird erzählt, wie Papst Leo Karl dem Gr. bei der Kaiserkrönung „hoc privilegium concessit, ut citra Alpes in partibus Gallie et Germanie eius vice episcopatus ecclesiastico more institueret“.

nicht mehr bei der Erhebung der Herrscher mitwirkten. Er sieht sich einer Partei gegenüber, die das Recht der Fürsten verfißt, mit ihrer Wahl zugleich über das Kaisertum zu verfügen.

Aus der Schrift des Honorius geht hervor, daß im Ausgange der Salierzeit die Frage, in welcher Weise die kaiserliche Würde geschaffen werde, im Widerstreit der Meinungen auftauchte¹; hüben und drüben wurde das Problem der Kaiserwahl erörtert: ob der Papst über sie entscheide, ob die Fürsten sie unabhängig vollziehen, darüber gingen die Gegner im kirchenpolitischen Kampfe auseinander. Wenn im Investiturstreit, wie mit Recht gesagt wird, das deutsche Fürstentum den Grund zu seiner Macht gelegt hat, wenn gegenüber dem Erbanspruch des Geschlechts sein Recht, den Herrscher Deutschlands zu setzen, durch das Eingreifen der Päpste wirksamst unterstützt wurde, gleichzeitig treten über die Unabhängigkeit der in Deutschland vollzogenen Wahl und ihre rechtliche Tragweite Gedanken ans Licht, die den päpstlichen Anspruch auf Übertragung des Kaisertums und auf Approbation der deutschen Erhebung zu bekämpfen bestimmt sind. Daher liefern die „Kaiserwahlen“ der Stauferzeit einen bisher unerkannten und unverwerteten Beitrag zur Geschichte von Kaisertum und Papsttum, von Staat und Kirche im Mittelalter.²

II.

Von Lothar III. bis zum Tage von Besançon.

Zum ersten Male³ scheinen uns über die Erhebung Lothars von Supplingenburg Meldungen vorzuliegen, nach denen in der feierlichen Versammlung deutscher Fürsten durch ihre Wahl ein Kaiser erkoren worden sei⁴: sie stammen aus dem Westfranken-

¹ Ich lasse dahingestellt, ob — seit Johann VIII. — Honorius der erste sei, der wieder von einer förmlichen Wahl zum Kaiser spricht; vgl. oben S. 6 N. 1. Jedenfalls ist das Problem erst eine Folge des Papsttums Gregors VII. und des Wiederauflebens römischer Vorstellungen.

² Indem Krammer, *Der Reichsgedanke des staufischen Kaiserhauses*, erst von der Doppelwahl von 1198 ausging, ist ihm dieser Zusammenhang verschlossen geblieben.

³ Für die außerdeutschen Quellen gebe ich diese Behauptung nur mit Vorbehalt.

⁴ Ordericus Vitalis läßt (MG. SS. XX, 76) nach dem Tode Heinrichs V. den Erzbischof Adalbert von Mainz mit den deutschen Fürsten *‘de imperatore constituendo’* verhandeln. Petrus Diaconus berichtet in

reich und aus Unteritalien; und von den Nachbarn begreifen wir am ehesten, daß ihnen die Begriffe „römisches Königtum“ und „Kaisertum“ ineinander übergingen. In Deutschland selbst ist, wie es scheint, während des 12. Jahrhunderts¹ die Wahl ausnahmslos als eine solche zum Könige bezeichnet worden.² Aber dafür greift hier die Ansicht Raum, daß sie bereits das Recht gebe, das Imperium Romanum zu lenken. „Durch göttliche Gnade“, so läßt es Lothar vor der Kaiserkrönung aussprechen³, „stehe er an der Spitze des Reichs.“ Heinrich V. hatte durch die Vereinigung der getrennten Kanzleien für Deutschland, Italien, Burgund die Einheit der Herrschaft im Gesamtreich zur Geltung gebracht.⁴ Ihr gab auch der Titel ‚Romanorum rex‘ Ausdruck, der gelegentlich unter Heinrich IV. und dann seit Heinrich V. von den deutschen Königen geführt wurde⁵; er umschrieb überdies die Stellung, welche die fränkisch-deutschen Könige schon als solche der Stadt Rom und der Kirche gegenüber einzunehmen wünschten. Von hier aus bedeutete es nur ein Kleines, wenn für den König bereits die Ausübung kaiserlicher Gewalt beansprucht wurde.

seiner Chronik von Monte-Cassino (MG. SS. VII, 805): ‚principes in unum convenientes de imperatoris electione tractare ceperunt .. Lotharium ... utilem atque idoneum ad imperiale fastigium accipiendum iudicavit‘. — Besonders fällt jene Urkunde zugunsten Sugers von S. Denis auf (vgl. Bernhardi, Jahrbücher Lothars S. 25 N. 63), die ausgestellt ist zu Mainz ‚in illo celebri colloquio, quod de electione imperatoris apud Maguntiam habitum est‘. Wir stehen in der Zeit des Honorius.

¹ Bis zur Doppelwahl von 1198. Über Gislebert von Mons, der erst 1196/7 schrieb und von der Kaiserwahl Friedrichs I. erzählt, vgl. unten S. 20.

² Überhaupt ist es nicht richtig, zu behaupten, daß damals zwischen „König“ und „Kaiser“ nicht geschieden worden sei. Ich hoffe, daß einer meiner Schüler die Abwandlung der staatsrechtlichen Begriffe in den Quellen des 12.—13. Jahrh. dartun und hierdurch eine für die deutsche Verfassungsgeschichte nützliche Ergänzung von Vigeners bekannter Zusammenstellung liefern wird.

³ Stumpf Reg. 3263: ‚Quoniam divinae pietatis favente clementia locum Romani tenemus imperii‘; vgl. Waitz, Verfassungsgeschichte VI², 224.

⁴ Otto III. hatte für Deutschland und Italien schon einmal denselben Schritt getan.

⁵ Vgl. Waitz, Verfassungsgesch. VI², 146 f. Nicht ohne Belang für die Deutung des Titels ist es, daß Petrus Damiani in seiner Disceptatio synodalis (Libelli de lite I, 78) die Wahl des Papstes für unvollkommen hält, ‚nisi Romani regis assensus accesserit‘. In der (nicht falschen) Urkunde Alexanders II. für Eb. Liemar (Iaffé-Löwenfeld Reg. 4765) wird von Heinrich IV. als ‚domni H. Francorum et Romanorum regis‘ gesprochen.

Vielleicht gehört es in den Kreis der hier berührten Gedanken, daß man einmal unter Lothar kurz vor der Kaiserkrönung¹, häufig jedoch unter Konrad III. dem Titel ‚rex Romanorum‘ das Beiwort ‚augustus‘ hinzufügte, das als der eigentliche kaiserliche Ehrenname galt und bis dahin ausnahmslos erst nach der Kaiserkrönung gebraucht wurde.² Die volle Form ‚et semper augustus‘ begegnet in Konrads Brief an Papst Eugen III., in dem er die Wahl seines Sohnes Heinrich 1147 fast gelegentlich mitteilt, ohne ihre Bestätigung zu erbitten³; zweimal spricht er darin von der Herrschaft, die ihm von Gott übertragen sei; erkennen wir hier das Streben des Königs, seine Unabhängigkeit vom Papste zu betonen⁴, so mag — mit aller Vorsicht sei es ausgesprochen — der neue Titel, der von Friedrich I. und Heinrich VI. aufgenommen und seitdem für den König der allein übliche geworden ist⁵, sein Anrecht auf kaiserliche Waltung ausdrücken sollen.

Daß wir es bei Lothar und Konrad III. wirklich mit Ansätzen zu tun haben, der kirchlichen Weltanschauung so entgegenzutreten, wie es Honorius von seinen Gegnern berichtete, wird erst recht deutlich, wenn wir erkennen, wie damals Innocenz II.

¹ Vgl. Erben, Urkundenlehre I, 313.

² Wenn die ersten Kapetinger, zumal Robert, in ihren Titel ‚augustus‘ aufgenommen haben (vgl. Erben a. a. O.), so werden sie gerade hierdurch ihre Unabhängigkeit vom ostfränkisch-deutschen Kaiser haben hervorheben wollen. Robert wird von seinem Biographen gar ‚imperator Francorum‘ genannt; vgl. Waitz, Verfassungsgeschichte V², 123. Über die Fortdauer des ‚imperium Romanum‘ bei den ‚reges Francorum‘ vgl. Adsonis Epistola ad Gerbergam reginam de ortu et tempore Antichristi bei Sackur, Sibyllinische Texte S. 110. — Zu der Bedeutung von ‚augustus‘ vgl. auch den Brief Hadrians in den Trierer Stilübungen (s. unten S. 15 N. 2) p. 91: ‚Nonne ideo translatus est imperium a regno Grecorum in Alamannos, ut rex Theutonicorum, non antequam ab apostolico consecraretur, imperator vocaretur et esset augustus?‘ und die Glosse zu c. 2 Dist. 63: ‚Not. quod filii imperatorum dicuntur etiam augusti, quia sperabatur quod essent futuri imperatores‘ (Hugelmann a. a. O. S. 31).

³ MG. Const. I, 179; vgl. Engelmann a. a. O. S. 19f.

⁴ Über die Absicht Konrads III., seine Herrschaft mit kaiserlichem Glanze zu umkleiden, vgl. Pomtow, Über den Einfluß der altrömischen Vorstellungen vom Staat auf die Politik Kaiser Friedrichs I. S. 31. In den Briefen nach Byzanz nennt sich König Konrad bekanntlich ‚Romanorum imperator augustus‘ (Ottonis Gesta Friderici I, c. 25) und malt die Weltherrschaft über die ‚regna imperio nostro adiacentia‘ aus!

⁵ Wir werden später davon hören, daß er in den Kürruf überging.

im Sinne der Anschauungen des Honorius selbst aussprach, daß Lothar seine kaiserliche Stellung von Papstes Gnaden besitze¹: „Mit Willen und Rat unserer Bischöfe und Kardinäle und der freien Römer haben wir Dich nach Anrufung des heiligen Geistes zum Gipfel des Reiches erhoben.² Wir, die wir die Majestät des Reiches nicht niedern, sondern mehren wollen, verleihen Dir die Fülle kaiserlicher Würde.“ Und jenes berühmte Bild im Lateran zeigte Lothar bei der Kaiserkrönung als Lehnsmann des Papstes!³

Die Zeit war noch nicht gekommen, die Selbständigkeit der weltlichen Gewalt theoretisch gegenüber der hierokratischen Idee siegreich zu verteidigen⁴; so maß man die Kräfte in der Frage, ob das Kaisertum dem römischen König als göttliches Geschenk zustehe — oder ob päpstlicher Wille allein imstande sei, es ihm zu verleihen. Als Hadrian IV. durch den Kardinal Roland Friedrich I. und seinem Kanzler Rainald vor aller Welt verkünden ließ, daß die kaiserliche Würde vom Papst als eine Gnade, ja! als ein Lehen vergeben werde⁵, — da entfesselte er den Sturm, in dem der Kaiser das eigene göttliche Recht seiner Gewalt kraftvoll wahrte. Friedrich bekannte feierlich, daß königliche und kaiserliche Herrschaft von Gott allein ihm durch die Wahl der Fürsten

¹ MG. Const. I, 168: „Nos igitur ... imperatorie dignitatis plenitudinem tibi concedimus“. So auch Hadrian IV., siehe unten N. 5. — Vgl. Innocentii III. Registrum de negotio imperii Nr. 33 (ed. Migne col. 1036): „a nobis tamen imperator imperii recipit diadema in plenitudinem potestatis“. Man sieht, wie Innocenz III. an die Lehren der Vorgänger anknüpft und über sie hinausführt.

² Vgl. oben S. 7 N. 3 die Worte des Honorius.

³ Rahewini Gesta Friderici III, c. 10, ed. Waitz p. 141; vgl. auch Gerhohi Reichersberg., De quarta vigilia noctis (MG. Libelli de lite III, 512): „nova pictura hec emergerit, qua Romanorum imperator pingitur marescalchus“ und De investigatione Antichristi I, c. 72 (a. a. O. p. 392).

⁴ Man erinnere sich an die einfache Wahlanzeige Friedrichs I. an Eugen III., an die Bitte Wibalds von Stablo, „ut declaretis eum in regem“, an die Antwort des Papstes, der die genehme Person des Gewählten und die Wahlhandlung „benigno favore sedis apostolice“ approbiert (MG. Const. I, 191 ff.).

⁵ In dem Schreiben Hadrians IV. (Rahewini Gesta Friderici III, c. 9 ed. Waitz p. 140) heißt es: „quantam [scil. ecclesia Romana] tibi dignitatis plenitudinem contulerit et honoris, et qualiter imperialis insigne corone [beneficium] libentissime conferens, benignissimo gremio suo tue sublimitatis apicem studuerit confovare“. Die ersten Worte stimmen genau zu dem Privileg Innocenz' II.

verliehen sei¹; vor den Bischöfen und mit ihrer Zustimmung proklamierte er die Unabhängigkeit des Kaisertums von der Kirche und ihrem Haupte²: „Die schuldige Ehrfurcht erweisen wir gern unserm Vater, (dem Papste), aber die freie Krone unseres Reichs danken wir nur der göttlichen Gnade; die erste Stimme bei der Wahl erkennen wir dem Erzbischof von Mainz zu, ihr folgen der Ordnung nach die Stimmen der übrigen Fürsten; die königliche Salbung erkennen wir dem Erzbischof von Köln, die höchste aber, die kaiserliche, dem Papste zu; was darüber ist, das ist vom Übel.“

Hier tritt uns endlich offen jene staatsrechtliche Anschauung entgegen, deren Dasein wir aus den um 1125 gegen sie gerichteten Worten des Honorius Augustodunensis erschlossen haben, deren leise Spuren wir bei Lothar und Konrad III. vermuteten: hier wird vom Herrscher selbst und in bedeutungsvollen, wohl-erwogenen Erklärungen das Imperium unmittelbar mit der Königswahl der deutschen Fürsten in Zusammenhang gebracht. Die Wahl zum römischen Könige gibt mehr als den Anspruch auf die Kaiserwürde, sie gewährt bereits das Recht auf das Imperium, die kaiserliche Gewalt; wie der Erzbischof von Köln gehalten ist, den Erwählten der Fürsten zum Könige, so ist der Papst verpflichtet, den gekrönten König der Römer zum Kaiser zu salben.³ Die päpstliche Konsekration wird wieder, wie die Weihe in Aachen, zu der rein kirchlichen Handlung, die sie in der Zeit Karls des

¹ Rahewini Gesta Friderici III, c. 11 (Waitz p. 142): „Cum divina potentia . . . nobis, christo eius, regnum et imperium commiserit . . . Cumque per electionem principum a solo Deo regnum et imperium nostrum sit . . . quicumque nos imperialem coronam pro beneficio a domno papa suscepisse dixerit, divinae institutioni et doctrinae Petri contrarius est et mendacii reus erit“.

² A. a. O. p. 150: „Debitam patri nostro reverentiam libenter exhibemus; liberam imperii nostri coronam divino tantum beneficio ascribimus, electionis primam vocem Maguntino archiepiscopo, deinde quod superest caeteris secundum ordinem principibus recognoscimus; regalem unctionem Coloniensi, supremam vero, quae imperialis est, summo pontifici; quidquid praeter haec est, ex habundanti est, a malo est“. Und gleichsam, um die Stellung, die er dem Papst anweist, noch schärfer zu bezeichnen, spricht er gleich darauf von ihm als ‚patri nostri et consecratoris‘.

³ Sobald der Herrscher verspricht, die herkömmlichen Pflichten des Kaisers gegen den Papst ‚ut dilectum et reverendum patrem et beati Petri vicarium‘ zu erfüllen (vgl. den Frieden von Venedig, MG. Const. I, 363, § 6).

Großen und Ludwigs des Frommen gewesen, die sie im byzantinischen Reiche noch immer geblieben war. Königliches und kaiserliches Amt werden von Gott durch die Wahl der Fürsten übertragen: „Wenn der Erkorene von den Bischöfen geweiht wird, die dazu gesetzt sind, und auf den Stuhl zu Aachen kommt, so hat er königlichen Namen; wenn ihn der Papst weiht, so hat er kaiserlichen Namen.“ In diesen Worten gibt ein Eike von Repgow recht im Sinne der politischen Anschauungen Friedrichs I. mit ihrem hohen nationalen Fluge Zeugnis davon, daß königliche und kaiserliche Herrschergewalt aus der Wahl ableitet, daß die Weihe nur den Namen mit der Würde hinzufügt.¹

Kein Zweifel, daß der „staufische Reichsgedanke“, wie er in den Manifesten vom Herbst 1157 ausgesprochen wurde, dahin neigte, die Grenzen zwischen Regnum und Imperium zu verwischen und das fränkisch-deutsche Königtum im römischen Kaiserreiche aufgeben zu lassen. Der Erbkaiserplan Heinrichs VI. hat in dieser Hinsicht folgerichtig das Programm des Vaters aufgenommen.² Denn er setzt voraus, daß die deutschen Fürsten in der einen Wahl — wie Friedrich I. es erklärte, und wie es schon die Gegner des Honorius Augustodunensis ansahen — zugleich den römischen König und den Kaiser wählen, über Regnum und Imperium verfügen; nur hierdurch wird es ganz verständlich, daß Heinrich durch den Verzicht der Fürsten auf ihr Wahlrecht die Erbfolge nicht nur in Deutschland, sondern zugleich auch im Kaisertum zu erlangen hoffte.

¹ Der hier gedeutete Wortlaut des Sachsenspiegels III, 52 § 1 beruht nur auf der ältesten, Quedlinburger Hs. (vgl. Zeumer, Quellensammlung S. 68); die jüngeren Texte haben den Text bezeichnend dahin geändert, daß die Weihe zu Aachen „königliche Gewalt und Namen“, zu Rom „kaiserliche Gewalt und Namen“ verleiht. Diese Auffassung entspricht erst der nachstaufigen Zeit. Krammer, Reichsgedanke S. 46 hat das Gewicht der Stelle erkannt, aber sie im Rahmen seiner unrichtigen Gesamtauffassung (vgl. Maiheft der Gött. Gel. Anzeigen 1909) dazu verwertet, Eike als „echten Vertreter des imperialistischen Geistes“ gegenüber dem „bodenständigen deutschen Königtum“ zu charakterisieren.

² In der Besprechung von Krammers „Reichsgedanken“ habe ich meine Auffassung des Reformplans dargelegt. Ob Heinrich VI. die letzten Folgerungen der imperialen Idee zog und unter Verzicht auf die Aachener Krönung seinen Sohn Friedrich allein durch den Papst sogleich zum Kaiser des Erbreichs weihen lassen wollte, darf bei dem Versagen der Quellen nur mit einem gewissen Grade der Wahrscheinlichkeit behauptet werden, vgl. Abschnitt VI.

In den Vorgängen von Besançon — darin liegt ihre weltgeschichtliche Bedeutung — hat Friedrich I. mit der Gesamtheit der deutschen Fürsten dem hierokratischen Ideal der Gregorianer, das Innocenz II. wie Hadrian IV. verfocht, das Bild des unabhängigen Imperium gegenübergestellt. Der Widerstand gegen eine päpstliche Weltregierung, der allmählich im Investiturstreit einsetzte und seitdem langsam erstarkt ist, führt durch die Tatkraft Friedrichs und Rainalds von Dassel zu einer nationalen Reaktion, die für den deutschen Herrscher mit dem römischen Reiche die in der christlichen Weltanschauung begründete Universalmonarchie des Imperator fordert, mit ihr aber gegen die Kirche die Freiheit des Staates überhaupt verteidigt.

Von hier geht¹ „das stauische Reichsprogramm, eine stauische Theorie des Imperium aus, die . . . bis zum Tode Friedrichs II. die Gemüter aller Anhänger des Kaisertums erfüllte.“ Aus dem Königtum erwachsen, das zu einem „römischen“ bereits geworden war und zu Deutschland noch Italien und Burgund umfaßte, wird das Kaisertum von dem Bewußtsein des deutschen Volkes freudig getragen; von seinen Fürsten durch die Wahl begründet, ist das stauische Imperium der stolze Ausdruck nationaler Selbständigkeit.² In dem Ringen gegen die Universalherrschaft der Kirche ist es mit seinen Taten ein Vorläufer der Lehren eines Marsilius von Padua und Wilhelm von Occam.

Die Volksgenossen Friedrichs I. und Heinrichs VI. haben in dem Kaisertum, das sich in den Staufern darstellte, einen Höhepunkt deutscher Entwicklung gesehen. Ob wir zu der Chronik Ottos und den Gesta Friderici, zu Gottfried von Viterbo oder dem Ligerinus Gunthers greifen, ob wir die Carmina Burana oder das

¹ Burdach, Walther von der Vogelweide S. 175.

² Burdach a. a. O. hat richtig gesehen, daß der „universalistische Patriotismus der Stauferzeit einen seltsamen nationalen Einschlag enthält.“ In den Berliner Sitzungsberichten 1902, S. 903 bezeichnet er Walthers berühmten Spruch als „Manifest eines nationalen Imperialismus in deutscher Sprache.“ Vgl. Vogt, Das Königs- und Kaiserideal in der deutschen Dichtung des Mittelalters S. 13: „Die Idee des deutschen . . . Nationalkönigtums ist von vornherein aufs engste verknüpft mit den imperialistischen Gedanken.“ — Krammer a. a. O. S. 78 konstruiert mit Unrecht einen Gegensatz zwischen „der Idee des Imperium Romanum“ und „dem Gedanken des Regnum Teutonicum“, statt sie aus diesem zu entwickeln. Vgl. auch Kampers, Die deutsche Kaiseridee S. 59 ff.

Tegernseer Antichristspiel lesen, ob wir den Sprüchen Walthers lauschen oder den Erzählungen eines Caesarius von Heisterbach —, sie alle spiegeln uns das staufische Imperium als das politische Ideal des deutschen Volkes wider.¹

Wie klar man auch außerhalb der nächsten höfischen Kreise begriff, daß Friedrich I. den Päpsten gegenüber die Unabhängigkeit des Reiches verteidige, beweisen jene Trierer Stilübungen, die an die Ereignisse zu Besançon und die durch sie veranlaßten Schreiben anknüpfen.² Der Diktator legt in dem Briefe, den er Hadrian IV. an die drei rheinischen Erzbischöfe schreiben läßt, das Schwergewicht darauf, die Abhängigkeit der Kaiser von den Päpsten darzutun: vom Papsttume allein habe Friedrich die kaiserliche Gewalt.³ Wir spüren, daß die Gegensätze der Weltanschauungen, die zu Besançon aufeinanderstießen, im politischen Leben der Zeit nachwirkten. Auf beiden Seiten hatte man erkannt, daß man in der Frage, ob das Kaisertum vom Papste oder durch die Wahl der deutschen Fürsten übertragen werde, um die Vormachtstellung geistlicher oder weltlicher Gewalt kämpfe. Um so überraschender ist der Erfolg, den noch Friedrich I. selbst dadurch errungen hat, daß ein Papst ihm gegenüber sich veranlaßt sah, eine deutsche Wahl als eine für das Kaisertum vollzogene anzuerkennen. Mit diesem Zugeständnis Gregors VIII. scheiden die „Kaiserwahlen“ aus dem Rahmen theoretischer Erörterungen aus und spielen ihre Rolle auf dem Boden der realen Politik.

¹ Hier liegt Stoff genug bereit, um noch über J. Ficker hinaus dem mittelalterlichen Kaisertum gerecht zu werden und sein universales Streben in seiner geistigen Bedingtheit aus der Weltanschauung der Zeit zu verstehen.

² Wattenbach im Archiv für österreich. Gesch. XIV, 86 ff. Jaffé hat a. a. O. S. 60 ff. die Unechtheit der Stücke erwiesen, aus denen Ficker, Rainald von Dassel S. 18, noch den Plan eines deutschen Papsttums entnommen hatte.

³ A. a. O. S. 91: „ante consecrationem solummodo rex, post consecrationem imperator et augustus. Unde ergo habet imperium nisi a nobis? Ex electione principum suorum, videlicet Theutonicorum, habet nomen regis et non imperatoris; ex consecratione autem nostra habet nomen imperatoris augusti et cesaris. Ergo per nos imperat“. Später wird übrigens die Möglichkeit erörtert, daß der Papst das Kaisertum von den Deutschen wieder den Griechen zurückgeben oder sonst vergeben könne: „ecce in potestate nostra est, ut demus illud cui volumus“.

III.

Der „erwählte“ Kaiser der Römer.

In dem Kampfe Friedrichs I. gegen Alexander III. hatte der Friede von Venedig dahin entschieden¹, daß die Unabhängigkeit des Papsttums von kaiserlicher Gewalt unbestreitbar blieb; die Versuche Friedrichs, Päpste von seinen Gnaden zu erheben, waren völlig gescheitert. Aber Friedrich I. war weit entfernt, ein Zugeständnis zu machen, das dem Papst ein Recht über das Kaisertum eingeräumt hätte. In der Bestätigung des Friedens sprach er vor Alexander III. aus, daß von dem König der Könige die kaiserliche Majestät auf Erden gesetzt und er von Gott auf den Thron des römischen Reiches erhoben worden sei.²

Allerdings hielt er als frommer Christ noch immer daran fest, daß der Papst im Namen Gottes die feierliche Krönung des Kaisers zu vollziehen habe, und deshalb bemühte er sich lange Jahre hindurch³, bei den Päpsten die Salbung seines Sohnes zum Mitkaiser zu erwirken.⁴ Er war mit den Ordnungen der Karolingerzeit vertraut, die wiederholt Vater und Sohn als Kaiser nebeneinander gesehen hatte; noch in den Tagen Ottos I. war dies Vorbild nachgeahmt worden. Allein dem 12. Jahrhundert war es fremd; Lucius III. weigerte sich, den Sohn zu Lebzeiten des kaiserlichen Vaters zu krönen; und als während des Pontifikats Urbans III. jede Aussicht zur Verständigung mit der Kurie geschwunden war, tat Friedrich I. den ungewöhnlichen Schritt, Heinrich VI. nach altrömischer Weise mit der Cäsarenwürde zu schmücken. Eine weltliche Krönung, wie Karl d. Gr. sie an Ludwig, dieser sie an Lothar vollzog, hätte der kirchliche Sinn nicht mehr ertragen.⁵ So griff Friedrich auf das Vorbild der

¹ Vgl. Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands IV, 292 f.

² MG. Const. I, 372 nr. 270: „Cum imperatoria maiestas a rege regum ad hoc in terris ordinata sit, ut per eius operam totus orbis pacis gaudeat incremento, nos quos Deus in solio Romani imperii constituit . . .“

³ Schon 1169 schreibt Johannes von Salisbury (Migne Patrol. Lat. 199, 337): „ut filium suum natu secundum, quem in regem eligi fecit, in imperatorem recipiat dominus papa et a catholicis episcopis precipiat consecrari“.

⁴ Vgl. Toeche, Jahrbücher Heinrichs VI. Beil. I, S. 513 ff. und Scheffer-Boichorst, Friedrichs I. letzter Streit mit der Kurie S. 32 ff.

⁵ Gerade auf solche Gedanken beziehen sich meiner Meinung nach die von Krammer S. 7 zitierten Verse Gottfrieds im Pantheon (MG. SS. XXII, 221). Die Rezension A bringt kräftig die Unabhängigkeit des Kaisertums zur Geltung.

römischen Imperatoren zurück, das zu Byzanz in Übung geblieben war¹, sich einen Cäsar als Mitregenten und als Nachfolger im Kaisertum zu setzen. Die Ernennung sollte, wie mir scheint, bekanntgeben, daß Heinrich VI. befugt sei, kaiserliche Rechte zu üben; die gleichzeitige Festkrönung² in Mailand sollte den Lombarden den Herrscher zeigen, dem Friedrich die oberste Gewalt in Italien nunmehr übertragen wollte. Beide Handlungen trugen den Charakter einer Promulgation; eine staatsrechtlich konstituierende Bedeutung hatten sie nicht: Heinrich VI. hat ja tatsächlich zu Lebzeiten des Vaters nicht als Cäsar, sondern als Rex Romanorum in Italien regiert.³ Der Titel eines Cäsar, der dem römischen König gegeben wurde, brachte nur offensichtlich zum Ausdruck, daß der Rex Romanorum bereits die Ausübung kaiserlicher Rechte in der Hand habe, ohne vom Papste zum Imperator geweiht und gekrönt worden zu sein. Er machte kund, daß wie das Regnum Romanum auch das Imperium bereits durch die Wahl der deutschen Fürsten übertragen worden sei: so ist er gegenüber Papst Urban III. ein neuer Protest der weltlichen Gewalt, ein Gegenstück zu dem Reichstage von Besançon. Der Kurie ward vor Augen gestellt, daß Deutschland unverändert an der Überzeugung festhalte, nach der dem gewählten und gekrönten Könige der Römer von Gottes und Rechts wegen die kaiserliche Waltung zustehe.⁴

In Rom verstand man sehr genau, worauf es Friedrich I. ankam. Nach dem Tode Urbans III. nahm Friedrich I. die Verhandlungen mit dem zum Frieden geneigten Gregor VIII. auf; es galt, nach dem Falle Jerusalems den Kreuzzug vorzubereiten; der Kaiser forderte wieder die Kaiserkrönung des Sohnes, um das Reich wohlgeordnet vor dem Aufbruch gen Osten zu hinterlassen. Jetzt war die Zeit der Erfüllung seiner Wünsche gekommen. Entschlossen, um der Rettung des Heiligen Landes willen den Frieden

¹ Pomtow a. a. O. S. 93.

² Vgl. Haase, Die Königskrönungen in Oberitalien S. 45f.

³ Ich stehe hier in vollem Gegensatz zu dem, was Krammer, Reichsgedanke S. 6 vorgetragen hat.

⁴ Gottfried von Viterbo gibt die Auffassung des höfischen Kreises wieder, wenn er 1185 Heinrich VI. als Kaiser anredet (SS. XXII, 94. 103. 106); vgl. Krammer S. 5. — ‚Caesar‘ wird in den Quellen der Zeit, soviel ich sehe, ausnahmslos im Sinne von ‚Imperator‘ gebraucht; vgl. besonders den Ligurinus.

mit den Staufern zu schließen, machte Gregor VIII. ein außerordentliches Zugeständnis, indem er Heinrich VI. in dem ersten an ihn gerichteten Schreiben mit der ungewöhnlichen Anrede auszeichnete¹: „Unserm geliebtesten Sohne in Christo, Heinrich, dem erlauchten Könige, dem erwählten Kaiser der Römer“.

Zum erstenmal in der Geschichte erscheint hier der Titel des „Erwählten Kaisers“; der Papst ist es, der ihn gebraucht und der hiermit die unmittelbare Beziehung zwischen der Königswahl in Deutschland und der Kaiserwürde zugesteht; das Oberhaupt der Kirche tritt auf den Boden der staufischen imperialen Idee hinüber, der zufolge die deutschen Fürsten in dem Könige zugleich den Kaiser wählen! Und indem der Papst ihren Anteil an der Erhebung des Kaisers durch den Titel anerkennt, indem er mit ihm den römischen König anspricht, erklärt er, ohne daß ein Wort darüber gewechselt ist, seine Bereitwilligkeit, dem Erwählten die kaiserliche Krone aufs Haupt zu setzen. Wie immer man in Rom das Vorgehen Gregors VIII. deuten mochte², vor der Welt bezeichnete es einen Triumph der Staufer und des deutschen imperialen Staatsgedankens, den Friedrich I. seit Jahrzehnten vertreten hatte. Dem Papste schien der Preis nicht zu hoch, um durch ihn den Kreuzzug des gesamten Abendlandes unter der Führung des mächtigen und glänzenden Kaisers zu ermöglichen.

Nach Gregors schnellem Tode hat sein Nachfolger Clemens III. versprochen, die Kaiserkrönung zu vollziehen. Nur das unerwartete Ende Friedrichs I. hat verhindert, daß sich das Beispiel der beiden Ottonischen Herrscher wiederholte, die gleichzeitig die kaiserliche Krone schmückte.

Wir besitzen in der Sammlung des Kämmerers Cencius das

¹ MG. Const. I, 586 nr. 411: ‚karissimo in Christo filio Heinrico illustri regi, electo Romanorum imperatori‘. Vgl. v. Simson bei v. Giesebrecht, Kaiserzeit VI, 172. 671. — Fast unbegreiflich, daß niemand von denen, die über den entsprechenden, von der Kurie für Otto IV. und Friedrich II. gebrauchten Titel gehandelt haben, etwas von diesem Muster geahnt hat, auf das Innocenz III. nur zurückgriff, um daraus eine Waffe gegen die Freiheit der deutschen Wahl zu schmieden (vgl. unten S. 33 in Abschnitt V).

² Ob schon in der Kanzlei Gregors VIII. der Gebrauch des Titels geradezu als das Aussprechen der Approbation der deutschen Wahl aufgefaßt worden ist, wie das später unter Innocenz III. geschah, muß dahingestellt bleiben.

Zeremoniell, nach dem endlich im März 1191 an Heinrich VI. und seiner Gemahlin Konstanze die Kaiserkrönung vollzogen wurde. Darin wird bis zu dem Augenblick, wo ihm die Krone aufs Haupt gesetzt wird, Heinrich VI. als „Erwählter Kaiser“ oder nur der „Erwählte“ genannt¹, während seine Gattin stets als „Königin“ bezeichnet wird: es ist der Beweis, daß der Titel, den Gregor VIII. geschaffen hatte, in Rom für den zur Krönung berufenen römischen König beibehalten worden ist. Innocenz III. konnte auf ihn zurückgreifen, als durch die Ereignisse von 1198 ihm die Möglichkeit gegeben wurde, den Einfluß des Papstes auf die deutsche Wahl zu erneuern, und als er entschiedener als je versuchen konnte, das Kaisertum vollständig der päpstlichen Verfügung zu unterstellen.

Wir werden später sehen, mit welchem unvergleichlichen Geschick er sich der staufischen Theorie von den Kaiserwahlen in Deutschland bediente, um die Erhebung des römischen Königs durch die deutschen Fürsten von seiner Konfirmation abhängig zu machen. An dieser Stelle genügt es, bevor wir die Geschichte der Doppelwahl von 1198 betrachten, uns der Entwicklung zu erinnern, die während des 12. Jahrhunderts den Gedanken an eine „Kaiserwahl“ gezeitigt hat. Je nach der Stellung der Herrscher zum Papst taucht er flüchtig empor und verschwindet wieder, wird er von ihnen mutig ausgesprochen oder vorsichtig angedeutet, von den Päpsten mit Leidenschaft bekämpft. Friedrich I. stützt auf ihn² seine Auffassung von Imperium und Sacerdotium und führt ihn zum Siege; Heinrich VI. kann von ihm ausgehen, um sein Gesamtreich als eine Erbmonarchie zu begründen. Als er mitten im Werke stirbt, als keine Aussicht bleibt, dem jungen Sohne die Krone zu erhalten, da werden die Fürsten, die mit ihrer überlegenen Mehrheit — die Tage von Besançon, Würzburg, Gelnhausen lehren es — den Staufern gegen päpstliche Über-

¹ MG. Leges II, 187: ‚electus‘ oder ‚electus imperator‘. Ganz entsprechend der Veränderung, die später Innocenz III. an dem Titel vorgenommen hat, heißt es in dem Ordo zur Kaiserkrönung Ottos IV: ‚rex in imperatorem electus‘ (Diemand, Das Zeremoniell der Kaiserkrönungen S. 126).

² Ich erwähne noch das Würzburger Rundschreiben von 1165 (Const. I, 316 nr. 223, c. 3): ‚Preterea noster in imperio successor, quem principes universi elegerint, hunc honorem ecclesie Dei et imperii . . . tuebitur‘.

griffe zur Seite gestanden hatten, die imperialen Gedanken aufnehmen und jetzt zu einer förmlichen Kaiserwahl schreiten. Ihnen tritt Innocenz III. gegenüber.

IV.

Die Doppelwahl von 1198.

Die Doppelwahl von 1198 — die mit gutem Recht als der Epochentag in der Geschichte der deutschen Kaiserzeit angesehen wird — ist seit der Erhebung Friedrichs I. von 1152 die erste, über die wir eingehender unterrichtet sind. Für die zu Lebzeiten der Väter erfolgenden Wahlen des jungen Heinrich VI. von 1169 und des zweijährigen Friedrich II. von 1196 sind wir auf wenige Angaben angewiesen, die zunächst nicht erkennen lassen, ob bei ihnen die neue Anschauung von der Kaiserwahl in irgendwelcher Weise einwirkte.¹ Wie fest sie jedoch ausgebildet war, lehrt uns Gislebert von Mons, der wegen seines Verständnisses für die Verfassungsgeschichte unter den deutschen Geschichtsschreibern mit Grund gerühmt zu werden pflegt. In seiner Chronik von Hennegau, die im J. 1196 oder wenig später verfaßt ist, schildert er die einzige in seinem Werke behandelte Wahl, die Friedrichs I., als eine Kaiserwahl², sicherlich aus der Anschauung heraus, die er aus seiner eigenen Zeit gewonnen hatte.

Allerdings würde ich zögern, aus der öffentlichen Meinung

¹ So vortrefflich der Bericht über den Erbfolgeplan Heinrichs VI. in der gekürzten Chronik des Ägidius von Orval ist und so sicher angenommen werden darf, daß er durch Vermittlung der verlorenen Lütticher Chronik auf einen bestunterrichteten Gewährsmann zurückgeht, der Satz von den *principes quinquaginta duo, qui imperatorem eligere consueverunt* (SS. 25, 132) läßt sich nicht als Beweis für die Auffassung im J. 1196 anführen. Über eine andere Nachricht derselben Quelle vgl. unten (S. 50). — Auch für die 1209/10 abgeschlossenen *Gesta episc. Halberstad.* (SS. 23, 112) könnte gelten, daß sie unter dem Eindruck der Ereignisse von 1198 und 1208 schon von der Wahl Friedrichs II. erzählten, daß ihn die Fürsten *‘vivente patre elegerant in imperatorem’*. Vgl. jedoch hierzu in Abschnitt VI.

² Gislebert (Handausgabe der *Mon. Germ.*) p. 88: *‘defuncto Conrado Romanorum rege principes Teutonie, sicut iuris et moris est, in villa supra Mogum fluvium que Franchonefors dicitur convenerunt ad eligendum sibi imperatorem. . . Illorum autem quatuor, quorum dispositioni imperialis electio commissa erat. . .’* Daß Gisleberts Bericht für die Vorgänge von 1152 nicht zu verwerten ist, mindert sein Zeugnis für unsere Frage nicht.

des Auslandes¹ auf die staatsrechtliche Auffassung der Wahl im Reiche selbst zu schließen; denn — wie wir es schon für die Erhebung Lothars bei Ordericus Vitalis und Petrus Diaconus bemerkten — dort gingen im Laufe des 12. Jahrhunderts nicht nur die Bezeichnungen ‚regnum‘ und ‚imperium‘, sondern selbst die Begriffe ‚rex‘ und ‚imperator‘ ineinander über²; gewiß ein Beweis, wie sehr man sich unter dem Eindrücke der staufischen Fürstengestalten daran gewöhnte, den Herrschaftsbereich des Kaisers in Mitteleuropa als eine Einheit anzusehen. Wenn aber Männer wie Burchard von Ursberg oder der Halberstädter Chronist, wenn der Italiener Sicard von Cremona nach dem Tode Heinrichs VI. vom Streit um die Kaiserwahl sprechen³, so liegt es klar zutage, daß den Zeitgenossen die Wahlhandlung der deutschen Fürsten gleichzeitig für die königliche wie für die kaiserliche Würde galt.⁴

In der Tat dürfen wir behaupten, daß schon die Ladungsschreiben der beiden Parteien, die in Abwesenheit des Erzbischofs von Mainz und des Pfalzgrafen bei Rhein die Thronfolge im Reich zu ordnen sich mühten, die Fürsten zur Wahl eines Kaisers beriefen. Übereinstimmend berichten einige unserer besten Quellen hiervon. Nach der Fortsetzung der Kölner Chronik in ihrer ersten Fassung und dem für diese Zeit trefflichen Halberstädter Chro-

¹ Z. B. Radulfus Niger (MG. SS. 27, 342) zu 1197: ‚facta est discordia inter Alemannos pro electione imperatoris‘; vgl. Radulfus de Coggeshale (a. a. O. S. 353). — Schwer fallen ins Gewicht die Ann. Gemmeticenses (SS. 26, 509): ‚Archiepiscopi et episcopi et duces imperii . . . elegerunt imperatorem Othonem, nepotem regis Ricardi . . . Ricardus eum ad imperium transmisit. O laudabilis viri . . . factum, qui totum mundi imperium nepoti suo comparavit. Nondum tamen imperator nominatus est, sed rex tantum‘. Dieser gleichzeitigen Notiz kann vortrefflichste Kenntnis und Verständnis zugrunde liegen. Vgl. unten S. 51 f.

² So wird Konrad III. z. B. bei Wilhelm von Newbury und Gervasius von Canterbury Kaiser genannt (SS. 27, 227; 298); charakteristischer noch, wenn Philipp von Schwaben bei Robert von Auxerre und Rigordus als ‚imperator‘ erscheint. Ganz anders sind allerdings die Deutschen Walther von der Vogelweide und Gunther von Pairis zu beurteilen. Vgl. unten S. 25.

³ Chron. Urspr. S. 71: ‚ubi iam principes . . . de electione novi imperatoris tractare ceperunt‘; Gesta episc. Halberstad. (SS. 23, 113): ‚in electione imperatoris pernicioosa dissensio inter principes est exorta‘; Sicard (SS. 31, 175): ‚facta est in regno de imperatoris electione seditio‘.

⁴ Überall wird für die darstellenden Quellen zu beachten sein, daß weitverbreitete päpstliche Briefe Innocenz' III. von einer ‚electio imperatoris‘ sprechen, vgl. unten S. 37 N. 3.

nisten beriefen die staufisch gesinnten Fürsten Ostdeutschlands nach Erfurt¹, „um dort einen geeigneten und Gottes würdigen Kaiser und Vogt der Kirche zu wählen“. Aber auch die rheinischen Gegner unter Erzbischof Adolf von Köln schrieben — nach Burchard von Ursberg — einen Tag nach Andernach aus², „damit man dort einen Kaiser wähle“; und von ihrem Wahlausschreiben selbst erzählt Roger von Howden, daß es König Richard als vornehmstes Glied des Reiches nach Köln berief, wo mit Gottes Hilfe dem Reich ein geeigneter Imperator gesetzt werden sollte“.³

Den Ladungen stellen wir gegenüber die offiziellen Aktenstücke⁴ über die Wahlen Philipps und Ottos, die wir in den Schreiben beider Parteien an Papst Innocenz III. besitzen. Ihre charakteristischen Unterschiede⁵ beleuchten hell den Zusammenhang mit den großen prinzipiellen Gegensätzen, um die im 12. Jahrh. gekämpft worden war. Im Mai 1199 haben die Wähler Philipps ihr Programm vor Papst Innocenz III. entwickelt. Die

¹ *Chronica regia Colon.* p. 162: ‚electuri cum eis ydoneum et dignum Deo imperatorem et advocatum ecclesiarum‘; *Chron. Halberstad.* (SS. 23, 113): ‚Cum electores Saxonie principes ad eligendum imperatorem universos imperii principes crebrius invitarent‘. — In der Kölner Chronik ist wohl der Ladungsbrief benutzt.

² *Chron. Ursp.* p. 74: ‚ut in preiudicium dominationis antiquae et generationis in regno diuturnae condicerent curiam apud Andirnach, quatenus ibidem eligerent imperatorem‘.

³ SS. 27, 177: ‚quod omnes magnates ... convenirent apud Coloniam octavo Kal. Marcii, ad eligendum imperatorem ... , ut ipse sicut precipuum membrum imperii esset simul cum illis ad eligendum imperio idoneum Deo auxiliante imperatorem‘. (Vgl. hierzu oben N. 1 die Stelle der *Chron. Colon.*) Später sagt er von Richard: ‚nitebatur quod Henricus ... fieret imperator‘, und von den Fürsten: ‚quod elegerunt Ottonem ... in imperatorem‘.

⁴ Von den darstellenden Quellen über die Vorgänge bei der Wahl selbst verdienen in diesem Zusammenhang Erwähnung nur Otto von S. Blasien und die Halberstädter Chronik, die über die Nomination zu Ichttershausen (bei Arnstadt) berichten. Otto sagt c. 46, p. 480, daß die ‚orientales principes‘ Philipp bis zur Ankunft des jungen Friedrich zunächst ‚in defensorem imperii‘ zu wählen beschlossen (vgl. Scheffer-Boichorst, *Gesammelte Schriften* II, 334); der Halberstädter (SS. XXIII, 113): ‚imperatorum unanimiter elegerunt‘.

⁵ Schon Engelmann, *Anspruch der Päpste* S. 38 und Domeier S. 93 haben das Speierer Schreiben sehr gut charakterisiert, allerdings ohne die prinzipielle Bedeutung der ‚electio in imperatorem‘ zu sehen.

Fürsten und Großen Deutschlands teilen ihm mit, daß sie in großer Versammlung der Fürsten, an der eine stattliche Zahl von Edlen und Reichsministerialen teilnahm, Herrn Philipp zum Kaiser des römischen Reichs rechtmäßig und feierlich erwählt haben.¹ Sie haben sich auf dem Reichstage zu Nürnberg zu ihm gesellt, entschlossen, ihm gegen alle Widersacher Hilfe zu leisten, so daß niemand im Kaiserreich und in den Ländern, welche sein Bruder besaß, seine Herrschaft anzufechten wagen wird. Innocenz möge nimmermehr Reichsrechte bedrohen, wie sie selbst keine Schmälerung der Kirche dulden werden. Sie bitten, daß er Markward, den Markgrafen von Ancona, Herzog von Ravenna und Prokurator des Königreichs Sizilien, in den Geschäften Philipps hilfreich unterstütze; und sie kündigen dem Papste an, daß sie binnen kurzem mit ihrem Herrn nach Rom kommen werden, damit er dort die Würde kaiserlicher Krönung erhalte.²

Hier wird dem Papste die Tatsache einer vollzogenen Kaiserwahl mitgeteilt: die deutschen Fürsten haben mit Philipp das Erbe des „staufischen Reichsgedankens“, das Friedrich I. und Heinrich VI. hinterließen, angetreten; sie wahren gleich ihnen die Selbständigkeit der höchsten Gewalt; in ihrer Wahl, nicht in der päpstlichen Krönung, sehen sie den Rechtsgrund der kaiserlichen Herrschaft. Der Papst ist verpflichtet, den zum Kaiser Gewählten, zum römischen Könige Gekrönten seinerseits zum Kaiser zu weihen. So stehen die Erklärungen Friedrichs I. von 1157 und der Speierer Protest von 1199 auf demselben staatsrechtlichen Boden.

Darüber hinaus knüpft das Schreiben unmittelbar an den Reformentwurf Heinrichs VI. an. Wie Philipp von dem Erzbischof von Tarentaise gekrönt wurde, so begegnet hier unter den Ausstellern der Erzbischof von Besançon; beides bezeugt, wie Philipps Erhebung für das einheitliche Gesamtgebiet des Regnum Romanum vollzogen worden ist. Doch noch mehr: Philipp will — und auch hier folgen ihm die Fürsten — sogleich mit

¹ MG. Const. II, 3 nr. 3: „illustrem dominum nostrum Philippum in imperatorem Romani solii rite et sollempniter elegimus“.

² „omnibus viribus quibus possumus Romam in brevi cum ipso domino nostro divinitate propicia veniemus pro imperatorie coronationis dignitate . . . obtinenda“.

der Wahl die Regierung im ganzen Imperium ergreifen.¹ Zu seinem Herrschaftsbereich gehören die Lande, die sein Bruder Heinrich VI. mit dem Imperium besessen hat; wenn wir hören, wie Innocenz ersucht wird, den Prokurator Siziliens, Markward von Anweiler, zu unterstützen, so ist kein Zweifel, daß mit jenen Gebieten das Königreich Sizilien gemeint ist.²

Die Ansichten, die von den Fürsten über das Imperium vorgetragen werden, entsprechen den Gedanken, aus denen die Entwürfe Heinrichs VI. hervorgingen: das Regnum Romanum mit Sizilien verknüpft in dem einen Imperium, beide Länder in der Hand des einen Kaisers vereint. Nur ist von einer Erbmonarchie keine Rede mehr; dieser Teil des Reformplans ist mit dem Tode Heinrichs VI. und mit der Übergehung seines (schon gewählten) Sohnes Friedrich hinfällig geworden; Philipp dankt seine Nachfolge der freien Wahl der deutschen Fürsten, die nach deutschem Herkommen an das Herrschergeschlecht gebunden bleibt. Darum wird er gemeinsam mit den Fürsten, über Heinrich VI. auf Friedrich I. zurückgreifend, die Wahl als Übertragung des königlichen und des kaiserlichen Amtes verkünden.

Das Wahlkaisertum Philipps rückt dem Papst und auch Sizilien gegenüber in die Stellung ein, die Heinrich VI. seinem

¹ Es ist die Folge der staufischen Staatslehre, daß die Könige wieder seit der Wahl die Herrschaft ausüben. Philipp, Friedrich II., seine Söhne und die Gegenkönige haben alle seitdem geurkundet. Philipp hat vor seiner eigenen Erhebung im Januar 1198 den noch nicht gekrönten Friedrich II. als rechtmäßigen König bezeichnet: er privilegiert die Stadt Speier ‚ex persona domini nostri regis‘ (Const. II, 617 nr. 415). Wie Philipp haben auch Heinrich (VII.) und Heinrich Raspe schon vor der Krönung den Titel „römischer König“ geführt. — Was Krammer S. 41 ff. von der Mißachtung der Königseinsetzung durch Philipp sagt, ist in der Motivierung ebenso verfehlt, wie wenn er S. 40. 42 auf Philipp, „den Vater dieser Gedanken“, die Idee einer ‚electio in imperatorem‘ zurückführt. Kr. kannte nichts von deren Vorgeschichte im 12. Jahrh. — Das „Gehen unter Krone“ am Weißen Sonntag 1198 zu Worms wird dadurch in seiner Bedeutung als Demonstration nicht gemindert (vgl. Burdach, Walther S. 253 ff. 315 ff. und unten in Abschnitt VI); denn es bringt zum Ausdruck, daß der Erwählte der Herrscher ist.

² Vgl. v. Kap-herr, Die unio regni et imperii (Deutsche Zeitschr. für Geschichtswiss. I) S. 109 f. Zugleich wenden sich die Fürsten gegen die päpstlichen Rekuperationen italienischer Reichslande; vgl. Winkelmann, Jahrbücher Philipps I, 176 f. — Zu der Speierer Erklärung wird man Burchards Äußerung über die Absichten Philipps stellen (Chron. Ursperg. p. 71).

Erbreich hatte begründen wollen. So leuchtet die Erklärung von Speier in das Dunkel zurück, das die Reform Heinrichs VI. umgab, und läßt den Erbkaiserplan Heinrichs VI. mit der „Kaiserwahl“ Philipps von 1198 in die Entwicklung des staufischen Staatsgedankens einordnen, in dem sie beide wurzeln.¹ Zu Speier proklamieren der König und seine Anhänger vor dem Papste die Unabhängigkeit des römischen Kaisertums.² —

In eine andere Gedankenwelt führt uns das Schreiben, das die Wähler Ottos IV. bereits im Sommer 1198 nach Rom entsandt haben: nach langen Erwägungen der Fürsten über die Nachfolge eines Königs gefiel es Gott, ihnen Herrn Otto zur Leitung des römischen Kaisertums darzubieten. Darum haben sie ihn gesetz- und rechtmäßig zum römischen Königtum erwählt, seiner Wahl zugestimmt, ihn zu Aachen auf den Stuhl Karls d. Gr. erhoben und durch Adolf von Köln feierlich mit dem königlichen Diadem krönen lassen. Sie flehen den Papst an, Wahl und Weihe des Welfen kraft seiner Autorität zu bestätigen und mit väterlicher Milde ihm die Kaiserkrönung zu gewähren.³

¹ Darf man im Kanzler Konrad von Querfurt die Persönlichkeit sehen, die die Politik im Sinne Heinrichs VI. fortsetzte? (Schwemer, Innocenz III. S. 12).

² Burdach a. a. O. S. 317 ist daher unbedingt zuzustimmen, wenn er Walthers Wort von Philipps „kaiserlichem“ Haupte (ed. Lachmann 18, 32) sehr bedeutungsvoll im staatsrechtlichen Sinne faßt: Walther erblickt in dem legitimen König den berechtigten, designierten Kaiser. Walther steht hier wirklich, wie Burdach sagt, „im Einklange mit den Anschauungen des Speierer Fürstenprotestes“ und daher Friedrichs I. Doch hat Burdach hier wie auch sonst nicht bemerkt, daß das Halle-Bamberger Schreiben von 1202 einen veränderten Standpunkt vertritt. Vgl. unten S. 40. — Dem Ausspruch Walthers wird man wohl an die Seite stellen dürfen die Worte, die Gunther von Pairis in der *Historia captae Constantinopolis* einmal gebraucht hat (Migne, Patrol. Lat. 212, p. 254): ‚ad honorem Dei et totius Romani imperii domino Philippo serenissimo imperatori‘. Sonst spricht er von dem ‚rex invictissimus‘, aber auch von dem ‚imperiale privilegium‘. — Erwähnt mag werden, daß auswärtige Schriftsteller der Zeit wie Robertus Antisiodorensis (MG. SS. 26, 272) oder Rigordus (a. a. O. S. 294) von Philipp als Kaiser sprechen.

³ MG. Const. II, 24 nr. 19: ‚de substituendo rege tractatum et colloquium habere Placuit ei (scil. Deo) . . . Ottonem . . ad regimen Romani imperii . . nobis offerre . . Ottonem . . ad Romani regni fastigium elegimus Ipsius electionem et consecrationem auctoritate vestra confirmare et imperiali coronationi annuere paterna pietate digne-

Wohl ist in dieser Bitte um Konfirmation von Wahl und Krönung des römischen Königs und um Verleihung der kaiserlichen Krone ein Anklang daran zurückgeblieben, daß die Fürsten an der Erhebung des Kaisers mitwirken: weil Gott ihnen in Otto den Herrscher gezeigt hat, der des Kaisertums würdig ist, deshalb haben sie ihn erkoren. Allein ihre Wahl hat ihm nur das Anrecht auf das *Regnum Romanum* gegeben, und nur in dem Königreich ist ihm mit der Aachener Krönung und Thronsetzung die Herrschaft zugefallen. Erst Sache des Papstes ist es, dem Könige die kaiserliche Würde zu gewähren; sein Recht ist's, mit ihr das Kaisertum zu übertragen.

Niemand verkennet, daß wir in diesem Schriftstück ein getreues Gegenbild zu der papalen Theorie vor uns haben, wie sie, soviel wir wissen, ein Johann VIII. zuerst ausgesprochen hatte, wie sie durch Gregor VII. aufgenommen, von Innocenz II. und Hadrian IV. fortgebildet war: das Kaisertum eine freie Gabe des Papstes; wohl kann er sie nur dem römischen Könige verleihen; aber um deswillen untersteht die königliche Erhebung in Wahl und Krönung der Bestätigung des Oberhauptes der Christenheit.¹

So treten in den beiden Erklärungen² der Wähler Philipps und Ottos der staufische und der päpstliche Staatsgedanke nebeneinander; unvereinbar und unversöhnlich vertreten sie, die eine das höchste Recht der weltlichen, die andere das der geistlichen Gewalt. Das deutsche Fürstentum, das einst geschlossen hinter

mini'. Der Brief Ottos nr. 18, p. 23, der um die Berufung zur Kaiserkrönung bittet, enthält nicht die Bitte um Konfirmation.

¹ Nur erkennen die Anhänger Ottos dem Papste nicht das Recht der Verwerfung ihrer Wahl zu; insofern sie ihm daher ein eigentliches Urteil nicht zugestehen, scheiden auch sie sich von dem päpstlichen Standpunkt.

² Daß auch die Form der Wahlen von 1198 für unser Verständnis des Kurfürstenkollegs außerordentlich wichtig ist, darin stimme ich mit Krammer, Wahl und Einsetzung S. 52, und Hugelmann, Die deutsche Königswahl im *Corpus iuris canonici* S. 164 überein. Aber für mich ist das Entscheidende das Hervortreten des jüngeren Reichsfürstenstandes (das allerdings Seeliger, Mitt. des öst. Inst. XVI, 79 ff. mit Lindner geleugnet hat), weil es mit der „Kaiserwahl“ unmittelbar zusammenhängen dürfte. Krammer hat a. a. O. nur von dem Vorstimmrecht gesprochen, das daneben seine Bedeutung besitzt; Hugelmann überschätzt trotz zutreffender Einschränkungen noch immer den Einfluß des Papstes auf die „Bildung eines engeren Fürstenkreises“, deren treibende Kraft vielmehr in der deutschen Entwicklung selbst zu suchen ist.

Friedrich I. stand, ist gespalten; dieselben niederrheinischen Kreise, die einst, wenn nicht alles trägt, den Erbkaiserplan Heinrichs VI. zu Fall gebracht, haben sich jetzt gegen das staufische Wahlkaisertum Philipps verbunden. In den beiden Parteien stehen zwei Weltanschauungen einander gegenüber; jahrhundertalte Gegensätze sind in ihnen verkörpert.

Erzbischof Adolf von Köln trägt mit seinen Genossen vor der Geschichte die Verantwortung¹ für die Doppelwahl selbst und zugleich für die tiefe Demütigung des Königtums, die dem Papsttum den Weg zu den Triumphen über die deutschen Herrscher von Otto IV. bis zu Albrecht eröffnet hat.² Allerdings war er nur das Werkzeug in der Hand eines Mächtigeren, der entschlossen war, alle weltliche Gewalt sich untertan zu machen. Der staufische Reichsgedanke unterlag in der Doppelwahl von 1198 dem Größten der Päpste. Ohne daß wir eine Nachricht hierüber erhalten, dürfen wir allein aus dem Schreiben der Wähler Ottos IV. erschließen, daß Innocenz III. sie in den Bann seiner Gedanken gezwungen und seinem Willen gebeugt hat.³

V.

Innocenz III. und die Kaiserwahl.

Das Gottesurteil des Krieges mußte nach germanischem Brauche zwischen den beiden Gegenkönigen entscheiden. Des Papstes Scharfblick täuschte sich darüber nicht, daß hier zugleich ein Kampf der Geister ausgefochten werde, bei dessen Ausgang das Papsttum auf der Seite des Siegers gefunden werden müsse⁴,

¹ Wolfschläger hat in der Dissertation „Erzbischof Adolf von Köln“ sein Verhalten aus seiner Stellung als Fürst und Landesherr verständnisvoll erklärt; vgl. hierzu auch unten Abschnitt VI. Allein von einer höheren Warte aus gesehen bleibt seine Schuld die größte; ohne ihn würde nach menschlichem Ermessen Deutschland für Philipp von Schwaben gewonnen worden sein.

² Je schärfer man die Zeit Friedrichs I. und Heinrichs VI. der Zeit Friedrichs II. gegenüberstellt, um so klarer wird meiner Überzeugung nach, daß zwischen dem Tode Heinrichs VI. und der Erhebung Friedrichs II. die entscheidende Wendung der deutschen Geschichte eingetreten ist.

³ Für die Verbindung, die zwischen dem Kölner und der Kurie bestand, liefert außerdem Zeugnis der Umstand, daß Erzbischof Adolf (vgl. Const. II, 26) sich für Rückgabe und Garantie des Kirchenstaats verbürgt.

⁴ Unter Innocenz IV. hat Albert Beham (ed. Höfler p. 120) einmal erklärt: „necesse est, ut in omni negotio semper ecclesia Dei vincat“.

um seine Herrschaft über dem Kaisertum neu aufzurichten. Je weniger das Glück der Waffen Otto IV. hold war, um so mehr kam es darauf an, die Fürsten Deutschlands dem hierarchischen System einzuordnen, das Innocenz III. zu verwirklichen gedachte. So nötigte ihn die Speierer Erklärung eines stattlichen Teils des Fürstenstandes, sich mit der Theorie einer deutschen Kaiserwahl auseinanderzusetzen. Es kommt darauf an, ihren Einfluß auf den Standpunkt aufzudecken, den Innocenz III. schließlich einzunehmen gezwungen war, weil wir hiermit erst das rechte Verständnis für seine Haltung gewinnen.¹

Anfang Mai 1199 hatte der Papst sich entschlossen, die abwartende Stellung, die er bis dahin der Doppelwahl gegenüber bewahrt hatte, aufzugeben. Er legte beiden Parteien nahe, ihm die Entscheidung zu übertragen, wer von den beiden zu Königen nominierten² Gegnern wirklich Herrscher werden solle.³ Er stellte sich auf den Standpunkt, als ob eine rechtsgültige, die Königsgewalt verleihende Handlung noch nicht vollzogen sei; erst durch

¹ Neben den Werken Winkelmanns und Haucks und den schon genannten Arbeiten über die Approbation kommen für die hier behandelten Vorgänge besonders in Betracht: Schwemer, Innocenz III. und die deutsche Kirche; Engelmänn, Philipp von Schwaben und Innocenz III. (Progr. 1896); die Untersuchungen über die Königswahlen bei Lindner, S. 95 ff.; Kirchhöfer, Zur Entstehung des Kurkollegs S. 45; Seeliger, Mitt. des Inst. für öst. Gesch. XVI, 79 ff. Die letzten Arbeiten von Krammer, Reichsgedanke, und Hugelmann, Königswahl im Corpus iuris canon. handeln im wesentlichen nur von der Dekretale ‚Venerabilem‘. — Ich beschränke mich selbstverständlich darauf, das für unser Problem Wichtige aus dem gewaltigen Stoff herauszuheben.

² Die *Nominatio* war bei den kirchlichen Wahlen der Beginn der Handlung; in Versammlungen vor der eigentlichen Wahl wurden die Kandidaten genannt und, wenn möglich, die Einigung auf einen einzigen *Nominatus* herbeigeführt.

³ *Registrum de negotio imperii* ed. Migne, Patol. Lat. 216, nr. 1, col. 995; nr. 2, col. 998 (an die Fürsten): ‚tantam inter vos discordiam seminavit, ut duos vobis in reges presumpseritis nominare . . . Expectavimus, si forte . . . ad nostrum recurreretis auxilium, ut per nos, ad quos ipsum negotium principaliter et finaliter noscitur pertinere, . . . dissensio sopiretur‘. Innocenz lehnt sich hier eng an den Brief Ottos IV. an, der geschrieben hatte (Reg. nr. 3, col. 999; MG. Const. II, 24 nr. 18), daß andere Fürsten ‚Philippum in regem nominare . . . presumpserunt‘. — Die Ursache, im Mai 1199 einzugreifen, war für den Papst der Tod von Richard Löwenherz (ep. 105, col. 1107).

die päpstliche Approbation werde der eine der Nominierten wahrer König.¹ Wenn die Fürsten nicht selbst für den Austrag des Streites sorgen, sei es seine Pflicht, das Notwendige zu tun und demjenigen die päpstliche Gunst zuzuwenden, auf dessen Seite der höhere Eifer der Wähler und das größere Verdienst des Gewählten gefunden werde.²

Als er bald darauf³ die Wahlschreiben der Anhänger Ottos erwiderte, beschränkte er sich darauf, den Inhalt ihrer Briefe zusammenzufassen und wohlwollende Erwägung ihrer Bitten zu versprechen.⁴ Allerdings gestand er hier zu, daß eine formelle Wahl zum Könige, nicht nur eine Nomination stattgefunden habe, und ganz entsprechend redete er im August 1199 in seiner Antwort auf die Speierer Erklärung davon, daß viele deutsche Fürsten sich durch ihre Wahl Philipp zum Könige gesetzt hätten.⁵

Unverkennbar hatte Innocenz jetzt den schroffsten Standpunkt schon verlassen; er paßte sich dem deutschen Reichsrecht an und betrachtete beide Erhebungen als wirkliche Königswahlen.⁶ Aber er blieb bei dem Anspruch, daß es seines Amtes

¹ Reg. nr. 1, col. 995: *precipias, ut eum, cuius nominatio per sedem fuerit apostolicam approbata, in regem recipiant*. Diese Anschauung ist später unter Innocenz IV. und seinen Nachfolgern wieder aufgenommen worden, vgl. unten und Wilhelm im VII. Ergänzungsband der MÖG. S. 7 ff.

² Reg. nr. 2: *ei curabimus favorem apostolicum impertiri quem credemus maioribus studiis et meritis adiuvari*; vgl. nr. 21: *cum duo fuissent . . . in reges electi, de studiis eligentium et meritis electorum inquireremus veritatem*. Darnach wird mit Krammer, Rechtsgesch. des Kurfürstenkollegs S. 16 N. 5, Seeliger a. a. O. S. 81 anders zu fassen sein. Vgl. auch Reg. nr. 15 unten N. 5. Den Kanon, auf den Innocenz sich stützte, hat v. Simson, Analekten zur Gesch. der deutschen Königswahlen (Freiburger Programm 1895) in c. 36, Dist. LXIII nachgewiesen.

³ 1199 Mai 20. Reg. nr. 11, col. 1006.

⁴ Reg. nr. 11: *et electionis modum et coronationis processum . . . Ottonis, quem elegistis in regem, plenius intimantes*.

⁵ Reg. nr. 15, col. 1010: *multi principes . . . Philippum sibi prefece-runt per electionem in regem*. — Es ist bewundernswert, wie Innocenz in diesen Schreiben nr. 11. 15 sich dem verschiedenen Standpunkt der Empfänger anpaßt. So spricht er in nr. 15 nur von dem *favor*, den er gewährt, kein Wort von einer *confirmatio* wie in nr. 11.

⁶ Deutlich tritt der Wandel in seiner Stellung hervor in dem folgenden Brief an die Fürsten vom Juni 1200 (nr. 21, col. 1019). Hier heißt es von Philipp, daß er zunächst *in regem se fecerat nominari*, dann *excommunicatus electus fuerat in regem*.

sei, die Form des Hergangs, die Absichten der Wähler und die Eigenschaften des Gewählten zu prüfen¹, ehe er die Wahl bestätige und den Anerkannten nach Rom zur Kaiserkrönung berufe. Nur den förmlich zum „Herrscher“ (*princeps*) Gewählten und rechtmäßig zum König Gekrönten — so erwidert der Papst den Anhängern Philipps — werde er nach alterprobter Gewohnheit zum Romzuge auffordern und nach Erfüllung der zur Krönung des *princeps* notwendigen Leistungen ihm die kaiserliche Krone aufsetzen, die vom Papste zu vergeben ist.² Noch einen erheblichen Schritt kam er mit diesen Sätzen den Wählern Philipps entgegen, die ihm die Kaiserwahl kundgegeben hatten: wohl nimmt er noch nicht den von ihnen gebrauchten Ausdruck der Wahl *in imperatorem* auf, aber indem er von Wahl und Krönung des *princeps* spricht, scheint er sich ihrer Auffassung möglichst nähern zu wollen.

Inzwischen versuchten im Sommer 1200 in bewußtem Gegensatz zum Papst³ die Fürsten unter Erzbischof Konrad von Mainz, den Thronstreit unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zu beenden. Ein fürstliches Schiedsgericht sollte über die Krone des römischen Reichs — also über das Kaisertum — verfügen.⁴ Otto teilte, voll Mißtrauen, dem Papste diese Absichten mit und bat ihn, mit allen Mitteln und der obersten Autorität des Papsttums seine An-

¹ Gregor VII. hatte bei der Wahl Rudolfs von Rheinfelden gefordert, über *negocium personam et mores* unterrichtet zu werden (Jaffé Bibl. II, 475).

² Reg. nr. 15: *Cum autem imperialis corona sit a Romano pontifice concedenda, eo rite prius electo in principem et prius in regem legitime coronato, talem ad coronam suscipiendam vocabimus et iis de more perfectis que ad coronationem principis exiguntur, eam . . . conferemus*. — So entgegenkommend der Papst hinsichtlich der Kaiserwahl ist, so entschieden lehnt er jede Einmischung der Fürsten in Sizilien ab.

³ Nur seiner Mahnung, den Ausgleich herbeizuführen, wird gedacht; Reg. nr. 20, col. 1017.

⁴ Otto an den Papst. Reg. nr. 20, a. a. O.: *qui principes finaliter de facto imperii in eo colloquio tractare debent . . . et quod a maiori parte ipsorum de corona Romani imperii statutum fuerit, hoc . . . inviolabiliter volunt observari*. Otto bittet deshalb, daß er in der Krone Deutschlands geschützt werde: *coronam Alemanniae quam nos iuste adeptam indubitanter existimamus ab eo qui debuit et in loco quo debuit nobis impositam defendere . . . adiuvent*. Die letzteren Worte sind von Innocenz in seinen späteren Briefen häufig benutzt.

erkennung zu befehlen¹! Innocenz sah, daß Gefahr im Verzuge war, und sandte den Diakon Aegidius mit Briefen nach Deutschland, die an seinem Willen keinen Zweifel ließen und die Form eines Befehls, Otto anzuerkennen, kaum noch vermieden. Die Zeit der scheinbaren Neutralität war vorüber.

Ausführlich legt Innocenz² sein Recht dar, die Entscheidung zu fällen; doch will er aus besonderer Achtung noch einmal den Fürsten anheimgeben, selbst den inneren Frieden herzustellen; allerdings mit der Ermahnung und dem Befehl, ihre Augen nur auf den zu lenken, der geeignet sei, dem Kaisertum vorzustehen, und der ein gerechter Verteidiger der Kirche sei; „denn nur einen solchen können und dürfen wir nach Gebühr krönen.“ Wohl weiß er, daß die Fürsten über ihren Gerechtsamen wachen und nicht gesonnen sind, sich ihr Wahlrecht verkümmern zu lassen; aber indem er beteuert, ihr Privileg zu achten, weist er sie darauf hin, daß sie nur den zum König annehmen dürfen, den er in der Lage sei, zum Kaiser zu krönen.³ Offenkundig ist, daß die Anerkennung Ottos gefordert wird. Der Papst nutzt sein Recht der Krönung, um den Fürsten in der deutschen Wahl seinen Willen aufzuerlegen.

In Schreiben, die bald darauf nach Deutschland in der Absicht erlassen wurden, die Freunde Philipps zu gewinnen, und die deshalb mit Belohnungen lockten, ward noch einmal die nicht ganz eindeutige Wendung einer deutschen Erhebung zum ‚*principis*‘ gebraucht⁴, während im übrigen Innocenz in seinen programmatischen Äußerungen noch daran festhielt, daß die Fürsten zum König wählen, nur er allein über das Kaisertum verfüge. In einzelnen Briefen gab er schon wertvolle Zeichen seines Wohl-

¹ Reg. nr. 20. Eines der würdelosesten Schreiben, das die Kanzlei Ottos verlassen hat. Wer trägt die Verantwortung für das Betteln um die päpstliche Hülfe, für diese Preisgabe Deutschlands und des Kaisertums?

² Reg. nr. 21.

³ A. a. O. col. 1020: ‚*is sit a vobis assumendus in regem, quem nos in imperatorem possimus et debeamus merito coronare*‘.

⁴ Reg. nr. 24, col. 1022: ‚*quod omnes, qui cum eo qui assumptus in principem nostram obtinuerit gratiam et favorem . .*‘; vgl. die vorige Anm. und S. 30 N. 2. — ‚*Princeps*‘ war nach dem Sprachgebrauch der Zeit als „Kaiser“ aufzufassen, ohne daß die Beziehung auf den römischen König ausgeschlossen wäre.

wollens für Otto, indem er ihn als den „zum König Erwählten und Gekrönten“ bezeichnete.¹

Die Vermittlung des Mainzer Erzbischofs kam nicht zustande², und nach seinem Tode fehlte es an einer gleich angesehenen Persönlichkeit, die darauf hätte zurückkommen können. Die Deutschen hatten die Mahnung Innocenz' III. nicht beachtet; so blieb ihm nichts übrig, als aus eigener Machtvollkommenheit ein Ende zu machen. Im Winter 1200/1 bereitete er sich darauf vor³, Otto feierlich als König zu verkünden und damit die sachlich erwünschte Entscheidung selbst auszusprechen.

Die Aufnahme seiner früheren Schreiben, die Berichte, die ihm sicherlich aus Deutschland zuzingen, und vor allem wohl die Eindrücke, die soeben Aegidius gesammelt hatte, dürften den Papst darüber unterrichtet haben, daß der größte Teil der Fürsten daran festhielt, ihm keinen Einfluß auf die Freiheit ihrer Wahl zu gestatten, und nach wie vor als Verfechter des staufischen Imperium von der Wahl die Herrschaft über das Kaisertum ableitete. Stets hatte er Sorge getragen, sie nicht zu verletzen, und sich deshalb oft in wichtigen Erklärungen möglichst eng an den Wortlaut der an ihn gesandten Briefe gehalten⁴; wenn trotzdem das Mißtrauen nicht überwunden worden war, so entschloß sich Innocenz, den Fürsten ein Zugeständnis zu machen, von dem er sich gerade bei der feindlichen staufischen Partei einen besonders nachhaltigen Eindruck versprechen mochte, kräftig genug, um eine Reihe von Fürsten von ihr abzusprengen und zu Otto hinzuzuziehen. Eben sie hatten ihm in dem Schreiben von Speier ent-

¹ An Herzog Heinrich von Brabant. Reg. nr. 23, col. 1022: „charissimo filio nostro Ottoni . . . electo et coronato in regem“. Ebenso nr. 27 an Konrad von Mainz. Der Titel ist sehr zu beachten. Otto ist gewählt und gekrönt und doch nicht ‚rex‘. Er wird es erst nach der fürstlichen Entscheidung — und der päpstlichen Konfirmation. Aber durch die Bezeichnung erkennt der Papst schon an, daß für ihn Otto der ‚rite electus‘ und ‚legitime coronatus‘ sei, der allein Kaiser werden darf; vgl. Reg. nr. 15 oben S. 30 N. 2.

² Vgl. Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands IV, 700 ff.

³ Nachdem er sich vergeblich bemüht hatte, König Johann von England zu tatkräftiger Unterstützung Ottos zu bewegen. Vgl. E. Gütschow, Innocenz III. und England, S. 130.

⁴ Dies muß generell hervorgehoben werden. Schon hiermit verlieren die Behauptungen von dem bestimmenden Einfluß des Papstes auf die Ausbildung der Wahlform in Deutschland den Boden.

gegengehalten, daß die Deutschen den Kaiser wählten; und wie fest eingewurzelt diese Überzeugung war, schien der Vermittlungsversuch des Mainzer Erzbischofs zu erweisen.¹ Zugleich lehrte er aufs neue, daß nach dem Tode der beiden großen staufischen Herrscher jetzt die Fürsten gewillt waren, die Selbständigkeit der weltlichen Gewalt zu verteidigen. Wieder standen die alten Gegensätze der imperialen und der kurialen Theorie von der Übertragung des Kaisertums unvermittelt einander gegenüber.

Da fand der vielgewandte päpstliche Diplomat einen Ausweg, der geeignet schien, die Empfindlichkeit der Deutschen zu schonen², ohne doch die Ansprüche des Papstes irgend zu beschränken. Er schied in der einen Wahl zwei Momente: insofern sie den römischen König bestimmte, war sie eine Angelegenheit der deutschen Fürsten, insofern sie jedoch dem Papste zugleich den zukünftigen Kaiser nominierte, bedurfte die Wahl, um verbindlich zu sein, der päpstlichen Bestätigung.³

Schon einmal hatte ein Papst den Deutschen das Zugeständnis gemacht, daß ihre Wahl auch den Kaiser bestimme. Es war der Friedensgruß und zugleich das Versprechen der langbegehrten Krönung, als Gregor VIII. im J. 1187 an Heinrich VI., „den erlauchten König und erwählten Kaiser der Römer“ schrieb.⁴ Damals bezeichnete der ungewohnte Zusatz zum Königstitel ein Nachgeben des Papsttums vor den Staufern und ihrer Staatsanschauung. Jetzt griff Innocenz III. auf dieses Vorbild zurück⁵; allerdings wich er auch dadurch von der starren kurialen Doktrin ab und gestand — zum ersten Male in seinen Erklärungen —

¹ Vgl. oben S. 30 und N. 4.

² Ich übernehme die Motivierung, die Rodenberg, Über wiederholte deutsche Königswahlen (Gierkes Untersuchungen zur Rechtsgesch. Heft 28) S. 37 für das Verhalten des Papstes 1211/12 gefunden hat.

³ Ich bin überzeugt, daß diese Deutung derselben Wahl auf zwei verschiedene Würden, die von ihr ausgehen, nicht der dialektischen Kunst Innocenz' III. zu danken ist, sondern daß sie ihm durch die damalige Form der deutschen Wahl geradezu dargeboten wurde. Hierüber später.

⁴ Vgl. oben S. 18.

⁵ Er war von Gregor VIII. zu seinem Subdiakon ernannt worden; Klemens III. machte ihn zum Kardinaldiakon. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß Innocenz III. mit den Verhandlungen beider Päpste mit den Staufern wohl bekannt war, und daß er sich bei dem neuen Titel für Otto IV. an das Schreiben Gregors VIII. angelehnt hat.

den Fürsten unumwunden einen Anteil an der Erhebung des Kaisers zu. Doch unvergleichlich größer war sein Erfolg, wenn er mit diesem Opfer in Deutschland den päpstlichen Anspruch zur Anerkennung brachte, 'über die Wahl — weil sie nicht nur dem römischen König, sondern auch für das vom Papst übertragene Kaisertum gelte — zu entscheiden, den gewählten Herrscher anzunehmen oder zu verwerfen'.¹

Innocenz beschloß im Anfange des J. 1201, eine neue Gesandtschaft unter dem Kardinal Guido von Praeneste nach Deutschland zu senden. In ihrer Beglaubigung bei den deutschen Fürsten schob er in den Vordergrund das Recht und die Pflicht des Papstes, für das Kaisertum zu sorgen²; aber auch die Rücksicht, die er bisher auf die Deutschen genommen habe, wurde betont.³ Ihre

¹ In der *Deliberatio super facto imperii* (Reg. nr. 29, col. 1022) legte er vor sich selbst und wohl auch vor den Kardinälen die Gründe dar, die ihn zu seiner Entscheidung gegen Friedrich II. und Philipp, für Otto bewogen. Sie ist gleichsam das Arsenal, aus dem er seitdem die geistigen Waffen für die Kämpfe, die vor ihm lagen, geholt hat. Vgl. Winkelmann, Philipp, S. 198. Nur in ihr, die über den engsten Kreis der Kurie nicht hinausdrang, hat er gewagt, mit Innocenz II. und Hadrian IV. nach dessen Worten auf die Lehnsabhängigkeit des Kaisertums hinzuweisen: *'cum ... ei coronae beneficium contulisset'*. Wegen dieser Worte wird man nun die *'palla aurea'* mit der, wie Innocenz dort behauptet, Heinrich VI. nach der Krönung „investiert“ zu werden wünschte, als Symbol einer „Belehnung“, mindestens nach dem Sinne Innocenz' III., auffassen müssen. Übrigens scheint mir mit Rücksicht auf die Verse Gottfrieds von Viterbo (MG. SS. XXII, 274) die *'palla'* doch eher auf den goldenen Reichsapfel zu deuten, der erst, nachdem die Krone dem Kaiser aufs Haupt gesetzt ist, übergeben wird, als auf den Mantel, wie Diemand, Zeremoniell der Kaiserkrönung S. 12 meinte. — In den für die Öffentlichkeit bestimmten Schreiben spricht Innocenz nur aus, daß der Papst die Kaiserkrone *'concedit'* (so schon nr. 18, col. 1015); vgl. auch nr. 33, col. 1036: *'a nobis imperii recipit diadema in plenitudinem potestatis'*.

² Zum ersten Mal erscheint hier, soviel ich sehe, öffentlich — aus der *Deliberatio* übernommen — die im 13. Jahrh. so wichtig gewordene Behauptung, daß dem Papste die *'provisio Romani imperii'* zustehe. Über den Zusammenhang mit der kirchlichen Provision vgl. v. Wretschko in Savigny-Zeitschr. für Rechtsgesch., Germanist. Abteilung 20, 199, der die Belegstellen aus dem Beginne des 13. Jahrh. nicht berücksichtigt.

³ Reg. nr. 30, col. 1031 vom 5. Jan. 1201: *'Nec vos nec alios credimus dubitare, quin imperii Romani provisio principaliter et finaliter nos contingat; principaliter quidem, quoniam per Romanam ecclesiam de Grécia fuit specialiter pro ecclesiae defensione translatum; finaliter quia, etsi alibi*

Vollmachten mußten die Legaten je nach den Verhältnissen nützen, die sie in Deutschland antrafen. Denn sie sollten zunächst nur die Aufforderung des Papstes übermitteln, daß die Fürsten selbst sich untereinander einigten oder — wenn dies unmöglich — dem Papste als dem geeignetsten und ihrer würdigen Vermittler den Urteilspruch übertrügen.¹ Allein von vornherein war man an der Kurie überzeugt, daß diese Mahnungen ebenso wirkungslos bleiben würden wie die gleichen vom Mai 1199 und die ähnlichen vom Sommer 1200, und nur in dieser Überzeugung hatte man den Legaten scheinbar einen zum Frieden zielenden Auftrag gegeben: man wollte zwar den Argwohn der deutschen Fürsten gegen den Papst zurückdrängen², aber zugleich sie durch die Unmöglichkeit, sich untereinander zu verständigen, und die Weigerung, den Papst

*coronam regni recipiat, ab apostolica tamen sede ultimam manus inpositionem et coronam imperii recipit imperator*⁴. Vgl. Reg. nr. 18, col. 1015 und Reg. nr. 33, col. 1036.

¹ Reg. nr. 31, col. 1034 vom 5. Jan. 1201. An die Gesamtheit der Fürsten Deutschlands: *concordantes in eum quem nos ad utilitatem imperii cum ecclesiae honestate merito coronare possimus, vel si forte per vos desiderata non posset concordia provenire, nostro vos saltem consilio vel arbitrio committatis, — salva in omnibus tam libertate vestra quam imperii dignitate, cum neminem magis quam Romanum pontificem super hoc deceat vos mediatorem habere . . .*⁴ Den Unterschied zwischen diesem Schreiben und den Briefen vom 1. März haben Winkelmann a. a. O. S. 206 und besonders Schwemer a. a. O. S. 33 ff. mit Recht hervorgehoben. Allein das Ziel, das Innocenz verfolgte: die Proklamation Ottos, war schon vorher am Schluß der *Deliberatio* — die vollständig hierauf zugespitzt ist — ausgesprochen. Der öffentliche Auftrag an den Legaten, zu vermitteln, war nur ein vorzügliches taktisches Mittel, um dem Papste den Schein des Rechts zu dem angekündigten Arbitrium zu geben, und schon im ersten Augenblick nicht im mindesten der wirkliche Zweck seiner Sendung. Das geht ebenso aus der *Deliberatio* wie vor allem aus Reg. nr. 33, col. 1038 hervor. — Deshalb braucht man nicht nach besonderen Gründen zu suchen, die den Wechsel der päpstlichen Absichten zwischen dem 5. Januar und dem 1. März erst verständlich machen müßten. Das Beglaubigungsschreiben, Reg. nr. 30, war absichtlich so gehalten, daß es über den Auftrag der Gesandten selbst nichts aussagte, also ebenso galt, wenn sie nach nr. 31, oder wenn sie nach nr. 33 in Deutschland verfuhrten.

² Vgl. Reg. nr. 31 in der vorigen Anm. und Reg. nr. 30: *ne tamen principum dignitatem ignorare vel laedere videremur, expectavimus*⁴. Schon in Reg. nr. 2 hieß es: *ne libertas (scil. imperii) depereat et dignitas annulletur, ad provisionem ipsius . . . intendatis*⁴.

anzurufen, offen ins Unrecht setzen.¹ So sicher war man in Rom des Ausgangs, daß man nach einigen Wochen, vielleicht auf Grund neu eingegangener Nachrichten, am 1. März 1201 das zweite Schreiben an die deutschen Fürsten aufsetzte und dem Kardinallegaten Guido den Brief mit auf den Weg gab, in dem seine noch nicht einmal begonnene Vermittlung als gescheitert dargestellt und aus dem Widerstand der deutschen Fürsten gegen die wohlwollenden Ratschläge des Legaten — der die Mauern Roms noch nicht verlassen hatte! — die Notwendigkeit des päpstlichen Machtspruchs begründet wurde.²

Die Gesandten erhielten den Auftrag, wenn es die Umstände in Deutschland zuließen, an Otto das päpstliche Schreiben zu übergeben, durch das er als König angenommen und ihm der Erlaß einer Verfügung mitgeteilt wurde, daß ihm nunmehr der dem König geschuldete Gehorsam zu leisten sei; zugleich wurde ihm die Kaiserkrönung zu geeigneter Zeit in Aussicht gestellt.³ Sie sollten den Welfen feierlich auf Grund päpstlicher Autorität als König verkünden.⁴ Tatsächlich übte der Papst hiermit das von

¹ Reg. nr. 33, col. 1037: „quoniam hactenus nec expectationis nostre modestia (1198/9) nec exhortationis studium (Reg. 1 und 2 vom Mai 1199) nec consilii maturitas nec instructionis discretio (Reg. 21 vom Juni 1200 und die mündliche Instruktion durch Ägidius; vgl. darüber Reg. nr. 30: „litteras nostras . . . consilium exponentes“; Reg. nr. 31: „per instructionem plenariam“) vos commovit nec legatorum nostrorum usque adeo sollicitudo profecit, ut vel per vos ipsos sepulta discordia, sicut vos saepe monuimus, concorditer ad provisionem intenderetis imperii vel consilio aut arbitrio nostro committere vos velletis, . . . cum alteri de vestris electis favorem impendere non possimus, . . . consentire in alterum nos oportet“. Wahrscheinlich hat Guido von Praeneste das Schreiben nr. 31 in Deutschland überhaupt nicht bekannt gemacht.

² Reg. nr. 33, col. 1038 vom 1. März 1201; vgl. die vorige Anmerkung.

³ Reg. nr. 32, col. 1034: „Nos . . . auctoritate Dei omnipotentis nobis in beato Petro collata te in regem recipimus et regalem tibi praecipimus de cetero reverentiam et obedientiam exhiberi, praemissisque omnibus quae de iure sunt et consuetudine praemittenda, regiam magnificentiam ad suscipiendam Romani imperii coronam vocabimus“. — Aus diesen Worten scheint auch hervorzugehen, daß Innocenz erst von der Bestätigung an die rechtliche Übung der königlichen Gewalt gelten lassen will.

⁴ Reg. nr. 51, col. 1052. Bericht Guidos von Praeneste an den Papst: „litteras vestrae sanctitatis regi et de ipsius receptione et approbatione cunctis exhibuimus et eum de cetero auctoritate vestra publice denuntiavimus regem Romanorum et semper augustum“.

ihm beanspruchte Bestätigungsrecht aus; aber sorgsam vermied er, die Konfirmation der Wahl förmlich auszusprechen¹, um das Selbstgefühl der deutschen Fürsten zu schonen und ihnen sein Eingreifen erträglich zu machen. Darum auch stützt er seinen Spruch in den für die Gesamtheit bestimmten Schreiben nicht so sehr auf die Vorgänge bei der Wahl als auf die geeignete und würdige Persönlichkeit des Gewählten²; und darum nimmt er jetzt sogar die Auffassung der staufischen Partei an, als ob die deutsche Wahl bereits dem Kaiser gelte. Was Innocenz niemals vorher offen zugestanden hatte, was der kurialen Lehre der früheren Zeit geradezu widersprach, das gibt er in dem Zwange des Augenblicks zu; in den entscheidenden Briefen vom Frühjahr 1201 spricht er nie von einer Königs-, sondern ausschließlich von einer Kaiserwahl durch die Fürsten.³ Ja, er wirft sich zum Verteidiger dieses ihres Wahlrechts gegen die staufischen Gelüste einer Erbmonarchie auf.⁴

¹ Von Engelmann, Approbation S. 30 richtig als auffallend hervor-gehoben, doch blieb ihm der Grund unbekannt. Nur in den Schreiben an Adolf von Köln und Ottos unmittelbare Anhänger sprach der Papst von einer Approbation, z. B. Reg. nr. 55, col. 1056; auch in nr. 57, col. 1060 an Otto selbst: ‚nec umquam reprobabimus, . . quod semel noscimus approbasse‘.

² Reg. nr. 33, col. 1040: ‚personam Philippi tamquam indignam quoad imperium . . . obtinendum reprobamus‘. Insoweit wird man Seeliger S. 81 zustimmen.

³ Reg. nr. 30, col. 1032: ‚audito . . quod vota principum in imperatoris fuissent electione divisa‘; nr. 33, col. 1038: ‚et ne libertas principum in imperatoris electione vilescat, si non per electionem, sed successionem transferri . . . imperium videatur‘; col. 1039: ‚hoc solum quod vobis in substitutione imperatoris eligendi voluerint adimere facultatem, libertati et honori vestro non modicum derogarunt‘. Man findet sogar in der Deliberatio, Reg. nr. 29, col. 1030: ‚cum tot vel plures ex his, ad quos principaliter spectat imperatoris electio, in eum consensisse noscantur‘; selbst von Friedrich II. sagte er col. 1026: ‚intelligebant enim, quod, etsi eum tunc in imperatorem elegerant, non tamen ut tunc imperaret . . .‘. Über die Schlüsse, die auf die Form der deutschen Wahl aus den Worten des Papstes zu ziehen sind, werde ich später handeln.

⁴ Hugelmann, Die deutsche Königswahl, S. 51 ff. scheint mir diese Äußerungen nicht genügend zu werten, wenn er meint, daß Innocenz im J. 1201 ein Devolutionsrecht beansprucht und tatsächlich ein solches „unter dem Schein einer Approbation“ geübt habe. Die Rechtsgrundlage, von der aus er handelt, ist immer das dem Papste gebührende Bestätigungsrecht: bei Doppelwahlen darf er, ja, wenn die Parteien sich nicht verständigen, muß er es üben zugunsten des würdigen und geeigneten Fürsten. Der Unterschied zwischen den Erklärungen von 1201 und der Dekretale ‚Vene-

Es gibt kein glänzenderes Zeugnis für die Bedeutung des stau-
fischen Reichsgedankens, als daß sein größter Gegner — um ihn
niederzuzwingen — sich ihm zunächst selbst anpassen mußte, um
dann erst ihn seinen eigenen Zwecken dienstbar zu machen. Es
ist der Beweis für die Gewalt, welche die imperiale Idee über die
Geister in Deutschland gewonnen hatte.

Innocenz begrüßte Otto IV. mit dem Titel: „Dem erlauchten
König Otto, dem zum Kaiser der Römer Erwählten“. Nicht, wie
einst Gregor VIII. Heinrich VI. angeredet hatte und wie es der
Krönungsordo Heinrichs VI. im Buche des Cencius überlieferte,
erkannte er ihn als „den erwählten Kaiser“ an; die scheinbar so
leichte Wandelung des Titels¹ gab bestimmt genug wieder, daß
die Wahl nur eine Designation zur Kaiserwürde sei, daß sie kaiser-
liche Gewalt noch nicht gewähre²; die rechtliche Erhebung, die
Promotion zum Kaiser³ blieb nach wie vor dem Statthalter Christi,
dem Verwalter der beiden Schwerter, dem Papste, vorbehalten.⁴

rabilem‘, den Hugelmann empfunden hat, liegt in deren verschiedener Stel-
lung zur „Kaiserwahl“, die ihm entgangen ist, vgl. unten S. 43.

¹ Zuerst in Reg. 32, col. 1034: „*Illustri regi Ottoni in Romanorum
imperatorem electo*“. Auch wenn von Otto gesprochen wird, heißt es
nur ausnahmsweise anders. Ein gewisses Schwanken scheint einzutreten
1207, als Innocenz mit Philipp zu verhandeln begonnen hatte. Reg.
nr. 138, col. 1137, ist „*illustri regi Ottoni*“ geschrieben, in nr. 139 ist von
„*Otto rex*“ die Rede; in nr. 141, col. 1141 an alle Fürsten werden — wie
1199 vor der Entscheidung Reg. nr. 1 — Philipp und Otto nebeneinander
gestellt: „*Nuper autem viris illustribus, Philippo et Ottone, ad invicem discor-
dantibus*“; nr. 180, col. 1145: „*Illustri regi Ottoni in augustum electo*“. Nach
Philipps Tod und bis zur Kaiserkrönung heißt es wieder regelmäßig: „*in
Romanorum imperatorem electo*“. In dem Ordo der römischen Kaiser-
krönung Ottos IV. wird er entsprechend „*rex in imperatorem electus*“ ge-
nannt (Diemand, Zeremoniell der Kaiserkrönungen S. 126); vgl. oben S. 19 N. 1.

² Man beachte oben S. 32 „*electo et coronato in regem*“ und später
über das Weistum von 1252. — Außerdem ist zu bemerken, daß Innocenz III.
dem Herrscher nicht etwa den Titel gibt: „*Romanorum regi in imperatorem
electo*“, sondern „*regi in Romanorum imp. electo*“; denn hieran konnte später
die Meinung anknüpfen, daß der „*rex*“ noch nicht ein „*rex Romanorum*“,
sondern nur „*rex Alemaniae*“ sei, also sein Herrschaftsbereich noch nicht
das „*regnum Romanum*“ umfasse.

³ Vgl. das zuerst in der Dekretale „*Venerabilem*“ gebrauchte „*regem in
imperatorem postmodum promovendum*“. Bei Arnulf von Mailand (MG.
SS. VIII, 17) begegnet schon zur Zeit Heinrichs IV. „*regem ad imperium
promovendum*“.

⁴ Die päpstliche Auffassung in den Schreiben, in denen er den Fürsten

So war Innocenz bereit, den Deutschen einen Anteil an der Kaisererhebung, die sie für sich gefordert hatten, wirklich zu gewähren. Aber sein Zugeständnis sollte ihm dazu dienen, den Einfluß auf die Wahl, den er erstrebte, zu einem auch vor den deutschen Fürsten berechtigten zu machen. Einst hatten Philipps Wähler im J. 1199 die kaiserliche Erhebung Philipps verkündet, um Innocenz III. von ihr auszuschließen und ihn auf die kirchliche Weihe zu beschränken. Jetzt erkannte der Papst ihr Recht auf die Kaiserwahl an, um daraus seinen Anspruch auf die Bestätigung der deutschen Wahlhandlung abzuleiten.

Es erweckt Bewunderung zu sehen, wie schnell die Anhänger Philipps die Gefahr erkannten, die dem Wahlrecht der Fürsten und zugleich doch auch der Selbständigkeit Deutschlands von der neuen Haltung des Papstes erwuchs, und wie stolz und klug sie Innocenz III. entgegentraten. Sie ließen sich so wenig dadurch blenden, daß er ihnen jetzt die ‚electio imperatoris‘ einräumte, daß sie vielmehr sein Danaergeschenk entschlossen zurückwiesen.

Die päpstlichen Legaten, die im Juli 1201 zu Köln Otto als den vom Papst angenommenen König ausriefen, überzeugten sich, daß die Deutschen noch weit entfernt waren, sich päpstlichen Machtsprüchen zu fügen. Die Entscheidung Innocenz' III. wurde als eine Schmälierung der nationalen Freiheit so bitter empfunden¹, daß er vorschrieb, wie solchen Behauptungen entgegenzutreten wäre.² Indessen ließen sich die Führer der staufigen Partei mit

den Gehorsam gegen Otto befiehlt. Reg. nr. 34, col. 1041: ‚tamquam regi vestro in Romanorum imperatorem electo et a nobis, dante Domino, coronando honorem et reverentiam impendatis‘; cf. nr. 36.

¹ Reg. nr. 52, col. 1054. Magister Philipp an den Papst: ‚conqueritur de vobis idem dux Suevie et de Romana ecclesia coram ipsis (scil. principibus), dicens quod ea sola ratione invehimini contra ipsum, quia sine licentia vestra voluerit imperare, eos intelligere faciens, quod ex hoc deperit libertas eorum, et nemo preter voluntatem Romani pontificis poterit imperare‘. Die Ausübung der Herrschergewalt (vgl. oben S. 37 N. 3 Schluß) sollte vom Papste abhängig sein.

² Reg. nr. 56, col. 1058; Ende 1201: ‚nec praevalcant maledicta quorundam, qui nos asserunt libertatem electionis adimere principibus voluisse, in auribus omnium verbis et scriptis saepius inculcetis, quod libertati eorum in hoc facto detulimus et illesam eam duximus conservandam. Nos enim non personam elegimus, sed electo ab eorum parte maiori qui vocem habere in imperatoris electione noscuntur, et ubi debuit et

Philipp keinen Augenblick über die prinzipielle Tragweite des päpstlichen Vorgehens täuschen; sie begriffen, wie sie selbst durch die zu Speier vertretene Theorie, daß die deutsche Wahl über das Kaisertum entscheide, dem Papste den scheinbaren Rechtsgrund für seine Einmischung lieferten. Indem sie gegen die Mission Guidos von Praeneste förmlich protestierten, hatten sie die Einsicht, die staufische Staatslehre so umzubilden, daß sie dem Papste durch Preisgabe der Kaiserwahl den Rechtsboden entzogen, auf den er sich mit ihnen gestellt hatte, und doch die nationale Unabhängigkeit und die Freiheit weltlicher Gewalt vor den Übergriffen des Papsttums mit der Energie eines Friedrich I. und Rainald von Dassel verteidigten. Der Bamberg-Hallische Protest ist eine programmatische Erklärung, die sich würdig neben die berühmten Schreiben Friedrichs I. und der Bischöfe gegen Hadrian IV. stellt und auf die spätere politische Entwicklung tief

a quo debuit coronato favorem prestitimus et prestamus, cum apostolica sedes illum in imperatorem debeat coronare qui rite fuerit coronatus in regem. In eo quoque stamus pro principum libertate, quod ei favorem penitus denegamus qui sibi iure successionis nititur imperium vindicare.' Vgl. Winkelmann, Jahrbücher Philipps S. 219. — In dem Schreiben an Eb. Adolf, Reg. nr. 55, col. 1055 läßt sich der Papst ganz hinter dem Kölner verschwinden; er erinnert, daß er nur ‚reprobavit quod reprobaveras, et quod approbaveras approbavit et . . . regem Ottonem in Romanorum imperatorem electum et a te coronatum in regem in imperatorem proposuit coronare'. — Überaus geschickt läßt in diesen Briefen Innocenz die Wahl zurücktreten und legt alles Gewicht auf die Krönung, während er früher z. B. Reg. nr. 15, oben S. 30, beide Vorgänge nebeneinander stellte. Sein Approbationsrecht wird dadurch nicht im geringsten beschränkt; denn er ist es natürlich, der entscheidet, ob der König ‚rite‘ gekrönt, daher als (nach Wahl und Person) rechtmäßiger Empfänger die Krone am rechten Ort und in rechter Weise erhalten habe. Es handelt sich also nur um einen diplomatischen Ausweg gegenüber den Fürsten, die in der Prüfung der Wahl eine Beeinträchtigung ihrer Rechte sahen. Innocenz gebraucht sogar die Worte, daß es seine Pflicht sei, die Krönung zu vollziehen, als ob er hierdurch von Deutschland abhängig sei; vgl. auch Reg. nr. 67. 80. 100. Aber wieder zielt auch hier Innocenz auf einen besonderen Vorteil. Je wichtiger die Aachener Krönung für die deutsche Königswürde ist, um so wichtiger die römische für die kaiserliche: der Erzbischof von Köln und der Papst ziehen gemeinsam Vorteil daraus, die konstituierende Bedeutung der Wahl in Abrede zu stellen. Vgl. Krammer, Wahl und Einsetzung S. 17ff., wo die spätere Entwicklung behandelt wird. Ich komme unten in Abschnitt VI auf die Stellung des Kölner Erzbischofs zurück.

nachgewirkt hat. Niemals zu irgendwelcher Zeit — so wird hier, mehr der Leidenschaft des Augenblicks als historischer Kenntniss entsprechend, verkündet — haben die Päpste sich in die Wahlen der römischen Könige eingemischt; und selbst bei zwiespältiger Wahl des ‚rex Romanorum‘ gibt es über sie keinen höheren irdischen Richter; sie ist nur durch freiwillige Übereinkunft der Wähler zu heilen, — nicht durch päpstlichen Entscheid.¹ Denn der Mittler zwischen Gott und Menschen, Jesus Christus, hat die beiden Ämter so geordnet, daß weder der Streiter Gottes in weltliche, noch der Lenker des Staats in geistliche Geschäfte eingreifen dürfe. Wieder wird in ihrem Bereich die weltliche Gewalt als gottgewollt und unabhängig der geistlichen ebenbürtig an die Seite gestellt. Im Ausdruck ergeben, in der Sache unerschüttert, verkünden die Fürsten dem Papste, daß sie einmütig Philipp ‚in regem Romanorum et semper augustum‘ gewählt haben, und bitten, ihm pflichtgemäß die Wohltat der Salbung zu gewähren.²

Wie in diesem Schriftstück, abweichend von der Speierer Erklärung, nirgend von kaiserlichen Rechten noch auch von Sizilien die Rede ist, so spricht es auch niemals von einer Kaiserwahl. Die Verteidiger des staufischen Staatsgedankens weichen vor Innocenz III. und der papalen Idee einen Schritt zurück und erkennen die geschichtliche Tatsache von mehr als drei Jahrhunderten an, daß der römische König erst durch die päpstliche Salbung Kaiser wird; aber sie halten dafür entschlossen fest, daß es Pflicht des Papstes sei, dem König diese Gnade zu gewähren. Sie geben den Anspruch preis, daß sie durch ihre Wahl bereits die kaiserliche Erhebung bewirken, und verzichten insoweit darauf, die imperialen Gedanken Friedrichs I. zu verwirklichen; aber indem sie die Wahl zum römischen Könige als das ausschließliche

¹ Reg. nr. 61, col. 1063; MG. Const. II, 5 nr. 7: ‚Ubinam legistis ... vestros antecessores ... Romanorum regum se electioni immiscuisse ... Romanorum enim regis electio, si in se scissa fuerit, non est superior iudex, cuius ipsa sententia integranda, sed eligentium voluntate spontanea consuenda.‘ Das Folgende — was sehr zu beachten — aus c. 8 Dist. X!

² ‚Vobis enim, pater sanctissime, insinuare decrevimus, quia electionis nostre vota in serenissimum dominum nostrum Philippum Romanorum regem et semper augustum una voce, uno consensu contulimus. ... Unde petimus, ut veniente tempore et loco, sicut vestri officii est, unctionis ipsi beneficium non negetis.‘

und unanfechtbare Vorrecht der deutschen Fürsten proklamieren, schließen sie jeden Anteil des Papstes an ihr mit rücksichtsloser Schärfe aus und schützen die Unabhängigkeit der deutschen königlichen Gewalt.¹

Der Augenblick, eine so entschiedene Sprache zu führen, war von der Partei Philipps schlecht gewählt; denn seit dem Sommer 1201 wuchs Ottos Macht in Deutschland.² Der Papst mochte die welfischen Aussichten dort überschätzen; aber da er in Rom jetzt die Herrschaft wieder gewonnen hatte³ und unter dem Eindruck der Fortschritte in Unteritalien, wo durch den Erfolg bei Cannä (Okt. 1201) die päpstliche Regentschaft auf dem Festlande gesichert schien⁴, fühlte er sich jetzt als Sieger. Im März 1202 antwortete er der staufischen Partei in dem Briefe ‚Venerabilem‘ an den Herzog von Zähringen, der seinen Anschauungen über das päpstliche Recht vom römischen Königtum und Kaisertum die endgiltige Form gab. Das Schreiben⁵ hatte eine doppelte Auf-

¹ Die Bedeutung des Hallischen Protestes haben Schwemer S. 41 ff.; Engelmann, Philipp von Schwaben und Innocenz III. S. 11; Burdach S. 46 gewürdigt. Auch Hugelmann, Königswahl S. 53 rühmt „das mannhaftige Auftreten der Fürsten, eine stolze Erinnerung der deutschen Geschichte“.

² Vgl. Winkelmann, Philipp von Schwaben S. 214 ff.

³ In den Sommer 1201 — ungefähr in die Zeit der Kölner Proklamation Ottos als des vom Papst designierten Kaisers — muß der Vorgang fallen, den Roger von Howden höchst glaubhaft aus Rom berichtet. Der Papst verkündigte dort seine Entscheidung im Thronstreit; sie wurde von den Römern mit der kaiserlichen Akklamation für Otto beantwortet (MG. SS. 27, 180): ‚Innocencius papa et Romani elegerunt sibi in imperatorem Ottonem regem Alemannie et Philippum . . . refutaverunt. Confirmata a papa Innocencio . . . electione Ottonis, Innocencius excommunicavit Philippum. Et publice clamatum est in Capitolio et per totam Urbem: ‚Vivat imperator noster Otto‘. Otto itaque electus imperator . . .‘ — Der Vorgang ist wohl aus der italienischen und stadtrömischen Politik Innocenz’ III. zu erklären, der hiermit den Ansprüchen der Römer Genüge tat. Man könnte auch daran denken, daß Innocenz der deutschen eine römische, durch ihn veranlaßte und auf seine Konfirmation erfolgende Kaiserwahl gegenüberstellen oder wenigstens solche Entwicklung vorbereiten wollte. Doch mag dies vorläufig unerörtert bleiben.

⁴ Reg. nr. 56, col. 1059 an Guido von Praeneste.

⁵ Es ist in seinem engsten Zusammenhang mit dem Hallischen Protest bisher noch nicht hinreichend gewürdigt worden. Soeben macht Hugelmann, Königswahl S. 45 ff. näher darauf aufmerksam, im einzelnen gut beobachtend, im Gesamturteil über den Brief irrend, weil er in ihm ein

gabe: es kam darauf an, die für Otto getroffene Entscheidung zu stützen, nachdem ihr Rechtsgrund in der „Kaiserwahl“ durch die staufische Erklärung, daß die deutsche Wahl nur dem König gelte, der stattlichen Partei Philipps gegenüber unwirksam wurde. Es hieß weiter, den Fürsten und der öffentlichen Meinung Deutschlands darzutun, daß die Haltung des Papstes und das Auftreten seines Legaten an der Freiheit der Wahl nichts gemindert, den deutschen Rechten nichts genommen habe.

Wieder paßte sich Innocenz nach seiner Weise den Ansichten an, die ihm entgegengetragen wurden, um sie seinen Zielen dienstbar zu machen. Hatten die Fürsten — ohne eines Anteils an der kaiserlichen Erhebung zu gedenken — von der Wahl des römischen Königs als von ihrem alten, nie geschmälernten Rechte gesprochen, so schien sich der Papst ihnen zu nähern, wenn er die Teilung der Gewalten, die im Hallischen Proteste durchgeführt war, annahm und das fürstliche Recht anerkannte, den „König, der später zum Kaiser zu befördern sei“ zu wählen¹; er läßt sogar durchscheinen, daß er — wenn nicht schwerste kirchliche Anstöße es hindern — wie die Fürsten es für seine Pflicht halte, den rechtmäßigen König zum Kaisertum zu berufen.² Allein mit überlegener Gewandtheit nimmt Innocenz dem Gegner die Waffe aus der Hand und wendet sie gegen ihn selbst. Weit entfernt, auf das Recht der Bestätigung zu verzichten, weil die Deutschen jetzt von einer „Kaiserwahl“ nichts mehr wissen wollen, gründet er es schroffer als je darauf, daß der römische König und niemand sonst zum Kaiser zu befördern sei und vom Papste durch Salbung, Weihe, Krönung mit der kaiserlichen Würde geschmückt werden müsse; daher gebühre dem Papste, der die kirchliche Feier vollzieht und mit der Handauflegung den Kaiser weicht, nach kano-

Zurückweichen des Papstes gegenüber den Schreibern von 1201 bemerken will (vgl. unten S. 45 N. 6). Hier, wie auch sonst, macht sich fühlbar, daß ihm die historische Bedeutung der „Kaiserwahl“ fremd geblieben ist, für deren Geschichte er wichtiges Material bereitgestellt hat.

¹ Reg. nr. 62, col. 1065 (Const. II, 505, nr. 398): „ius et potestatem eligendi regem in imperatorem postmodum promovendum“ . . . „personam electam in regem et promovendam ad imperium“.

² „Numquid enim, si principes non solum in discordia, sed etiam in concordia sacrilegum . . . eligerent aut paganum, nos inungere consecrare ac coronare hominem huiusmodi deberemus“.

nischem Rechte¹ — das müssen auch die Fürsten anerkennen — die Prüfung der zum Kaiser bestimmten Person auf ihre Würdigkeit und Eignung, des Reiches zu walten. Und weil der Papst gehalten ist, die Kaiserwürde einem römischen König zu erteilen, sind die Fürsten — so ist der Sinn des Schreibens aus zahlreichen älteren Äußerungen zu ergänzen — gebunden, niemanden zum Könige zu wählen, der nicht dem Papste zum Kaiser genehm sei.² So deckte Innocenz III. die Unmöglichkeit auf, beide Ämter, wie es der Hallische Protest versuchte, gegeneinander zu isolieren; noch blieben sie — auch nach den Gedanken eines Innocenz' III.³ — unlöslich in einer Person verbunden; mochten die Anhänger Philipps durch die scharfe Sonderung der Würden den wirklichen Zustand verschleiern, immer war der römische König zum Kaisertum berufen, *rex in imperatorem Romanorum electus*, wie ihn wohlerwogen Innocenz III. nach wie vor nannte⁴; immer stellte die deutsche Wahl eine Designation zum Kaiser dar, immer unterstand sie darum — mindestens hinsichtlich der Person — der Bestätigung des Papstes.

¹ *Est enim regulariter ac generaliter observatum, ut ad eum examinatio persone pertineat, ad quem impositio manus spectat*; vgl. c. 19 X I 6.

² Vgl. z. B. Reg. nr. 21 oben S. 31. Von hier aus begründet Innocenz im Anschluß an die Darlegungen in Reg. nr. 29. 33 das Recht des Papstes, bei einer Doppelwahl nach vergeblichen Versuchen, die Fürsten zu einen, selbst für einen *advocatus et defensor ecclesie* zu sorgen und *alteri partium favere*.

³ Niemals hat er ausgesprochen, daß er das Recht beanspruche, die Kaiserkrone anderweitig zu vergeben. Er schreibt 1202 an König Philipp August (Reg. nr. 64, col. 1070): *cum duo simul imperatores esse non possint et reprobato predicto duce Suevie per nos creare tertium non possimus, personam regis eius [scil. Ottonis] . . . nos oportuit approbare*. Wieweit auch seine Gedanken schweifen mochten (vgl. unten S. 46), hier fühlte sich selbst ein Innocenz III. in seiner *plenitudo potestatis* noch gebunden durch die Macht historischer Entwicklung und die Welt der Tatsachen. Schon unter Gregor IX. schritt man weiter.

⁴ Dagegen verschwindet jetzt der Ausdruck *imperatoris electio*. Ich finde ihn nur noch 1202 in zwei Schreiben; Reg. nr. 79, col. 1084 in einem wörtlich aus Reg. nr. 33 entnommenen Satze; Reg. nr. 92, col. 1098, wo der Satz an Reg. nr. 29 sich anlehnt. Charakteristisch ist Reg. nr. 80, col. 1085 (Warnungsbrief an Adolf von Köln): er möge nicht dem anhangen, *qui in ecclesie Coloniensis ac tue persone contemptum, ad quam specialiter inter reliquos principes electio regis spectat, . . . cum tu solummodo reges in imperatores electos (also wie Ottos Titel!) coronare debeas* . . . Über die Bedeutung der Stellen für die Form der Wahl später.

In den kurzen Sätzen, in die Innocenz sein Recht zusammenfaßt, über die Persönlichkeit des Erwählten sein Urteil zu fällen, spricht er zu uns mit der Überlegenheit des Trägers einer weltgeschichtlichen Aufgabe; in ihm verkörpert sich die kirchliche Tradition, die ein Nikolaus I. und Johann VIII. geschaffen, Gregor VII. und seine Nachfolger erneut hatten. Ganz anders in den langen Darlegungen, in denen er sich um den Nachweis bemüht, daß trotz des päpstlichen Eingreifens das Wahlrecht der deutschen Fürsten unversehrt geblieben sei. Hier setzt er auseinander, daß Kardinal Guido von Praeneste keineswegs — wie im Hallischen Protest behauptet werde¹ — zu Köln als ‚elector‘ oder ‚cognitor‘ gehandelt und dadurch dem deutschen Recht Abbruch getan habe; hier wird geschildert, wie der päpstliche Wille, den Guido verkündet, geradezu ruht auf der Rechtslage, die die deutschen Fürsten durch die Ausübung ihrer freien Wahl geschaffen²: Innocenz hat als König denjenigen angenommen, der von der Mehrheit der dazu Berechtigten gewählt, am rechten Ort vom zuständigen Bischof gekrönt, gegen dessen Person und Erhebung bisher kein gültiger Einwand erhoben worden ist³; er hat denjenigen verworfen, dessen Wahl unregelmäßig und deshalb nichtig⁴, dessen Person wegen offenkundiger Mängel ungeeignet für das Imperium ist, dessen Aufstieg zum Kaisertum die Erbfolge der Staufer gefestigt, die Hoffnung anderer Reichsfürsten auf die Kaiserkrone für ihr Geschlecht zerstört⁵, das freie Wahlrecht der Fürsten vernichtet haben würde.⁶

¹ Hugelmann bemerkt S. 46 mit Recht, daß Innocenz ihn absichtlich anders auffaßte wie er gemeint war.

² Der größte Teil der Ausführungen ist aus Reg. nr. 33 einfach übernommen worden, einiges direkt aus Reg. nr. 29.

³ So werden die neu hinzugefügten Worte zu deuten sein: ‚nisi tunc demum contra personam vel factum legitimum quid ab eis obiectum fuerit et ostensum‘.

⁴ Auch diese Sätze neu formuliert: ‚pateat eos perperam processisse, cum explorati sit iuris, quod electioni plus contemptus unius quam contradictio multorum obsistat‘; vgl. c. 28 X I 6.

⁵ ‚imperii obtinendi de cetero ceteris fiducia tolleretur . . ., si nonnisi de domo ducum Suevie videretur aliquis ad imperium assumendus‘. Auch dieser Gedanke ist Eigentum des Briefes.

⁶ Von den angeführten Stellen abgesehen, lehnen sich die Sätze, die das Wahlrecht der Fürsten angehen, so völlig an die älteren Schreiben an, daß schon hierdurch Hugelmanns These S. 51 ff., wonach Innocenz früher

Hier überall hören wir nur den dialektisch geschulten Politiker¹, der selbst da noch den Gegner überzeugen will, wo schon die eigenen Worte ihn Lügen strafen.² Denn dräuend erscheinen — von ihnen nur eben verhüllt — hinter den Sätzen selbst letzte Möglichkeiten, in denen die Gedanken des geistlichen Weltenherrschers verschwimmen. War nicht Deutschlands Selbstbestimmungsrecht schwer bedroht, wenn es dem Papste freistand, die dem römischen Könige geschworenen Eide zu lösen, sobald er als Kaiser verworfen wurde?³ Was mußte geschehen, wenn der Papst einen einmütig gewählten Herrscher als unwürdig verwarf?⁴ wenn die Deutschen dennoch an ihm festhielten? Nichts scheint Innocenz darüber auszusagen, an solchen Widerstand kaum zu denken. Aber in dem Eingang seiner ganzen Erwiderung an die Fürsten hat er — mit unerhörter Kühnheit über die Tatsachen der Geschichte hinwegschreitend, über sich selbst emporwachsend — zum ersten Male den Satz gesprochen, daß die deutschen Fürsten ihr Wahlrecht niemandem danken als dem päpstlichen Stuhl, der in der Krönung Karls das römische Reich von den

ein Devolutionsrecht beansprucht und erst jetzt im Briefe „Venerabilem“ das Wahlrecht voll anerkannt habe, hinfällig wird. Innocenz hat fast von Anfang seinen Bund mit den Fürsten auf die Zubilligung der freien Wahl gestellt. Vgl. auch Engelmann, Anspruch der Päpste S. 32 ff. und die folgende Note.

¹ Von Hugelmann S. 58 gut gesagt: „Es ist aus dem kanonischen Recht ... alles zusammengetragen, was für den päpstlichen Kandidaten, und alles beiseitegelassen, was gegen ihn sprach. Die Frage war zu einer Machtfrage geworden.“ Mag die von H. daran geknüpfte Bemerkung über die Staufer strittig bleiben, darüber ist kein Zweifel möglich, daß „die nationaldeutschen Interessen“ unter keinen Umständen mit der Politik Innocenz' III. verknüpft waren. Der Bund Innocenz' III. mit Adolf von Köln wie später Innocenz' IV. mit Siegfried von Mainz und dem Kölner Konrad von Hochstaden, — das sind dunkelste Blätter in der Geschichte des deutschen fürstlichen Partikularismus, der das Reich gestürzt hat.

² Darin ist die Unklarheit begründet, die Hugelmann richtig empfunden hat.

³ „non obstante iuramento ... ratione regni ... cum eo quantum ad obtinendum imperium reprobato iuramentum huiusmodi non debeat observari“ (vgl. Reg. nr. 33). Der vom Papste nicht zum Kaiser angeordnete König würde demnach die königliche Herrschaft verlieren; die deutsche Wahl wäre ungültig.

⁴ Vgl. oben S. 44 N. 3.

Griechen auf die Deutschen übertrug.¹ Den Ton, den diese Worte anschlagen, müssen wir durch den ganzen Brief nachklingen hören, um in uns lebendig werden zu lassen, was die Dekretale ‚Venerabilem‘ dem dreizehnten Jahrhundert geworden ist. Nur von den Wählern Philipps erklärte der Papst im Laufe des Schreibens, daß sie sich der übertragenen Gewalt unwürdig erwiesen und deshalb das Privileg der Wahl verloren hätten.² Doch wer sollte hier nicht fühlen, daß der Lenker der Christenheit, wenn es die Not erheische, entschlossen sein werde, im Namen der Kirche Gottes der Gesamtheit der deutschen Fürsten das Wahlrecht wieder zu nehmen, das niemand anders als der Papst ihr gegeben habe?

Bis dahin hatte er die *Provisio imperii*, die er sich zusprach³, nur in Gemeinschaft mit den deutschen Fürsten üben wollen; jetzt deutete er darauf hin, daß er wohl auch ein Recht besitze, ohne und gegen sie über das Kaisertum zu verfügen.⁴

Aber selbst in solche Gedanken wußte der kluge Staatsmann Lockungen zu verflechten, um das Fürstentum von den Staufern fort auf seine Seite zu ziehen. Kaisertum und Wahlrecht — so verkündet er — danken die Deutschen der päpstlichen Verleihung; in bedeutender Absicht stellt er hier beide nebeneinander, den Fürsten vor Augen zu führen, wie sie zusammengehören. Mit dem Verlust des Kaisertums würde Deutschland wieder das Erbreich, das es vorher gewesen war. Nur indem die Fürsten — so dürfen wir Innocenz verstehen — in dem Könige zugleich den Kaiser wählen, den der Papst krönen wird, ist ihre Freiheit gegen das staufische Herrschergeschlecht durch die römische Kirche selbst verbürgt. So warnt er sie nachdrücklich vor den Gefahren

¹ ‚presertim cum ad eos ius et potestas huiusmodi ab apostolica sede pervenerit, que Romanum imperium ... a Grecis transtulit in Germanos‘.

² ‚privilegium meruerunt amittere, qui permissa sibi abusi sunt potestate‘.

³ Vgl. oben S. 34 N. 3.

⁴ Mit diesem nur leicht umrissenen Hinweis auf Möglichkeiten, ein Devolutionsrecht zu üben, geht Innocenz in dem Briefe über alles, was er früher gesagt, hinaus. Das entspricht auch durchaus der allgemeinen Lage, die ihn jetzt hoffen läßt, unabhängig von den Launen der Deutschen zu werden. Vgl. oben S. 42. Hugelmanns These (S. 53), daß Innocenz in dem Schreiben „die letzte Konsequenz seines Standpunktes, das Devolutionsrecht, nicht aufrecht erhalten konnte“, muß vielmehr lauten: „Zum ersten Male wagte der Papst, auf die letzten Konsequenzen hinzudeuten“.

des Weges, den sie in dem Hallischen Protest eingeschlagen haben: ihr eigenstes Interesse fordere, gemeinsam mit dem Papste die deutsche Wahl als eine kaiserliche anzusehen — und deshalb seinen hierauf begründeten Anteil an der Entscheidung anzuerkennen¹! —

Der Brief ‚Venerabilem‘ hat auf den deutschen Thronstreit irgendeinen Einfluß nicht ausgeübt. In ihm ist er verhallt; die Entscheidung war hier durch die Papstschreiben vom März 1201 und das Auftreten Guidos von Praeneste zu Köln gefallen. Dennoch hat Innocenz III. nicht jene Erklärungen, sondern er hat den Brief ‚Venerabilem‘ in die Sammlung der Dekretalen aufnehmen lassen, die sein Subdiakon Petrus Collivacinus aus Benevent um 1210 veranstaltet hat.² Er hatte mit ihm den Anhängern Philipps im Frühjahr 1202 geantwortet, als endlich, endlich die Lage Europas den Sieg der päpstlich-welfischen Partei zu verheißen, die Niederlage des verhaßten Staufern zu versprechen schien. Den Triumph der Kirche durfte er nahe glauben. Wohl mußte er auch jetzt noch darauf bedacht sein, diese selbstbewußten Deutschen zu gewinnen; aber der Augenblick war da, wo er ihnen die Gefahren zeigen konnte, die ihr Widerstreben, sich dem päpstlichen Willen zu beugen, heraufbeschwor. Noch hütete er sich, die Folgerungen zu ziehen, doch unheilkündend ließ er sie in unbestimmter Ferne aufsteigen. Er war sich bewußt, in seinem Schreiben den Grund gelegt zu haben, auf dem in Zukunft die Herrschaft des Papsttums über das römische Reich deutscher Nation, die er erstrebte, sicher errichtet werden könne. Er vertraute, daß seine Nachfolger die Gunst der Umstände zu nutzen und den Gehalt der Dekretale ‚Venerabilem‘ auszuschöpfen wissen würden. Die kirchliche Wissenschaft mit ihren Glossen³, die

¹ Sehr interessant ist das Schreiben ‚Novit scrutator renum‘ Reg. nr. 92, col. 1097, das eine an die Lombarden gerichtete Fassung des Briefes ‚Venerabilem‘ darstellt.

² Vgl. Chron. Urspr. p. 72. Aus der *Compilatio tertia* I, 6, 19 ging die Dekretale in die Sammlung Gregors IX. über (c. 34 X de electione I 6).

³ Des Verfassers wegen ist von besonderer Bedeutung der Kommentar Innocenz' IV., den Krammer, Reichsgedanke S. 73 nur an einer Stelle herangezogen hat. Hugelmann hat das ganze Problem des Verhältnisses von Königswahl und kanonischem Recht mit rühmlichem Mute angegriffen.

Päpste mit ihrem Aufbau einer geistlichen Universalmonarchie haben im Laufe des Jahrhunderts seine Hoffnung zur Wahrheit gemacht. Das Recht war aufgerichtet, das dem Statthalter Christi die Entscheidung über die deutsche Wahl des Königs, der zum Kaiser zu befördern sei, in die Hand gab. Allein wenn auch nach der Überzeugung Innocenz' III. und nach der Wirkung auf die Folgezeit der Brief eine stolz überragende Stellung einnimmt, dem Forscher ist vor allem andern wichtig, ihn in den historischen Zusammenhang wieder einzureihen, aus dem er hervorgegangen ist. Da ordnet er sich in die Zahl der großen programmatischen Erklärungen ein, in denen seit dem Tode Heinrichs VI. die Parteien einander gegenübergetreten waren. In den Briefen über die Wahl Ottos IV., in den staufischen Erlassen von Speier und Halle, in den Schreiben Innocenz' III. stoßen die Gegensätze aufeinander; sie alle begleiten den Kampf, der zwischen den deutschen Gegenkönigen ausgebrochen ist und den das Papsttum zu seinen Ehren zu enden sucht. Mit Wort und Schwert, mit weltlichen und geistlichen Waffen wird um das Erbe der ersten großen Staufer, um das Kaisertum gerungen. Nicht um Philipp oder Otto, Staufer oder Welfen allein geht es in dem Thronstreit, sondern zugleich um den Ursprung der kaiserlichen Gewalt.

Indem zunächst auf der einen Seite ihre Übertragung durch den Papst, auf der andern die staufische Theorie einer deutschen Kaiserwahl verfochten wurde, traten die Parteien als Vorkämpfer der beiden Welt- und Staatsanschauungen auf den Plan, die seit dem Investiturstreit im Machtkampf von Staat und Kirche ihre Kräfte gemessen hatten. An ihrem Urteil über die „Kaiserwahl der deutschen Fürsten“ schieden sich seit den Tagen Heinrichs V. bis zur Erhebung Philipps und zu der Speierer Fürstenerklärung die Geister. Sie erschien als das Wahrzeichen der Unabhängigkeit der höchsten weltlichen Gewalt, das um deswillen von der Papstkirche in ihrem Streben nach der Oberhoheit über das Imperium umgestürzt werden sollte.

Das überlegene Vorgehen Innocenz' III. verschiebt die Stellung der Parteien zu den großen prinzipiellen Fragen so vollständig,

Die Einzelforschung wird, davon ausgehend, es durch tieferes Eindringen zu bewältigen haben.

daß wir geradezu von einer Umkehrung reden dürfen. Erst indem dieser Wandel der leitenden Anschauungen aufgedeckt ist, wird uns recht der Blick auf das reiche politische Treiben jener Tage und die bedeutenden Gedanken, von denen es bewegt wurde, eröffnet. Innocenz III. nahm, wesentlich unter dem Eindruck der Speierer Fürstenerklärung, die staufische Auffassung von einer deutschen Kaiserwahl in seinen grundlegenden Erlassen vom Jahre 1201 an, um durch sie die Selbständigkeit Deutschlands zu brechen und mit dem Kaisertum zugleich das deutsche Königtum der obersten Gewalt des Papstes zu unterwerfen, das Imperium des Westens dem hierokratischen System einzugliedern.¹ Nur insoweit es durch den Hallischen Protest nötig wurde, hat Innocenz in der Dekretale ‚Venerabilem‘ im März 1202 seinen Standpunkt neu begründet und zugleich, der Gunst der Lage gemäß, dem Recht der Kirche über das Kaisertum wenigstens theoretisch Möglichkeiten bis nahe an die Grenzen gewiesen, wo es das Wahlrecht der deutschen Fürsten, wenn nicht vernichten, so doch schwer gefährden mußte.

Dem Schachzug des Papstes gegenüber hat Philipp mit seinen Anhängern die „Kaiserwahl“, auf die sie ihre Forderungen zu Speier im Jahre 1199 gestellt hatten, durch die Hallische Erklärung vom Jahre 1202 preisgegeben. Sie ziehen sich jetzt auf den Boden zurück, auf dem bis zu Innocenz III. die Päpste gestanden hatten. Indem die Fürsten aussprechen, daß ihre Wahl dem römischen Könige gilt, noch nicht kaiserliche Würde gewährt, schützen sie mit ihrem eigenen Recht zugleich die Selbständigkeit Deutschlands und die Unabhängigkeit des Staats. König Philipp

¹ Auf den päpstlichen Schreiben von 1201 beruht die Erklärung des Gervasius von Tilbury in den *Otia imperialia* (MG. SS. XXVII, 378): ‚apud principes Alemannie imperialis est electio, apud papam electi confirmatio ac consecratio‘. — Ein sehr hübsches Gegenstück zur Translation von Kaisertum und Wahlrecht in der Dekretale ‚Venerabilem‘ findet sich in den *Gesta abbreviata* des Aegidius von Orval, die auf die ältere verlorene Lütticher Bischofschronik zurückgehen (MG. SS. XXV, 133): ‚cum Karolus sedem imperialem Graecorum ad Romanos feliciter reportasset, constituit, ut principes imperatorem eligerent, papa vero examinaret et consecraret‘. Entsprechend heißt es bei Jordanus von Osnabrück, *De prerogativa Romani imperii* c. 5 (Waitz in den *Göttinger Abhandlungen* XIV, 69): ‚Karolus Magnus instituit . . ut imperium Romanorum apud electionem canonicam principum Germanorum . . resideret‘.

bewahrte diese Haltung auch dann, als der Sieg, der ihm schließlich in Deutschland wieder zufiel, durch die Verständigung mit Innocenz III. vollkommen werden sollte. Sein bekanntes Entschuldigungsschreiben vom Jahre 1206 spricht — getreu dem Wortlaut des Hallischen Protestes von 1202 — niemals von kaiserlichen, sondern nur von königlichen Wahlen, die in Deutschland vorgenommen wurden.¹

Durch diesen Frontwechsel, den Innocenz III. bewirkt hat, kommt es dahin, daß im Beginn des 13. Jahrhunderts die beiden großen Mächte, das Papsttum und das römische Reich deutscher Nation, gleichsam mit vertauschten Waffen einander bekämpften.² Erst diese Erkenntnis wird es uns gestatten, das Dunkel, das noch immer über der Erhebung Friedrichs II. ruht, zu lichten und die Kaiserwahl von 1211 ebenso wie die ihr folgende von 1212 zum Könige aus dem Gegeneinander der politischen Gewalten der Zeit endlich zu erklären. Wir werden uns aus den Tatsachen selbst davon überzeugen, daß wirklich — was uns bisher nur die Manifeste des Thronstreits kundtaten — eine deutsche Kaiserwahl als eine Forderung des Papstes, eine Königswahl zum Zeichen deutscher Freiheit von Rom vorgenommen werden konnte.

Daß jedoch Innocenz durch den Verzicht der Fürsten auf die ‚*electio imperatoris*‘, der ihm das Bestätigungsrecht der Wahl entziehen sollte, einen sichtbaren Erfolg wenigstens über den staufischen imperialen Gedanken davongetragen habe, davon kann keine Rede sein. Der Rückzug, der zu Halle angetreten wurde, betraf nur die Form, nicht das Wesen der staufischen Reichsidee; sie wurde so wenig aufgegeben, daß sie vielmehr erst unter den veränderten Weltverhältnissen ihre höchste Lebenskraft gegen das Papsttum entwickelt hat. Die staufischen Fürsten gaben den Anspruch preis, daß ihre Wahl kaiserliche Würde und kaiserlichen Namen gewähre; hier wichen sie dem historischen Rechte

¹ MG. Const. II, 10 nr. 10: Die Fürsten hatten Friedrich II. 1196 ‚in dominum ac regem‘ gewählt. . . . ‚Ipsi principes . . . alium regem sibi creare voluerunt‘. Die Herzöge Berthold und Bernhard sollen ‚in regem‘ erwählt werden; von Philipp selbst heißt es: ‚nos in Romanorum regem eligi permisimus et consensimus‘.

² Weil Krammer von dieser ganzen Entwicklung nichts bemerkt hat, sind seine Bemühungen um das Verständnis der Kaiserwahlen ohne den rechten Ertrag geblieben.

der Kirche. Dafür blieben sie unerschüttert auf dem Grunde stehen, von dem aus Friedrich I. und Rainald von Dassel mit den deutschen Bischöfen Hadrian IV. und Kardinal Roland bekämpft hatten¹; sie hielten daran fest, daß die Wahl der Fürsten dem Erkorenen Königtum und Kaisertum verleihe. Von dieser Überzeugung aus war man im Laufe des 12. Jahrhunderts dazu gelangt, sie als eine Kaiserwahl anzusehen, und hatte damit schließlich dem Vorstoß Innocenz' III. die Bahn frei gemacht. Aber schon Friedrich I. hatte im letzten Kampf mit der Kurie durch die Übertragung des Titels ‚Caesar‘ an König Heinrich den andern Sinn kundgetan², der „dem Reichsgedanken des staufischen Kaiserhauses“ innewohnte, daß nämlich bereits dem römischen Könige als dem „zukünftigen Kaiser“ die Übung kaiserlicher Gewalt zustehe. Auf diesen kostbaren Kern der staufischen Staatsauffassung griff die Partei Philipps zurück, als sie die Gefahren, die eine „Kaiserwahl“ der deutschen Unabhängigkeit brachte, vor Augen sah: in jenem Entschuldigungsschreiben von 1206, in dem er jede einzelne Wahlhandlung nur auf das römische Königtum gerichtet sein läßt³, spricht Philipp es wiederholt aus⁴, daß die rechtmäßige und einmütige Wahl der Fürsten die kaiserliche Herrschaft übertrage. Im Geiste Friedrichs I. und Heinrichs VI. vertritt er die Selbständigkeit kaiserlicher Waltung: dem Papste bleibt in der Weihe nur die Übertragung der äußeren Würde mit dem Namen überlassen.

Es ist — wie wir wissen⁵ — dieselbe Anschauung, die Eike von Repgow im Sachsenspiegel wiedergegeben hat. Sie ist es auch, die in dem Braunschweiger Weistum von 1252 — das wir Zeumer danken — als Reichsrecht förmlich verkündet worden ist⁶:

¹ Vgl. oben S. 11.

² Vgl. oben S. 17.

³ Vgl. oben S. 51.

⁴ MG. Const. II, 10 nr. 10: ‚qualiter demum . . . nos animum conceperimus ad optinendum Romanum imperium per iustam principum electionem‘ . . . Er habe sich endlich entschlossen, ‚ut nos per iustam et concordem principum electionem imperium obtineremus‘. Man wird hier den bewußten Gegensatz zu den Ansichten Innocenz' III. sehen dürfen; vgl. z. B. oben S. 46 N. 3. In dem Schreiben ‚Venerabilem‘ heißt es auch von Lothar III.: ‚imperium obtinuit coronatus‘.

⁵ Vgl. oben S. 13.

⁶ Neues Archiv XXX, 406: ‚Rex autem Romanorum ex quo electus est in concordia eandem potestatem habet quam et imperator; nec dat ei inunctio imperialis nisi nomen‘. Vgl. unten in Abschnitt XV.

„der einmütig gewählte römische König hat dieselbe Gewalt wie ein Kaiser; die kaiserliche Salbung gibt ihm nichts als den Namen.“ Fester als man bisher gesehen, ist es daher in der Geistesrichtung der Stauferzeit verankert.

So rücken die Kundgebungen der Parteien im Thronstreit Philipps und Ottos in den Mittelpunkt jeder Betrachtung, die den politischen Ideen der staufischen Epoche nachforschen will. Sie lehren, wie die Gegner hüben und drüben von den Gedanken ausgehen, von denen *regnum* und *sacerdotium* im Ringen um die oberste Gewalt seit einem Jahrhundert getragen wurden; sie weisen uns zugleich, wie diese Gedanken in die Gestalt umgebildet werden, in der sie für die Folgezeit wirksam geworden sind.¹ Die Probleme von der Kaiserwahl der deutschen Fürsten und von dem Kaiserrecht des deutschen Königs durchdringen in merkwürdiger Verschränkung die Beziehungen Deutschlands zu den Päpsten im 13. Jahrhundert und wirken in Worten und Taten bis auf die Kämpfe Ludwigs des Bayern und die Goldene Bulle Karls IV.

¹ Man lese etwa, was Domeier, *Die Päpste als Richter* S. 98f. über das Verhalten Deutschlands gegenüber der Gefahr einer Vergewaltigung durch den Papst Innocenz IV. ausgeführt hat, und man wird mit Erstaunen bemerken, daß der Kampf Innocenz' IV. gegen die Staufer durchaus die Erscheinungen zeitigt, die wir bei dem Eingreifen Innocenz' III. in den Thronstreit jetzt erst sehen gelernt haben.

Zweiter Teil.

VI.

Das Krönungsrecht des Erzbischofs von Köln und der Reformplan Heinrichs VI.

Die Doppelwahl von 1198 hat durch die Ladungsschreiben beider Parteien, durch die Speierer Erklärung, durch das Verhalten Innocenz' III. uns zu der Einsicht geführt, daß damals nach weitverbreiteter Überzeugung die deutschen Fürsten mit ihrer Wahl den rechtlichen Anspruch auf das Kaisertum verschafften; der imperiale Gedanke war in Deutschland so mächtig, in der Weltanschauung der Zeit das deutsche mit dem römischen Reich durch die Herrschaft Friedrichs I. und Heinrichs VI. so eng verknüpft worden¹, daß schließlich die deutsche Wahl zum römischen Könige geradezu als eine „kaiserliche“ angesehen wurde.²

Zogen die Fürsten, die im Speierer Protest verkündeten, Philipp zum Kaiser erkoren zu haben, nur die sichtbare Folgerung aus Gedanken, die sich lange vorbereitet hatten, so brachte der Regierungsantritt Philipps etwas völlig Neues oder doch seit Jahrhunderten in Deutschland nicht Geübtes dadurch, daß er vom Augenblick der Wahl an die Herrschaft zu vollem Recht ergriff, von ihr an die Tage seiner Wal tung zählte. Einst hatte Heinrich I. erklärt, daß es ihm genug sei, König genannt zu werden dank Gottes Gnade und des Volkes Liebe³; Salbung und Krönung, die

¹ Schon der Regierung Heinrichs V. dürfte gerade in dieser Richtung Bedeutung zuzumessen sein.

² Was virtuell seit Otto I. vorhanden gewesen war, trat durch die besondern Umstände jetzt hervor.

³ Widukindi Res gestae Saxon. I, c. 26 (ed. K. Kehr, p. 34). Über Widukinds Ansicht von der Übertragung des Kaisertums, in der für den Papst überhaupt kein Raum bleibt, werde ich in einem Aufsatz über die Entstehung seines Werks besonders handeln.

ihm der Mainzer Erzbischof bot, wies der Sachse zurück. Doch seitdem war die kirchliche Feier, schließlich der Regel nach in Aachen und unter Leitung des Kölner Erzbischofs vollzogen¹, die notwendige Voraussetzung für den Besitz der Reichsgewalt geworden; erst von der Krönung an rechnete man die Zeit der Regierung. Heinrich VI. noch ließ eine Schenkung an die Pfalzkapelle zu Aachen damit begründen, daß er in ihr „den Beginn der Herrschaft und die erste Salbung“ empfangen habe.²

Den „Beginn der Herrschaft“ wird er allerdings nicht sowohl in der sakralen Handlung zu Aachen gesehen haben wie in der Erhebung auf den Stuhl Karls d. Gr.³; denn eben von dieser heißt es in dem gefälschten Privileg Karls, das Friedrich I. bei der Heiligsprechung des Kaisers bestätigte, daß das Königtum mit ihr anhebe und daß sie widerspruchslos das Anrecht auf die kaiserliche Würde schaffe.⁴ Es war eine Weiterentwicklung der staufischen Gedanken von der staatsrechtlichen Bedeutung der Wahl,

¹ Im einzelnen vgl. Waitz, Verfassungsgeschichte VI², 208 ff.

² Stumpf Reg. nr. 4707 (1191 Juni 8): „in qua regnandi initium et primam percipimus unctionem“.

³ Vgl. über sie Krammer, Wahl und Einsetzung des deutschen Königs S. 8 ff.

⁴ Stumpf Reg. nr. 4061 (1166 Januar 8): „ut in templo eodem sedes regia locaretur, et locus regalis et caput Gallie trans Alpes haberetur ac in ipsa sede reges successores et heredes regni initiarentur; et sic initiati iure dehinc imperatoriam maiestatem Rome sine ulla interdictione planius assequerentur“. Bereits Scheffer-Boichorst (Gesammelte Schriften I, 188 ff.) hat diese Worte mit den Schreiben Friedrichs I. nach den Ereignissen von Besançon (vgl. oben S. 12) verglichen und auf die Übereinstimmung der Anschauungen hingewiesen, nach denen der Papst verpflichtet sei, den rechtmäßigen deutschen Herrscher zum Kaiser zu krönen. Wie ausgeprägt bereits in den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts die Meinungen von der Übertragung des Kaisertums einander gegenüberstanden, beweist auch der von mir oben S. 6 leider nicht angeführte Brief Calixts II. Jaffé-Löw. Reg. pontif. nr. 6950 (vgl. Waitz, Verfassungsgeschichte VI², 226 N. 1): „imperii dignitatem quam per solius Romani pontificis ministerium reges Alemannici consequuntur“. Recht bezeichnend erscheint auch das Privileg Friedrichs I. für die Stadt Aachen von 1166 Januar 9 (Stumpf Reg. nr. 4062): „locus regalis tum pro sanctissimo corpore beati Karoli . . . tum pro sede regali, in qua primo imperatores Romanorum coronantur“. In den Bestätigungen Friedrichs II. von 1215 und Wilhelms von 1248 heißt es dafür: „ubi primo Romanorum reges initiantur et coronantur“ (Böhmer-Ficker Reg. nr. 814. 4932).

aber etwas ganz Ungewohntes, wenn im Jahre 1198 Philipp den jungen Friedrich, der gewählt, aber nicht gekrönt war, trotzdem als König bezeichnete und kraft seiner königlichen Gewalt verfügen ließ¹, und wenn er selbst bald darauf, nur auf seine Wahl gestützt, die Herrschaft ausübte. In seinem Rechtfertigungsschreiben an Innocenz III. erklärte er, daß er von der Wahl an durch zehn Wochen im unangefochtenen Besitze des Reiches geblieben sei.²

Wie der Vollzug einer förmlichen Wahl zum Kaiser, so setzte die auf sie begründete Befugnis, des Reiches zu walten, die Theorien, die unter den früheren Staufern ausgesprochen waren, entschlossen in die Wirklichkeit um.³ Wenn aber die *electio imperatoris* den Ansprüchen der Päpste entgegentrat, so wurde durch den Regierungsantritt am Wahltage das Recht des Kölner Erzbischofs⁴, durch die Aachener Feier den Herrscher in das Reich einzuweisen, schwer getroffen.⁵ Die Unabhängigkeit des Herrscherrechts von der sakralen Weihe kam zu überraschendem Ausdruck, als sich Philipp am Sonntag nach Ostern 1198 zu Worms im Schmucke der kaiserlichen Insignien⁶ zeigte, „den Waisen auf dem

¹ Vgl. oben S. 24 N. 1.

² MG. Const. II, 12: *post electionem nostram . . . fuimus in imperii qujeta possessione*‘.

³ Philipp ging insofern vielleicht über Friedrich I. hinaus, als dessen Erklärungen von Besançon keineswegs ausschließen, daß das in der Wahl erworbene Recht am Reich (*ius ad imperium*) erst durch Krönung und Inthronisation zu einem Recht im Reiche (*ius in imperio*) werde; vgl. zu diesem, noch von „Besitz“ geschiedenem *ius in imperio*‘ z. B. die Bulle *Qui celum* (Zeumer, Quellensammlung S. 92): *et in imperio ius habeas ac regni Alemannie et eius iurium possessionem obtineas*‘; hierzu auch Krammer, Rechtsgeschichte des Kurfürstenkollegs S. 42.

⁴ Nur von ihm spreche ich hier zunächst; denn das Schwergewicht der Aachener Handlung lag damals unzweifelhaft auf der geistlichen Feier, bei der der Kölner Erzbischof die vornehmste Rolle spielte (vgl. auch Krammer, Wahl und Einsetzung S. 8).

⁵ Daher ist's sehr natürlich, wenn gerade die Kölner Königschronik (ed. Waitz S. 164) unwillig von Philipp verzeichnet: *nomen regium sibi ascribit et apud civitatem Wangionum in albis paschalibus coronatus progreditur*‘.

⁶ Das Gehen unter Krone sollte nicht, wie Krammer, Der Reichsgedanke des staufischen Kaiserhauses S. 42 es auffassen will, „Philipps gering-schätziges Wesen der deutschen Königskrönung gegenüber“ zeigen. Denn er war ja gerade damals Willens gewesen, sich in Aachen mit aller üblichen Form zum Könige krönen zu lassen. Da erfuhr er nach Ostern von der Wahlversammlung der kölnischen Partei, die sich auf Otto geeinigt hatte.

Nacken“.¹ Die Laienkultur der Stauferzeit schickte sich an, das politische Leben der Nation mit ihrem Geiste zu erfüllen.

Die Wendung gegen die Rechtskraft der Aachener Einsetzung war die unvermeidliche Folge des Gedankens von einer Kaiserwahl. Denn sobald sich die Ansicht durchsetzte, daß nicht erst die päpstliche Krönung in Rom, sondern daß bereits die deutsche Wahl das Recht zur Herrschaft im Kaisertum gewähre, mußte die konstituierende Bedeutung der Aachener Feier für die Herrschaft im *regnum Romanum* hinfällig werden, das ja als das engere vom *imperium* umschlossen war; der Beginn der Regierung, den man für das Kaiserreich — im Gegensatz zum Papste — von der Wahl an rechnete, konnte nimmermehr für das römische Königtum — dem Kölner Erzbischof zu Liebe — auf die Krönung zu Aachen zurückgeschoben werden. Die „Kaiserwahl“ Philipps brachte es daher notwendig mit sich, daß er bereits vom Wahltage an die Jahre seiner Regierung zu zählen begann und die Herrscherbefugnisse ausübte, ohne die Krönung abzuwarten, die durchaus nur die Königswürde im *regnum Romanum* betraf.²

So kam es, daß die Versuche, den staufischen Reichsgedanken durchzuführen, nicht nur auf den Widerstand des Papstes, sondern auch in Deutschland selbst auf die Gegnerschaft des Kölner Erzbischofs stießen. Von hier aus wird die Haltung Adolfs erst

Hiermit war die Hoffnung auf einmütige Anerkennung und auf die Krönung durch den Kölner zunichte geworden: jetzt antwortet er stolz, indem er sich zu Worms mit den rechten Insignien schmückt und dadurch als den wahren König darstellt (vgl. auch Krammer S. 79). Es scheint mir überaus nahe zu liegen, daß man den Spruch Walthers 18, 29 (gegen Burdach, Walther S. 45) gerade mit dem Wormser Ereignis verbindet; er erhält damit einen bedeutenden Sinn (vgl. auch *keiserlichez houbet*, oben S. 25 N. 2). Allerdings ist die Voraussetzung hierfür, daß man mit Wilmanns (*Zeitschr. für deutsches Altertum* 45, 427 ff.) und Hampe (*Archiv für das Studium der neueren Sprachen* Bd. 109, S. 155) den zweiten Reichsspruch spätestens in den März 1198 setzt. Wer einen oberrheinischen Frühling erlebt hat, wird auch durch Burdachs feine Schilderung (auf S. 257) nicht veranlaßt werden, diese Deutung aufzugeben (vgl. übrigens hierzu E. Schroeder in der *Zeitschr. für deutsches Altertum* 45, 438).

¹ Vgl. Walther ed. Lachmann 19, 3: *der schouwe, wem der wise ob sime nackte stê*.

² So liefern die Kaiserwahlen die Erklärung für Tatsachen, die man bisher nur äußerlich festzustellen vermochte, und lassen in den Kreis der politischen Gedanken einblicken, die sich darin ausdrücken.

recht verständlich: sein Auftreten gegen die staufische Thronfolge im Erbreich, das Heinrich VI. durch die Reichsreform für seinen Sohn Friedrich errichten wollte, ist von denselben Gedanken bestimmt wie sein Kampf gegen das Wahlkaisertum, das an Philipp übertragen werden sollte; hier wie dort ist sein Widerstand der Ausfluß derselben unerschütterten verteidigten Forderung, daß die Krönung den ihr nach altem Herkommen gebührenden entscheidenden Platz bei der Erhebung des deutschen Herrschers bewahre.¹ Um der überlieferten Stellung willen, die seiner Kirche bei der Krönung des römischen Königs gebührt, wird ein jeder Erzbischof von Köln zum geborenen Gegner der staufischen „Kaiserwahl“, die zum mindesten den Rechtsfolgen der Aachener Feier Abbruch tut.²

Erst durch diese Erwägungen rücken die Äußerungen Innocenz' III. über die Gründe, die Adolfs Politik bestimmt haben, ins rechte Licht und erlangen das Gewicht, auf das sie nach allen Begleitumständen Anspruch haben.³ Als nämlich der Erzbischof sich allmählich von der Partei Ottos löste, und sein Übergang zu Philipp drohte, da führte ihm der Papst immer wieder vor Augen, daß Adolf der wahre Schöpfer von Ottos Königtum gewesen und daß er zum Widerstande gegen die staufische Nachfolge getrieben worden sei nicht aus vorübergehenden persönlichen Rücksichten oder um des Papsttums willen, sondern weil er mit seinem Auftreten die dauernde Ehre der Kölner Kirche, ihr Krönungsrecht, habe schützen müssen.⁴ Hier haben wir den Beweis da-

¹ Auch Adolfs Abfall von Otto wird hieraus zu erklären sein, vgl. unten S. 72.

² Denn wenn auch die Feier als eine kirchliche Handlung bestehen bleibt oder doch bestehen bleiben kann, so wäre doch die rechtliche, die Herrschaft begründende Bedeutung, die ihr nach der Überzeugung des Kölner Erzbischofs zukommt, beseitigt. Krammer, Wahl und Einsetzung S. 17 ff., hat den Gegensatz von Wahl und Krönung erst von der Mitte des 13. Jahrhunderts an gut verfolgt.

³ Auch Wolfschläger, Erzbischof Adolf von Köln, hat sie noch nicht gewertet.

⁴ Reg. de negotio imperii nr. 80, col. 1085: „Cum tu solummodo reges in imperatores electos coronare debeas ex antiqua Coloniensis ecclesie dignitate.... Quis presumeret, ut, cum pro tuenda Coloniensis ecclesie dignitate ea feceris hactenus, ad que nullus predecessorum tuorum ausus fuerat aspirare, quod nunc maculam in gloria tua poneret... Ad hoc quidem nec te inducere illud debet, quod a quibusdam maliloquis in

für, daß der Erzbischof, an dessen eigene früheren Erklärungen Innocenz III. unzweifelhaft anknüpft¹, sich des prinzipiellen Gegensatzes gegen den imperialen Gedanken voll bewußt gewesen ist; in Philipp bekämpfte er den Träger der staufischen Reichsidee, die soeben noch Heinrich VI. in ihrem ganzen Umfang offenbart hatte. Und da Adolf zu den ersten Schritten, die er bereits Ende des Jahres 1197 tat, um einen nichtstaufischen Fürsten zum König zu gewinnen, schlechterdings nicht durch das spätere Verhalten Philipps im Frühjahr 1198 bestimmt worden sein kann, so werden wir sein Vorgehen, das zum Thronstreit führte, aus den Ereignissen zu erklären haben, die mit dem Reformplan Heinrichs VI. zusammenhängen. Durch die Politik des Kölner Erzbischofs wird die Doppelwahl von 1198 zu einer unmittelbaren Folge der kaiserlichen Entwürfe, deren Durchführung — soweit sich erkennen läßt — in Deutschland vor allem an dem Widerstand Adolfs gescheitert war. Um ihm gerecht zu werden und die Beweggründe, die ihn nach den Worten Innocenz' III. getrieben haben, zu würdigen, müssen wir daher die Frage erörtern, inwiefern bereits die Gedanken Heinrichs VI. eine Gefahr für die überkommenen Rechte der Kölner Kirche bedeuteten.

In der Tat wurde der Erzbischof von Köln doppelt empfindlich getroffen: zu dem Verzicht auf das Wahlrecht, den er mit

dispendium tue fame confingitur, videlicet quod labores et expensas huiusmodi solus nequeas tolerare, cum pro tuenda Coloniensis ecclesie dignitate non solum terrenam erogare substantiam, sed animam etiam ponere tenearis. Preterea cum ecclesia Romana tuum in hac parte iudicium sit secuta, licet illud suum fecerit approbando . . . Reg. nr. 100, col. 1105, von 1203, Dez. 12: *quem post Dominum solus creaveras, manutenueris fere solus, non tam pro nobis et ecclesia Romana quam pro te ac ecclesia Coloniensi . . . Scimus etenim, nec apud nos testibus ullis eges, quod promotionis eiusdem regis principium fueris*'. Reg. nr. 117, col. 1121 vom März 1205: *ne derogare iuri suo, imo eiusdem [scil. Coloniensis ecclesie] videretur, si quod ad tuendam dignitatem eius prius provide fecerat proprio iure usus, in eius tandem iniuriam improvide condemnaret*'. Adolf hat sein Recht in Unrecht verkehrt, indem er (Jan. 1205) Philipp zu Aachen gewählt und gekrönt habe: *ne vilem faceret in electione principis eandem ecclesiam*' (vgl. unten S. 73 ff.).

¹ Nur unter dieser Voraussetzung ist die starke Betonung des gleichen Gedankens von der Wirkung, die der Papst erreichen will. Vgl. dazu auch oben S. 32 mit N. 4.

den fürstlichen Genossen hätte aussprechen müssen, kam für ihn hinzu die Preisgabe der Aachener Krönung, für die in dem Einheitsreich eines Erbkaisers, wie Heinrich VI. es wünschte, kein Raum war.¹ Der junge Roger Friedrich sollte, sobald die Zustimmung der Fürsten und des Papstes gewonnen war, durch Coelestin III. selbst getauft und sogleich zum römischen Kaiser gekrönt werden²; in der Hoffnung, das Ziel zu erreichen, hatte Heinrich im Sommer 1196 die Reichsinsignien aus Deutschland nach Italien mit sich geführt.³

Im Oktober des Jahres stellte sich auf dem Erfurter Reichstag endgültig heraus, daß die Fürsten nicht geneigt waren, dem Kaiser in der Umwälzung der Reichsverfassung zu willfahren; dafür aber vollzogen sie anfangs Dezember zu Frankfurt in stattlicher, vom Mainzer Erzbischof geleiteter Versammlung die Wahl des jungen Friedrich und stellten damit seine Nachfolge sicher. Unbekümmert um die veränderte Lage setzte der Kaiser vor Rom seine Verhandlungen fort, um mit dem Papste zu einer Verständigung zu gelangen. Erst nach Mitte Dezember, als jede Aussicht auf einen schnellen Abschluß geschwunden war, begab er sich nach Unteritalien, um von dort aus noch während der ersten Monate des Jahres 1197 ergebnislose Gesandtschaften mit Coelestin zu wechseln. Spätestens Anfang März entließ er seinen Bruder Philipp, jetzt Herzog von Schwaben, mit dessen Gattin Irene nach Deutschland; sie führten die Krönungsinsignien, die bei dem Widerspruch des Papstes zu Rom nicht benutzt werden konnten, in die nordische Heimat zurück.⁴

¹ Insofern stimme ich mit Krammer, Reichsgedanke S. 42f. überein.

² Vgl. Gött. Gel. Anzeigen 1909, S. 379 ff. Für die Haltung des Kölner Erzbischofs ist es gleichgültig, ob die für den jungen Friedrich erbetene Krönung als eine solche zum Kaiser, wie ich es mit Hampe vertrete, oder zum Könige, wie Krammer meint, beabsichtigt war; denn die Aachener Krönung ward in jedem der beiden Fälle beseitigt.

³ Hofmeister, Die heilige Lanze (Gierkes Untersuchungen, Heft 96) S. 38.

⁴ Während ich im übrigen den wertvollen Aufschlüssen folge, die Hofmeister gewonnen hat, weiche ich in der Datierung erheblich von ihm ab. Unter dem Einflusse Krammers ließ er (S. 41) Philipp schon aus Mittelitalien Ende 1197 zurückkehren. Allein die Admonter Fortsetzung, die berichtet, daß Philipp die Insignien aus Apulien nach Deutschland brachte, stimmt vollkommen mit der Meldung Ottos von S. Blasien (c. 44, p. 478), daß Philipp mit dem Bruder in Sizilien weilte und von da mit seiner

Dort war es Philipp vorbehalten, Erzbischof Adolf von Köln auszusöhnen: dieser allein hatte an seinem Widerstande hartnäckig festgehalten und sich der Frankfurter Wahlversammlung versagt. Jetzt gab er nach, stimmte der Wahl zu und leistete den Eid für Friedrich. Unmittelbar nach dem Erfolg eilte Philipp nach Italien, um den Neffen zur Feier nach Aachen zu geleiten¹: in Toskana erhielt er die Nachricht vom Tode des Kaisers.

Insoweit sind die Tatsachen gut überliefert oder doch mit hoher Wahrscheinlichkeit festzustellen²; für ihre innere Verknüpfung versagen die Quellen: insbesondere erfahren wir nichts darüber, welches Interesse Heinrich daran hatte, die Unterhandlungen mit dem Papste auch nach dem Scheitern des Erbkaiserplans mit gleichem Nachdruck fortzusetzen; und wir hören nichts davon, weshalb Adolf von Köln fast allein unter den Reichsfürsten im Dezember 1196 an Friedrichs Wahl nicht teilnahm, während er doch ein halbes Jahr später sich ihr anschloß. Es gibt eine Erklärung, die gleichzeitig beide Momente befriedigend zu deuten imstande ist; sie darf als eine Vermutung nur mit Vorbehalt geboten werden; aber mit ihr würden wir so tief in die Motive der handelnden Persönlichkeiten hineinblicken und den geschichtlichen Zusammenhang zwischen dem Reformplan Heinrichs VI. und den Vorgängen nach seinem Tode so wohl begründen können, daß ihr eine gewisse innere Wahrscheinlichkeit — über die man nach Lage der Quellen nicht hinauskommen kann — nicht wohl abzusprechen ist. Sie würde darin zu finden sein, daß zu Frankfurt der junge Friedrich zum zukünftigen Kaiser gewählt worden wäre und daß Heinrich VI. zunächst gehofft hätte, die Zustimmung des Papstes, deren er jetzt für eine Erbmonarchie nicht mehr bedurfte, für ein römisches Wahlkaisertum zu gewinnen; auch auf diesem Wege war noch das Ziel, das ihm vor allem am Herzen lag, zu erreichen und in dem einen imperium das Königreich

Gemablin nach Deutschland gesandt wurde. Am 25. Mai 1197 finden wir ihn zu Angsburg. — Demgegenüber kommen die bei diesen Jahren ganz ungenauen Datierungen der Ursberger Chronik und der Contin. Weingartensis, die Hofmeister anzieht, gar nicht in Betracht.

¹ Die Tatsache, daß Philipp die Krönungsinsignien nach Deutschland führt, daß er dann Adolf versöhnt und sogleich sich auf den Weg macht, Friedrich zur Krönung zu holen, macht wahrscheinlich, daß Adolf durch die Aussicht, den jungen Fürsten zu krönen, leicht gewonnen worden ist.

² Vgl. Gött. Gel. Anz. a. a. O. S. 375 f.

Sizilien mit dem *regnum Romanum* zu vereinen.¹ Erst als alle Versuche, den Papst zur Einwilligung zu bewegen, vergeblich blieben, würde Heinrich auf die staatsrechtliche Verbindung der beiden Herrschaftsgebiete verzichtet und die Trennung Siziliens vom *imperium* vorläufig hingenommen haben. Wie er, staatsmännischer Einsicht nachgebend, im Laufe des Jahres 1196 vom Plan eines erblichen auf ein Wahlkaisertum zurückgegangen wäre, so hätte er sich zu Beginn des Jahres 1197, als trotz der Zustimmung der Fürsten dies Ziel durch die päpstliche Weigerung unerreichbar blieb, mit der Rückkehr zu der alten Verfassungsform begnügt² und sich damit abgefunden, daß der von den Fürsten zum Nachfolger erwählte, in Sizilien erbberichtigte Sohn nach alter Weise als *rex Romanorum* in das Reich eingesetzt wurde. Um wenigstens dieses Ergebnis zu sichern, ward Philipp im Frühjahr 1197 mit den Reichsinsignien nach Deutschland entsandt und beauftragt, den Ausgleich mit Erzbischof Adolf herbeizuführen. Als Preis, der ihm von Philipp im kaiserlichen Namen geboten wurde, galt — so wäre aus den Vorgängen zu schließen³ — die Weihe des jungen Friedrich zum römischen König und damit die Aussicht, das bis dahin durch den Plan Heinrichs gefährdete Krönungsrecht sogleich in Aachen üben zu dürfen. Das Widerstreben des Papstes, durch eine Salbung zum Kaiser die *„unio regni et imperii“* in der Person Friedrichs herbeizuführen, hätte dem Kölner Erzbischof zu dem Erfolg geholfen, um den er gekämpft hatte; auch für den Sohn Heinrichs VI. wurde die Aachener Feier als die notwendige Vorbedingung für den Aufstieg zur kaiserlichen Würde anerkannt.

In diesem Versuch, das Verhalten des Kölner Erzbischofs aus den Abwandlungen in dem Reformplan Heinrichs VI. zu ver-

¹ Krammer hat nicht in Betracht gezogen, daß Heinrich VI. dies letzte Ziel, die Realunion des *regnum Romanum* und Siziliens, nur durch die Krönung Friedrichs II. zum Kaiser zu erreichen imstande war. Auch deshalb ist seine These von der beabsichtigten Königskrönung durch den Papst nicht ausreichend, den Reichsreformplan in vollem Umfang befriedigend zu deuten, — wenn man nicht mit Kr. jenen „Begriffswandel“ des *„rex Romanorum“* annehmen will, für den es auf staufisch-deutscher Seite an jedem äußeren Zeugnis und an jeder inneren Wahrscheinlichkeit fehlt (doch vgl. für das Papsttum unten Abschnitt XIV).

² Niemand wird verkennen, wie das langsame Zurückweichen des Kaisers psychologisch leicht verständlich ist. ³ Vgl. oben S. 61 N. 1.

stehen, ist gegenüber der bisherigen Auffassung neu eingeführt die Hypothese, daß der Herrscher mindestens für kurze Zeit an ein Wahlkaisertum gedacht habe und daß die Wahl Friedrichs zu Frankfurt wirklich als eine „kaiserliche“ habe gelten können. In der Tat fehlt es gerade diesem wichtigsten Punkte nicht ganz an einer Stütze in zeitgenössischen Äußerungen. Vor allem hat Innocenz III. — der sonst nur im allgemeinen von der ‚*electio imperatoris*‘ handelt¹ — von dem einzigen Friedrich ausdrücklich ausgesprochen, daß ihn die Fürsten zum Kaiser gewählt hätten²; daher wird man die entsprechende Meldung des Halberstädter Chronisten nicht ganz außer acht lassen dürfen.³ Und außerdem ist gerade für diese Wahl von 1196 wieder an Gislebert von Mons zu erinnern, da sie die einzige ist, die er bewußt, und zudem in der Zeit, als er sein Geschichtswerk verfaßte, miterlebt hat⁴: wenn er die Erhebung Friedrichs I. von 1152 als eine Kaiserwahl darstellt, so würde die bei einem Reichsangehörigen damals noch ganz ungewöhnliche Anschauung aufs einfachste erklärt, wenn sie durch die Vorgänge auf der Reichsversammlung von 1196 gebildet worden wäre.⁵

¹ Vgl. oben S. 37.

² In der *Deliberatio*, Reg. nr. 29, col. 1026: ‚*puerum ipsum, patre absente, sponte ac concorditer elegerunt... Intelligebant enim, quod, etsi eum tunc in imperatorem eligerent, non tamen ut tunc imperaret, sed postquam ad legitimam perveniret etatem... Sed pone illos intellexisse, ut tandem imperaret, cum esset idoneus ad imperium gubernandum, interim autem pater rei publice provideret*‘. Wenn hier auf einen späteren Regierungsantritt hingewiesen wird, so zielten nach andern Nachrichten die Bemühungen Heinrichs auf die Nachfolge Friedrichs nach seinem Tode; vgl. Otto von S. Blasien c. 45, p. 479: ‚*regem post se designaverat*‘; *Gesta abbrev. Aegidii Aureaevalensis* (SS. XXV, 132): ‚*quod Fredericus deberet succedere imperatori, iuraverunt*‘. Vgl. unten in Abschnitt XI.

³ MG. SS. XXIII, 112: ‚*Apud Accon... principes... filium eiusdem imperatoris, quem vivente patre elegerant in imperatorem, secundo elegerunt*‘.

⁴ Vgl. oben S. 20.

⁵ Daß die wenigen übrigen Meldungen in den Straßburger Reichsannalen (*Ann. Marbacenses* q. d.), bei Otto von S. Blasien und Burchard von Ursberg von Friedrichs Wahl zum König sprechen, darf nicht irre machen. Denn auch bei den Wahlen, die offenkundig als „kaiserliche“ gelten sollten, finden wir, daß die darstellenden Quellen nur von einer Königswahl reden. Ich verweise hier nur auf den jedem Zweifel entzogenen Vorgang bei der Erhebung Konrads von 1237, wo wir das Wahldekret mit den Quellen vergleichen können, die ausnahmslos von einer Wahl ‚*in regem*‘ sprechen (vgl.

Wenn unsere Vermutung zutrifft, würde der Frankfurter Wahltag recht eigentlich als das nur kurze Zeit zurückliegende Vorbild anzusehen sein, an das sich nicht nur die staufische, sondern auch die kölnische Partei angelehnt hätte, als beide, wie wir gehört haben¹, im J. 1198 zu einer „Kaiserwahl“ luden; Erzbischof Adolf hätte sich ihm vorerst angeschlossen, um die zahlreichen fürstlichen Vertreter des imperialen Gedankens zu gewinnen. Im übrigen würde sein Vorgehen auf dem von uns gezeichneten Hintergrunde wirklich als das erscheinen, was es nach der Aussage Innocenz' III. sein wollte: eine Verteidigung der Aachener Feier — und zwar gegen die Theorie von der Kaiserwahl, die entweder, wie die Erfahrung soeben an dem Plane Heinrichs VI. gelehrt hätte, dahin führen konnte, die Königseinsetzung im regnum Romanum ganz zu beseitigen oder doch, wie es bei Philipp geschah, ihre staatsrechtliche Bedeutung zugunsten der Wahl ganz zurückzuschieben. Wirkte die Überzeugung, das Ansehen seiner Kirche zu vertreten, mit dem überlieferten Gegensatz der nieder-rheinischen Gegenden und voran Kölns gegen die staufische Politik² zusammen, so mochte Adolf es für seines Amtes halten, dem staufischen Geschlechte sich in den Weg zu stellen und einen neuen Herrscher zu erheben.³ Dafür, daß er von vornherein darauf ausging, der Krönung den gebührenden Platz zu sichern, scheinen die bekannten oberrheinischen Meldungen über den Anteil des Kölner und des Trierer Erzbischofs an ihr zu sprechen, die wohl auf Briefe Adolfs selbst zurückgehen werden.⁴ Und die

unten in Abschnitt XI). Es liegt sicherlich so, daß die Form der Wahl damals die doppelte Beziehung auf regnum und auf imperium Romanum zum Ausdruck brachte; bei den Berichterstatlern stand es, ob sie die eine oder die andere betonen wollten. Vgl. oben S. 33 N. 3.

¹ Vgl. oben S. 21.

² Vgl. hierüber Wolschläger a. a. O. S. 21 ff. Noch immer wird man mit hohem Genuß auch O. Abels Aufsatz über die politische Bedeutung Kölns (Allg. Monatsschrift für Wissenschaft und Literatur, 1852, S. 443) lesen.

³ In dem größeren Rahmen erscheint Adolfs Haltung vielleicht politisch noch verständlicher und menschlich entschuldbarer, als sie schon Wolschlägers gerechteres Urteil schilderte. Von der verhängnisvollen Wirkung, die sie für Deutschland geübt, wird ihr dadurch nichts genommen (vgl. oben S. 27). Entlasten mag Adolf noch, daß er die Politik eines Innocenz III. schlechterdings nicht vorausszusehen vermochte.

⁴ Straßburger Reichsannalen (Ann. Marbac. qui dicuntur) zu 1197, S. 72: „acceptis litteris archiepiscoporum Coloniensis et Treverensis, quorum unius

Schreiben der kölnischen Partei, die den Papst um die Bestätigung Ottos ersuchen, schildern so sorgsam, wie nach der Wahl Inthronisation, Salbung und Weihe zu Aachen erfolgten¹, daß wir spüren, wie Adolf daran lag, mit Ottos Einsetzung „die Würde der Kölner Kirche“ vor aller Augen darzutun. Otto selbst aber bekannte, wie er zu Aachen den „Vollgehalt königlicher Würde“ empfangen habe²: ein Wort, das dem Papste zugesteht, wie erst von ihm das Kaisertum gegeben werde, dem Kölner Erzbischof aber seine entscheidende Mitwirkung an der Übertragung des Königtums zuerkennt.

Blicken wir hinüber zu der staufischen Partei, so würden auch hier neue Gesichtspunkte erschlossen werden. Das Verhalten Philipps und der Wähler, die ihn in Icktershausen zum Kaiser ausriefen, der Speierer Protest selbst würden als der Ausdruck einer Staatsanschauung erscheinen, in der das deutsche Fürstentum sich zu dem Erbe bekannte, das ihm Heinrich VI. hinterließ. Nicht ein neues politisches Ideal hätte Philipp mit seinen Anhängern aus den älteren staufischen Theorien geschaffen, als zu Speier das freie Wahlkaisertum verkündet wurde³, sondern vielmehr das Programm durchgeführt, das bereits Heinrich VI. aufgestellt und für das er in der Frankfurter Wahl von 1196 bereits die Zustimmung Deutschlands — mit der einzigen Ausnahme des Kölner Erzbischofs — gewonnen hätte.

Aus der allmählichen Umgestaltung, die Heinrich VI., sich den Tatsachen beugend, an seinen großen Entwürfen vornahm, wäre im engen Anschluß an den staufischen Reichsgedanken die „Kaiserwahl der deutschen Fürsten“ organisch hervorgegangen. Und wenn der Knabe von Apulien — mit dessen Schicksalen die Geschichte der staufischen Kaiserwahlen sich eng verschlingt — nach vier Jahrzehnten auf der Höhe der Erfolge das eigene Kind

iuris est regem inungere, alterius vero, id est Treverensis, eum Aquisgrani in sedem regni locare‘; vgl. Otto von S. Blasien c. 46, p. 482 und Chron. regia Colon. p. 162. Siehe auch E. Mayer in der Savigny-Zeitschr. für Rechtsgesch., Germanist. Abteilg. XXIII, 59. — Wurde der Trierer durch den Hinweis auf die Schmälerung gewonnen, die, wie dem Kölner, auch ihm die Hintansetzung der Aachener Handlung brachte?

¹ MG. Const. II, 24 ff. mit kleinen, doch wichtigen Abweichungen im einzelnen.

² A. a. O. nr. 18, p. 23: ‚cum plenitudine regie dignitatis accepimus‘.

³ Vgl. oben S. 23.

von den deutschen Fürsten zum Kaiser wählen ließ, so hätte er auch hier das Vermächtnis seines großen Vaters angetreten!

An einer Stelle wenigstens gestatten Reste der Überlieferung bestimmter aufzudecken, wo wir die treibenden Kräfte für die Haltung Philipps von Schwaben zu suchen haben. Wohl nach der Wahl Friedrichs ließ Heinrich VI. im J. 1197 sizilische Münzen prägen, die auf der Rückseite das Bild des jungen Königs im Schmuck der Krone und im Felde die Worte ‚Fredericus rex‘ trugen¹; und nach dem Tode des Vaters hat man Friedrich, ohne daß er gekrönt war, kurze Zeit den Titel eines ‚Romanorum et regni Sicilie rex‘ führen lassen.² König Philipp handelte daher im Geiste seines kaiserlichen Bruders, wenn er seit der Wahl den Königstitel führte und noch vor der Krönung den königlichen Schmuck anlegte. Indem er dadurch den weltlichen Charakter seiner Herrschaft kund tat, nahm Philipp die Überzeugung auf, von der Heinrich VI. getragen und mit der seine Umgebung erfüllt war.

So würde des Kaisers Werk den äußern Zusammenbruch im Thronstreit wenigstens durch seinen Gedankeninhalt überlebt und nicht geringen Einfluß auf die zukünftige Gestaltung des Reichs gewonnen haben. Indem Heinrich auf den Bahnen Friedrichs I. für die Freiheit der gottgewollten kaiserlichen Gewalt seine Kräfte einsetzte, stand er mitten in jener Bewegung, in der sich die germanisch-romanischen Völker gegen die weltbeherrschende Kirche zu rüsten begannen. Wenn es erlaubt ist, mit ahnendem Erfassen in Heinrich VI. einen Wegbereiter für den kommenden weltlichen Staat zu sehen, der zu eigenem Daseinsrecht emporwachsen wollte, dann dürften wir freudiger als vordem in dem staufischen Reichsgedanken, den der Kaiser verkörpert und der aus Wort und Lied jener Tage in schimmernden Farben zu uns herüberleuchtet —

¹ Krammer, Reichsgedanke S. 30 nach Toeche, Jahrbücher Heinrichs VI. S. 446. Die Angaben beruhen auf Friedländers Beschreibung (M. Pinder und J. Friedländer, Beiträge zur älteren Münzkunde I, 227 ff.). Sie läßt die Möglichkeit offen, daß das Bild vielmehr das Heinrichs VI. selbst sei, obwohl der Kopf sehr jugendlich für ihn wäre und Heinrich sich sonst nicht auf den Münzen habe darstellen lassen. Das Material, das zur endgültigen Entscheidung führen könnte, ist mir nicht zugänglich. Die Tatsache, daß Friedrich II., ohne gekrönt zu sein, den königlichen Titel für Sizilien und das regnum Romanum führte, bleibt unter allen Umständen bestehen.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 512. 523. — In Deutschland hat ihn Philipp als König bezeichnet, vgl. oben S. 24 N. 1.

so fern uns seine universalen Züge in ihrer historischen Bedingtheit gerückt sind —, ein kostbares Teil unserer Entwicklung zu deutschem nationalen Leben erblicken.

Allerdings würde es, sofern wir der Wahrheit nahegekommen sind, das Schicksal, das einen Innocenz III. auf Heinrich VI. folgen ließ, gefügt haben, daß der große Kaiser selbst mit der „Kaiserwahl“, die ihm und seinem Geschlecht die Zukunft, dem imperium Romanum die irdische Unabhängigkeit sichern sollte, dem großen Papste die Waffe geschmiedet hätte, mit der er versuchen konnte, die oberste weltliche Gewalt seiner Verfügung zu unterwerfen.

VII.

Der Thronstreit und die deutsche Verfassung. (Die Wahlen von 1205 und 1208.)

Von dem Ausblick auf die weltumbildenden Entwürfe Heinrichs VI., der uns bis an die Grenzen historischer Erkenntnis geführt hat, kehren wir zu der Tatsache zurück, die uns eine sichere Grundlage bot: neben dem Kampf um die Kaiserwahl, der zwischen den Wählern Philipps und dem Papste ausgefochten wurde, geht ein anderer einher, bei dem der Erzbischof von Köln der staufischen Partei in der Frage gegenübertrat, ob dem römischen Könige die Herrschaftsrechte schon seit der Wahl oder erst von der Krönung an zuständen.¹ Durch das Auseinandergehen der Auffassungen hierüber sind die deutschen Thronstreitigkeiten wesentlich beeinflußt worden; sie hatten bei der Wahl Philipps erstmals praktische Bedeutung gewonnen; die Erhebungen Wilhelms, Richards, Friedrichs des Schönen beweisen, wie der Kampf, den Erzbischof Adolf um das gute Recht der Kölner Kirche aufgenommen hat, von seinen Nachfolgern weitergeführt worden ist.²

¹ Ich habe oben S. 56 darauf hingewiesen, daß dieser Gegensatz erst seit einer „Kaiserwahl“ hervortreten mußte. — Inwieweit die Herrschaftsrechte des römischen Königs die kaiserlichen etwa mit umfaßten, lasse ich zunächst unerörtert; vgl. darüber unten im dritten Teil.

² Vgl. Krammer, Wahl und Einsetzung S. 17 ff. Was er S. 65 bei dem Vergleich der kuralen Ansprüche mit denen des Erzbischofs von Köln zur Zeit Bonifaz' VIII. zutreffend ausführt, gilt durchaus bereits für Innocenz III. und Erzbischof Adolf.

Bis zum Ausgang des 12. Jahrhunderts hatte sich bei der Erhebung eines deutschen Herrschers eine bestimmte Gewohnheit dahin ausgebildet, daß die Krönung in Aachen, der ‚sedes regia‘ Karls d. Gr., und durch den Kölner Erzbischof als die übliche galt; für die Wahl aber hatten sich Normen noch nicht insoweit gefestigt, daß die Grenzen einer ordnungsmäßigen gegenüber einer ungültigen Handlung einwandfrei abzustecken gewesen wären. Und doch kam seit dem Augenblick, wo ihr allein schon die Kraft, die Herrschaft zu übertragen, zugesprochen wurde, alles darauf an, sie durch feste Form gegen jede Anfechtung zu sichern. Diese Aufgabe — die also nicht von außen her in die deutsche Entwicklung hineingetragen ist, sondern ihr durch den staufischen Reichsgedanken auferlegt wurde — ist in den Jahrzehnten von der Wahl Friedrichs II. (1196) bis zu der Rudolfs von Habsburg (1273) nach und nach gelöst worden; sie ist es, die als wirkende Ursache zur Bildung des Kurfürstenkollegs gedrängt hat.¹ In der Zeit der Doppelwahl von 1198 aber standen die Meinungen noch ungeklärt nebeneinander; beide Parteien konnten deshalb die Rechtsgültigkeit ihrer Wahl behaupten.

Insbesondere hilflos war man damals dem Zwiespalt gegenüber, der zwischen den beiden, seit den Tagen Ottos I. miteinander verknüpften Faktoren der Königserhebung ausgebrochen war: wenn rechtskräftige Wahl die Herrschaft im Reich gewährte, so war die Form der Einsetzungsfeier mehr oder minder unerheblich; wenn dagegen erst die Krönung Herrschergewalt verlieh, — schuf sie den „wahren“ König² ganz unabhängig von der Art seiner Wahl?³

Die Krisis, in welcher nicht sowohl durch die Doppelwahl oder die Willkür einzelner Persönlichkeiten, sondern in unvermeidlicher Folgerung aus dem weltlich gerichteten staufischen Imperialismus Wahl und Krönung auseinandergerissen wurden, ist erst nach anderthalb Jahrhunderten in der Goldenen Bulle

¹ Daß die erhöhte Bedeutung, die der Wahl seit der Zeit Heinrichs VI. zugemessen wird, auch eine Reaktion gegen dessen Erbreichsgedanken darstellt, sei hier nur bemerkt; vgl. Seeliger in den Mitt. des Inst. für österr. Gesch. XVI, 77.

² Über diesen Ausdruck vgl. unten S. 87 N. 1.

³ Diese Frage ist bei der Doppelwahl von 1257 mit aller Schärfe aufgeworfen worden.

überwunden worden¹; es wird deshalb nicht wundernehmen, wenn die Lösungen, die die Parteien von 1198 suchten, um den Thronstreit auf dem Wege der Verständigung zu beenden, uns ungewöhnlich anmuten. Die deutsche Verfassung kannte damals, wenn zwei Gegner von Rechts wegen sich Könige nennen und des Reiches sich rühmen durften, nur die friedliche Einigung untereinander² oder das Gottesurteil des Krieges.³

Allein wir wissen schon, daß ein Mann gewillt war, die innere Angelegenheit der Deutschen, die zugleich eine Sache des imperium Romanum war, vor seinen Stuhl zu ziehen: Innocenz III. beanspruchte die Entscheidung, wer von beiden Fürsten der rechte Herrscher sei. Er wollte die Thronwirren nutzen, um den Prozeß zwischen regnum und sacerdotium, den die Staufer für die Unabhängigkeit des Staates geführt und gewonnen hatten, zugunsten der Kirche zu wenden. Die Möglichkeit hierzu ward ihm — ganz gewiß nicht ohne sein Zutun⁴ — dadurch eröffnet, daß die welfische Partei und Erzbischof Adolf sich mit der Bitte

¹ Sie sicherte der Wahl rechtlich die Bedeutung, die sie sich tatsächlich errungen hatte, bannte sie aber in feste und unüberschreitbare Schranken.

² Vgl. den Hallischen Protest von 1202 (MG. Const. II, 6): ‚Romanorum enim regis electio si in se scissa fuerit, non est superior iudex, cuius ipsa sententia integranda, sed eligentium voluntate spontanea consuenda‘. K. Wenck hat mich freundlich darauf aufmerksam gemacht, daß mit dieser Bestimmung das deutsche Königtum bereits dem Papsttum an die Seite gesetzt wurde, von dem 1179 erklärt wird: ‚In Romana ecclesia aliquid speciale constituitur quia non potest recursus ad superiorem haberi‘ (Mirbt, Quellen zur Gesch. d. Papsttums², 124 nr. 211).

³ Entwurf der Bulle Qui celum § 7 (Zeumer, Quellensammlung p. 88): ‚Si duo in discordia eligantur, vel alter electorum per potentiam obtinebit . . .‘ — Von dem Rechte des Pfalzgrafen, als ‚iudex huius discordie‘ aufzutreten, wird dort im J. 1263 zum ersten Male gesprochen.

⁴ Welche Vorstellung mögen vom Mittelalter die Gelehrten haben, die ernsthaft meinen, die römische Kurie habe vom 27. September 1197 bis zum Juni 98 geduldig abgewartet, wen die biedern Deutschen ihr zur Kaiserkrönung präsentieren würden! Welches Urteil verdienten Päpste, die in der wichtigsten Angelegenheit alles ruhig hätten geschehen lassen! Papst aber war seit dem Januar 98 Innocenz III; weil er klug genug war, sich nicht selbst vorzuwagen — was später noch einem Gregor IX. und Innocenz IV. größte Schwierigkeiten weckte —, sondern andere (Engländer und Lombarden waren trefflich dazu geeignet) aussprechen ließ, was er wünschte, ist freilich in seinen Akten nichts darüber zu finden.

um Bestätigung Ottos und um Berufung zur Kaiserkrönung an ihn wandten.

Welche Rechtswirkung auch die kölnische Partei der nachgesuchten Konfirmation beigemessen haben mag¹, — es lag ihr fern, dem Papste die Entscheidung darüber zuzugestehen, wer in Deutschland als König zu gelten habe. Für sie war Otto IV. seit der Aachener Krönung als römischer König der rechtmäßige Herrscher; sie erwartete, daß der Papst ihn zum Kaiser annehme, ihm seine Unterstützung gegen die Feinde leihe, ihn nach Rom zur Krönung berufe. Jedoch nichts davon geschah: Innocenz stellte Otto neben Philipp als Prätendenten, zwischen denen er zu entscheiden habe; die Deutschen sollten denjenigen der beiden Nominierten als König annehmen, der vom päpstlichen Stuhle approbiert werde.² So mannigfach Innocenz seine Äußerungen umgestaltet und so sorgsam er seine Worte gewählt hat³, um den halsstarrigen Deutschen das Joch, das er ihnen auferlegen wollte, erträglich zu machen, — er hat unerschütterlich daran festgehalten, daß der in Deutschland Erwählte und Gekrönte erst durch die päpstliche Bestätigung römischer König werde⁴ und erst von ihr an den diesem gebührenden Gehorsam zu fordern habe.⁵

Dem Zwiespalt, den die Deutschen unter sich auszumachen hatten, ob die Wahl oder ob die Krönung ihrem Erkorenen die Herrschergewalt gewähre, setzte Innocenz III. sein Machtwort entgegen, daß weder Wahl noch Krönung, sondern daß erst die päpstliche Bestätigung die Herrschaft des rex Romanorum rechtlich begründe.⁶ Unumwunden, trotz aller Verbrämungen durch

¹ Wahrscheinlich unterschied sie — im Gegensatz zu Philipp und den Seinen, vgl. oben S. 23 — besondere kaiserliche Befugnisse, die der König erst vom Augenblick seiner Bestätigung an üben durfte. Daß man solche auch für Deutschland annahm, zeigt die Bemerkung Innocenz' III. (Reg. nr. 29, col. 1028), daß Philipp *regnum Teutonicum et, quantum in eo est, imperium occupasse*. Vgl. im übrigen hierzu unten im dritten Teil.

² Vgl. Reg. de neg. imp. nr. 1. 2. oben S. 28 f.

³ Vgl. zu alledem S. 29 ff. den Abschnitt V.

⁴ Vorher nannte Innocenz König Otto *höchstens, electus et coronatus in regem*, vgl. oben S. 32 N. 1.

⁵ Vgl. die Papstbriefe von 1201 (oben S. 36 N. 3. 4) und die *denuntiatio*, durch die Guido von Praeneste Otto, wie Innocenz ihn anredete, als *rex in Romanorum imperatorem electus* oder vielmehr mit dem üblichen Titel *in regem Romanorum et semper augustum* proklamierte.

⁶ Die Gegensätze, die wir für die Doppelwahl von 1198 nur erschließen

das Zugeständnis der Kaiserwahl, forderte der Papst, daß die Fürsten die deutsche Erhebung seinem Willen unterwürfen. Wenn schon die Nachrichten, die nach Rom gelangten, verraten, welcher Sturm nationalen Unwillens sich gegen diese Anmaßung erhob¹, — wie tief im Innersten ihres Gewissens die Besten des Volks und die frommsten Diener der Kirche dadurch erschüttert worden sind, daß der Statthalter Petri, der ‚vicarius Jesu Christi‘, seine geistliche Macht politischen Zielen dienstbar machen und die Freiheit Deutschlands durch die Zwangsmaßregeln kirchlicher Disziplin brechen wollte, das weiß uns der Biograph Gardolfs von Halberstadt mit bewegten Worten zu schildern.² Es ist die Zeit, da Walther³ seinen Klausner zu Gott klagen ließ: ‚owê der babest ist ze junc; hilf, hêrre, dîner kristenheit‘! Die deutschen Fürsten, Pfaffen wie Laien, und gewiß der größte Teil des ganzen Volks waren einig, den Übergriff des Papsttums in deutsches Recht zurückzuweisen.⁴

Auch die Wähler Ottos waren mit dem Vorgehen Innocenz' III. keineswegs einverstanden; nicht das war ihre Absicht

können, liegen für die Zeit der Gegenkönige seit 1245 — wie wir später ausführen werden — so offen, daß der Zusammenhang der Ideen sicher ist. Was Wilhelm (MIÖG. Ergänzungsband VII, 8) geschickt für die Zeit König Rudolfs erwiesen hat, entspricht im entscheidenden Punkte bereits der Auffassung Innocenz' III: erst der approbierte Herrscher ist rex Romanorum.

¹ Vgl. oben S. 39.

² Gesta episc. Halberst. (MG. SS. XXIII, 114): ‚Cuius (scil. cardinalis Prenestini) legatione intellecta, domnus Gardolfus episcopus non modicum consternatus est mente, et licet principibus qui regi Ottoni specialiter adhererunt acceptissimus fuit et plurimum ab eis dilectus, consolatorias sepius accepit litteras ab eisdem, ipse tamen inconsolabiliter doluit. Presaga enim meditatione ante oculos sibi proposuit, quantum domnus papa ecclesiarum principes ad serviendum regi Ottoni per districtiorem ecclesiasticam debeat coartare, et quod sententia eius neglecta rigor ecclesiasticus, in quo omnis salus ecclesie pendet et honor, penitus debeat enervari, unde ecclesia irrecuperabile incursum sit dispendium et iacturam; et ut ipse mala ista vitare posset, fixum in corde suo habuit ad curiam Romanam personaliter accedere et apostolico patrocinio, si fieri posset, hanc calamitatem ab ecclesia sua avertere vel potius sponte ab episcopali cedere dignitate. Die Boten, die Gardolf schließlich an den Papst sandte, wurden liebenswürdig empfangen, und der Halberstädter Kirche wie ihrem Bischof wurde das Allerhöchste Wohlwollen ausgesprochen. Die Politik des Papsttums aber ging weiter auf der gewiesenen Bahn.

³ Lachmann 9, 39.

⁴ Man denke an den Hallischen Protest.

gewesen, die Besetzung des deutschen Thrones ihm auszuliefern. Erzbischof Adolf hatte sich von den Staufern gelöst, um der Krönung zu ihrer alten Bedeutung neben und vor der Wahl zu verhelfen, nicht um sein und aller Fürsten Recht von der Gnade des Papstes abhängig zu machen¹; je enger sich Otto an Innocenz III. anschloß, um so kühler trat Adolf dem König gegenüber, dem er die Krone gegeben hatte; schon seit dem J. 1201 kündete sich der Bruch zwischen ihnen an.²

Aus der allgemeinen Stimmung des Protestes heraus und aus dem Willen, die Freiheit der deutschen Thronfolge gegen päpstliche Ansprüche zu wahren, sind die Vorgänge zu erklären, durch die Philipp im J. 1205 und Otto im J. 1208 die Mängel, die nach deutscher Auffassung ihrer Erhebung anhafteten, zu beseitigen und hierdurch die unbestrittene Anerkennung im Reiche zu gewinnen trachteten.³ Wir haben die Wege, die in beiden Fällen eingeschlagen wurden, aufzusuchen; denn das Gegeneinander von Wahl und Krönung, das hier seine Rolle spielt, und beider Wertung gegenüber der päpstlichen Approbation zeigen Folgewirkungen des Gedankens der Kaiserwahl, denen nachzuspüren uns obliegt.

Im November 1204 trat Adolf von Köln mit Herzog Heinrich von Brabant, dem vornehmsten der niederrheinischen Laienfürsten, zu Philipp über.⁴ Vor sieben Jahren hatte dieser den Erzbischof für den jungen Friedrich wohl damit gewonnen, daß die Krönung des Kindes ihm übertragen wurde⁵; jetzt hatte Philipp noch Höheres zu bieten: er, dem bereits zu Mainz vom Erzbischof von Tarentaise das Diadem des Reichs aufs Haupt gesetzt worden war, erklärte sich bereit, an der überlieferten Stätte zu

¹ Für die späteren Ereignisse von 1208 ist es wichtig, sogleich festzustellen, daß staufische und kölnische Partei — die unter sich in der Frage nach der Bedeutung von Wahl und Krönung auseinandergingen — in der Abwehr gegen die Ansprüche Innocenz' III. sich zusammenfinden konnten.

² Ich schließe mich hier im wesentlichen an Wolfschläger S. 57 ff. an. Zutreffend auch schon Schwemer, Innocenz III. und die deutsche Kirche S. 58 ff.

³ Für alles Tatsächliche verweise ich auf Rodenbergs Untersuchung über „Wiederholte deutsche Königswahlen“.

⁴ Ihnen folgten andere Geistliche und Laien.

⁵ Vgl. oben S. 62.

Aachen vom Erzbischof die Krone zu empfangen und damit vor aller Welt das Ehrenrecht der Kölner Kirche ausdrücklich anzuerkennen. Er räumte damit für sich den einzigen Einwand hinweg, der auf Grund der deutschen Gewohnheit gegen die Form seiner Erhebung vorzubringen war.

Im Januar 1205 ward er am rechten Orte, zu Aachen, und vom rechten Bischof, Adolf von Köln, feierlich gekrönt¹ und auf den Stuhl Karls des Großen eingesetzt.² Vorher jedoch fand, wie bestimmt überliefert wird³, eine förmliche Wahl statt, „damit die Fürsten die ihnen nach altem Brauch zustehende freie Wahl nicht verlören“. Es kommt darauf an festzustellen, worauf dieser Akt abzielte.

Nach dem Berichte des Mönches von S. Pantaleon war die Wahl das Ergebnis einer Beratung des Königs mit den Fürsten, und zwar nicht etwa mit den bisherigen Gegnern, sondern mit seinen Anhängern; nicht jene forderten eine Wahlhandlung, um nicht ihres Rechtes verlustig zu gehen⁴, sondern Philipp und seine Anhänger wünschten, daß eine allgemeine einmütige Wahl der Krönung vorangehe⁵, damit das freie Wahlrecht, das den

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 99 ist sogar datiert: „anno coronationis nostre apud Aquis primo“.

² Vgl. z. B. Ann. Mellic. (MG. SS. IX, 506) und die Neuburger Zusätze zur Hohenburger Chronik (Ann. Marbac. q. d. p. 76); Ann. Reineri (SS. XVI, 658).

³ Chron. regia Colon., Cont. S. Pantaleonis Rec. C, ed. Waitz p. 219: „Philippus igitur rex . . . cum universis pene principibus regni Aquisgrani venit . . . Ibi rex consilio cum suis habito, ut principes suam liberam electionem secundum antiquitatis institutum non perdant, regium nomen et coronam deponit et ut concorditer ab omnibus eligatur, precatur“.

⁴ So sah es Rodenberg S. 10 f. an.

⁵ Seeliger hat (Mitt. des Inst. für öst. Gesch. XVI, 79) mit Recht dem Vorgang von 1205 den Charakter der Neuwahl zuerkannt und ihn als „überaus bezeichnend für den Wert“ hervorgehoben, den man der Wahl beizulegen begann. Sie stellte natürlich in keiner Weise die Rechtskraft der Wahl von 1198 in Frage, sondern war eine Zeremonie, die man wohlüberlegt der Krönung voranschickte. Indem bei der Wahl Philipp im Kürspruch mit seinem schlichten Namen (daher „regium nomen deponit“) zum „Herrn und König“ ausgerufen wurde, und er danach, zum König geweiht, den Titel wieder aufnahm, kam sehr wohl zur Geltung, daß der „königliche Name“ mit der Krönungsfeier gegeben werde, aber es wurde doch auch verhindert, daß der notwendigen kirchlichen Handlung eine darüber hinausgehende Rechtswirkung zugeschrieben werde.

Fürsten zustehe, in seiner Bedeutung nicht geschmälert werde. Solche Beeinträchtigung schien in der Tat möglich, wenn jetzt die vornehmsten Anhänger Ottos zu Philipp als zu dem rechtmäßig gekrönten König übergingen. Der König selbst und seine Partei mochten mit gutem Grunde darauf halten, daß der Rechtsstandpunkt, den sie von Anfang an vertreten hatten, nicht etwa durch die erneute Krönung verschoben werde; diese sollte dem Erzbischof zwar die Ehre gewähren, die ihm gebührte, aber durchaus nicht das Recht, das er davon abgeleitet hatte.

Indem der kirchlichen Handlung nach fürstlichem Beschluß ausdrücklich die Wahl voranging und an ihr die früheren welfischen Parteigänger, Erzbischof Adolf von Köln¹ und Herzog Heinrich von Brabant², teilnahmen, wahrte sich Philipp mit den Seinen³ gegen eine Deutung, die in Gegenwart und Zukunft aus dem Verhalten des Königs auf die staatsrechtliche Kraft der Krönung, das Reich zu übertragen, hätte folgern wollen. In seinem Rechtfertigungsschreiben an den Papst sprach es Philipp bald darauf unumwunden aus, wie es die rechte und einmütige Wahl der Fürsten sei, der er den Besitz des regnum und die Herrschaft über das imperium verdanke.⁴ Damit wurden ebenso

¹ Caesarius von Heisterbach sieht tendenziös in ihm den Urheber der Wahl (MG. SS. XXIV, 346); sie ist vielmehr ein Zugeständnis, das Adolf der staufischen Partei machen mußte, die der Wahl die entscheidende Rechtskraft zusprach.

² Bemerkenswert sind die beiden Urkunden des Herzogs von 1208 für Philipp August (MG. Const. II, 619). In der einen heißt es: „si nos essemus rex Romanorum, nos non possemus ei facere hominagium. Et quanto cicius nos coronati fuerimus, nos faciemus ei securitatem“; in der zweiten (nr. 449): „quod si nos coronati fuerimus in imperio Romano per illos qui hoc possunt facere vel per partem competentem illorum . . . Super . . . summa reddenda, nisi coronati fuerimus“. Sollte die Fassung nicht aus der französischen Kanzlei herrühren? Jedenfalls ist die Krönung für die gesamte Erhebung gesetzt; und sie wird sogleich auf das ganze imperium bezogen, obwohl offenbar von der Krönung zum „rex Romanorum“ die Rede ist.

³ Neben dem Interesse, die Bedeutung der Wahl gegenüber den Ansprüchen des Kölner Kirchenfürsten zu sichern (vgl. oben S. 58 N. 4 am Ende), spielte für die staufische Partei auch wohl die Rücksicht auf das imperium mit; vgl. die folgende Anmerkung.

⁴ Const. II, 12: „ut nos per iustam et concordem principum electionem imperium obtineremus“; vgl. oben S. 52 N. 4. Man wird auch wohl beachten müssen, daß durch die Teilnahme früherer Gegner an der Aachener Wahl — und darunter von Fürsten „ad quos specialiter pertinet imperatoris

die Ansprüche, die der Kölner auf sein Krönungsrecht, wie diejenigen, die der Papst auf die Approbation hatte stützen wollen, zurückgewiesen.

Wie treffend die Erklärung Philipps die herrschende Ansicht der Deutschen wiedergab, davon legen die Ereignisse nach seinem Tode beredtes Zeugnis ab. Haben wir schon früher erkannt, wie mächtig die imperiale Idee die Gemüter erfüllte, daß Innocenz III. sie sich — zunächst allerdings vergeblich — aneignete, um mit ihrer Hilfe des Reiches Herr zu werden, so sehen wir jetzt, wie tiefe Wurzeln der staufische Gedanke von der ausschlaggebenden Stellung der Wahl bereits geschlagen hatte, daß dem Welfen nichts übrig blieb, als sich ihm zu unterwerfen, um zum Reiche zu gelangen.

Nach der Ermordung Philipps sah sich im Sommer 1208 die damals fast ganz Deutschland umfassende staufische Partei der Frage gegenüber, ob sie den überlebenden Gegenkönig anerkennen oder zu einer Neuwahl schreiten sollte.

Für die Anhänger Ottos war und blieb er natürlich der einzig rechtmäßige König, dem sich die bisherigen Gegner, sei es in Güte, sei es durch Waffengewalt bezwungen, zu unterwerfen hätten. Otto selbst begann zum Kampfe zu rüsten¹; aber er versäumte auch nicht, sich an den Papst zu wenden, dem er nächst Gott alles, was seine Beförderung zur Herrschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft angehe, zu danken habe², und seine tatkräftige Hilfe zu erbitten. Doch schon vorher hatte Innocenz das Seine getan und in Briefen nach Deutschland seine Auffassung der Lage unzweideutig bekundet. Für ihn ist der Augenblick gekommen, triumphierend darauf hinzuweisen, daß Gott selbst jetzt das päpstliche Urteil im Thronstreit approbiert habe³; in Schreiben an die Gesamtheit der deutschen Fürsten

electio wie des Pfalzgrafen bei Rhein und des Erzbischofs von Köln — auch die *concors electio* außer jeden Zweifel gerückt wurde; in dieser Hinsicht ist der Wortlaut der Kölner Chronik oben S. 73 N. 3 von Belang.

¹ Zum Folgenden vgl. außer Rodenberg noch Winkelmann, Jahrbücher Ottos S. 99 ff.

² Reg. de negotio imperii nr. 160, col. 1150.

³ Reg. nr. 155, col. 1148: *eidem regi quem divino iudicio credimus approbando nostrum in hac parte iudicium approbante*.

und an einzelne unter ihnen wird unter Androhung ewiger und zeitlicher Strafen befohlen, sich der göttlichen Anordnung zu fügen, König Otto kraftvoll anzuhängen und in der Herrschaft wirksam zu unterstützen.¹ Außerdem aber sendet er — gewiß unter dem Eindruck von Gerüchten, die zu ihm gedrungen sind² — an sämtliche deutsche Erzbischöfe mit ihren Suffraganen einen strikten Befehl³, unter keinen Umständen zuzulassen, nach allen ihren Kräften zu verhindern, daß ein anderer von neuem zum Könige gewählt werde; und kraft apostolischer Gewalt wird unter dem Anathem verboten, daß irgend jemand es wage, einen andern König zu salben und zu krönen.⁴ Es war — wenige Monate nach der vollen Niederlage, die Innocenz durch die Anerkennung Philipps erlitten hatte!⁵ — der stärkste Eingriff, den der Papst jemals in die Verfassung Deutschlands gewagt hat.⁶ Die einmütige Antwort der Nation war: eine neue Wahl!⁷ Auf ihr eigenes Recht gestützt, schritt sie unbekümmert um den Standpunkt der Kurie auf dem Wege vor, der inneren Frieden schaffen sollte. Man durfte allerdings gewiß sein, daß der Papst es geschehen lassen und sogar dem Erwählten die Kaiserkrönung gewähren werde; denn der Kandidat, auf den sich die deutschen Fürsten vereinigten, war derselbe Otto IV., den die Kirche als König und erwählten römischen Kaiser längst bestätigt hatte!

Der Ausgang des Thronstreits durch die allgemeine Anerkennung des Welfen war durch die Vorschläge zumal des Ehe-

¹ Reg. nr. 155: ‚ei ad regendum imperium efficaciter intendatis‘. Der bestätigte König waltet des Kaiserreichs. — Vgl. die Reg. nr. 156 ff. 167 ff.

² In dem Brief an Otto, Reg. nr. 153, col. 1147, rechnet er mit der Möglichkeit, daß man auf den jungen Friedrich von Sizilien zurückkommen könne: ‚ne contra te alius suscitetur, quamvis nepos ipsius iam tibi adversarium se opponat, diligenti studio precavimus‘.

³ Reg. nr. 154, col. 1148; ‚per apostolica scripta mandamus et in virtute obediencie districte precipimus, . . . quantum pro viribus impedire potestis, ut quisquam de novo eligatur in regem, ne fiat novissimus error peior priore‘.

⁴ A. a. O.: ‚sub interpositione anathematis auctoritate apostolica interdiciamus, ne quis alterum inungere vel coronare presumat, ita ut ipso actu excommunicatus existat‘.

⁵ Vgl. Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands IV, 721.

⁶ Die Nachfolger haben nur sein Beispiel nachgeahmt, als sie z. B. den deutschen Fürsten die Wahl Konradins verboten.

⁷ Hauck S. 724 hat zutreffend den Gegensatz zwischen den deutschen und den römischen Anschauungen bemerkt, der die Neuwahl kennzeichnet.

bündnisses nahegelegt, die in den letzten Ausgleichsversuchen vor Philipps Tod eine Rolle spielten. Die Art, wie die glückliche Lösung herbeigeführt wurde, zeigt wieder jenes hervorragende Geschick der deutschen Staatsmänner aus der Schule der staufischen Kaiser, das wir schon an dem Hallischen Proteste von 1202 zu rühmen hatten. Ihnen gelang die Einigung, die dem Lande den langersehnten Frieden gab; sie fanden den Weg, um das welfische Teilkönigtum zu einem allgemeinen umzugestalten, das die Selbständigkeit Deutschlands schützte und sich auf dem Boden der staufischen Politik, wie sie Philipp selbst vertreten hatte, auch dem Papste gegenüberstellte. Erzbischof Albrecht von Magdeburg, Konrad von Scharfenberg — der Bischof von Speier und frühere Protonotar Philipps, der sich jetzt gegen Übergabe der Reichsinsignien das Reichskanzleramt übertragen ließ —, aus den Reihen der Reichsministerialen Heinrich von Kalden, sie dürfen als hervorragende Vertreter dieses Kreises angesehen werden, der Otto und seine Anhänger für den geplanten Ausgleich gewann.¹

Der Preis, den die welfische Partei zu zahlen hatte, um ihrem Könige die Herrschaft im Reiche zu gewinnen, bestand nicht nur in ihrem Eingeständnis, daß Ottos frühere Wahl unvollkommen, der Bekräftigung bedürftig sei², sondern im besondern darin, daß sie auf jeden Anspruch zur Regierung, der etwa auf der früheren Erhebung beruhen konnte, Verzicht leistete und einwilligte, daß über das Reich gleichwie bei seiner Erledigung — wenn auch zugunsten Ottos — verfügt werde.

Die Lage, der Otto sich gegenübersah, war völlig verschieden von derjenigen seiner Vorgänger, die wiederholt durch „Nachwahlen die vorausgegangene Wahl ergänzen und Wahlberechtigten, die der Hauptwahl ferngeblieben waren, ihr Recht wahren“ wollten.³ Heinrich II.⁴ und Konrad III.⁵, an die man hier denken

¹ Daß zuerst an die Erhebung Friedrichs gedacht wurde, scheint auch aus der Erfurter Chron. moderna p. 205 sq. hervorzugehen; vgl. Holder-Egger im N. Archiv XXI, 539.

² Bezeichnend erzählt Conradus de Fabaria (MG. SS. II, 170): „Rex animosus iudice Deo electus, quicquid in electione prius habuit infirmum, coadunatis in electione principibus . . . universaliter ab omnibus elevatur in regem“.

³ Seeliger a. a. O. S. 78.

⁴ Vgl. Rodenberg a. a. O. S. 2 ff.

⁵ Der Vergleich mit ihm würde vor allem nahe liegen, wenn der

muß, haben sich beide nach der Krönung noch besonderen Wahlen unterzogen; aber sie haben — wie die Urkunden beweisen — ohne Rücksicht auf diese schon vorher die Verwaltung des Reichs übernommen; Heinrich II. ist den Sachsen, die ihn wählen wollten, im königlichen Schmuck entgegengetreten. Otto jedoch gab für das Zugeständnis in der Person, das die Gegner machten¹, mit den Seinen den Rechtsboden auf, von dem aus er durch ein Jahrzehnt um das Reich gekämpft hatte, und ließ geschehen, als ob ihm von Rechts wegen die Herrschaft noch nicht zustehe.

Er scheint sich im Sommer 1209 bis zu seiner Frankfurter Neuwahl der Regierung enthalten zu haben: der Vertrag mit dem Erzbischof von Magdeburg, den er im Sommer 1208 wohl zu Somerschenburg eingegangen ist², gibt Versprechungen für die Zukunft, und sie sind erst im J. 1209 in einer Königsurkunde³ erfüllt worden. Der Vertrag ist mit seinem inneren Widerspruch ein wertvoller Beweis für die uns fremd gewordene Denkart einer Zeit, die erst zu einem gesetzten Verfassungsrecht voranschritt. Otto verfügt nicht über Rechte des Reichs: dies steht ihm nur kraft der einmütigen Wahl zu, deren er darbt; aber des königlichen Titels erfreut er sich: denn ihn gab — der Sachsenspiegel sagt es — die Weihe in Aachen, die in ihrer Geltung für Otto unbezweifelt blieb.⁴ Erst ein halbes Jahrhundert später wurde einer Krönung nach ungültiger Wahl überhaupt jede Wirkung abgesprochen⁵; die Zeit Philipps und Ottos forderte wohl rechte Wahl und rechte Krönung für den römischen König, aber sie

Bamberger Reichstag zu Pfingsten 1138 nicht vom König, sondern von den Fürsten einberufen worden wäre (vgl. Rodenberg S. 4). Aber diese Folgerung aus der *Continuatio Cosmae* ist für ein so ungewöhnliches Ereignis doch vielleicht zu weitgehend. Die Erzählung würde genau ebenso lauten können, wenn Konrad sich in dem Berufungsschreiben auf den Rat der Fürsten bezogen hätte.

¹ Die Episode der Kandidatur des Brabanter kann hier außer acht bleiben; doch vgl. oben S. 74 N. 2.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 239.

³ Reg. nr. 278.

⁴ Nach gütiger Mitteilung des Kgl. Staatsarchivs zu Magdeburg durch Herrn Dr. Heinemann scheint die Urkunde „ein an einem Pergamentstreifen angehängtes Siegel“ gehabt zu haben. „Die Spuren eines glatten Schnittes im Pergament sind sichtbar“. Vgl. Kaiserurkunden in Abb. X, nr. 21^f. Leider sind irgendwelche Schlüsse bei Verlust des Siegels nicht möglich.

⁵ Vgl. die Glosse Innocenz' IV. unten in Abschnitt XIV und den Entwurf der Bulle *Qui celum* § 12 (Zeumer, Quellensammlung S. 91).

haftete — im Anschluß an die älteren deutschen Gewohnheiten¹ — noch nicht ausschließlich an der üblichen Folge beider Handlungen. Daher ließ sie es ohne weiteres zu, daß man die rechtliche Unvollkommenheit der früheren Wahl², ohne daß die Bedeutung der Krönung dadurch in Frage gestellt wurde, nachträglich besserte. So durfte man sich darauf bereiten, Otto, sobald die Bedenken gegen seine Wahl hinfällig wurden, ohne erneute Weihe als rechtmäßigen König anzunehmen.

Wie Philipp durch die Aachener Krönung von 1205 seine Erhebung von allen ihr anhaftenden Mängeln reinigte, so hatte der in aller Form geweihte Otto nur die Gebrechen seiner Wahl zu heilen, um die Herrschaft anzutreten.³

Wie bei einer Erledigung des Thrones sind die deutschen Fürsten im Sommer 1208 wiederholt selbständig zusammengekommen, um über die Ordnung des Reiches zu beraten⁴; und noch bevor die Aussicht auf eine Wahl durch die Gesamtheit sich eröffnete⁵, hatten die sächsischen „principes imperii“⁶ für den 22. September eine Versammlung nach Halberstadt geladen, in der sie Otto zum Kaiser ausriefen⁷ und hiermit ihren Anschluß an ihn vollzogen.

¹ Vgl. Rodenbergs Zusammenstellung über die Nachwahlen des 10.—12. Jahrhunderts.

² Man wird nicht sagen dürfen, daß sie etwa als nichtig angesehen wurde.

³ Nach Böhmer-Ficker Reg. nr. 241 hat am Wahltag, 1208 Nov. 11, Otto „hodie in regem electus“ dem Rheingrafen Wolfram 250 Mark auf den Zoll zu Boppard angewiesen. „Man scheint danach erst nach der allgemeinen electio eine Verfügung über die Reichseinkünfte als unanfechtbar betrachtet zu haben“. Es ist in der Tat ein vollgültiger Beweis für unsere obigen Darlegungen.

⁴ Otto selbst schreibt an den Papst (Reg. de negotio imperii nr. 160, col. 1151; Const. II, 32): „Orientales principes diem quandam . . . Werceburc statuerunt, quasi de imperio ordinaturi . . . et nobis de die et loco mandaverunt“; Arnoldi Chron. VII, c. 13, p. 285: Albrecht von Magdeburg und Bernhard von Sachsen raten von kriegesischen Unternehmungen ab, „sed magis ex dispensacione principum curiale colloquium statuamus, ut ibi de electione regis unanimiter tractetur“.

⁵ So wird wohl die Halberstädter Wahl am leichtesten erklärt.

⁶ Jedenfalls identisch mit den „principes electores“ von 1198; vgl. oben S. 22 N. 1.

⁷ Hierüber vgl. unten S. 82f.

Eine allgemeine Reichsversammlung wurde zum November 1208 vom Mainzer Erzbischof nach Frankfurt berufen, wo im J. 1196 die letzte einmütige deutsche Wahl, für Friedrich II., stattgefunden hatte. Hier wurde am Martinstage in glänzendem Kreise geistlicher und weltlicher Fürsten Otto IV. zum „römischen König“ erkoren.¹

Die förmliche Neuwahl legte vor aller Welt dar, daß Ottos Krönung nach deutscher Rechtsgewohnheit nicht imstande gewesen sei, ihm die Herrschaft des Reiches zu übertragen²; zugleich aber, und vielleicht nach den päpstlichen Briefen³ noch augenfälliger, tat sie kund, daß die Deutschen nimmer gewillt seien, dem päpstlichen Anspruch nachzugeben, als ob die Approbation Herrscherrechte gewähre: die Wahl allein soll als Quelle der Reichsgewalt gelten. So schiebt man achtlos die Schreiben Innocenz' III. beiseite und geht über seine Entscheidung von 1201 hinweg, als sei sie niemals gefallen. Die Gesamtheit des Reichs will sogar nichts wissen von einer „Kaiserwahl“, wie sie Innocenz III. damals zugestanden hatte, um sein Bestätigungsrecht von ihr abzuleiten. Die Fürsten ziehen eine Wahl zum römischen Könige vor, in der sie — wie es der Hallische Protest von 1202 verkündet hatte — frei und unabhängig über das Reich verfügen. Aus diesem Geiste heraus werden sie davon abgesehen haben, dem Papste, wie es in Rom gefordert wurde, Fürsten mit der Bitte um Ottos Kaiserkrönung zu senden; nicht von Reichs wegen hat Innocenz Nachricht von den deutschen Vorgängen erhalten, nur persönliche Boten einzelner Fürsten⁴ und des Königs selbst haben sie ihm übermittelt.⁵

Der Papst hat sich damals als Meister in der Kunst gezeigt,

¹ Vgl. neben Rodenberg die Quellen, die Winkelmann, Otto IV. S. 480 ff. zusammengetragen hat.

² In einigen Urkunden vom November 1208 wird sogar „annus regni I“ gezählt (Böhmer-Ficker Reg. nr. 244. 245), während sonst von der Krönung an weitergezählt wurde. In Südostdeutschland haben allerdings einzelne Fürsten der früheren staufischen Partei Ottos Regierungsjahre regelmäßig erst vom November 1208 an gerechnet; vgl. Winkelmann, Otto S. 124 N. 3.

³ Vgl. oben S. 75 f.

⁴ Die persönlichen Schreiben des Erzbischofs von Magdeburg und des Bischofs von Cambrai vgl. Reg. nr. 172. 173, col. 1158 f.

⁵ Reg. nr. 177, col. 1160. Ein Seitenstück dazu liefert das J. 1220 (siehe unten in Abschnitt X). Vgl. Winkelmann, Otto S. 140.

die Dinge nur so weit zu sehen, wie sie erfreulich waren, und das Unvermeidliche stillschweigend zu dulden: so nimmt er, der die schlichte Anerkennung seines Schützlings von den Deutschen gefordert hatte, die Meldungen über die neue Erhebung König Ottos an und begnügt sich, sie mit leiser Rüge dahin richtig zu stellen, daß sie vielmehr von der Bestätigung und Vollendung der Erhebung handelten.¹ Er wird sich nicht darüber getäuscht haben, daß er in dem Kampfe, den er um die Herrschaft über das imperium geführt, einen Erfolg nicht zu verzeichnen hatte.²

Durch die Wirren des Thronstreits hindurch hatte das deutsche Fürstentum, schließlich nahezu geschlossen, an der Seite Philipps den weltlichen Staat, den die Staufer aufgerichtet, gegen die Hierokratie verteidigt; und nur indem er auf den Boden der staufischen Reichspolitik hinübertrat, hatte Otto die allgemeine Anerkennung durch die neue Wahl errungen, deren Vollzug schon an und für sich ein Programm bedeutete.

Wohl tragen die Ereignisse jener Zeit die Spuren davon, daß nur im tatsächlichen Geschehen ihr öffentliches Recht sich nach und nach umbildet; deutlich treten die in Epochen des Übergangs unvermeidlichen Reibungen hervor zwischen den Gewohnheiten, die durch das Alter geheiligt sind, und den neuen Forderungen, die sich in Wirkung umzusetzen drängen. In dem Streit um den Vorrang zwischen Wahl und Krönung, in dem Kampf um die deutsche Unabhängigkeit wider päpstliche Obergewalt, ringen die Gedanken miteinander, von denen die Parteien des öffentlichen Lebens bewegt sind; und erst indem wir die politischen Ideen zu begreifen suchen, die in ihnen sich darstellen, gewinnen die Tatsachen ihren inneren Zusammenhang. In dem, was hinter den Erscheinungen liegt, offenbart sich ihr geistiges Wesen, schließt sich die Fülle des einzelnen zu höherer Einheit.

Durch die Theorien des 12. Jahrhundert vorbereitet, in der Erhebung Philipps verwirklicht, war die deutsche „Kaiserwahl“

¹ Reg. nr. 172. 173: „quin imo quasi de confirmatione (173: consummatione) promotionis“. Rücksichtsvoll hatte man ihm nicht von einer „electio“, sondern allgemein von einer „promotio“ Ottos geschrieben. — Vgl. Winkelmann, Otto S. 481.

² Die territorialen und kirchenpolitischen Zugeständnisse Ottos vom März 1209 waren kein voller Ersatz dafür, selbst wenn sie durchgeführt worden wären.

in den Vordergrund der Politik gerückt. Um ihretwillen wurde der Wahlhandlung die ausschlaggebende Bedeutung zugeteilt, die sie schließlich vor der Krönung behalten hat; sie war es, in der die staufischen Herrscher mit den Fürsten die Unabhängigkeit der weltlichen Gewalt verteidigten, bis Innocenz III. sich ihrer bemächtigte, um durch sie die deutsche Thronerhebung und damit das imperium vom päpstlichen Willen abhängig zu machen. Die deutschen Staatsmänner haben sogleich die Gefahr erkannt und sind ihr im Hallischen Protest begegnet; und wie sie bei der Aachener Krönung von 1205 durch die wiederholte Wahl Philipps den staufischen Rechtsstandpunkt gegenüber dem Kölner Erzbischof schützten, so haben sie nach Philipps Tode erreicht, daß der Gegenkönig „von Papstes Gnaden“ zum Reichsherrscher wurde, ohne daß man Innocenz selbst das Geringste nachgab. Den der Papst seit dem Tage der Bestätigung als „den zum Kaiser der Römer Erwählten“ begrüßte, den proklamierte die Frankfurter Wahlversammlung bescheidener, aber ihrer Unabhängigkeit bewußt, zum römischen König!

Über die Krisis eines Jahrzehnts hinweg, die mit der zwiespältigen Wahl von 1198 begann und mit Ottos einmütiger Erhebung im November 1208 endete, war dank der politischen Erziehung der Stauferzeit zu staatlichem Bewußtsein das deutsche Recht, die Freiheit der Herrscherwahl ungefährdet gerettet.

VIII.

Die Halberstädter „Kaiserwahl“ Ottos, der Sachsenspiegel und die Glossa ordinaria des Decretum Gratiani.

Um die Aufmerksamkeit nicht von den Fragen abzulenken, die uns bei der Neuwahl Ottos zu beschäftigen hatten, sind wir schnell an der Tatsache vorübergegangen, die im Rahmen unserer Betrachtungen doch besonders herausgehoben werden muß, daß nämlich die sächsischen Fürsten am 22. September 1208 zu Halberstadt Otto zum Kaiser gewählt haben.¹ Die Nachricht des uns schon für die Ereignisse von 1198 wichtigen² Halberstädter Chronisten, der dem Vorgange selbst beigewohnt haben dürfte und der kurz danach sein Werk abgeschlossen hat, ver-

¹ Gesta episc. Halberstad., MG. SS. XXIII, 122: „plerique principes imperii . . . regem Ottonem in imperatorem unanimiter elegerunt“.

² Vgl. oben S. 22 N. 1. 4.

dient daher alle Beachtung; zudem weiß auch Arnold von Lübeck¹, der hier bis ins einzelne vortrefflich unterrichtet ist, von derselben Versammlung zu erzählen, daß Otto in feierlicher Kur ‚in Romanum principem et semper augustum‘ gewählt worden sei. Endlich berichtet noch eine dritte sächsische Quelle, die Chronik von Lauterberg bei Halle, die Ereignisse von 1208 zusammenfassend, von Ottos Kaiserwahl.²

Hatte im J. 1198 Erzbischof Ludolf von Magdeburg die Versammlung zu Ichershausen bei Arnstadt geleitet, die Philipps „kaiserliche“ Wahl vornahm³, so stand zu Halberstadt sein Nachfolger Albrecht an der Spitze der Kaiserwähler und neben ihm Herzog Bernhard, der bereits an Philipps Erhebung mitgewirkt hatte; wie er werden nicht wenige geistliche Fürsten und weltliche Herren an beiden Wahlen teilgenommen haben.⁴ Erzbischof Albrecht war ein Schwager des Burggrafen Gebhard von Querfurt, der als Gesandter Heinrichs VI. nach dem Scheitern der Erfurter Verhandlungen im Herbst 1196 den Verzicht auf die Erbmonarchie aussprach und die Frankfurter Wahl des jungen Friedrich herbeiführte⁵; Zeit seines Lebens bewies sich Albrecht als ein treuer Freund des Staufergeschlechts.⁶ Wir werden nach alledem berechtigt sein, anzunehmen, daß zu Halberstadt derselbe Gedanke wie bei Philipps Erhebung maßgebend gewesen ist, daß nämlich durch die deutschen Fürsten in der Wahl bereits kaiser-

¹ Chron. VII, c. 13, p. 285: ‚ac si divinitus inspirati pari voto et unanimi consensu Ottonem in Romanum principem et semper augustum elegerunt in nomine patris et filii et spiritus sancti‘. — Zu 1198 hatte Arnold (VI, c. 1, p. 218) berichtet, daß die Fürsten ihn ‚in regem et Romani imperii principem‘ wählten. Über ‚princeps‘ vgl. oben S. 30 und später in Abschnitt XIV über die Wahl Heinrichs Raspe. — Daß Arnold offenbar den Kürruf wiedergibt (vgl. auch den Hallischen Protest, Const. II, 6), gewährt einen Fingerzeig, wie wir uns die Entwicklung einer Kaiserwahl aus der früheren Königswahl zu denken haben; vgl. hierzu die erste Beilage.

² MG. SS. XXIII, 175: ‚Otto rex omnium consensu principum in Romanorum imperatorem electus est‘.

³ Vgl. oben S. 22 N. 4.

⁴ Bereits Winkelmann, Jahrbücher Ottos S. 111 N. 4 hat auf die Verwandtschaft der Vorgänge von Ichershausen und Halberstadt hingewiesen.

⁵ Vgl. oben S. 60.

⁶ Vgl. Winkelmann, Philipp S. 378; auch das Diplom Friedrichs II. von 1216 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 858; Const. II, 68 N. *).

liche Gewalt verliehen werde¹; das Bewußtsein von der Unabhängigkeit weltlicher Herrschaft wird auch jetzt lebendig gewesen sein.

Ich begnüge mich hier, nur kurz darauf hinzuweisen, wie charakteristisch die Frankfurter Wahl Ottos zum „römischen König“ wirklich als eine beabsichtigte Anlehnung an die Gedanken der Hallischen Erklärung von 1202 erscheint², wenn ihr eine „Kaiserwahl“ unmittelbar vorangegangen war.³ Wichtiger ist es mir, dabei zu verweilen, daß 1198 auf thüringischem, 1208 auf sächsischem Boden die Ostsachsen vor allem es gewesen sind, welche den staufischen imperialen Gedanken in die Tat umgesetzt und im Durchbruch germanischen Fühlens, das einen Heinrich I. noch rein erfüllte⁴, sich gegenüber den Lehren Roms mit der „Kaiserwahl“ für das Eigenrecht des weltlichen Staats eingesetzt haben.

Mit den beiden Wahlen von Ichershausen und Halberstadt und mit den Berichten, die uns von hier und aus Lauterberg zukommen, weilen wir in unmittelbarer Nachbarschaft des Gebietes, in dem eben damals der berühmtesten Sachsen einer, Eike von Repgow, herangewachsen war.⁵ Die Halberstädter „Kaiserwahl“ — die letzte überhaupt auf sächsischem Boden⁶ — hat er in der Nähe miterlebt. Auch er spricht uns in dem bekannten Kapitel III, 57 des Sachsenspiegels von „des keyseres kore“, von der „imperatoris electio“, wie sie uns in den lateinischen Quellen entgegengetreten ist.⁷ So wird er uns zum

¹ Nach allem, was wir über die Haltung der ostsächsischen Fürsten jener Zeit wissen, ist es ausgeschlossen, die Halberstädter Kaiserwahl etwa als ein Eingehen auf die Gedanken Innocenz' III. und eine Willfährigkeit ihm gegenüber anzusehen; höchstens könnte man glauben, daß der Gegensatz gegen das Papsttum 1208 nicht so scharf hervortrat wie nach 1198; nachdem der Papst an Otto den Titel „in Romanorum imperatorem electus“ gegeben hatte, hätten die sächsischen Fürsten ihre Wahl als einen Zutritt zur früheren „Kaiserwahl“ Ottos ansehen können.

² Vgl. oben S. 41.

³ Vgl. im folgenden Abschnitt S. 103ff. über die beiden Wahlen Friedrichs II.

⁴ Vgl. oben S. 54.

⁵ Er begegnet 1209 zum ersten Male urkundlich.

⁶ Von der Nachwahl von 1252 abgesehen, vgl. unten in Abschnitt XV.

⁷ Über die wenigen Stellen, an denen Eike nicht vom König, sondern vom Kaiser spricht, wird später zu handeln sein, wenn sein Bericht für die Form der „Kaiserwahl“ herangezogen wird.

wertvollen Zeugen der politischen Anschauungen der Zeit und seiner Landesgenossen; und wenn er der Aachener Feier die Übertragung des königlichen Namens zuschreibt, der römischen Weihe die des kaiserlichen¹, so dürfen wir ihn als einen Vertreter der staufischen Staatsgedanken ansprechen, denen zufolge königliche und kaiserliche Herrschaft in der deutschen Wahl gegeben wird.² Durch die Kaiserwahlen von 1198 und 1208 ist das politische Ideal Friedrichs I. und Rainalds von Dassel dem Verfasser des sächsischen Rechtsbuches übermittelt worden; er steht auch hier mitten im lebendigen Getriebe der umgebenden Welt, das er mit offenem Sinn in sich aufnimmt.

Doch noch mehr! Demselben sächsischen Boden entstammt jener deutsche Gelehrte, der anfangs des 13. Jahrhunderts zu Bologna weilte und dort die Vorlesungen über das decretum Gratiani hielt, die ihm den Stoff zu der berühmten glossa ordinaria des Dekrets gaben. Johannes Teutonicus (Zemeke) war als Magister Johannes seit 1212 Domherr zu Halberstadt³; vielleicht dankte er die Auszeichnung Beziehungen zu Erzbischof Albrecht von Magdeburg, der vor 1205 sich in Bologna aufhielt. Seine Glosse birgt einige für die Geschichte der „Kaiserwahl“ überaus wertvolle Stellen.⁴

¹ Zeumer, Quellensammlung S. 72, § 143 (= III, c. 52) gibt die richtige älteste Fassung nach der Quedlinburger Hs.; vgl. oben S. 13. Die Veränderungen der späteren Hss. (siehe ebenda) beweisen, wie berechtigt wir sind, den Quedlinburger Text in der obigen Weise zu verwerten.

² Ich komme hier wiederholt für die tatsächlichen Angaben mit Krammer, Reichsgedanke S. 45 f. eng zusammen; die Motivierungen und Folgerungen gehen — unserm völlig abweichenden Standpunkt entsprechend — gänzlich auseinander. Er erklärt S. 46, daß es Eike „an historischer Bildung völlig fehlte“, so daß er „in der Frage des Staatsrechts von den Schlagwörtern des Tages, von der herrschenden Meinung gänzlich abhängig war“! Damals nämlich hätte sich „im Gefolge der staufischen Politik die Klarheit des politischen Blicks vielfach getrübt“. Mir scheint, unsere historische Bildung fordere, den imperialen Gedanken der Stauferzeit mit seiner nationalen Höhenluft zu verstehen, statt über ihn und damit über die besten deutschen Männer eines ganzen Jahrhunderts abzuurteilen, weil sie „die nationale Struktur des Reichs verkannt“ hätten.

³ Über sein Leben, vgl. J. F. v. Schulte in der Zeitschrift für Kirchenrecht XVI, 107 ff.

⁴ Ich danke ihre Kenntnis dem Buche Hugelmanns, Die Königswahl im corpus iuris canonici S. 28, da ich mich selbst vorher nur mit den Dekretalisten beschäftigt hatte, die erst für die Mitte des 13. Jahrh. in

Das decretum Gratiani enthält in c. 24 Dist. 93 ‚Legimus in Esaia‘ aus einem Briefe des hl. Hieronymus eine Bemerkung, der zufolge die Presbyter von Alexandria jeweils einen aus ihrer Mitte zum Bischof erwählten, ‚quomodo si exercitus sibi imperatorem faciat‘. Hierzu bemerkt Johannes: ‚Ex sola enim electione principum dico eum verum imperatorem, antequam a papa confirmetur. Arg. hic licet non ita appelletur‘.

Und in c. 8 Dist. 10 heißt es zu dem Worte ‚discrevit‘: ‚Cum ergo potestates iste (scil. sacerdotium et imperium) sint distincte, est hic arg. quod imperium non habetur a papa et quod papa non habet utrumque gladium; nam exercitus facit imperatorem, ut XCIII. di. legimus, et imperium a solo Deo habetur‘.¹

Wir stellen neben diese beiden Glossen des gelehrten Kanonisten — die bekannten Worte Friedrichs I. an Hadrian IV. aus dem J. 1157:² ‚Cumque per electionem principum a solo Deo regnum et imperium nostrum sit‘; und es bleibt kein Zweifel daran möglich, daß der staufische imperiale Gedanke durch den sächsischen Glossator in die angesehenste Auslegung des Dekrets und damit in die kirchenrechtliche Wissenschaft eingedrungen ist!³ In ihr finden wir mit aller Klarheit ausgesprochen, was wir aus der Geschichte der Wahlen Friedrichs II.(?), Philipps, Ottos von 1196 bis 1208 nachzuweisen uns mühten: zu Beginn des 13. Jahrhunderts war es weitverbreitete Überzeugung, daß bereits die Wahl der deutschen Fürsten den Kaiser schaffe; und diese Anschauung stellte sich bewußt der andern gegenüber, nach der allein der Papst das Kaisertum verleihen sollte. Für Magister

Frage kommen (vgl. unten in Abschnitt XIIff.). Doch hat Hugelmann nicht geahnt, daß er damit einen überaus interessanten Zusammenhang aufzudecken in der Lage war. Seine Ausführungen, daß diese und die entsprechenden Glossen von Johannes Teutonicus herrühren, scheinen mir durchaus das Richtige zu treffen. — Ich benutze die Ausgabe des Beatus Rhenanus aus Basel 1512.

¹ Hierzu sind zu stellen in c. 10 Dist. 63 ‚Quanto apostolica‘ in der Glosse ‚relatio‘: ‚electio enim facit imperatorem‘; c. 11 Dist. 96 ‚Si imperator catholicus‘ die Glosse zu ‚divinitus‘: ‚non ergo a papa. Nam imperium a solo Deo est, ut XXIII. q. IV Quesitum [c. 45]. Nam a celesti maiestate habet gladii potestatem‘. Ferner c. 10 Dist. 96 ‚Quo sunt‘ die Glosse zu ‚auctoritas‘: ‚neuter pendet ex reliquo et ita est ar. pro imperatore quia divinitus consecutus est imperium‘. ² Vgl. oben S. 12.

³ Die Päpste und die Dekretalisten haben gewaltige Mühe aufgewandt, ihn unschädlich zu machen.

Johannes ist der Erwählte schon vor der päpstlichen Bestätigung ebenso „wahrer Kaiser“, wie nach dem Dekrete Gratians der gewählte Papst, falls er nicht inthronisiert werden kann, gleichwie ein „wahrer Papst“ die Kirche verwalten darf.¹

Johannes ist kirchlich genug, um dem Papste die Bestätigung des gewählten Kaisers zuzuerkennen, und er weiß wohl, daß dieser nicht vor der Weihe zu Rom den kaiserlichen Namen führen darf; aber der Sachse leitet die höchste weltliche Gewalt unmittelbar von Gott ab, nicht von dem Papste; und nur die Wahl der deutschen Fürsten ist es, die über das Kaisertum verfügt; fehlt dem Erkorenen auch noch der Titel, so übt er doch schon kraft der Wahl kaiserliche Herrschaft. Eike von Repgow und der Domherr von Halberstadt haben sich beide in gleicher Weise den staufischen Reichsgedanken zu eigen gemacht; in der Glosse tritt überdies seine Verknüpfung mit den altrömischen Anschauungen von der Erhebung eines Kaisers durch die Wahl unmittelbar hervor.

Die beiden angesehenen Rechtsgelehrten haben, der Laie für das große deutsche Rechtsbuch, der Geistliche für die grundlegende Glosse des Dekrets, die Lehren von der Unabhängigkeit des gottgeschaffenen weltlichen Staats und von der Kaiserwahl der deutschen Fürsten unter dem Eindruck der Ereignisse, die sie miterlebt, und von der Stimmung ihrer sächsischen Heimat ergriffen, in ihre Werke aufgenommen. Der „Staatsgedanke des staufischen Kaiserhauses“, der, durch das Eingreifen Innocenz' III. in seinen Wurzeln getroffen, damals in der Welt der Tatsachen für eine Kaiserwahl nur noch einmal bei der Erhebung Konrads IV. wiederauflebte, ist im Reiche der Ideen durch diese beiden Männer erhalten geblieben. Wohl hat schon bald nach der Mitte des Jahrhunderts eine gewandelte Zeit den reinen Wortlaut des Sachsenspiegels, weil er der Wirklichkeit gar zu wenig mehr entsprach, umgestaltet. Und wohl hat zugleich Bartholomäus

¹ ‚verus imperator‘ begegnet hier wohl zum ersten Male; dagegen ‚verus papa‘ als Zusatz Gratians im Decretum c. 1 Dist. 23, dem Papstwahldekret Nicolaus' II. § 6: ‚electus tamen sicut verus papa obtineat auctoritatem regendi ecclesiam‘. Die später so geläufige Wendung (vgl. Krammer, Wahl und Einsetzung S. 21) stammt also aus dem kanonischen Recht. — Die Glossen, in denen der Papst als ‚verus imperator‘ erscheint (Schulte in Wiener SB. Bd. 64, S. 111. 132), dürften erst der Mitte des 13. Jahrh. angehören.

Brixienſis zu der ihm gewiß unbegreiflichen Glosſe ſeines kaiſer-treuen Vorgängers¹ im Geiſte des herrſchenden römischen Systems erklärt: ‚Contrarium eſt verum‘: erſt die Approbation durch das Haupt der Chriſtenheit ſchafft den wahren Kaiſer. Doch er hat nicht hindern können, daß Johannes Teutonicus das geiſtige Rüſtzeug der Stauferzeit neuen Kämpfern darreichte, die ſeiner bedurften, um wiederum Kaiſer und Reich vor päpſtlichen Übergriffen zu ſchützen.

Die Rechtsgelehrten, die Ludwig dem Bavern im Kampfe gegen die Päpſte mit ihrem Wiſſen dienten, ſchöpften aus der glossa ordinaria die entſcheidenden Sätze für das Kaiſergesetz ‚Licet iuris‘; in ihm leſen wir wieder jene gedrunge- nen Erklärungen:² ‚Ex ſola electione eorum ad quos pertinet electio verus efficitur imperator nec alicuius alterius eget confirmatione ſeu approbatione‘ und das Bekenntnis: ‚imperialem dignitatem et poteſtatem a ſolo Deo ab initio processisse‘.³

Eine wunderſame Wanderung der Ideen! was Friedrich I. und Rainald von Dassel ausgesprochen, was Heinrich VI. und Philipp mit den Fürſten in die Tat umzuſetzen geſucht, was Innocenz III

¹ Was Hugelmann S. 29 N. 1 vermutet, wird durch die hier aufgedeckten Zusammenhänge außer jeden Zweifel geſtellt.

² Zeumer, Quellensammlung S. 156. An einer zweiten Stelle heißt es: ‚ex ſola electione eſt verus rex et imperator Romanorum censendus et nominandus‘. Ausdrücklich wird die lügneriſche Behauptung bekämpft, als ob die kaiſerliche Gewalt vom Papſte komme, ‚et quod electus in imperatorem non eſt verus imperator nec rex, niſi prius per papam ... confirmetur approbetur ...‘ Auch hier alſo die ausdrückliche Wendung gegen die Bedeutung der Approbation wie oben bei Johannes Teutonicus.

³ Zu ‚omnes ſubsunt nationes‘ vgl. c. 22 Diſt. 63 ‚Hadrianus papa‘ Glosſe zu ‚per ſingulas‘ und c. 41 C. VII q. 1 ‚In apibus‘. Die Benutzung der glossa ordinaria macht natürlich überflüſſig, eine Beziehung zu dem Weis- tum von 1252 zu ſuchen, wie Zeumer im N. Archiv XXX, 415 noch wünſchte. Ihm danke ich den Hinweis darauf, daß in dem Maniſeſt ‚Fidem catholicam‘ die Glosſe ‚ex ſola‘ ausdrücklich angeführt wird, um die Sätze des ‚Licet iuris‘ zu begründen. Vgl. auch K. Müller, Der Kampf Ludwigs d. Bayern II, 296, und Zeumer, Ludwigs des Bayern Königswahlgeſetz (N. Archiv XXX, 95 ff.) zu der Gleichſetzung von ‚verus rex‘ und ‚verus imperator‘ in jener Zeit. Ich muß mich hier damit begnügen, darauf hinzuweiſen, daß die Kämpfe des 14. Jahrhunderts und die Theorien der Parteien die Gedanken der Stauferzeit aufgenommen und weitergebildet haben. Schon die Tatſache ſelbſt zeigt den großen hiſtoriſchen Zusammenhang, in den wir ſie einordnen müſſen.

in sein Gegenteil verkehrt, das findet in seiner reinen Gestalt Aufnahme in das angesehenste Lehrbuch kirchlichen Rechts und bleibt hier bewahrt, bis eine neue Zeit es als kostbare Waffe in dem alten Kampfe von Staat und Kirche im Geiste der Schöpfer wieder zu nutzen vermag.

So liegt durch zwei Jahrhunderte hin die Bahn vor uns, die der Gedanke der „Kaiserwahl“ als Ausdruck der Unabhängigkeit des imperium vom sacerdotium durchlaufen hat.

Noch aber bleibt uns die Aufgabe, zu zeigen, welches Schicksal er gehabt und welche Wirkungen er geübt, nachdem ihn Innocenz III. in den Dienst der päpstlichen Weltherrschaft gezwungen hatte.

IX.

Friedrichs II. Nürnberger Kaiserwahl von 1211 und die Frankfurter Königswahl von 1212.

Nach langem und nicht eben mühelosem Wege treten wir jetzt endlich den Vorgängen gegenüber, die der älteren Forschung allein Anlaß zu geben schienen, von einer „Kaiserwahl“ zu sprechen und sich mit dieser für sie ganz überraschenden Erscheinung des deutschen Verfassungslebens auseinanderzusetzen.¹ Uns hingegen steht die Erhebung Friedrichs II. in einem weiten geschichtlichen Zusammenhang; und so wenig man heute, wie einst noch Winkelmann getan, Friedrichs Titel ‚in Romanorum imperatorem electus‘ einen „abenteuerlichen“ nennt, nachdem die Herkunft aus dem Gedankenkreise Innocenz' III. nachgewiesen ist², so wenig darf man in Zukunft die „Kaiserwahl“ durch deutsche Fürsten als unmöglich verwerfen. Allerdings behält die Wahlhandlung von 1211 auch für uns eine einzigartige Stellung: denn wenn auch — in welcher Weise immer — die staufische Partei im J. 1198 Philipp, die Sachsen im J. 1208 Otto zum „Kaiser“ erkoren haben, beide Herrscher handelten stets als „römische Könige und allzeit Mehrer“³; nur Friedrich II. nahm auf

¹ Vgl. oben S. 1.

² Vgl. oben S. 38 und Rodenberg a. a. O. S. 36.

³ Doch leistet der Podestà von Albi im J. 1209 den Eid für Otto, ‚Romanorum regi in imperatorem electo‘ (Const. II, 620 nr. 450). Dies ist für die (im besondern zu untersuchende) Stellung, die Italien einnahm, zu beachten. Man beginnt, die Hoheitsrechte über Italien vom Kaisertum abzuleiten. So leisten z. B. auch die Plazentiner im J. 1275 den Eid an die

Grund seiner Wahl den kaiserlichen Titel an und hat als „erwählter römischer Kaiser“ während eines halben Jahres regiert, bis er in einem zweiten Wahlgang ausdrücklich zum „römischen König“ ausgerufen und sogleich zu dieser Würde gekrönt worden ist.

Ich brauche nur diese Tatsachen nebeneinanderzureihen, um in dem Leser das Bewußtsein zu wecken, daß wir an einem entscheidenden Punkte der Untersuchung angelangt sind. Denn wenn wir hier scheitern sollten, ist all unsre bisher aufgewandte Arbeit, zu den wirkenden politischen Kräften der Epoche vorzudringen, umsonst gewesen. Sind wir aber auf dem rechten Wege zur Erkenntnis, so muß es gelingen, mit den Mitteln, die bereitgestellt, und den Gesichtspunkten, die gewonnen sind, die Ereignisse, die bisher jeder Erklärung gespottet haben, aus den Verhältnissen der Zeit und den Absichten der führenden Männer wenigstens bis zu einem gewissen Punkte zu deuten und sie damit unserm historischen Verständnis zugänglich zu machen.

Entschiedener noch als Winkelmann¹ hat Scheffer-Boichorst² betont, daß Friedrich in Deutschland zum Kaiser erwählt wurde; Rodenberg dagegen glaubte nur an eine einfache Königswahl, die er nicht als „eine abschließende und definitive“, sondern nur als eine „Designation“ betrachtet wissen wollte.³ Erst neuerdings haben Hampe⁴ und vor allem Krammer⁵ wieder von der Nürnberger Kaiserwahl gesprochen.

In der Tat lassen die zeitgenössischen Quellen⁶ einen Zweifel hierüber nicht zu. Burchard von Ursberg⁷, der hier ausgezeich-

„legati Rodulfi Romanorum regis electi in imperatorem“ (Const. III, 562 nr. 601).

¹ Jahrbücher Ottos S. 279 f. 500.

² Hist. Zeitschr. 46 (1881), S. 142; Gesammelte Schriften II, 335. Allerdings setzt er neben die deutsche eine Kaiserwahl in Rom; und nur eine solche hatte Hampe früher (Zeitschr. für die Gesch. des Oberrheins N. F. XX, 10) annehmen wollen.

³ A. a. O. S. 38 f.

⁴ Deutsche Kaisergeschichte im Zeitalter der Salier und Staufer S. 197.

⁵ Reichsgedanke S. 52 f.

⁶ Aus denen bisher vorwiegend die deutschen benutzt worden sind; doch vgl. schon Winkelmann S. 500 f.

⁷ SS. rer. Germ. p. 92: „elegerunt in imperatorem coronandum“.

nete Kenntnis besitzt, erzählt, daß deutsche Fürsten Friedrich II. als den „zu krönenden“ Kaiser wählten; der Reinhardsbrunner Mönch¹ zielt auf denselben Vorgang, wenn er berichtet, daß zu Nürnberg im September 1211 die Fürsten Otto als einen Ketzer absetzten und den Staufer zum „zukünftigen“ Kaiser erklärten; in Italien hörten Sicard von Cremona² und Johannes Codagnellus³, die es wohl erfahren konnten, davon, daß Friedrich zum Kaiser gewählt und nach Deutschland berufen wurde; zu ihnen gesellt sich die kleine sizilische Chronik.⁴ Vollends bestätigt sie alle der Bericht Richards von S. Germano⁵, der als Ohrenzeuge auf dem 4. Laterankonzil hörte, wie Innocenz III. die von den deutschen Fürsten rechtmäßig vollzogene Wahl Friedrichs zum Kaiser approbierte, und endlich jene längst beachtete Äußerung Friedrichs selbst⁶, daß Ottokar von Böhmen ihn zuerst und vor allen andern Fürsten zum Kaiser erkoren habe.⁷

Ist danach die Kaiserwahl vom September 1211 über jeden

¹ Chron. Reinhardsbrunn. (SS. XXX, 578): „Fredericum . . . , antea ab universitate electum, futurum imperatorem declararent“.

² MG. SS. XXXI, 180: „principes Alamanie Fredericum . . . imperatorem elegerunt, citantes eum, ut in Alamaniam properaret“. Über seine Kenntnis der Ereignisse Holder-Egger a. a. O. S. 50.

³ Iohannis Codagnelli Ann. Placentini ed. Holder-Egger, p. 39: „Gessandte kamen zu Otto, „denuntiantes dominum papam et quosdam Alamanie principes, marchionem de Heste et Cremonenses . . . Rogerium Fredericum pro imperatore et domino elegisse et coronam ei dedisse et promississe“.

⁴ Chron. Siculum breve ed. Huillard-Bréholles, Hist. dipl. Friderici II. I, 894: „quidam nobiles ipsius Theotonie ad eundem Fredericum venire exponentes, quod unanimi voluntate ipsum in imperatorem eligere volebant“.

⁵ Vgl. über ihn unten S. 106 N. 1: „regis F. electionem per principes Alemannie factam legitime in imperatorem Romanum approbans“. Die jüngere Fassung in den Scriptores rer. Germ. p. 40 ist etwas verändert.

⁶ Const. II, 54 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 671) von 1212 Sept.: „a primo inter alios principes specialiter pre ceteris in imperatorem nos elegit“.

⁷ Dazu kommen noch einige westeuropäische Quellen, die von einer „Kaiserwahl“ sprechen, aber zwischen den beiden Vorgängen von 1211 und 1212 nicht scheiden; z. B. Chron. Gilberti (SS. XXIV, 135) mit seinen Ableitungen; Vincentii Bellovac. Memoriale (SS. XXIV, 159, aus Guil. Brito.): „Fr. a baronibus Alemannie consilio Philippi Francorum regis imperator electus“; Continuatio Rogeri de Hoveden (SS. XXVII, 187): „Der Papst erweckt Otto Gegner, „imperii principibus scribens, ut isto reprobato alium sibi in imperatorem eligerent“, vgl. Radolfus de Coggeshale (SS. XXVII, 357).

Zweifel gesichert, so scheint doch die Form des Kürspruchs zum Ausdruck zu bringen, daß es nicht den Fürsten allein zukomme, die Herrschaft im Kaisertum zu geben; sie kiesen den „zukünftigen“, den „zu krönenden“ Kaiser¹, wie beide deutsche Quellen in sachlicher Übereinstimmung melden²; kaiserliche Gewalt und Würde voll zu gewähren, steht beim Papste.³

An ihn haben denn auch die Wähler sogleich Boten gesandt, um die Bestätigung nachzusuchen.⁴ Anselm von Justingen kam nach Rom; und dort wurde auf Veranlassung Innocenz' III. Friedrich von den Bürgern zum Kaiser ausgerufen, — sicherlich in der Form, in der im J. 1201 dort die Akklamation Ottos erfolgt war⁵; der Papst selbst sprach die Konfirmation aus, allerdings, wie wir sehen werden, erst nach gewissen Verhandlungen; und gemeinsam mit päpstlichen Gesandten durfte sich Anselm nach Messina begeben, um Friedrich zur Annahme der Krone zu bestimmen.

Der Sohn Heinrichs VI. dankt seine Erhebung — das lehren die Umstände — der Verbindung des Papstes mit deutschen Fürsten gegen Kaiser Otto, der all seine Erwartungen getäuscht und in Mittelitalien, schließlich sogar in Sizilien die staufische

¹ Vgl. in dem Schreiben Venerabilem (oben S. 43 N. 1): „in imperatorem postmodum promovendum“.

² Hier stimme ich Krammer, Reichsgedanke S. 52 N. 5 zu.

³ Die Vita Ricciardi s. Bonifatii (Muratori SS. rer. Ital. VIII, 124), die sonst hier zu nennen wäre, ist (worauf W. Lenel mich hinwies) von Cipolla im Archivio Veneto XIX, 208ff. als Fälschung des 17. Jahrh. entlarvt worden.

⁴ Burchardi Chron. Ursperg. p. 92: „Nuncios . . . qui hanc suam [scil. principum] electionem tam in civitate Romana quam apud . . . Fridericum . . . promoveant . . . Consilio et interventu domni Innocentii pape obtinuit, ut a civibus et populo Romano Fridericus imperator collaudaretur; et de ipso factam electionem papa confirmavit“. Seeliger hat Mitt. des Öst. Inst. XVI, 54 gezeigt, daß „collaudare“ häufig die dem Wahlakt folgenden Kundgebungen bezeichnet und schlechthin „anerkennen“ bedeutet. Auch nach Burchards Gebrauch des Wortes (S. 90. 101) ist es unzulässig, die „collaudatio“ der Römer als die „electio“ aufzufassen, die Innocenz III. bestätigte. Burchard kennt in der ganzen Erzählung nur eine electio: die Kaiserwahl durch die deutschen Fürsten. — Auch Guilelmus Brito erzählt (MG. SS. XXVI, 302), daß die deutschen Fürsten nach Friedrichs Wahl 1211 den Papst baten, „ut electionem eius confirmaret“.

⁵ Für Scheffer-Boichorsts abweichende Ansicht sehe ich keinen Grund. Über die Motive des Papstes, den Römern entgegenzukommen, vgl. oben S. 42 N. 3 und Hampe in Zeitschr. für den Oberrhein N. F. XX, 12.

Kaiserpolitik aufgenommen hatte. Wir wissen heut, wie schon seit Beginn des J. 1210 Innocenz III. gemeinsam mit Philipp August von Frankreich in Deutschland daran gearbeitet hat, den Abfall von Otto herbeizuführen.¹ Er erfüllte die Vorbedingungen, die von den Fürsten durch die Vermittlung des französischen Königs gefordert waren, indem er Otto bannte, die ihm geleisteten Eide löste und die Fürsten ermahnte, so schnell wie möglich für einen Nachfolger Ottos zu sorgen.²

In Laufe des J. 1211 kamen Philipp August und die deutschen Gegner Ottos — an deren Spitze Erzbischof Siegfried von Mainz stand³ — dahin überein, daß nur durch die Wahl Friedrichs der welfische Kaiser mit Erfolg zu bekämpfen sei. Angesichts der schnell wachsenden Sorge um Süditalien mußte Innocenz darein willigen, daß dem sizilischen Könige der Weg zum Kaisertum geöffnet werde. Er sah sich um den Preis der seit dem Tode Heinrichs verfolgten Politik gebracht; die *unio regni et imperii*, die durch Ottos Erhebung im J. 1198 für immer hatte verhindert werden sollen, drohte von neuem.⁴

Aber wie Philipp August gegen den welfisch-englischen Bund, so bedurften doch auch die Fürsten der Macht Ottos gegenüber der nachdrücklichen Unterstützung des Papstes; noch waren die Verbündeten durchaus aufeinander angewiesen, um einen Erfolg zu erzielen.⁵ So konnte Innocenz seine Einwilligung zur Wahl des Staufers an Bedingungen knüpfen, die dem weltbeherrschenden Papsttum einen neuen Triumph schaffen sollten. In

¹ Vgl. Hampe in *Histor. Vierteljahrsschrift* (IV) 1901, S. 186 ff.

² Böhmer, *Acta* p. 631 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 6099): „nam Deus . . . promoveri fecit Saulem . . . et ei pium substituit iuniorem . . . Et ad vos . . . per apostolica scripta mandamus et in remissionem peccatorum iniungimus, quatinus festinetis super huiuscemodi providere, dum temporis opportunitatem habetis . . . scientes quod nos, quocumque res ista deveniat, illos efficaciter adiuvabimus, qui nostris acquieverint monitis et mandatis“.

³ Vgl. über die Teilnehmer an der Empörung Winkelmann, *Otto* S. 500 f. Die Erzbischöfe von Mainz und Trier, die Herzöge von Österreich und Bayern, der Landgraf von Thüringen und der König von Böhmen sind wohl als die Wähler von 1211 anzusehen. Siegfried, der im Anfang des J. 1212 päpstlicher Legat wurde, ist das eigentliche Organ der päpstlichen Politik in Deutschland.

⁴ Vgl. v. Kap-herr in der *Deutschen Zeitschr. für Geschichtswiss.* I, 97.

⁵ Das Folgende ist ein Versuch, die — wie oben S. 517 f. gezeigt ist — unbestreitbare Tatsache der Nürnberger Kaiserwahl zu erklären.

einer der schwersten Entscheidungen seines Lebens griff er aufs neue zu dem imperialen Gedanken der staufischen Herrscher, den er sich im Thronstreit dienstbar zu machen gesucht hatte. Wie es in der *deliberatio* und den Schreiben des J. 1201 dargelegt war¹, ließ er jetzt die deutschen Fürsten einen Kaiser wählen, dem erst durch die päpstliche Genehmigung das Recht, die Herrschaft anzutreten, gewährt wurde. Der Augenblick schien für Innocenz gekommen, durchzusetzen, was weder Philipp noch Otto IV. gegenüber gelungen war, die deutsche als eine kaiserliche Wahl und mit ihr das *imperium* dem Papsttum untertan zu machen.

Alles, was über die Vorgeschichte der Wahl Friedrichs bekannt geworden ist, zeigt, daß sie nur mit Zustimmung des Papstes vorgenommen werden konnte; die Bitte um Approbation, die sogleich nach ihr ausgesprochen wurde, beweist, daß die Wahlfürsten sich seinem überlegenen Herrscherwillen gefügt haben: beides schließt aus, daß wir die Nürnberger Kaiserwahl jenen früheren an die Seite setzen dürfen², die — sei es etwa zu Frankfurt 1196 oder zu Ichttershausen im J. 1198 wie auch zu Halberstadt 1208 — die Unabhängigkeit des Kaisertums³ proklamierten; sie verwirklicht vielmehr in jedem Zuge die Forderungen, die Innocenz III. von Anbeginn an die Fürsten gestellt hatte. Sie bezeichnet den endlichen Sieg, den Innocenz dank der imperialen Idee für die Kirche über den Staat errang. Das Schicksal, das seit den Tagen Gregors VII. drohte, schien sich zu erfüllen; die Vereinigung des deutschen Königtums mit der römischen Kaiserwürde sollte mit der deutschen Freiheit gezahlt werden.

Nach dem Erfolg in Deutschland kam es für Innocenz darauf an, die sizilische Angelegenheit so zu ordnen, daß durch die Beförderung des Königs zum Kaisertum die Lage des Kirchenstaats und die päpstliche Lehnshoheit über Sizilien nicht gefährdet werde. In Messina erklärte sich im Februar 1212 Friedrich bereit, Innocenz persönlich Huldigung zu leisten⁴ und

¹ Vgl. oben S. 37.

² Wie es Krammer, Reichsgedanke S. 53 getan hat.

³ Dazu auch etwa das Recht des in Deutschland Erwählten auf Sizilien.

⁴ MG. Const. II, 542 ff.; nur mit dem Titel eines Königs von Sizilien.

— Ich sehe hier von den kirchlichen Zugeständnissen natürlich ab. — Über

damit feierlich und unverbrüchlich das Lehnungsverhältnis sicher zu stellen; indem jedoch sogleich auf Verlangen des Papstes Friedrichs junger Sohn Heinrich zum König von Sizilien gekrönt wurde¹, trat bereits die Absicht hervor, die später zu den Abmachungen von 1216 führte, das Land an den jungen Fürsten übergehen zu lassen, es von dem imperium Friedrichs II. zu lösen und so die Gefahr zu bannen, die durch die ‚unio regni et imperii‘ in seiner Hand neu aufzusteigen drohte.²

Erst nach diesen Zugeständnissen ließ der Papst den Ereignissen ihren Lauf: was er darüber hinaus für den Kirchenstaat und die Ordnung der deutschen Kirche forderte, konnte erst der in Deutschland siegreiche Herrscher erfüllen. Allerdings hielt er bis dahin wirklich mit dem letzten Schritt öffentlicher Anerkennung zurück; für ihn blieb Friedrich nur der König von Sizilien, bis in den Urkunden von Eger im Juli 1213 alle päpstlichen Forderungen erfüllt waren.³ Aber er ließ es geschehen, daß der „König von Sizilien, des Herzogtums Apulien und des Fürstentums Capua“ sich den Titel zufügte, den noch niemals ein deutscher Herrscher geführt, den nur Innocenz III. dem von ihm approbierten König Otto gegeben hatte: ‚et in Romanorum imperatorem electus‘.

Friedrich II. war von Papstes Gnaden zum Kaiser gewählt; er selbst bekannte es, als er in Rom zum ersten und fast einzigen⁴ Male die Worte gebrauchte, durch die einst Otto IV. seine Abhängigkeit zugestanden hatte:⁵ ‚... Innocentio summo pontifici Fredericus dei et su^a gratia rex Sicilie, ducatus Apulie et principatus Capue, in Romanorum imperatorem electus et semper augustus‘.⁶

Friedrichs Verhandlungen mit Anselm von Justingen vor der Annahme der Wahl hören wir nichts.

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 1091. 3835°.

² Vgl. Rodenberg, Königswahlen S. 34 f.

³ Vgl. ebenda S. 33. 36 und unten S. 105.

⁴ Vgl. ein zweites Mal im J. 1220 unten in Abschnitt X. §. iii *ann.* 4

⁵ Vgl. Reg. de neg. imp. nr. 106. 160. 187.

⁶ Const. II, nr. 415, p. 546. — In den zu Rom ausgestellten Urkunden führt Friedrich zuerst das Beiwort ‚et semper augustus‘, als ob erst dort die kaiserliche Stellung ihm gewiß ward. Vgl. oben S. 10; die dort N. 2 angeführte Glosse zu c. 2 Di. 63 schließt: ‚et quasi per augurium hoc sperabatur; vel sicut imperator dicitur augustus, quia illius propositi debet esse quod augeat, sic et filius potest dici augustus, quia et hoc propositum

Offen ließ er erklären, daß er nächst Gott dem Papst alles zu danken habe.¹

Innocenz III. mochte sich der Zukunft sicher dünken, als er, auf die erhaltenen Verbriefungen bauend, den sizilischen Lehnsmann im April 1212 gen Norden entließ, wo die Deutschen aus seiner Hand, durch seine Bestätigung ihren erwählten Kaiser empfangen und ihn durch die Aachener Feier in das regnum Romanum einweisen sollten.² Nach wenigen Monaten jedoch erfuhr er, daß noch immer der weltliche Staatsgedanke, der im fränkisch-deutschen Reiche der Staufer tiefe Wurzeln geschlagen, mächtiger war als die hierarchische Idee päpstlicher Allgewalt. Sobald Friedrich II. und das deutsche Fürstentum sich im Sieg über Otto IV. gefunden hatten, zerrissen sie gemeinsam die Ketten, mit denen der Papst durch die Kaiserwahl sie gebunden wähnte. Als im Dezember 1212 Friedrich II., der „erwählte römische Kaiser“, zu Frankfurt zum „römischen König“ ausgerufen wurde, machte mit dieser Tat Deutschland sich und sein Königtum von päpstlicher Vormundschaft ledig und stellte in freier Wahl seine Unabhängigkeit wieder her!

debet habere, cum habebit imperium⁴. — Im übrigen vgl. über den Titel Friedrichs unten S. 100f.

¹ Const. II, nr. 414, p. 545: „ei per quem post Deum omnia obtinere cognoscimus“. Man begreift, daß Friedrichs Gegner ihn „regem presbyterorum“, Pfaffenkönig, schelten mochten; vgl. Richard von S. Germano, SS. rer. Germ. p. 39.

² Denn der Papst hat keinen Augenblick daran gedacht, im Sinne etwa von Heinrichs Wahlkaisertum (vgl. oben S. 61) den jungen Friedrich sogleich in Rom zum Kaiser zu krönen und damit die Aachener Krönung zu beseitigen, — wie es später Alfons von den Päpsten forderte. Sie galt ihm vielmehr als die notwendige Vorbedingung für die Kaiserweihe, wie dies andererseits für Philipps staufisches Wahlkaisertum gegolten hatte, vgl. oben S. 56f. Sicherlich gibt Guilelmus Brito die allgemeine Anschauung wieder, wenn er bei der Krönung Friedrichs II. zu Aachen 1215 sagt (MG. SS. XXVI, 318): „A tempore quo Theutonici obtinuerunt dinastiam imperii, hec semper apud eos consuetudo quasi quedam lex inviolabiliter observatur, quod electus imperator nunquam coronatur a papa, nisi prius fuerit rex coronatus Aquisgranis“; im Gegensatz zur päpstlichen, aber in Übereinstimmung mit deutscher Auffassung fügt er hinzu: „et postquam ibidem semel tulerit coronam, nichil restat, nisi ut in imperatorem Rome a summo pontifice coronetur. Et hoc fit propter reverentiam et maiestatem Karoli Magni, cuius corpus requiescit ibidem“.

Wir versuchen, diese Behauptung zu begründen, die — so überraschend, selbst unwahrscheinlich sie früher erschienen wäre — für denjenigen, der die Geschichte des Thronstreits mit dem scheinbar willkürlichen und in Wahrheit so zweckbewußten Wechsel von Wahlen und Neuwahlen vor sich sieht, ihr Ungewöhnliches abgestreift hat; ja! sie liegt überaus nahe, sobald wir uns des Gegensatzes erinnern zwischen der Entscheidung Innocenz' III. von 1201, die so ganz auf dem Gedanken einer in Deutschland vollzogenen, vom Papste zu bestätigenden Kaiserwahl ruhte, und den Erklärungen des Bamberg-Hallischen Protestes von 1202, der ebenso bestimmt für die, keinem höheren Richter unterstehende, deutsche Wahl zum römischen König eintrat.¹ Und nachdem der Beweis dafür geliefert ist, daß die Nürnberger Kaiserwahl im J. 1211 das von Innocenz entworfene Programm von 1201 durchgeführt hat, ist es die Pflicht des Forschers, zu erwägen, ob nicht die wenigen Nachrichten über die ihr entgegengestellte Frankfurter Königswahl von 1212 sich zu einem sinnvollen Ganzen verbinden, sobald die Vorgänge aus den im Hallischen Protest ausgesprochenen Gedanken motiviert werden.

Friedrich II. kam im Sommer 1212 nach Deutschland als ein Geschöpf des Papstes; nur ein kleiner, eng umgrenzter Kreis von Fürsten hatte ihn gewählt und sich dem päpstlichen Bestätigungsanspruch gefügt. Jetzt lag alles daran, jene Gesamtheit für ihn zu gewinnen, die vor wenigen Jahren durch Ottos erneute Königswahl ihren Entschluß, in der Unabhängigkeit Deutschlands die staufische Politik fortzuführen, dargetan hatte.² Sollte nicht aus ihren Reihen der Widerspruch gegen die Preisgabe des freien Wahlrechts um so lauter erschollen sein, je willkommener als Herrscher vielen unter ihnen der Sohn Heinrichs VI. war, dem schon einmal die Stimmen zugefallen waren und dem nicht wenige schon im J. 1196 den Eid der Treue geleistet hatten?³ Sollten sie jetzt den Erben der staufischen Tradition aus des Papstes Händen empfangen? Leicht mochte man sich daran erinnern⁴, wie vor kurzem Otto, den bereits ein Teil sächsischer Fürsten zum Kaiser erwählt hatte, gerade um den vom Papste zu fürchtenden Anmaßungen auszuweichen, zum römischen Könige ausgerufen worden war.

¹ Vgl. oben S. 41.

² Vgl. oben S. 76 ff.

³ Vgl. die Quellen bei Winkelmann, Otto S. 501.

⁴ Vgl. oben S. 80.

Aus solchen Stimmungen, die wir durchaus nicht auf die Fürsten beschränkt glauben dürfen, sondern die im deutschen Bürgertum ebenso wie unter den Reichsministerialen breitere Schichten voll nationalen Lebens erfaßt haben mögen, wird der Wunsch aufgestiegen sein, daß Friedrich in neuer allgemeiner Wahl, ohne Rücksicht auf den Papst¹, zum römischen König erhoben werde.

Einen gewissen Halt gewinnen diese Vermutungen, wenn es möglich wird, bestimmte Persönlichkeiten als Träger der in den Ereignissen wirkenden Gedanken anzusprechen. Ich denke hierbei etwa an Erzbischof Albrecht von Magdeburg, dem Friedrich II. später einmal als „dem vornehmsten Urheber und Beförderer seiner Erhebung“ gedankt hat²; denn obwohl Albrecht an den ersten Beratungen gegen Otto IV. im Sommer 1211 teilgenommen zu haben scheint³, dürfte er, soweit zu erkennen, unter den Kaiserwählern nicht gewesen sein. Von ihm, der 1208 an der Spitze der Sachsen die Wahl Ottos zum Kaiser gerade als eine freie vollzogen hatte⁴ und der „in Otto den notwendigen Übergang vom Standpunkte des Gegenkönigtums zu der Auffassungsweise des Reichskönigs“ leitete⁵, ist es wohl ausgeschlossen, daß er die Haltung der Nürnberger Versammlung dem Papste gegenüber gebilligt hätte; aber nachdem er im Frühjahr 1212 den Kampf gegen Otto aufgenommen hatte⁶, war er trefflich geeignet, zwischen den verschiedenen Parteien zu vermitteln, die einig waren in der Abkehr von Otto, zu Friedrich neigten, aber gegen einen „Pfaffenkönig“ sich sträubten.⁷

Die führende Rolle allerdings möchte ich eher dem Bischof Konrad von Speier zuschreiben, der zu allen Zeiten unter denen war, die „das Recht des deutschen Staates auf selbständige Ord-

¹ Auch hier ist der Vergleich mit Otto IV. zu ziehen, der trotz der päpstlichen Approbation von 1201 im J. 1208 förmlicher Neuwahl sich unterwerfen mußte.

² Const. II, 68 N. * (1216 Mai): „qui principalis et precipuus nostre sublimacionis auctor extitit et promotor“.

³ Cont. Reinhardsbrunn. (SS. XXX, 578).

⁴ Vgl. oben S. 83.

⁵ Winkelmann, Otto S. 105.

⁶ Ebenda S. 272. 304f.

⁷ Ohne Gewicht darauf zu legen, will ich nur darauf hinweisen, daß unter den oben dargelegten Umständen die Nachricht der Magdeburger Schöppenchronik (Städtechroniken VII, 136) über die besonderen Bemühungen Albrechts für Friedrich recht wohl (gegen Winkelmann S. 279 N. 1) auf die Königswahl von 1212 bezogen werden können.

nung seiner Angelegenheiten“ vertraten.¹ Wie er an Ottos Neuwahl und an dem Frankfurter Reichstage vom J. 1208 bedeutenden Anteil hatte, so hat er als Kanzler Ottos selbständige Politik in die staufischen Bahnen geleitet und bis Anfang des J. 1212 bei ihm ausgeharrt; erst nachdem er wieder in Deutschland weilte, knüpfte er schwerwiegende Verhandlungen mit den Kaiserwählern von 1211 und den staufischen Parteigängern an. Damals erst werden mit Erzbischof Siegfried von Mainz, dem bisherigen Führer der Bewegung und zugleich päpstlichen Legaten, die entscheidenden Erörterungen gepflogen worden sein.² Wie sich in dem „Her und Hin“ des ehrgeizigen Bischofs von Speier das Fürstentum in seinen Schwächen darstellt, so auch in seinem Drange nach Selbständigkeit des Reichs Rom gegenüber.³ Er ist es recht eigentlich, der die Überlieferungen der staufischen Politik von den Tagen Heinrichs VI. bis weit in die Regierung Friedrichs II. hinein in sich verkörpert und die beiden, durch den Thronstreit getrennten Zeitalter in seiner Person verbunden hat. Ihm dürfen wir es unbedingt zutrauen, daß er für seinen Übergang zu Friedrich nicht nur mit dem Reichskanzleramt und dem Bistum Metz persönlichen Lohn gesucht, sondern daß er für die Freiheit des Reichs und das unbeschränkte Wahlrecht seiner fürstlichen Glieder eine neue Wahl Friedrichs zur Bedingung gemacht habe. Getreu der Anschauung, die im Hallischen Protest von 1202 niedergelegt war, und dem Beispiel folgend, das im J. 1208 zu Frankfurt für Otto IV. gegeben worden war, mußte diese Wahl eine solche zum römischen Könige sein.

Daß er sich jedenfalls mit voller Kraft für sie eingesetzt hat,

¹ Winkelmann, Philipp S. 178; Bienemann, Konrad von Scharfenberg S. 15f.

² Erst in das Frühjahr 1212 ist die wichtige Nachricht der Gesta Treverorum (MG. SS. XXIV, 391; früher zu 1211 gesetzt, vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 10724^a) einzuordnen, nach der Konrad zu Boppard mit Siegfried von Mainz und Johann von Trier zusammentraf, um über „die Nachfolge Friedrichs“ zu verhandeln. Daß Konrad sich früher heimlich schon mit den Gegnern seines Herrn eingelassen und mit ihnen beraten hätte, dies Bedenklichste ihm zuzuschreiben, liegt in keiner Hinsicht irgendein Anlaß vor; vgl. Winkelmann, Otto S. 270 N. 5. Auf dem Frankfurter Tage im März 1212 trat der Gegensatz zuerst offen hervor (Böhmer-Ficker Reg. nr. 470^a).

³ Vgl. Ficker, Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens II, 428 über sein Verhalten bei Auslieferung des Mathildischen Gutes.

erweist das unmittelbar nach der Feier entsandte Schreiben an König Philipp August.¹ Er war es ja auch, der Friedrichs engere Verbindung mit Frankreich im Herbst 1212 herbeiführte²; und die Frankfurter Wahl hat er als seinen und Philipps gemeinsamen Erfolg angesehen. Wir begreifen leicht, daß der französische König, den wir von Anfang an als vornehmsten Förderer Friedrichs kennen³, mit der Lösung, die im Sommer 1212 angebahnt wurde, einverstanden war. Wie Scheffer-Boichorst vortrefflich hervorgehoben hat, bedurfte er Deutschlands als eines zuverlässigen und kraftvollen Bundesgenossen gegen England. Schon deshalb mußte er Friedrich zum vollen Siege und zu allgemeiner Anerkennung helfen. Aber auch das lag im eigensten Interesse von Philipp August, der den Papst zu Rom nur zu wohl kennengelernt hatte, daß der staufische rex Romanorum ein selbständiger, nicht ein von päpstlicher Gnade abhängiger Herrscher sei.

Eben den gleichen Wunsch teilte die Persönlichkeit, auf die es vor allen andern für die Gestaltung der deutschen Dinge ankam, Friedrich II. selbst, der „König von Sizilien, zum römischen Kaiser Erwählte und allezeit Mehrer“. Mit Spannung verfolgen wir den Wandel in seinem Auftreten⁴, je weiter er sich auf dem Zuge nach Deutschland aus dem Bannkreise Roms entfernte. Solange er in Genua weilte, ungewiß, ob ihm der Weg nach Norden geöffnet werde, blieb er streng in der Haltung, die ihm Innocenz angewiesen hatte. Eidlich versprach er als ‚rex Sicilie . . . et in Romanorum imperatorem electus‘, daß er 14 Tage, nachdem er römischer Kaiser geworden sei, der Stadt Genua ihre Privilegien bestätigen und bestimmte Summen zahlen werde.⁵ Als er endlich

¹ Vgl. unten S. 103 N. 1. ² Winkelmann, Jahrbücher Ottos S. 331.

³ Vgl. dazu auch Scheffer-Boichorst, Philipp II. August (Gesammelte Schriften II, 89 ff.). Immerhin scheint hier (S. 99) die Abhängigkeit der Wahl Friedrichs „vom Wunsch und Willen Frankreichs“ zu stark betont. Von einer „Schmach“, die dem deutschen „Ehrgefühl und Nationalstolz“ zugefügt wurde, ist viel eher bei der Kaiserwahl von 1211 zu reden, deren demütigende Form Innocenz III. auferlegt hatte. Die „Königswahl“ von 1212 war gerade die Reaktion hiergegen. Die Verbindung mit Frankreich entspricht doch nur dem Bündnisystem, das in der europäischen Staatenwelt des 12./13. Jahrhunderts bereits voll ausgeprägt war.

⁴ Er ist bisher unbemerkt geblieben.

⁵ Böhmer-Ficker Reg. nr. 669 (Huillard-Breholles I, 213): ‚postquam Romanus imperator fuero‘, ‚ex quo Romanus imperator fuero‘. Vgl. hiermit

mit Hilfe der Freunde, nicht ohne ernste Gefahr, durch die Lombardei nach Mantua gelangt war, dankte er den treuen Cremonesen bereits als *serenissimus dominus Fridericus dei gratia Romanorum imperator electus et semper augustus, rex Sicilie'* und bestätigte ihnen ihre Privilegien; noch mußte allerdings Erzbischof Berard von Bari für ihn schwören, daß er seine Versprechungen nach Empfang der Krone des Reichs erfüllen werde.¹ Denselben Titel behielt Friedrich nun in Deutschland bei: nicht² mehr „zum Kaiser erwählt“, sondern „Erwählter römischer Kaiser“ nannte er sich³ und stellte diese Bezeichnung der des sizilischen Königs voran. Und hatte er zu Genua noch keine Herrschaftsrechte geübt, sondern als „zukünftiger“ Kaiser die Bestätigung der Rechte für die Zeit versprochen, wo er die kaiserliche Würde erhalten haben werde, so ist ihm jetzt die Wahl zum ausreichenden Rechtsgrund seiner Gewalt geworden: die Privilegien für Böhmen und Mähren, die Schenkungen für Lothringen, der Vertrag mit Frankreich, — sie alle zeigen den „erwählten Kaiser“ in voller Ausübung der Regierung. Er wartet nicht mehr darauf, daß ihm der Erzbischof von Köln die königliche, der Papst die kaiserliche Weihe gewähre, um die Herrschaft im *regnum* und *imperium Romanum* anzutreten, sondern er waltet — gleichwie vor ihm Philipp — seines Amtes dank des Rechtes, das die von den deutschen Fürsten vollzogene Wahl ihm verleiht.⁴

Die Änderung des Titels und Friedrichs Anfänge überhaupt verraten, daß er weit davon entfernt war, sich innerlich dem Zwange der politischen Lage zu beugen. Er hatte sich als Schützling des Papstes erheben lassen, er hatte gewisse Zeit die ihm den Vertrag Ottos IV. mit Albrecht von Magdeburg vor der Neuwahl von 1208, oben S. 78.

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 670 (Böhmer, Acta p. 772): *corona imperii domino concedente suscepta*.

² Nur die Urkunde für Erzbischof Siegfried von Mainz, den päpstlichen Legaten, und die daraus entlehnte für Lupold von Worms haben noch einmal *in Romanorum imperatorem electus*; vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 675 f. Vgl. hierzu auch unten S. 106 N. 4 über die Stellung Siegfrieds, die für den Gebrauch des Titels zu beachten sein wird. — Denselben Titel trägt auch Friedrichs, schon vorher in Sizilien oder Rom geschnittenes, Elektensiegel, vgl. Philippi, Zur Gesch. der Reichskanzlei unter den letzten Staufern S. 63.

³ Vgl. über diese, wie auch hieraus hervorgeht, nicht gleichgültige Veränderung oben S. 38.

⁴ Vgl. oben S. 24.

auferlegten Rechtsanschauungen achten müssen; aber wie er in freiem Entschluß gegen den Wunsch seiner Umgebung die Fahrt nach Deutschland unternommen hatte, so war er gesonnen, das Reich seines Vaters und Großvaters in voller Selbständigkeit zu besitzen. Er hegte eine zu hohe Vorstellung von der Unabhängigkeit und dem Glanze kaiserlicher Gewalt¹, als daß er gewillt gewesen wäre, nicht nur Sizilien als päpstliches Lehen anzuerkennen, sondern auch das Kaisertum als ein Geschenk der Gnade von Innocenz III. zu empfangen, der ihn einst verwerfen könnte, wie er ihn angenommen hatte. Nimmermehr entsprach es dem Sinne Friedrichs, der nun einmal für Sizilien Lehensmann der Kirche war, auch für das Reich sich dem Papsttum unterzuordnen, so sorgsam er das Einverständnis mit der Kurie wahrte. Ihm mag es daher ein erwünschter Ausweg erschienen sein, wenn in Deutschland seine, zunächst auf der Kaiserwahl von Papstes Gnaden beruhende Herrschaft auf eine neue, nur durch das deutsche Recht geschaffene Grundlage gestellt wurde.

Wir umfassen mit einem Blick die Parteien und die Männer, die im Jahre 1212 über die Zukunft Deutschlands zu entscheiden hatten; wir erinnern uns der politischen Gedanken, die sich in ihnen seit dem Beginn des Thronstreits ausgeprägt hatten, und wir gedenken Friedrichs II. selbst, auf den sich die Hoffnungen aller Gegner Ottos IV. in Europa vereinigten: für seine Erhebung hatten der Papst und Philipp August mit deutschen Fürsten zusammen gewirkt. Als aber nach überraschend schnellen Erfolgen Friedrich II. am Oberrhein den Sieg gewonnen hatte und Otto IV., wenn auch nicht überwunden, so doch nachdrücklich geschwächt war, und als es sich darum handelte, jetzt die Zustimmung möglichst des ganzen Deutschlands für die Nürnberger Kaiserwahl zu gewinnen, da weigerte man sich hier, den päpstlichen Schützling anzunehmen, wie im J. 1208 Otto IV. als Herrscher durch Papstes Gunst zurückgewiesen worden war. Die Rechtmäßigkeit der früheren Kaiserwahl ward keineswegs in Zweifel gezogen; aber es zeigte sich — wie damals für Otto². —, daß eine Einigung auf Friedrich II. nur

¹ Vgl. die durch tiefes Eindringen und künstlerische Darstellung gleich ausgezeichneten Charakteristiken von A. Dove (Ausgewählte Schriftchen S. 20 ff.) und K. Hampe (in der Histor. Zeitschrift, N. F. Bd. 46).

² Die Ereignisse von 1208 und 1211/12 treten durch den Vergleich in das schärfste Licht; und beider Deutungen stützen und ergänzen sich gegenseitig.

durch die Vornahme förmlicher Neuwahl zu erzielen sei: die Kaiserwähler von 1211 mußten hierin nachgeben, um ihrem Erkorenen den Weg zum endgültigen Erfolge zu ebnen.

So ist es zu dem uns wieder seltsam anmutenden Ereignis gekommen, daß am 5. Dezember 1212 zu Frankfurt in ansehnlicher Fürstenversammlung „Friedrich, der erwählte Kaiser, einmütig zum römischen König gewählt“ worden ist¹; wenige Tage darauf ward er — da Aachen noch im Bereich der Gegner war — zu Mainz gekrönt.² Sofort legte er den Titel eines „erwählten Kaisers“ völlig ab, um ihn nie wieder zu führen, und nahm den des ‚rex Romanorum et semper augustus‘ auf, dem der sizilische Königstitel folgte³: es wird offenbar, daß die Frankfurter Königswahl die Rechtswirkungen der Nürnberger Kaiserwahl zu beseitigen und sie völlig zu ersetzen bestimmt war. Der Titel, den Otto IV. nur vom Papst erhalten hatte, den Friedrich II. als

¹ Schreiben Bischof Konrads an Philipp August von 1212 Dez. (Const. II, 621 nr. 451; Böhmer-Ficker Reg. nr. 682): ‚F. Romanorum imperatorem electum . . . in dominum et regem Romanorum uniformiter elegimus‘. Konrad von Speier hat sogleich dem Verbündeten den Dank für die Unterstützung gesagt und freudig über den Erfolg berichtet.

² Im J. 1215 ward zu Aachen durch denselben Erzbischof Siegfried von Mainz als päpstlichen Legaten, der 1212 im Auftrage des Kölners die Krönung vollzogen hatte, Friedrich am rechten Orte geweiht und auf den Stuhl Karls d. Gr. gesetzt. Wir sehen, wie die Bedeutung Aachens, die auch 1205 Philipp anerkannt hatte, jetzt feststeht; vgl. auch oben S. 96 N. 2. — Was die Form der Wahl von 1212 angeht, so sei hier mit aller Vorsicht bemerkt, daß, wenn überhaupt jemals der Erzbischof von Trier die erste Kurstimme gehabt hat, die ihm der Sachsenspiegel zuspricht (vgl. Zeumer, Goldene Bulle I, 209 ff.), dies in jener Zeit am ehesten zu Frankfurt 1212 der Fall gewesen sein kann. Denn daß Siegfried von Mainz, der auch weiterhin die päpstliche Auffassung vertrat (vgl. unten S. 106 N. 4), die Königswahl eingeleitet habe, ist sehr unwahrscheinlich; Adolf von Köln aber, der seiner unsicheren Würde wegen auf die Krönung verzichtete, könnte deshalb auch die erste Stimme an Dietrich von Trier überlassen haben. Auch sei hierbei die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die „Kaiserwahlen“ von 1198 zu Ichttershausen und von 1211 zu Nürnberg in einem engeren Kreise stattfanden, die „Königswahlen“ von Mühlhausen und Frankfurt, die ihnen folgten, auf großer Reichsversammlung.

³ Friedrich II. tat also genau das, was Innocenz III. hatte vermeiden wollen (vgl. Rodenberg S. 35). Der Titel: „König von Sizilien und erwählter römischer Kaiser“ gab einwandfrei kund, daß Sizilien und das imperium getrennt seien; darauf kam es dem Papst an; die Formel „römischer und sizilischer König“ ließ die Möglichkeit offen, die Heinrich VI., Philipp,

Schützling desselben Papstes hatte annehmen dürfen und müssen, die Bezeichnung, an der die Erinnerung an ein Herrschertum von Papstes Gnaden haftete, ward für immer abgetan, und an ihre Stelle trat die altgewohnte, deutsche Größe kündende des römischen Königs, „in dessen Wahl nach menschlichem Gedenken niemals Päpste sich eingemischt haben“, „über dessen Erhebung — selbst wenn sie zwiespältig ist — kein irdischer Richter urteilt“.¹ Wenn wir es nicht längst erschlossen hätten, schon die Wandlung des Titels würde es uns sagen: mit der Frankfurter Königswahl löste sich Deutschland wiederum von der päpstlichen Führung.²

Von neuem sah sich Innocenz die Früchte seiner Politik entgehen, war er an dem Versuche, Deutschland seiner Herrschaft einzuordnen, gescheitert. Zum dritten Male seit dem Tode Heinrichs VI., mit dem Hallischen Protest und dem Siege Philipps, mit der Neuwahl Ottos IV. und jetzt mit der Königswahl Friedrichs hatten die Deutschen unter glücklicher Führung das regnum erfolgreich gegen das sacerdotium verteidigt. In dem säkularen Kampfe um die Übertragung der höchsten weltlichen Gewalt bedeutet die Frankfurter Wahl von 1212 eine Niederlage Innocenz' III. und des Papsttums, die erst nach einem Menschenalter wett gemacht worden ist.³

Otto erstrebt hatten, daß ‚regnum Romanum‘ und ‚regnum Siciliae‘ in der höheren Einheit des ‚imperium Romanum‘ sich vereinten. Krammer (Reichsgedanke S. 53 ff. 79 f.) irrt daher, wenn er meint, daß der Papst einzig und allein um Italiens willen Friedrich die Herrschaft als ‚electus in imperatorem‘ habe führen lassen: das Entscheidende für diesen Titel war einmal das auf ihn begründete Recht der Approbation, und dann jene Rücksicht auf Sizilien. Krammer betont einseitig einen Gesichtspunkt, dem damals nur eine gewisse (hinsichtlich der „Kaiserwahl“ sekundäre) Bedeutung innewohnt; erst im Laufe des 13. Jahrh. ist die Frage, welche Stellung Italien innerhalb des Gesamtreichs einnehme, wichtig geworden; vgl. unten in Abschnitt XIV. Daß nun gar für die Frankfurter Königswahl die Anschauung, daß „Italien dem regnum Teutonicum untertan sei“, mitgewirkt habe, ist nicht zu belegen.

¹ Hallischer Protest von 1202 vgl. oben S. 41 N. 1.

² Krammer S. 55 hat eine gewisse Ahnung von dem Zusammenhang, wenn er meint, man „scheine denn auch, wie um gegen die kuriale Ansicht zu protestieren, mit einem gewissen Nachdruck betont zu haben, daß es sich um eine Königswahl handle“; die fränkisch-deutsche Rechtsauffassung (die er fälschlich der imperial-universalen entgegensetzt) sei „trotz aller Angriffe im Kern nicht erschüttert“ worden.

³ Hauck, Kirchengeschichte IV, 743 sagt mit Verständnis, doch noch

Innocenz mußte die Deutschen gewähren lassen: wegen des Kampfes gegen Otto IV. und Johann von England, doch besonders um seiner italienischen Politik willen. Otto IV. hatte seine Versprechungen gebrochen; der Papst forderte deshalb nicht nur von Friedrich II. die Anerkennung aller Rekuperationen, sondern er verlangte auch, daß Willebriefe der Reichsfürsten, insgesamt und einzeln, beigebracht würden, damit er gegen jeden Anspruch des Reichs gesichert werde. Die Verhandlungen hierüber — mit Friedrich jedenfalls schon im Frühjahr 1212 begonnen — mochte der Papst gewiß nicht durch ein Vorgehen gegen die Fürsten gefährden, an deren Zustimmung ihm nach den bitteren Erfahrungen soviel lag! Als sie endlich im Juli 1213 zu Eger befriedigend abgeschlossen waren, da erst ließ Innocenz III. — nicht in besonderen Schreiben, sondern mehr gelegentlich¹ — seine Zustimmung zu Friedrichs Übergang ins Reich öffentlich kund werden: im September gingen Briefe nach Deutschland und Sizilien², in denen er von „Friedrich, dem erlauchten König Siziliens, dem zum Kaiser der Römer Erwählten“ sprach.

Niemals bis zu Friedrichs Kaiserkrönung hat ein Papst ihn mit einem andern Titel genannt als mit dem, den er infolge der Nürnberger Kaiserwahl und ihrer Bestätigung durch Innocenz mit dessen Zustimmung, wenn nicht auf dessen Veranlassung angenommen, aber auf dem Frankfurter Reichstage niedergelegt hatte. Die Päpste gingen über seine Königswahl hinweg, als sei sie nicht geschehen; sie nahmen keine Kenntnis davon und erblickten in ihm nur den zum Kaiser designierten König von Sizilien.

Ereignisse der folgenden Jahre bezeugen, daß wir den Sinn jener Vorgänge zutreffend gedeutet haben: die „Kaiserwahl“ von 1211 war wirklich das Werk des Papstes; die „Königswahl“ von 1212 eine deutsche Befreiung.

zu eng gefaßt: „formell hatten die Fürsten die Unabhängigkeit des Reichs gewahrt.“ Sie sicherten sie vielmehr durch die Neuwahl tatsächlich; und Innocenz selbst hat den Mißerfolg eingesehen. — Man wird daher auch nicht (wie Hauck S. 741) die Beurkundungen von Eger im Juli 1213 geradezu als den Höhepunkt der Erfolge Innocenz' III. bezeichnen. Der war überschritten, als Friedrich II. im April 1212 Rom verlassen hatte. Sein höchstes Spiel um Deutschland und das Kaisertum hatte Innocenz III. nach kurzem Sieg endgültig verloren.

¹ Vgl. Rodenberg S. 33 f. Darin tritt meiner Meinung nach seine Zustimmung über den Lauf der Dinge deutlich genug hervor.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 6154. 6155.

Auf dem vierten Laterankonzil von 1215 ist über die Rechtmäßigkeit der Herrschaft Friedrichs oder Ottos leidenschaftlich verhandelt worden.¹ Erzbischof Berard von Palermo erhielt zuerst das Wort über die Angelegenheit König Friedrichs ‚in Romanum imperatorem electi‘; gegen ihn traten die Mailänder auf, die in Ottos Auftrag dem Konzil goldbullierte Schreiben vorlegten. Der Markgraf von Montferrat erwiderte in ausführlicher Rede², die in ungeheurem Tumult endete. In der dritten und letzten Sitzung verkündigte Innocenz aufs neue die Approbation der von den deutschen Fürsten ordnungsmäßig vollzogenen Kaiserwahl.³ Neben der an sich bezeichnenden Tatsache verdient auch wohl der Umstand hervorgehoben zu werden, daß neben Erzbischof Berardus nur noch der Markgraf von Montferat als Vertreter Friedrichs das Wort ergriffen hat; keiner der zahlreich anwesenden geistlichen Fürsten Deutschlands suchte zu sprechen, — gleich als ob die Kaiserwahl Friedrichs und ihre Bestätigung sie nicht berühre.⁴

Das Gegenstück hierzu liefert ein Wort Papst Honorius' III., das einige Zeit vor der Wahl des jungen Heinrich (VII.) im Kreise der Kardinäle gefallen ist: den Papst gehe die Wahl eines

¹ Die erste Fassung der Chronik des Richard von S. Germano berichtet darüber ausführlichst (Monumenti storici della Società Napoletana di storia patria. Cronache I. Edit. Gaudenzi p. 93). Richard sagt hierbei (p. 90): ‚ego qui interfui et vidi‘. Durch diesen Bericht, der weit reichhaltiger ist als die zweite Fassung (SS. rer. Germ. p. 39), wird zum Überfluß jene weltsche Flugschrift über die Appellation an das Konzil bestätigt; vgl. Winkelmann, Otto S. 422 N. 1.

² Unter den Anklagepunkten, die beide Fassungen bieten, enthält der fünfte in dem älteren Text eine bemerkenswerte Lesart dadurch, daß es heißt: ‚Otto . . . in contemptum Romane ecclesie regem vel imperatorem Fredericum appellavit regem presbiterorum‘. Auf dem Konzil durfte jedenfalls nur von dem ‚rex Sicilie in Romanorum imperatorem electus‘ gesprochen werden.

³ Vgl. oben S. 91 N. 5. Der Vorgang ist ein Beweis für Friedrichs freundliche Haltung gegenüber der Kurie.

⁴ Erzbischof Siegfried von Mainz war als das Haupt der Kaiserwähler von 1211 in eigentümlicher Lage, zumal er auch innerlich den Standpunkt Innocenz' III. teilte, dessen Legat er in Deutschland war. Doch mußte er (vgl. oben S. 103) sich dem nationalen Willen, der die Neuwahl forderte, beugen. In einem Schreiben, sicher nach der Frankfurter Wahl, wahrscheinlich sogar erst um 1214 (vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 726; Rodenberg S. 32 N. 6; Krammer, Reichsgedanke S. 53), bemerkt er: ‚cum principes universi serenissimum dominum nostrum F. illustrem regem Sicilie commu-

römischen Königs nichts an.¹ Aus päpstlichem Munde die Worte, die einst im J. 1202 staufische Fürsten einem Innocenz III. entgegengehalten hatten! und doch, trotz dieser Herkunft, entsprechen sie dem Gebaren, das dieser selbe Papst dem Frankfurter Reichstage gegenüber geübt hat, und erhalten nur dadurch ihren Sinn: Innocenz hat sich wirklich um Friedrichs Wahl zum römischen Könige niemals gekümmert; er hat sie als eine innere Angelegenheit Deutschlands betrachtet, die ihn nicht berührte, und er hat sich damit begnügt, daß ihm die Approbation tatsächlich durch die Nürnberger Kaiserwahl ermöglicht worden war, — die ihrerseits aus der deutschen Geschichte getilgt schien.

Der Papst wie die Fürsten hatten wohl eingesehen, daß keine der Parteien der andern ihren Willen aufzuzwingen vermöge. Sie lebten seit dem J. 1212 in zwei verschiedenen Gedankenkreisen, die sich nur eben berührten, und duldeten einander. Es war gleichsam eine Waffenruhe, bei der jeder den eingenommenen Standpunkt bewahrte und den des Gegners achtete.² Innocenz hielt fest daran, daß die Deutschen den Kaiser wählten, den er zu bestätigen habe; Friedrich II., getreu der fürstlichen Auffassung, trat stets als römischer König auf, unabhängig vom Papst und geistlicher Gewalt.

Nur ein einziges Mal hat man in Deutschland der päpstlichen

niter et concorditer in Romanorum imperatorem elegerint, et electio ipsa utpote iustissima sit a summo pontifice approbata'. Die Rechtsfiktion, die der Erzbischof nach dem damaligen Stande der deutschen Verfassung (vgl. oben S. 77 ff.) wohl aufrecht erhalten konnte, besteht darin, daß er die Frankfurter Handlung nur als einen nachträglichen Zutritt der übrigen Fürsten zu der in Nürnberg rechtlich abgeschlossenen und vom Papst bestätigten Wahl ansieht. Was soll man dazu sagen, daß neuerdings Siegfried — immerhin der erste Kirchenfürst Deutschlands — für den Unverstand entschuldigt worden ist, mit dem er jene Worte gebraucht habe: „er wäre gewiß nicht geneigt gewesen, sich derartiger Ausdrücke zu bedienen, wenn er klar erkannt hätte, was für staatsrechtliche Folgerungen aus dem Begriff einer ‚electio in imperatorem‘ gezogen werden konnten“!

¹ MG. Epistolae saec. XIII. I, 93, nr. 127. Kanzler Konrad von Speier und Metz an Honorius III.: einer der Kardinäle habe ihm die Äußerung des Papstes hinterbracht, ‚nichil ad vos de electione Romanorum regis pertinere‘. Über den Zusammenhang siehe unten in Abschnitt X.

² In dem Briefwechsel mit den Päpsten nennt Friedrich sich stets als römischen König, wird er ebenso regelmäßig als „zum Kaiser Erwählter“ angeredet.

Anschauung ein Zugeständnis gemacht; für uns ist's der Beweis, wie klar hüben und drüben die Lage beurteilt wurde. In dem kritischen Augenblick, als über der Wahl Heinrichs (VII.) selbst der friedliebende Honorius III. die Geduld zu verlieren drohte, da hielt es der kluge Kanzler Konrad für angezeigt, in dem Schreiben, das die Kurie besänftigen sollte, seinen Herrn mit dem Titel zu nennen, den allein ihm Papst Innocenz bestätigt hatte¹: *rex Sicilie in Romanorum imperatorem electus*.

Der schneidende Gegensatz zwischen den politischen Ideen, die sich in den beiden Wahlen Friedrichs II. aussprechen, konnte nur deshalb bisher verborgen bleiben, weil er nicht in theoretischen Auseinandersetzungen, sondern nur durch die Taten selbst ausgefochten worden ist. Wohl hat Innocenz III. Sorge dafür getragen, daß in seinen Briefen die geschlossene Wucht des hierokratischen Systems überwältigend und die Nachwelt beherrschend bewahrt bleibe; aber die deutschen Vorkämpfer des weltlichen Staats haben nur in seltenen Weckrufen mit der Feder in der Hand den Reichsgedanken verkündet, in dem sich zugleich die nationale Selbständigkeit darstellte. Erst seitdem wir erkannt haben, daß im 12. Jahrhundert die „Kaiserwahl“ zum Kampfziel der Parteien geworden ist, und nachdem wir begriffen haben, wie Innocenz III. das Symbol staufischer zu einem Mittel päpstlicher Weltherrschaft zu wandeln vermochte, haben wir hinter dem Gewirr der Einzelereignisse die führenden Gedanken sehen gelernt, mit denen, den Zeitverhältnissen angepaßt, aber von Geschlecht zu Geschlecht in dem gleichen Geiste, das Deutsche Reich mit seinen Herrschern und seinen Fürsten die Freiheit, das eigene Schicksal selbst zu bestimmen, gegen römische Allgewalt verteidigt hat. Noch durften sie, in ihrer laikalen Weltanschauung ungebrochen, des Sieges sich freuen.

¹ MG. Epistolae saec. XIII. I, 93. Allerdings erinnerte er hiermit zugleich den Papst daran, daß zwar der „gewählte Kaiser“ approbiert worden sei, der zum König gewählte Heinrich jedoch dessen nicht bedürfe; vgl. S. 107 N. 1. — Wenn kurz vor der Kaiserkrönung Friedrich II. (Böhmer-Ficker Reg. nr. 1171; Const. II, 100) gesagt hat: *nos disponente Deo, a quo est omnis potestas, ad fastigium culminis imperialis electi*, so wird man auch diese Worte aus dem damals sehr begreiflichen Wunsch deuten können, sich der Auffassung der Päpste möglichst anzunähern, doch dabei den deutschen Standpunkt zu wahren.

Dritter Teil.

X.

Die Königswahl Heinrichs (VII.) von 1220.

Wer sich der Gedanken bewußt ist, die seit den Tagen Heinrichs VI. bei jeder Erhebung eines deutschen Herrschers ans Licht traten, wird von vornherein ihre Spuren auch bei den Parteien vermuten, die im April 1220 auf dem Reichstage zu Frankfurt am Main nach scharfem Gegensatze sich doch zu der Wahl Heinrichs, des etwa zehnjährigen Sohnes König Friedrichs II., zusammenfanden. Allein schwieriger als je scheint es hier, zu den Beweggründen der handelnden Persönlichkeiten und zu einer inneren Verbindung der Tatsachen vorzudringen; bei dem nahezu vollständigen Versagen der darstellenden Quellen¹ sind wir allein auf die beiden Briefe angewiesen, die Friedrich II. und sein Kanzler Konrad drei Monate nach den Ereignissen an Honorius III. gesandt haben, um den Unwillen und das Mißtrauen des Papstes zu heben. Es sind offizielle Aktenstücke, die zwar die Wahrheit berichten, aber nicht alles sagen, was geschehen ist, und die, was sie erzählen, in ein bestimmtes Licht rücken; war doch die Wahl Heinrichs ein Hauptzug in dem politischen Spiele, in dem Friedrich II. einen seiner glänzendsten diplomatischen Erfolge der Kurie abgewann!

Obwohl nämlich Friedrich den Päpsten versprochen hatte, nach seiner Kaiserkrönung auf Sizilien, das päpstliche Lehen, zu verzichten und es seinem bereits zum sizilischen Könige gekrönten Sohne Heinrich ganz zu überlassen², ging er darauf aus,

¹ Vgl. über sie Winkelmann, Jahrbücher Friedrichs II. I, 523. — So konnte Krammer, Reichsgedanke S. 56, nach dem heutigen Stande der Forschung mit einigem Rechte sagen, daß Heinrich, von dessen Erhebung „wenig zu berichten“ sei, „nach alter Weise zum König erwählt wurde“.

² Vgl. oben S. 95.

es lieber für sich selbst zu bewahren und damit in seiner Person, wie einst Heinrich VI., *regnum* und *imperium* zu vereinen. Er hat, zumal seit dem Tode Innocenz' III., seinen Plan mit überlegenem Geschick verfolgt, dem nach Deutschland berufenen Sohn den sizilischen Königstitel entzogen, ihn zum Herzog von Schwaben und Rektor von Burgund gemacht¹, schließlich ihn zum römischen König erheben und als seinen Stellvertreter in Deutschland zurücklassen wollen.

Um die Erlaubnis Honorius' III. für diese Verschiebung der Rechtsgrundlagen zu gewinnen, auf denen seit dem Zuge nach Deutschland Friedrichs Verhältnis zu den Päpsten beruhte, stellte er mit derselben Gewandtheit wie einst sein Vater das Kreuzzugsgelübde in den Dienst seiner Politik; in seinem Kanzler, Bischof Konrad von Speier und Metz, fand er einen jeder Lage gewachsenen Berater.

Die politischen Hoffnungen und die persönlichen Neigungen Friedrichs ließen ihn wünschen, die sizilische Heimat zum Mittelpunkt seiner Herrschaft zu machen; Deutschland, wie unentbehrlich immer sein Besitz blieb, war ihm das fremde Nebenreich, dessen schwierige, privilegierten Ständen weiten Einfluß öffnende Verwaltung er gern einem Stellvertreter insoweit überlassen mochte, als dadurch die Einheit und Kraft des Gesamtstaates in seiner Hand nicht geschmälert würde. Die Zukunft des Herrscherhauses und die ruhige Entwicklung des Reichs, zumal Deutschlands, das noch kaum von den Wirren des Thronstreits zur Ruhe gekommen war, forderten gleichmäßig, daß vor einer, vielleicht langjährigen, Abwesenheit Friedrichs die Nachfolge sicher geregelt würde. Wirkten daher das staufische und das allgemeine Interesse dahin zusammen, daß die Wahl des jungen Heinrich ins Auge gefaßt wurde, so schien sie doch ohne Einwilligung des Papstes nicht durchzuführen. Einmal war es überhaupt üblich geworden, daß der deutsche Herrscher erst nach seiner Kaiserkrönung den Sohn zum *rex Romanorum* wählen ließ²; Friedrich II. bedurfte also der päpstlichen Weihe, wenn sein Wunsch in Erfüllung gehen sollte.

¹ Vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 3846^e ff.; Winkelmann, Otto S. 440.

² Zum letzten Male waren unter Konrad III., der niemals Kaiser wurde, seine Söhne trotzdem gewählt worden. Wenn schließlich auch Heinrichs Wahl vor dem Romzug Friedrichs II. erfolgt ist, so stand seine Kaiserkrönung doch unmittelbar bevor.

Vor allem aber setzte Friedrichs Rückkehr nach Sizilien und die geplante Neuordnung die Zustimmung der Kurie notwendig voraus; ein Bruch mit ihr lag so weit außerhalb der Berechnungen Friedrichs, entsprach so wenig den Forderungen seiner Gesamtlage, daß er vielmehr offen auf sein Ziel losging und sich der schließlichen Nachgiebigkeit Honorius' III. für versichert hielt.¹

Im Anfang des Jahres 1219 scheint der Papst zum ersten Male Friedrich zur Rede darüber gestellt zu haben, daß er seinen Sohn zum „deutschen König“ wählen lassen wolle.² Die Antwort lautete ausweichend, daß der Gedanke auf Rat der Fürsten erwogen worden sei, um dem Reiche während des Kreuzzugs eine geordnete Verwaltung zu schaffen; Friedrich hoffe auf die Genehmigung der römischen Kirche. Wie er damals beteuerte, daß es ihm fernliege, *regnum* und *imperium* zu verbinden, so mußte er im Februar 1220 zu Hagenau die früheren Versprechungen erneuern, nach denen beider Gebiete für immer getrennt bleiben sollten.³ Aber in dem Begleitschreiben, das in den ehrerbietigsten Formen abgefaßt war⁴, sprach er wieder die Hoffnung aus, daß er durch persönliche Verhandlungen mit dem Papste die Erlaubnis erhalten werde, Sizilien auf Lebenszeit für sich zu be-

¹ Die Ergebnisse der Forschungen Winkelmanns in den Jahrbüchern Friedrichs II. dürfen als sicherer Ertrag hier zugrunde gelegt werden, wie es auch in Hampes vortrefflicher Zusammenfassung (*Kaisergeschichte im Zeitalter der Salier und Staufer*, S. 204 ff.) geschehen ist.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 1014. Theiner, *Codex diplomaticus domini temporalis sanctae sedis* I, 51 nr. 74. — Die Wendung ‚in regem Teutonicorum‘ verdient Beachtung, vgl. unten S. 118 f.; doch hatte Friedrich unterschiedenes Interesse, wegen des Vorwurfs der ‚*unio regni et imperii*‘ sichtbar zu machen, daß der Sohn nur in Deutschland, nicht im *imperium* herrschen sollte.

³ MG. Const. II., 82 nr. 70. Friedrich behielt sich nur die Nachfolge des Sohnes vor, falls dieser vor ihm sterbe; aber er verspricht, dann das *regnum* nicht ‚*ratione imperii*‘ zu fordern, sondern dem Papste den Lehnseid zu leisten. Vgl. Winkelmann, *Jahrbücher Friedrichs II.* I, 35 ff. und v. Kappeler in der *Deutschen Zeitschrift für Geschichtsw.* I, 98 ff.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 1092; Winkelmann, *Acta* I, 150 nr. 173: ‚*Permaximo benefactori . . . Honorio . . . Fridericus eadem et sui gratia Romanorum rex semper augustus et rex Sicilie*‘. Vgl. das einzige Seitenstück ‚*dei et sua gratia*‘ aus dem J. 1212 oben S. 95. Doch schrieb Friedrich auch im Jan. 1219 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 972) an Honorius: ‚*qui per Dei gratiam et Romane ecclesie imperium et iura imperii . . . possidemus*‘.

wahren. Der König wußte, daß er schließlich für seine Pläne von dem guten Willen des Papstes abhängt; von seinem Standpunkt aus — das führt uns endlich wieder unmittelbar zu unserer Aufgabe zurück — mochte deshalb kein Augenblick ungeeigneter erscheinen, die alten Gegensätze über die deutsche Erhebung zwischen dem Papste und den Fürsten neu anzufachen. Die Vermutung spricht vielmehr von vornherein dafür, daß Friedrich um den Preis der päpstlichen Zustimmung zur Wahl des Sohnes den Anschauungen und Wünschen der Kurie, soviel an ihm lag, in der Form entgegenzukommen bereit sein würde.

Es kam darauf an, wie sich die deutschen Fürsten zu dem Begehren des Königs stellen würden. Bis zu dem Frankfurter Tag im April 1220, auf dem das Reich für die Dauer seiner Abwesenheit geordnet werden sollte, war es Friedrich nicht gelungen, den Widerstand gegen die Wahl Heinrichs zu überwinden.¹ Die Maßregeln, die noch am 16. und 17. April über die Reichsverweserschaft getroffen wurden, bezeugen, daß man für den Augenblick nicht auf sie rechnete. Dennoch wurde sie, wie die beiden Schreiben Friedrichs und seines Kanzlers erzählen², wenige Tage darauf vollzogen, und zwar „ohne Wissen und in Abwesenheit des Königs“. Die geistlichen Fürsten erhielten sogleich den Lohn, der ihnen für ihre Bereitwilligkeit verheißen war: am 26. April wurde das ‚privilegium in favorem principum ecclesiasticorum‘ ausgestellt.³

Welche Gründe die Fürsten zu ihrer früheren Weigerung getrieben haben, erfahren wir nicht; die dürftigen Meldungen über ihre Umstimmung werden nur noch durch die Nachricht ergänzt, daß schließlich gerade diejenigen Heinrichs Wahl herbeiführten, welche ihr zuerst entgegengetreten waren.⁴ Aber diese Angaben über den äußeren Verlauf genügen, um uns an der

¹ Vgl. Winkelmann, Jahrbücher Friedrichs II. I, 39 ff.

² Der Brief Friedrichs (Böhmer-Ficker Reg. nr. 1143) bei Winkelmann, Acta I, 156 nr. 180; das Schreiben Bischof Konrads in den MG. Epistolae saec. XIII. I, 92 nr. 127. Es ist der Brief, in dem Friedrich ‚rex Sicilie in Romanorum imperatorem electus‘ genannt wird; vgl. oben S. 108.

³ MG. Const. II, 89 nr. 73: ‚principes ecclesiastici . . . ad culmen imperii nos promovendo, promotos in ipso firmando et demum filium nostrum Heinrichum in regem sibi et dominum benivole atque concorditer eligendo‘.

⁴ Im Briefe Friedrichs berichtet. Vgl. unten S. 117 N. 3.

Hand der beiden Briefe davon zu überzeugen, daß bei der Abneigung der Fürsten bis zu einem gewissen Grade die Stellung der Päpste zur deutschen Wahl eine Rolle gespielt hat, daß also wirklich die seit den Tagen Innocenz' III. bestehenden, von uns aufgedeckten Gegensätze auch bei den Vorgängen von 1220 wieder eingewirkt haben.

Die Möglichkeit, den Beweis hierfür anzutreten, wird dadurch geschaffen, daß die beiden Schreiben des Königs und seines Kanzlers, die sonst in den Tatsachen zumeist übereinstimmen, in ihrer Erzählung über das Verhalten dem Papste gegenüber auseinandergehen und sich charakteristisch ergänzen.¹

Friedrich schrieb am 13. Juli 1220 aus Nürnberg, daß er sich geweigert habe, der in seiner Abwesenheit vollzogenen Wahl Heinrichs zuzustimmen, weil sie ohne Wissen und Auftrag des Papstes vollzogen sei²; er werde nur einwilligen, wenn jeder Fürst mit Brief und Siegel³ den Papst ersuche, die Wahl zu „akzeptieren“. Darauf sei ausgemacht worden, daß einer der Fürsten sich mit dem „processus electionis“ zu Honorius III. begeben; allein der hierzu Auserlesene habe sich zuletzt geweigert, so daß der König seinen Kanzler beauftragte, dem Papste den Gang der Ereignisse vorzutragen. Leider habe eine Erkrankung jenen bisher gehindert, die Reise nach Rom anzutreten.⁴

Konrad hingegen berichtete dem Papste am 31. Juli aus Mantua, daß die Fürsten, unter dem Eindrucke der Zwistigkeiten zwischen Mainz und Thüringen, einen Herrn und König aus königlichem Blute postuliert hätten⁵; ihm, dem Kanzler, sei der Auftrag geworden, in Rom vom Papste Rat und Zustimmung einzuholen⁶; da habe ihn ein heftiges Fieber ergriffen und die

¹ Winkelmann, Jahrbücher Friedrichs II. I, 523 hat dies verkannt, indem er in Konrads Brief die beiden Stufen „postularunt“ und „vota conveniunt“ zusammenlegt, während sie im Brief deutlich auseinanderfallen.

² „sicut fuerit celebrata absque vestra notitia seu mandato, sine quo nihil presumimus nec volumus aliquid attentare“.

³ „quilibet scriptum suum proprio sigillo munitum conficeret, ut electionem ipsam vestra sanctitas acceptaret“.

⁴ „quodam sibi superveniente languore hucusque distulit iter suum“.

⁵ „de sanguine regio dominum et regem sibi relinqui instantur et inopinate postularunt“. Die „Postulation“ (bei kirchlichen Wahlen) tritt ein, wo ein Hindernis besteht, die eigentliche Wahl vorzunehmen.

⁶ Nach der „postulatio“ Heinrichs „fuisse deliberatum, per quem con-

Abreise verhindert.¹ Weil jedoch der Termin für den Romzug bevorstand und vorher Ordnung geschaffen werden mußte, sei „plötzlich und unvorhergesehen“ — während der Kanzler schon bereit war, zum Papste aufzubrechen² — Heinrich von den Fürsten zum König ausgerufen worden.³ Die Deutschen hätten gehofft und nicht im geringsten daran gezweifelt, daß ihre Tat dem Papste wohlgefällig sein werde.⁴ Friedrich II. habe den Kanzler vorausgesandt, um die Angelegenheiten des Reiches und der Kirche zu ordnen.

Leicht bemerkt man, daß beide Schreiben keineswegs sich decken, doch aber durchaus nicht widersprechen. Gemeinsam geben sie ein klares Bild über die Vorgänge bei Heinrichs Erhebung, soweit sie die Kurie angehen. Der Kanzler läßt sich eingehend über die Absichten aus, die vor der Wahl bestanden; der Kaiser spricht nur von denen, die nach ihr erwogen wurden. Mit dieser Erkenntnis haben wir das Verständnis gewonnen.

Das Auflodern der alten Feindschaft zwischen dem Erzbischof von Mainz und dem Landgrafen von Thüringen legte auf dem Frankfurter Reichstag den Fürsten die Notwendigkeit dar, daß vor dem Aufbruch Friedrichs nach Italien sein Sohn zum König erhoben werde, um mit seiner Autorität den Frieden für ganz Deutschland zu wahren, den die einzelnen, mit der Vertretung betrauten Fürsten nur in ihrem beschränkten Machtkreis würden schützen können.⁵ Auch darüber kam es zunächst zu einem Einverständnis, daß eine Einigung mit dem Papste erforderlich sei; die Bedenken, die hiergegen, wie die folgenden Ereignisse beweisen, kräftig genug bestanden, werden damit

silium et assensus ... requiri sufficeret‘. Vgl. unten in Abschnitt XIII, S. 173 ff. über *consilium et assensus*‘ des Papstes vor der Vornahme einer kirchlichen Wahl.

¹ *„cum ... ad veniendum me preparavi, acutissime tertiane repentina me invasit et diutius detinuit infirmitas“*.

² *„me quoque expedito ad procedendum“*.

³ *„casualiter et improvise in filium domini mei ... vota tam electorum quam etiam omnium principum et nobilium Teutonie convenerunt“*. Über die Form der Wahl vgl. in Abschnitt V des folgenden Aufsatzes.

⁴ Begründet wird dies damit, daß der Papst *„tam ipsum electum quam patrem ... paterno educavit et sublimavit affectu“*.

⁵ Von Winkelmann, Jahrbücher Friedrichs II. I, 41 vollkommen zutreffend beurteilt: „Wie, wenn diese Hüter des Friedens unter sich selbst uneins wurden?“

niedergeschlagen worden sein, daß der junge Heinrich Lehns-
mann der Kurie, daß eine Vereinigung Siziliens mit dem Reiche
von ihr verboten sei; sie habe ein Recht¹, „eine Erklärung des
Vorgangs und gewisse Bürgschaften zu verlangen“. Kanzler
Konrad, der zwar Vertreter der staufischen Regierung, aber zu-
gleich ein angesehenstes Mitglied des Reichsfürstenstandes war,
wurde dazu bestimmt, die etwas heikle Aufgabe zu übernehmen
und vom Papste „Rat und Zustimmung einzuholen“. Als seine
Erkrankung diesen Plan zunichte machte oder mindestens in die
Ferne hinausschob, da siegte der Wunsch, für den Landfrieden
während der Abwesenheit Friedrichs durchgreifend vorzusorgen,
und die Furcht, daß bei einer Erledigung des Thrones — wenn
dem Könige fern auf der Kreuzfahrt ein Unglück zustoße —
Deutschland wieder schwersten Wirren entgegengehen werde.²
Ohne Rücksicht auf Verhandlungen mit dem Papste wurde jetzt
in schnellem, unerwartetem Entschluß Heinrich zum Könige ge-
wählt.

König Friedrich wurde vor die vollendete Tatsache gestellt
und lehnte, seinem Berichte zufolge, ab, sie anzuerkennen, weil
sie „ohne Kenntnis und ohne Auftrag des Papstes“ vollzogen
sei. Er forderte, daß die deutschen Fürsten ein Wahldekret und
Willebriefe nach Rom sandten³, und machte die Gültigkeit ihrer
Wahlhandlung von der ‚acceptatio‘ durch den Papst abhängig.
Friedrichs Versuch, sein Verlangen bei den Fürsten durchzusetzen,
mißlang indessen so ganz⁴, daß er darauf verzichten und sich

¹ Winkelmann a. a. O. I, 43. Das hat Konrad selbst nicht bezweifelt:
„diu ante electionem illam ... consului circumspectionem apostolicam super
huius electionis celebratione“.

² Im Briefe Konrads: „principes Theotonie animadvertentes mala pre-
terita, timentes quoque ne, sicut prius accidit, ex mutatione regum et im-
peratorum, si quid forte ... de isto rege suo sinistri proveniret, ecclesiam
et imperium contingeret perturbari“.

³ Ich stimme hier mit Winkelmann I, 42 N. 3 überein. Auch bin
ich wie er und Nitzsch davon überzeugt, daß die Briefe Friedrichs und
Konrads keine tatsächliche Unwahrheit enthalten; beruft sich doch Friedrich
selbst einmal auf mündliche Ergänzungen seines Schreibens, die der päpst-
liche Kaplan Alatrin an Innocenz über die deutschen Vorgänge geben werde.

⁴ Der Fürst, der den ‚processus electionis‘ überbringen sollte, weigerte
sich; „quomodo restiterit, ab ore nostro ... vel per A. capellanum vestrum ...
clarius audietis“. Diese offenbar für Friedrich und den Papst besonders er-
hebliche Weigerung dürfte — wie wir vermuten — eben damit begründet

damit begnügen mußte, dem Kanzler die Verständigung mit Honorius III. anzuvertrauen.

Für den, der die Geschichte der vorangehenden deutschen Wahlen kennt, bietet die Haltung Friedrichs II. kein Geheimnis mehr; er sieht aufs klarste, daß der staufische König das Vorgehen der kölnischen Partei vom J. 1198 erneuert, die einen Wahlbericht und fürstliche Einzelschreiben mit der Bitte um Bestätigung Ottos an Innocenz III. sandte, und daß er den Standpunkt der Kaiserwähler von 1211 einnimmt, die sich über Friedrichs Erhebung vorher mit dem Papste verständigt und nachher deren Approbation von ihm erbeten hatten!

Es ist nicht anders, als daß Friedrich II. damals die deutsche Wahl der päpstlichen Anerkennung unterwerfen wollte, um für dieses Zugeständnis den Verzicht der Kurie auf die älteren Abmachungen über Sizilien zu erlangen und in sein Erbreich zurückkehren zu können. So suchte er mit deutscher Münze die Erfüllung seiner eigensten Wünsche zu erkaufen!¹

Vielleicht hat Friedrich daran gedacht, nach dem Programm, das einst Innocenz entworfen hatte und dem man 1211 gefolgt war, den Sohn zum künftigen Kaiser wählen und als solchen von Honorius konfirmieren zu lassen: dann würde es keineswegs zufällig sein, daß gerade zur Zeit des königlichen Schreibens Heinrich am 27. Juli in einem Diplom für Nordhausen höchst ungewöhnlich vor die Geistlichen an die Spitze der Zeugen gestellt wird² als ‚in Romanorum imperatorem electus dux

sein, daß die Fürsten ihre Wahl nicht approbieren lassen wollten. — Man erinnere sich, daß im J. 1208 nach Ottos Neuwahl gleichfalls die übliche Anzeige in Rom unterblieb; vgl. oben S. 80. Auch dies zeigt die prinzipielle Bedeutung der Sendung. Daß sie 1220 nicht aus zufälligen persönlichen Gründen gescheitert ist, beweisen die obigen Worte Friedrichs ausreichend.

¹ Wer die Geschichte Friedrichs II. kennt, wird an diesem Verhalten keinen Anstoß nehmen. Das höchste politische Ziel war ohne Opfer nicht zu erreichen. Daher darf es uns auch nicht überraschen, daß Friedrich II. bereit ist, für den Sohn eine Verpflichtung einzugehen, deren Folgen er selbst durch die Königswahl von 1212 ledig geworden war.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 1144. 3849^f. Sonst heißt Heinrich am 2. Juni und vom September bis Dezember (Böhmer-Ficker Reg. nr. 3849^o. 3850 ff.) dux Suevie et in regem Romanorum electus. Es ist vielleicht nicht ohne

Suevie'. Es ist der Titel, durch den Innocenz III. bei Otto IV. und Friedrich II. die Bestätigung aussprach, den Friedrich selbst nach seiner Kaiserwahl kurze Zeit geführt hat. Mag dieser Zusammenhang der königlichen Absichten mit dem vereinzelt erscheinenden Titel ungewiß bleiben, sicher ist, daß der Staufer damals daran dachte, dem Anspruch der Päpste auf Approbation der deutschen Wahl zu willfahren, um die Zustimmung der Kurie für seine Pläne zu gewinnen.

Ihm gegenüber waren die Reichsfürsten, und Kanzler Konrad mit ihnen, wohl geneigt, der besonderen Lage des sizilischen Königs Heinrich wegen mit dem Papste zu verhandeln, aber nicht gewillt, an der Freiheit ihrer Wahl rühren zu lassen. Der größere Teil unter ihnen — wohl unter der Einwirkung Bischof Konrads — war bereit, zunächst eine Verständigung mit der Kurie zu suchen¹; irgend weiter zu gehen lehnten sie ab. Von hier aus gewinnt ihr Widerstand gegen Heinrichs Wahl allgemeine Bedeutung und sein besonderes Recht. Schon wurde er als unüberwindlich angesehen, und schon hatte Friedrich sich darein gefunden, nach Rom zu ziehen, ohne seinen Wunsch erfüllt zu sehen², als während der Erkrankung Konrads die Reichsversammlung wider alles Erwarten Heinrich zum König ausrief³: „gerade diejenigen — so erzählt Friedrich — welche vorher am heftigsten der Beförderung widerstrebt hatten, haben ihn ohne unser Wissen und in unserer Abwesenheit gewählt.“

Wir sind jetzt imstande, diesen Bericht des Königs bis ins ein-

Belang, daß Kanzler Konrad im Juli nicht mehr in Deutschland war, als der kaiserliche Titel gebraucht wurde (vgl. sein Itinerar bei Winkelmann a. a. O., S. 46).

¹ Vgl. oben S. 113 N. 6: „consilium et assensus“.

² Hängen hiermit die Bestimmungen über die Verwaltung Deutschlands zusammen, die am 16. und 17. April getroffen wurden?

³ Im Briefe Friedrichs: „presentes principes et maxime illi qui prius promotioni ... obviarent, nobis insciis et absentibus, elegerunt eundem.“ Aus dem Privileg „in favorem principum ecclesiasticorum“ braucht keineswegs, wie bisher allgemein geschehen, gefolgert zu werden, daß die geistlichen Fürsten gerade diese heftigsten Gegner gewesen wären; es ist vielmehr möglich, sogar wahrscheinlich, daß unter ihnen — man denke z. B. an Erzbischof Siegfried von Mainz — angesehene Bischöfe von Anfang an mit Friedrich II. einverstanden waren und selbst an der päpstlichen Approbation keinen Anstoß nahmen. Das Privileg wird von vornherein der längst verheißene Lohn gewesen sein.

zelle zu verfolgen, und seine Zuverlässigkeit tritt damit ins hellste Licht. Was die bisherigen Gegner Friedrichs hatten verhindern wollen, war ja keineswegs die Thronfolge im staufischen Hause, sondern die Unterordnung der deutschen Wahl unter römischen Spruch. Wenn die Notwendigkeit, bei Friedrichs Abzug aus Deutschland eine königliche Obergewalt an seine Stelle zu setzen, auf allen Seiten eingesehen wurde, so mochten in der Tat gerade die Fürsten, welche ihre Stimme nicht päpstlichem Gutachten unterwerfen wollten,¹ am leichtesten bereit sein, den Staufer in freier Wahl zum römischen König zu erheben. Und solchem Vorschlage, der sogleich der drohenden Not des Reiches helfen würde, wollten sich, wie man glauben darf, alsdann die Fürsten nicht versagen, die bis dahin nach Friedrichs Absichten bereit gewesen waren, mit dem Papste zu verhandeln oder gar ihm das Recht der Bestätigung zu gewähren. So konnte es dahin kommen, daß ohne Wissen und geradezu gegen den Willen Friedrichs, wie er wahrheitsgetreu erzählt, „gleichsam unerwartet und bei Gelegenheit“ sein Sohn Heinrich in einmütiger Wahl zum römischen König erkoren wurde.

Daß der Gegensatz zwischen König Friedrich und der Mehrheit der Fürsten von uns zu Recht erfaßt ist, dafür fallen die Vorgänge nach der Wahl ins Gewicht. Friedrich mußte von seiner Forderung Abstand nehmen, daß durch einen fürstlichen Gesandten der *processus electionis* dem Papst vorgelegt und seine Bestätigung eingeholt werde; es blieb, da die Reichsfürsten auf der Ablehnung beharrten, der Regierung nichts übrig, als auf eigene Hand die Verständigung mit der Kurie zu suchen²; Friedrich betraute endlich, als sein eigener Aufbruch nach Italien sich verzögerte, den vorausgesandten Bischof Konrad von Speier mit der schwierigen Aufgabe.³

¹ Für sie kann auch noch die Erwägung ins Gewicht gefallen sein, daß die Freiheit der Wahl vor dem Römerzuge Friedrichs viel entschiedener in die Erscheinung trat als nach der voraussichtlichen Übereinkunft mit dem Papste, bei der eine Verständigung über die deutsche Nachfolge bestimmt zu erwarten war.

² Man bemerke, daß beide Briefe darin übereinstimmen, daß Konrad nach der Wahl ohne jeden fürstlichen Auftrag, nur als Vertrauensmann des Königs gesandt wird.

³ Die von uns hervorgehobenen Gegensätze ermöglichen zum erstenmal eine Erklärung dafür, daß die beiden Schreiben erst drei Monate nach der Wahl abgingen.

Der Reichskanzler befand sich in einer heiklen Lage. Ihm fiel es zu, die Interessen seines königlichen Herrn zu vertreten und für ihn die Zustimmung Honorius' III. zu dem kühnen Unterfangen zu gewinnen, das über die alten, eben noch erneuerten Verträge keck hinwegschritt. Auf der andern Seite aber war er ein vornehmstes Glied des Fürstenstandes, für dessen Rechte er ebenso wie für die Unabhängigkeit des Reichs seit langem gekämpft hatte.¹ Dieser Doppelstellung wird sein Schreiben in einer Form gerecht, die von seinem diplomatischen Geschick glänzendes Zeugnis ablegt. Nicht ein Wort hören wir weder von einer Meinung, als ob vor der Wahl ein Auftrag des Papstes abzuwarten gewesen wäre, noch von einer Absicht, nach der Erhebung Heinrichs die Bestätigung des Papstes einzuholen: der Kanzler hält — von seinem königlichen Herrn sich trennend — daran fest, daß die Fürsten frei und selbständig über den deutschen Thron verfügen. Wohl erkennt er in dem besonderen Falle an, daß eine vorherige Einigung mit dem Papste erwünscht gewesen wäre, um die Hindernisse, die einer Wahl entgegenstanden, zu beseitigen²; er selbst habe sie anzubahnen gesucht. Aber alle Vorwürfe und Beschwerden, die etwa an der Kurie erhoben werden könnten, schiebt er mit einem kurzen Satze beiseite: „Aus dem Munde eines Deiner vertrauten Kardinäle — so schreibt er an Honorius³ — weiß ich übrigens, daß Du selbst einmal gesagt hast, den päpstlichen Stuhl gehe die Wahl eines römischen Königs nicht an“. Die Fürsten haben — so darf man den Sinn ergänzen — nur der päpstlichen Anschauung gemäß gehandelt, wenn sie, durch die Ereignisse gedrängt⁴, Heinrich zum rex Romanorum gewählt haben. Für den Papst liege daher kein Grund vor, verletzt zu sein⁵ und sich den Wünschen Friedrichs II. zu versagen.

¹ Vgl. oben S. 98f.

² Die Wendung ‚postulaverunt‘ drückt auch wohl aus, daß es beim Papste gestanden hätte, dies Hindernis zu entfernen. Allerdings geht die Parallele mit dem kirchlichen Recht natürlich nicht so weit, ihm die Besetzung zuzugestehen; er hat nur seine Einwilligung zur Wahl zu erklären.

³ ‚fui instructus, vos dixisse nichil ad vos de electione Romanorum regis pertinere‘. Wie diese Auffassung mit den Ereignissen bei der Wahl Friedrichs zusammenhängt, ist S. 106 dargelegt worden.

⁴ ‚casualiter et improviso‘.

⁵ Denn sein Anspruch, allein die kaiserliche Würde zu verleihen,

Die Haltung Konrads ist grundsätzlich von der des Königs geschieden; neben und gegen Friedrich vertritt er die politischen Gedanken der Mehrheit des Fürstenstandes, zu dem er gehört. So verstehen wir, daß der Gegensatz der Schreiben beider Persönlichkeiten uns den Einblick in die Kämpfe eröffnet, die in Deutschland um die Wahl Heinrichs geführt worden sind. Sie bewegen sich — das ist für uns das Wertvolle — um die entscheidende Frage, um die seit dem Tode Heinrichs VI. gerungen wurde, um den Einfluß des Papstes auf die deutsche Wahl. Dem Könige, der aus Gründen der allgemeinen Politik ihm nachgeben wollte¹, trat das Fürstentum entgegen und wahrte, wie bei den Frankfurter Wahlen Ottos IV. von 1208 und Friedrichs II. von 1212, die deutsche Unabhängigkeit auf dem Wege, den die Hallische Erklärung vom J. 1202 eingeschlagen hatte: es lehnte jeden Anteil des Papstes an der Wahl des römischen Königs ab. Das Verhalten Innocenz' III. gegenüber Friedrichs Königswahl² und das Wort seines Nachfolgers gaben dieser Politik sowohl bei der Kurie wie vor Friedrich II. einen festen Rückhalt. Sie verrät die glückliche Hand eines Mannes³, der, als schon der Ausgang

ist unberührt; vgl. oben S. 41. Konrad hat im Anfang des Briefes von Friedrich, dem erwählten Kaiser, gesprochen (vgl. oben S. 108): als solcher war dieser vom Papste bestätigt worden; wenn er jetzt von Heinrichs Wahl zum römischen König redet, so wird auch dadurch der Kurie der Gegensatz der Handlungen von 1211 und 1220 vor Augen gestellt.

¹ Vielleicht, vgl. oben S. 116 f., durch eine „Kaiserwahl“, wie sie 1211 an ihm vollzogen war.

² Vgl. oben S. 107.

³ Es läge am nächsten, das Verdienst daran Konrad von Speier und Metz zuzuschreiben. Das Fieber, das ihn hinderte, nach Rom zu gehen und den assensus des Papstes zu erwirken, kam ihm — daran läßt seine Erzählung für den, der zu lesen versteht, keinen Zweifel — sehr gelegen. Und vom Krankenlager könnte er etwa einen Wink gegeben haben, wie jetzt durch einen schnellen Streich zu helfen wäre. Wie dem aber sei, bestehen bleibt, daß der politische Gedanke, für den Konrad im J. 1208 und dann wieder 1212 in vorderster Reihe gekämpft hatte, jetzt aufs neue verteidigt wurde. Wer seiner Persönlichkeit nachdenkt, wird immer wieder versucht sein, in ihm, dem Protonotar Philipps, den Verfasser oder den Urheber der Bamberg-Hallischen Erklärung von 1202 zu suchen. Ihr sachlicher Zusammenhang mit den Ereignissen von 1208, 1212, 1220, an dem nach allen Nachweisen niemand mehr wird zweifeln wollen, ruht auf dem persönlichen der zielbewußten Politik eines bedeutenden Staatsmannes der Stauferzeit.

der Frankfurter Reichsversammlung in Frage gestellt war, dennoch über den Widerstreit der Interessen und Parteien hinweg die gemeinsame Lösung zum Wohle des Reiches fand.

Daß Kanzler Konrad mit dem Hinweis auf den päpstlichen Ausspruch über die Königswahl wirklich den schwachen Punkt in der kurialen Haltung traf, beweist am besten der Umstand, daß Honorius sich wirklich mit der Tatsache abgefunden hat. Als er in den letzten Verhandlungen vor Friedrichs Kaiserkrönung darauf zurückkam¹, beklagte er sich nicht etwa über den Wahlvorgang selbst, sondern nur darüber, daß er dem Prinzen gegolten habe, der bereits zum König von Sizilien gekrönt war²; bei dem allgemeinen Ausgleich, der in den schwebenden Fragen im November 1220 gelang, hat der Papst sich mit dem Übergang Heinrichs nach Deutschland einverstanden erklärt. Eine gewisse Genugtuung mag es ihm bereitet haben, daß Friedrich II. in der Tat bis dahin mit seiner Zustimmung zur Frankfurter Königswahl zurückgehalten hatte: erst jetzt ließ er den Sohn den königlichen Titel annehmen.³ Außerdem wird es dazu gedient haben, ihn zu beruhigen, daß Heinrichs Herrschaft vollständig auf Deutschland beschränkt bleiben und daß kaiserliche Rechte irgendwelcher Art ihm nicht zustehen sollten; wahrscheinlich wird gerade hierdurch Honorius III. bewogen worden sein, von einer Bestätigung der Wahl Heinrichs⁴ Abstand zu nehmen. Die fürst-

¹ Winkelmann, Jahrbücher Friedrichs II., I, 46. 106 ff.

² 1220, November 10 (MG. Epist. saec. XIII. I, 103): „cum et filium suum coronatum in regem Sicilie in Romanorum regem eligi procuravit“.

³ Zuerst im Dezember 1220 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 3853): „Romanorum rex et semper augustus“; vorher ließ er ihn nur „in Romanorum regem electus“ nennen, ohne „semper augustus“. Gerade das zeigt wohl die Rücksicht auf den Papst. — Übrigens sei nachgetragen, daß diese „kaiserliche“ Formel (vgl. oben S. 10 und S. 95 N. 6) auf Siegeln zuerst bei Philipp erscheint.

⁴ Es ist ausgeschlossen, daß diese in irgendeiner Weise erfolgt ist. Denn niemals wird Heinrich in den Papstbriefen der Königstitel gegeben; auch solange die Kurie mit Friedrich in guten Beziehungen steht, ist von ihm und später von Konrad IV. nur als „natus imperatoris“ die Rede. Und als einmal im J. 1221 Honorius ein Verdienst für die glückliche Ordnung des Reichs in Anspruch nimmt, behauptet er nicht etwa, daß er den Sohn „akzeptiert“ habe; sondern ihm sei es mit zu verdanken, „quod quiete regnat in Theotonia natus tuus“ (MG. Epist. saec. XIII. I, 125 nr. 178).

liche Politik, durch Kanzler Konrad bei den Unterhandlungen vertreten, trug ihren Erfolg über die Kurie davon.¹

Doch nicht allein dem Papste, auch König Friedrich gegenüber war das Programm der Hallischen Erklärung von 1202 erneuert worden. Wohl hatte Friedrich das Ziel seiner Gesamtpolitik erreicht und auch die Zukunft des staufischen Geschlechts gesichert, aber seine Absicht, die deutsche Wahl für seine Auseinandersetzung mit dem Papste zu nutzen, war vollkommen gescheitert. Friedrich erfuhr, daß Deutschland für ihn nicht ein schlechthin gefügiger Machtfaktor sei, sondern daß hier unter der Führung der Reichsfürsten eine selbständige Entwicklung eingesetzt hatte, die ihr Sonderrecht auch vor dem Herrscher entschlossen zu verfechten, ihm gar ihren Willen aufzuerlegen fähig war. Mochten die Einzelinteressen der Fürsten, die Wünsche von Herren und Städten mannigfach auseinandergehen, in dem Verlangen, die freie Verfügung über die Herrschaft im Reich dauernd zu bewahren, fanden sie sich zu gemeinsamer Abwehr zusammen.

Wenn es uns gelang, durch Interpretation der beiden Schreiben, die allein Aufschluß gewähren, die Parteien nach ihren Beweggründen und Absichten zu verstehen, so wird hierdurch die Königswahl Heinrichs in einen Zusammenhang eingereiht, der ihre prinzipielle Bedeutung neben der Frankfurter Wahl Friedrichs zum erstenmal ins Licht stellt. Daß wir hiermit annähernd das Rechte getroffen haben, dafür läßt sich vielleicht noch ein Spruch Ulrichs von Singenberg² ins Feld führen, der — bisher

Daher ist selbst die Meinung Winkelmanns a. a. O. S. 107 N. 2 wie der übrigen, die irgend an eine Bestätigung dachten, abzuweisen. Der Papst hat nur geschehen lassen, sich mit den Tatsachen einverstanden erklärt. — Der Wechsel im Titel des jungen Königs ist auch ohne dies aufs beste zu erklären, vgl. die vorige Anmerkung.

¹ Es wäre vielleicht zu vermuten, daß Honorius seine Äußerung, daß die Kurie die Erhebung des ‚rex Romanorum‘ nichts angehe, in dem Sinn gemeint habe, daß der ‚rex Romanorum‘ dem Kaiser entgegengesetzt und auf Deutschland beschränkt angesehen würde. Dann wäre Heinrich genauer die Stellung angewiesen worden, die unabhängig von der Approbation des Papsttums sein sollte. Aber dem muß entgegengehalten werden, daß mindestens nach deutscher Ansicht mit dem Titel gerade die „kaiserliche“ Herrschaft verbunden war; vgl. oben S. 52 und unten S. 200f.

² Die Gedichte Walthers von der Vogelweide ed. Lachmann 106, 24. Ulrich wird jetzt allgemein als Verfasser angesehen; vgl. Pinnow, Unter-

nur schwierig zu erklären¹ — einen überraschenden und wichtigen Sinn gewinnt, sobald wir ihn mit den dargelegten Vorgängen in Verbindung setzen dürfen. Hier nämlich spricht Ulrich mit Beziehung auf eine Königswahl von einer Ordnung, die das Reich sich selber gegeben habe:

Ez nam ein witiwe einen man hie vor in alten ziten.
 dô kam vil ritter unde frowen dur ir liebe dar.
 als dô der briutegome kan, des wart ein michel striten,
 wie si der briute bunden: des zerwurfen si sich gar.
 ze jungest bants ir selber, daz ir niht dar an enwar.
 hêr kûnec, nû sit gemant,
 daz ir dekein gebende zam, wan dazs ir selber bant.

Als² das Reich durch Bann und Absetzung Ottos im J. 1210 „verwitwet“ war, da wurde ihm unter päpstlichem Einfluß durch die Nürnberger kaiserliche Kur in dem sicilischen König ein neues Haupt berufen. Doch als Friedrich, „der Bräutigam“, im Sommer 1212 nach Deutschland kam, da begann — wir erinnern uns dessen, was wir früher gefunden haben — der Streit über die Art seiner Erhebung, der mit der neuen Wahl zu Frankfurt endete. Indem Friedrich hier, ohne Rücksicht auf den Papst, zum römischen König erkoren wurde, gab sich Deutschland unabhängig das eigene Gesetz, wie das bräutliche Reich zu seinem Herrscher kommen solle. An diese Vorgänge wird Friedrich II.³ von dem Dichter gemahnt, als er willens war, anfangs 1220 bei der Wahl seines Sohnes sich dem päpstlichen Anspruch zu

suchungen zur Geschichte der polit. Spruchdichtung im 13. Jahrh. S. 41 ff.; Stahl, Ulrich von Singenberg S. 45 ff.

¹ Denn die Deutung auf die fürstliche Reichsregierung und das consilium regium sowie der Zusammenhang mit den Ereignissen von 1228 (so Stahl a. a. O.) wird niemanden befriedigen.

² Für das Folgende vgl. oben Abschnitt IX S. 89 ff.

³ Daß er es ist, der hier angeredet wird, ist vom Standpunkt des Historikers aus die nächstliegende Vermutung; und dann müßte der Spruch kurz vor der Frankfurter Wahl Heinrichs gedichtet sein. Bei der Verbindung des Abtes Ulrich VI. von S. Gallen mit dem Hofe Friedrichs II. konnte der Singenberger, sein Truchseß, unschwer die genaue Kenntnis der Parteien und ihrer Absichten besitzen, von der der Spruch zeugen würde. — Übrigens bleibt seine Bedeutung für die Geschichte der Wahlen von 1212 und 1220 wenigstens an dem für uns wichtigsten Punkte (ze jungest bants ir selber) auch dann bestehen, wenn man die Abfassung des Spruches auf 1228 und als seinen Empfänger Heinrich (VII.) ansetzen müßte.

beugen: „Herr König, gedenke der eigenen Erhebung; Deutschland duldet nur einen Herrscher, der ihm aus der freien Wahl seiner Fürsten dargeboten wird.“

Wie es der Dichter hier fordert, so scheint wirklich Heinrich im April 1220, allerdings gegen die Absicht seines Vaters, zum König ausgerufen worden zu sein. Den Fürsten gelang es, die Gefahr seiner Bestätigung durch den Papst geschickt zu umgehen. Auf's neue war für Deutschland, gegenüber der höchsten geistlichen Gewalt, die Unabhängigkeit gerettet.

XI.

Das Königtum Heinrichs und Konrads Designation zum Kaisertum.

Während Friedrich II. bei der eigenen Erhebung den Forderungen der Parteien, die ihn gegen Otto IV. nach Deutschland führten, sich beugen und für die Wahl Heinrichs sich durch schwierige Verhandlungen zwischen dem Papst und den Fürsten hindurchwinden mußte, stand er auf der Höhe der Macht, als er im Februar 1237 seinen neunjährigen Sohn Konrad zu seinem Nachfolger wählen ließ.

Auf dem Wege, die in seiner Hand vereinigten Länder zu einem kaiserlichen Gesamtstaat umzubilden¹, hat er — unbeirrt durch den Kampf gegen die Lombarden, in dem er sich des Sieges gewiß glaubte, und durch den offenen und geheimen Widerstand des Papstes, der nach ihrer Unterwerfung ohnmächtig bleiben würde — bei der Wahl Konrads seinen Gedanken über die Ordnung und Zukunft des Reichs freien Lauf gegeben.

Nur in dem einen schrieben die Ereignisse selbst dem Kaiser den Willen vor: die Entwicklung Deutschlands seit der Wahl Heinrichs (VII.), das Streben nach einer unabhängigen, mit allen Rechten des Kaisers ausgestatteten deutschen Regierung, das zu der Empörung des ältesten Sohnes und damit zu seiner Entsetzung führte, legten Friedrich die Pflicht auf, die Nachfolge Konrads in einer Form sicherzustellen, die nicht zugleich — wie es bei Heinrich geschehen war — eine Gefahr für die einheitliche Verwaltung des ganzen Reichs bedeutete. Aus dem Gegensatz zu der bedrohlichen Stellung, die Heinrich dem Kaiser gegenüber

¹ Vgl. die vortrefflichen Ausführungen von J. Ficker, *Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens* II, 431. 550.

hatte einnehmen können, ist die besondere Art der Erhebung Konrads zu begreifen. Würden wir schon aus diesem Grunde hier auf das Verhältnis König Heinrichs zu dem kaiserlichen Vater eingehen, so gehört es auch um deswillen in den Kreis unserer Betrachtungen, weil bei ihm die Rechtswirkungen der deutschen Wahl ihre Rolle spielen.

Die Schwierigkeit, Klarheit darüber zu schaffen, auf welcher rechtlichen Grundlage die Regierung Heinrichs in Deutschland beruht, wird dadurch verstärkt, daß wir nicht bestimmt erkennen, inwieweit die Frankfurter Wahl von 1220 der deutschen Anschauung nach bereits völlig abgeschlossen war. Denn sicher fehlte ihr noch die Zustimmung des Vaters, die erst nach der Verständigung mit dem Papst im Herbst 1220 erteilt wurde. Da der bis dahin von Heinrich geführte Elektentitel dafür spricht, daß er einstweilen nur als „designiert“ angesehen wurde¹, verdient die Nachricht der Speierer Annalen, daß der junge Fürst zu Frankfurt „nominiert“ worden sei², ernste Erwägung.³ Ihr kommt zugute, daß im Frühjahr 1220 für Heinrich die dem König schuldigen Eide noch nicht geleistet zu sein scheinen.⁴ Denn man darf es für ausgeschlossen betrachten, daß Erzbischof Albrecht von Magdeburg, der zu Frankfurt anwesend gewesen war und in besten Beziehungen zu den Staufern stand, so achtlos daran vorübergegangen wäre, wie es in seinem Vertrage mit der Markgräfin Mechthild von Brandenburg im J. 1221 geschehen ist; er verspricht nämlich, nach Friedrichs Tode einen einmütig zum imperium erhobenen Fürsten nicht Hulde und Dienste zu leisten, falls dieser nicht den beiden brandenburgischen Erben die Lehen erteile.⁵

¹ Dies trifft genau auf die spätere Lage Konrads IV. zu, vgl. unten S. 138.

² MG. SS. XVII, 84: „A. 1220 ... nominatus fuit in regem. A. 1222. Mense Maio electus est et consecratus“.

³ Winkelmann, Jahrb. Friedrichs II. I, 523 spricht ihr die rechtliche Bedeutung ab.

⁴ Außer dem Folgenden sei noch bemerkt, daß nach Richer, Gesta abb. Senonens. (MG. SS. XXV, 302) erst bei der Aachener Krönung Heinrich Treue geschworen wurde.

⁵ Böhmer-Ficker Reg. nr. 10886: stirbt der Kaiser, „priusquam nobis eadem feoda porrigantur et alius per concordiam principum in imperium sublimetur, ipse nec fidelitatem illi prestabit nec servicia faciet“... Dann folgen bemerkenswerte Bestimmungen über den Fall einer Doppel-

Es wird daher seinen guten Grund haben, wenn der Krönung Heinrichs zu Aachen im Mai 1222 noch eine Wahlhandlung voranging¹: erst jetzt sind alle die Formen erfüllt, die bei der Erhebung eines römischen Königs erforderlich waren, und danach werden Treueid und Huldigung geleistet worden sein.² Allein auch hiermit sollte der zwölfjährige Knabe noch keineswegs Mitregent des Vaters für das imperium Romanum werden. Vielmehr sah Friedrich in der Feier wohl nur die in Deutschland übliche Einweisung in die Herrschaft und eine dem Mündigkeitstermin von 12 Jahren angemessene förmliche Kundmachung, durch die Heinrich als Deutscher König investiert wurde. Nach seiner Kaiserkrönung und vor dem Aufbruch nach Sizilien hatte er bereits im Ausgange des Jahres 1220 für Deutschland und Hochburgund eine Regierung eingesetzt³, die im Namen des jungen Königs und kraft des ihm erteilten kaiserlichen Auftrags die Verwaltung dieser Länder, des Königreichs Deutschland, zu führen hatte. Aus Heinrichs eigenen Worten wissen wir, daß Friedrich ihn durch die Krönung zwar an die Spitze dieses deutschen Königreichs befördern, im übrigen aber dem „römischen König und allzeit Mehrer“ nur die Gewähr der Nachfolge im Reiche

wahl. Die sehr auffallenden Worte haben im Jahre 1221 nur dann einen Sinn, wenn die Brandenburgische Stimme im J. 1220 noch nicht auf Heinrich gefallen war; Erzbischof Albrecht kann keinesfalls sie für die beiden minderjährigen Söhne abgegeben haben, wie Winkelmann a. a. O. mit anderen annahm. Und weiter, der Vertrag setzt voraus, daß der Magdeburger dem jungen Heinrich noch nicht ‚fidelitas‘ geleistet hatte.

¹ Vgl. oben S. 125 N. 2. — Es ist nicht unmöglich, daß der Neuburger Bericht über die Wahl Heinrichs (Ann. Marbac. q. d. p. 89) ‚per Ottonem Wirzburgensem episcopum, cuius tutele deputatus fuerat a patre, de consensu principum in regem electus‘ (es folgt die Vermählung mit Margarete und die Aachener Inthronisation von 1227) sich auf die Aachener Wahl von 1222 bezieht. — Übrigens gestehe ich reumütig, bei diesem Jahresbericht der Quelle in meiner Ausgabe von allen guten Geistern verlassen gewesen zu sein. Vgl. schon Elsässische Annalen der Stauferzeit S. 103 (über 1220 α). 119 N. 7; Hampe in der Zeitschrift für die Gesch. des Oberrheins N. F. XXIV, 355 N. 1. Ich möchte jetzt bemerken, daß der ganze unter dem Jahre 1220 zusammengefaßte Sammelbericht (1221—1237) als Nachtrag der Neuburger Bearbeitung von 1244/45 zu betrachten sein wird, also ganz in die eckige Klammer einzuschließen gewesen wäre.

² Anders Winkelmann a. a. O. S. 351 N. 3.

³ Vgl. Winkelmann S. 345 f.

schaffen wollte.¹ Wiederum ist deshalb die Meldung einer Quelle nicht von der Hand zu weisen, daß der Eid der Fürsten für Heinrich nur darauf ging, ihn nach des Vaters Tode als (römischen) König anzunehmen.²

So vorsichtig bei den wenigen verfügbaren Nachrichten über die Entwicklung in Heinrichs Rechtslage von der Frankfurter Wahl im J. 1220 bis zu der Aachener Feier im Mai 1222 im einzelnen geurteilt werden muß³, eins steht fest, daß durch die Gesamtheit der Vorgänge der junge König durchaus in der Weise gewählt und gekrönt worden ist, die für den rex Romanorum rechtens geworden war. Trotzdem überließ ihm, der diesen Titel führte, der Kaiser keineswegs die Gewalt im imperium, sondern nur eine Herrschaft, die räumlich und rechtlich eine beschränkte war. Hierin lag der Keim zu den schwersten Reibungen verborgen.

Die deutsche Verfassung kannte keine festen Regeln darüber, welche Stellung der Sohn, der zur königlichen Würde emporgestiegen war, bei Lebzeiten des Vaters inne haben sollte. Im allgemeinen galt wohl⁴ „die Vorstellung, daß der Sohn einen wirklichen Anteil an der Regierung“ erhalten habe, und nicht selten ist ihm die Verwaltung eines einzelnen Reichsteiles ausdrücklich übertragen worden⁵, während etwa Otto II. und schließlich auch Heinrich VI.⁶ geradezu für das Reich als „Mitregenten“ des Vaters gelten dürften. Erst Friedrich I. scheint auf das Alter Gewicht gelegt zu haben, da er die Schwertleite Hein-

¹ In dem Rundschreiben von 1234 Sept. 2 (MG. Const. II, 431 nr. 322): „ad apicem regni Alamannie in imperio ei feliciter successuros . . . nos promovit.“

² Sächs. Weltchronik c. 359 (MG. Deutsche Chroniken II, 242): „dar bat he de vorsten alle, dat se Heinrike . . . to koninge loveden. Des volgeden de vorsten unde sworen ene to koninge na des vader dode“. Vgl. hierzu im Wahldekret von 1237 (unten S. 136 N. 2) besonders die Worte: „simili provisione eligendum.“

³ Ann. Reineri, MG. SS. XVI, 677 berichten z. B. schon zu 1220, daß die Fürsten „fidelitatem fecerunt“; doch könnte auch diese Meldung mit der Sächs. Weltchronik (vgl. N. 2) in Einklang gebracht werden.

⁴ Waitz, Verfassungsgeschichte VI², 271 ff.

⁵ So hatte Heinrich IV. an Konrad, Friedrich I. an Heinrich VI. 1186 Italien gegeben, Konrad II. an Heinrich III. Burgund. Vgl. auch Kupke, Das Reichsvikariat und die Stellung des Pfalzgrafen bei Rhein S. 6 ff.

⁶ Für Heinrich VI. vgl. Toeche, Jahrbücher Heinrichs VI. S. 8 ff.

richs VI. abwartete, ehe er den längst Gekrönten überhaupt zu den Geschäften heranzog. Jedenfalls fehlte es in keiner Hinsicht an Vorbildern, als Kaiser Friedrich II. sich selbst die Regierung Siziliens und Italiens mit dem Königreich Arelat vorbehielt, die Verwaltung Deutschlands aber¹ an König Heinrich überließ und ihm in Engelbert von Köln einen Gubernator an die Seite gab.² Er übte ein Gewohnheitsrecht der Kaiser, wenn er den Anteil des königlichen Sohnes an der Regierung abmaß und ihm nur innerhalb eines bestimmten Rechtskreises Herrschaftsbefugnisse überwies.³

Allein nach manchen Richtungen unterschied sich die Maßregel Friedrichs II. von den meisten früheren Fällen. Hatte es sich sonst in der Regel um vorübergehende Anordnungen gehandelt, die durch außerordentliche Umstände bedingt waren, so sollte jetzt eine Einrichtung von voraussichtlich langer Dauer geschaffen werden, die man mit Recht dem Unterkönigtum des fränkischen Reichs⁴ verglichen hat. Und Friedrich II. unterstellte dieser besonderen Verwaltung nicht — wie seine Vorgänger — eines der dem deutschen Herrscher zugewachsenen Königreiche, sondern Deutschland selbst, das sich und seine Fürsten als den Kern und die Stütze des imperium Romanum anzusehen gelernt hatte.

Das Königtum Heinrichs (VII.) sollte nach dem Wunsche Friedrichs als ein „deutsches“ gelten⁵, nur im Umkreise des regnum Alamanniae Herrschaft gewähren.⁶ Sein Rechtskreis

¹ Die Gebiete von Trient und Aquileja wurden ihm allerdings abgenommen.

² Vgl. z. B. Böhmer-Ficker Reg. nr. 1377: ‚cui gubernationem imperii in partibus Germanie... commisimus.‘ Im übrigen vgl. Winkelmann a. a. O. Engelbert wird ‚regni Romani per Alemanniam provisor‘ genannt (Knipping, Kölner Regesten, III nr. 303).

³ Hier und im folgenden soll nur ein Versuch geboten werden, die Voraussetzungen für die Empörung Heinrichs zu beleuchten.

⁴ Vgl. die treffenden Bemerkungen von E. Stengel in der Hist. Zeitschr. Bd. 103, S. 112 zu Eiten, Unterkönigtum im Reiche der Merowinger und Karolinger.

⁵ Dafür spricht schon jener Brief von 1219, vgl. oben S. 111 N. 2. Zu beachten ist auch Heinrichs Äußerung in Böhmer-Ficker Reg. nr. 4228: ‚quia... pater noster nostre dicioni deputavit terram Alemannie plenius et commisit‘.

⁶ Die Reichsverweser wurden betraut, das imperium für das Gebiet Germaniens zu verwalten; vgl. oben N. 2 für Engelbert; ebenso später

schied sich bestimmt von dem eines „römischen“ Königs, dem nach deutscher Anschauung bereits die „kaiserlichen“ Gerechtsame zustanden¹; diese behielt Friedrich II. selbst in seiner Hand.

Welchen Umfang sie in Deutschland haben mochten², zu ihnen gehörte und das wichtigste unter ihnen war die Lehnshoheit über den Reichsfürstentümern.³ Nur wer die kaiserliche Gewalt im Reiche besaß — ob er nun römischer König oder Kaiser hieß —, nur er durfte fürstliche Reichslehen⁴ verleihen.⁵ Einzig durch besonderen Auftrag des Kaisers, der unter Zustimmung der Reichsfürsten erteilt war, ist Heinrich (wie später Konrad) zugestanden worden, Bischöfe und Reichsäbte mit

Konrad von Köln und Heinrich Raspe für Konrad IV. als ‚sacri imperii per Germaniam procurator‘. Es wäre zu untersuchen, inwieweit Heinrich die königlichen Rechte in Deutschland auch nach Friedrichs Absicht (von der Krönung an?) kraft des eigenen Rechts zukamen, der Auftrag, den zunächst die Reichsverweser erhielten, hingegen die kaiserlichen Gerechtsame umfaßte.

¹ Vgl. oben S. 52. Dazu auch die S. 70 N. 1 angeführten Worte Innocenz' III., daß Philipp (als rex Romanorum) das ‚regnum Teutonicum et quantum in eo est imperium‘ okkupiert habe.

² Vgl. über die Reservatrechte des Kaisers auch unten in Abschnitt XIII S. 164 ff.

³ Die Beziehungen zwischen dem imperium, dem imperator und den principes imperii uns zu lehren, wäre die besondere Aufgabe des zweiten Bandes von Fickers berühmtem Buch über den Reichsfürstenstand gewesen. Ihre Lösung verspricht die tiefste Einsicht in das Wesen des Reichs und seine Wandlung vom 12. zum 14. Jahrhundert hinüber.

⁴ Über ihre besondere Stellung z. B. während einer Reichsvakanz vgl. auch Boerger, Belehnungen der deutschen geistlichen Fürsten S. 63.

⁵ Wenn nicht gar auch die andern ihm vorbehalten waren. Heinrich erklärt nämlich in dem Rundschreiben von 1234 § 7 (Const. II, 431 nr. 322): ‚Nam cum de pietate et gratia paterna et ad consilium principum . . . imperator potestatem nobis plenariam contulisset conferendi . . . beneficia et feoda vacantia, ut ex hoc magnates et nobiles . . . benivolos haberemus.‘ Hier sind neben den Magnaten und Edeln die Reichsfürsten nicht genannt, so daß an dieser Stelle nur an die übrigen Lehen zu denken ist. Aber vielleicht handelt es sich hier — trotz des verwandten Wortlauts — nicht um den Spezialauftrag von 1220, der nur die Regalien geistlicher Fürsten betraf, sondern um den besonders beschränkten nach der Verständigung von 1231. Vgl. hierzu auch das Wormser Privileg von 1232, August 3 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 4245) unten S. 134 N. 2.

den Regalien zu belehnen.¹ Niemals haben sie ein weltliches Fürstentum vergeben.²

Der Widerspruch der Hildesheimer Ministerialen gegen die Belehnung des Elekten Konrad durch Heinrich im J. 1221 traf insofern zu, als dieser in der Tat das Recht hierzu nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern nur durch den kaiserlichen Auftrag besaß.³ Der Reichsverweser Engelbert von Köln weist ihre Einrede schroff zurück, aber läßt nicht den geringsten Zweifel darüber, daß jede Belehnung eines Reichsfürsten durch den König nichtig wäre, wenn er nicht durch den Kaiser Vollmacht erhalten hätte.⁴

¹ Nach der Hildesheimer Wahl von 1221 fordern die Fürsten König Heinrich auf, dem Magister Konrad die Regalien zu gewähren, da ‚per voluntatem serenissimi imperatoris et principum consensum eadem conferendi plenariam habeatis potestatem‘ (Schannat, *Vindemiae* litt. I, 191); vgl. Krabbo, Die Besetzung der deutschen Bistümer unter Friedrich II. S. 76 ff. Von Konrad IV., der dieselbe außergewöhnliche Erlaubnis generell erhalten hatte, erfahren wir die Begründung (Böhmer-Ficker Reg. nr. 4390. 4391): ‚auctoritate . . . imperatoris, qui ad parcendum laboribus et expensis ecclesiasticorum principum recommisit nobis super hoc specialiter vices suas, investivimus, prout iuris et moris est, regalibus que de gratia imperii obtinentur.‘

² Vgl. Winkelmann, *Jahrbücher Friedrichs II.* I, 355 N. 2; 370 ff. und (im ganzen für die Stellung Heinrichs) in den Forschungen zur deutschen Gesch. I, 21 ff. Sehr charakteristisch ist der oben angeführte Vertrag Brandenburg-Magdeburg (vgl. S. 125 N. 5), in dem der Erzbischof sich verpflichtet, nach der Rückkehr des Kaisers den beiden Markgrafen die Belehnung mit allen väterlichen Lehen vom Reiche zu verschaffen, ‚eo iure . . . quo principatus alii porriguntur.‘ — Die Grafschaft im Enns-gau hat Heinrich dagegen kraft eigener Gewalt vergabt.

³ Wenn in Heinrichs Brief, in dem um die Bestätigung der Investitur gebeten wird (Böhmer-Ficker Reg. nr. 3859), gesagt wird ‚eundem [electum] tam vestra quam nostra auctoritate de regalibus . . . investivimus‘, so beginnt vielleicht schon hier das Streben, dem König eigenes Recht von der Wahl her zuzuschreiben. Oder ist die ‚nostra auctoritas‘ nur die vom Kaiser gegebene des kaiserlichen Statthalters?

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 10882. Wenn die Fürsten dem König Heinrich das Recht der Regalienleihe widerrechtlich zuerkannt hätten, so liefen sie alle die höchste Gefahr: ‚nam si essent incerti, quod dominus rex haberet huiusmodi potestatem, quicumque regalia sua ab ipso reciperet, consequenter etiam esset incertum, utrum hoc dominus imperator ratum haberet, cum posset quod eo auctore non esset factum in irritum revocare, sicque esset talis princeps in sue dignitatis periculo constitutus.‘ Es ist also in Übereinstimmung mit dem Gutachten der Fürsten ausdrücklich festgestellt,

Heinrich, der zum rex Romanorum gewählt und zu Aachen gekrönt war, sollte nicht mit der kaiserlichen Gewalt herrschen, die dem römischen König zustand; vielmehr war er nur für das regnum Alamanniae zur Regierung berufen und nur mit beschränkten Befugnissen eines Königs ausgestattet, der als Oberherrn den Kaiser über sich anerkennt.¹

Unbestreitbar war das Recht Friedrichs II., die Gewalt des Sohnes zu begrenzen, wie es ihm für die Wohlfahrt des Reiches geboten schien, aber unverkennbar auch, wie weit dies Heinrich zugewiesene Amt hinter der Vollgewalt zurückblieb, die nach der Überzeugung der Stauferzeit bereits durch die Wahl der deutschen Fürsten gegeben wurde!

Friedrich II. hatte eine seinen Wünschen angemessene Verwaltungsteilung geplant, als er für Deutschland eine Sonderregierung einsetzen wollte; er stieß auf einen zähen Widerstand, weil er mit ihr an den kraftvoll entwickelten Grundgedanken der deutschen Verfassung rührte, daß mit der Wahl der deutschen Fürsten und durch sie allein königliche und kaiserliche Herrschaft übertragen werde.

Der Gegensatz, von dem die Geschichte Heinrichs (VII.) von Anfang an bestimmt ist, war zu allen Zeiten vorhanden gewesen, sobald ein deutscher Herrscher den Sohn feierlich zum König hatte erheben lassen²; aber er war nie hervorgetreten, solange beide in gutem Einvernehmen standen, und in kindlichem Gehorsam die väterlichen Weisungen ausgeführt wurden.³ Nur Heinrich IV. hatte an seinem Sohn Konrad in Italien erfahren, welche

daß der König die Regalien kraft des kaiserlichen Auftrags verleiht. Dies ist Boerger a. a. O. S. 63 entgangen. — Immerhin bleibt zu beachten, daß die Hildesheimer Sache vor Heinrichs Aachener Einweisung von 1222 liegt.

¹ Vgl. Winkelman, Jahrbücher Friedrichs II. I, 355: „Die deutsche Regierung übte die Hoheitsrechte . . . in vollem Umfange; aber sie übte sie nicht allein . . . In all und jedem tritt der Kaiser . . . in einen Wettbewerb“.

² In merkwürdiger Weise löst Innocenz III. die Schwierigkeiten dialektisch auf, wenn er meint, die Wahl des zweijährigen Friedrich II. im J. 1196 sei in der Voraussetzung vollzogen, daß er erst mit dem gesetzmäßigen Alter die Herrschaft antrete; bis dahin verwalte der Vater den Staat; vgl. oben S. 63 N. 2.

³ Heinrichs III. eigenmächtiger Friede mit Ungarn wurde von Konrad II. anerkannt (Bresslau, Jahrb. Konrads II. I, 312 ff.).

für den Frieden und die Einheit des Reichs verhängnisvollen Ansprüche ein „römischer König“ gegen den eigenen Vater geltend machen könne; daher suchte er sich — allerdings umsonst — dagegen zu sichern, als er an Konrads Stelle, um seinem Geschlechte den Thron zu sichern, seinen jüngeren Sohn zum Könige wählen und krönen ließ. Heinrich V. mußte wiederholt schwören, niemals, solange der Vater lebe, ohne dessen Zustimmung in die Regierungsgeschäfte einzugreifen.¹ Der Vater erkannte also das aus der Erhebung erwachsende Recht des Sohnes an, hoffte aber, es durch solchen Eid unschädlich zu machen.

Das Ansehen, das unter dem Aufschwung der imperialen Idee die deutsche Wahl seitdem gewonnen, die Rechtskraft, die sie im Kampfe mit den Päpsten errungen, das Gewicht, das ihr der Fürstenstand um des eigenen Einflusses willen zumaß, haben dahin zusammengewirkt, daß Heinrich und mit ihm die Regierung, die in seinem Namen handelte, ihr Recht nicht ausschließlich wie Beamte, die Friedrich gesetzt hatte, vom kaiserlichen Auftrag ableiteten, sondern ihre Gewalt und die Hoheitsrechte, die sie übten, noch auf Heinrichs königliche Wahl zum rex Romanorum selbstständig stützten. Vortrefflich hat einer der Reichsverweser selbst, der Pfalzgraf Herzog Ludwig von Bayern, der beiden Rechtstitel gedacht, auf die sich die Herrschaft Heinrichs gründete: neben dem kaiserlichen Auftrag helfe die eigene Königswahl ihm dazu, daß er des Reiches walte, Lehen austue und empfange, im

¹ Vgl. Meyer von Knonau, Jahrbücher Heinrichs IV. V, 26 f. 57. In seinem Brief an Hugo v. Cluny schreibt Heinrich von dem Eidschwur Heinrichs V. (d'Achéry, Spicileg. III², 441): „et quod de regno et omni honore nostro et de omnibus que habebamus vel habituri eramus nullo modo se intromitteret, me vivente, contra voluntatem et preceptum nostrum“; vgl. Vita Heinrich IV. c. 7 (SS. rer. Germ. ed. 3. p. 27), wo es auch heißt, daß die Fürsten „transfèrent potius electionem in minorem filium suum, quam iure maior amisisset“. Die Ähnlichkeit mit den Vorgängen bei der Wahl Konrads IV. tritt hier deutlich hervor. In beiden Fällen handelte es sich — um Meyers von Knonau Wort (V, 27) zu brauchen — um eine „neue Besetzung des Thrones für die Zukunft in der Weise, daß nur das Recht der Nachfolge gesichert erschien, ohne daß eine selbständige Gewalt, so lange der Kaiser lebte, für den Sohn irgendwie begründet war“. Schon dieser Vergleich mit den Empörungen der Söhne Heinrichs IV. lehrt, daß es nicht richtig ist, mit Krammer, Reichsgedanke S. 56 ff. das Verhalten Friedrichs II. zu seinen Söhnen aus dem Gegensatze des staufisch-imperialen zu dem fränkisch-deutschen Königtum zu erklären.

höchsten Gericht den Untertanen das Recht spreche.¹ Und Burchard von Ursberg hat, wenn auch nicht die Absicht der Aachener Wahl und Krönung, so doch gewiß eine damals weit verbreitete Rechtsanschauung wiedergegeben, wenn er erzählt, daß Heinrich durch sie die Gewalt im Kaiserreich gemeinsam mit dem Vater erhalten sollte.² Friedrich II. hingegen wünschte für den Sohn nur königliche Herrschaft in Deutschland, die Nachfolge im imperium erst nach des Vaters Tode.

Im Bewußtsein dieses Gegensatzes zwischen der Unterordnung unter den kaiserlichen Willen, die Friedrich forderte und nach seiner Überzeugung fordern durfte, und dem eigenen Herrscherrechte, das auf der Wahl der deutschen Fürsten begründet war, ist der junge König unter dem Einfluß seiner Umgebung aufgewachsen.³ Die Unabhängigkeit der deutschen Regierung, auf die es den Fürsten ankam, bedeutete für ihn Unbeschränktheit seiner Gewalt, die er der kaiserlichen gleichstellte. Als er im J. 1228 sich von der Vormundschaft Ludwigs von Bayern befreite, liebte er es, in seinen Urkunden aussprechen zu lassen, wie er durch Gottes Hand zur Leitung des imperium berufen sei⁴, und seine Gnadenverleihungen fließen aus kaiserlicher Milde.⁵ Wohl ge-

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4110 von 1228 Aug.: *recognoscens nos coram maioribus regni nostri ex mandato . . . domini imperatoris . . . et ex nostra electione regia ius habere imperii administrandi, dignos feodis infeodandi feodaque recipiendi quibus placuerit resignare et ius dandi communiter omnibus, sicut decreverit iusticia preeunte*.

² SS. rer. Germ. p. 107: *[Heinricus] . . . eorundem ministerialium et aliorum principum interventu postmodum a patre suo et principibus rex constituitur et Aquisgrani coronatur, cum patre suo imperium adepturus*.

³ Vgl. hierzu Krammer, Reichsgedanke S. 59f., wo Heinrichs Lage gut geschildert ist.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4102: *Cum rex regum ad hoc nos elegerit, ut, quod omnibus excellentius est, Romanum gubernemus imperium*; Reg. nr. 4120: *Cum nos qui gubernamus imperium regia potestate*. Erst in diese Zeit gehört auch wohl die echte Vorlage von Reg. nr. 3966: *Quoniam a rege celi terreni imperii coronam sumus adepti*.

⁵ Ebendort *imperiali clementia vestigiis . . . inherentes*; Reg. nr. 4185: *Sicut regie convenit maiestati . . ., decet eandem principes sibi devotos . . . imperiali dulcedine ac potestatis regimine manutenerere*. In dieser Zeit scheint am Hofe Heinrichs (VII.) aus den oben behandelten Gründen die Übertragung der kaiserlichen Ausdrücke auf das Königtum begonnen zu haben. Daß sie unter Konrad IV. bis 1250 vollkommen zu

dachte er dessen, daß er König von Gottes und des Vaters Gnaden sei¹, und er berief sich nur neben dem kaiserlichen Auftrag auf sein königliches Recht²; aber er dachte nicht daran, auf dies zu verzichten, um nichts als Beauftragter des Kaisers zu sein. Vergeblich versuchte Friedrich II., ihn in Abhängigkeit zu zwingen; zu Aquileja legte er im J. 1232 ihm den Eid auf, alle väterlichen Befehle sorglichst auszuführen³; wenn er ihn breche, sollten die Fürsten ihres Treueides ledig, Heinrich dem Bann verfallen sein. Aber der Königssohn eilte unaufhaltsam dem Verhängnis entgegen. Und als er nun gar die bis dahin geachteten Schranken durchbrach, um als römischer König mit dem Lombardenbunde einen Vertrag gegen den Vater zu schließen, da war sein Schicksal schnell entschieden.

Versuchen wir das Auftreten des Sohnes gegen den Vater ohne Rücksicht auf die Schwächen seiner Persönlichkeit zu begreifen, so ist jetzt deutlich geworden, daß es durchaus nicht als ein Ringen des „bodenständigen“ deutschen Königtums gegen den in Friedrich verkörperten Imperialismus anzusehen ist.⁴ Denn wie der Kaiser selbst sind der König und die Fürsten der Über-

fehlen scheint, unter Wilhelm aber wieder begegnet (vgl. unten in Abschnitt XV), beweist, daß sie nicht zufällig war.

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 3859 von 1221 Sept., in der Hildesheimer Wahlsache (vgl. oben S. 133 N. 1. 3f.). In dem Rechtfertigungsschreiben von 1234 § 10 (Reg. nr. 4348) bekennt er wieder, daß er seine Würde ‚de gratia Dei omnipotentis et sua‘ [scil. imperatoris] habe.

² Z. B. Reg. nr. 4245 für Worms, 1232 August (nach der Unterwerfung zu Aquileja): ‚auctoritate regia et ex gratia ac potestate, quam a serenissimo ... patre nuper sumus adepti‘. Alle die zuletzt berührten Gesichtspunkte mußten noch auf Grund sämtlicher Urkunden behandelt werden.

³ Reg. nr. 4229^a: ‚quod mandata nostra ac beneplacita penitus observaret‘; vgl. nr. 1963. — Diesem Eide Heinrichs (VII.) stelle man das Versprechen an die Seite, das Heinrich IV. dem Sohn auferlegte (oben S. 132 N. 1).

⁴ Wie es durch Krammer, Reichsgedanke S. 60. 81 geschieht: „In Heinrich begegnet uns also ein Staufer, der für die Unabhängigkeit des Königtums vom Kaisertum eingetreten ist.“ „Von den Vormündern ... wurde der Charakter des Königtums als einer vom Kaisertum geschiedenen, frei neben ihm stehenden, bodenständigen Gewalt mit Nachdruck betont.“ Hier überall wird ein Gegensatz von Königtum und Kaisertum vorausgesetzt, den es jetzt noch nicht gab. Wir haben immer wieder gesehen, daß das Königtum genau ebenso „imperialistisch“ angesehen und gewünscht wurde, wie das Kaisertum selbst es war. Der Konflikt entstand, weil Heinrich und Friedrich II. mit denselben Herrschaftsansprüchen nebeneinander standen.

zeugung, daß durch die deutsche Wahl das Kaisertum vergeben wird; und Heinrich ist gestürzt, weil er diesen, den „staufigen Reichsgedanken“, selbststüchtig für sich gegen den kaiserlichen Vater durchzusetzen versucht hat.¹ Das formale Recht aber kann ihm als dem römischen Könige nach dem Stande der deutschen Verfassung ebensowenig abgesprochen werden wie dem Kaiser das höhere Recht, um der Einheit des Reiches willen das Königtum des Sohnes in feste Grenzen zu bannen und um des Friedens willen den zu kaiserlicher Gewalt aufstrebenden, zuletzt mit den Feinden verbündeten, Sohn zu entsetzen. So fehlt es Heinrichs Schicksal nicht ganz an einem tragischen Zug; den Gegensätzen zweier sich ausschließender Rechtsgedanken ist er erlegen.

Wenn Friedrich II. daran dachte, dem jüngeren Sohne Konrad, dem Erben des Königreichs Jerusalem, die Nachfolge im Reiche zu verschaffen und damit für die Zukunft seines Hauses zu sorgen, wenn er zugleich an der einmal getroffenen Teilung der Verwaltung festhielt und diesem selben Konrad, einem Kinde von neun Jahren, die Reichsregentschaft für Deutschland übertrug, so mußte er auf Mittel und Wege sinnen, um die Wiederkehr des Zwiespalts, in den Heinrich von Anbeginn hineingetrieben war, unmöglich zu machen; es kam darauf an, die Wahl so zu gestalten, daß sie zwar die Thronfolge nach Friedrichs Tode für Konrad gewährleistete, aber ihm dennoch irgendeinen Anteil an der Regierung zu Lebzeiten des Vaters nicht eröffnete; es hieß, die Lösung für eine Aufgabe zu finden, an der Heinrich IV. gescheitert war, die bis dahin das deutsche Recht offen gelassen hatte.² Dem Kaiser³ gelang es wirklich, einen Ausweg zu zeigen, der nicht nur seinem eigenen Gegenwartsinteresse und den Zukunftshoffnungen des Sohnes Genüge tat, sondern auch das Wahlrecht der Fürsten, mit allen Ansprüchen, die sich daran knüpften, in vollem Umfange wahrte. Zu Wien wurde im Februar 1237 der junge Konrad zum „römischen König und zukünftigen Kaiser“ ausge-

¹ Die Fürsten verteidigten mit der Selbständigkeit Heinrichs die Bedeutung ihrer Wahl, vgl. oben S. 118. Dazu kommt die Abneigung gegen die Reichsverwaltung von Sizilien aus.

² Ich muß es mir versagen, auf parallele Erscheinungen außerhalb Deutschlands hier einzugehen.

³ Er kann allein hier genannt werden, wenn es auch sein mag, daß einem seiner Berater das Verdienst gebührt.

rufen; aber ausdrücklich kamen Kaiser und Fürsten überein, daß diese Wahl erst für die Zeit nach Friedrichs Heimgange gelte; bis dahin war sie eine Designation, die nicht das geringste Herrscherrecht schuf; mit dem Tode des Kaisers aber sollten ohne weiteres alle auf der deutschen Wahl beruhenden Gerechtsame in die Hände des erkorenen Kaisersohnes fallen.¹

Wie einst bei dem Senate von Rom — so heißt es in dem Wahldekret der elf zu Wien anwesenden Reichsfürsten² — das Stimmrecht für die kaiserliche Wahl ruhte³, so ist es jetzt im Wechsel der Geschehnisse an die Fürsten Germaniens, die Senatoren des Reiches, gekommen; von ihnen nimmt das imperium seinen Ausgang. Ihre Aufgabe ist es, bei Lebzeiten des Kaisers durch die Wahl eines Nachfolgers dem Reiche zu providieren, um allen Gefahren eines ‚interregnum‘ vorzubeugen.⁴ Deshalb nehmen die Fürsten schon jetzt Konrad, den Sohn Friedrichs, den Erben des Königreichs Jerusalem, als „ihren zukünftigen Kaiser“ an; sie haben ihn einmütig zu Wien „zum römischen König und zum zukünftigen Kaiser“ nach des Vaters Tode gewählt. Dem Kaiser haben sie eidlich bekräftigt, daß sie Konrad, den zum König Erkorenen, nach dem Heimgange Friedrichs als ihren Herrn und Kaiser halten werden, ihm in allem, was des Reiches sei, zu gehorchen, ihm den Treueid zu leisten, wie es das Reichsrecht fordere, und nach Pflicht und Gebühr zu des Reiches Krone zu helfen.⁵

¹ Über diese Bedeutung von Konrads Wahl, die auch von Krammer verkannt wurde, vgl. die erste Beilage. Hier nur so viel, daß die Worte ‚in Romanorum regem imperatorem futurum‘ auch dem Kürspruch der späteren Zeit angehören; vgl. das Wahldekret von 1273 (Zeumer, Quellensammlung S. 110 nr. 77).

² MG. Const. II, 439 nr. 329.

³ ‚Quamquam ... apud ... patres summa regni potestas et imperialis creationis suffragium resideret ... , tandem apud Germanie principes ... permansit, ut ab illis origo prodiret imperii ... ; principes qui circa hoc Romani senatus locum accepimus, qui patres et imperii lumina reputamur‘.

⁴ ‚quod post unius regnantis occasum interstitium temporis inter predecessoris obitum et plenum dominium successoris, quod interregnum antiquitus veteres appellabant, grande posset imperio ... afferre discrimen‘.

⁵ ‚eligentes ipsum in Romanorum regem et in futurum imperatorem nostrum post obitum patris habendum; ... prefatum Conradum a nobis in regem electum post mortem patris sui dominum et imperatorem nostrum habebimus, eidem in omnibus que ad imperium et ius

Aus der fürstlichen Erklärung geht mit durchsichtiger Klarheit hervor, daß Konrads Wahl zum „römischen König und künftigen Kaiser“ nichts als eine in bindende Form gebrachte Anweisung auf die Zukunft ist, eine Designation, deren Rechtswirkung erst mit dem Tode Friedrichs einsetzt. Konrad hat denn auch nicht den Königstitel erhalten, der ihm nach der staufischen Auffassung durch die Wahl gebührt hätte¹; sondern er wurde — zugleich im Hinblick auf die kaiserliche Würde, die ihm zufallen sollte — stets als der „zum König der Römer Erwählte und allezeit Mehrer“ in seinen Urkunden² genannt. Und vorangestellt wurden in der Intitulatio wie auf den Siegeln die Worte: ‚*divi augusti imperatoris Friderici filius*‘. In jeder Weise sollte sichtbar werden, daß Konrad nur als der Sohn und Vertreter des kaiserlichen Vaters zu handeln berufen sei.³ Mit Erzbischof Siegfried III. von Mainz als Pfleger und mit dem Rate, der für den Unmündigen die Geschäfte erledigte, sollte Konrad nach dem

imperii pertinent intendentes . . . ac ad obtinendum solemniter imperii diadema sibi, prout de iure tenemur, consilium et auxilium impendemus‘.

¹ Vgl. oben S. 24 N. 1; S. 54. — Daß Konrad ihn auch nach dem Tode Friedrichs nicht angenommen hat, kann allerdings damit zusammenhängen, daß man einen Wechsel des durch 13 Jahre geführten Titels nicht ohne die Krönung und Einweisung vornehmen wollte.

² ‚*in Romanorum regem electus semper augustus*‘; vgl. dagegen für Heinrich oben S. 125. Konrad heißt ‚*augustus*‘ recht im Sinne der Glosse (oben S. 10 N. 2): ‚*quia sperabatur quod esset futurus imperator*‘. Das Beiwort fehlt in der Siegelumschrift, wo kein Raum mehr blieb.

³ Wirklich hat sich Konrad bis zum J. 1250 in den wichtigen Angelegenheiten stets auf die ‚*auctoritas paterna*‘, das ‚*mandatum patris*‘ berufen; nur neben ihr spricht er dort von einer ‚*auctoritas nostra*‘, die für sich allein in einem eng begrenzten Geschäftskreis erscheint; selten wird sie als „königliche“ bezeichnet. Welcher Art die beschränkte eigene Gewalt war, würde durch besondere Untersuchung über Konrads Stellung noch zu bestimmen sein. Soviel steht fest, daß er niemals, wie Heinrich, eigenes Recht gegen den Vater behauptet hat. Charakteristisch ist, daß in seinen Urkunden bis 1250 weder von seiner „Majestät“ noch von „kaiserlichen“ Eigenschaften (*imperialis*) seiner Person gesprochen wird. Auch sind für Konrad Regierungsjahre erst von Friedrichs Tod an gezählt worden. — So zeigen die Urkunden (auch in der Art der seltenen Arengen) den prinzipiellen Unterschied gegenüber Heinrich (VII.), der als „römischer König“ selbständig auftrat, während Konrad dem Rechte nach überhaupt noch nicht König war. Damit fällt alles, was Krammer über die Umdeutung des „römischen Königtums“ durch Friedrich II. behauptet hat; vgl. Beilage I.

Willen Friedrichs allein kraft des kaiserlichen Auftrags die Verwaltung Deutschlands als Reichsverweser übernehmen.¹

Was bei Heinrich zum Schaden des Reichs in eins zusammengefloßen war: die kaiserliche Statthalterschaft und selbständiges, von der Wahl abgeleitetes Recht des römischen Königs, das wurde jetzt aufs strengste geschieden. Solange Friedrich lebte, stand Konrad an der Spitze der deutschen Regierung als ein mit bestimmten Befugnissen ausgestatteter, höchster kaiserlicher Beamter²; dank seiner Wahl aber war er berufen, nach des Vaters Tode sofort die Herrschaft des Reiches als „römischer König und künftiger Kaiser“ anzutreten. Dieser Rechtslage³ — aber auch nur ihr — entspricht es, daß im J. 1237 von einer Huldigung für Konrad völlig abgesehen wurde, die Fürsten sich vielmehr verpflichteten, ihm nach Friedrichs Heimgange sogleich den Eid der Treue zu leisten.⁴

¹ Durch ein merkwürdiges, von allen andern stets wiederholtes Versehen bei Böhmer-Ficker Reg. nr. 11184 wird angenommen, daß Markgraf Hermann von Baden im Juni 1236 bereits einen Auftrag König Konrads erhalten habe. Es handelt sich vielmehr um einen weit zurückliegenden Befehl König Heinrichs. Das älteste Zeugnis für Konrad als Reichsverweser bleibt daher Böhmer-Ficker Reg. nr. 4385 vom Dezember.

² „Ein zum Regenten eines Reichsteils bestellter Kronprinz“ nennt ihn vortrefflich Edm. Stengel in der Hist. Zeitschr. 103, S. 112. In seiner Schilderung auf S. 61 kommt Krammer für Konrads Stellung auf das gleiche hinaus. Sein fundamentaler Irrtum besteht darin, daß er dieses „Statthalteramt“ als den Rechtsinhalt des „römischen Königtums“ ansieht, zu dem Konrad gewählt worden sei, und nun behauptet, daß Friedrich II. hiermit das alte „deutsche“ regnum Romanum habe beseitigen wollen. Von dem allen ist keine Rede.

³ An Konrads Rechtsstand ist auch durch die Bestätigung seiner Wahl auf der Speierer Versammlung im Juni 1237 nichts geändert worden. Vgl. über sie Chron. Regia Colon. Cont. IV, ed. Waitz, p. 271: „Filius etiam suus Cunradus adhuc puerum prius in Austria regem Theutonie designatum denuo ab ipsis optinet approbari“.

⁴ Vollkommen unbekannt ist bisher eine sehr interessante Nachricht des Heinrich von Susa (Cardinalis Ostiensis) in seiner Lectura in Decretales Gregorii IX. (Straßburg 1512). Dort heißt es (fol. 63) bei der Dekretale Venerabilem zur Erläuterung über den Eid, den Herzog Philipp von Schwaben dem im Dezember 1196 gewählten jungen Friedrich geleistet hatte, in der Glosse zu „iuramentum“: „quod fecerat regi nepoti suo Frederico nunc deposito, vivente Henrico imperatore fratre eiusdem ducis et patre nepotis, scilicet Frederici nunc depositi, super successione imperii obtinenda, sicut de nato suo Conrado idem fecerat Fredericus in exercitu

Die außergewöhnliche Form, in der Konrad zum Nachfolger Friedrichs ausersehen wurde, war recht eigentlich die Folge von Heinrichs Aufstreben gegen die kaiserliche Oberhoheit und von seiner Empörung.¹ Mit großem Geschick wurden ihre in der Königswahl ruhenden Ursachen ausgeschaltet, ohne daß die Herrschaft des staufischen Geschlechtes gefährdet wurde.² Daß es gelang, die angesehensten Reichsfürsten für den Plan zu gewinnen, wird dem Umstande zuzuschreiben sein, daß Friedrich bereit war, nicht nur ihr Wahlrecht selbst, sondern auch seine ausschließliche Bedeutung für den Regierungsantritt im *regnum Romanum* und im *imperium* uneingeschränkt anzuerkennen.

Durch die Ausführungen über die „Kaiserwahl“ reiht sich das Wahldekret von 1237 ebenbürtig den denkwürdigen Aktenstücken aus dem Thronstreite Philipps und Ottos an. In charakteristischen Sätzen spiegelt es die Stimmung am Hofe Friedrichs wider, dessen Kanzleibeamte sicherlich die Feder für die Fürsten geführt haben. Mit tönenden Worten, die an die großen Tage

Brixie constitutus. Danach ließ Friedrich vor Brescia für seinen Sohn den Eid über die Nachfolge im Reich schwören. Daß der Eid von den Zeitgenossen dem für Friedrich II. nach seiner Wahl 1196 geleisteten als wesensgleich an die Seite gestellt wird, unterstützt mindestens unsere Vermutung über die Ähnlichkeit beider Erhebungen von 1196 und 1237, vgl. oben S. 65f. Über den Eid Philipps von 1196 sagt auch Innocenz IV. in derselben Glosse seines *Apparatus* fol. 43', daß ihn Philipp seinem Neffen *„tamquam imperatori futuro“* geschworen habe. Endlich sei erwähnt, daß nach Hermann von Reichenau (MG. SS. V, 135) Heinrich III. seinen Sohn im J. 1053 wählen ließ *„eique post obitum suum, si rector iustus futurus esset, subiectionem promitti fecit“*. Hat schon Heinrich III. durch dieses Versprechen hindern wollen, daß der Sohn zu seinen Lebzeiten selbständige Rechte gewinne, wie dies auf anderem Wege Heinrich IV. bei Konrad vermeiden wollte? vgl. oben S. 132 N. 1. — In Italien wurde für Konrad IV. im J. 1245 von den Städten der Treueid verlangt, Böhmer-Ficker Reg. nr. 3506f.

¹ Daher stützen sich unsere Auffassungen von Heinrichs selbständigem Königtum und von Konrads Designation gegenseitig.

² Erwägen mag man indes, ob nicht der Abfall der rheinischen Erzbischöfe im J. 1241 mit dadurch bedingt ist, daß sie mit dieser vollen Abhängigkeit vom Kaiser unzufrieden waren; vgl. über die von den Fürsten im Ausgang des J. 1220 herbeigeführte Ordnung der Regierung oben S. 126. — Daß der Kaiser ständig im Süden der Alpen blieb, raubte den Fürsten den Einfluß auf die Reichsregierung.

Friedrichs I. und Rainalds erinnern, wird die Tradition vom römisch-staufischen Weltreich erneut.¹

Wie es einst Friedrich I. zu Besançon proklamiert hatte, so leitet auch der Enkel von der Wahl der Fürsten königliche und kaiserliche Herrschaft ab. Gleich den Manifesten von Speier und Halle geht das Dekret von 1237 davon aus, daß dem römischen Könige kraft seiner Wahl das kaiserliche Regiment zustehe; die Vollgewalt, die durch sie erworben wird, schließt in sich das Herrscherrecht über das Kaisertum.² Darum vollziehen die Reichsfürsten als die Erben des römischen Senats mit der Kur des *rex Romanorum* eine Kaiserwahl.³

Mit der kraftvollen Betonung der imperialen Waltung⁴, zu der Konrad berufen werden soll, liefert die fürstliche Urkunde ein Gegenstück zu der Speierer Erklärung; dagegen steht sie dem Hallischen Proteste dadurch näher, daß sie nicht, wie jene, geradezu von einer *electio in imperatorem*, sondern vielmehr in *Romanorum regem et in futurum imperatorem* spricht. Die Fürsten drücken aus, daß ihre Wahl den einzig rechtmäßigen Anspruch auf das Kaisertum gewährt; aber — wie zu Halle im Jahre 1202 — gestehen sie dem Papste das Ehrenrecht zu, mit der Weihe zu Rom dem „römischen König und zukünftigen Kaiser“ den Namen des römischen Kaisers zu geben. Die Fürsten geloben, Konrad, der ausschließlich auf ihre Wahl sein

¹ Krammer, Reichsgedanke S. 57 hat auf Äußerungen bei Otto von Freising hingewiesen, die wie das Dekret den Fürstenstand als Erben des römischen Senats erscheinen lassen. — Ottos Schriften selbst werden dem Hofe Friedrichs II. die Anschauungen des 12. Jahrh. vermittelt haben. Die Gesta und die Chronik befanden sich in der staufischen Bücherei zu Hagenau.

² Vgl. oben S. 52.

³ Das Verdienst, diese Tatsache einer „Kaiserwahl“ von 1237 zuerst erkannt zu haben, gebührt vor Krammer, Reichsgedanke S. 57, bereits Engelmann, Anspruch der Päpste auf Konfirmation S. 47.

⁴ Vgl. die oben S. 136 N. 5 angeführten Worte; dazu ferner noch: *„dum filium eius ex nunc in futurum imperatorem... assumimus“*. In dem Dekret ist stets vom imperium und kaiserlicher Herrschaft die Rede; nur bei dem Kürspruch selbst heißt es, daß Konrad *in Romanorum regem et futurum imperatorem* gewählt sei, und daher wird er auch einmal kurz *in regem electus* genannt. So kommt es, daß die wenigen Quellenberichte von einer Königswahl sprechen. — Auch Philipp hat in seinem Rechtfertigungsschreiben die einzelne Wahl auf das Königtum bezogen, trotzdem er von ihr ausdrücklich kaiserliches Recht ableitet, vgl. oben S. 52.

Recht gründet, den kein Papst bestätigt noch gekrönt hat, nach Friedrichs Tode unmittelbar als ihren kaiserlichen Herrn anzuerkennen¹, wenngleich die kaiserliche Würde ihm erst durch die päpstliche Salbung zukommt, die zu erwirken die Fürsten ihn mit Rat und Tat unterstützen werden.

In diesem historischen Zusammenhang erscheinen die Wahl Konrads und das fürstliche Dekret als ein neues mächtiges Zeugnis des staufischen Imperialismus. Noch einmal führt Friedrich II. die Gedanken Friedrichs I. und Heinrichs VI., Philipps und seines Kreises zum Siege; aus ihrem Geist heraus wird einem Gregor IX. — kurz vor dem Ausbruch des entscheidenden Kampfes — wieder entgegengehalten, daß die oberste weltliche Gewalt durch Gottes Willen zu den Deutschen gekommen ist und von ihren Fürsten in freier Wahl vergeben wird.² Schon in seinem Rundschreiben nach der ersten Exkommunikation von 1227 hatte er einmal ausgesprochen³, daß er selbst nach Deutschland auf den Ruf der Fürsten gekommen sei, „durch deren Wahl ihm die Krone des Reichs geschuldet wurde“. Jetzt auf der Höhe des Erfolges, als er sich der Rücksichten überhoben glaubte, die ihn durch Jahrzehnte hin gehemmt, nahm Friedrich II. offen das Programm auf, das ihm als Erbe der Väter überkommen war, konnte er daran denken, durch das freie Wahlkaisertum⁴ des Sohnes die

¹ Nicht einmal von einer Aachener Krönung zum römischen König ist die Rede. — Eine überraschend vollständige Analogie zu dem Dekret von 1237 bietet die Urkunde des Herzogs Rudolf von Sachsen über die Wahl Heinrichs von Niederbayern aus dem J. 1333; vgl. darüber die erste Beilage.

² Engelmann a. a. O. S. 47 hat den Gegensatz zum Papste gut erfaßt. Gregor IX. scheint bereits 1235 Konrads Wahl haben verhindern wollen, vgl. unten S. 151 N. 2.

³ MG. Const. II, 150 nr. 116: ‚Cumque non inveniretur alius, qui oblatam imperii dignitatem . . . vellet assumere, . . . vocantibus nos principibus, ex quorum electione nobis corona imperii debebatur‘. — Auffallend ist, daß Friedrich sagt, in Aachen ‚imperii diadema‘, später vom Papste ‚sollemniter imperiale dyadema‘ erhalten zu haben. Im J. 1220 erklärte er (p. 110 nr. 86): ‚de manu . . . pontificis suscepimus imperii diadema‘ (so auch Honorius III., MG. Epistolae saec. XIII. I, 104). Auch über Krone und Krönung würde noch besonders zu handeln sein.

⁴ Wenn die Vermutung zuträfe, daß Heinrich VI. im Dezember 1196 zu Frankfurt den zweijährigen Sohn zum Kaiser hätte wählen lassen (vgl. oben S. 61 ff.), so würde Friedrich II. im J. 1237 dem Beispiel gefolgt sein, das ihm der Vater gegeben hätte. Jedenfalls hat die Wahl von 1198 als

Unabhängigkeit des kaiserlichen Gesamtstaats — dem jetzt wohl gar Sizilien eingeordnet werden sollte — vor der Welt offen darzutun. In einem, ich möchte wohl glauben sehr bewußten, Gegensatz gegen die Theorien Innocenz' III. und gegen die eigene von der Kurie angeordnete und bestätigte Wahl zum Kaiser läßt er die Fürsten Deutschlands ihr Recht verkünden, als der Senat des neuen heiligen römischen Reichs über das imperium zu verfügen. Noch einmal fand in der Verteidigung des imperialen Gedankens der staufische Herrscher die deutschen Reichsfürsten an seiner Seite.

Als in kurzem nach Friedrichs Niederlage vor Brescia Gregor IX. dem staufischen Kaisertum den Krieg ansagte, den ein Innocenz IV. bis zur Vernichtung zu führen entschlossen war, da weckte Friedrich in einem Aufruf an das deutsche Volk die stolzen nationalen Erinnerungen, die sich an die kaiserliche Welt-herrschaft knüpften¹: „Wach auf, unbesiegt Germanien, steht auf, Völker der Germanen! laßt uns für uns das imperium verteidigen, das unser ist, durch das ihr zum Neide der anderen Nationen die Herrschaft der Welt besitzt! duldet nicht, daß der Pontifex das Szepter des römischen Reichs — um Euch des Vorrangs so hoher Würde zu berauben — anderen Königen anbietet und gleichsam als sein eigenes darüber verfügt!“

Auf dem Wege, den Friedrich I. gewiesen, schützt jetzt der Enkel die höchste weltliche Gewalt vor der Oberherrlichkeit der Päpste: der staufische Reichsgedanke und das Recht der Kaiserwahl durch Deutschlands Fürsten stützen sich gegenseitig; eines ist die Voraussetzung des andern.² Heinrich VI. war mit seinem

ein Vorbild zu gelten. Es bleibt sogar die Möglichkeit, daß Friedrich II. — wie es 1196 und vielleicht auch zunächst 1198 geschah und wie Otto IV. es wieder ansah — Sizilien als Teil des imperium betrachtet wissen wollte (vgl. oben S. 24. 62; Gött. Gel. Anz. 1909 S. 379 ff.). Hätte er deshalb von einer Krönung zu Aachen ganz abgesehen und nur die (im Wahldekret allein erwähnte) Weihe zu Rom vornehmen lassen wollen, so würde die Parallele mit der für das J. 1196 vermuteten Entwicklung vollkommen sein.

¹ MG. Const. II, 312 nr. 224: „Exurgat invicta Germania, exurgite populi Germanorum; nostrum nobis defendatis imperium, per quod invidiam omnium nationum . . . mundi monarchiam obtinetis, quod etiam ut a vobis tante magnitudinis principatum . . . pontifex in perpetuum abdicaret, Romani sceptrum imperii regibus singulis optulit et quasi proprium remisit“.

² Die Anknüpfung an das altrömische Reich überhaupt, der Satz

großen Plan gescheitert, weil sich gegen die Erbmonarchie das Papsttum und die Fürsten zusammenfanden. Allerdings ist Friedrich II. dem Versuche Innocenz' IV., über das ganze staufische Haus hinwegzuschreiten und durch Wahl allein über das Reich verfügen zu lassen, leidenschaftlich gegenüber getreten; er schützt den durch das deutsche Recht und die Geschichte gewährten Anspruch auf die Nachfolge des Geschlechts. Aber zugleich erkennt er unumwunden an, daß die deutschen Fürsten es sind¹, denen die Wahl im Reiche zusteht.²

„exercitus facit imperatorem“ (vgl. oben S. 86) wirken darauf hin, dem „kaiserlichen“ Wahlrecht der Fürsten die historische Grundlage zu schaffen. Weil sie das Kaisertum übertragen, soll es unabhängig vom Papste sein. Und weil der deutsche König an die Spitze des imperium Romanum tritt, muß er gewählt werden, darf Deutschland nicht ein Erbreich sein.

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 3506; MG. Const. II, 369 nr. 263: „cui iuris rigor imperii Romani fastigium per legitimos tramites paterne successionis attribuit et universorum Germanie principum, ad quos de iure imperii spectat electio, singulorum concorditer munita signaculis . . . publica munimenta roborant dignitatem“. Die Worte über das Wahlrecht sind vielleicht der Absetzungssentenz entlehnt, vgl. unten S. 173.

² Daß Friedrich den Fürsten „das Recht über die Nachfolge zu bestimmen“, entwinden, „den Übergang zum Erbkaisertum wenigstens vorbereiten“ wollte, wie Krammer, Reichsgedanke S. 63. 56 behauptet, ist nicht richtig. Er hat Friedrichs Testament mißverstanden. Wie sollte der Kaiser — im J. 1250! — „kraft seiner Allgewalt den Nachfolger ernennen und der Hochadel des Reichs sich der kaiserlichen Entschließung bereitwillig unterwerfen“? wie konnte er jemals seit 1239 „den Zeitpunkt, wo dies Ideal verwirklicht sein würde, als einen nicht allzu fernen betrachten“? Friedrich setzt allerdings letztwillig (Const. II, 385 nr. 274) „Konrad, den zum römischen König Erwählten“ zum Erben im Reich und in Sizilien ein. So regelt er für seinen Teil die „legitima trames paterne successionis“ (vgl. N. 1), nachdem der andere konstituierende Faktor durch die Wahl sich längst für Konrads Nachfolge als „futurus imperator“ entschieden hatte. Und wenn Friedrich bei Konrads kinderlosem Tode erst Heinrich, den Sohn Isabellas, und dann Manfred als Erben nennt, so gilt — das kann nach der Gesamthaltung Friedrichs II. nicht zweifelhaft sein — diese Erbsetzung nur als der eine bestimmende Rechtsgrund für die Nachfolge im imperium; sie ist eine Eventualdesignation, die erst durch die „electio universorum Germanie principum ad quos de iure imperii spectat“ zum Antritt der Herrschaft im Reiche berechtigt. Vgl. auch Friedrichs testamentarische Verfügung von 1228 bei Richard von S. Germano (SS. rer. Germ. p. 69), die die hier vorgetragene Auffassung der Bestimmungen vollauf bestätigt, und ganz besonders den Schluß des Gesetzes zugunsten der geistlichen Fürsten von 1220 (MG. Const. II, 91 nr. 73), § 11: „Statuentes, ut heredes nostri

Der Kaiser wußte, wieviel für den glücklichen Ausgang auf die Fürsten ankomme; und mahnte er die Könige Frankreichs und Englands, daß er gegen Innocenz IV. mit der seinen auch ihre eigene Sache führe, so erinnerte er die Reichsfürsten, daß Papst und Konzil mit der Absetzung des Kaisers auch ihr vornehmstes Recht zunichte machten. Als er mit flammender Leidenschaft vor Europa gegen den Spruch des Konzils losbricht, da verkündet er, daß dem Papste, dem von alters her nur die Weihe zustehe, so wenig wie den Geistlichen anderer Reiche, die ihre Könige weihen und salben, das Recht, den Herrscher abzusetzen, zukomme.¹ Das Urteil von Lyon sei ungültig, weil es gefällt sei in Abwesenheit und ohne Willen der Fürsten Deutschlands, von denen allein Erhebung und Sturz der kaiserlichen Würde abhänge.² Hier wird der Papst in die gleiche Stellung des ‚consecrator‘ zurückgewiesen, die ihm einst Friedrich I. neben dem Erzbischof von Köln angewiesen hatte³, und wieder wird das Kaiserrecht des Herrschers von seiner Wahl allein abgeleitet.

Wohin wir blicken, in der Wertung des Reichsgedankens und in der Überzeugung von der kaiserlichen Wahl, in der Achtung vor dem fürstlichen Recht und in der Abwehr des päpstlichen Angriffs, überall leben in dem Entscheidungskampfe Friedrichs II. die Gedanken auf, mit denen die staufischen Herrscher durch ein Jahrhundert für das imperium und für den weltlichen Staat gegen das Papsttum gefochten haben.⁴

et successores in imperio ea rata conservent et exequantur. — Für die Beurteilung der Manifeste seit dem Konzil von Lyon ist immer zu beachten, daß Friedrich II. sich und das Kaisertum gegen den umfassenden Angriff des Papstes verteidigt.

¹ MG. Const. II, 362 nr. 262: „Nam licet ad eum de iure et more maiorum consecratio nostra pertineat, non magis ad ipsum privatio seu remocio pertinet quam ad quoslibet regnorum prelatos qui reges suos . . . consecrant et inungunt“. — Ein interessantes (schon von Domeier herangezogenes) Seitenstück bietet Helmold, der bei der Empörung gegen Heinrich V. im J. 1105 den Erzbischof von Mainz sagen läßt (I, c. 32, ed. Schmeidler p. 62): „Nonne officii nostri est regem consecrare, consecratum investire? quod igitur principum decreto impendere licet, eorundem auctoritate tollere non licet? quem meritum investivimus, immeritum quare non divestiamus?“

² p. 365: „quam nulla nostrorum Germanie principum, a quibus assumptio status et depressio nostra dependet, presentia vel consilia firmaverunt“.

³ Vgl. oben S. 12 N. 2.

⁴ Vgl. auch Hauck, Kirchengesch. IV, 817 f.

Allein niemand, der den Ausgang des Staufergeschlechts vor Augen hat, wird verkennen, daß dem Ideal nicht mehr die werbende, hinreißende Kraft innewohnt, die in den Zeiten Friedrichs I. und Heinrichs VI., die noch im Beginne des 13. Jahrh. die Herrscher mit Fürsten und Volk zu seiner Verteidigung zusammengeführt hatte. Was auch sonst dahin wirkte, daß die Worte Friedrichs II. an Deutschland ohne nachhaltigen Eindruck vorübergingen¹, das Bedeutendste war der Wandel der Zeiten, der durch das Vordringen päpstlicher Kirchenregierung und kirchlicher Erziehung die Gedanken der Weltherrschaft der Papstkirche tief in die Gemüter pflanzte; sie trugen es über die stauferische Kaiseridee davon und gestatteten einem Gregor IX. und vor allem Innocenz IV., mit durchgreifenden Mitteln für sie zu kämpfen, die für Innocenz III., wenn auch nicht außerhalb des Gesichtskreises, so doch jenseits der Grenzen des politischen Vermögens lagen.

Eine wertvolle Hilfe, deren sich die Kirche mit dem allzeit ihr eigenen Geschick zu bedienen wußte, hatte Friedrich II. selbst ihr bereitet; dem Siege der Päpste über das Kaisertum ist der Weg geebnet worden durch die Verwaltungsordnung, die der Kaiser dem imperium gegeben hat. Sie ist es, die vor der Welt das Bild des römischen Reichs an einem entscheidenden Punkte verschoben hat.

Wir haben hier nach den letzten Gründen, die Deutschlands Verhältnis zum imperium in der ersten Hälfte des 13. Jahrh. bestimmten, nicht zu suchen und nicht zu forschen, welche Unterströmungen nationaldeutschen Lebens, von dem höheren Fluge des Imperialismus unberührt, durch die Jahrhunderte fortgewirkt und welche Gegensätze von innen heraus die Einheit der drei im römischen Königreiche vereinigten regna gefährdet haben: genug ist es hier, die Tatsache herauszuheben, daß Friedrich II. durch die Maßnahmen seiner Verwaltung das meiste dazu getan hat, die Vorstellung von der Besonderheit des regnum Alamanniae zu fördern; „losgelöst aus der Gesamtheit des Kaiserreichs wurde es der Regierung unmündiger Söhne überlassen“.²

¹ Nur der fürstliche Ausgleichsversuch von 1239/40 kann als eine Erinnerung an die Vorgänge unter Friedrich I. gelten.

² Ficker, Forschungen zur Reichs- u. Rechtsgeschichte Italiens II, 431.

Unter Friedrich II. gab es in dem imperium seit dem Jahre 1220 und bis zu seinem Tode einen besonderen Verwaltungsbezirk, der für sich das deutsche Königreich umfaßte und einer bestimmten, vom Kaiser geordneten Gewalt unterstand.¹ Heinrich hatte sie als König geübt; allein sein Versuch, sich die vollen Rechte des rex Romanorum anzueignen, hatte den Kaiser gemahnt, den zweiten Sohn Konrad nur zu seinem Statthalter über Deutschland zu setzen, die Wahl zum römischen König und zukünftigen Kaiser so zu gestalten, daß zu Lebzeiten des Vaters selbständige Herrscherrechte von ihr nicht abzuleiten waren. Aber so erheblich sonst die rechtliche Scheidung war, es ist leicht zu begreifen, daß sie im allgemeinen dem Volke verborgen blieb; denn die Wahl Konrads war in aller Form vollzogen, und die Gewalt, die er, der „erwählte König der Römer“, nicht durch sie, sondern allein kraft kaiserlichen Auftrags als Regent Deutschlands übte, äußerte sich den Untertanen gegenüber nicht anders als diejenige, die Heinrich zuerkannt worden war und deren Überschreitung er, allen sichtbar, mit der Absetzung geübt hatte.

Daß ihre Rechtsgrundlage verändert war, berührte den Kaiser, seinen Sohn und die deutschen Fürsten; für alle übrigen herrschten Heinrich und Konrad als „Unterkönige“ mit einer Gewalt, die in ihrer Beschränkung² offenbar der kaiserlichen untergeordnet war.³ Sie waren — zum ersten Male wieder in einem bestimmten Rechts-

¹ Konrad IV. erklärt einmal in dem Aufruf zum Kampf gegen die Tartaren (Böhmer-Ficker Reg. nr. 4438): „quod tantum imperium in ista parte Alpium . . . defendamus“.

² Diese tritt allerdings unter Konrad für uns aus den Urkunden stärker hervor als unter Heinrich. Aber das waren — von den Tagen der Konflikte abgesehen — nur leise Abtönungen, die von den Zeitgenossen kaum bemerkt sein werden.

³ Vgl. oben S. 138 N. 2 Stengels Bemerkungen. — Weil hier mancherlei an die im einzelnen richtigen Ausführungen Krammers, Reichsgedanke S. 61. 81 scheinbar erinnert, so sei ausdrücklich hervorgehoben, daß Krammer das Unterkönigtum Konrads als die von Friedrich II. „umgedeutete“ Gewalt des römischen Königs ansieht. Ich habe oben S. 138 nachgewiesen, daß Konrads Amtsauftrag mit seiner Designation zum König und Kaiser nichts zu tun hat. Von der auf den Verwaltungsmaßregeln Friedrichs beruhenden Sonderstellung des regnum Alemanniae innerhalb von regnum und imperium Romanum, auf die allein für uns es hier ankommt, weiß Krammer nichts.

sinn¹ — Könige allein für Deutschland, „Herrscher im deutschen Königreich“.²

Es ist klar, daß diese Herrschaft von Friedrichs Söhnen mit dem *regnum Romanum* der Salier- und Stauferzeit nichts mehr gemein hatte; ihr Umfang entsprach dem Gebiet, über das im 10. Jahrh. die Sachsenkönige geboten³, bis Otto I. Italien erwarb. Ebenso bestimmt schied sich ihr Rechtskreis von dem des *rex Romanorum*: denn während dieser mit kaiserlicher Gewalt re-

¹ Das allein steht natürlich hier in Frage. Die so häufig wiederkehrenden Ausdrücke für den „deutschen“ König oder Kaiser und das „deutsche Reich“ mag man in Vigeners schätzenswerter Sammlung „Bezeichnungen für Land und Volk der Deutschen“ zusammenstellen. Ich hebe aus ihnen nur die Quellen heraus, in denen der Gegensatz zum ‚*regnum Romanum*‘ die Beziehung auf den geographischen Bezirk Deutschland, der jetzt zugleich ein Verwaltungsbezirk ist, sicher stellt:

Ann. Marbac. q. d. p. 97 zu 1235: ‚*qui nobile regnum Alemannie integrum . . . sibi reliquerat*‘; vgl. auch zu 1211 (p. 81): ‚*per totum regnum Alemannie*‘ (um 1244/5 geschrieben!); Ann. Wormat. (SS. XVII, 45): ‚*Conradum regem filium suum et regnum Teutonie commisit Conrado archiepiscopo Moguntinensi*‘; Caesarii Heisterbac. Vita Engelberti I, c. 5 (Böhmer, Fontes II, 299): ‚*Heinrici filii sui constituens tutorem et totius regni Romani per Alemanniam provisorem*‘. In der Chron. regia Colon. Cont. IV zu 1225, p. 255: ‚*ab Engilberto archiepiscopo qui tunc regni Teutonici gubernacula tenebat*‘; 1237, p. 271: ‚*Conradum adhuc puerum, prius in Austria regem Theutonie designatum*‘; Contin. V. a. 1249, p. 297: ‚*papa, ut devotio fidelium in regno Alemannie magis proficeret, . . . Conrado archiepiscopo . . . commisit legationis officium per totum regnum Alemanie exequendum*‘ (hier spielt auch die kirchliche Einteilung wieder mit, vgl. unten S. 183 N. 1). — Zwei wichtige Äußerungen der Päpste Honorius’ III. und Gregors IX. liegen vor; 1221 über Heinrich (MG. Epist. saec. XIII. I, 125 nr. 178): ‚*regnat in Theotonia natus tuus*‘; 1240 über Konrad (p. 675 nr. 776): ‚*qui se facit regem Teutonie appellari*‘. — Von den Äußerungen in Schreiben Friedrichs II. selbst sehe ich hier ganz ab; auch habe ich die Stellen, wo etwa ‚*principes regni Teutonici*‘ als Reichsfürsten erscheinen, bei Seite gelassen. Dagegen sei noch bemerkt, daß Konrad wiederholt ‚*rex Suevie*‘ heißt (vgl. auch Vigener S. 250), weil hier die Tatsache, daß sein Königtum nicht auf das *regnum Romanum* bezogen wird, offenkundig vor Augen liegt.

² Es kam schon vor, daß 1226 die Bürger von Cambrai sich weigerten, in Italien vor dem Kaiser in einer Rechtssache zu erscheinen, die ‚in curia Alemannie‘ entschieden werden sollte. Darauf verkündete Friedrich, dort sei überall ‚*Alemannie curia, ubi persona nostra et principes imperii nostri consistunt*‘ (MG. Const. II., 135 nr. 106).

³ Nur Hochburgund war hinzugelegt worden.

gierte, standen Heinrich und Konrad als „deutsche“ Könige unter dem Kaiser, der das Königreich Italien mit dem Arelat der eigenen Verwaltung eingeordnet hatte und sie von Sizilien aus durch seine kaiserlichen Beamten leitete.¹ Damit war die historisch erwachsene Einheit des *regnum Romanum* durch die Organisation des *imperium* Friedrichs II. zerrissen worden: sein Kern, das alte deutsche Reich, war zu einem Sondergebiet unter einer, in gewissen Grenzen selbständigen königlichen Regierung geworden; unter dem Kaiser aber standen unmittelbar Italien und das Arelat. Das *regnum Teutoniae* erschien aus der Vereinigung mit dem *regnum Romanum* gelöst², das *regnum Italiae*, wie nur je gegen Ende des 9. Jahrh., als das Herzland des *imperium Romanum*.

Die Zergliederung des territorial gebundenen *regnum Romanum* in seine Teile und ihr Aufgehen in einen Kaiserstaat, in dem nur Deutschland einen Rest der Selbständigkeit bewahrte, ist von außerordentlichem Werte für ein Papsttum geworden, das zur Oberherrschaft über den Kaiser emporstrebte und verkündete, daß alle kaiserlichen Rechte vom apostolischen Stuhl ableiteten.

¹ Auf die Vereinigung mit Sizilien (vgl. oben S. 124. 141 N. 4) ist hier nicht einzugehen.

² Auch im Testamente Friedrichs II. kommt dies zur Geltung darin, daß, solange Konrad IV. ‚in Alemannia vel alibi extra Regnum‘ sich aufhalte, Manfred Reichsverweser in Italien und Sizilien sein solle (Const. II, 385 nr. 274 § 2).

Vierter Teil.

XII.

Die päpstliche Weltherrschaft und das Kaisertum.

Die beiden gewaltigen politischen Päpste, Gregor IX. und Innocenz IV., haben das Ideal kirchlicher Weltregierung, von dem Innocenz III. getragen war, als rechte Erben seines Geistes der Wirklichkeit nahegebracht.¹ Sie haben den Kampf gegen das staufische Kaisertum mit seiner staatsbewußten Unabhängigkeit aufgenommen. Mit dem geistlichen Schwert, mit den Waffen des Geistes, die das kanonische Recht geschmiedet, mit den ergebenen Truppen, die ihnen vor allem die Bettelorden stellten, haben sie dem Papsttum die allbeherrschende Stellung gewonnen. Innocenz IV. konnte nach dem vorzeitigen Ende Friedrichs II. glauben, daß Deutschland mit seinem Herrscher dem Willen der Kurie gebeugt sei. Mit reicherm Erfolg als dem großen Vorgänger, der diesen Weg zum Ziel ersonnen, diente ihm zum Mittel der Gedanke der Kaiserwahl, den soeben noch Friedrich II. bei Konrads Designation und in den Aufrufen gegen die Päpste in seiner ursprünglichen Reinheit verkündigt hatte, den jetzt die Lehrer und Ausdeuter der Dekretalensammlung Gregors IX. zur Grundlage der Papstherrschaft über das Kaisertum zu machen wußten.

¹ Für die folgenden Abschnitte verweise ich auf die beiden letzten Teile des schönen Buches von V. Domeier, Die Päpste als Richter über die Könige (Gierkes Untersuchungen, Heft 53). Es ist ein bedeutender Versuch, den Kampf Friedrichs II. mit den Päpsten aus dem Gegensatz der Weltanschauungen zu begreifen, und zeugt auch da, wo man nicht zustimmen mag, von selbständigem, auf den Quellen ruhenden Verständnis der geistigen Bewegung jener Tage. Erst die neue, durch die „Kaiserwahl“ bedingte Fragestellung und die umfassendere Benutzung des Dekretalenkommentars Innocenz' IV. gestatten, das von Domeier entworfene Bild zu vertiefen. — Die Manifeste aus der Zeit des Kampfes umfassend heranzuziehen, habe ich verzichtet.

Gregor IX. hatte den Willen, die Hierokratie auch über dem staufischen Kaisertum aufzurichten: Konstantin selbst habe bekannt, daß dem Stellvertreter des Apostelfürsten, dem auf dem ganzen Erdkreis die Herrschaft über das Priestertum und über die Seelen zukomme, auch die Leitung der weltlichen Angelegenheiten und der Körper eigne.¹ Der Bann, den der Papst 1227 gegen Friedrich geschleudert hatte, war nur ein Vorspiel gewesen; erst als der Kaiser daran geht, die Lombarden der kaiserlichen Macht zu unterwerfen, da tritt der unversöhnliche Gegensatz beider Gewalten hervor. Das Ringen der Weltanschauungen, die in Papst und Kaiser sich verkörpern, wird zum Krieg um Italien, um das Land, das — nach Gregors Worten² — Konstantin, als er seinen Sitz nach Griechenland verlegte, der Verfügung des Papsttums überlassen hatte. Aber als der Papst zum zweiten Male die Exkommunikation über Friedrich aussprach, ging er zugleich gegen das Kaisertum selbst vor. Die Untertanen wurden vom Treueid gelöst; Gregor dachte daran, dem Staufer einen mit seiner Hilfe erhobenen Herrscher entgegenzustellen.³

Wir sind über die Bemühungen, die erst mit seinem Tode ihr Ende fanden, und über das gärende Parteigetriebe dieser Jahre vor allem durch Albert Beham, den Passauer Dekan, unterrichtet, der einer der rührigsten diplomatischen Agenten des Papstes in Deutschland war.⁴ So vorsichtig nun seine Angaben zu verwerten sind, sie geben uns guten Aufschluß über das, was der Zeit als möglich galt. Wir entnehmen ihnen, daß man darauf ausging, in Deutschland einen Gegenkönig zu erheben⁵, der na-

¹ MG. Epistolae saec. XIII. I, 604 nr. 703. Vgl. hier und zum folgenden die gedankenreiche Darstellung von Hauck, Kirchengesch. IV, 781 ff.

² A. a. O.: *„Italiam apostolice dispositioni relinquens“*. — Die Bedeutung des Lombardenbundes für das Verhalten Gregors hat scharf herausgearbeitet C. Köhler, Das Verhältnis Friedrichs II. zu den Päpsten seiner Zeit (Gierkes Untersuchungen, Heft 24).

³ Domeier, Die Päpste als Richter S. 67, macht wahrscheinlich, daß er bereits die förmliche Absetzung Friedrichs ausgesprochen habe.

⁴ Höfler, Albert von Beham (Bibliothek des literarischen Vereins XVI). Außer seinem Konzeptbuch sind wir bekanntlich auf die Auszüge Aventins angewiesen.

⁵ Vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 11228; zu Lebus, Albert Beham p. 6; zu Bautzen p. 16; p. 20: *„electio regis in Alemannia retardatur“*. Vgl. Ann. Stadenses (MG. SS. XVI, 367) zu 1240: *„Papa Gregorius . . . principes super electione alterius sollicitavit“*. Man dachte an einen dänischen Prinzen (nach

türlich mit vorheriger Zustimmung des Papstes gewählt und von ihm bestätigt werden sollte. War es schon unerhört, daß man hierbei an nichtdeutsche Fürsten dachte, so tauchten noch darüber hinaus Wünsche auf, daß der Papst über das deutsche Wahlrecht hinweggehen und selbst für das Reich vorsorgen dürfe. Zum ersten Male gewinnen die Möglichkeiten, die Innocenz III. in der *Decretale Venerabilem* offengelassen hatte¹, wenn auch noch nicht in Äußerungen des Papstes selbst², so doch in dem Treiben von Albert Beham bestimmtere Umriss. Im Sommer 1240 setzte er dem Herzog Otto von Bayern auseinander, daß die deutschen Wahlfürsten für diesmal ihr Wahlrecht verloren hätten, weil sie es nicht innerhalb der gesetzmäßigen Frist ausgeübt³; daher sei die römische Kirche, „die des katholischen Vogtes nicht entbehren könne“⁴, befugt, von sich aus über die Person eines andern Königs oder auch eines Patricius oder Vogtes zu providieren; der Papst könne sogar, ohne Rücksicht auf die Deutschen, dafür an einen Franzosen oder Lombarden denken, so daß das *imperium*, wie einst, an fremde Nationen gelangen würde. Bald darauf schrieb

Roethe, Reinmar von Zweter S. 64, nicht an den Herzog Abel, sondern den Prinzen Erich). Vgl. auch Alberici *Chronicon* (MG. SS. XXIII, 949), der außer dem Dänenprinzen noch Otto von Braunschweig und Robert von Artois (über diesen vgl. auch Matthaeus Paris, MG. SS. XXVIII, 180) nennt. Die *Gesta Horti S. Mariae* c. 42 (MG. SS. XXIII, 595) erzählen, daß der Kardinallegat Wilhelm von Modena bei ihnen (April 1240) auf dem Wege nach Dänemark weilte, „se quoque missum filio Waldemari regis coronam regalem exhibere.“ Vgl. auch Domeier, Die Päpste als Richter über die Könige S. 67 N. 3.

¹ Vgl. oben S. 47.

² Er scheint sich jedoch bereits im J. 1235 darum bemüht zu haben, die Erhebung Konrads IV. an Stelle Heinrichs zu verhindern: „per nuncium suum . . . principibus nostris . . . presentibus in curia Maguntina iniunxit, ne electioni C. filii nostri minoris vel cuiuslibet . . . de sanguine nostro . . . consentirent“ (MG. Const. II, 309 nr. 224 § 5; vgl. p. 372).

³ Gemeint ist wohl die Frist von Jahr und Tag (nach der Absetzung Friedrichs am Gründonnerstag 1239), die bei der Doppelwahl von 1257 ihre Rolle spielt (Bulle *Qui celum*; Zeumer, Quellensammlung S. 88, § 8): „presertim cum de anno et die post vacationem imperii quindecim dies solummodo superessent“. Ihrer würde damals 1240 zum ersten Male gedacht sein. Der Termin hat natürlich nur dann Sinn, wenn wirklich eine Absetzung erfolgt war, vgl. oben S. 150 N. 3.

⁴ Vgl. in der *Dekretale Venerabilem* (Zeumer a. a. O. p. 26): „numquid enim . . . apostolica sedes advocato et defensore carebit“?

Albert nach Rom¹, daß deutsche geistliche und weltliche Fürsten sich damit einverstanden erklären würden, wenn Gregor selbst ohne Wahl, nur nach Vereinbarung mit ihnen einen König bestimmen oder auch einen ‚capitaneus‘ für die Lombardei und Tuszien einsetzen würde.²

So viel ist klar, daß Gregor IX. einen geeigneten Kandidaten für die kaiserliche Würde auch außerhalb Deutschlands zu suchen begann³; wenn auch zunächst damit gerechnet wurde, den vom Papste präsentierten Prinzen durch die „Kaiserwahl“ der Fürsten — wie es für Friedrich II. im J. 1211 geschehen war — erheben zu lassen, so mochte doch, wenn es not tat, ihr Wahlrecht beiseite geschoben und eine ‚provisio imperii‘ vielleicht nur durch päpstliche Ernennung geübt werden.⁴ Jedenfalls sollte ihm, wenn

¹ Albert Beham p. 16: ‚conculcarem sibi soli, quod hac vice ius electionis ipse et sui coelectores amisissent, ex eo quod intra tempus legitimum ius suum non fuissent prosecuti, alium videlicet regem eligendo, et quod ecclesia Romana, que advocato catholico diu carere non potest, maxime cum ab hereticis impugnetur, sibi providere poterit de persona alius, Gallici vel Lombardi aut alterius, in regem vel patricium aut etiam advocatum, Teutonicis inconsultis, et per hoc posset imperium, sicut prius, ad exterarum nationes pervenire‘. Otto soll geantwortet haben, daß er bei solchem Vorgehen des Papstes gern auf seine beiden Wahlstimmen verzichtet hätte.

² Albert Beham p. 22: ‚si secretissimum cordium principum Alamannie spiritualium et secularium scire cupitis et de omnibus ad ecclesie honorem informari, quodsi et per vos, tantum sine electione principum et tantum de bona voluntate ipsorum, novum cupitis regem creare aut etiam capitaneum facere Lombardie vel Tuscie, virum videlicet strenum, potentem in armis et militibus, ad honorem ecclesie Romane iuxta desiderium cordis vestri . . .‘.

³ Zu dem oben S. 150 N. 5 Angeführten beachte auch Chron. regia Colon. Cont. V, p. 273 zu 1239: Jacob von Praeneste ‚proponit ad mandatum pape Romanum imperium, quod dicebatur vacare, a Germanis transferre in Gallos‘. Im übrigen können die entscheidenden Folgerungen aus den Äußerungen jener Zeit erst gezogen werden, wenn wir den Standpunkt Innocenz' IV. kennen; vgl. unten S. 178.

⁴ Innocenz IV. hat in der Glosse zur Dekretale Venerabilem dies Recht des Papstes ausdrücklich begründet, vgl. unten S. 171. Bonifaz VIII. hat sich nur ihm angeschlossen, wenn er in der Konsistorialrede vom 30. April 1303 erklärte (Niemeier, Beziehungen Albrechts I. zu Bonifaz VIII. S. 116): ‚Et attendant hic Germani, quia, sicut translatum est imperium ab aliis in ipsos, sic Christi vicarius successor Petri habet potestatem transferendi imperium a Germanis in alios quoscunque si vellet, et hoc

er nicht so weit gehen wollte, freistehen, für die Gebiete der Lombardei und Tusziens einen obersten Beamten zu setzen; zum ersten Male werden hiermit staatsrechtliche Folgerungen aus der Sonderstellung gezogen, die dem *regnum Italiae* nach Gregors Wunsche kraft der Konstantinischen Schenkung¹ innerhalb des *imperium Romanum* zufallen sollte.²

Indessen bis zum Tode Gregors blieben alle Hoffnungen fromme Wünsche³; es bedurfte geraumer Zeit, ehe das leidenschaftliche Wühlen mit dem Übergang der Erzbischöfe von Mainz und Köln zur päpstlichen Partei Erfolg zu versprechen begann. Der Bischof von Freising sprach aus, was sicherlich ein großer Teil seiner Fürstengenossen mit ihm empfand, daß der Papst kein Recht habe, an der Besetzung des deutschen Thrones mitzuwirken.⁴ Noch war die Stimmung wach, die einst in dem Speierer und in dem Hallischen Schreiben lebendig geworden war.

Innocenz IV. war entschlossen, mit ganzer Kraft durchzugreifen und im offenen Ansturm durch die Wucht des umfassenden Angriffs Friedrich zu stürzen und zugleich das selbständige staufische Kaisertum zu fällen. Sein Auftreten zu Lyon sowohl bei der Absetzung Friedrichs wie bei der Anordnung einer neuen Wahl ist ein Ausfluß jener allgemeinen Grundsätze, von denen er die päpstlichen Rechte über den Kaiser ableitete. Indem ihr

sine iuris iniuria‘. Vgl. die vorige Anmerkung und oben S. 15 N. 3 das Wort Hadrians in dem angeblichen Brief an Erzbischof Hillin: *‘ecce in potestate nostra est, ut demus illud cui volumus’*; dazu auch Gervasius Tilburiensis (MG. SS. XXVII, 382): *‘nec cedit imperium cui vult Teutonia, sed cui cedendum decrevit papa’*. Danach sind Wilhelms Ausführungen in den MIÖG. Ergänzungsband VII, 8 umzugestalten.

¹ Vgl. oben S. 150 N. 2.

² Auch hierin zeigt sich, wie das Verhalten der Päpste während des Interregnums auf den Gedanken weiterbaut, die — im Anschluß an Innocenz III. — während des Kampfes mit Friedrich II. zum ersten Male Gestalt gewannen.

³ Über den Gegensatz von Papst und Kaiser wegen des Konzils, bei dem ebenfalls das Verhältnis des geistlichen und des weltlichen Schwertes in Betracht kam, vgl. Domeier, Die Päpste als Richter S. 70 f.

⁴ Albert Beham p. 5: *‘audio Chuonradum episcopum Frisingensem dicere nos nil iuris in Alamannia habere’*. Wertvoll ergänzt wird hierdurch die Nachricht des Albert von Stade (MG. SS. XVI, 367): *‘quidam principum ei (scil. pape) rescripserunt, non esse sui iuris imperatorem substituere, sed tantum electum a principibus coronare’*.

Wesen erkannt wird, gewinnen die Einzelereignisse auch für unsern Blick die ihnen innewohnende allgemeine Bedeutung zurück. Der Kampf Innocenz' IV. gegen Friedrich II. wird zum siegreichen Vorstoß der papalen gegen die imperiale Idee von der Weltherrschaft.

Als oberstes Prinzip erschien Innocenz die gottgewollte Übertragung aller irdischen Gewalt über Seele und Leib an das Papsttum; ihm ist die Herrschaft über die Welt in ihrem ganzen Umfang anvertraut. Der Papst hat jedoch nach Gottes Verfügung die Verwaltung der rein weltlichen Angelegenheiten der Menschheit an den Kaiser abgegeben: dieser ist ihm daher durch ein besonderes Band verknüpft und verpflichtet.

Der Gedanke der päpstlichen Weltherrschaft¹ hatte in jahrhundertelanger sorgsamer Pflege allmählich die Gestalt gewonnen, in der Gregor IX. und Innocenz IV. ihn als Offenbarung des göttlichen Willens übernahmen.² Geschlecht auf Geschlecht hat

¹ Vgl. außer den eindringenden Ausführungen von J. Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht III, 519 ff. das gehaltvolle Leipziger Universitätsprogramm (1904) von A. Hauck, Der Gedanke der päpstlichen Weltherrschaft bis auf Bonifaz VIII.

² Gregor IX. begründet im J. 1236 die Konstantinische Schenkung (MG. Epist. saec. XIII. I, 604 nr. 703): „sicut principis apostolorum vicarius in toto orbe sacerdotii et animarum regebat imperium, sic in universo mundo rerum obtineret et corporum principatum; et existimans illum terrena debere sub habena iustitie regere, cui Dominum noverat in terris celestium regimen commisisse“. Innocenz IV. sagt in der Flugschrift „Eger cui lenia“ (Winkelmann, Acta II, 698): „Dominus enim Iesus Christus ... in apostolica sede non solum pontificalem, sed et regalem constituit monarchatum, beato Petro eiusque successoribus terreni simul ac celestis imperii commissis habenis“. Die mit den letzten Worten verbundenen Vorstellungen hat Hauck S. 33 ff. auf Eugen III. zurückgeführt. Sie gehören jedoch samt ihrer Begründung bereits Nicolaus II. und — als dem Verfasser — Petrus Damiani an (vgl. c. 1 Dist. XXII nebst Friedbergs N. 3); Hugelmanns Zweifel (S. 25 N. 8) sind damit hinfällig. Durch ihre Zurückschiebung vor Gregor VII. wird das Bild, das Hauck entwarf, nicht unwesentlich verändert. Dagegen hat er vollkommen recht, wenn er (S. 44 N. 4) mit Rücksicht auf sie den Papst, und nicht etwa Gott selbst, als den „coelestis imperator“ in dem Briefe Gregors IX. erblickt. Vgl. Summa magistri Rufini ed. Singer p. 47 zu c. 1 Dist. XXII: „coeleste regnum (imperium) coelestium militum, id est clericorum, universitatem cum his que ad eos pertinent dicit, terrenum vero regnum (imperium) seculares homines resque seculares appellat“.

unter der geistigen Führung der größten Päpste daran gebaut, bis der Papst, der Vikar des Apostelfürsten Petrus, der Stellvertreter Jesu Christi, schließlich als der Verweser Gottes des Herrn selbst auf dieser Erde erschien.¹ Auf ein Wort Innocenz' III. berief man sich, um zu lehren, daß Papsteswerk gleich Gotteswerk zu achten sei!²

Dem juristischen Scharfsinn Innocenz' IV. war es vorbehalten, innerhalb des umfassenden Prinzips der unbegrenzten päpstlichen Vollgewalt dem Kaisertum die Rechtsstellung anzuweisen, die ihm nach der längst vorgetragenen, jetzt herrschenden Überzeugung der Kirchenlehrer nicht neben, sondern unter den Päpsten zukam. In den Kampfschriften begnügt er sich, bestimmt zu erklären³, daß Friedrich II. das kaiserliche Schwert vom Papst infolge der plenitudo potestatis empfangen habe⁴; in seinem Kommentar aber zu den Dekretalen⁵ hat er sich in eindringenden Erörterungen die geistigen Waffen des Rechts ge-

¹ Auch diese letzte Steigerung hat schon Innocenz III. vollzogen, nicht erst, wie Hauck S. 44 annimmt, Gregor IX. Vgl. Registrum I, ep. 335 (ed. Migne 214, col. 306): *„Romanus pontifex qui non puri hominis sed veri Dei vicem gerit in terris“* und Reg. de neg. imp. nr. 107, col. 1109 (siehe auch Hergenröther, Katholische Kirche und christlicher Staat S. 420). Bei Gregor IX. heißt es (MG. Epist. I, 638 nr. 741): *„ex parte Dei omnipotentis cuius vicem in terris gerimus, licet immeriti“*. Ebenso Innocenz IV. (Winkelmänn, Acta II, 697): *„Deo, cuius vices in terris exequimur“*.

² Cardinalis Ostiensis, Lectura in decretales zu c. 13 IV, 17 in der gl. „casualiter“ (II fol. 234^b): *„Dicamus igitur cum domino Innocentio III., quod, quicquid facit papa, deus facere creditur, dum tamen evidenter non peccet nec faciat contra fidem“*. Vorher fol. 234^a gl. „recognoscat“: *„dei vicarius est in terris in temporalibus“*.

³ Winkelmänn, Acta II, 698: *„Ex hac quippe vagina, plenitudine videlicet apostolice potestatis, prefatus F. gladium precipui principatus acceperat“*. Schon Rufinus p. 47 erklärte ausdrücklich: *„summus pontifex qui b. Petri est vicarius habet iura terreni regni“*.

⁴ Mit der urwüchsigen Kraft, die wir im 20. Jahrh. zu schätzen wieder gelernt haben, ruft auch der päpstliche Kapellan Nicolaus de Carbio aus (Vita Innocentii IV. in Archivio della società Romana di storia patria XXI, 95): *„Quis ergo nisi mente captus ignorat potestatem imperatoris et regum pontificibus esse subiectam?“*

⁵ Innocentii IV. pontificis maximi in quinque libros decretalium Apparatus seu commentaria. Mir liegt die Ausgabe aus Lyon vom J. 1577 vor. Das Werk, durch Sinibald Fiesco lange vorher begonnen, ist um 1245 abgeschlossen worden.

schliffen, die er als Weltherrscher im politischen Kampfe zu führen gewillt war. Hier hat er sich über sein Ziel Rechenschaft gegeben und über die Wege Klarheit geschaffen, auf denen der Papst seine Herrschaft, wie auf dem Erdenrund überhaupt, so über dem Kaiser aufzurichten berufen sei. Wir freuen uns der seltenen Gunst, einmal die Taten eines der Richtung gebenden Staatsmänner des Mittelalters an den Theorien messen zu können, die er selbst aus der Fülle seines gelehrten Wissens als die Richtlinien seiner Politik angesehen und sich vorgezeichnet hat.¹ Uns kommt es darauf an, sie insoweit kennen zu lernen, als wir daraus das Verhalten des Papstes bei der Erledigung und Neubesetzung des Kaisertums tiefer zu begreifen vermögen.

Unsere Einsicht in die Gedanken, von denen die römische Kurie im Entscheidungskampfe mit Friedrich getragen war, wird noch dadurch vertieft, daß neben Innocenz und in stetem Anschluß an ihn² ein ihm nahestehender Geistlicher von ausgezeichnete Gelehrsamkeit, Heinricus de Bartholomaeis aus Susa, später Kardinal von Ostia, eine höchst umfangreiche *Lectura* zu den Dekretalen zusammengetragen hat.³ Als Bischof von Sisteron hat er am Konzil von Lyon teilgenommen und selbst — wenn nicht alles trügt — dem Papste jenes bisher unbeachtet gebliebene Gutachten „eines Bischofs“ über das Verfahren gegen Friedrich erstattet, das er unter die Glossen zur Dekretale *Venerabilem* aufgenommen hat.⁴ Als Erzbischof von Embrun begleitete

¹ Dies wäre die bedeutende Aufgabe einer Biographie des Papstes. Wir haben uns hier auf einige Probestücke zu beschränken, die seine Stellung über dem Kaiser betreffen.

² Überall begegnen die Bemerkungen ‚secundum dominum nostrum‘, mit denen Stellen aus dem päpstlichen Dekretalenkommentar angeführt werden.

³ *Lectura sive Apparatus domini Hostiensis super quinque libris decretalium*. Argentine 1512 (von mir als *Lectura* zitiert). — Neben diesem seltenen zweibändigen Werke besitzen wir die weitverbreitete *Summa Aurea super titulis decretalium*, die mir in einer Ausgabe von Lyon 1568 zugänglich ist. Aus der Art der Zitate (vgl. vorige N.) darf man wohl entnehmen, daß Heinrich einen großen Teil seiner Glosse noch zu Lebzeiten Innocenz' IV. vollendet hat, wenn sie auch erst sehr viel später (nach 1268) abgeschlossen wurde. Die oben S. 138 N. 4 angeführte Stelle ist sogar noch zu Lebzeiten Friedrichs II. geschrieben worden.

⁴ Fol. 62* die Glosse ‚progenitores‘. Sie beginnt ‚Consultus apud Lugdunum in concilio generali quidam episcopos‘. Sicherlich haben wir hier

er, wie wir später erfahren werden¹, im J. 1251 den Kardinal Hugo von S. Sabina auf der wichtigen Sendung nach Deutschland, um im Auftrage von Innocenz für die Sache König Wilhelms zu wirken. Seine Äußerungen dürfen daher dienen, die rechtlichen Voraussetzungen für die päpstliche Politik zu erkennen.

Innocenz² lehrte die „besondere“ enge Beziehung von Papst und Kaiser im Sinne von dessen Abhängigkeit verstehen. Prüfung und Weihe bezeugen das Recht des einen, die Stellung als eines Vogtes der Kirche und der Schwur die Verpflichtung des anderen: gemeinsam bekunden sie, daß der Kaiser vom Papste das imperium inne hat!³ — Dem deutschen Ausleger des Gratianischen Dekrets stellte das Haupt der Christenheit sein kirchenpolitisches Bekenntnis entgegen.

Früher hätte die Kurie das Kaisertum gern als ihr Lehen angesehen.⁴ Aber seit den Ereignissen von Besançon wagte sie nicht mehr, die Meinung des Herzens offen auszusprechen; selbst Innocenz III. hatte nur im vertrauten Kreise der Kardinäle von der „Investitur“ Heinrichs VI. zu sprechen gewagt.⁵ Wenn von Innocenz IV. öffentlich das kaiserliche, ihm geleistete ‚iuramentum fidelitatis et subiectionis‘ den Eiden gleichgestellt wird, die von Bischöfen ihren Königen geschworen werden⁶, so würde es, wenn

eines jener ‚consilia‘, die der Papst von einzelnen Bischöfen erbeten hat; vgl. die *Relatio de concilio Lugdunensi* § 8 (MG. Const. II, 516): ‚Sed est diligenter attendendum, quod papa in illis diebus consilium petierat singulariter a prelatiis, utrum posset vel deberet procedere per ea que manifesta fuerant contra eum et quantum ad depositionem eius omnes concordarunt‘. Ich drucke das Gutachten in der 2. Beilage ab, da es unsere nicht sehr reiche Kenntnis über die Stimmung auf dem Konzil mannigfach erweitert.

¹ Vgl. unten in Abschnitt XVI.

² Wenn auch für den Gedanken der ‚specialis coniunctio‘ aus dem kanonischen Recht noch ältere Zeugnisse aufgedeckt werden mögen, so bleibt das Verdienst des Papstes, ihn zur folgenreichsten Grundlage des Systems gemacht zu haben, ungemindert.

³ c. 10 II 2 ‚Licet ex suscepto‘; gl. ‚vacante‘ (fol. 129’): ‚specialis coniunctio est inter papam et imperatorem, quia papa eum consecrat et examinat, et est imperator eius advocatus et iurat ei et ab eo imperium tenet‘. Erweitert beim Card. Ostiensis (I fol. 229’): ‚quia papa ipsum examinat et approbat et inungit et imperator iurat ei tamquam domino et ab eo tenet imperium‘. Den entgegengesetzten Satz des Johannes Teutonicus ‚imperium non habetur a papa‘ vgl. oben S. 86.

⁴ Vgl. oben S. 11.

⁵ Vgl. oben S. 34 N. 1.

⁶ Daß der Eid ursprünglich nur ein Sicherheitseid war, hat Scheffer-

man folgerichtig schließen soll, wie der Bischofswur ein Untertanen- und zugleich ein Lehnverhältnis des Kaisers begründen.¹ Allein gerade jenes für Innocenz bestimmte Gutachten des Bischofs (von Sisteron?), das zu Lyon abgegeben wurde, scheint so wenig wie der päpstliche Dekretalenkommentar die Lehnabhängigkeit des Kaisers im Sinne zu haben; Lehns-träger² der römischen Kirche war Friedrich ja als König

Boichorst (Gesammelte Schriften I, 239 ff.) unwiderleglich nachgewiesen. Damit ist wenigstens ein Teil der Frage erledigt, die Hugelmann, Die Königswahl und das corpus iuris canonici S. 115 f. aufgeworfen hat. Für uns kommt hier nur in Betracht, daß unter Innocenz IV. die Auffassung als Lehnseid wegen des Vergleichs mit den Bischöfen nicht ausgeschlossen ist.

¹ Ich stelle den ganzen Wortlaut der — schon von Domeier, Die Päpste als Richter S. 80 gewürdigten — entscheidenden Stelle in dem Manifest ‚Eger cui lenia‘ (Böhmer-Ficker Reg. nr. 7584; Winkelmann, Acta II, 696) hierher, da sie sich eng mit den Anschauungen der Glosse berührt und sie ergänzt: ‚Aliud est enim de regibus aliis qui a suis pontificibus inunguntur, a quibus pro temporalibus subiectionis et fidelitatis recipiunt iuramenta, aliud de Romanorum principe qui Romano pontifici, a quo imperii honorem et diadema consequitur, fidelitatis et subiectionis vinculo se astringit, sicut antiquitas tradidit et modernitas approbavit. Itemque aliud est de reliquis regibus, quibus per hereditariam successionem suorum proveniunt iura regnorum, aliud de imperatore Romano, qui per liberam Germanie principum electionem assumitur, in quos ius et potestas eligendi regem in imperatorem a nobis postmodum promovendum, sicut ipsi non abnuunt sed fatentur, ab apostolica sede pervenit, que olim imperium a Grecis transtulit in Germanos (andere Fassung: ‚que Romanum imperium . . . in persona magnifici Karoli . . . in feodum transtulit occidentis‘; diese Form kommt der Dekretale Venerabilem erheblich näher). — Die Temporalien, die die Bischöfe vom König empfangen, werden hier dem ‚imperii honorem et diadema‘ (in der anderen Fassung: ‚imperii nomen, potestatis plenitudinem‘) parallel gesetzt, die der Papst dem Kaiser gibt; und in der einen Fassung wird das Reich — was sonst damals nirgends so deutlich geschieht — gar als ‚feodum‘ bezeichnet. Der Absicht nach hat die Theorie Innocenz’ IV. alles enthalten, was die späteren Päpste wie Bonifaz VIII. und Johann XXII. beanspruchten. Vgl. zu der obigen Stelle auch die Bulle ‚Romani principes‘ Clemens’ VII. (c. un. II 9 De iureiurando): ‚quum ipsi reges eiusdem ecclesie specialissimi filii sibi iuramento fidelitatis et alias multipliciter essent astricti‘.

² Lectura I, fol. 62’ (vgl. oben S. 156): ‚imperatorem qui subest ei (scil. pape) pro suis iniquitatibus poterit remove. . . Utique cum in hoc casu patroni ius patronatus advocati advocatiam et feudatarii feudum vicedomini vicedominatum beneficiati beneficium amittere debeant, sicut precipitur in concilio generali infra De penis. In quibusdam § sacri

von Sizilien; das imperium umfaßt der Schreiber wohl mit den vieldeutigen ‚beneficia‘, die einst Hadrian IV. so harmlos als ‚bona facta‘ zu erklären gezwungen war.¹ Wenn er im Anschluß an die angezogene Dekretalenstelle den Kaiser des Namens eines Vogts und Vitztums wert bezeichnet, so kommt doch auch er jener Auffassung Innocenz' IV. nahe², die dem Kaiser eher die Stellung eines Beauftragten wie eines Lehnsmannes der Päpste zuschiebt. Und war es nicht vorteilhafter, die kaiserliche Würde als päpstliche Gabe statt auf das weltliche Lehnrecht, das dem Beliehenen so viel der Vorzüge gewährte, lieber auf das Amtsrecht zu gründen und den Kaiser als Beamten darzustellen, der als solcher von seinem päpstlichen Herrn abhängig wäre³? Wenigstens einmal⁴ zeigt uns Heinricus de Segusio, daß diese früher undenkbare Anschauung der Zeit Innocenz' IV. nicht mehr fremd war. Der Kaiser als der vom Papste gesetzte Vogt der römischen Kirche konnte wirklich als ihr Beamter und Verweser ihres Rechts bezeichnet werden! Das Kaisertum wandelte sich zu einem dem Dienste der Kirche geweihten und deshalb von ihr gegebenen Amte⁵!

[c. 12 X De penis V 37], nulli convenit magis hec pena quam imperatori qui tot beneficia recepit a Romana ecclesia et ipsius existit feudatarius nec non et ei competunt, quamdiu bene regit, nomina supra dicta'.

¹ Rahewini Gesta Friderici III, c. 23 (ed. Waitz, p. 156). Doch ist zu bemerken, daß im 13. Jahrh. das rechte Lehen nur ‚feudum‘ genannt wurde, dagegen ist ‚beneficium‘ der technische Ausdruck für das kirchliche mit Einkünften ausgestattete Amt; vgl. auch oben S. 34 N. 1 in der Deliberatio Innocenz' III.: ‚corone beneficium‘.

² Vgl. oben S. 157 N. 3.

³ Vgl. ebendort auch das Wort der Lectura: ‚iurat pape tamquam suo domino‘.

⁴ Summa Aurea fol. 319': ‚quamvis iurisdictiones sint distincte quoad executionem, tamen imperator ab ecclesia Romana imperium tenet et potest dici officialis eius seu vicarius ab ecclesia Romana‘. Auch in der Summa Parisiensis des Cod. ms. Bamberg. P. II 26 heißt es zu c. 3 C. II, q. 6 zu ‚coram‘ (Schulte in Wiener Sitzungsberichte 64, 131): ‚Quod ad dominum papam de secularibus dicit quid sit faciendum, sed non precipit; vel possumus dicere, quod ipse est verus imperator et imperator vicarius eius‘. Trotzdem die Summa in der Hs. saec. XIII/XIV. bereits dem 12. Jahrh. angehören soll, ist dieser Satz sicher nicht vor der Mitte des 13. Jahrh. geschrieben.

⁵ Was Hugelmann, Königswahl S. 129, erst für das 14. Jahrh. annimmt, daß das Kaisertum als die ‚advocatia sedis apostolice‘ zum kirch-

Doch wie man immer die ‚specialis coniunctio‘ von Papst und Kaiser dem Rechte nach betrachten mochte, für Innocenz IV. kam es in erster Linie auf Eines an: der Satz, daß der Papst über dem Kaiser stehe¹ und ihm das imperium gebe, sicherte der Kirche die oberste Herrschaft in der Welt; „der Papst selbst war Kaiser“.²

Darin liegt weltgeschichtliche Leistung Gregors IX. und Innocenz' IV., daß sie, der eine durch die große, mit Gesetzeskraft ausgestaltete Sammlung der Dekretalen und der andere durch ihre Auslegung, das Lebenswerk ihrer Vorgänger, zumal Alexanders III. und Innocenz' III., zu einem einzigen Gesetzbuch der Kirche und einem einheitlichen Lehrgebäude des kirchlichen Rechts zusammengefaßt haben, das den Gedanken von der plenitudo potestatis apostolicae sedis — der seit den Tagen Gregors VII. und vor allem überwältigend bei Innocenz III. die entscheidenden Handlungen der Päpste im einzelnen geleitet hatte — als Eck- und Grundstein des kanonischen Rechtes annahm und ihn durch die Verankerung im tiefsten Grunde des christlichen Glaubens zum unangreifbaren Bollwerk der weltbeherrschenden Papstkirche machte.

Wenn das Schlüsselrecht der römischen Kirche, wie es jetzt der Menschheit gelehrt werden sollte, alle oberste Gewalt wahrhaft in sich faßte, dann wurde zum Ketzer, wer sich ihr entgegstellte³, und aus der christlichen Gemeinschaft ausgestoßen,

lichen Amt werden sollte, das gilt nicht erst für die Auffassung Johannes' XXII., sondern bereits für die Mitte des 13. Jahrh. Seine häufig treffenden Bemerkungen gehören daher in einen anderen Zusammenhang, und die Entwicklung selbst muß anders begriffen werden. — Vgl. Gierke, Genossenschaft III, 525: „Die weltliche Herrschaftsordnung bleibt dienender Bestandteil der kirchlichen Ordnung, ein Mittel für den ewigen und einheitlichen kirchlichen Zweck, eine in letzter Instanz kirchliche Anstalt.“

¹ Vgl. oben S. 159 N. 3; dazu auch Lectura II, fol. 234^b in der oben S. 155 N. 2 zitierten Glosse: ‚sed et quamvis persona imperatoris subsit pape et temporalia per consequentiam quandam‘, wo dann allerdings das besondere Recht des Kaisers an den von Gott ihm gegebenen Temporalien eingeräumt wird.

² Ebenda gl. ‚imperio‘: ‚nota papam imperatorem esse‘ c. 14 Dist. 96. — Die Frage, wie nun die Stellung von Kaiser und Papst im einzelnen geregelt und dem Kaiser doch eine gewisse Selbständigkeit zugestanden wird, bedarf einer besonderen Abhandlung.

³ Das Gutachten aus Lyon sagt — um nur ein Beispiel hier anzu-

wer neben dem Papste dem imperium und seinem Kaiser das eigene Recht zu wahren oder gar zu erkämpfen wagte. Aufgabe und Pflicht wurde es für den Papst, mit den weltlichen auch alle geistlichen Mittel der Kirche im Machtkampf gegen die Staufer zu brauchen; der nach seiner Überzeugung nicht mehr ein politischer war, sondern um einen Hauptsatz christlicher Lehre ging.

An die Spitze der Kirche aber war als Bischof von Rom derjenige getreten, der in seiner gelehrten Arbeit dem Nachfolger Petri die oberste Gewalt auf dieser Erde zugesprochen hatte. Jetzt ruhte in seiner Hand die Macht, das Ideal in die Wirklichkeit des Lebens einzuführen. Zum zweiten Male standen, wie zur Zeit Innocenz' III. und Philipps, der päpstliche und der staufische Imperialismus einander gegenüber.

XIII.

Innocenz IV.: Das Reichsverweseramts des Papstes und die „kanonische“ Kaiserwahl.

Die Oberherrschaft des Papstes über das imperium trat auch nach der kirchlichen Lehre bei der Verwaltung des Reiches, solange ein rechtmäßiger Kaiser die Regierung nach den Gesetzen leitete¹, nur ausnahmsweise in die Erscheinung. Hatte er um ihretwillen über einer gerechten Amtsführung zu wachen, den Säumigen anzutreiben oder für ihn zu handeln, so legte Innocenz dem Papste doch auch die Verpflichtung auf, gegen widerspenstige Untertanen dem Herrscher zu Hilfe zu kommen und eine Empörung zu bändigen.² Den ungetreuen Verwalter hingegen, der sich der kaiser-

führen —: „De contemptu clavium planum est, quod sufficit, quia qui Romane ecclesie privilegio detrahit, hic procul dubio in heresim labitur; fidem quippe violat qui adversus illam agit que est mater fidei, et illi hoc est deo contumax invenitur qui eam cunctis ecclesiis cognoscitur pretulisse; [c. 1] Dist. XXII. Omnes“.

¹ Es bedarf einer besonderen Arbeit über die Fälle, in denen der Papst eingreifen darf. Für die ‚iurisdictio secularis‘ findet man sie in der Glosse ‚imperio‘ zu c. 10 Licet ex suscepto X II 2 zusammengestellt (Apparatus fol. 130; Lectura I fol. 229). Ein anderes ist es mit der Einmischung ‚ratione peccati‘; vgl. auch Hugelmann, Königswahl S. 75.

² Apparatus fol. 129' zu c. 10 II 2 gl. ‚vacante‘: ‚Sed quid si [imperator] non sit negligens, sed subditi sunt sic inobedientes quod non potest facere iustitiam, tunc non credo quod succedat in iurisdictione eius, sed

lichen Krone unwürdig erwies, der kein rechter Vogt der römischen Kirche war, hat er zu entfernen, um einen geeigneten Kaiser an seine Stelle zu setzen.¹

Ein förmliches Eintreten in die kaiserlichen Gerechtsame, eine wirkliche Herrschaft des Papstes im Reiche² erfolgte nur beim Tode eines Kaisers, oder wenn sonst das imperium verwaist war. Auf die Lehre, daß der Kaiser sein Amt vom Papste halte, gründete Innocenz IV. nämlich den Schluß, daß ‚vacante imperio‘ die Befugnisse der Reichsverwaltung an das Papsttum zurückgefallen seien. Während eines Interregnums stehe daher ihm, als dem Inhaber der Obergewalt, das Recht zu, die Reichsverweserschaft zu üben.

Gelegentlich hatte schon einmal Petrus Damiani, der überhaupt mit der Hoffnung auf die Weltmacht des Papsttums den Ereignissen voraneilte³, dem Papste das Vikariat des erledigten Reiches zugesprochen.⁴ Doch beginnt die theoretische Entwicklung des Anspruchs erst mit dem Erlaß Innocenz' III. an den Bischof von Vercelli vom Mai 1206 ‚Licet ex suscepto‘.⁵ Er gestattet den

debet eum iuvare et domare rebellionem subditorum. Arg. 96. Dist. Cum ad verum [c. 6]'. Noch etwas entschiedener in diesem Sinne Lectura fol. 229'. — Es ist klar, wie hieraus das Eingreifen Innocenz' IV. für Heinrich Raspe und Wilhelm theoretisch zu begründen ist. Überhaupt ist bei dem Kommentar nie außer acht zu lassen, daß das Recht oft dazu dienen soll, die Politik der Kurie zu fördern.

¹ Vgl. die Absetzungsbulle Friedrichs II. (MG. Const. II, 508 nr. 400) und das mehr erwähnte Gutachten; auch Hugelmann a. a. O. S. 100ff. Für uns reicht es aus, hier auf den Zusammenhang des Depositionsrechtes mit der ‚specialis coniunctio inter imperatorem et papam‘ hinzuweisen, auf der das Oberaufsichtsrecht des Papstes über das Kaisertum beruht. — Im übrigen vgl. die einsichtsvolle Darlegung Domeiers S. 76ff.

² Vgl. Hauck, Gedanke der päpstlichen Weltherrschaft S. 34.

³ Vgl. auch oben S. 154 N. 2.

⁴ Epistolae I, 5 (Migne, Patrol. 144, 210). Christus sagt dort zu Papst Victor II.: ‚Et si pauca sunt ista, etiam monarchias addidi; immo sublato rege de medio totius Romani imperii vacantis tibi iura permisi‘. — Nicht ohne Humor ist es, bei Hugelmann, Königswahl S. 128 N. 1 zu lesen, wie er dort dem Herrn Studienpräfekten am f. e. Klerikalseminar in Wien für den Nachweis der höchst interessanten Stelle sich verpflichtet fühlt, sobald man weiß, daß seit 35 Jahren diese Worte allen Forschern zugänglich sind bei — Waitz, Verfassungsgeschichte, VI¹, 175; VI², 226 im Abschnitt über die Kaiserkrönung!

⁵ Böhmer-Ficker Reg. nr. 5964; c. 10 X II 2: ‚Liceat tamen ipsis ...‘

Bürgern, ausnahmsweise in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten an ihren Bischof oder an den Papst zu appellieren, wenn sie sich vom weltlichen Gericht beschwert fühlen, besonders zu einer Zeit, wo sie ‚vacante imperio‘ sich an den höheren weltlichen Richter nicht wenden können.

Diese außerordentlich vorsichtige¹ Erlaubnis, die weit entfernt ist, für die päpstliche Gerichtsbarkeit irgend ein allgemeines Recht geltend zu machen, hat Innocenz IV. die Gelegenheit geboten, seine fest begründete weitgehende Lehre vorzutragen² und sie damit zum Bestande des kirchlichen Rechts zu machen. Hier steht sie wie aus einem Gusse vor uns.

Gleich seinem großen Vorgänger spricht Innocenz aus³, daß der Papst in den Streitigkeiten des bürgerlichen Rechts keine geistliche Jurisdiktion besitze. Bei Versagen der weltlichen Gerichtsbarkeit könne er angerufen werden⁴; doch nur, so fügt er hinzu, in den Dingen, die dem imperium zustehen. Denn — so schließt die Glosse ‚vacante‘ mit der wichtigsten Erklärung an⁵ — auch bei einer Erledigung des Thrones folgt der Papst einzig im Reichsrechte dem Kaiser. Wenn in einem anderen Lande ein Richter lässig in der Rechtsprechung oder gar keiner

si se in aliquo senserint pregravari, ad tuam, sicut hactenus servatum est, vel ad nostram, si maluerint, audientiam appellare, hoc presertim tempore quo vacante imperio ad iudicem secularem recurrere nequeunt¹.

¹ Darin hat Hugelmann, Königswahl S. 108 vollkommen Recht.

² Ich bemerke, daß noch zu untersuchen wäre, inwieweit Innocenz durch die Glossen zu den *Compilationes antiquae* in seinem Kommentar beeinflusst ist. In der prinzipiellen Haltung dürfte allerdings seine Selbstständigkeit voranzusetzen sein.

³ *Apparatus* fol. 129'; vgl. *Lectura* I, fol. 229'.

⁴ Gl. ‚ad tuam‘: ‚hoc ius habet episcopus in terra, quod ad eum appellatur; sed ad papam iure imperii appellatur‘.

⁵ ‚hoc est propter defectum imperii. In iure enim tantum imperii papa succedit. Unde si alius rector alii superiori quam imperatori subditus [dahinter *Lectura* ‚mortuus esset vel vivens‘] negligens esset in reddenda ratione vel non esset rector in aliqua terra, tunc non devolveretur iurisdictio ad papam, sed ad proximum superiorem; nam specialis coniunctio est inter papam et imperatorem, quia . . . ab eo imperium tenet; et inde est, quod in iure quod ab ecclesia Romana tenet succedit papa imperio vacante‘. In der folgenden Glosse ‚imperio‘ heißt es (fol. 130): ‚hic est unus casus in quo iudex ecclesiasticus potest se immiscere seculari iurisditioni; scilicet cum imperium vacat, tamen de iurisditione tantum que ad imperium pertinet‘.

vorhanden ist, so tritt der nächste Obere an seine Stelle; zwischen Papst und Kaiser aber besteht ein besonderes Band¹, demzufolge dieser das imperium vom Papste besitzt. „Daher kommt es, daß in dem Rechte, welches der Kaiser von der römischen Kirche hält, der Papst folgt, sobald das Reich ledig wird.“

Mit klaren Worten erscheint die päpstliche Forderung des Vikariats im Reich als die selbstverständliche Folge der Oberhoheit über das Kaisertum.² Welch ungeheuren Fortschritt mußte die hierokratische Idee gemacht haben, wenn neben das zurückhaltende Schreiben von 1206 die Glosse Innocenz' IV. gestellt und von ihm sogar als geltendes Recht gehandhabt werden konnte! Er hat nicht nur die Theorie von der Reichsverweserschaft des Papstes geschaffen, sondern sie noch selbst in die Tat umgesetzt!³

Das kaiserliche Recht der *legitimatio per rescriptum*⁴ ist es, das der Papst mehrere Male namens des Reiches während einer Vakanz geübt hat. Die Dekretale *Per venerabilem* (c. 13 X IV 17) Innocenz' III. und noch die Glosse Innocenz' IV. räumten ein, daß es der Regel nach für das weltliche Recht allein bei den souveränen Landesherren stehe⁵, der Papst es daher nur im Kirchenstaat besitze, „wo er mit der Autorität des obersten Bischofs und mit

¹ Vgl. diese schon oben S. 157 N. 3 angeführte Stelle.

² Wie schon Innocenz III. in dem päpstlichen Lehnreich Sizilien nach dem Tode der Konstanze während der Unmündigkeit Friedrichs II. in Sachen einer Capuaner Wahl ‚*vice regia*‘ gehandelt hatte. Dazu *Lectura I* fol. 46 zu c. 18 X I 6 die Gl. ‚*quia regnum vacabat*‘.

³ Das eine wie das andere ist merkwürdigerweise bisher ganz unbekannt geblieben, trotzdem Gierke a. a. O. III, 532 N. 33 wenigstens die Glosse zitiert hatte. Kogler, *Die Legitimatio per rescriptum*, S. 25 N. 1 führt zwar die Stelle an, gibt aber mit: ‚*Imperio vacante iurisdictio devolvitur ad papam*‘ — den Wortlaut der Margarita Baldi! Triepel, *Das Interregnum* S. 23 f. begnügte sich mit den Nachweisen von Alexander IV. an, die Ficker, *Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens* II, 458 ff. geboten hatte. Auf Innocenz III. hatte Ritter (*Histor. Zeitschr.* 42, 299) hingeführt. Auch Krammer, der den „auffälligen Anspruch“ mit den Weistümern von 1252 verknüpft (*Reichsgedanke* S. 70 f.), und Hugelmann, *Kaiserwahl* S. 128 (bei dem die S. 31. 42 angeführte *glossa ordinaria* zum Dekret aus dem *Apparatus Innocentii IV.* stammt), brachten nichts weiter.

⁴ Vgl. darüber Kogler, *Die Legitimatio per rescriptum*. Auch Molitor, *Die Dekretale Per venerabilem Innocenz' III.*

⁵ Kogler S. 23.

der Gewalt des obersten Herrschers waltet.“¹ Einen Übergriff Gregors IX., der die Legitimation der beiden Söhne des Burkhard von Avesnes durch Friedrich II. im Interesse ihrer Stiefbrüder von Dampierre angefochten zu haben scheint, wies der Kaiser energisch unter dem Hinweis darauf zurück, daß sie im Reich ausschließlich von dem römischen princeps ausgehe.² In der Tat hat auch Innocenz IV. dieses Kaiserrecht geachtet.³ Wohl hat er am 27. März 1247 den Lombardinus Lachete, den unehelichen Sohn eines Bürgers von Piacenza, ‚ad actus legitimos‘ und zur Erbfolge legitimiert⁴, aber er erklärte diesen Schritt „besonders aus der gegenwärtigen Erledigung des Reichs“. Sehr viel gewundener, aber in der Rechtsfrage doch entsprechend, äußerte er sich wenige Wochen später, als er am 11. April 1247 den Sohn des Ritters Gerard, genannt Brabant, der als Bote des Brabanter Herzogs Heinrich II. nach Lyon gekommen war, ‚ad actus seculares‘ legitimierte⁵, „was die Kirche im besonderen bei denen

¹ ‚in quo et summi pontificis auctoritatem exercet et summi principis exequitur potestatem‘.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 3279; Zeumer, Quellensammlung S. 66 nr. 60: ‚restitutionem natalium indulgentes, que soli principi Romano in imperio nostro debetur‘. Er hält seine Verfügung aufrecht, ‚non obstantibus litteris aliquibus vel rescripto super successione temporalium vel rebus imperii feudalibus a sede apostolica impetratis‘. Vgl. Kogler S. 52 f.

³ Das päpstliche Reskript vom 24. April 1252 (Berger, Registres d'Innocent IV. III, 50 nr. 5693), das Zeumer im N. Archiv XXX, 411 N. 2 nach Mitteilung von Rauch anführt, betrifft ‚Marino de Celano, laico Marsicane diocesis, familiari elemosine nostre‘ und enthält daher nicht eine Legitimation im imperium (Böhmer-Ficker Reg. nr. 8471). Über einen anderen Fall vom J. 1252 vgl. unten S. 166 N. 4.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7763, Berger I, 369 nr. 2486: ‚presertim cum imperium Romanum vacet ad presens, . . . ad omnes actus legitimos admitti et ipsi patri tamquam heres legitimus succedere valeas‘. Beachte das ‚presertim‘ hier und in der folgenden Note, es entspricht genau der Fassung in der Dekretale Licet ex suscepto; vgl. oben S. 162 N. 5. Es bleibt also theoretisch die Möglichkeit, daß auch ohne Vakanz der Papst das Recht üben dürfe.

⁵ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7766; MG. Epp. saec. XIII. II, 238 nr. 314: die römische Kirche ‚cum quibusdam illegitime genitis, quod ad spirituales actus admitti valeant, dispensavit. Cum igitur maior idoneitas in spiritualibus quam in secularibus requiratur, dubium non existit, quin ipsa tales ad actus legitimare valeat seculares, presertim illos qui Romano vacante imperio preter Romanum pontificem non habent alium inter homines habentem huiusmodi potestatem‘. Innocenz nähert sich offenbar schon

tun könne, welche bei Vacanz des Reiches außer dem Papste niemanden haben, dem solch ein Recht zustände.“

An die beiden Legitimationsurkunden¹ ist noch ein päpstliches Mandat² über einen Erbschaftsstreit anzureihen, in dem Innocenz von Rechts wegen zugunsten einer Witwe Beatrix de Pecoraria eingegriffen hat, „da das imperium gegenwärtig ledig ist.“ Es gehört wie jene andern der Zeit an zwischen dem Tode Heinrich Raspes (1247 Febr. 16) und dem Regierungsantritt³ König Wilhelms (Wahl im Okt. 1247), die natürlich in den Augen des Papstes ein Interregnum darstellte. Niemals hat außerhalb dieses kurzen Zeitraums der Papst beansprucht, namens des Reiches zu handeln.⁴

der in seiner eigenen Glosse noch nicht vertretenen Auffassung des cardinalis Ostiensis, der in der Lectura II fol. 233' gl. ‚potest‘ erklärt: ‚dicas quod solus papa habet potestatem legitimandi... proprie et immediate ita quod nullus alius hanc potestatem habet. ... Imperator autem qui maior est inter principes non potest legitimare nec super hoc constitutionem promulgare, quia non sunt hec de foro suo. Nam matrimonia iure poli non iure fori hodie terminantur‘; vgl. Kogler S. 112. Doch heißt es weiterhin: ‚die quod imperator et leges sue legitimant et illegitimos acsi essent legitimi ad honores et hereditates et actus temporales admittunt, quod possunt facere‘. — In dem Verfahren über die Legitimierung der Brüder von Avesnes (Böhmer-Ficker Reg. nr. 8062. 8375. 8514) war der Kaiser vorangegangen, vgl. S. 165 N. 2.

¹ Sie beweisen, wie richtig Kogler S. 111 nach der Glosse Innocenz' IV. urteilte, als er sagte: „Da Innocenz bei Vakanz des deutschen Thrones die Kaisergewalt auf den Papst übergehen läßt, so müßte er folgerichtig in kaiserloser Zeit dem Papst volle Legitimationsbefugnis auch in temporalibus im Reiche zusprechen.“ Wir sehen jetzt, daß er sie sogar tatsächlich übte.

² Berger, Registres I, 430 nr. 2874 vom 12. Juni 1247; Herr Dr. F. Schneider hat die Güte gehabt, mir genaue Angaben hierüber zukommen zu lassen. Die Witwe hat sich über Vorenthaltung einer Erbschaft beklagt. Der Papst, ‚cum imperium vacet ad presens, mandat archipresbytero plebano de Monelia, lanuensis diocesis, ut causam audiat‘. Es ist nicht zu ersehen, ob der Papst an Stelle des Kaisers eingreift, weil es sich um eine Witwe handelt, oder ob die Berufung auf das imperium der Gerichtsbarkeit in Erbschaftssachen gilt, die dem ‚princeps‘ zukommt. Man beachte, daß hier nicht, wie bei den Legitimationen, ‚presertim‘ gesagt wird.

³ Vgl. hierüber auch unten in Abschnitt XV.

⁴ Denn die durch Zeumer im N. Archiv XXX, 410f. höchst scharfsinnig verwertete Legitimationsurkunde für den unehelichen Enkel des Markgrafen von Este (J. Ficker, Forschungen IV, 432. 433 nr. 421. 422;

Während es sich hier überall um Fälle drehte, bei denen die kaiserliche Gewalt, in die der Papst eintrat, durch das römische Recht begründet worden war, ist er sonst, soviel mir bisher bekannt, an des Kaisers Statt nur noch in Lehnssachen vorgegangen, die zur imperialen Zuständigkeit gerechnet wurden.¹ In seinem Kommentar allerdings scheint Innocenz darüber nichts geäußert zu haben; erst bei Heinrich von Susa² wird der Anfall des Hoheitsrechtes während der Reichsvakanz ihm zugesprochen. Jedoch hat bereits der Papst die ersten Schritte zu seiner Übung getan.

Noch vor dem Konzil von Lyon beklagte sich Bischof Robert von Lüttich, daß sich einige Vasallen weigerten, ihm zu gehorchen und den Lehnseid zu leisten, weil er wegen der Exkommunikation Friedrichs die Regalien nicht von ihm genommen

Böhmer-Ficker Reg. nr. 8490. 8494) gehört jedenfalls nicht in diesen Zusammenhang. Am 9. Juli 1252 hatte der Papst selbst den Enkel legitimiert; am 18. Juli bat er König Wilhelm, ohne irgend Bezug darauf zu nehmen, daß ihn auch dieser legitimiere. Ficker, *Forschungen* II, 95 hatte bemerkt: „Da die Este damals Markgrafen von Ancona waren, so wird“ für die päpstliche Urkunde „die Stellung des Papstes als Landesherrn maßgebend gewesen sein.“ Jedoch beweist das Schreiben Innocenz' von 1252 Dez. 5 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 8547; MG. Epist. saec. XIII. III, 145 nr. 172), daß der Papst das Recht der Este in Ancona damals nicht anerkannte. Daher kann er nicht als Landesherr für sie geurkundet haben. Da eine Usurpation von Reichsrechten bei der ausgezeichneten Stellung des Papstes zu König Wilhelm ausgeschlossen ist, so wird der Papst inzwischen den letzten Schritt getan und das Recht der Legitimation für sich als ein geistliches in Anspruch genommen haben. Daneben aber war es notwendig, daß eine Urkunde des zuständigen Herrschers für das Gebiet des imperium gleichfalls die Legitimation ausspreche, damit sie dort wirklich Geltung gewinne; und im Interesse der Este hat sich der Papst selbst dafür bei König Wilhelm verwendet. Übrigens hat Innocenz auch in anderen Angelegenheiten Wilhelm um Privilegien angegangen; z. B. Böhmer-Ficker Reg. nr. 8386. 8407. — Eine Beziehung zu dem Braunschweiger Weistum von 1252 liegt jedenfalls durchaus nicht vor. Die Schreiben haben mit der Frage, von welchem Augenblick an der römische König kaiserliche Rechte übe, gar nichts zu tun. Denn nach der Überzeugung Innocenz' IV. standen ihm diese mindestens seit seiner Approbation zu; vgl. unten S. 194 ff.

¹ Ich drücke mich hier absichtlich sehr zurückhaltend aus, vgl. auch oben S. 129 f. und unten in Abschnitt XVI.

² *Summa Aurea* (Liber II 2 De foro competenti) fol. 107': „cognoscit tamen de feudo papa vel eius delegatus vacante imperio ... vel regno [scil. Sicilie!] et sic supplet defectum ... vel negligentiam“.

habe.¹ Darauf hat Innocenz am 31. Januar 1245 befohlen, daß alle Lehnsträger der Lütticher Kirche gehalten seien, ihm Mannschaft sowie alle Schuldigkeit zu gewähren. Ward dieser Schritt — noch war Friedrich nicht abgesetzt — nur mit der Notlage des Bistums erklärt², so berief sich der Papst ausdrücklich wieder auf das Fehlen eines Herrschers, als er am 21. März 1246 die Vasallen der Kirche von Verdun aufforderte, dem neuen Bischof Mannschaft und Treueid unverzüglich zu leisten.³

Weiter noch auf dem eingeschlagenen Wege, in Lehnssachen an die Stelle des Reichsoberhauptes zu treten, ist Alexander IV. gegangen. Nach dem Tode König Wilhelms übertrug er am 28. März 1256 dem Bischof Robert von Verdun die Regalien, da das Reich ledig, in Vertretung des Königs, indes unter der Bedingung, daß er dem künftigen römischen Könige nach der päpstlichen Bestätigung die schuldigen Eide schwöre.⁴ Damit war für die Regalienleihe⁵ die Reichsverweserschaft des

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7506; MG. Epist. saec. XIII, II, 64 nr. 90: ‚quod idem episcopus a . . principe pro eo, quod est vinculo excommunicationis astrictus, regalia, sicut nec debuit, non recepit‘.

² ‚Nolentes igitur ipsius episcopi sustinere iacturam‘. Es handelt sich hier um einen Fall des Notrechts, das allein den Übergriff in die weltliche Rechtssphäre entschuldigt.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7600; MG. Epistolae saec. XIII. II, 117 nr. 155: ‚homagium et fidelitatis debite iuramenta sine dilatione qualibet, cum nullum ad presens in Theotonia imperatorem nullum habeat sive regem, a quo [regalia] Viridunensis ecclesie recipere valeat, exhibere curetis‘.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 9054; MG. Epist. III, 390 nr. 431: ‚regalia huiusmodi, cum imperium vacet ad presens, vice regia, auctoritate presentium tibi duximus concedenda, ita tamen quod pro ipsis futuro regi Romanorum, cum per sedem apostolicam sua fuerit electio confirmata, fidelitatis debite iuramenta exhibeas‘. — Dies ist nun die vielbesprochene Urkunde, die bisher als das älteste Zeugnis für die päpstliche Reichsverweserschaft galt und die jetzt hinter den Urkunden Innocenz' IV. zurücktritt, dem die Theorie selbst ihr Dasein dankt. Damit ist alles, was Krammer, Reichsgedanke S. 70. 73 über die Bedeutung der Maßregeln Alexanders und nun gar ihren Zusammenhang mit dem Braunschweiger Weistum von 1252 sagt, ebenso hinfällig geworden wie seine Beurteilung Innocenz' IV. durch die Auslegung des Papstbriefes von 1252 in Sachen der Legitimation (vgl. oben S. 166 N. 4) beseitigt wird. Ausdrücklich hervorzuheben ist ihm gegenüber, daß die Reichsverweserschaft bereits von Innocenz auch in Deutschland beansprucht wurde.

⁵ Mit der Übertragung der Temporalienverwaltung an Administratoren der Bistümer hat es wohl noch eine besondere Bewandnis, vgl. Aldinger,

Papstes¹ ebenso wirksam geworden, wie sie bei der Legitimation schon Innocenz IV. im Norden und Süden der Alpen geübt.²

Was indes an Gerechtsamen dem Papst infolge seiner Oberherrschaft über das imperium und infolge des Reichsvikariats zufallen mochte, nichts kam an Bedeutung der Pflicht gleich, für die würdige Nachfolge im Kaisertum zu sorgen.

Die römische Kirche — schon Innocenz III. hatte es erklärt³ — konnte des Vogtes nicht entbehren; beim Papste lag die Verantwortung dafür, daß dies Amt nicht länger als notwendig war verwaist bleibe.

Die Glosse Innocenz' IV. zur Dekretale Venerabilem⁴ bringt

Die Neubesetzung der deutschen Bistümer unter Innocenz IV. S. 96 ff. und 178 (Lübeck); Chiemsee (S. 33. 94) war nicht reichsunmittelbar. Dagegen wäre die Übertragung der geistlichen und weltlichen Verwaltung von Bamberg an Bischof Heinrich (Aldinger S. 10) im Oktober 1245 kaum anders denn als ein Akt der Reichsverwesung zu deuten, wenn nicht Innocenz sie (Apparatus fol. 31 zu c. 15 I 6) als ein allgemeines Recht für den konfirmierten Bischof beansprucht hätte.

¹ ‚vice regia‘ sagt Alexander getreu der Auffassung, daß der bestätigte römische König die Herrschaft im imperium besitzt; vgl. unten S. 205.

² Nur mit einem Worte sei darauf hingewiesen, daß sicherlich das Reichsvikariat des Pfalzgrafen bei Rhein die deutsche Antwort der Fürsten auf die päpstlichen Ansprüche der Reichsverwesung gewesen ist. Vgl. die Urkunde von 1267 (Zeumer, Quellensammlung S. 92 nr. 75): ‚Cum vacante imperio Romano omnes feodorum collaciones sive ordinationes iure dignitatis officii nostri, quod ab imperio tenemus, ad nos pertineant indifferenter‘ und die Urkunde Rudolfs von 1276/81 (Zeumer S. 115 nr. 84): ‚hoc insigne ius habeat ab antiquo, quod vacante imperio principatus terras possessiones et alia iura imperii custodire debeat‘. Zur Sache vor allem Zeumer, Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte. Zweiter Band) I, 33 ff. Auch hier hat der Kampf des Staats mit der Kirche verfassungsbildend gewirkt. — Ebenso ist zu beachten, daß in dem Entwurf der Bulle Qui celum das fürstliche Weistum den Pfalzgrafen zum Richter bei einer zwiespältigen Wahl macht (Zeumer, Quellensammlung S. 88 § 7) — auch dies in einem (dort dem Wortlaut nach offenkundigen) Gegensatz zum Papsttum; vgl. die Glosse Innocenz' IV. unten S. 171 N. 1.

³ Und er hat damit die Richtung gegeben, in der Innocenz IV. die Theorie von der ‚specialis coniunctio‘ abschloß. Vgl. auch oben S. 152 N. 1 das Wort des Albert Beham.

⁴ Apparatus fol. 43'; dazu vgl. auch Lectura I, fol. 61 sqq., wo Heinrich de Segusio durchweg auf den Papst zurückgeht, ihn ergänzend, zuweilen auch sich mit ihm auseinandersetzend.

theoretisch die Unterwerfung der deutschen Wahl unter das kirchliche Recht zum Abschluß, und seine Politik hat mit der Erhebung Heinrich Raspes Deutschland unter das Joch seines Gesetzes zu zwingen gesucht.

Der Papst rückt die Kaiserwahl der Besetzung anderer Kirchenämter an die Seite und verweist zur Erläuterung der Dekretale ebenso auf rein kirchliche Vorschriften¹ wie er deren Aussagen für das Verständnis anderer kanonischer Rechtssätze heranzieht.

Das altüberkommene Recht der Fürsten Deutschlands, den Herrscher zu wählen, steht ihm von vornherein fest²; es scheidet ja die Nachfolge im imperium von der in andern Reichen, daß sie nicht auf dem Erbrecht, sondern ausschließlich auf Wahl beruht.³ Die Fürsten aber sind gebunden, ihr Recht zu üben;

¹ ,examinandi. LXXVIII dist. Quid est' [c. 3 Dist. 78]; vgl. Hugelmann, S. 86 N. 2. — ,indignam. notoria enim erant eius crimina II q. I. De manifesta' [c. 17 C. II q. 1]. — Besonders charakteristisch die Gl. ,et ex eo. hoc enim ipso quod electores ducis elegerunt notorie excommunicatum et alias indignum et quia alios contempserunt, devoluta fuerit potestas eligendi ad alios. infra eodem Scriptum etc. Congregato, et supra eodem Dudum, ubi de materia potatur' [c. 40. 53. 22]. Hier wird also auf die Wahl Ottos am entscheidenden Punkt das kanonische Recht angewandt. Ebenso gl. ,Contemptus. supra eodem Quod sicut' [c. 28]. — ,Excommunicacio. hoc est notorium iuris et duo sequentia notoria sunt facti, quod non poterat inficiari negari vel celari. infra De cohabitatione clerici et mulieris. Vestra. ubi notatur de hoc'. [c. 7 III 2]. Vgl. auch in der Lectura z. B. die Glosse ,favere', die in die glossa ordinaria überging (Hugelmann S. 76).

² Vgl. das Manifest ,Eger cui lenia' oben S. 158 N. 1.

³ Die Gl. ,illicitum', die in die glossa ordinaria überging (vgl. Hugelmann S. 64), legt dar, daß Philipps Eid, dem jungen Friedrich ,tamquam futuro imperatori' geleistet, ungültig wäre ,propter successionem viventis. C. de pactis. l. pactum. sed hic non videtur obstare, cum voluntas successerit viventis. C. de pactis l. ult. Sed illa loquuntur in hereditaria successionem que non habet locum in imperio'. — Heinrich von Susa hat eine sehr bemerkenswerte Stelle in der Gl. ,de iure': ,Hec iura probant quod imperator a populo eligitur et habet iurisdictionem. Alibi tamen dicitur quod deus misit ipsum legem animatam in terris, ut in aut. de consulibus' [Nov. CV, c. II, § 4: ,Ab omnibus . . . imperator eximatur, cui ipsas etiam leges deus subiecit et quem tamquam vivam legem hominibus misit']. ,Unde sacerdotium et imperium ab eodem principio scilicet deo processerunt . . . et ideo non multum differunt scilicet quoad principium'. Hier finden wir die eine Wurzel für die Lehre von der Selbständigkeit des Kaisertums im Römischen Recht. Heinrich

wie es vom römischen Stuhl an sie gekommen ist, so hat der Papst darüber zu wachen, damit niemals die Kirche des Vogtes und Verteidigers ermangele. Bei zwiespältiger Wahl ruht deshalb bei ihm die Entscheidung; ja! vernachlässigen die Fürsten ihre Aufgabe, so wird der Papst selbst an ihrer Statt wählen¹! So führt nach dem Sinne Innocenz' IV. „das besondere Band zwischen Papst und Kaiser“ dahin, daß jenem das Urteil über eine Doppelwahl, daß ihm schließlich selbst das Devolutionsrecht zusteht!

Über die Form der deutschen Erhebung erfahren wir im einzelnen durch die Glosse zwar nur wenig, was über die Dekretale selbst hinausgeht: zu ihrer Rechtmäßigkeit gehört die Wahl durch die Majorität² und die Aachener Krönung durch den Erzbischof von Köln.³ Aber mit einem einzigen Worte erleuchtet sie blitzhell die Gesamtauffassung des Papstes von Kaisertum und Kaiserwahl: es ist erforderlich, daß der Kaiser kanonisch⁴ gewählt werde. Vor der Krönung überzeugt sich der Papst von

entscheidet sich für das Recht des Volks zu wählen, „secundum quod quodlibet collegium prelatum sibi eligit ut notatur supra eodem Cum ecclesia Vulterrana [c. 31] vel de iure id est naturali ratione a qua procedit ius“.

¹ Auf die rhetorische Frage Innocenz' III. „Numquid enim . . . apostolica sedes advocato et defensore carebit?“ antwortet Innocenz IV. in der Gl. „defensore“: „non, sed eis [principibus] negligentibus eligere imperatorem papa eliget; vel si plures elegerunt, papa de iure cognoscet inter eos et diffinit et si aliqua parcium erit contumax, nihilominus parte alia absente procedere poterit. infra c. Statuimus“ [c. 1 in VI^{to}, I 6]. Damit wird offen gesagt, was in der Dekretale nur angedeutet war, vgl. oben S. 46f. Die glossa ordinaria hat das Devolutionsrecht, das der cardinalis Ostiensis natürlich anerkannte, abweichend formuliert, vgl. Hugelmann S. 110. Gerade bei den hier von uns behandelten Fragen tritt deutlich hervor, daß die Geschichtswissenschaft erst dann von dem reichen, im corpus iuris canonici und seinen Kommentaren aufgestapelten Schatz wahrhaft Nutzen ziehen kann, wenn die einzelnen Gedanken und Rechtssätze in ihrem Werden und Wachsen ihrer Entwicklung nach verfolgt werden. Eine große und gewiß fruchtbare Aufgabe mittelalterlicher Forschung!

² Vgl. die Gl. „adherere“ unten S. 184 N. 3; das Majoritätsprinzip, von Innocenz IV. bestimmt ausgesprochen, wird in der Lectura fol. 62^a in der Gl. „quamvis“ aus dem Kirchenrecht begründet.

³ Die hierauf bezüglichen Worte des Briefes, die der Dekretale fehlen, sind in die Glosse übergegangen.

⁴ „examinacio“: „in examinacione venit, an sit criminosus vel etiam negligens XV q. 5 [c. I]. Item aliud eciam, an sit canonice electus, ut hic“. Entsprechend die Lectura.

seiner kanonischen Wahl! Mit dieser Bestimmung wird bekundet, daß sein Amt gleich einem kirchlichen nach den für ein solches maßgebenden Normen zu besetzen ist.¹ Das „besondere Band zwischen Papst und Kaiser“ führt nach dem Wunsche Innocenz' IV. dahin, daß die Kaiserwahl den Grundsätzen des kanonischen Rechts unterworfen werde!

Durch die ‚*examinatio*‘ und die Weihe wird von seiten des Papstes — wie wir hörten² — der enge Bund geschlossen. Aus der Tatsache, daß er den Kaiser salbt, weihet und krönt, folgert Innocenz mit der Dekretale selbst auf die Pflicht, eine Prüfung vorzunehmen; über sie hinausgehend, fordert er indessen, den Obliegenheiten vor dem Vollzug jeder Weihe gemäß, daß der Papst nicht nur die Eignung der Person, sondern auch die Gesetzlichkeit der Handlung untersuche³, ehe er mit der Krönung die Bestätigung des Erwählten dartue.⁴

¹ Es ist mir eine besondere Freude, H. Bresslau diese Stelle der Glosse bekannt zu geben. Sie liefert — etwa aus dem J. 1245/6 — das älteste, bisher unbeachtete Zeugnis für den Gebrauch der Worte ‚*canonice electus*‘, deren Bedeutung für den Zusammenhang der Königswahlen mit kirchlichen Formen er zuerst bemerkt hat (Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft N. F. II, 142). Dies Zeugnis kommt aus dem Munde des Papstes selbst; Heinrich von Susa hat es aufgenommen (auch in der Gl. ‚*plus contemptus*‘: ‚*quod alii ad quos per contemptum ius eligendi devolvebatur regem Ottonem canonice elegerunt*‘); der Gebrauch durch die Dekretalisten als der ursprüngliche schließt jetzt ein für allemal die harmlose Deutung aus, die Lindner, Hergang bei den deutschen Königswahlen S. 8f. dem ‚*canonice*‘ geben wollte. — Aus früherer Zeit finde ich einmal zu 1215 in der Disputatio inter Romam et papam (Leibniz, SS. rer. Brunsvic. II, 529) von Otto gegenüber Friedrich II. gesagt: ‚*Cum sit canonice cathedratus hic, ille vocatus Proditione*‘. Und der Papst wird gewarnt, den abzusetzen ‚*Quem sancte favor ecclesie, quem vos cathedrastis Canonice*‘.

² Vgl. oben S. 157.

³ ‚*Et coronamus: arg. quod sicut potest inquiri in coronacione de vita et meritis coronandi, ita etiam possit excipi contra eum. arg. infra de appell. Ut nostrum [c. 56 II 28; vgl. vielmehr c. un. Ut eccl. benef. III 12]. Et est ratio, quia in unctione et consecracione fit manus impositio que non debet fieri sine inquisitione. supra eodem Cum nobis [c. 19]. et in coronacione tribuitur confirmatio ut hic, et ea sine examinatione fieri non debeat. supra eodem Cum dilecti [c. 32].*‘

⁴ Zu der Erklärung, daß die ‚*confirmatio*‘ mit der Krönung erfolge, ist Innocenz als Glossator der Dekretale Venerabilem gebracht worden, — weil in dieser mit sehr bewußter Vorsicht um der Fürsten willen jeder Hinweis auf eine päpstliche Bestätigung ihrer Wahl vermieden worden

Dem hohen Fluge der Gedanken¹ folgte die Energie der Tat. In demselben Augenblick, in dem er vor dem versammelten Konzil zu Lyon die Absetzung Friedrichs verkündete, rief Innocenz die Fürsten auf², „denen im Reiche die Wahl des Kaisers zustehe“, einen Nachfolger „frei“ zu wählen. Er begriff diese Aufforderung nicht anders als den Befehl des kirchlichen Oberen an ein Kapitel oder einen Konvent, durch die ihm zustehende Wahl den Nachfolger eines Bischofs oder Abtes zu bestimmen.³

Wir wissen, wie der Papst aus der Besetzung der deutschen Bistümer bei aller „Freiheit der kanonischen Wahl“ ein unvergleichliches Werkzeug seiner Politik zu machen gewußt hat.⁴

war (vgl. oben S. 37). Da jedoch die kaiserliche Wahl (von allem andern Politischen abgesehen) als eine „kanonische“ vom Papst konfirmiert werden mußte, um Rechtswirkung zu erlangen, blieb ihm nichts übrig, als Weihe und Konfirmation wie bei der Erhebung eines Papstes zusammenfallen zu lassen! Doch schon Heinrich von Susa fügt hinzu: *sed non possumus comprehendere hoc ex hoc textu*. Auf die Krönung allein war im kanonischen Recht kein Anspruch zu stützen; erst indem er sie auf die *confirmatio* umdeutet, bringt der Papst sein System der Abhängigkeit des Kaisertums und das *tenet a papa* glänzend zur Durchführung.

¹ Ich lasse hier — um die Absicht des Papstes voll herauszubringen — die Abschwächungen beiseite, zu denen er selbst sich gezwungen sah, teils um sich mit der Dekretale *Venerabilem* abzufinden, teils um mit der rauhen Wirklichkeit der Dinge nicht in zu bedenklichen Gegensatz zu geraten. Vgl. über diese Punkte, die den Herrschaftsantritt des Kaisers und die Stellung des Erzbischofs von Köln angehen, die folgenden Abschnitte.

² MG. Const. II, 512: *Illi autem, ad quos in eodem imperio imperatoris spectat electio, eligant libere successorem*. Man erinnere sich der Ausdrücke Innocenz' III. vom J. 1201 oben S. 37 N. 3 und vgl. oben das Manifest *„Eger cui lenia“* S. 158 N. 2: *per liberam electionem . . . assumitur*. Die sorgsam gewählten Ausdrücke zeigen genugsam, daß die „Wahl“ der Fürsten nur die Bezeichnung dessen sein soll, der durch den Papst zum Kaiser erst werden wird.

³ Hugelmann, Königswahl S. 109f. hat die Stelle vollkommen mißverstanden, wenn er in ihr lediglich die Betonung des freien Wahlrechts der Fürsten sieht und, wenn er auch „keinen formellen Verzicht auf das Approbationsrecht darin erblickt“, doch wenigstens „die Geneigtheit des Papstes, jeden von den Fürsten Gewählten zum Kaiser zu krönen“. Das Gegenteil ist richtig, wie schon Domeier S. 92f. gut bemerkt hatte. Wegen des „Befehls“ vgl. unten S. 174ff.

⁴ Im einzelnen darüber höchst lehrreich Aldinger, Die Neubesetzung der deutschen Bistümer unter Innocenz IV. Für das Gesamtbild seines Vorgehens verweise ich auf die fast dramatische Schilderung bei Hauck, Kirchengeschichte IV, 831—849.

Er konnte so weit gehen, ganz zu verbieten, daß die Kapitel ohne Rat und Zustimmung des Papstes oder seines Legaten ihr Recht brauchten.¹ In zahlreichen Fällen, in denen wir noch den Befehl zur vorherigen Verständigung über die „*persona idonea*“ besitzen², ist darauf die Wahl kanonisch erfolgt, hat das Kapitel „seiner Kirche mit einem würdigen Hirten kanonisch providiert“. In der Überzeugung, „dem wahren Nutzen von Kirche und Reich zu dienen“,³ hob der herrschgewaltige Papst als gelehrter Jurist das Kirchenrecht auf die Höhe der Aufgaben, die der weltgebietenden Kirche gestellt waren⁴ und als deren vornehmste jetzt die Vernichtung der Staufer erschien.

Daß der „Rat“, der gegeben wurde, nur die mildere Form eines Zwanges war und daß durch ihn die Persönlichkeit, die befördert werden sollte, zuweilen aufs bestimmteste namhaft gemacht wurde, darüber unterrichtet uns ein Mandat Innocenz' IV. an den Bischof Rudolf von Schwerin vom 19. Februar 1251⁵; er

¹ Aldinger S. 60; MG. Epist. saec. XIII. II, 181 von 1246, Sept. 9: „*ne ipsarum capitula . . . de pastore . . . sibi per electionem . . . providere presumant absque nostro vel tuo consilio et assensu*“.

² Am frühesten Kammin 1244, Dez. 24 an den Erzbischof von Mainz (Aldinger S. 28): „*facias eidem ecclesie de persona idonea per electionem canonicam providere*“; weiter z. B. Hildesheim (Aldinger S. 56): „*precipias, ut infra certum terminum . . . sibi de pastore idoneo cum tuo consilio et assensu providere procurent*“; Eichstädt (S. 61): „*quatinus infra quindecim dies post receptionem presentium de consilio ac consensu dilecti Filippi . . . apostolice sedis legati . . . et venerabilis fratris . . . archiepiscopi Maguntini ecclesie predictae de pastore idoneo canonicè providere curatis*“, vgl. Verdun (S. 75); Mainz (S. 129), wo der Bischof von Straßburg den Rat erteilen soll. — Die Dekretalen c. 4 X I 5 enthalten bereits einen Befehl Innocenz' III an das Kapitel des Erzbistums Gran: „*ad providendum vobis per electionem canonicam pastorem idoneum . . . requisito suffraganeorum assensu*“.

³ So wird der Befehl zur einfachen Einsetzung eines Bischofs („*prae-ficere*“) begründet (MG. Epist. II, 163 nr. 217): „*auctoritate nostra, prout instanti negotio ecclesie ac imperii expedire noveris, preficias*“.

⁴ Denn nichts wäre ungerechter, als von einer „Beugung“ des Rechts zu sprechen. Die unerschöpfliche Fundgrube des *corpus iuris canonici* mit seinen Glossen bot den Meistern logischer Distinktionen unbegrenzte Möglichkeiten, Recht zu finden, und ein jeder war von der Wahrheit seiner Entscheidung überzeugt.

⁵ MG. Epist. saec. XIII. III, 62 nr. 77: „*precipias, ut infra competentem terminum, quem eis prefixeris, de pastore idoneo . . . cum tuo consilio et assensu eidem ecclesie studeant canonicè providere; alioquin tu . . . per-*

sollte dem Domkapitel von Kammin befehlen, über einen geeigneten, dem Papst und dem König Wilhelm genehmen Bischof mit Rudolfs Rat der Kirche zu providieren; zugleich beauftragte der Papst den Bischof Rudolf, dem Domkapitel zu raten, daß es Herrn Hermann von Gleichen, einen Verwandten des Braunschweiger Herzogs, annehme; sei das innerhalb der Frist nicht geschehen, so soll er seinerseits Hermann als Bischof einsetzen und ihm den Gehorsam des Kapitels wie der ganzen Diözese sichern. So gestattet die ‚*provisio per electionem canonicam*‘, „zum Wohle des Reiches“¹ dem Domkapitel die Wahl eines für geeignet erachteten Mannes bei Gefahr, das Wahlrecht zu verlieren, schlechthin aufzuerlegen.

Eben nach solchem Muster strengster „Wahlbevormundung“ verfuhr Innocenz², als es sich darum handelte, das Wichtigste der Ämter zu besetzen und dem Reiche, das durch Friedrichs Absetzung frei geworden war, einen Kaiser zu geben. Er trug keine Scheu, unmittelbar nach seinem Aufruf zur Wahl zu erklären, daß er den Fürsten aufgetragen habe, dem vakanten Reiche durch eine Kaiserwahl zu providieren.³ Und von

sonam idoneam et regi devotam eidem preficias . . .; mandamus, quatenus eidem capitulo de . . . Hermann . . ., quod de ipso ecclesie provideant, . . . tuum consilium tribuas et assensum; quodsi de illo intra terminum . . . non providerint, tu extunc eundem H. . . preficere non omittas . . .’.

¹ ‚Quia enim imperii Romani negotium precipue insidet cordi nostro, . . . illos namque in ecclesiarum prelatos prefici cupimus, qui dictum negotium velint et valeant efficaciter promovere‘.

² Hugelmann, Königswahl S. 111 N. 2 hat dies nicht erkannt, wenn er meint, daß bei einem „so entschiedenen Wahlvorschlag, daß die Wahl nahezu als Zeremonie erscheinen mußte, das Vorgehen einer ‚*provisio iure devolutionis*‘ nahe kam.“ Bei dem Verfahren des Papstes blieb das Recht der formellen Wahl und deren „kanonischer“ Charakter unangetastet: ‚*provisio per electionem canonicam cum consilio et assensu pape*‘. Erst bei ihrer Nichtvollziehung (vgl. oben S. 174 N. 5 und die Glosse oben S. 171 N. 1: ‚*eis negligentibus imperatorem eligere*‘) tritt das *ius devolutionis* ein und damit für den Papst das Recht, einen Bischof zu präfizieren — oder einen Kaiser selbst zu wählen.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7556. 7557 von 1245, Juli 31. Aug. 1.: ‚Cum imperio nunc vacanti per imperatoris electionem mandaverimus provideri. . .‘; Schreiben an die Erzbischöfe von Köln, Mainz, Salzburg über den Kirchenzehnten für den, ‚qui fuerit in imperatorem electus.‘ Sie fanden sich im Nachlaß des Legaten, Erzbischof Philipps von Ferrara. — Friedrich selbst schrieb im Winter 1245/6 (Böhmer-Ficker Reg.

vornherein sorgte er dafür, daß die deutschen Wahlfürsten nicht ohne seinen „Rat“ und seine Zustimmung handelten; noch vor dem Konzil, im Anfange des J. 1245, weilten die beiden angesehensten Erzbischöfe, der Mainzer Siegfried III. von Eppenstein und der Kölner Konrad von Hochstaden bei ihm in Lyon¹, wo auch Albert Beham wieder hervortrat; sie versprachen², sobald er den Staufer abgesetzt habe, ihm und der Kirche einen mächtigen König sogleich zu „präsentieren“.

Als es endlich³ mit Unterstützung des Legaten Philipp⁴ und Albert Behams der fast ausschließlich aus Geistlichen bestehenden päpstlichen Partei gelungen war, in dem Thüringer Landgrafen Heinrich Raspe einen Fürsten zu finden, der bereit war, den Kampf gegen die Staufer als Gegenkaiser zu führen, da hat Innocenz im April 1246 dafür gesorgt, daß die Wahl ohne Verzug angesetzt werde; er hat die Fürsten in besonderen Schreiben bei Vergebung ihrer Sünden ermahnt, dessen zu gedenken, daß Frieden und Ruhe der Christenheit zurückkehren werden, sobald dem imperium mit Gottes Beistand durch einen katholischen und ergebenen Kaiser providiert sei⁵; er hat weiter⁶ den Wahl-

nr. 3541; Winkelmann, Acta II, 50): ‚secrecius intimanda, . . . quod super imperatore conceperimus eligendo‘.

¹ Knipping, Regesten der Kölner Erzbischöfe III, nr. 1167 ff.

² Ann. Wormat. (MG. SS. XVII, 49).

³ Vgl. Ann. Stadenses (MG. SS. XVI, 369): ‚Interea papa sollicitari fecit principes quos ad imperium regendum credidit ydoneos, ut aliquis eorum onus imperii sumeret et labores, promittens ei, quicumque imperium assumeret, consilium et auxilium pariter et favorem‘.

⁴ Nicolaus de Carbio sagt, daß Innocenz den Legaten sandte ‚ad novi regis electionem‘ (Archivio della Società Romana di storia patria XXI, 95).

⁵ MG. Const. II, 455 nr. 347: ‚considerans etiam, quod si prefato imperio fuerit divina operante clementia de catholico et devoto imperatore provisum, . . . totius diligentie studium adhibere procures, ut electio de Romanorum rege in imperatorem postmodum promovendo unanimiter absque dilationis dispendio celebretur‘. Man erinnere sich der Fristsetzung bei der ‚provisio per electionem canonicam‘ oben S. 174 N. 5.

⁶ A. a. O. S. 454 nr. 346. Dies Schreiben an die Gesamtheit sollte wohl in der Wahlversammlung selbst ihnen vom Legaten bekannt gegeben werden. Nur diese, von Rodenberg (Epist. saec. XIII. II, 121 N. 1) offen gelassene Deutung ist wegen der Worte ‚universitatem vestram monemus rogamus et hortamur‘ befriedigend. Dann folgt: ‚attente mandantes, . . . quatenus . . . eundem lantgravium . . . cum prefatum imperium ad presens vacare noscatur, unanimiter absque dilationis dispendio eligatis‘. — Im Ein-

fürsten insgesamt befohlen, da das imperium gegenwärtig ledig sei, Heinrich, den Landgrafen von Thüringen, der bereit sei, sich des Reiches zu unterfangen, einmütig und unverzüglich zu wählen.¹ Form und Inhalt der Aufträge, die Innocenz nach Deutschland gelangen ließ, liefern den Beweis dafür, daß er entschlossen daran ging, die deutsche Herrscherwahl ebenso von seinem Willen abhängig zu machen, wie es mit den Bischofswahlen geschehen sollte. Das Ideal der päpstlichen Weltregierung, das in ihm lebte und dem er in seinem Dekretalenkommentar Ausdruck verlieh, wies ihm das Ziel und den Weg. Wie das Kaisertum als das Vogtsamt der Kirche vom Papst in kirchlicher Handlung übertragen wurde, so konnte auch das Anrecht darauf mit der fürstlichen Wahl nur in einer Form erworben werden, die den Forderungen des kanonischen Rechts Genüge tat. Und wenn im Kampfe zwischen dem staufischen Herrscher und dem Papsttum Innocenz neue Mittel fand, um die geistlichen Wahlen „zum Heile von Kirche und Reich“ zu lenken, wie hätte sich der päpstliche Verweser des ledigen imperium nicht der „Provision durch kanonische Wahl“ bedienen und den Fürsten den allein genehmen Kandidaten vorschreiben sollen, um der römischen Kirche und der ganzen Christenheit zu einem zuverlässigen Vogte zu helfen!²

gang wird erklärt, daß die Fürsten gehalten sein, *honorem ecclesie ac imperii Romani specialiter procurare*. — Über die in all diesen Schreiben gebrauchten Worte *in Rom. regem in imperatorem postmodum promovendum* aus der Dekretale *Venerabilem* vgl. unten S. 189 N. 2.

¹ Innocenz IV. wird geglaubt haben, daß er sich dem Vorbilde anschließe, das bei der Erhebung Friedrichs II. durch die Nürnberger Kaiserwahl von 1211 gegeben war, wo dieser *procurante sede apostolica per principes Theutonie ac prelatos ad imperii solium est vocatus* (so sagte er in der Flugschrift *Aspidis ova*, Winkelmann, *Acta* II, 717); in der Flugschrift *Iuxta vaticinium Isaie* (ebenda S. 709) heißt es: *per ecclesiam ad imperii celsitudinem . . . est sublimatus*.

² Ich möchte schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß die Kaiserwahl „kanonisch“ sein soll in alledem, was das Verhältnis der Wähler zu dem Gewählten und vor allem beider zu dem die Konfirmation gewährenden Papst angeht. Die innere Ordnung der Wahlhandlung kann mehr oder weniger unabhängig oder den kirchlichen Wahlen verwandt sein; ist ja selbst bei diesen der Begriff der *electio canonica* kein durchaus fester, sondern *large, stricte* oder *strictius* zu verstehen (*Apparatus* fol. 39 zu c. 28 I 6 gl. *propter bonum pacis*).

So eng der Kreis derer sein mochte, die dem Papste vertraut genug waren, in seine Seele hineinzublicken, und so klein die Zahl jener, die fähig waren, die Einheit seines Denkens und Handelns aus dem Weltbilde zu begreifen, das er sich entworfen, er durfte hoffen, mit dem umfassenden Angriff, der das Kaisertum in seinen Wurzeln erschüttern sollte, wenigstens innerhalb der Kirche Zustimmung und Unterstützung zu finden. Denn wenn auch die wohlerwogene theoretische Begründung ihm allein zugehört¹, seine Tat führte aus, was bereits — und sicherlich nicht ohne seine eigene Mitwirkung — am Hofe Gregors IX. ausgesprochen und erwogen worden war. Erst jetzt erkennen wir aus der Glosse Innocenz' IV. und aus der Art seines Vorgehens bei der Wahl Heinrich Raspes, daß die überraschenden Worte Albert Behams² aus den ersten Jahren des Kampfes, den Gregor entfesselt hatte, — weit entfernt, die nichtigen Drohungen eines fanatischen Agenten zu sein — ein Programm enthalten, dem Innocenz IV. nachzukommen bereit war. Da hören wir von jener Fristsetzung, nach deren Verstreichen die Fürsten des Wahlrechts verlustig gehen; da erfahren wir, daß es um der Vogtei der Kirche willen ihr obliegt, sich mit einer geeigneten Persönlichkeit zu providieren; und schon Albert spricht von der Devolution an den Papst, der ohne Wahl der Fürsten einen neuen Herrscher selbst wählen möge! Aus anderen Meldungen über einen Auftrag Jakobs von Praeneste³ aus dem J. 1239 schimmert überdies hindurch, daß schon damals die Fürsorge des Papstes aus der Vakanz des Reiches erklärt worden ist; sie ist es, die Gregor IX. — wir werden hier ergänzen dürfen: als den Oberherrn und Verweser des imperium — berechtigt, es jetzt an die Franzosen gelangen zu lassen.

Der Feldzugsplan der Kurie gegen die Staufer lag — wir sehen es wenigstens in den Umrissen — damals bereits vor. Innocenz IV. hatte ihn nur aufzunehmen, um mit starker Hand durchzuführen, was Gregor nicht gelungen war. Jetzt flossen in dem einen Mann der gedankenreiche Wille und die Macht ohne

¹ Es ist selbstverständlich, daß er seit langem an der Glosse gearbeitet hat, die eben nur um 1246 vollendet wurde. Bei Heinrich von Susa können wir die Beschäftigung durch annähernd 20 Jahre feststellen.

² Vgl. oben S. 150 ff.

³ Vgl. oben S. 152 N. 3.

gleichen zusammen.¹ Der Vollender des Werkes Innocenz' III. war gekommen.

In der Tat: indem wir das Ganze des Gedankenbaues überschauen, den Innocenz IV. errichtet und aus dem heraus er in die Welt eingegriffen hat, werden wir uns dessen bewußt, wie sein System die Lebensarbeit des dritten Innocenz recht eigentlich krönt. Als dieser im Thronstreit sich für Otto IV. als den zum Kaiser der Römer Erwählten entschied, als er in dem Schreiben Venerabilem den Kaiser als den der Kirche unentbehrlichen Vogt und das Wahlrecht der Fürsten als eine päpstliche Gnade darstellte, als er die Dekretale in die Sammlung seiner Entscheidungen neben jene über kirchliche Wahlen einrückte², da handelte er schon in der Überzeugung, die erst der Nachfolger streng begründet und in den Mittelpunkt seiner Gedanken gerückt hat, daß der Papst über dem von ihm gesetzten Kaiser stehe als über einem Beamten der universalen und herrschenden Kirche.

Aus solcher Auffassung leiten alle Rechte ab, die Innocenz IV. dem imperium gegenüber ausübte.³ Sie legte dem Papst die Pflicht auf, den unwürdigen Kaiser und Vogt der Kirche zu entsetzen⁴,

¹ In welches Licht tritt die Wahl des Kardinals Sinibald Fiesco zum Papste als eines dem Kaiser nicht unannehmbaren Kandidaten, wenn er bereits unter Gregor IX. den Weg zur Vernichtung des staufischen imperium gezeichnet hatte!

² Vgl. die Beobachtungen Hugelmanns, Königswahl S. 48; auch S. 86: „Schon die Einreihung der ganzen Bulle Venerabilem in den Titel De electione, welcher zur Gänze dem kirchlichen Ämterrecht gewidmet ist, ist für diese Tendenz charakteristisch“, nämlich, auf das Kaisertum „schlechthin Bestimmungen des kirchlichen Ämterrechts anzuwenden.“

³ Zu erörtern bleibt, inwiefern etwa die unter Wilhelm häufige Bestätigung königlicher Urkunden durch den Papst hiermit zusammenhängt. Gelegentlich sei auch z. B. bemerkt, daß im J. 1248 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 10212) Herzog Matthaeus von Lothringen sich verpflichtet, diesseits des Rheins Kirche und Reich zu helfen, „si vocatus fuerit per regem vel apostolice sedis legatum“.

⁴ Zu dieser Seite der päpstlichen Oberherrschaft über das Reich vgl. Domeier, Die Päpste als Richter über die Könige. Die trefflichen Beobachtungen S. 76 ff., S. 86 ff. ruhen indes auf zu schmaler Basis, weil Domeier das Recht des Papstes über den Kaiser allein von seinem Krönungsrecht herleitet; dieses selbst ist aber nur eine Folge der allgemeinen Abhängigkeit des Kaisertums vom Oberhaupte der Kirche, also eine Folgewirkung der hierarchischen Idee überhaupt.

bei der Erledigung des Thrones als Reichsverweser zu wirken, für einen geeigneten Nachfolger durch kanonische Wahl Sorge zu tragen.

XIV.

Innocenz IV.: Die Glosse zur Dekretale Venerabilem, die „kanonische“ Wahl Heinrich Raspes und seine Approbation zum ‚rex Romanorum‘.

Sinibald Fiesco hatte als Kardinal aus seiner Kenntnis des kirchlichen Rechts und der Hingabe an das hierokratische Ideal heraus in seiner Glosse zu den Dekretalen den Beruf des Papsttums, über dem untergebenen Kaisertum die Welt zu beherrschen, sich selbst überzeugend erwiesen.¹ Er war als Papst hingerissen von der Größe der Aufgabe, für die er sich erwählt fühlte; und über alle Rücksicht auf überkommenes Recht und menschliche Satzung trug ihn der Gedanke an die Pflicht, die dem Haupte der Christenheit auferlegt sei, die Herrschaft Christi über dieser Erde aufzurichten: sie aber erschien ihm in keiner andern Gestalt als in der Herrschaft der Kirche, deren Leitung ihm von Gott anvertraut, deren Machtentfaltung in seine Hände gelegt war, deren Sieg über die Kinder der Finsternis heraufzuführen er sich ausersehen wähnte.

Mußte Friedrich II. und das freie Weltkaisertum überhaupt fallen, damit das Papsttum endlich den Platz einnehme, den Gott ihm gewiesen, so hieß es, alle Mittel der Kirche zu dem einen Zweck zusammenzufassen, um ihr den Triumph zu erringen. Wie diesem Ideal zuliebe die Grenzen von Geistlichem und Weltlichem verwischt², die Begriffe von Recht und Unrecht verwirrt wurden³, wie es die hier geübte Weltregierung der zentralisierten

¹ Aus der umfassenden Kenntnis der Papstbriefe ist die tiefdringende Charakteristik geschöpft, die Rodenberg, Innocenz IV. und das Königreich Sizilien S. 3 ff. entworfen hat.

² Vgl. Hauck, Kirchengesch. IV, 844 ff.

³ Denn das Recht des Staats galt nichts vor dem Recht der Kirche, und das Unrecht der Untertanen konnte vor ihr als Recht bestehen. Darin liegt das Verhängnisvolle der Gegensätze, daß eine jede Einzelpersonlichkeit von dem Recht, in dem sie mitten inne steht, als dem einzigen überzeugt ist und nur in ihm das sittlich Gute zu sehen vermag. Heinrich von Susa sagt in der *Lectura I* fol. 63^b in der Gl. ‚veniret‘ sehr bestimmt: ‚Absit enim quod committamus mala, ideo ut eveniant bona; nec enim Deus tale

Papstkirche, so wie Innocenz IV. sie fortgebildet und den Nachfolgern gezeigt hat, recht eigentlich gewesen ist, die den Unwillen, den Widerstand und schließlich den Sturm der Völker gegen das mittelalterliche Papsttum heraufbeschworen hat, — daran soll hier nur erinnert werden, um den Hintergrund anzuzeigen, von dem sich die Ordnung der Zukunft Deutschlands bei dem Zusammenbruch des Stauferreichs abhebt.

Alles kam darauf an, ob es Innocenz IV. gelingen werde, das Programm, das er entworfen, der Welt gegenüber durchzusetzen. Er hatte dem imperialen Gedanken, der vom staufischen Kaisergeschlecht getragen war, eine kirchliche Theorie entgegengestellt; ihren Sieg konnte nur der erwarten, der damit rechnete, Deutschland und seine Fürsten für sie zu gewinnen. Hier setzte die praktische Aufgabe ein, die der Papst zu lösen hatte.

War es denkbar, die ungeheure Kluft, die sich zwischen seinem Ideal und der Wirklichkeit der deutschen Verfassung auftrat, auszufüllen? Dort forderte Innocenz, daß Deutschland sich damit abfinde, ihm einen Kandidaten für das allein vom Papste zu gewährende Kaiseramt darzubieten; hier waren die Wahlfürsten entschlossen, durch die Erhebung des „römischen Königs und allzeit Mehrers“ die Herrschaft über das imperium Romanum zu vergeben. Kaum ein Menschenalter war darüber vergangen, seit Innocenz III. in demselben, allerdings noch nicht zur höchsten prinzipiellen Schärfe zugespitzten Gegensatze zwischen dem Wahlrecht der Fürsten und dem Krönungsrechte des Papstes gestanden hatte¹, ohne daß ihm gelungen war, der Kirche mehr als vorübergehende Erfolge zu schaffen. Die Versuche, durch die Aufnahme des staufischen Begriffs der „Kaiserwahl“ Otto IV. und Friedrich II. als die vom Papste bestätigten „kaiserlichen“ Herrscher auf den Thron zu bringen, waren gescheitert; die Anerkennung Deutschlands war beiden nur auf Grund unabhängiger Wahlen zum römischen Königtum zugefallen. Allein da beide bereits vorher die päpstliche Bestätigung erhalten hatten, so blieb die zwischen Fürsten und Papsttum strittige Rechtsfrage unentschieden. Jeder mochte die von den Herrschern geübte Regie-

lucrum tali damno compensat. [c. 1] C. XXXIII q. 5 Si dicat'. Aber wer entschied im Kampfe von Staat und Kirche, was gut, was böse sei?

¹ Vgl. oben S. 4. 70 f.

rung des Reichs nach seinem Standpunkt von der römischen Königswahl oder von der päpstlichen Bestätigung ableiten.¹

Der besondere Platz, den der Kaiser seinem Sohne Heinrich innerhalb des imperium anwies², bewirkte, daß die Duldung, wenn nicht ausdrücklich, so doch stillschweigend auch dessen Wahl gegenüber fort dauerte. Als Gregor IX. und Innocenz IV. den Kampf gegen Friedrich II. aufnahmen, war daher der Streit über den Anteil, den Papst und Fürsten an der Erhebung eines neuen Kaisers und an der Übergabe der Reichsgewalt zu nehmen hatten, noch nicht ausgetragen. Die Kaiserwahl Konrads hatte die letzten Gedanken des staufischen Imperialismus wieder aufgenommen und dem Papsttum ihre Lebenskraft und ihre Unversöhnlichkeit mit der Weltanschauung der Kirche erwiesen.

Die von Innocenz III. nicht überwundene Schwierigkeit lag darin, daß die päpstlichen Ansprüche auf die Verleihung des imperium mit dem germanischen Rechte der Königswahl zusammenstießen, auf der die Nachfolge im Deutschen Reiche ruhte und die seit der Salierzeit dem rex Romanorum galt. An der Kraft des nationalen, durch die Geschichte geheiligten Rechts der Deutschen waren bisher alle Angriffe zerschellt. Innocenz IV. schuf eine Lösung, die auf der einen Seite der päpstlichen Forderung nach „kanonischer“ Wahl des Kaisers und damit der Oberhoheit des Papsttums voll gerecht wurde, und die auf der andern Seite doch dem selbständigen Sonderdasein eines Königs wenigstens in Deutschland — auf das allein es kraft der unzerstörbaren Erinnerungen des ‚regnum Teutonicum‘ anzukommen schien — einen gewissen Spielraum eröffnete.

Sie bietet wohl den geistvollsten Versuch, den Widerstreit zwischen dem deutsch-römischen Weltstaat und dem geforderten päpstlichen Weltreich zugunsten der Kirche auszugleichen. So bang wir spüren, wie unter der rastlosen Energie des Papstes das Schicksal Deutschlands sich zu erfüllen droht, wir dürfen die Größe der Leistung nicht verkennen, in der Innocenz bei der Auslegung der Dekretale Venerabilem den Plan zur Unterjochung des Reiches entwarf. Es nimmt ihr nichts von ihrem Werte, daß wir wissen, welches Vorbild vor seinen Augen stand und ihm den Weg wies. Vielmehr spricht es für die Einsicht des

¹ Vgl. oben S. 107.

² Vgl. oben S. 128.

Staatsmannes, daß er sich bemühte, das Ungeheure, Neue, für dessen Sieg er sich einsetzte, den unter Friedrich II. geschaffenen Zuständen möglichst anzupassen, um den Völkern die Umwälzung minder gewaltig erscheinen zu lassen, vielleicht sie eher für die neue Ordnung zu gewinnen.

Die Abwandlung, die sich im Kaiserreiche Friedrichs II. und durch seine Verwaltung vollzogen hatte, ist auf die politischen Ideen Innocenz' IV. von sichtlichem Einfluß gewesen¹; es bleibt höchst merkwürdig, daß sie von dem eigenen Interesse der Kirche grade nach derselben Richtung hin gefordert und bereits vorbereitet war.

Wir erinnern uns der Worte Gregors, daß Italien durch die Schenkung Konstantins der Verfügung des apostolischen Stuhles überlassen worden sei.² Was konnte ihnen besser entsprechen als eine Maßregel, die in gewisser Weise das auf seine Unabhängigkeit stolze regnum Romanum auflöste und Italien als das rechte kaiserliche Land erscheinen ließ! Denn eben als ein kaiserliches — so kennen wir die kirchliche Theorie — hatte es niemand als der Papst an den Herrscher mitsamt dem imperium zu vergeben.

Das wichtigste war, daß die von Friedrich getroffene Ordnung, die das regnum Alemanniae unter einen zum König erhobenen Sohn des Kaisers stellte, eine hochoerwünschte Hilfe bot, um die Dekretale Venerabilem mit dem Prinzip der vollen Oberhoheit des Papsttums über das Kaisertum in den notwendigen Einklang zu bringen. Das Schreiben nämlich bot dem Glossator zunächst schweren Anstoß. Für Innocenz IV. war es nach den Grundsätzen, die für die Besetzung kirchlicher Ämter aufgestellt waren, selbstverständlich, daß die Kaiserwahl der päpstlichen Bestätigung unterworfen war; allein von einer besonderen confirmatio oder approbatio fand er in dem Schreiben Venerabilem nichts; dies veranlaßte ihn, sie in den Akt der Krönung selbst zu verlegen.³ Doch wieder nach den kanonischen Vorschriften mußte gelten, daß der Erwählte bis zu seiner römischen Krönung und

¹ Doch sei bemerkt, wie die Einteilung in die Kirchenprovinzen für das Papsttum immer die Sonderung der Gebiete streng aufrecht erhalten hat. Man denke nur an die territorial verschiedenen Bestimmungen des Wormser Konkordats.

² Vgl. oben S. 150.

³ Vgl. S. 172 N. 4.

Bestätigung keinerlei kaiserliche Gerechtsame genoß.¹ Das Schreiben Innocenz' III. ließ indessen keinen Zweifel daran, daß Otto IV., den der Papst ausdrücklich König nannte, tatsächlich in Deutschland Herrschaft ausübte, und daß Innocenz III. dies nicht nur für Recht gehalten, sondern auch nachdrücklichst Gehorsam für ihn gefordert hatte. Für den, der wußte, daß Otto bereits geraume Zeit vorher als „König und zum römischen Kaiser Erwählter“ von Innocenz ausdrücklich bestätigt worden war, hatte freilich die Fassung des Schreibens nichts Wunderbares; um so mehr Schwierigkeiten bereitete sie dem, der den noch nicht zu Rom Gekrönten und daher anscheinend noch nicht Bestätigten doch im Besitze von Herrschaftsrechten sah.² Für ihn war nur das selbstverständlich, daß diese Gerechtsame nicht die kaiserlichen sein konnten.

Innocenz IV. hatte die Frage zu beantworten, wo in der festen Ordnung zwischen Papsttum und Kaisertum Raum sei für eine von der Kirche unabhängige Königsgewalt des designierten Kaisers und welcher Art das Recht eines zum Römischen Kaiser erwählten Fürsten, der weder in Rom gekrönt noch sonst irgendwie vom Papste bestätigt war, dennoch aber mit päpstlicher Gunst einen königlichen Namen und eine königliche Gewalt besaß. Die erwünschte Erklärung bot sich ihm ungezwungen dar dank der besonderen Stellung, die unter Kaiser Friedrich II. das *regnum Alemanniae* gewonnen hatte.

Der Papst ersah aus der Dekretale Venerabilem, daß Innocenz III. von zwei Bewerbern um das Kaisertum den einen, Philipp, verworfen, den andern, Otto, begünstigt und als „König“ unterstützt hatte. Er entnahm ihr den Rechtsgrund, daß die Wahl des Staufers als eine ungesetzliche von Rechts wegen hatte kassiert werden müssen.³ Für Otto hingegen durfte Innocenz III.

¹ Dies würde dann die kaiserliche Krönung der Papstweihe an die Seite rücken: der Regel nach galt, daß durch diese dem neugewählten Papste die Gewalt über die Kirche gegeben wurde.

² So überraschend es auch ist, kann man nicht daran zweifeln, daß Innocenz IV., als er, sicher noch als Kardinal, die hier zu behandelnden Glossen verfaßte, die Briefe von 1201 im *Registrum de negotio imperii* noch nicht kannte; vgl. namentlich unten N. 3 unter III. Oder hätte er hier die Sätze eines Vorgängers unverändert übernommen?

³ Ich stelle die in Betracht kommenden Glossen aus dem *Apparatus* fol. 43' zusammen: I. *regem. quia sicut Aquisgrani per Coloniensem ar-*

eintreten, obwohl die endgültige Entscheidung über seine Annahme zum Kaiser bisher nicht gefallen war; noch stand trotz der Aachener Krönung den Gegnern frei, die Form der Wahl und die Persönlichkeit anzufechten; denn noch hatte ihn der Papst nicht konfirmiert. Otto allein besaß jedoch den Anspruch darauf, das kaiserliche Amt zu erhalten, weil er durch Majorität zu Recht gewählt schien und daher ihm nach kanonischer Lehre als „dem Berechtigten unter der Voraussetzung, daß er die vorgeschriebenen Eigenschaften besitze, ... das Amt verfangen war“ (*ius ad rem*).¹ Deshalb ist es dem Papst erlaubt, schon jetzt den zum Kaiser designierten Otto in den (von dieser Würde unabhängigen) Rechtsfolgen seiner Wahl anzuerkennen. Der ordnungsmäßig Erlorene ist nämlich durch den Erzbischof von Köln in Aachen zum König zu krönen und kommt mit der Krönung — die insoweit für Deutschland die Kraft einer Wahlbestätigung hat — in den Besitz des Königreichs. Hier tritt er mit der Aachener Feier die Herrschaft „wie ein König“ an. Die Untertanen des regnum sind einstweilen verpflichtet, ihm zu gehorchen.² Innocenz III. durfte daher Otto König nennen, weil er wirklich als König galt, nach seiner Würde und nach seiner Gewalt: aber die Gewähr dieses Titels war eine Gunst; sie hatte keine rechtliche Wirkung, wenn sie auch andererseits nicht gegen Normen verchiepiscopum fuit coronatus, ut continetur in integra, et ideo cum sit in possessione coronam regni habendo, non est contra ius, si eum regem nominat.

II. *alteri. scilicet iuste electo, non alii, id est illegitime electo reprobato, et legitime electum et coronatum pro rege habere et iuvare in eodem iure.*

III. *iusto. cassavit enim papa quod factum erat de Philippo duce, sed non confirmavit electionem regis Ottonis et ideo reservavit contradictoribus potestatem dicendi in formam et personam; et tunc interim debent eum habere pro rege propter coronam quam acceperat a Coloniensi archiepiscopo Aquisgrani.*

IV. *adherere. cum electus esset a maiori parte et coronatus ubi debuit et a quo debuit, quod obtinet iura [oder ‚vim‘] confirmationis, quousque reprobetur ei debet obediri, ut hic et VIII. q. ult. [IV]: Nonne [directa sunt verba canonum; quicumque clericorum ab episcopo suo ante tempus sententiae pro dubia suspicione discesserit, manifestam in eum manere censuram]. et hoc est quod papa licite consuluit.*

¹ Hinschius, Kirchenrecht II, 654.

² Hier ist wieder die Belegstelle aus dem Kirchenrecht in IV zu beachten.

stieß, die bei der Bestätigung des designierten Kaisers zu befolgen waren. Der Papst konnte ihn sogar in der Pflege seines königlichen Amtes unterstützen. Indessen steht und fällt dieses Königtum mit der Annahme oder Verwerfung der Designation zum Kaiser¹: wenn ihre Prüfung dazu führt, daß der Papst die Konfirmation mit der Weihe versagt, so geht dem bisherigen Verwalter auch jedes Recht auf das Königtum verloren. Die Wahl ist in ihrem ganzen Umfange ungültig und die auf ihr beruhende Krönung nichtig. Wird hingegen der Designierte vom Papste bestätigt und zum Kaiser gekrönt, so ist auch die Aachener Einweisung in die königliche Herrschaft unanfechtbar geworden.²

Sicherlich hätte es Innocenz IV. am nächsten gelegen, die Wahl der Fürsten ganz unter den Begriff der einen Designation zum Kaisertum zu fassen, so daß sie nichts als das Anrecht auf das kaiserliche Amt enthalten hätte.³ Indessen dem stellte sich das Selbstbewußtsein Deutschlands entgegen, das Albert

¹ Beachte ‚interim ... pro rege habere‘ in III; und namentlich IV. Daß Krammer, Reichsgedanke S. 73 nur zwei von diesen Glossen herausgehoben hat, ist unverständlich. Daß er dann (ohne auf ‚interim‘ und ‚pro rege‘ zu achten) sagt: „Die Unabhängigkeit des deutschen Königtums von der Kurie kann kaum deutlicher ausgesprochen werden“, das beweist zu allem übrigen, daß er in die Gedanken des Papstes keine Einsicht hat.

² Ohne daß sie geradezu ausgesprochen wird, liegt doch der Dekretale Venerabilem prinzipiell die gleiche Anschauung zugrunde. Auch für Innocenz III. schien die kaiserliche Krönung den Regierungsantritt im imperium zu bezeichnen; von Lothar III. sagt er: ‚imperium obtinuit coronatus‘, und bis dahin stand die Möglichkeit der Anfechtung von Person und Wahl offen. Insbesondere aber muß hier betont werden, daß Innocenz III. die Eide, die ‚ratione regni‘ geleistet seien, für unverbindlich erklärte, sobald der Erwählte ‚quantum ad imperium obtinendum‘ verworfen worden wäre; vgl. oben S. 46 N. 3.

³ Es ist überraschend, wie in der Auffassung der Wahl die höchste Entwicklung des kaiserlichen und die des päpstlichen Imperialismus zusammentreffen konnten. Man denke an die Designation Konrads. Aber die Beobachtung drängt sich auf, daß das Vordringen des staufischen Reichsgedankens die Dämme weggeräumt hat, die im 11. und 12. Jahrh. die deutschen Herrscher vor einem zu gefährlichen Anwachsen der päpstlichen Ansprüche dem Staat gegenüber geschützt hatten. Der weltliche Staat der Staufer mußte über die Kirche siegen, um sein historisches Recht der Nachwelt zu beweisen. Jetzt vermag erst die Forschung, es ihm wiederzugeben.

Beham soeben noch im J. 1239 in ungeminderter Stärke wirksam gefunden hatte¹; es wurde überdies gesichert durch eine Schranke, die auch Innocenz achten mußte: das Krönungsrecht des Erzbischofs von Köln und die Aachener Feier. Ihr Dasein bewies, daß in der deutschen Erhebung eine Rechtssphäre vorhanden war, die ihr eigenes Gesetz besaß und sich der päpstlichen Verfügung entzog. Hier waren die Tatsachen geschichtlicher Entwicklung zu fest gefügt, als daß der Papst über sie hinwegschreiten konnte: überdies schien auch Innocenz III. im Schreiben Venerabilem sie anerkannt zu haben. Es gab ein Königtum, auf das neben dem Kaisertum die Wahl ein besonderes Anrecht begründete und dessen Herrschaft die Aachener Krönung „vorläufig“ übertrug; man mochte versuchen, seine Rechte engste zu umgrenzen, seine Pflichten hinter den kaiserlichen in den Schatten zu rücken; beseitigen ließ es sich nicht.

Wir sehen jetzt klar, in welcher Richtung der Papst den Ausweg fand. Von alters her hatte bis auf Heinrich VI. die Einweisung zu Aachen den Regierungsantritt im *regnum Romanum* bezeichnet; diese Ehre der Kölner Kirche hatte Erzbischof Adolf gegen die Staufer und dann gegen den Papst verteidigt²; er beanspruchte, durch Weihe und Krönung die Reichsgewalt zu vergeben. Wenn jetzt Innocenz IV. alle Rechte des Herrschers in dem *imperium* seiner Verfügung vorbehielt, wenn er alle Pflichten der Untertanen von Reiches wegen an die Erteilung der päpstlichen Bestätigung bei der Weihe zu Rom knüpfte, so blieb dem Königtum, zu dem der Kölner krönte, als Wirkungskreis nur Deutschland, als Rechtsgehalt der Herrschaft nur die Befugnisse, die nicht zu den „Kaiserrechten“ gehörten.³

Das Königreich, dem der Papst in der Glosse zur Dekretale

¹ Vgl. oben S. 153 N. 4.

² Vgl. oben S. 58f. 72f.

³ Vgl. oben S. 70 N. 1 darüber, daß schon Innocenz III. ‚*regnum Teutonicum*‘ und die kaiserlichen Rechte darin schied. Otto IV. hat bereits einmal die ‚*corona Alamannie*‘ der ‚*corona Romani imperii*‘ scharf gegenübergestellt, allerdings in einem Augenblick, wo er dringend der päpstlichen Hilfe bedurfte; vgl. oben S. 30 N. 4. Das interessante Schreiben König Richards an Innocenz III. (Böhmer-Ficker Reg. nr. 10628) spricht zwar durchweg vom ‚*regnum Alemannie*‘ (Reg. de neg. imp. nr. 5, col. 1001), scheidet aber nicht davon, wie der Zusammenhang deutlich macht, das *regnum Romanum*.

Venerabilem ein bescheidenes Daseinsrecht vergönnte, war ein ‚regnum Alemanniae‘. Dieser „deutsche König“, der zu Aachen den Besitz des regnum antreten durfte, dehnte seinen Machtbereich genau so über Germanien, wie die Söhne Friedrichs II. ihn erstreckten; und seine Zuständigkeit war völlig in der gleichen Weise wie die ihre dadurch gekennzeichnet, daß sie aller Kaiserrechte darbt.¹ Den Verwaltungsbezirk eines deutschen Königreichs, wie ihn Friedrich II. aus dem imperium abgegrenzt, wollte Innocenz IV. wenigstens bedingt der Verfügung der Deutschen überlassen. Er selbst aber — und darin vollendet sich die Berechtigung, diesen Vergleich zu ziehen — würde als Verweser des Reichs in den kaiserlichen Nachlaß eintreten, der durch Friedrichs Absetzung dem päpstlichen Oberherrn zugekommen war. Italien und Burgund, die Länder des imperium, die er in der eigenen Verwaltung bewahrt, die kaiserlichen Hoheitsrechte über das „deutsche“ Königtum, — alle Macht, die Friedrich II. in den Händen des imperator gesammelt, sie würden an den Papst fallen, „von dem der Kaiser das Reich hält“, und von ihm an den neuen Herrscher übergehen, den die kanonische Wahl der deutschen Fürsten ihm darbieten würde.

Das Bild, das Innocenz IV. von dem Kaisertum und der Sonderstellung des regnum zeichnet und das er als die Ansicht Innocenz' III. aus dem Schreiben Venerabilem entnimmt, spiegelt das imperium Friedrichs II. mit seinem deutschen Unterkönigtum wider. Das Papsttum sollte bei der Vakanz des Reiches an die Stelle rücken, die der Staufer für den Kaiser bereitet hatte.²

Getreu dem Programm, das er in dem weltüberfliegenden Glauben entworfen hatte, als Gottes Verweser auf Erden zu wirken,

¹ Vgl. oben S. 147 N. 1 die beiden Äußerungen der Päpste Honorius' III. von 1221 und Gregors IX. von 1240 über die Söhne Friedrichs II. und das ‚regnum Teutoniae‘. Hatte der Kaiser im J. 1220 vor der Krönung gerade hierüber mit dem Papsttum sich verständigt, daß der zum König gewählte Sohn nur die Herrschaft über Deutschland zu führen berechtigt sei, und sah deshalb auch die Kurie von der Approbation ab? Dann würde die, vom Papsteinfluß freie, Rechtssphäre des ‚regnum Teutoniae‘ eben jenes ‚regnum Romanum‘ darstellen sollen, das den Deutschen nach der Äußerung des Honorius freigegeben war. Vgl. unten S. 198 ff.

² Kramer, Reichsgedanke S. 83 hat im allgemeinen richtig bemerkt: „Die Bemühungen [der Staufer] kamen ... der Kurie zugute; sie wurde der glücklichere Erbe ihrer Politik.“

ist der Papst ohne Zögern auf seiner Bahn vorangeschritten. Die Erhebung Heinrich Raspes setzt in die Tat um, was Innocenz als scharfsinnigster Kenner und Ausleger des kanonischen Rechts ersonnen hatte.

Der Absetzung Friedrichs zu Lyon folgte unmittelbar der Befehl an die Wahlfürsten, den neuen Kaiser zu wählen.¹ Alle Kraft wurde daran gesetzt, die „Provision des Reichs durch kanonische Wahl“ vorzunehmen.² So klein die Schar war, die sich um den päpstlichen Legaten Philipp, den Erwählten von Ferrara, zu Veitshochheim am 22. Mai 1246 sammelte, mit den Erzbischöfen Siegfried III. von Mainz und Konrad von Köln an ihrer Spitze war sie fähig und bereit, den Weisungen der Kurie zu gehorchen³ und den Fürsten, den der Papst als den einzigen ihm genehmen der Versammlung „geraten“ hatte⁴, zum Herrscher anzunehmen. Mit Worten, die noch niemals vorher bei einer Kur erklungen waren, beriefen die Wähler des Reichs Heinrich, den Landgrafen von Thüringen, zum „König von Deutschland und Herrscher der Römer“.⁵

Der Kürspruch gibt getreu die doppelte Beziehung der Wahl wieder, die Innocenz IV. in seiner Glosse als ihren Rechtsgehalt herausgestellt hatte: er zielt gleichzeitig auf einen deutschen König und einen römischen, kaiserlichen Herrscher. Seine ungewöhnliche Form drückt sorgsam die Teilung der Gewalten aus, die der Papst theoretisch durchgeführt hatte; es ist kaum daran zu zweifeln, daß Innocenz selbst durch seinen Legaten den Fürsten

¹ S. oben S. 173. ² Vgl. oben S. 175 ff.

³ Eine erste Abwandlung der Befehle lag darin, daß im J. 1245 durchweg vom ‚imperator‘ die Rede gewesen war, jetzt in den Schreiben von 1246 der Auftrag ergeht, zu wählen ‚in Romanorum regem in imperatorem postmodum promovendum‘: die Wendung entsprach dem Wortlaut der Dekretale Venerabilem, wo jedoch ‚Romanorum‘ fehlt (vgl. oben S. 38 N. 1. 2; S. 43 N. 1). Sie ist mit Rücksicht darauf gebraucht, daß eine Kaiserweihe zu Rom jetzt nicht möglich war; vgl. unten S. 190 f.

⁴ Vgl. oben S. 177.

⁵ In den beiden Briefen Heinrichs an die Mailänder und an Gregor von Montelongo berichtet er (MG. Const. II, 456 f. nr. 349. 350): ‚principes concordii et unanimi voluntate nos . . . in regem Allamannie et Romanorum principem elegerunt‘. Was über den wichtigen „kaiserlichen“ Sinn von ‚princeps‘ oben S. 31 N. 4 bemerkt wurde, findet hier die beste Bestätigung. — Über die Form der Wahl wird im zweiten Aufsatze dieses Buches gehandelt werden.

die Worte in den Mund gelegt hat, und das würde allem entsprechen, was wir sonst über die von ihm geübte Wahlbevormundung erfahren haben. Nach seiner Ansicht sollte die Wahl zu beiden Würden nichts als eine Designation sein. Erst durch die Aachener Krönung würde der Erwählte die königliche Gewalt und königlichen Namen für Deutschland erhalten, durch die römische Weihe kaiserliche Gewalt und kaiserlichen Namen. Die Wahl von 1246 ist daher das rechte Seitenstück, die päpstliche Antwort für die Designation Konrads IV. zum „römischen König und zukünftigen Kaiser“. Dieser sollte nach des Vaters Tode die Nachfolge im Reich auf den Rechtsgrund der „kaiserlichen“ Wahl von 1237 hin antreten¹; an Heinrich Raspe aber würde die Herrschaft über das imperium erst aus der Hand des Papstes kommen. Der staufische Gedanke der Kaiserwahl, den schon einmal Innocenz III. sich dienstbar gemacht hatte², war zu dem päpstlichen Ideal der kanonischen Erhebung zum Kaisertum³ gewandelt.

Die Macht der Tatsachen war es, die Innocenz zwang, von der Gebundenheit seines Programms abzustehen; politische Rücksichten forderten Beachtung, wenn nicht der Versuch, den Staufern einen Gegenkaiser entgegenzustellen, aussichtslos sein sollte. Der Papst, der in Lyon das Konzil um sich versammelt und von hier seine Befehle entsandt hatte, täuschte sich darüber nicht, daß für ihn keine Hoffnung bestehe, in kurzer Frist nach Rom zurückzukehren. Wenn aber — das stand damals allen fest — nur dort ein Kaiser zu krönen war, mußte die Kirche um deswillen des Vogtes und Schützers entbehren, bis dem Papste die Heimkehr in die ewige Stadt eröffnet werde? und durfte bis dahin niemand, mit allen Rechten über das imperium ausgestattet, den Kampf um das kaiserliche Italien wider Friedrich II. aufnehmen? Wer immer in Deutschland gewillt war, die Sache der Kirche gegen die Staufer zu führen, er bedurfte aller Machtmittel, um den Erfolg zu erringen; er mußte befugt sein, kraft kaiserlicher Vollgewalt über alle Teile und alle Rechte des Reichs zu dem schweren Ringen zu verfügen.

¹ Vgl. oben S. 138f. ² Vgl. oben S. 94.

³ Vgl. oben S. 173 N. 2; 175 N. 1 die Mandate von 1245, die beweisen, wie bewußt Innocenz IV. auf die Kaiserwahl ausging.

Aus dieser Notlage heraus und nur aus ihr wird es verständlich, daß der Papst von seiner prinzipiellen Grundanschauung an einem Punkte wesentlich abwich. Er erklärte nämlich in einem Nachtrag der Glosse zur Dekretale *Venerabilem*¹, daß der „Kaiser“ in dem Falle, wo er die Krone am rechten Orte nicht empfangen könne, nichtsdestoweniger bereits kaiserliche Herrschgewalt besitze; dabei blieb offen, ob sie ihm seit der Aachener Krönung durch den Kölner Erzbischof oder schon von der Wahl an zustehe.²

Es war ein Ausweg, den der Papst unter dem Druck der Umstände suchte. Denn die theoretische Forderung einer die Konfirmation in sich schließenden Kaiserkrönung zu Rom war im J. 1246 undurchführbar. Der Augenblick aber heischte, daß dem Gegner der Staufer, der bereit war, die Bürde des Reichs auf sich zu nehmen, alle damit verbundenen Rechte sogleich zufielen. Heinrich Raspe war bisher nur der Wahl teilhaftig geworden; wie ihm und dem Papste der Weg nach Rom, so waren ihm und dem Kölner auch die Tore Aachens verschlossen, so daß keine Aussicht auf seine Krönung zum *rex Alamanniae* bestand. Deshalb blieb für Innocenz IV. nichts übrig, als sich damit abzufinden, daß der rechtmäßig zum „römischen Herrscher“ gewählte Fürst in dem besonderen Falle sogleich kaiserliche Herrschaft zu üben befugt sei.³

¹ Der Satz ist so wenig mit den übrigen Anschauungen vereinbar, die der Papst in der Glosse vertritt (vgl. oben S. 184 ff.), daß er nur als eine Auskunft zu begreifen ist, zu der Innocenz durch die unglückliche politische Lage des J. 1245/6 zu greifen gezwungen wurde.

² Gl. *„coronamus“*: „... Credimus tamen, quod, si imperator coronam in loco debito recipere non possit, nihilominus tamen auctoritatem administrandi ab archiepiscopo Coloniensi possit recipere vel suam auctoritatem habet ex electione“. Dazu bemerkt Heinrich de Segusio: „intelligas ex concordii, sicut et papa supra eodem Licet [c. 6]; quod verius est. XCIII dist. Legimus [c. 24]“.

³ Man könnte daran denken, daß Innocenz auf den *„canonice ac concorditer“* gewählten König den Grundsatz des Kirchenrechts anwendete, der für die Erzbischöfe und die dem römischen Stuhl unmittelbar unterworfenen Bischöfe in den außeritalischen Gebieten festgestellt und deutsche Gewohnheit war: vorausgesetzt, daß sie einmütig gewählt waren, durften sie die Verwaltung ihrer Kirchen übernehmen, schon ehe die Bestätigung eingetroffen war; vgl. Hinschius, *Kirchenrecht* II, 671 nach c. 44 § 2 X I 6 und die *Summa Aurea* fol. 31^b: „Theutonici Provinciales Gallici et Burgundiones, si tales

Dem flüchtigen Beobachter mag es scheinen, als ob der Papst durch dieses Zugeständnis nicht nur mit seinen früheren Grundsätzen gebrochen habe, denen zufolge nur die päpstliche Weihe den Kaiser schuf, sondern geradezu auf den staufischen imperialen Standpunkt übergetreten sei, indem er bereits von der Wahl der deutschen Fürsten das Recht kaiserlicher Waltung ableitete.¹ Wer schärfer zusieht, erkennt, daß Innocenz zwar seine Ansichten in etwas verschoben hat, aber dabei vollkommen auf dem Boden der strengsten kurialen Rechtsauffassung geblieben ist, die alle Verfügung über das Kaisertum beim Papste läßt. Denn nur demjenigen gekrönten oder auch nur gewählten Könige gesteht Innocenz die kaiserlichen Rechte zu, der die päpstliche Bestätigung erhalten hat.² Der Wandel in seiner Anschauung besteht nicht etwa darin, daß er bei der Unmöglichkeit, in Rom die Kaiserkrönung vorzunehmen, jetzt das imperium auf eine der deutschen Rechtshandlungen begründete, sondern einzig und allein in dem Umstand, daß er die Approbation, die ihm früher mit der Weihe selbst zusammenfiel³, wieder von ihr gelöst und sie zu einem selbständigen und zum wichtigsten Akte der kaiserlichen Erhebung gemacht hat.

Innocenz IV. kehrte — ob bewußt oder unbewußt, bleibe dahingestellt⁴ — zu der Auffassung zurück, die schon Innocenz III.

in concordia electi fuerint, administrare possunt ante confirmationem'. Aber auch abgesehen davon, daß die streng geübte Wahlbevormundung bei der Erhebung Heinrichs von vornherein einer Bestätigung nahekommt (vgl. unten S. 195 ff.), spricht doch Entscheidendes dafür, daß das Verhalten des Papstes ihm gegenüber durch die übliche Form der Bestätigung am leichtesten zu erklären ist. Bei Wilhelm von Holland bleibt kein Zweifel darüber.

¹ Ähnliches scheint Krammer geglaubt zu haben, wenn er (Reichsgedanke S. 74) den Zusatz zur Glosse dahin deutet, daß „kraft der königlichen Wahl und Krönung Befugnis zu [kaiserlicher] Herrschaft gegeben werde.“ Der Gegensatz, den er zwischen dem Standpunkte Innocenz' IV. und Alexanders IV. finden will, ist tatsächlich nicht vorhanden.

² Krammer S. 74 hat zwar bemerkt, daß der Zusatz der Glosse nur von einem gewählten und bestätigten Herrscher gelten kann, ohne jedoch die außerordentliche Tragweite dieser Beobachtung zu sehen.

³ Durch die Dekretale Venerabilem verleitet, in der für eine besondere Bestätigung kein Raum gegeben schien, vgl. oben S. 172 N. 4; S. 183.

⁴ Es ist damit zu rechnen, daß er als Papst das Registrum de negotio imperii ebenso kennen gelernt hat, wie es später z. B. Clemens IV. kannte.

vertreten hatte.¹ Er gab der päpstlichen Konfirmation ihren besonderen Platz innerhalb der Förmlichkeiten der kaiserlichen Erhebung und legte ihre rechtliche Bedeutung fest. Was bei seinem großen Vorgänger — der die Entscheidung der Doppelwahl an sich ziehen wollte — mehr der Ausdruck äußerster politischer Wünsche war, bannte Innocenz IV. in die Schranken seines kirchenpolitischen Systems und gab ihm die für die Folge wirkende Gestalt. Hiermit vollendete er die Übertragung kanonischer Vorschriften auf die Kaiserwahl.

Die kirchliche Lehre unterschied streng das Recht auf die Amtsgewalt von der wirklichen Übung. Wurde jenes in der Wahl erworben, so gab erst ihre Bestätigung durch den dazu berufenen Oberen die Befugnis, des Amtes zu walten. Wie die *glossa ordinaria* des Dekrets sich unzweideutig darüber aussprach², so hat Innocenz selbst mit voller Bestimmtheit der Konfirmation diese Rechtsfolge zuerkannt.³ Ihr genau dieselbe Rolle bei der Erhebung des Kaisers anzuweisen, lag überaus nahe, sobald sein Amt, wie es vom Papste geschah, als ein vorzüglich der Kirche dienendes betrachtet wurde. Wenn die römische Krönungsfeier, in der Innocenz bisher die eigentliche Bestätigung der kaiserlichen Wahl erblickte, nicht stattfinden konnte, so stand es jederzeit bei ihm, den Erkorenen wie irgendeinen anderen Würdenträger der Kirche zu konfirmieren und ihm damit die kaiserliche Gewalt in die Hand zu geben. Dem Fürsten, der auf Grund seiner deutschen Erhebung zum *rex Alamanniae* allein die beschränkte königliche Herrschaft über Deutschland besaß⁴ und der für das *imperium*

¹ Vgl. oben S. 70 und Krammer, Rechtsgeschichte des Kurfürstenkollegs S. 14 ff.

² c. 10 Dist. 63 gl. *relatio* (fol. 67'): *si quaeras, quale ius acquiritur electo per electionem, dico quod ius prelature et ius administrandi, sed non exercitium prelature vel administrationis. Per confirmationem enim nil iuris novi acquiritur sed tantum exercitium*.

³ *Summarium* zu c. 15 X I 6 (*Apparatus* fol. 31): *electus non confirmatus non potest administrare res ecclesie sue*. Die Gl. *confirmationem* lautet: *nota quod electus quam cito est confirmatus sine alia possessione vel investitura . . . statim potest administrare res ecclesie sue in temporalibus et spiritualibus*. Vgl. auch die Dekretale selbst: *ex quo electionis tue confirmationem accepisti, de talibus et consimilibus — preter ea que maioris inquisitionis discussionem exigunt et ministerium consecrationis desiderant — . . . statuendi habeas liberam facultatem*.

⁴ Vgl. oben S. 187.

nur designiert war, — ihm übertrug dann nach des Papstes Willen die Approbation alles Kaiserrecht.

Nicht weil er in den gesetzlichen Formen gewählt oder gar schon gekrönt war, sondern einzig und allein weil der kanonisch Erhobene vom Papste bestätigt war, durfte Heinrich Raspe vor der Weihe zu Rom und noch vor der Krönung zu Aachen schon nach seiner Wahl bereits als Kaiser auftreten.

Die Tatsachen beweisen, daß wir mit der Deutung des Zusatzes zur Glosse das Rechte getroffen haben¹; sie lehren uns darüber hinaus, daß Innocenz IV. sogleich die äußere Form gefunden hat, in der die erfolgte Anerkennung des Papstes und damit die Übertragung der kaiserlichen Gerechtsame auf den bisherigen deutschen König öffentlich kund getan wurde: der bestätigte Herrscher sollte den Titel eines ‚rex Romanorum‘ erhalten², — den bereits seit etwa zwei Jahrhunderten die deutschen Könige vor ihrer Kaiserkrönung führten.³

Allerdings liegen die Ereignisse, auf die es hier ankommt, bei der Erhebung Heinrich Raspes nicht so einfach, wie sie uns später bei Wilhelm von Holland erscheinen werden; denn die ‚provisio imperii‘, die Innocenz damals in weitestem Umfang übte⁴, hat die Reinheit der „kanonischen“ Wahlformen getrübt: wer vom Papste den Wählern als der einzige genehme Kandidat „vorgeschlagen“ und demgemäß von ihnen erkoren wurde, für den war

¹ Es muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Glosse von dem ‚imperator‘ spricht, dem vor der Krönung zu Rom kaiserliche Gewalt zufällt (vgl. oben S. 191 N. 2). Unter ‚rex‘ und ‚regnum‘ versteht sie in der Dekretale Venerabilem nur den deutschen König und die Herrschaft in Deutschland. Sie sagt nirgend, wie dieser „König“ — der nicht in Rom gekrönt werden, also den kaiserlichen Namen nicht erhalten kann — dennoch zum ‚imperator‘ wird, d. h. also in diesem Zusammenhange notwendig: zum Herrscher über das imperium. Wir antworten: durch die Approbation. — Die Meinung Innocenz' III. ist gewiß die gleiche gewesen; daher gab er dem ‚rex‘ — dem er nur Deutschland zuwies — die Bestätigung und kaiserliche Herrschaft mit dem Titel: ‚in Romanorum imperatorem electus‘; vgl. S. 38. 95. Die Deutschen hatten diese Bezeichnung abgelehnt. Jetzt versuchte Innocenz IV. den ihnen vertrauten Titel des rex Romanorum in derselben Absicht zu brauchen, die päpstliche Approbation des in Deutschland Erkorbenen öffentlich darzutun!

² Die bewußte Umdeutung des Titels scheint das eigenste Werk Innocenz' IV.

³ Vgl. oben S. 9.

⁴ Vgl. oben S. 176 f.

von Anfang an die päpstliche Bestätigung sicher.¹ Genau wie Bischof Rudolf von Schwerin den Auftrag hatte, dem zukünftigen Bischof von Cammin, den er selbst dem Domkapitel präsentieren sollte, sogleich den allgemeinen Gehorsam zu schaffen², so erhielt der Legat Philipp den Befehl³, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bewirken, daß die geistlichen und weltlichen Fürsten wie alles Volk Deutschlands, Kleriker und Laien, „demjenigen, der gewählt worden sei, den Treueid schwören und ihm alles leisten, was den römischen Königen und Kaisern geschuldet wird.“

Das Mandat führt aus, was der Nachtrag zur Glosse erklärt hatte: der Gewählte genießt sogleich die kaiserlichen Gerechtsame. Nur bringt es deutlich zum Bewußtsein, daß diese Gunst einzig dem von vornherein genehmen Thronbewerber gewährt wird; sie hat seine Anerkennung durch den Papst zur selbstverständlichen Voraussetzung.

Allein trotzdem Innocenz von vornherein in Heinrich seinen Kandidaten bestimmt hatte, trotzdem der Elekt von Ferrara als sein Vertrauensmann bei der Wahl zu Veitshochheim anwesend war, trotzdem er also von Anfang an der Würdigkeit der Person und der Beachtung der „kanonischen“ Form bei der Wahl gewiß sein durfte, hat Innocenz IV. keineswegs auf die ersten Meldungen

¹ Engelmann, Der Anspruch der Päpste S. 49 N. 8 sagt mit Recht, daß „die Approbation eigentlich schon in dem Befehle lag“, einen bestimmten Kandidaten zu wählen.

² Vgl. oben S. 174f.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7611 (MG. Const. II, 455 nr. 348): „ut ei qui electus fuerit efficaciter intendant, fidelitatis iuramenta prestant ac omnia exhibeant que consueverunt ab eis Romanis regibus seu imperatoribus exhiberi“. — Vgl. hierzu das Schreiben nach Lübeck vom 24. April 1246 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 7614), in dem Innocenz die Stadt auffordert, dem Landgrafen von Thüringen treu und beharrlich beizustehen, „postquam fuerit electus in Romanorum regem in imperatorem postmodum promovendum“. — Der Papst knüpft an das Vorbild Innocenz' III. an, der 1201, März 1 (Reg. de neg. imp. nr. 33, col. 1040) zugunsten Ottos IV. befohlen hatte: „in remissionem vobis iniungimus peccatorum, quatenus ei de cetero sicut regi vestro in Romanorum imperatorem electo reverenter et humiliter deferatis, regalem ei obedientiam et honorificentiam impendentes“. Vgl. auch das Mandat Innocenz' IV. vom 5. Juli 1246 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 7655): „in remissionem vobis peccaminum iniungendo, quatinus regem ipsum totius honorificentie debito prosequentes, eidem . . . prompte ac fideliter intendatis“.

hin Heinrich Raspe als König begrüßt. Wohl dankte er am 9. Juni dem Erzbischof Siegfried von Mainz¹, der in der vordersten Reihe sich für den Gegenkönig eingesetzt hatte, für die Nachricht, „daß der Landgraf zum römischen König gewählt sei und öffentlich wie ein König auftrete“; aber noch — das geht hieraus hervor — gilt ihm Heinrich nicht als „wahrer“ König der Römer, und ausdrücklich lehnt er ab, ihm zu schreiben, bis die feierliche Gesandtschaft des Erwählten bei ihm eingetroffen sei.² Sie scheint unmittelbar darauf, schon vor dem 13. Juni, in Lyon angekommen zu sein; jetzt erst sprach Innocenz von Heinrich als dem römischen Könige³, und am 27. Juni⁴ befahl er die Kreuzpredigt gegen Friedrich II., „insbesondere da ein anderer zum König der Römer angenommen sei, der mit Gottes Hilfe zum Kaiser zu befördern ist.“ Zwar muß dahingestellt bleiben, ob die Boten des Königs, die jedenfalls einen Wahlbericht überbrachten, förmlich um die Bestätigung nachzusuchen hatten und ob sie durch ein besonderes Schreiben noch ausgesprochen worden ist.⁵ Sicher

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7637 (MG. Epist. saec. XIII. II, 144 nr. 189): „collegimus, quod . . . in Romanorum est regem electus et gerit publice se pro rege“. Heinrich handelt schon als König, er ist es noch nicht; vgl. oben S. 184 N. 3 in der Glosse unter III.

² A. a. O.: „Regi autem prefato nondum scripsimus, pro eo quod solemnes ipsius nuntios expectamus“. — Gregor von Montelongo, der päpstliche Legat in der Lombardei, hat Heinrichs Brief vom 13. Juni (oben S. 189 N. 5) an den Bischof von Tripolis weitergesandt mit einer Beischrift, in der er ihn — im Gegensatz zur Intitulatio des Briefes — noch „in Romanorum regem electus“ nennt; doch wohl weil die päpstliche „assumptio“ (vgl. unten N. 4) noch ausstand.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7640 vom 13. Juni (MG. Epist. II, 145 nr. 191): in einem Schreiben an Erzbischof Konrad von Köln gedenkt Innocenz IV. der Bitten „carissimi in Christo filii nostri . . . Romanorum regis“. Der Schluß, daß die Gesandtschaft vor dem 13. Juni eintraf, würde nur dann zwingend sein, wenn der Brief bereits unter diesem Tage fertiggestellt wäre.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7649 (MG. Epist. II, 150 nr. 199): „presertim cum iam alius sit in Romanorum regem assumptus, in imperatorem auctore Domino promovendus“. Anfangs Juli wurden die zahlreichen Schreiben nach Deutschland expediert, in denen Philipp als Legat beglaubigt und um Unterstützung für Heinrich geworben wird, der „in Romanorum regem Dei operante virtute . . . sit assumptus“ (Epist. II, 158 nr. 206). — Zur Bedeutung des absichtlich etwas unbestimmt gehaltenen „assumere“ vgl. Engelmann, Der Anspruch der Päpste S. 30 N. 5, und Domeier, Die Päpste als Richter S. 93 N. 3; siehe auch oben S. 31 N. 4.

⁵ Das Fehlen eines besonderen Papstbriefes beweist nichts darüber;

ist, daß für Innocenz IV. erst nach dem Eintreffen der Gesandten die „kanonische“ Erhebung Heinrichs dadurch abgeschlossen wurde, daß er den Erwählten der deutschen Fürsten als ‚rex Romanorum‘ anerkannte; indem er ihn mit diesem Titel nannte, ward vor der Öffentlichkeit die Konfirmation der Kaiserwahl vollzogen.

Das Mandat, das Innocenz dem Elekten von Ferrara mitgab, zeigt indessen noch ein anderes: daß nämlich für den Papst die Leistungen, die dem römischen Könige gebühren, ebendie sind, die dem Kaiser zustehen: die beiden Würden sind ihm nur durch den Namen, nicht durch ihren Rechtsinhalt geschieden. Wer „römischer“ König ist, der erfreut sich des kaiserlichen Ansehens im ganzen Reiche, auf das der König von Deutschland noch keinen Anspruch hat. Auf der Vereinigung der deutschen königlichen mit den allgemeinen kaiserlichen Rechten ruht die Stellung des rex Romanorum.

Sie spiegelt sich in den Vorgängen bei der Wahl Heinrich Raspes. Innocenz hatte den Wahlbefehl¹ an die Fürsten gerichtet, denen es zukomme, „den römischen König², der später zum Kaiser zu befördern sei, zu wählen“; in der Kur wurde Heinrich zum „König von Deutschland und Herrscher der Römer“ ausgerufen.³ Der Titel aber, den er in dieser Doppelwürde annahm⁴, war der des ‚rex Romanorum et semper augustus‘; er muß also die beiden Seiten des Herrscherberufs, zu dem die Deutschen wählen durften, zusammenfassen. Der „römische König“ verbindet in seiner Person das deutsch-königliche mit dem römisch-kaiserlichen Amt, so daß ihm zum „Kaiser“ nichts an Rechten⁵, denn auch für Wilhelm liegt er nicht vor. Die Frage ist vielmehr, ob bei der Wahlbevormundung die nachträgliche Bestätigung noch nötig war, vgl. oben S. 195 N. 1.

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7609 (MG. Const. II, 454 nr. 346).

² Der Zusatz ‚Romanorum‘ scheidet die Formel von derjenigen, die Innocenz III. in der Dekretale Venerabilem gebraucht hat; vgl. oben S. 43 N. 1. Er ist jetzt notwendig, weil Innocenz IV. den ‚rex Alamanniae‘ streng von dem „römischen“ König trennt: vielleicht kommt auch in Betracht, daß gerade für die Wahl des letzteren, dem die kaiserlichen Rechte zukommen, der engere Wählerkreis zuständig ist, an den der Papst sich wendet; vgl. darüber unten in dem zweiten Aufsätze.

³ Vgl. oben S. 189.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4866 und MG. Const. II, 457 nr. 350.

⁵ Es sei denn jenes Recht auf Universalherrschaft, das im 14. Jahrh. Lupold von Bebenburg dem rex Romanorum abspricht, um es erst durch die päpstliche Weihe an den „Kaiser“ übertragen zu lassen.

sondern nur der Name fehlt. Und wirklich fühlte sich König Heinrich selbst durchaus als Vertreter des Kaisertums; aus dem Schreiben an die Mailänder, in dem er seinen Sieg über Konrad IV. verkündet, leuchtet der Stolz des „princeps Romanus“, der dem Römischen Reiche vorsteht.¹

Aus dem tieferen Einblick, den wir in die Art und die Absicht des päpstlichen Vorgehens getan haben, wird die Erkenntnis, die uns die Glosse Innocenz' IV. vermittelte, wertvoll ergänzt: erst indem wir beides nebeneinander halten, dürfen wir hoffen, bis zum Kernpunkt seiner Politik Deutschland gegenüber vorzudringen.

Wenn uns seine Erläuterung der Dekretale Venerabilem darüber belehrt hatte, daß der Papst das „deutsche“ Königtum völlig losgelöst von der Verbindung mit dem Kaisertum, für sich allein bestehend, sah, so zeigen seine Briefe und das Verhalten gegen Heinrich Raspe, daß für ihn auch das „römische“ Königtum die Beziehung zum „deutschen“ Reiche ganz eingebüßt und dadurch sein Wesen von Grund aus verändert hatte: es ist nach dem Willen Innocenz' IV. nichts anderes als der Inbegriff aller kaiserlichen Gerechtsame. Nur dadurch bleibt es noch mit Deutschland verknüpft, daß dessen König durch die Wahl der Fürsten zugleich zum rex und imperator Romanorum designiert ist; aber einzig die Bestätigung des Papstes ist es, die ihn zum „römischen König“ erhebt und damit dem rex Alemanniae die Kaiserrechte für das ganze imperium gewährt.

Zu der außerordentlichen Wendung, die sich in diesen Gedanken darstellt, wurde Innocenz IV. dadurch in den Stand gesetzt, daß sich in seinem Weltbilde das „regnum Romanum“ der geschichtlichen Wirklichkeit vollkommen verflüchtigt hatte.

Der kirchlichen Auffassung lag es nahe genug, in dem römischen Könige nur einen Verwalter des Kaisertums zu sehen, der selbst noch nicht zum imperator hatte gekrönt werden können. Denn bei seinem ersten Aufkommen bezeichnete der Titel in der

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4870 (Böhmer, Cod. dipl. Moenofrancof. I, 77): Heinrich berichtet „honorem, quem nobis et Romano imperio tribuit Altissimus“. Konrad ergriff die Flucht „quam arripere solent cum sacro imperio decertantes . . . Gaudeatis ergo in Domino, qui in nostra primitiva gubernatione imperii dignatus est dare victoriam gloriosam . . . Triumphabimus eo more, quo triumphare solent principes Romani“.

Tat die „besondere Verbindung“ des deutschen Königs mit dem kaiserlichen Rom und der Kirche, sollte er ausdrücken, daß sein Träger Rechte und Pflichten ihres Vogts auf sich genommen habe.¹ Allmählich war die Auszeichnung des Herrschers, die ihn anfangs über das deutsche Königtum hinaushob, mit den königlichen Rechten und dem Ländergebiet seiner drei Reiche zur Einheit verschmolzen²: das regnum Romanum hatte als Herrschaftsbereich des rex Romanorum Gestalt angenommen. In aufsteigender Entwicklung war vom Anfang des 10. bis zum Ausgang des 11. Jahrhunderts aus dem deutschen der „römische“ König geworden, der über Deutschland, Italien, Burgund gebot und in Rom Rechte üben durfte. Seitdem wirkte der Reichsgedanke der staufischen Herrscher dahin, daß man im 12. Jahrhundert begann, das römische „Königreich“ als das Gebiet des unabhängigen, weltlichen, an die deutsch-römische Königswürde gebundenen Kaisertums anzusehen; es war im Begriff, in die kaiserliche Monarchie aufzugehen; seine Einzelländer hatten sich zu dem einen Kaiserreiche zusammenzuschließen. Das imperium, das bisher im Abendlande — von seiner Stellung zu Kirche und Kirchenstaat abgesehen — nur persönliche Würde und den Anspruch auf die oberste Gewalt des princeps verlieh, war auf dem Wege, durch die Umbildung des regnum Romanum jetzt selbst zu einem Staate mit Herrschaftsrechten über Land und Leute zu werden. Dabei entsagte es seiner universalen Geltung nicht, sondern weitete sich nach und nach zum staufischen Weltreich.

Der Führer dieser Bewegung war der römische König; vom regnum Romanum, auf dem seine Macht sicher ruhte, ging er aus, um diesem das imperium und die Welt zu gewinnen; ihn erkoren Deutschlands Fürsten in freier Wahl, damit er kaiserliche Gewalt im ganzen Umkreise seines Reiches sogleich übe. So hatte es Friedrich I. dem Kardinal Roland und Papst Hadrian

¹ Vgl. oben S. 9, besonders N. 5. Zusammengehalten mit den Worten des Petrus Damiani, wird diese Beziehung des Titels noch wahrscheinlicher.

² Zum Folgenden vgl. vor allem J. Ficker, Deutsches Königtum und Kaisertum S. 50f. Ich kann auf das bedeutendste, aber schwierigste Problem hier nur kurz hinweisen und — mit der Bitte um Nachsicht — versuchen, das für das Verständnis der Politik Innocenz' IV. Wesentliche herauszuheben. — Krammer, Reichsgedanke, hat nicht bemerkt, wie das fränkisch-deutsche Königtum organisch aus sich heraus zum „römischen“ geworden und damit ins Kaisertum übergegangen ist.

entgegengehalten¹ und so wiederum² bei der Ernennung seines Sohnes zum Caesar vertreten.

Diese Anschauung hatte in ihren letzten Folgerungen zu den „Kaiserwahlen“ geführt, die uns das Speierer Manifest von 1199, die Halberstädter Wahl Ottos und das Wahldekret von 1237 bezeugen³; sie hatte in den Schriften Eikes und des Johannes Teutonicus ihren Niederschlag gefunden.⁴ Allein solche äußerste Fortbildung der staufischen Staatsidee hatte Innocenz III. genutzt, um den Deutschen die unbeschränkte Verfügung über das Kaisertum zu nehmen, die sie mit der unabhängigen Wahl beanspruchten und übten; die Kaiserwahl Friedrichs II. von 1211 hatte die deutsche Erhebung des Herrschers kaum anders dem päpstlichen Spruch unterworfen⁵, wie es Innocenz IV. durch die „kanonische“ Wahl Heinrich Raspes zum deutschen König und römischen princeps erreichte.⁶

Demgegenüber waren die deutschen Fürsten zurückgewichen und hatten darauf verzichtet, durch eine förmliche Kur zum „Kaiser“ das altüberkommene Recht des Papstes, kaiserliche Würde und kaiserlichen Namen zu übertragen, anzutasten; dafür aber hielten sie entschlossen an dem „Kaiserrecht“ des römischen Königs fest: mannhaft verkündeten, den Erklärungen Friedrichs I. getreu, der Hallische Protest von 1202 und das Rechtfertigungsschreiben Philipps von 1206, daß nicht durch päpstliche Gnade, sondern allein durch einmütige, keinem höheren Spruch unterliegende Wahl der Fürsten dem römischen Könige die kaiserliche Gewalt gebühre.⁷ Um die Unabhängigkeit des Reiches darzutun, wurde im J. 1208 Otto IV., im J. 1212 Friedrich II. in Frankfurt zum rex Romanorum ausgerufen⁸, trotzdem jeder von beiden schon vorher von Innocenz III. als der „zum Kaiser der Römer Erwählte“ angenommen worden war⁹! und in Abwehr gegen

¹ Vgl. oben S. 11.

² Vgl. oben S. 17.

³ Vgl. oben S. 23. 82.

⁴ Vgl. S. 84 ff.

⁵ Vgl. S. 94.

⁶ Innocenz IV. hat wohl bewußt an die Kaiserwahl von 1211 angeknüpft. So wird in der Flugschrift „Iuxta vaticinium Ysaie“ (Böhmer-Ficker Reg. nr. 7550; Winkelmann Acta II, 709) gesagt, daß Friedrich II. erhoben worden sei „prae aliis mundi principibus per ecclesiam ad imperii celsitudinem et regnorum gloriam“.

⁷ Vgl. oben S. 52.

⁸ S. 80. 104.

⁹ S. 38. 95. Den Titel selbst gab Innocenz III. an Friedrich II. allerdings erst nachher, nach den Egerer Abmachungen.

den Wunsch Friedrichs, die Wahl des Sohnes mit päpstlicher Einwilligung vornehmen zu lassen, wurde Heinrich (VII.) zum römischen König erkoren.¹ Es war dahin gekommen, daß die Freiheit der römischen Königswahl gleichsam als das Palladium der staatlichen Selbständigkeit galt. Innocenz III. hatte sie stillschweigend dulden müssen²; Honorius III. hatte schließlich gar ausgesprochen, den Papst gehe die Wahl eines rex Romanorum nichts an.³ Man möchte damals in Rom von der Meinung ausgehen, daß dem König noch nicht die kaiserliche Vollgewalt gebühre⁴; in den Augen der Zeitgenossen aber war es ebendiese, die ihm eignete; König Heinrichs Empörung und Untergang wurden gerade durch den Versuch bedingt, das durch die Wahl begründete Anrecht auf kaiserliche Herrschaft im Reiche gegen den Kaiser selbst durchzusetzen.⁵ Wir erkennen aus alledem, daß ein bestes Teil historischen Rechtes darin lag, wenn die Deutschen glaubten, mit der Unabhängigkeit des römischen Königs zugleich ihren weltlichen, freien Staat und ihren Anspruch auf das Kaisertum zu verteidigen.

Es beweist — so überraschend es zuerst erscheint — den ungewöhnlichen Scharfblick Innocenz' IV., wenn er den Kampf um die Vergabung des imperium eben an diesem Punkte aufnahm, an dem sein großer Vorgänger im Anfange des Jahrhunderts gescheitert war.⁶ Er stützte sich gerade auf die allgemeine Anschauung von der Herrschaft des römischen Königs über das Reich, um den Deutschen jeden Einfluß auf seine Erhebung zu nehmen, der über eine schlichte, dem päpstlichen Entscheid untergeordnete Designation hinausging. Folgerichtiger als irgendeiner seiner Vorgänger und ohne Scheu, die letzten Gedanken rücksichtslos auszusprechen und durchzuführen, begriff er, daß unter dem Einfluß der kirchlichen Weltanschauung die Kaisergewalt des rex Romanorum zu einer Umwertung seiner Stellung führen könne und daß gerade durch sie das jahrhundertalte Ringen um das imperium zugunsten der Papstkirche zu enden sei.

Innocenz IV. nahm das Wort von der kaiserlichen Herrschaft des römischen Königs auf. Die Deutschen hatten es geprägt, um die staatliche Freiheit des Reiches gegen den Papst zu

¹ S. 120 ff.² Vgl. S. 105.³ S. 106. 119.⁴ S. 188 N. 1.⁵ Vgl. oben S. 132 ff.⁶ S. 104.

sichern; er legte ihm in strengstem Anschluß an seine kirchenpolitischen Gedanken einen Sinn unter, der die ursprüngliche Absicht ins Gegenteil verkehrte: aus dem unabhängigen Herrscher über das regnum Romanum mit seinen imperialen Rechten machte er gerade um ihretwillen und durch sie einen Fürsten von Papstes Gnaden. Der Kaiser selbst war nach der päpstlichen Lehre nichts als ein oberster Diener der Kirche in ihren weltlichen Aufgaben¹; dann war es eine selbstverständliche Folge, daß der kaisergleiche König der Römer sein reiches, in ruhmvoller Geschichte entfaltetes Eigendasein hingeben mußte für ein farbloses Abbild des kaiserlichen Kirchenamts. Der rex Romanorum, den Innocenz IV. mit imperialer Herrschaft ausgestattet dachte, hatte mit dem Könige, den Deutschlands Fürsten, keinem irdischen Richter untertan, zu wählen sich rühmten, nicht viel mehr als den Namen gemein.

Der Papst lenkte die Entwicklung zu ihrem Ausgangspunkt zurück: er trennte den rex Romanorum wieder von dem Staate, aus dem er nicht hervorgegangen, in den er durch die Vermählung des fränkisch-deutschen mit dem „römischen“ Königtum hineingewachsen war; damit aber riß er ihn los von dem Mutterboden geschichtlichen Werdens, in dem das regnum Romanum der deutschen Könige wurzelte und erblüht war.

Vielleicht hätte Innocenz IV. trotz der Ansätze, die sich schon bei Innocenz III. finden, den Gedanken niemals so bestimmt fassen, sicherlich ihn nicht mit einiger Hoffnung auf Erfolg durchführen können, wenn nicht bereits vorher von verschiedenen Seiten her der Zerfall dieses „römischen“ Königreichs vorbereitet worden wäre. Es fehlte nicht an Ansätzen dazu, daß es zerbröckelte und wieder in seine ursprünglichen Bestandteile, das deutsche Königtum und das römische Kaisertum, auseinanderfiel: nur daß jetzt die Elemente ganz anders gemischt waren denn zu der Zeit, als sie vor Jahrhunderten die Verbindung eingegangen waren. Damals war es der deutsche König, der mit seiner Herrschaft über Mitteleuropa der Kaiserwürde wieder zu rechtem Ansehen half²; jetzt sollte bei dem Kaisertum, mit Ländern und

¹ Vgl. oben S. 157 ff.

² Vgl. Krammer, Reichsgedanke S. 2: „In ihrem tatsächlichen Umfange beruhte die Reichsgewalt lediglich auf der Idee des fränkisch-deutschen Königtums.“

Rechten ausgestattet, das Schwergewicht der Macht bleiben, bei dem Königtum nur Deutschland selbst mit einem beschränkten Sonderrechte.

Zu diesem Ziele wirkte, ohne es zu ahnen, Friedrich II. mit den Päpsten zusammen. Schon unter seinen beiden Vorgängern hatte man in Rom begonnen, Italien, das eine Hauptland des regnum Romanum, als Ausstattung des Kaisertums anzusehen; die Kurie, von der kirchlichen Überlieferung unterstützt, war von ihrem Rechte durchdrungen, das Gebiet, das Konstantin dem Bischof von Rom überwiesen habe¹, nur gemeinsam mit dem imperium zu vergeben. Zugleich führte, wie wir gesehen², die Verwaltung Friedrichs II. unmittelbar dazu, Italien und auch Burgund recht eigentlich als „kaiserliche“ Gebiete darzustellen. In beiden genoß zudem der Herrscher im wesentlichen nur noch die Hoheitsrechte, die dem Kaiser von Reiches wegen, *de iure imperii*, zukamen. So wuchs dem Begriff des römischen Kaisertums die Vorstellung von einem Reichsgebiet Italiens und Burgunds zu, die ihm während des früheren Mittelalters fremd gewesen war.³ Da überdies Deutschland von Friedrich II. zu einem eigenen Königreich eingerichtet war⁴, so schien in der Tat das regnum Romanum als Gebietseinheit im Staate Friedrichs untergegangen zu sein; es konnte den Zeit- und Geistesgenossen Innocenz' IV. dünken, daß es seinen territorialen Charakter vollkommen eingebüßt habe.

Dazu kam ein Zweites. In dem Gesamtreiche Friedrichs lag in der Tat alle Verwaltung entweder beim Kaiser oder bei dem „deutschen“ Könige; eigene Gerechtsame für einen rex Romanorum waren darin nicht zu erblicken.⁵ Wie kein eigenes Herrschaftsgebiet, so war auch kein eigentümliches Herrschaftsrecht für ihn vorhanden. Innocenz IV. konnte in enger Anlehnung an die be-

¹ Vgl. oben S. 150.

² S. 145 ff.

³ Inwiefern die Stellung Italiens im 9. und 10. Jahrhundert eine Analogie bietet, lasse ich hier unerörtert. — Die hier angedeutete Gedankenreihe ist von jener andern, schon früher (S. 199) erwähnten getrennt zu halten, nach der im 12. Jahrh. das Gesamtgebiet des regnum Romanum als Reichsland angesehen werden durfte.

⁴ Oben S. 146.

⁵ Für Heinrich (VII.) blieb nur der Titel; der Versuch, ihn mit dem überkommenen Rechtsinhalt zum Amt auszugestalten, kostete den Päpsten das Reich; vgl. oben S. 135.

stehenden Verhältnisse sie alle aufgeteilt denken an den Kaiser, den Vogt der Kirche, dem Italien nebst Burgund mit allen Kaiserrechten im ganzen imperium zugefallen war, und an den König, der sich der begrenzten Gewalt über Deutschland erfreute.¹

Wenn Friedrich II. die von ihm getroffene Ordnung zunächst auf die eigene Lebenszeit berechnet und dafür Sorge getragen hatte, daß Konrad IV., dem bisher Deutschland zugewiesen war, sogleich nach seinem Tode als „römischer“ König in die kaiserliche Herrschaft eintrete², so ging Innocenz IV. über ihn hinaus, wenn er sie als eine immer vorhandene und notwendig dauernde ansah: seine Glosse zur Dekretale Venerabilem und der Kürspruch von 1246 haben das „deutsche“ Königtum von dem Kaisertum geschieden und damit einen Schritt getan, der von bleibendem Einfluß auf die Folgezeit gewesen ist. Wie Innocenz III. mit der „Kaiserwahl“ von den staufischen Gegnern den Rechtsgrund entlehnt hatte, mit dem der päpstliche Anspruch auf die Bestätigung der deutschen Wahl durchzufechten war, so fand Innocenz IV. in der Verwaltungsordnung, die Friedrich II. dem Reiche gegeben hatte, bei dem Todfeinde die Form, in der, wenn überhaupt, Deutschland mit seiner Sondergeltung einem, den Päpsten unterstehenden Kaiserreich einzugliedern war.

¹ Ausnahmsweise sei bei der Bedeutung, die ich dieser Scheidung für das Verständnis der päpstlichen Politik beimesse, darauf hingewiesen, daß die Theorie, die wir hier nur logisch zu erschließen vermögen, uns später praktisch wirksam begegnet. Für Italien weiß man ja, daß die Päpste seine Verwaltung nur einem kaiserlichen, von ihnen anerkannten Herrscher zugestanden; für Burgund und das Arelat lehren es einige „merkwürdige Stellen“ vom J. 1290, 1293, 1307, die Redlich, Rudolf von Habsburg S. 753 ausgezeichnet gewürdigt hat: sie zeigen „eine in Besançon und in der Pfalzgrafschaft Burgund an maßgebender Stelle gepflegte, eigenartige Auffassung von dem Verhältnis des deutschen Königs und Kaisers zu Burgund und zum Arelat. . . Der deutsche König hat zunächst nur Rechte in Deutschland; nur wenn er vom Papste als der künftige Kaiser anerkannt und bestätigt und mit der Administration betraut ist, besitzt er Regierungsrechte im ganzen Kaiserreich, also auch in Burgund und Italien.“ Diese burgundische Auffassung des ausgehenden 13. Jahrh. entspricht auf das genaueste der kurialen Theorie, die wir als die Schöpfung Innocenz' IV. zu begreifen versuchten!

² Vgl. oben S. 136; sie soll allerdings von Sizilien aus geführt werden; vgl. in § 2 des Testaments (Const. II, 385 nr. 274), wo auch die Sonderstellung Deutschlands gegenüber Italien sichtbar wird. Vgl. oben S. 148 N. 2.

Auch nach einer anderen Seite hin vermochte er die Erscheinungen in seinem Sinne zu wenden. Der Reichsgedanke der Stauferzeit hatte — wie wir gesehen — das *regnum Romanum* in dem *imperium* aufgehen lassen und seinen König mit allen Herrschaftsrechten des Kaisers geschmückt. Innocenz IV. hatte nichts zu tun, als diese Anschauung aufzunehmen und seiner Lehre von dem „besonderen Bande“ zwischen Kaisertum und Papsttum einzuordnen, um die Erhebung zum „römischen König“ von der Wahl der Deutschen ebenso unabhängig zu machen wie die Kaiserweihe selbst: allerdings bleibt sie an die Person des deutschen Königs gebunden, den um deswillen die Fürsten in „kanonischer“ Weise zu wählen haben; aber erst die Bestätigung durch den Papst weist ihn in die kaiserlichen Befugnisse ein, dehnt seine Herrschaft über Deutschland hinaus auf das *imperium*, macht den „deutschen“ zum „römischen“ König. Weit entfernt, als Herrscher des *regnum Romanum* der erkorene Vorkämpfer seiner staatlichen Selbständigkeit zu sein, ist der *rex Romanorum* nach dem Bilde Innocenz' IV. der nach den Vorschriften des Kirchenrechts erwählte deutsche König, den der Papst für das *imperium* angenommen, bestätigt und dadurch mit dem kaiserlichen Amt in der Christenheit betraut hat. Würde und Name des Kaisers vermag ihm allerdings erst die feierliche Krönung in Rom zu gewähren.

Nach der Absicht Innocenz' IV. steht der „römische“ König mitten inne zwischen dem deutschen König und dem römischen Kaiser auf jener Stufe, wo die päpstliche Konfirmation als ein vorläufiger Ersatz der Weihe zu Rom den für Deutschland und für das *imperium* Erwählten mit kaiserlicher Machtvollkommenheit ausrüstet.¹ Die päpstliche Approbation, die allein das Kaiser-

¹ Eine gewisse Analogie liefert die Erhebung der Erzbischöfe im 13. Jahrh. Der *electus* erhält durch die päpstliche Bestätigung das *exercitium prelature et administrationis*, führt aber trotz der darauf erfolgenden Weihe nicht den erzbischöflichen Titel, sondern darf sich nur *minister* nennen, bis er vom Papst das *Pallium* erhalten hat (vgl. Krabbo, Besetzung der deutschen Bistümer unter Friedrich II. I, 130f.). Wie die Bezeichnung *minister* für den mit dem erzbischöflichen Amte Betrauten zwischen dem Elekten- und dem Erzbischofstitel steht, so der *rex Romanorum* für den vom Papste bestätigten Verwalter des kaiserlichen Amts zwischen dem *rex Alamanniae* und dem *imperator Romanorum*.

recht gewährt, — sie ist es, die den „deutschen“ zum „römischen“ König wandelt.¹

Einer der Männer, die mit der Gedankenwelt des Papstes vor allen anderen vertraut waren², und die gerade in den schwierigen Tagen des J. 1246 für ihn in Deutschland eingegriffen haben, Albert Beham ist es wieder, der uns darüber Gewißheit schafft, daß wir mit dieser Scheidung der beiden Ämter das Rechte getroffen haben. Erst durch sie wird es verständlich, wenn Albert an Herzog Otto von Bayern schreibt³, daß der Papst auf jede Weise dem jetzt erwählten römischen König Heinrich die Herrschaft im römischen Reich und in Deutschland bewahren wolle; es sei durchaus nötig, daß Heinrich sei „König der Römer und Deutschlands, zukünftiger römischer Kaiser.“

Den drei verschiedenen Würden, zu denen der kanonisch Erwählte nacheinander emporsteigt, entsprechen indessen — auch das bestätigt der Brief Albert Behams zum Überfluß — nur zwei Gewalten: über dem deutschen Königreiche, das der Regel nach durch die Aachener Krönung erlangt wurde, stand das römische imperium, das der Papst verlieh. Über beide entschied die eine Wahl, die früher dem rex Romanorum gegolten hatte: indem jetzt seine Funktionen auf Deutschland und das Kaiserreich zerlegt waren, konnte Innocenz den deutschen Fürsten entgegenkommen und für den engeren Rechtskreis des nationalen Königtums dem Drängen nach freier Verfügung wenigstens scheinbar⁴ nachgeben:

¹ Fr. Wilhelm bleibt das Verdienst, aus wenig umfassendem Material späterer Zeit die Stellung des ‚rex Teutonie‘ als des nicht bestätigten deutschen Herrschers gegenüber dem approbierten ‚rex Romanorum‘ erkannt zu haben (MIÖG. Ergänzungsband VII, 7 ff.). Aber soviel auch sonst von ihm gut bemerkt ist, es kann nicht anders sein, als daß die von ihm und Rodenberg (MIÖG. XVI, 1 ff.) behandelten Fragen noch einmal durchdacht werden müssen, nachdem die meisten der Gedanken, die sie erst bei den späteren Päpsten verfolgt haben, als Eigentum Innocenz' IV. nachgewiesen worden sind.

² Vgl. oben S. 176. 178.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 11490 (Höfler S. 120): ‚imperium Romanum et Alamannie dominus papa Henrico illustri regi Romanorum nunc electo vult omni modo conservare . . . Sed est necesse, ut dominus H. sit rex Romanorum et Alamannie, futurus imperator Romanus, sicut et regnat per Dei gratiam in presentia‘.

⁴ Denn in Wirklichkeit wurde auch die „deutsche“ Wahl dem Papst unterworfen, weil der von ihm nicht bestätigte König auch Deutschland

es war das Zugeständnis, das der unvergessenen Größe der deutschen Vergangenheit und ihrem lebendigen Ausdruck in der Aachener Krönung dargebracht werden mußte. Dafür war die Übertragung der kaiserlichen Rechte ganz in seine Hand gelegt: jeder Anteil der Deutschen über die Designation hinaus hörte auf. Die hierokratische Idee würde es über den Reichsgedanken der Stauferzeit davontragen, der weltliche Kaiserstaat zu einem Organ der päpstlichen Weltherrschaft werden: so dachte Innocenz, auch hier die Absicht des großen Vorgängers¹ durchführend, den Sieg der allbeherrschenden Kirche heraufzuführen. Niemand — so hat es der Kardinal von Ostia wenig später ausgesprochen — besitzt die kaiserliche Gewalt, ehe er nicht vom päpstlichen Stuhl approbiert ist.²

Mit staunenswerter geistiger Kraft hat Innocenz in dem System, das er in seiner Glosse niedergelegt, mit unermüdlichem Geschick in der Politik, die er in Deutschland verfolgte, alle Mittel zum Triumphe der Kirche über den Staat zusammengeschlossen; sorgsam knüpft er hierbei an die Möglichkeiten an, die Innocenz III. insbesondere mit der Dekretale Venerabilem den Nachfolgern eröffnet hatte.³ Nichts blieb den Deutschen von

verlor (vgl. S. 186). Auf das päpstliche Devolutionsrecht brauche ich hier nicht einzugehen, weil Innocenz nicht dazu kam, es zu üben.

¹ In dem ersten Schreiben, das er im Thronstreit nach Deutschland sandte (Reg. de neg. imp. nr. 1, col. 997) forderte Innocenz III., „ut eum cuius nominatio per sedem fuerit apostolicam approbata, in regem recipient“. Vgl. dazu die folgende Anmerkung.

² Nach der Erzählung von dem Braunschweiger Weistum (vgl. unten Abschnitt XVI) heißt es: „non videtur quod [rex Romanorum] habeat potestatem hanc [imperialem], quousque per sedem apostolicam fuerit approbatus“.

³ Wie wir schon früher (vgl. oben S. 15 N. 3) in den Trierer Stilübungen beachtenswerte und, insofern die Entstehungszeit auf die zweite Hälfte des 12. Jahrh. richtig bestimmt ist, frühzeitige Zeugnisse für die kurialen Ansichten gefunden haben, so begegnet auch in ihnen der Satz von der bescheideneren Herrschaft des deutschen Königs, die allein durch den Papst zur kaiserlichen wird. Papst Hadrian sagt nämlich von Friedrich I. zu Hillin (Archiv für österreichische Gesch. XIV, 90): „Iactitat se nobis parem quasi potestas nostra in solo suo angulo, videlicet in Theutonico regno, et non eque in alijs regnis timeatur, amplectatur, diligatur, cum etiam secundum dies antiquos et annos eternos quos in mente habemus ipsum Theutonicum regnum, dum esset minimum omnium regnorum, ab apostolica sede et auctoritate promeruit, ut vocaretur et esset regnum omnium Romanorum, caput omnium regnorum“.

all ihren kühnen Träumen der freien Hingabe des imperium an den frei von ihren Fürsten gewählten Herrscher — als das Recht der Wahl selbst. Allein dies bewahren sie nur aus päpstlicher Gnade; und die ‚electio canonica‘, die sie vollziehen, schafft ihnen keinen Anteil an der Übertragung des Kaisertums, sondern begründet nur einen Anspruch des Erkorenen, über den der apostolische Stuhl befindet. Sie untersteht der Prüfung des Papstes: von einem Kaiserrecht des römischen Königs, das von der Wahl der Fürsten ausgeht, würde nie mehr die Rede sein.¹

Gleichzeitig war es dem Papste gelungen, die Aachener Krönung in den Hintergrund zu schieben. Noch Innocenz III. hatte von einer Verpflichtung gesprochen, den vom Kölner Erzbischof geweihten König als Kaiser anzunehmen²; jetzt sollte für die kaiserliche Krönung oder Bestätigung die Weihe in Aachen, die nur auf das regnum Alamanniae zielte, überhaupt keine Rolle mehr spielen³; unabhängig von ihr entschied der Papst über die Wahl, und von seinem Spruch hing es ab, ob der bestätigte römische Herrscher mit dem imperium das deutsche Königtum dauernd bewahren oder ob der für das Kaisertum Verworfenene auch jenes wieder verlieren würde.

Was Innocenz IV. klug erdacht, zielte mit der Vernichtung des regnum Romanum auf den Umsturz der Reichsverfassung, die Deutschland und die Staufer auf die Höhe kaiserlicher Macht getragen hatte. Noch war nicht ein Jahrzehnt seit der Designation Konrads zum „römischen König und zukünftigen Kaiser“ vergangen, bei der die deutschen Fürsten an der Seite Friedrichs II. sich zu dem staufischen Weltreich bekannt hatten. Jetzt war von den vornehmsten Erzbischöfen ein vom Papst dargebotener König in den Formen kirchlichen Rechts angenommen

¹ Der Papst und die Fürsten sind also seitdem darüber einig, daß der rex Romanorum und der imperator die gleiche Gewalt haben. Daher haben die Quellen in dieser Hinsicht recht, die beiden verschiedenen Würden ganz gleich zu setzen.

² Vgl. oben S. 39 N. 2; 96 N. 2.

³ Das Gewicht, das später auf die ‚possessio regni Alemanniae‘ gelegt wird, spricht zwar dafür, daß auch die Krönung in der Regel geschehen sollte. Aus der Glosse selbst ist es nicht zu entnehmen; das Verhalten des Papstes bei Heinrich Raspes Erhebung gibt auch keine Entscheidung; denn wir wissen nicht, ob nicht der Papst ohne Krönung in Aachen Heinrich zum Kaiser gesalbt haben würde.

worden; ein ungeheurer Erfolg Innocenz' IV. war angebahnt. Die Frage war, ob ihm der endgültige Ausgang entsprechen würde.

Darüber allerdings ist kein Zweifel möglich: mit einem vollen Siege Friedrichs II. auf den Schlachtfeldern hätte auch der Reichsgedanke, für den er focht, sich behauptet. Das frühe Ende des Kaisers entriß dem weltlichen Staate den Vorkämpfer. Die Bahn schien offen für Innocenz IV. und die Weltherrschaft der Kirche. Da stellte sich dem glänzend gerüsteten Papsttum ein neuer Gegner: aus den Fürsten, die doch die Staufer im Stiche gelassen hatten, traten für die überkommenen Rechte in Wahl und Krönung, die Innocenz beiseite geschoben hatte, unerwartete Verteidiger in die Schranken. Die kanonische Wahl Heinrich Raspes entfesselte den Kampf um das römische Königtum.

Fünfter Teil.

Dem Staate, den Innocenz schon überwunden wähnte, wurden aus seiner Vergangenheit die Waffen dargeboten, sich der tödlichen Umschlingung durch das kirchliche Recht zu entziehen. In dem Verlangen, der päpstlichen Bestätigung die für sie beanspruchte Rechtskraft zu nehmen, wünschte zunächst der Erzbischof von Köln der Aachener Feier wieder die Geltung zu schaffen, die ihr vor alters zugekommen war. Allein wie dem Anspruche des Papstes, so stellten sich auch ihm die Versuche entgegen, recht im staufischen Geiste die Übung kaiserlicher Gewalt an die einmütige Wahl der Deutschen zu knüpfen. Aus dem Neben- und Gegeneinander dieser Bestrebungen dreier Parteien, die alle darauf ausgingen, ihr Recht auf die Schaffung des römischen Königs durchzusetzen, sind die Ereignisse bei der Worringer Wahl Wilhelms von Holland und bei seiner Braunschweiger Nachwahl zu erklären.

XV.

Die Wahl Wilhelms zum römischen Könige (Oktober 1247) und das „Ehrenrecht“ der Kölner Kirche.

Die kurze Regierungszeit Heinrich Raspes erwies, daß trotz des ersten Sieges über Konrad IV. gar nicht daran zu denken war, daß die Deutschen den päpstlichen Schützling aufnehmen würden; er wurde als ‚rex clericorum‘ ebenso wie einst Friedrich II. als ‚rex presbyterorum‘ verspottet. Der Befehl Innocenz' IV. hatte nicht vermocht, die Deutschen auf dem Konzil zu Lyon zu versammeln¹; er war ohnmächtig, die Absetzung Friedrichs II. bei ihnen durchzuführen und Deutschland einem kirchlich gewählten Könige zu unterwerfen. Zwar gelang es

¹ Vgl. Domeier, Päpste als Richter S. 95.

mehr und mehr, die Geistlichkeit willfährig zu machen¹; am Oberrhein wirkte besonders Bischof Heinrich von Straßburg, auch in Schwaben begann der Abfall von Konrad IV.² Aber im übrigen blieben der Süden und insbesondere die weltlichen Fürsten des ganzen sächsischen Gebietes noch unberührt; sogar Thüringen hielt nach dem Tode seines Landgrafen wieder zu den Staufern.

Daß bei diesem Mißerfolg der Unwille über die Art des päpstlichen Vorgehens mitgespielt habe, weiß Albert von Stade zu melden.³ Ein Teil der Fürsten soll gegen Friedrichs Absetzung mit Worten protestiert haben, die uns genugsam an die Erklärungen von Speier und Halle gemahnen: es stehe dem Papste nicht an, einen Kaiser zu erheben oder zu entfernen, sondern allein den Erwählten der Fürsten zu krönen. Offenbar gab es Männer⁴, die mit Schmerz sahen, wie Innocenz IV. über das Eigenrecht Deutschlands auf das Kaisertum hinwegschritt; aber da Friedrich II. den Kampf um Italien führte und Konrad IV. in Deutschland versagte, fehlte ihnen ein Führer, der — wie es einst Friedrich I. und Rainald von Dassel, Philipp und Konrad von Scharfenberg vermocht — die Kräfte zum nationalen Widerstand gegen den Papst zusammengefaßt hätte. Der Kirchenfürst, der vor allen anderen durch die neue päpstliche Lehre betroffen wurde, der Kölner Erzbischof Konrad von Hochstaden, zog es nach dem Tode Heinrich Raspes vor, sich durch ein Sonderabkommen mit Innocenz IV. zu verständigen, um die „Ehre“ seiner Kirche be-

¹ Vgl. Hauck, Kirchengeschichte IV, 829 ff., wo das päpstliche Vorgehen vortrefflich geschildert ist.

² Über die dortigen Zustände handelt lehrreich Weller, Konrad IV. und die Schwaben (Württembergische Vierteljahrshefte N. F. VI, 113 ff.), wo das vollständig durch politische Momente bedingte Eingreifen des Papstes oft bis ins einzelne anschaulich wird.

³ Ann. Stad. (MG. SS. XVI, 369) zu 1245: „ad papam non pertinere imperatorem eis vel instituere vel destituere, sed electum a principibus coronare“; vgl. oben S. 153 N. 4. — Vgl. auch Domeier, Die Päpste als Richter, S. 94 ff., mit dem ich mich im folgenden mehrfach berühre. Er hat mit Recht S. 97 N. 2 darauf aufmerksam gemacht, daß hinter den entsprechenden Worten Alberts zu 1241 die bekannte Nachricht über das Wahlrecht der Kurfürsten (siehe im V. Abschnitt des folgenden Aufsatzes) sich findet: „Es ist gewiß kein Zufall, zeigt vielmehr, daß diese Wahltheorien im Gegensatz zu den Krönungstheorien der Kurie erörtert und befestigt wurden.“

⁴ Daß Albert hier vor allem an die benachbarten ostdeutschen Fürsten denken konnte, beweisen die Ereignisse von 1252.

der Aachener Krönung zu schützen; es mochte ihn mit Recht unmöglich dünken, mit den weltlichen Reichsfürsten¹ in Deutschland zu einem Abkommen zu gelangen, das seinen Forderungen Genüge tun würde. Sein Gegensatz zu ihnen, die der Wahl die entscheidende Bedeutung beimaßen, war zu groß, als daß er sich an ihre Seite gegen den Papst hätte stellen mögen. Auf der Übereinkunft Erzbischof Konrads mit Innocenz IV. beruhen die Vorgänge, die zur Wahl des Grafen Wilhelm von Holland geführt haben; sie hat bewirkt, daß bei ihnen die päpstliche Haltung höchst auffallend von dem Vorgehen nach dem Konzil von Lyon und bei der Erhebung Heinrich Raspes absticht.²

Durch die Politik Innocenz' IV. war das „Ehrenrecht“ der Kölner Kirche³ aufs schwerste geschädigt, um nicht zu sagen vernichtet worden. Denn der Papst hatte der Krönung zu Aachen ihre alte Bedeutung für das *regnum Romanum* vollkommen abgesprochen; sie sollte Kraft nur noch für den räumlich engeren Bezirk des rechtlich geringeren Königreichs Deutschland besitzen und selbst hierin noch von dem späteren Urteil des Papstes abhängen.⁴ Überdies hatte er sie schließlich, allerdings durch die Ungunst der Umstände gezwungen⁵, auf eine kirchliche Zeremonie beschränkt, die irgendeine Rechtswirkung nicht mehr besaß. Denn indem Heinrich Raspe von Innocenz schon infolge der Wahl allein als römischer König bestätigt und ihm als solchem bereits die kaiserliche Gewalt zugestanden war, ist die Weihe durch den Erzbischof von Köln, soweit irgendwelche Rechtsfolge für die Übertragung der Herrschaft in Betracht kam, völlig ausgeschaltet worden. Das kirchliche, durch die „kanonische“ Wahl begründete Kaisertum war dem Krönungsrecht des Erzbischofs von Köln ebensowenig günstig wie das weltliche, durch die

¹ Unter denen die vier Erzbeamten als die einzigen „bei Namen kiesenden“ seit 1237 im Vordergrund standen, vgl. in Abschnitt V des folgenden Aufsatzes.

² Kempf, Geschichte des deutschen Reichs während des Interregnums S. 41 hat die Tatsache selbst bemerkt, ohne allerdings sie treffend zu begründen.

³ Vgl. oben S. 58 ff.

⁴ Vgl. oben S. 186.

⁵ Der Theorie nach — wie sie in seiner Glosse ursprünglich niedergelegt war — hielt er daran fest, daß die Aachener Krönung die Besitzweisung in das *regnum Alamanniae* darstelle.

Fürsten übertragene der Staufer. Konrad von Hochstaden erfuhr ebenso wie es Adolf von Altena eingesehen hatte¹, daß der Papst zwar mit der Forderung der Approbation² die verbindliche Kraft der deutschen Wahl ausschloß und insofern mit dem Kölner Erzbischof gemeinsame Interessen vertrat, daß er aber keineswegs gesonnen war, das, was er den Wahlfürsten entzog, jetzt der Aachener Krönung zuzubilligen. Wenn Innocenz und Konrad Verbündete waren, weil sie beide den weltlichen Staatsgedanken und die Übertragung des Reichs schon durch die Wahl bekämpften, so wurde gemeinsam mit den übrigen Fürsten der Kölner Erzbischof aufs schwerste davon getroffen, daß der Papst dem römischen Reiche wie irgendeinem Bistum providierte, den Anteil der Deutschen an der Besetzung des imperium auf leere Formen zurückführte. Insoweit war daher Konrad schon um seiner selbst willen gezwungen, das nationale Bewußtsein Deutschlands gegenüber dem Papste mit zu vertreten.³

Andererseits hat die Niederlage seiner Wahlpolitik, die Innocenz IV. sich nach dem Tode Heinrich Raspes gewiß nicht verhehlt haben wird, ihn gezwungen, von der Starrheit seines Systems abzugehen, um bessere Aussicht zu wecken, daß das Reich einem neu zu erhebenden Herrscher wirklich anhänge. Der Anstoß, den die gar zu kanonische Wahl von 1246 in dem empfindlichen Deutschland bereitet, mußte vermieden werden.⁴ Deshalb war auch dem Papste eine Verständigung mit dem Erzbischof von Köln erwünscht, als dieser, unmittelbar nach Heinrichs Tode im Februar 1247, sich schleunigst bei ihm in Lyon einstellte.

Die „offiziöse“ Meldung lautet, daß Konrad über die Besetzung des Lütticher Bistums verhandeln wollte; die folgenden Ereignisse beweisen, daß er mit dem Papst über einen neuen

¹ Vgl. oben S. 71 f.

² Deren die „kanonische“ Wahl notwendig bedurfte.

³ Diese Stellung Konrads spielt eine entscheidende Rolle bei den traurigen Vorgängen der Doppelwahl von 1257. Es scheint mir von hohem Wert, daß wir jetzt den Zusammenhang einer „kurkölnischen“ Politik seit der Zeit Erzbischof Adolfs zu verfolgen vermögen.

⁴ Innocenz IV. tritt also einen verdeckten Rückzug an, um an anderer Stelle desto nachdrücklicher den Vorstoß zu erneuern, — genau wie Innocenz III. es mit dem Briefe Venerabilem getan, nachdem die Bestätigung der „Kaiserwahl“ Ottos und das Auftreten Guidos von Praeneste den Sturm des Unwillens geweckt. Vgl. oben S. 42 ff.

Gegenkönig beraten hat.¹ Niemand wird es als einen Zufall betrachten, daß er diesmal nicht, wie im Ausgang des J. 1244 vor dem Konzil, gemeinsam mit Siegfried III. von Mainz erschien, der mit dem Legaten Philipp die Wahl Heinrich Raspes betrieben hatte. Er wünschte, daß stärkere Rücksicht auf sein Interesse genommen werde; hatten jene beiden nicht vermocht, Deutschland dem Gegenkönig zu gewinnen, so stellte er jetzt sich dem Papste zur Verfügung, — vorausgesetzt, daß Innocenz seine Bedingungen annehme. Die Abmachungen, die damals getroffen sein müssen, haben zu der Wahl des Grafen von Holland geführt.

Sogleich im März sandte Innocenz den Kardinal Petrus Capocci nach Deutschland, damit er an Stelle des Legaten Philipp² die Neuwahl vorbereite. Aber während im vergangenen Jahre³ der Papst den Kandidaten ausgesucht und den Fürsten seine Ernennung auferlegt hatte, ließ er jetzt Spielraum für die Einigung auf eine Persönlichkeit, die den Wählern und ihm willkommen sein würde. In dem Beglaubigungsschreiben des Legaten an die weltlichen Herren Deutschlands⁴ versprach er, alles genehm zu

¹ Ich rücke die Tatsachen in den Zusammenhang, aus dem heraus die Haltung Konrads wie die des Papstes verständlich wird. Da die Quellen nur das Dürftigste der äußeren Vorgänge bieten, ist ein zwingender Beweis nicht zu liefern. Cardauns, Konrad von Hochstaden S. 23 hat zutreffend bemerkt, daß „Konrad die Seele der neuen Wahlangelegenheit war“.

² Dieser war als Führer bei der „kanonischen“ Erhebung Heinrich Raspes und als Vermittler der päpstlichen, bis zum Letzten durchgeführten Wahlbevormundung gänzlich ungeeignet, jetzt eine Wahl zu leiten, die in sehr viel verbindlicheren Formen den Deutschen gegenüber herbeigeführt werden mußte. Der Wechsel in der Person ist ein Wechsel des ‚modus procedendi‘; denn das Ziel blieb das gleiche.

³ Übrigens genau wie es Gregor IX. 1239/40 versucht hatte, vgl. oben S. 150 ff.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7759 (MG. Epist. II, 236 nr. 310): ‚promittimus, quod quicquid secum tam super regis creatione quam omnibus aliis negotium respicientibus memoratum disponendum seu ordinandum duxeritis, firmum una cum fratribus nostris habebimus et acceptum‘. Es ist über die Maßen bezeichnend, daß diese Worte dem Schreiben an die geistlichen Herren fehlen. Diese sind nach Überzeugung der Päpste zum Gehorsam auch in der Thronbesetzungsfrage verpflichtet, die uns eine politische erscheint; Innocenz III. hat kategorisch verlangt, daß der Obödienzeid die Bischöfe in dieser Hinsicht an den Willen der Kurie binde. Vgl. Reg. de negotio imperii nr. 114, col. 1118 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 5914) an den Patriarchen von Aquileja: ‚in virtute obedientie districte precipimus,

halten, was sie mit dem Legaten über die neue Wahl ausmachen würden.

In der Tat sind diese Worte die einzigen gewesen, die der Papst, soweit die Registerbücher oder sonst erhaltene Schreiben erkennen lassen, über die Angelegenheit nach Deutschland gerichtet hat. Im stärksten Gegensatz zum Vorjahr hielt er sich scheinbar ganz zurück; es sah aus, als ob er der deutschen Wahl das Feld freigebe. Nichts deutete auf die herrische Form der *provisio imperii*, mit der er bei der Erhebung des Thüringers im Bewußtsein apostolischer Machtvollkommenheit deutsches Recht und Herkommen für nichts geachtet hatte.¹

Daß darum der päpstliche Einfluß hinter den Kulissen nicht minder eifrig am Werke war, hat Innocenz selbst seinen Getreuen nicht verhehlt. Den Mailändern² schrieb er noch im März 1247, daß er den Kardinal Petrus nach Deutschland in dem Vertrauen geschickt habe, er werde dem Reiche mit einer geeigneten, den gewaltigen Aufgaben gewachsenen Persönlichkeit providieren. Im Juli berichtete er den im Kirchenstaat zurückgebliebenen Kardinälen³, daß er von dem Legaten Meldungen bekommen habe, denen zufolge bald „eine für die Kirche wohlgefällige Wahl zustande kommen werde.“

quod post huiusmodi iuramentum exhibitum et receptum patentes litteras . . . apostolatus nostro transmittas, in quibus profitearis aperte, quod ex debito prestiti iuramenti tam super imperii Romani negotio quam etiam super aliis nobis secundum Deum obedire teneris'. Vgl. nr. 71, col. 1077; nr. 78, col. 1083.

¹ An die gewaltigen Geldsummen, die er dafür hergab, muß wenigstens einmal erinnert werden.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 7751: ‚confidentes, . . . quod dicto negotio de persona ydonea que tanto congruit oneri celeriter providebit‘.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7841 (Winkelman, Acta II, 723): ‚quod . . . electionem habebimus ibi de rege in brevi iuxta beneplacitum ecclesie celebratam‘. — Auch in Deutschland ließ man sich nicht darüber täuschen, daß der Papst selbst am Werke sei: ‚Innocentius pro alio rege laborabat et . . . non invenit aliquem, qui se de regno vellet intromittere‘ (Chron. Ellenhardi, MG. SS. XVII, 121, und zwar in dem unmittelbar gleichzeitigen Bericht der Continuatio Argentinensis Honorii Augustodun.; vgl. Bloch, Die Elsässischen Annalen der Stauferzeit S. 150/1). Daß z. B. in Schwaben Wilhelms Wahl als „päpstliche“ angesehen wurde, beweist eine Datierung für Kloster Buchau 1248/9 (Wirtemb. UB. IV, 456, vgl. Weller in Württemberg. Vierteljahrshefte N. F. VI, 142): ‚regnante in Alemannia Wilhelmo comite Hollandie a dicto papa contra Fridericum quondam imperatorem in Romanorum regem electo‘.

Nicht ohne Schwierigkeit gelang es endlich, in dem jungen Grafen Wilhelm von Holland den Mann zu finden, der gewillt war, das Reich und damit den Kampf der Kirche gegen die Staufer auf sich zu nehmen. In der Ladung zur Wahl kam das gemeinsame Interesse des Papstes und seiner getreuen Fürsten zum Ausdruck: zu einem Reichstag „wegen des Notstandes der Kirche“ riefen miteinander der päpstliche Legat und der Erzbischof von Mainz!¹ So wurde von vornherein die Sorge für die Nachfolge im Reich unter den Gesichtspunkt einer kirchlichen Pflicht gerückt. Wie wenig Verständnis dafür in Deutschland war, bewies der schwache Besuch der Versammlung. Außer den Erzbischöfen, von denen nur Salzburg fehlte, und einigen Bischöfen erschien von Reichsfürsten niemand als der Herzog von Brabant, dazu einige, meist niederrheinische, Grafen; alle die weltlichen Fürsten des Südens und Ostens hielten sich fern. Zu Worringen bei Köln wählten am 3. Oktober 1247 die Fürsten, „die das Recht haben, den Caesar zu küren“, Wilhelm zum „römischen Könige“; die übrigen Fürsten stimmten zu.²

Der Erkorene und der Legat wandten sich sogleich nach Lyon; jener wird um die Bestätigung gebeten haben, dieser sandte einen Bericht, der wohl an die Stelle eines Wahldekrets getreten ist.³ So wenig wie diese Briefe liegt uns eine Antwort des Papstes vor, in der die Approbation ausgesprochen wird. Daß sie ausdrücklich gegeben wurde, steht trotzdem fest; denn spätere Äußerungen⁴ lassen nicht den geringsten Zweifel daran, daß die nach der Wahl und vor der Krönung eingeholte Konfirmation dazu gehörte, um Wilhelm zum rechten König der Römer zu machen. Zudem hat bereits am 8. November Innocenz den neuen

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 10198: „pro necessitate universalis ecclesie“.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 7883; MG. Const. II, 459 nr. 352: „communi voto principum, qui in electione cesaris ius habere noscuntur, in Romano- rum regem applaudentibus ceteris principibus est electus“. Über die Form der Wahl vgl. im Abschnitt V des folgenden Aufsatzes.

³ Vgl. ebenda. — Der Bericht, dem Innocenz IV. jedenfalls die Nachrichten seines Briefes an den Rektor von S. Maria in Cosmedin entnommen hat, enthielt auch die hier gegebene Charakteristik Wilhelms.

⁴ Ich erinnere einmal an die Erklärung des Kardinals von Ostia, die gegen das Braunschweiger Weistum gerichtet war, vgl. oben S. 207 N. 2, dann überhaupt an die Ereignisse von 1252, die unten in Abschnitt XVI behandelt sind.

Herrscher als „den erlauchten König der Römer“ angeredet¹ und ihn damit als den rechtmäßigen Inhaber der kaiserlichen Gewalt im Reich ebenso anerkannt wie er es bei Heinrich Raspe getan hatte.² Am 20. November befahl er dem Legaten, dafür zu sorgen, daß dem römischen Könige von allen Angehörigen des Kaiserreichs Gehorsam geleistet werde³; eine staufisch gesinnte Stadt Italiens wurde aufgefordert⁴, sich zur Treue gegen König Wilhelm aufrichtig zu bekehren, da mit ihm dem römischen Reiche durch einen würdigen und katholischen princeps nach Gottes Gnade rechtmäßig providiert worden sei.

Die freudige Genugtuung des Papstes klingt aus dem Schreiben an die Gesamtheit der Fürsten⁵: nicht durch Menschenwerk, sondern durch göttliche Fügung gleichsam unverhofft sei der römische König zum Gipfel des Reichs emporgehoben; deshalb mögen alle Getreuen von Kirche und Reich ihm dienen, dessen Erhebung ohne Zweifel göttlicher Eingebung oder vielmehr Leitung zu danken sei; den deutschen Fürsten schlage das zum Vorteil aus, da das verworfene Haus Friedrichs, des ehemaligen Kaisers, danach strebe, das Reich kraft Erbrechts zu bewahren; deshalb sei es ihre Pflicht — und mit allem Nachdruck ermahnt er sie dazu —, dem Könige gegen die staufischen Feinde Gottes, der Kirche und des Reichs nach Kräften beizustehen.

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7889f.

² Vgl. oben S. 194ff.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7908; MG. Epist. II, 333 nr. 466: ‚Volentes . . . regi Romanorum illustri ab omnibus de imperio devote ac humiliter obediri‘.

⁴ MÖG. XXIV, 235 nr. 96: ‚Et cum Romano imperio de ydoneo et catholico principe recte sit divina coooperante gratia iam provisum, videlicet de carissimo in Christo filio nostro W. rege Romanorum illustri, ad fidelitatem eius . . . sinceris animis properetis‘. Hampe, der den wertvollen Brief mit anderen aus verlorenen Registerbänden Innocenz' IV. veröffentlicht hat, setzt ihn spätestens etwa Frühjahr 1248. Für uns ist nur das wichtig, daß er vor der Aachener Krönung geschrieben ist.

⁵ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7909; Epist. II, 333 nr. 467: ‚rex Romanorum illustris . . . non ministerio hominis sed potius divino misterio quasi ex insperato ad imperii fastigium est assumptus, ex quo tanto potius debent omnes . . . exultare . . ., quanto id inspiratione vel potius dispositione divina non ambigitur esse factum. Quia vero ex hoc principibus Alamannie non est dubium accrevisse, cum F. quondam imperatoris reprobata proenies niteretur sibi quasi ex successione imperium vindicare . . .‘. Im VI. Abschnitt des anschließenden Aufsatzes ist gezeigt, daß diese Worte auf die kanonische Wahl Wilhelms ‚quasi per inspirationem‘ zu beziehen sind.

Auf dem Hintergrunde der Erhebung Heinrich Raspes ist es seltsam genug, den Papst — der den Satz von der „kanonischen“ Wahl des Kaisers gefunden hat — an Gedanken anknüpfen zu sehen, die Innocenz III. ausgesprochen hatte, um sich den Fürsten als Verteidiger ihrer Rechte an die Seite zu stellen.¹ Indessen wenn er an die Gefahren erinnert, die den Deutschen vom Erbrecht der Staufer drohen, so ist's klar, daß Innocenz IV. jetzt nicht daran denkt, die Wahl zu verkümmern; und wirklich ist, soweit wir erkennen, dem äußeren Hergange nach Wilhelm in der überlieferten Form von den anwesenden Reichsfürsten gewählt worden.²

Allein obschon der Papst von der strengen Bevormundung absah, die er im vergangenen Jahre geübt, wollte er doch nicht etwa den Deutschen die Wahl des römischen Königs ganz frei lassen; er hat an den prinzipiellen Forderungen, die sich aus dem System seiner Anschauung von Papst und Kaisertum ergaben, uneingeschränkt festgehalten. Nur wer der Kirche würdig erschien, durfte von denen, die den ‚caesar‘ kiesen, erhoben werden. Und genau wie bei den kirchlichen Wahlen sollte vor der Weihe auch der Erwählte zum römischen Königtum von seinem päpstlichen Oberen konfirmiert werden. Obwohl Innocenz in der Form sich an den deutschen Brauch enger anschloß als vordem, ist dennoch die Worringer Wahl nach seinem Sinne abgehalten worden.³ Deshalb hat er Wilhelm sogleich als römischen König angenommen. Alle seine Mandate stimmen dahin überein, daß er in ihm von der Bestätigung an den rechten, mit kaiserlicher Gewalt ausgestatteten Herrscher über das Gesamtreich erblickt hat.⁴

Es muß dahingestellt bleiben, ob die Erfahrungen des J. 1246 für sich allein Innocenz veranlaßt haben, eine veränderte Taktik

¹ Vgl. oben S. 39 N. 2 aus Reg. nr. 56, col. 1038: „In eo quoque stamus pro principum libertate, quod ei favorem penitus denegamus, qui sibi iure successionis nititur imperium vindicare.“

² Vgl. unten den folgenden Aufsatz, Abschnitt V. VI. Dort ist ausgeführt, welche Bedeutung der ‚unitas actus‘ der kanonischen Wahl bei dem Urteil über die Erhebung Wilhelms zukommt.

³ Inwiefern sie als eine Inspirationswahl durchaus den kanonischen Normen genügt, ist ebendort auseinandergesetzt.

⁴ Vgl. oben S. 217 N. 3. 4. Wie es für Heinrich Raspe dargetan ist, bleibt auch hier nicht dem leisesten Zweifel Raum: der rex Romanorum gebietet über das imperium. Ihm fehlt zum Kaiser nichts als der Name.

einzuschlagen, auf den einfachen Wahlbefehl zu verzichten und wenigstens den Schein aufrecht zu erhalten, daß den Fürsten mit der Wahl ein bestimmender Einfluß auf die Nachfolge im Reich gegeben sei. Schon hierbei mögen die Ratschläge Konrads von Hochstaden mitgewirkt haben, wenn auch das Schwergewicht der Wünsche, mit denen er hervortrat, und des Erfolgs, den er erzielte, nach anderer Richtung liegt. Bei der Wahl Heinrich Raspes hatte Innocenz die Teilung der Gewalten für Deutschland und das Kaisertum, die er in der Glosse zur Dekretale Venerabilem theoretisch dargetan hatte, klar durchgeführt und ihn zum „deutschen König und römischen princeps“ küren lassen. In den Besitz Deutschlands würde ihn die Aachener Krönung einweisen, in das Reich die römische Salbung oder, falls diese untunlich, die päpstliche Bestätigung zum rex Romanorum. Wilhelm hingegen wurde zum „römischen König“ gewählt, und er sollte mit dem Willen Innocenz' IV. zu dieser Würde durch Erzbischof Konrad geweiht werden. Hierin erblicke ich das wertvolle Zugeständnis, das der Kölner dem Papste abgewann. Innocenz ließ sich davon abbringen, der Aachener Feier nur eine auf Deutschland beschränkte Rechtskraft einzuräumen, sie von der Erhebung des rex Romanorum auszuschließen; um für den Kampf gegen die Staufer sich die unentbehrliche Hilfe des Kölners zu sichern, gestand er ihm und seiner Kirche ihre alte „Ehre“ zu, den „König der Römer“ für sein kaiserliches Amt zu weihen.¹

¹ Mit dem Verzicht auf die Aachener Krönung zum „deutschen König“ verlor Innocenz auch das Interesse daran, daß bei der Kur diese Würde von jener anderen des kaiserlichen princeps getrennt werde. Sie mochte wieder auf den einen „König der Römer und allzeit Mehrer“ gerichtet werden, der ja durch päpstliche Bestätigung allein sein Amt antreten konnte; vgl. die zweitfolgende Anmerkung. — Von den Kurfürsten (vgl. unten in Abschnitt V des folgenden Aufsatzes) heißt es im Briefe des Papstes (oben S. 216 N. 2): „qui in electione cesaris ius habere noscuntur“. Es sind dieselben, denen nach dem Briefe Innocenz' IV von 1246 (MG. Const. II, 454 nr. 346) die Gewalt gebührt „eligendi Romanorum regem, in imperatorem postmodum promovendum“. Der „cesar“ ist also der „zukünftige Kaiser“ (was auch oben S. 17 noch stärker zu betonen gewesen wäre). Weshalb Innocenz oder der Legat, dessen Bericht er benutzt, grade diesen Ausdruck angewandt haben, ist nicht ganz deutlich. Nur so viel möchte ich behaupten, daß man den Ausdruck „electio imperatoris“ nicht brauchen sollte, weil dann für die Aachener Krönung nicht die unmittelbare Beziehung zur Wahl vorlag, die der Kölner forderte. Daß man

Allerdings vermochte Konrad von Hochstaden durchaus nicht zu erreichen, daß der Papst ihm die Übertragung der Kaiser Gewalt überließ, wie sie dem Erzbischof im 12. Jahrh. zugestanden hatte.¹ Er wird kaum gewagt haben, dies zu verlangen, denn die allgemeine Lage wies auch ihn viel zu sehr auf die päpstliche Seite und machte ihn von ihrer Unterstützung zu abhängig, als daß er Innocenz IV. die Bedingungen einfach hätte vorschreiben dürfen. Ihre Verständigung konnte daher nichts anderes als ein Kompromiß sein, bei dem jede Partei von dem eigenen extremen Standpunkt etwas abrückte und der Gegenseite ein wenig nachgab.

Für die Anerkennung seines Rechtes, die Krönung zum römischen König zu vollziehen, fand sich der Erzbischof bereit, die deutsche Wahl der Bestätigung des Papstes zu unterwerfen; wahrscheinlich hat er sich schon zu Lyon sogleich verpflichtet, erst nachdem der Erkorene approbiert sei, ihn zu Aachen zu krönen: für Innocenz wenigstens war dies Zugeständnis der Reihenfolge von Wahl, Konfirmation, Weihe unerlässlich, wenn anders er nicht die „kanonische“ Erhebung zum kaiserlichen Kirchenamt preisgeben sollte.²

dagegen von der ‚electio regis Romanorum‘ allein nicht sprechen wollte, weil sie das auf der Kaiserwahl ruhende Bestätigungsrecht des Papstes nicht scharf genug erkennen ließ; so fiel man auf die ‚electio cesaris‘, die diesem gerecht wurde, ohne die Interessen des Kölners zu schädigen. Daß diese Deutung etwas subtil ist, fühle ich wohl. Aber daß sie mittelalterlichem Denken widerspräche, wird man nicht sagen dürfen. Das eine Wort bezeichnet den ‚rex in imperatorem postmodum promovendus‘.

¹ Die letzte Meinung Konrads von der ausschließlichen Bedeutung des Kölner Krönungsrechtes trat erst bei der Doppelwahl von 1257 zutage, nachdem er mit dem Papsttum in schwersten Konflikt geraten war. Über diese Wahl, die natürlich hinsichtlich der Rechtsverhältnisse jetzt in neues Licht gerückt wird, arbeitet einer meiner Schüler. — Vgl. übrigens schon die Haltung des Kölners im J. 1252 (unten S. 258 ff.).

² Bei der Erhebung Ottos von 1198 — die zum Vergleich in jeder Hinsicht am nächsten liegt — gingen Wahl und Krönung voran: erst nach dieser wurde die Bestätigung beider erbeten. Auch die Kölnische Partei Adolfs von Altena (vgl. oben S. 70) hielt daran fest, daß die Herrschaft im römischen Königtum — die sie wohl noch nicht durchaus mit der kaiserlichen gleichsetzt — von der Weihe zu Aachen ableite. Erst indem die Folge der Handlungen wechselt, kann der Papst der Aachener Feier die religiöse Bedeutung für das *regnum Romanum* ruhig zugestehen und damit dem Wunsche des Kölners entgegenkommen; denn die rechtliche Wirkung

Beide Parteien stimmten vollständig darin überein, daß der König der Römer bereits der kaiserliche Herrscher für das imperium Romanum sei. Doch die kuriale Überzeugung war, daß einzig und allein die Bestätigung des Papstes dem Erwählten Würde und Amt gewähre¹; die kölnische wurde mit gleichem Nachdruck dahin verfochten, daß der Weihe zu Aachen die Kraft innewohne, das Reich zu übergeben. Sie konnten äußerlich in der Formel zusammenkommen, daß dem römischen Könige, der rechtmäßig gewählt, vom Papste bestätigt und zu Aachen gekrönt sei, die Herrschaft gebühre.² Wahl, Konfirmation und die Aachener Weihe sollten gleichmäßig auf den rex Romanorum zielen, der nach aller Meinung die Kaisergewalt besaß. Damit wurde der Gedanke der ‚electio imperatoris‘ zurückgedrängt, der im Dienste der päpstlichen Lehre von der obersten Gewalt der Kirche über das Kaisertum die Wahl Heinrich Rases vollständig beherrscht hatte. Die Erhebung zum „römischen Könige“, die jetzt ausgemacht wurde, bezeichnete daher wieder einen gewissen Erfolg des deutschen Staatsgedankens, der sich seit dem Hallischen Protest in ihr ausgedrückt fand.³ Nur betraf er diesmal nicht etwa die Selbständigkeit der Wahl, da diese ja, wie vorher die „kaiserliche“, der Approbation unterworfen wurde; grade darin, daß Innocenz IV. sein Recht auch auf sie — mit der Billigung wenigstens eines Teils der Fürsten — ausdehnte, liegt vielmehr der bedeutende reale Fortschritt, den er über seine Vorgänger hinaus erzielte. Dagegen kam die Vergünstigung, die der Kölner Erzbischof durchsetzte, wenigstens darin Deutschland zugute, daß die Aachener Krönung überhaupt wieder liegt ja für den Papst auf der vorangehenden, die Kaisergewalt im ganzen Reich übertragenden Bestätigung.

¹ Zu dem oben S. 205 ff. Angeführten sind für die Zeit Wilhelms noch einzelne Belege heranzuziehen. So in Böhmer-Ficker Reg. nr. 10212 die Verpflichtung, die am 23. April 1248 Herzog Mathäus von Lothringen dem Legaten Petrus gegenüber einging, beizustehen ‚W. Romanorum in regem electo et successoribus suis omnibus per Romanam ecclesiam approbatis‘. Ferner schwört Ottokar von Böhmen im Sept. 1253, dem König Wilhelm beizustehen, solange er in der Gunst der römischen Kirche verbleibe (Böhmer-Ficker Reg. nr. 11664): ‚quamdiu in gratia et devotione Romane ecclesie perstiterit‘.

² Es ist die Formel, die im J. 1252 ihre große Rolle spielte. Vgl. unten S. 257 ff.

³ Vgl. oben S. 200 f.

einen Platz innerhalb der Feierlichkeiten erhielt, die der Erhebung des rex Romanorum und damit der Einweisung in das imperium galten. Hier war Innocenz IV. für den Einzelfall aus Gründen der Politik vor den äußersten Folgerungen seiner Theorie zurückgewichen, ohne sie selbst darum zu opfern.

Mögen wir auch mit diesen Erwägungen nicht überall die Gedanken treffen, über die sich der Papst und Konrad von Hochstaden zu Lyon auseinanderzusetzen hatten, so viel wird deutlich geworden sein, daß sie mit Rücksicht auf die Beobachtungen, die der Papst zu Lebzeiten Heinrich Raspes gemacht hatte, und auf die Interessen der Kölner Kirche, die der Erzbischof verteidigte, dahin übereingekommen sein werden, daß der neue Herrscher, den sie gegen Friedrich II. und Konrad aussuchen würden, als römischer König von den deutschen Fürsten nach ihrem Rechte gewählt, vom Papste bestätigt, vom Kölner Erzbischof geweiht werden sollte. Die Anwesenheit des Legaten bei der Wahl, seine Mitwirkung bei der Krönung¹ würden zum Überfluß auch nach außen hin den Eindruck von dem überragenden Anteil sichern, den der Papst an der Erhebung des rex Romanorum zu nehmen hätte.

Wir sehen, wie bescheiden im Grunde die Einschränkungen waren, zu denen sich Innocenz verstand. Dabei waren beide Kirchenfürsten, wenn nicht alles trügt, sich bewußt, daß der Ausgleich, zu dem der Kampf gegen die Staufer drängte, unversöhnliche Gegensätze nur für den Augenblick zurücktreten ließ. Wieder einmal half man sich in der uns fremdartigen, dem Mittelalter geläufigen Weise², daß man die beiden einander ausschließenden Ansichten ruhig beisammen duldete, der Zukunft vorbehaltend, ob sie für die eine oder die andere entscheide; im Augenblick mochte es genügen, daß ein jeder sein Recht wahre und offen bekunde. Die Übereinkunft nämlich, daß Wahl, Be-

¹ Ich halte es für recht wahrscheinlich, daß Innocenz mit um diesen Preis sich bestimmen ließ, der Aachener Krönung die Geltung für das Reich zuzugestehen. Dadurch, daß die Einnahme Aachens erst im Oktober 1248 erfolgte und die Krönung erst am 1. November stattfand, konnte an ihr außer Peter Capocci auch der aus Preußen zurückkehrende Wilhelm von S. Sabina teilnehmen; beide Legaten haben bei der feierlichen Handlung in vorderster Reihe mitgewirkt. Vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 4934^a.

² Vgl. oben S. 107 N. 2 über die Titel Friedrichs II.

stätigung, Krönung den rex Romanorum zu schaffen hätten, entschied nicht endgültig darüber, von welchem Augenblick an der König seine Gewalt zu üben berechtigt sei. Daher bietet sich uns das überraschende Bild, daß Wilhelm von Holland, der nach der Vereinbarung zwischen Innocenz IV. und Konrad von Hochstaden erkoren wurde, zwar vom Papste sogleich bestätigt, als „römischer König“ begrüßt, als Herrscher über das imperium anerkannt ward; er selbst aber führte den königlichen Namen noch nicht, sondern beschied sich mit dem Elektentitel — bis zu seiner Krönung in Aachen.¹ Erst von diesem Tage an nannte er sich ‚rex Romanorum‘, und von ihm zählte er seine Regierungsjahre.² Wenigstens in diesen Formeln paßte sich Wilhelm der Anschauung des Kölner Erzbischofs an, der seiner Weihe allein das Recht beimaß, die Herrschaft im Reiche zu vergeben; — und der Papst selbst hat, soweit nach dem Verhalten seines Legaten zu schließen ist³, sie geduldet!

Auch König Wilhelm hat nur die Form beobachtet, die den Ansprüchen Konrads von Hochstaden Rechnung trug; die Geschäfte des Reichs hat er vom Wahltag an geführt.⁴ Freilich dürfen wir nicht behaupten, daß er damit auch der Forderung

¹ Eine Ausnahme bilden nur die beiden am 9. und 10. Oktober gleich nach der Wahl ausgestellten Urkunden zugunsten Ottos von Geldern, die auch im Original (nach gütiger Mitteilung von Herrn Archivrat Dr. J. Weiß) den Titel ‚Wilhelmus rex semper augustus‘ (ohne ‚Romanorum‘) tragen (Böhmer-Ficker Reg. nr. 4889. 4892). Sonst heißt Wilhelm bis zum 1. Nov. 1248 ‚Romanorum in regem electus semper augustus‘.

² Abweichend nur Böhmer-Ficker Reg. nr. 4956. 63. — Vorher zählt er gelegentlich ‚anni creationis‘ (Böhmer-Ficker Reg. nr. 4912. 4913; sollte nr. 4914 wirklich ‚anno regni‘ tragen?) Auch im Text von Böhmer-Ficker Reg. nr. 4890 finde ich: ‚illud eis ex nostre creationis initio offerentes‘. — Daß seit dem Mai 1252 die Regierungsjahre kaum noch gezählt werden (Böhmer-Ficker Reg. nr. 4885° S. 920 kennt nur zwei Fälle), wird leicht mit dem Konflikt zusammenhängen, seit wann Wilhelm rechter König sei. — Dies Material wird durch eine Durchforschung aller Urkunden Wilhelms zu ergänzen sein.

³ Vgl. oben S. 221 N. 1.

⁴ Vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 4887*, wo über Johann von Avesnes ausgesagt wird: ‚cum ipse nobis in sublimatione electionis nostre cum aliis principibus et magnatibus de comitatu Namurcensi, quem ab imperio et a nobis titulo feudi possidet, legium et debitum fecerit homagium‘. Auch Nr. 4889 (mit dem Titel ‚rex‘) und die folgenden Urkunden. Die Stadt Köln schwört Treue ‚electo regi‘ (Chron. reg. Colon. p. 291).

Innocenz' IV. entgegengehandelt habe; denn die Anwesenheit des Legaten zu Worringen läßt die Möglichkeit zu, daß dieser ihm sogleich in Vertretung des Papstes das Recht der Amtsverwaltung gewährt habe.¹ Nur ein etwas späteres Zeugnis ist — vor den Ereignissen von 1252 — uns überliefert, demzufolge am Hofe Wilhelms die staufische Meinung von dem Herrschaftsbeginn mit der Wahl nicht unbeachtet blieb. Im August 1250 wurde an Friedrich von Rindenberg, den Vitztum von Aschaffenburg, Geld und Reichsgut verliehen, wofern er König Wilhelm und allen seinen Nachfolgern, den rechtmäßig gewählten römischen Königen, in voller Treue anhange.²

Jedenfalls kam Wilhelm mit dem Papst und dem Erzbischof von Köln, aber auch mit allen seinen Untertanen darin überein, daß ihm als dem rex Romanorum die kaiserliche Waltung in die Hand gegeben sei. Und wie schon Heinrich Raspe³, so scheint auch er — recht im Gegensatze zu Konrad, dem „erwählten“ römischen König, dem Kaiserrechte zu Lebzeiten seines Vaters versagt waren — gewünscht zu haben, daß dem Vollgehalt seiner Stellung Ausdruck gegeben werde. Im Dezember 1248 heißt es in einer Urkunde für das Zisterzienserkloster ter Does bei Brügge⁴: „Zur Führung der kaiserlichen Geschäfte glauben wir durch Gottes Gnade auf die Höhe königlicher Würde erhoben zu sein.“ Wilhelms Hof ist der „kaiserliche“; „Kanzler des kaiserlichen Hofes“, auch wohl „kraft kaiserlicher Machtvollkommenheit“ nennt sich der Erwählte Heinrich von Speier⁵.

¹ Wie es bei Heinrich Raspe geschehen sein wird und dem Nachtrag zur Glosse entsprach: ‚vel suam auctoritatem habet ex electione‘, vgl. oben S. 191 N. 2.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 5021; Böhmer, Acta 299: ‚quod iuraverant sancte matri ecclesie, nobis ac successoribus nostris Romanis regibus legitime electis assistant plena fide‘. ³ Vgl. oben S. 198 N. 1.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4949: ‚Ad imperialium negociorum curam regendam ideo nos ad apicem regie dignitatis Dei creatoris nostri misericordia credimus sublimatos...‘ Vielleicht hat es eine gewisse besondere Bedeutung, daß diese Arenga Zisterziensern gegenüber angewandt wird. Ihre Klöster waren im Reich niemandem ‚excepto solo Romanorum imperatore‘ untergeordnet, vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 4433. Der „römische König“, mit kaiserlicher Gewalt, übt die ‚defensio specialis‘; vgl. Geffcken, Die Krone und das niedere deutsche Kirchengut S. 44f.

⁵ 1247 Wirtemb. UB. 4, 148: ‚imperialis aule cancellarii‘; so nennt er sich auch selbst in seinen Urkunden, vgl. Remling, UB. der Bischöfe

Der König spricht von dem kaiserlichen Reichshof zu Duisburg¹; er festigt mit kaiserlichem Banne²; er handelt für das imperium³, er fühlt sich als Nachfolger von Kaisern⁴, und er verwaltet ihr Erbe mit dem kaiserlichen Schwerte.⁵ Seine Herrschaft ist nicht auf Deutschland beschränkt⁶; er hat sogleich seine Wahl den Genuesen mitgeteilt⁷ und im August 1248 einen Vikar für die Lombardei ernannt, dem die Mailänder in allem, was die kaiserlichen Rechte angeht, gehorchen mögen⁸; die Grafen von Lavagna werden begnadet, Thomas von Fogliano, der Neffe des Papstes, und Albericus de Romano mit Lehen des Reichs in Italien belehnt, ein Privileg der Stadt Rimini bestätigt.⁹ In Burgund

von Speier I, 238 ff. In Böhmer-Ficker Reg. nr. 11537 (1248 März 18): *imperiali auctoritate cancellarius*⁴; vgl. nr. 5047; 5054 (a. 1251): *per manum Henrici . . . sacri imperii cancellarii*. — Es wird kaum Zufall sein, daß grade im Privileg für Innocenz IV. Heinrich als *regalis aule cancellarius* unter den Zeugen erscheint (nr. 4964; Const. II, 464).

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4912: *imperiali curie*.

² Nr. 4915: *banno imperiali confirmata*. — Die Datierung *anno imperii nostri* in nr. 4973 stammt aus der Vorlage Heinrichs (VII.), nr. 3978.

³ Vgl. oben S. 223 N. 4 und dazu nr. 4976 f.; er nimmt *ter Does* *sub nostram et imperii protectionem* (nr. 4906); er wünscht, daß durch seine Wohltaten *tam nos quam imperium promoveri* (nr. 4967); er vergibt *feoda imperii* (nr. 4967. 4968), verpfändet Reichsgut (4914. 4921) usw.

⁴ Vgl. nr. 4897. 4915. 5034 und viele andere Diplome.

⁵ Nr. 5022 für die Bürger von Mainz.

⁶ Ich habe hier überall die wenigen, leicht zu mehrenden Beispiele nur aus der Zeit vor dem Braunschweiger Reichstage vom 25. März 1252 genommen, damit ohne weiteres deutlich wird, wie nicht etwa erst das dort erlassene Weistum dem König die „kaiserliche“ Gewalt leiht; vgl. darüber unten S. 250. — Ob die Krönung in Deutschland einen gewissen Einfluß auf das Verfügungsrecht geübt hat, bleibt zu untersuchen. Die Verpfändung der Reichsstadt Duisburg am 29. April 1248 (nr. 4914) ist die einzige, Werminghoff (Verpfändungen der Reichsstädte; Gierkes Untersuchungen, Heft 45, S. 33) bekannte, die „außer dem königlichen Siegel noch diejenigen anderer Fürsten und Grafen aufweist“. Die Verpfändung der Reichsburg Nimwegen vom 15. Juni (nr. 4921) ist vom Kardinallegaten mitbesiegelt; zur Belehnung haben die Fürsten eingewilligt (nr. 4889). Vgl. dazu das Frankfurter Weistum unten S. 257 ff.

⁷ Nr. 4887.

⁸ Nr. 4926; MG. Const. II, 463 nr. 356: *ut ei tamquam nobis in omnibus que ad imperiale dominium pertinent intendatis*.

⁹ Nr. 4985 ff. 5002. 5023. 5034; dazu 5035 f. für Perugia. Vgl. Rodenberg in den MIÖG. XVI, 8: „Die deutschen Herrscher pflegten im 13. Jahrh. die Rechte, welche sie in Italien ausübten, als Reichsrechte zu bezeichnen;

hat Wilhelm seit dem J. 1250 die Rechte von „Königtum und Kaisertum“ geübt; dem Erzbischof von Bisanz wurden seine Gunstbriefe erneuert¹; Graf Johann von Burgund leistet ihm und dem Reiche den Lehnseid.² Bis in die Provence hinein regiert er wenigstens durch die Pergamente, die im Sommer 1251 dem Bischof von Grasse, im Dezember dem Erzbischof von Embrun gegeben wurden.³ Wohin wir blicken, „der römische König rühmt sich derselben Gewalt wie ein Kaiser“; es fehlt nur, daß die päpstliche Salbung ihm den Namen gebe.

Nicht anders als der Cäsar Heinrich VI. und Philipp es getan, nicht anders als Heinrich, der Sohn Friedrichs, es beansprucht, haben Heinrich Raspe und Wilhelm über das Reich in seinem ganzen Umfange herrschen wollen, weil sie „Könige der Römer“ waren. Allein eine gewaltige Kluft trennt das römische Königtum der Staufer von dem ihrer Gegner. Beide erblickten in dem Träger der Würde den kaiserlichen Herrn im Reich; aber während die Staufer die Herrschaft unmittelbar von der Wahl der deutschen Fürsten herleiteten, wurden Heinrich Raspe und Wilhelm durch die Fürsten nur kanonisch designiert, war der Titel und die Gewalt des römischen Königs jenem durch die päpstliche Bestätigung, diesem durch sie und die Aachener Krönung zuteil geworden.

und auch Könige, welche ... nicht Kaiser waren, nannten ihre italienischen Beamten ... kaiserliche oder Beamte des imperiums“. Das gleiche gilt für Burgund. Vgl. oben S. 204 N. 1.

¹ Nr. 4999.

² Nr. 5037. 5038 vom April 1251 (Layettes du trésor des chartes III, 123): „de providentia nostri consilii in nostrum et imperii fidelem recepimus et vasallum. Ipse quoque nobis prestat fidelitatis debite iuramentum promittens nobis, quod contra Conradum ... et alios se nobis in negociis regni et imperii opposcentes, ipse et heredes sui nobis ... servient bona fide“. Wilhelm verpfändet für 10 000 M. Silber alle Einkünfte in den Städten Besançon und Lausanne, die ihm „ratione regni et imperii“ zustehen.

³ Nr. 5046 ff. 5054 (Posse, *Analecta Vaticana* p. 134): „ipse tamen archiepiscopus et successores sui possint, sicut nos possemus, supra dicta ... omnia et singula facere“. Sie dürfen „facere et constituere tabelliones publicos et sollempnes quorum instrumentis per totum imperium fides plenissima adhibeatur“; dies ist nun wieder ein kaiserliches Reservatrecht. Ferner heißt es, daß sie „per totum regnum Arelatense et Viennense per se vel per alium seu alios possint iurisdictionem voluntariam etiam in modum arrogationis vel legitimacionis ... exercere“.

Innocenz III. hatte schnell die Behauptung zurückziehen müssen, daß die Wahl der Fürsten nichts als den Anspruch auf die Verwaltung des regnum Romanum gebe¹; als er Otto IV. und Friedrich II. in die Herrschaft einwies, erkannte er daher nach dem Vorbilde, das Gregor VIII. bei Heinrich VI. gegeben hatte, sie an² als „Könige, die zum Kaiser gewählt sind“; erst Innocenz IV. war es vorbehalten, den Deutschen die Verfügung über das römische Königtum ganz zu entziehen³ und an sich zu nehmen, weil nach der allgemeinen Überzeugung der Zeit, die von den Staufern in Gemeinschaft mit den deutschen Fürsten gepflegt und geschürt worden war, der rex Romanorum gleich dem Kaiser über das imperium gebieten durfte. Alles aber, was des Reiches war, ruhte bei Erledigung des Throns in der Hand des Statthalters Christi und ging von ihm auf den neuen König der Römer über, sobald er dem zum Vogte der Kirche Gewählten die Bestätigung erteilte.

An dieser Ordnung wollte Innocenz IV. auch dadurch nicht rühren, daß er dem Erzbischof von Köln die erste Krönung und Salbung des approbierten Herrschers überließ. Konrad von Hochstaden hatte vom Papste nicht mehr erreicht, als daß die „Ehre“ der Kölner Kirche der Form nach wieder zu ihrem alten Rechte kam, mit der Aachener Feier die Erhebung des „römischen Königs, der später zum Kaiser befördert werden soll,“ zu beschließen.⁴

¹ Vgl. oben S. 28 ff.

² Vgl. oben S. 33. 95. 105. Schon Rodenberg, Wiederholte deutsche Königswahlen S. 36 hat bemerkt, daß durch die Form dieses Titels Otto und Friedrich einen „ähnlichen Charakter erhielten wie die geistlichen electi, d. h. einen Anspruch auf die Weihe“. Auch hier wird man schon bei Innocenz III. eine Tendenz erkennen, das Kaisertum kirchlichen Ämtern gleich zu setzen.

³ Vgl. darüber oben S. 205 ff.

⁴ Während es nach der Glosse zur Dekretale Venerabilem vollkommen möglich erscheint, daß der Papst auch einen, nicht zu Aachen geweihten Fürsten (beim Eintritt der Devolution überhaupt nicht einen Erwählten) sogleich in Rom durch die Krönung bestätige und zum Kaiser salbe, ist jetzt wieder der Aachener Krönung ihr fester Platz gesichert: niemand soll Kaiser werden, der nicht vorher die Krone des römischen Königs vom Kölner Erzbischof empfangen hat.

XVI.

Die Braunschweiger Weistümer über das Kaiserrecht des einmütig von den Kurfürsten erwählten Königs der Römer (1252 März 25).

Das Getriebe des Kampfes, den Gregor IX. und Innocenz IV. gegen das Kaisertum Friedrichs II. aufgenommen hatten, und die Strömungen, die bei der Erhebung der Gegenkönige zutage traten, eröffnen die Einsicht darein, daß die Parteien von den gleichen Gedanken erfüllt sind, von denen sie im Thronstreite Ottos und Philipps bewegt waren¹; ihre Stellung hing davon ab, ob sie die Herrschaft im Reiche mit der Wahl, mit der Aachener Krönung oder mit der Bestätigung des Papstes beginnen ließen. Aber wenn anfangs ihre Staatsanschauungen im Feuer der Leidenschaft zu den Schlagworten der Flugschriften umgeprägt wurden, jetzt waren sie allmählich zu festen Programmen geworden. Zumal für die Kirche war die Zeit tastender Versuche, des Kaisertums Herr zu werden, vorüber, seit Sinibald Fiesco die Lehre der gottgewollten Abhängigkeit des Reichs vom Papsttum in ehernen Sätzen kirchlichen Rechtes niedergelegt hatte. Ihr gegenüber fuhren wohl die Manifeste aus der Kanzlei Friedrichs II. fort, die Gleichordnung der höchsten weltlichen neben der obersten geistlichen Gewalt zu verkünden, aber eine geschlossene Theorie vom Eigenrechte des Staats vermochten sie doch nicht dem päpstlichen Weltbild entgegenzusetzen. Friedrich II. ging darauf aus, die Überlegenheit der kaiserlichen Großmacht mit den Waffen in der Hand darzutun, und unterschätzte, wenngleich er sie sah², die Gefahr, die von der geistlichen Herrschaft über die Geister dem Kaiserstaat drohte. In Deutschland schienen die Fürsten, die sich seit den Tagen Friedrichs I. um die Staufer geschart und, nach einer kurzen Krisis in den Anfängen Philipps, fast bis zum Tode Gregors IX. in überwiegender Zahl zu Friedrich II. gehalten, jetzt müde, für die kühnen Hoffnungen eines unabhängigen römischen Reichs der deutschen Nation sich einzusetzen.

Es war gelungen, einen stattlichen Teil der deutschen Geistlichkeit dem Willen der Kurie zu unterwerfen; nicht wenige welt-

¹ Vgl. oben S. 68 ff.

² Man erinnere sich des Appells, daß er die Sache aller Fürsten Europas führe.

liche Herren des westlichen Deutschlands, auch Schwabens, hatten zudem den päpstlichen Standpunkt eingenommen¹, der früher nur ganz vereinzelt Anhänger gefunden hatte. Es konnte geraume Zeit aussehen, als ob — außerhalb der unmittelbar staufischen Partei am Mittelrhein, in Schwaben und Bayern² — niemand außer Konrad von Hochstaden das nationale Königtum gegen den Papst verteidige. Der Kölner Erzbischof trat, wie es durch seinen Vorgänger Adolf im Thronstreit geschehen, um seines Krönungsrechtes willen wohl allein³ in die Schranken. Die Erinnerung dagegen an die freie Wahl als Zeichen der im fränkisch-deutschen Staat verkörperten Unabhängigkeit und ihrer Ausweitung auf das imperium schien mit dem Niedergange der staufischen Macht jäh erloschen zu sein. Erst nach und nach zeigte sich, daß hinter der Abneigung, die den „Pfaffenkönigen“ besonders in Mittel- und Norddeutschland entgegengebracht wurde, der Staatsgedanke der Stauferzeit wirksam war, der sich sträubte, das Reich widerstandslos dem Papste zu überliefern.

Das ist es, was den Ereignissen, die zu der Braunschweiger Nachwahl Wilhelms im März 1252 geführt haben, das eigene Gepräge aufdrückt und ihre Stellung in der Zeitgeschichte bestimmt, daß in ihnen der staufisch-weltliche Imperialismus noch einmal auf deutschem Boden Gestalt annimmt und seine Lebenskraft auch dem Papsttum erweist. Die Sachsen beugten ihre Häupter⁴ nicht dem Könige, den eine „kanonische“ Wahl weniger anwesender Fürsten nach dem Willen des Papstes zu Worringen dem ganzen Reich erkoren hatte; sie erkannten nicht den Herrscher an, der von Innocenz IV. schon bestätigt, der von Erzbischof Konrad

¹ Hat dazu die steigende Verengung des Wählerkreises mit beigetragen, die die Masse der Grafen seit 1237 sogar vom Konsens ausschloß? es war nicht mehr, wie im 12. und noch im beginnenden 13. Jahrh., das eigene Recht, das durch die Ansprüche des Papstes auf Approbation der deutschen Wahl gefährdet wurde. Vgl. darüber den folgenden Aufsatz.

² Sie wird, von den Reichsstädten vielleicht abgesehen, mehr durch Interessen als durch Prinzipien zum Widerstande veranlaßt worden sein.

³ Die Trierer Erzbischöfe haben in der Entwicklung des früheren 13. Jahrh. eine zu geringe Rolle gespielt, als daß über ihre Stellung Bestimmteres zu sagen wäre; doch vergleiche oben S. 103 N. 2. Im J. 1257 tritt Arnold von Trier als Führer der Gegner Konrads von Hochstaden hervor.

⁴ Vgl. den Brief Innocenz' IV. nach der Wahl Wilhelms (MG. Const. II, 460 nr. 352), in dem berichtet wird von den unzähligen „nobiles et magnates, qui predicto electo mox capita subdiderunt“.

bereits gesalbt und auf den Stuhl Karls des Großen erhoben worden war; sondern sie verkündeten dem gegenüber das Recht der Wahlfürsten, allein durch ihren einmütigen Spruch in alter germanischer Freiheit dem römischen König die Herrschaft im Reiche zu übertragen.¹

Trotz der Einnahme Aachens und der feierlichen Krönung Wilhelms zum römischen König am 1. November 1248 blieb sein Anhang so gering, daß der Papst immer wieder zu den Mitteln der Kirche griff, um den Abfall von den Staufern und den Übergang zu dem von ihm angenommenen Herrscher zu erzwingen. Der Minorit Johann von Diest, der bald als Bischof von Samland, zugleich als Kapellan und Rat des Königs, den Lohn seiner Tätigkeit erntete, sollte die Fürsten und Ministerialen des Reichs durch Drohung mit der kirchlichen Zensur dazu bringen, daß sie ihm Mannschaft und Treueid leisteten²; von Innocenz selbst wurde die Reichsstadt Lübeck gemahnt³, von Friedrich II. zu lassen und zu Wilhelm als dem „katholischen Herrscher“ überzugehen. Dem die Kaiserrechte zustehen, soll endlich die kaiserliche Schuldigkeit geleistet werden.

Aber wenn auch im Februar 1250 an Stelle des Erzbischofs Konrad von Köln wiederum vom päpstlichen Hofe in Kardinal Petrus von Albano ein neuer Legat für Deutschland bestimmt wurde, so ist doch nicht zu verkennen, daß Innocenz auf eine

¹ Im folgenden versuche ich die Ereignisse zu Braunschweig in den Zusammenhang der Geschichte Wilhelms von Holland einzuordnen und insbesondere ihren Kontrast zu dem Frankfurter Weistum vom Juli 1252 zu erklären. Für die Vorgänge selbst nehme ich als erwiesen die Ergebnisse an, zu denen ich unten im V. und VI. Abschnitt des Aufsatzes über die Entstehung des Kurfürstentums gelangt bin; dort wird man auch hier fehlende Belege finden. Einzelne Wiederholungen sind freilich nicht zu vermeiden, da von den verschiedenen Standpunkten aus eben doch immer die gleichen Tatsachen zu betrachten waren. Ich bin ihnen nicht aus dem Wege gegangen, weil es mir sehr viel wichtiger schien, jede der beiden innerlich so eng verbundenen Untersuchungen in Hinsicht auf die Sonderaufgabe, die ihr gestellt war, völlig verständlich zu machen.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 8105 vom 3. März 1249 (MG. Epist. II, 479): „Ad promotionem negotii ecclesie ac Romani imperii inhiantes . . .“ Innocenz habe erfahren, daß „nonnulli principes, fideles et ministeriales imperii nondum sibi [Wilhelm] homagium et fidelitatem prestiterint“.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 8193 vom 1. Juli 1249.

schnelle Entscheidung dort nicht mehr rechnete. Erst als Friedrich II., unbesiegt und in gerechter Hoffnung auf den Sieg¹, plötzlich am 13. Dezember 1250 starb, war der Augenblick gekommen, nachdrücklichst für Wilhelm gegen Konrad IV. einzutreten.

Die kriegerischen Unternehmungen der beiden Fürsten waren auf die mittel- und oberrheinischen Gebiete und auf Schwaben beschränkt geblieben²; Wilhelm hatte nicht vermocht, in Süddeutschland die Stellung Konrads zu schwächen, der durch seine Vermählung mit der Tochter Herzog Ottos von Bayern die wertvolle Hilfe der Wittelsbacher dem staufischen Geschlechte gewonnen hatte. Nach Friedrichs Tode beschloß Konrad, sich in sein sizilisches Erbreich zu begeben, um von dort aus den Kampf gegen Innocenz IV. in Italien weiterzuführen. Er verließ im Oktober 1251 Deutschland, nachdem er seinen Schwiegervater zum Reichsverweser ernannt hatte: das Feld war frei, die Deutschen für die Sache Wilhelms und der Kirche zu gewinnen. Der Papst war entschlossen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß der König jetzt als Herrscher im ganzen Reich anerkannt würde.

Am 15. Februar 1251 ermahnte er Wilhelm selbst, sich durch keine Einflüsterungen in dem Vertrauen auf die römische Kirche irre machen zu lassen, und stellte ihm — in der Erwartung, bald nach Rom zurückzukehren — die Kaiserkrone in baldige sichere Aussicht.³ Gleichzeitig sandte er den pästlichen Kaplan Jakob, Archidiakon von Laon, den späteren Papst Urban IV., nach Deutschland, damit er die Herzöge, Markgrafen und Grafen des Reichs zur Ergebenheit der Kirche zurückführe und sie bewege, dem Könige den Lehnseid zu leisten. Besondere Schreiben empfahlen ihn an die Herzöge Albert von Sachsen und Otto von

¹ Ich nehme durchaus den Standpunkt ein, dem unter Hinweis auf Fickers Darlegungen Hampe am Schluß seiner Deutschen Kaisergeschichte im Zeitalter der Salier und Staufer S. 253 ff. Ausdruck gegeben hat. Vgl. auch Rodenberg, Innocenz IV. und das Königreich Sizilien S. 54 ff., 88 ff.; hier auf S. 92 ff. sehr gute Ausführungen über die Lage, die Friedrichs Tod geschaffen hat.

² Zum Folgenden vgl. Hintze, Das Königtum Wilhelms von Holland S. 37 ff.; Kempf, Gesch. des Deutschen Reichs während des Interregnums S. 113 ff.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 8320 (MG. Epist. III, 47 nr. 60): „gloriosius exinde proventurus ad Romani imperii diadema, quo te Deo propitio decorare . . . affectamus“.

Braunschweig, die Markgrafen Johann von Brandenburg und Heinrich von Meißen; zu dem Bayernherzog Otto ging außerdem der päpstliche Pönitentiar Heinrich vom Orden der Dominikaner.¹

Daneben geschah es zum ersten Male, daß der Papst in der wichtigsten Angelegenheit des Reichs sich in Gesamtschreiben an Rat und Bürgerschaft der Städte wandte und ihnen befahl, der Kirche zu folgen; die Ratsherren sollten Sorge tragen, daß die Bürger dem Könige Treue schwören und ihn kraftvoll unterstützen. Gleichlautende Einzelbriefe ergingen noch an Rat und Volk von Worms, Speier, Oppenheim, Frankfurt, Gelnhausen, Friedberg.² Jakob von Laon und Pönitentiar Heinrich wurden bevollmächtigt, gegen die Städte, die sich weigerten, in den Schoß der heiligen Kirche zurückzukehren und König Wilhelm anzuhängen, mit zeitlichen und ewigen Strafen vorzugehen.³

Überall wird Wilhelms, des erlauchten römischen Königs, gedacht⁴, „der in Bälde zum Gipfel kaiserlicher Ehre aufsteigen soll“; und stets wird hervorgehoben, daß Friedrichs Söhne kein Recht am Reiche besitzen⁵, „dessen Würde nicht durch Erb-

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 8325 ff. 8349. Auch an einige der fürstlichen Frauen wurden Schreiben gesandt.

² A. a. O. nr. 8338. 39. — In den Briefen wird dargelegt, daß Konrad „nunquam rex extiterit nec potuerit vicem vel officium pro illo gerere quem a regimine constat imperii ... cecidisse“. Diese Worte haben zur Voraussetzung die Stellung, die wir Konrad auf Grund seiner Wahl zugewiesen haben (vgl. oben S. 137 ff.): Konrad war bis zu Friedrichs Tode niemals König und sollte es nicht sein; er übte die Stellvertretung des Kaisers, die — im Sinne des Papstes — durch dessen Bannung und Absetzung hinfällig war. — Den Schwaben versprach Innocenz (Böhmer-Ficker Reg. nr. 8369): „quod memorati F. soboles ... ex aliqua permissione vel gratia sedis apostolice ... ad honorem Romani regni vel imperii seu principatum Suevie ... aliquo tempore non consurget“. Er konnte dies sogar für das Herzogtum deshalb zusichern, weil der Bann vorher hätte aufgehoben werden müssen.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 8343. — Früher hatten die Päpste sich wohl schon an einzelne Städte wie Köln, Mainz oder Lübeck gewandt, bei der Doppelwahl von 1198 spielten die Interessen Kölns für die Haltung Erzbischof Adolfs mit; aber jetzt tritt zum erstenmal — noch vor dem Rheinischen Bund — hervor, daß die städtischen Bürgerschaften neben den Fürsten ein Machtfaktor auch für die politische Gestaltung des Reichs geworden sind. Vgl. auch unten im letzten Abschnitt des zweiten Aufsatzes.

⁴ „Sublimando in proximo ad fastigium imperialis honoris“.

⁵ „Nullum ius habeant in imperio, cuius non successione sed electione dignitas obtinetur“. Wieder hat Innocenz IV. hier auf die Dekretale Vene-

folge, sondern durch Wahl vergeben wird“. Von dem Ausschluß der Erbfolge, mit dem er sich im J. 1247 begnügt hatte¹, ist Innocenz jetzt zu einer positiven Anerkennung des deutschen Wahlrechts vorgeschritten. Wir werden hieraus entnehmen, daß er sich inzwischen davon hatte überzeugen lassen, wie die Anerkennung Wilhelms bei den Deutschen keineswegs allein eine Machtfrage sei, sondern wie bei ihrer Weigerung Gründe des Rechts mitspielten. Der Papst, der durch die Wahlbevormundung im J. 1246 und durch die Bestätigung Wilhelms im J. 1247 sich tatsächlich die Entscheidung über die Nachfolge im Reich angemacht hatte, hielt es jetzt für zweckmäßig, wissen zu lassen, daß er nicht darauf ausgehe, die deutsche, auf die Wahl gegründete Verfassung umzustürzen.

Darüber allerdings schwieg er, und nur aus dem Inhalt all seiner Schreiben leuchtet es hervor, daß er die Wahl anders faßte, als sie bisher in Deutschland für den König rechtens gewesen war.² Hier galt es, daß ein neuer Herrscher durch alle Fürsten des Reichs einmütig „durch Recht zu kiesen“ sei; nicht in einer einzigen feierlichen Wahlhandlung mußte der König dem ganzen Reiche gesetzt werden, noch auch waren alle Ferngebliebenen an deren Ausfall gebunden; sondern diesen lag es ob, durch späteren Zutritt ihn auch für sich anzuerkennen oder sich ihm zu versagen. Nach deutschem Recht war jeder nur dem königlichen Herrn verpflichtet, den er selbst angenommen hatte.³ Innocenz IV. hingegen übertrug auf die Wahl des römischen Königs auch darin die Bestimmungen des kirchlichen Rechts, daß er für sie die Einheit der in vorgeschriebenen Formen ablaufenden und geschlossenen Handlung (*unitas actus*) forderte: ihm war der zu Worringen ordnungsmäßig gewählte und von ihm bestätigte König der Römer

rabilem zurückgegriffen: *videretur imperium non ex electione, sed ex successionem deberi*. Derselbe Gedanke findet sich schon in Reg. de neg. imp. nr. 33, col. 1039.

¹ Vgl. oben S. 217.

² Über diesen Gegensatz der von Innocenz geforderten kirchlichen zu der deutschen Wahl ist in den beiden letzten Abschnitten des zweiten Aufsatzes gehandelt.

³ Ich spreche hier für das 13. Jahrh. nur von den Fürsten und Herren, die ja bei der Wahl ihre Untertanen repräsentierten. Ihre Versammlung war an die Stelle des germanischen concilium aller gleichberechtigten Freien gerückt.

der kaiserliche Herrscher des Reichs, dem zu gehorchen für alle selbstverständliche Untertanenpflicht war. Wohl gestand er den Deutschen das Recht der Wahl zu; aber er erwartete, daß sie es in den Grenzen der kanonischen Vorschriften ausübten. Wer sich dessen weigerte, wer Wilhelm nicht Huldigung und Eid leistete, war vor den Augen Innocenz' IV. ein Aufrührer und Empörer wider die gottgesetzte Obrigkeit. Nach der Überzeugung der Deutschen indessen verfocht er sein gutes Recht.

Nicht die päpstlichen Mandate und nicht die Vertrauensmänner, die, mit ihnen ausgerüstet, von Lyon aus Deutschland durchstreiften, haben vermocht, um der Kirche und ihrer Lehre willen Deutschland dem Papste und seinem König gefügig zu machen. Vielmehr sind es die politischen Veränderungen, die bis zum Frühling des J. 1252 eine Wendung zugunsten Wilhelms herbeigeführt haben.

Innocenz selbst scheint schnell erkannt zu haben, daß bei der Lage, die durch das Hinscheiden Kaiser Friedrichs geschaffen war, alle Hebel anzusetzen seien, um die großen ostdeutschen Fürsten auf Wilhelms Seite zu ziehen. Der Archidiakon Jakob von Laon wurde mit dieser Aufgabe betraut; ihm wurden bereits die Schreiben mitgegeben, in denen der Papst dem Herzog Albert von Sachsen die Vermählung einer von dessen Töchtern oder Nichten mit dem jungen König antrug.¹ In dieser Richtung werden auch zwischen Innocenz und Wilhelm Gedanken ausgetauscht worden sein², als beide zu Ostern 1251 in Lyon die Zukunft erwogen.

Auf päpstliche Einladung hin war der König damals am Sitze der Kurie erschienen, noch unmittelbar bevor diese nach Italien aufbrach, um nach Rom zurückzukehren; mit ihm waren Erzbischof Arnold von Trier und sein Kanzler Heinrich gekommen, während Konrad von Hochstaden trotz ergangener Aufforderung³ sich fernhielt: vielleicht übersah er die Lage gut genug, um zu beurteilen, daß eine Verständigung des Papstes und Wilhelms mit den ostdeutschen Fürsten nur auf Kosten der Kölner Kirche zu erwarten sei.⁴ Am Gründonnerstag wurde in Gegenwart vieler

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 8328 f.

² Vgl. Kempf, Geschichte des Reichs während des Interregnums S. 117.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 8330.

⁴ Vgl. unten S. 260. — Bei den guten Beziehungen, die noch durch mehrere Jahre hin zwischen dem König, dem Erzbischof und auch der Kurie

Bischöfe Wilhelm noch einmal feierlich als römischer König von Innocenz begrüßt¹; über Konrad, den Sohn des ehemaligen Kaisers, und seine Anhänger wurde die Exkommunikation ausgesprochen. Die rechte Eintracht von sacerdotium und regnum ward aller Welt kund, als Wilhelm, der „zukünftige Kaiser“, dem Papste den Steigbügel hielt und ihn der Sitte gemäß geleitete.

Kurz nach Ostern brach Innocenz nach Genua auf, Wilhelm kehrte an den Rhein zurück. Ein sichtbares Ergebnis ihrer Zusammenkunft war, daß bald darauf Kardinallegat Hugo von S. Sabina dem König nach Deutschland folgte. In seiner Begleitung kam Heinrich von Susa, damals Kardinal von Embrun, der spätere Kardinalbischof von Ostia; schon damals hatte er begonnen, den kostbaren Kommentar zu den Dekretalen Gregors IX. abzufassen²; bei diesem Aufenthalt in entscheidungsvollen Tagen wird er zugleich mit Jakob von Laon — der ihn 1261 zum Kardinal erhob — die nachhaltigen Eindrücke von den deutschen Zuständen erhalten haben, die in den Schriften des einen, in der Politik des andern uns bezeugt sind.³ Der gemeinsamen Tätigkeit dieser beiden Geistlichen⁴ bin ich geneigt den Erfolg zuzuschreiben, mit dem der Aufstieg Wilhelms begann: ihr Verdienst mag es sein, die Verlobung mit Elisabeth, der Tochter Herzog Ottos von Braunschweig, vermittelt zu haben. Als Heinrich und Jakob ge-

bestanden, ist es bisher nicht gelungen, einen befriedigenden Grund für Konrads Abwesenheit in Lyon 1251 und in Braunschweig 1252 zu finden. Er wird darin liegen, daß der Erzbischof zwar mit Rücksicht auf die allgemeine Lage den Ausgleich mit den sächsischen Fürsten zwar nicht hindern, doch auch nicht Abmachungen gutheißen wollte, die dem Kölner Krönungsrecht abgünstig waren.

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 5033^a. — Diese Verkündigung ist nicht etwa (wie Hintze S. 44 N. 2 meinte) die eigentliche rechtsverbindliche confirmatio gewesen, sondern nur eine Wiederholung bei feierlicher Gelegenheit vor der breiten Öffentlichkeit. Ich denke, genau wie auf dem 4. Laterankonzil Friedrich II. nochmals approbiert, Otto IV. gebannt wurde; vgl. oben S. 106.

² Vgl. oben S. 156 N. 3.

³ Mir scheint, daß das Verhalten Urbans IV. recht wohl aus den persönlichen Erfahrungen dieser beiden Männer in Deutschland zu erläutern wäre.

⁴ Für Jakob ist dies schon früher vermutet, vgl. Kempf S. 124. Leider sind wir über seine Tätigkeit ohne jede Nachricht, außer der einen, daß er auf dem Wege nach Deutschland von Rittern des Trierer Bistums beraubt und gefangen gehalten wurde (Böhmer-Ficker Reg. nr. 9459); vgl. Sievert, Das Vorleben des Papstes Urban IV. II, 6f.

meinsam im Dezember 1251 bei Wilhelm weilten¹, dürften alle Verhandlungen beendet, die Hochzeit bereits festgesetzt gewesen sein.

Das Recht, beim Knüpfen dieses Bundes die Hand des Erzbischofs von Embrun zu suchen, scheint mir darin gegeben, daß ihm gerade am 15. Dezember 1251, als auch Jakob mit ihm zu Köln am Hofe bezeugt ist, nach dessen eigenen späteren Worten² der Dank „für die gefälligen Dienste“ abgestattet wurde, die Heinrich „in Wilhelms und des Reiches Geschäften mit klugem Sinn geleistet“ hatte: dem Erzbistum Embrun wurden wertvolle Privilegien gewährt, „weil unser geliebter Fürst, der Erzbischof Heinrich, auf Befehl des Heiligen Vaters seine Kirche und alle seine Geschäfte verlassen hat und sich jüngst zu rechter Zeit in der heiligen Kirche, unsern und des Reiches Dienst gestellt hat, in dem wir ihn klug und treulich sich mühen sehen und hören“.³

Am 25. Januar 1252 fand zu Braunschweig die Hochzeit statt, die für Wilhelms Königtum eine hoffnungsreichere Zukunft eröffnete; die enge Verwandtschaft der Welfen mit den Nachbarfürsten weckte die Aussicht auf eine Aussöhnung, die dem König die Herrschaft über das mittlere und niedere Deutschland in die Hand geben konnte.

In der Tat lagen nach dem Abzug Konrads IV. in diesen Gegenden kaum noch persönliche oder politische Gründe vor, sich von Wilhelm fernzuhalten. Bestehen blieb nur der eine, aus der deutschen Verfassung entnommene, der seinem Königtum die Rechtmäßigkeit absprach: Wilhelm kam als Geschöpf des Papstes

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 5054. 10287.

² Urban IV. hat nämlich am 13. Februar 1263 dem damaligen Erwählten von Embrun das Privileg bestätigt, das Wilhelm dessen Vorgänger und späterem Kardinal gegeben hatte. In der Einleitung sagt er, daß ‚W. rex Romanorum attendens grata obsequia que venerabilis frater noster H. Ostiensis episcopus tunc archiepiscopus Ebredunensis antecessor tuus in suis et imperii negotiis prudenter . . . inpendebat . . .‘

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 5054; Posse, *Analecta Vaticana* S. 132: ‚quia dilectus princeps noster H. . . de mandato domini pape Innocentii quarti sanctissimi patris nostri ecclesiam Ebredunensem ac omnia sua relinquens agenda in sancte matris ecclesie nostrum et imperii obsequium nuper ad tempus se transtulit, in eodem nobis videntibus et audientibus prudenter et fideliter laborans‘. Wenn die Handlung der vom 15. Dezember datierten Urkunde schon früher erfolgt wäre, so würde der oben vermutete Zusammenhang nur unwesentlich verschoben.

und des Kölner Erzbischofs; ihn annehmen, hieß anerkennen, daß er, sei es durch die päpstliche Bestätigung, sei es durch die Aachener Krönung, der rechte Herrscher geworden und daß der Widerspruch gegen ihn zu Unrecht festgehalten sei; ihm jetzt gehorchen, hieß die Verfügung über Deutschland und das Reich der Kirche überliefern. Von alledem konnte in diesen Gegenden keine Rede sein.

Auf dem Boden, auf dem im J. 1198 zu Arnstadt Philipps, 1208 zu Halberstadt Ottos Kaiserwahl zum Zeichen staatlicher Freiheit von Rom vollzogen war, in dem Gebiet, wo Eike von Repgow im Sachsenspiegel, der Domherr Johannes von Halberstadt in seiner Glosse dem staufischen Reichsgedanken gehuldigt hatten, — in diesen sächsisch-thüringischen Landen wurzelte von Urzeiten her die germanische Überzeugung vom freien, durch den Zusammentritt der Volksgenossen geschaffenen weltlichen Staat. Hier überall galt das römische Reich und kaiserliche Gewalt als das Herrschaftsgebiet und Herrscherrecht des Fürsten¹, den² ‚die Dudischen sollen durch recht kiesen‘, dem die Thronsetzung zu Aachen nur den Namen des Königs, die Weihe des Papstes nur den Namen des Kaisers hinzufügt. Noch war nicht bis hierher der Siegeszug des päpstlichen Rechts und der kirchlichen Weltanschauung vorgedrungen. Fürsten und Volk waren nur zu gewinnen, wenn ihrer Staatsauffassung Raum gegeben, Wilhelm nach deutschem Recht zum wahren König erhoben wurde.

Die Fürsten und Städte des Reichs, zu denen die Briefe und Boten des Papstes in Norddeutschland kamen, waren nicht willens, sich ihm zu unterwerfen; aber sie waren bereit, den Herrscher anzuerkennen, wenn seine Erhebung von den Mängeln, die ihr anhafteten, gereinigt wurde.

Die sächsisch-thüringischen Landschaften standen daher Wilhelm im Frühjahr 1252 fast genau in derselben Lage gegenüber wie im J. 1208 Otto IV., als sie nach dem Tode Philipps zu ihm übergehen wollten.³ Damals hatte Innocenz III. streng befohlen, dem Welfen als dem rechten König zu gehorchen. Jedoch obgleich Otto zu Aachen mit allen Feierlichkeiten geweiht

¹ Vgl. oben S. 52.

² Sachsenspiegel Landrecht III, c. 52 (Zeumer, Quellensammlung S. 72 § 143); vgl. oben S. 85.

³ Vgl. oben S. 76 ff.

und vom Papste bestätigt war, gaben die Deutschen keineswegs dem päpstlichen Verlangen nach, sondern forderten, daß die Unzulänglichkeit seiner Wahl behoben werde. Zu Halberstadt riefen Sachsen und Thüringer Otto zu ihrem Herrn und Kaiser aus; zum Gebieter des Reichs wurde er durch die allgemeine Wahl, zu der die Fürsten vom Mainzer Erzbischof nach Frankfurt geladen wurden.

Wie Otto war auch Wilhelm nur von wenigen gewählt; aber auch er war vom Papste konfirmiert und vom Kölner Erzbischof in Aachen gekrönt worden. Die Mandate Innocenz' IV. für ihn verhallten ungehört: ihnen wurde jede Rechtsgrundlage durch die Erklärung entzogen, daß Wilhelm — dem zu gehorchen er befahl — überhaupt nicht als König anzusehen sei. Mit andern sächsischen Städten lehnten die Bürger Lübecks ab, dem Papste zu willfahren und Wilhelm als einem Könige zu dienen; sie begründeten ihre Weigerung damit, daß der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg, die je eine Kurstimme führten, ihm nicht zugestimmt hätten.¹ Ähnliche Äußerungen sind auch sonst im Reich gefallen und bis nach England zu Matthaeus Paris gedrungen; an Wilhelms Wahl wurde die Teilnahme des Sachsen und des Pfalzgrafen bei Rhein vermißt, der zugleich Herzog von Bayern war.

Wenn dergleichen Meinungen sich in der Absage der Lübecker zu der Behauptung verstärken, daß die Erhebung eines Königs ohne die Mitwirkung einzelner, bestimmt genannter Fürsten für sie unverbindlich sei, so spiegelt sich darin die Abwandlung, die in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrh. die deutsche Wahl erfahren hatte.² Die Einzelabstimmung in der Kur, das Recht, den neuen Herrscher bei Namen zu kiesen, war mindestens seit der Designation Konrads IV. im J. 1237 den „Kurfürsten“ des Reichs vorbehalten; sie war der Vorzug der drei rheinischen Erzbischöfe und der weltlichen Erzbeamten geworden, von deren Vierzahl die Sachsen mit Eike von Repgow den Böhmen ausschlossen. Die übrigen

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 5068 (MG. Const. II, 631 nr. 459): „quia se aliquot civitates et oppida excusabant dicentes, quod eidem domino W. non debebant intendere tamquam regi, pro eo quod nobiles principes dux Saxonie et marchio Brandenburgensis qui vocem habent in electione predicta electioni non consenserant“.

² Vgl. hierzu den folgenden Aufsatz.

Reichsfürsten genossen das gleiche Recht, den römischen König dem Reiche zu wählen; allein sie übten es nur durch die Zustimmung „aus einem Munde“, durch den, die rechte Wahl erst förmlich beendenden und deshalb für sie notwendigen Konsens. Die Grafen und Edeln nahmen an dieser feierlichen Rechtshandlung keinen Teil mehr.

Erst wenn uns dieses Bild der deutschen Wahl gegenwärtig ist, begreifen wir, daß die Stimmen der beiden ostdeutschen Kurfürsten wichtig genug erschienen, um wegen ihres Fehlens die Unvollkommenheit von Wilhelms Königtum zu behaupten. In den Augen des Volks — das geht auch aus den Angaben des Matthaeus Paris hervor — wurden die Erzbeamten durch das Ehrenrecht der Kur vor den zustimmenden Reichsfürsten so ausgezeichnet, daß ihnen vor den andern die Übertragung der Herrschaft zuzukommen schien. Wilhelm war zu Worringen nur von den drei rheinischen Erzbischöfen gekoren worden; jetzt erklärten die Bürger Lübecks und andere unmittelbare Untertanen des Reichs, daß ihnen niemand als der rechte Herrscher gelte, auf den nicht außerdem die Stimmen der beiden ostdeutschen Kurfürsten gefallen seien.

Die Gehorsamsweigerung der Städte, die ja an der Wahl selbst gar keinen Anteil hatten, war für jeden König von übler Wirkung. Denn ihre wirtschaftliche Bedeutung war mit dem Aufschwung bürgerlichen Lebens so gestiegen, daß sie jetzt dem Reiche die wertvollsten Einnahmen lieferten¹; und wenn gar deren Erhebung, wie es bei Lübeck der Fall war², ihnen selbst überlassen war, so übten sie durch Zahlung oder Sperrung der Einkünfte einen nicht geringen politischen Druck aus. Überhaupt aber gehörte die Verfügung über das Reichsgut und der Bezug der Gefälle, ebenso wie die Führung der Reichsministerialität zu den bedeutendsten Machtmitteln des Königtums. Sie standen dem König jedoch erst von dem Augenblick zu, wo er die Herrschaft im imperium zu führen befugt war.³ Über-

¹ Niese, Die Verwaltung des Reichsguts im 13. Jahrh., z. B. S. 118. Auch Werminghoff, Verpfändungen der Reichsstädte S. 3.

² Niese S. 122.

³ Daß das Lehnverhältnis zu den Reichsfürsten auf dem „Kaiserrecht“ beruht, ist oben (S. 129. 167) gesagt. Was die Stellung zu den ‚bona imperii‘ und den ‚ministeriales imperii‘ angeht, so hängt der Nachweis zu eng mit

sie gebot niemand als der römische König, der mit kaiserlicher Gewalt des Reiches zu warten hatte. Vergeblich bemühte sich Innocenz IV. — dessen Anstrengungen wir jetzt besser zu würdigen vermögen¹ —, die Reichsstädte zur Anerkennung Wilhelms zu bewegen. Aus Niederdeutschland kam ihm die Entgegnung, daß der Graf von Holland den Sachsen noch nicht „durch Recht gekoren und deshalb überhaupt noch nicht als König der Römer gelte“.

Was auch immer Folge und Erfolg dieses Wortes gewesen sein mag, es verdient dem Gedächtnis bewahrt zu werden. Als die städtischen Bürger zum erstenmal für die Besetzung des Throns einen erheblichen Einfluß in die Wagschale zu werfen hatten, traten sie dem Papsttum Innocenz' IV., gestützt auf das deutsche Recht, entgegen. Sie verwarfen die „kanonische“ Wahl zu einem kirchlichen Kaiseramt, die zu Worringen an Wilhelm vollzogen war und die ihnen aufgedrungen werden sollte; sie hielten fest daran, daß die Deutschen mit ihrer Wahl den König der Römer setzten, der im weiten Umkreis des Kaisertums gebietet.²

Die Lübecker sprachen mit ihrer Antwort den Sachsen aus dem Herzen. Die Fürsten stimmten ihr zu; es ist, als ob die Halberstädter Kaiserwahl von 1208 in der Erinnerung fortgewirkt hätte. Dazu kam auch wohl in Betracht, daß nur die geistlichen, niemand von den weltlichen Kurfürsten bisher Wilhelm gewählt hatte.³ Die gemeinsame Überzeugung ging dahin, daß er erst durch einen neuen Wahlgang von Rechts und Reiches wegen zum König der Römer erhoben werden könne. Die lübische Erklärung

der Gesamtauffassung vom Charakter des ‚imperium‘ im 12./13. Jahrh. zusammen, als daß er hier gesondert zu führen wäre. Hinsichtlich der Städte, auf die es im Augenblick für uns ankommt, genügt wohl zunächst, was aus den Ereignissen von 1252 selbst hervorgeht.

¹ Vgl. oben S. 232.

² Die Vorgänge von 1252 sind in dieser Beziehung das Vorspiel zu dem Verhalten des Rheinischen Bundes im J. 1256. Daß die Städte einen Erfolg nach Wilhelms Tode nicht erzielten, war nicht ihre, sondern die schwere Schuld einzelner Kurfürsten. Dafür konnten auch diese freilich nichts, daß niemand unter ihnen das Zeug zu einem deutschen Staatsmann hatte.

³ Dahin zielt die Bemerkung des Matthaeus Paris (MG. SS. XXVIII, 294): ‚Ecce milicia contra sacerdocium pro superbia; ecce sacerdocium eadem causa contra miliciam‘.

gab indes schon den Hinweis, daß es dazu vielleicht nicht einer allgemeinen Wahl bedürfe, sondern daß die Kur durch den Herzog von Sachsen und den Markgrafen von Brandenburg die frühere zu ergänzen genügend sei.

Auf diese Anschauungen stießen König Wilhelm und sein Kanzler Heinrich, der Erwählte von Speier, sowie die päpstlichen Gesandten, Kardinallegat Hugo und Erzbischof Heinrich, als sie nach Wilhelms Hochzeit von Braunschweig aus über die Anerkennung des Königs in Nordostdeutschland zu verhandeln angingen. Ihrer gemeinsamen Tätigkeit wird es zu verdanken sein, daß nach zwei Monaten auf dem Braunschweiger Reichstag vom 25. März 1252 Wilhelm durch die Nachwahl des sächsischen und brandenburgischen Kurfürsten zum Reichsherrscher geworden ist.

Wir versuchen, aus dem Ergebnis auf seine Vorgeschichte zurückzuschließen. Denn in den Unterhandlungen, die ihm vorausgegangen sind, trafen die Gegensätze der Parteien aufeinander, die mit dem Abschluß ausgeglichen wurden. Sie wieder aufspüren bedeutet, die Kräfte vor uns lebendig werden lassen, die mit den Braunschweiger Reichssprüchen ihren Stempel der alten Reichsverfassung aufgeprägt haben.

Indem den beiden Fürsten von Sachsen und Brandenburg gestattet wurde, nachträglich ihre Stimme abzugeben, wurde eingeräumt, daß der Worringer Tag nicht abschließend gleich einer kirchlichen Wahl über das Reich entschieden habe; es war ein Zurückweichen von dem streng festgehaltenen kirchlichen Standpunkt. Allein die Zukunft von Wilhelms Königtum hing zunächst davon ab, daß zu den niederrheinischen auch die sächsischen und thüringischen Gebiete ihn anerkannten. Das Opfer, das ihnen gebracht werden mußte, war der Verzicht auf die „kanonische“ Wahl.

Hugo von S. Sabina und Heinrich von Embrun haben um des Erfolges willen zu den Abmachungen mitgewirkt; das Kirchenrecht mit seiner wunderbaren Vielgestaltigkeit bot auch jetzt eine Formel, die zu dulden erlaubte, was der eigenen Überzeugung doch widersprach. Wenn über die Gültigkeit einer Taufe oder Weihe Zweifel bestanden, so durfte sie ‚ad cautelam salutis‘ aufs neue vorgenommen werden, um alle Ungewißheit zu zerstreuen; war die erste Handlung wirklich nichtig, so wurde durch die zweite

das Sakrament erteilt; best. and jene zu Recht, so fügte diese ihr nichts an Gnadengaben hinzu.¹ An diese Form bedingter Wiedertaufe oder bedingten Dispenses denkt Hugo von S. Sabina, wenn er mitteilt², daß die beiden Kurfürsten König Wilhelm ‚ad cautelam‘ gewählt hätten: er wollte betonen, daß hierdurch „die Gültigkeit der ersten Wahlhandlung, da sie nun einmal nicht von allen zugegeben wurde“, gegen alle Anfechtung gesichert, von allen „etwa behaupteten Mängeln“ gereinigt sei.³ Diese Klausel gestattete es der Kirche, sich mit der Nachwahl insoweit abzufinden, daß der unbedingten Forderung der Sachsen nachgegeben werden durfte. Denn in den Augen der kirchlich Gesinnten wurde die Rechtmäßigkeit der früheren Wahl hiervon nicht berührt. Der Kardinallegat hat selbst am Eingang seines Schreibens über den Reichstag bestimmt erklärt, daß für die Kurie Wilhelm im J. 1247 förmlich und endgültig gewählt worden sei.⁴

Den päpstlichen Abgesandten das Zugeständnis zu erleichtern, das, wie die Dinge lagen, unvermeidlich war, fiel vor allem eins ins Gewicht. Während Otto im J. 1208 erst durch eine Neuwahl zum Reichskönig erhoben wurde⁵, sollte jetzt nicht wie damals die erste Wahl als nichtig beseitigt werden. Nur insoweit sie nach deutschem Brauch unvollständig war, sollte in ergänzender Nachwahl das Versäumte nachgeholt⁶ und Wilhelm zum wahren König der Römer werden. Die beiden vor allen andern beteiligten Fürsten von Sachsen und Brandenburg haben

¹ Dictum Gratiani nach c. 2 Dist. LXVIII: ‚sicut de quo dubium est, an sit baptizatus, an non, debet baptizari; qui si prius baptizatus non fuerat, consequitur gratiam baptismi; si autem baptizatus erat, nichil accipit in secunda unctione, nec pertinet hoc ad reiterationem baptismi, sed ad cautelam salutis‘.

² A. a. O.: ‚eundem in regem elegerunt unanimiter ad cautelam‘.

³ v. Wretschko hat in der Savigny-Zeitschr. f. Rechtsgesch. Germanist. Abt. XX, 181 N. 2 diese Deutung, wie mir scheint, unwiderleglich festgestellt.

⁴ Sein Schreiben (vgl. oben S. 238 N. 1) beginnt: ‚Licet excellentissimus dominus W. Romanorum rex semper augustus olim fuisset a principibus quorum intererat legitime in regem electus, a summo pontifice ad quem pertinet ipsius electionis confirmatio confirmatus, et in Aquis in regem solempniter consecratus et regali diademate coronatus, tamen quia . . .‘.

⁵ Vgl. oben S. 80.

⁶ Schon in dem Schreiben der Lübecker ist darauf hingewiesen, vgl. oben S. 238.

sich bereit erklärt, die Wahl zu Worringen für recht und genehm zu halten.¹ Hierdurch — und das ist vielleicht ein gewisser Erfolg der päpstlichen Diplomatie — war immerhin die Möglichkeit geschaffen, daß auch die Bestätigung, die Innocenz IV. ihr erteilt hatte, als solche unangefochten blieb. Die „kanonische“ Erhebung jedoch wurde den Sachsen preisgegeben; über die Rechtsfolgen der Wahl, die ihnen als die wahre Übertragung des Reiches galt, war jede Einigung mit der päpstlichen Partei unmöglich.²

Nicht ohne Mühe haben die Vertreter des Papstes, der nach kanonischer Wahl Wilhelm zu kaiserlicher Herrschaft bestätigt hatte, und die Städte und Fürsten Sachsens, die ihn auf ihre Weise zu ihrem und des Reiches Herrscher zu machen wünschten, den Weg zueinander gefunden. Hier ist Raum gegeben, daß die Regierung selbst ihre Tätigkeit entfaltete; ihr wird es zugekommen sein, zwischen dem fremden hierokratischen Prinzip, dem sie ihr Dasein dankte, und dem heimischen Recht der Untertanen, die sich ihr neu zuwenden wollten, zu vermitteln.³

Wenn wir glauben dürften, daß der Kanzler Heinrich, der Erwählte von Speier, sich dieser Aufgabe unterzogen hat, so erhielte es einen eigenen Sinn, daß die beiden einzigen Gnadenbeweise Wilhelms für ihn, über die uns die Urkunden noch vorliegen, den Reichstag und den ihm folgenden „kaiserlichen“ Zug durch Sachsen gleichsam umrahmen⁴, und daß die Gunst Innocenz' IV. sich nicht genug tun konnte, seine Tätigkeit zu rühmen,

¹ Schreiben des Legaten: *„interfuimus in Brunswic, ubi et quando dux et marchio antedicti electionem de predicto rege factam ratam habuerunt et gratam“*. — Sie haben sich den Übergang zu Wilhelm teuer genug bezahlen lassen, und hierbei hat sie der Legat unterstützt; vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 5067. 5068. 5106. Schon bei dieser ersten, recht eigentlich kurfürstlichen Wahl tritt also mit dem Erkaufen der Stimmen die übelste Seite der oligarchischen Entwicklung auf.

² Vgl. unten S. 246 N. 3 die Bemerkung, die Heinrich von Embrun dem ersten Braunschweiger Weistum zufügte.

³ Daß es sich um den Ausgleich zweier verschiedener „Theorien“ handelt, hat Kempf S. 127 N. 2 bereits richtig gesehen.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 5066 erkennt dankbar seine trefflichen Dienste an; es datiert vom 20. März, also als die Vorbereitung auf den Reichstag beendet und der glückliche Ausgang gewiß schien. Nr. 5083 stammt vom 2. Mai, als Wilhelm von dem erfolgreichen Aufenthalt in Sachsen zum Rhein aufbrach.

die „Verdienst auf Verdienst“ häufte und ihn höchsten Lohnes wert erwies.¹

Die Versammlung, die am 25. März zu Braunschweig bei König Wilhelm und den päpstlichen Gesandten zusammenkam, war, soviel wir wissen, von Reichsfürsten fast nur aus Sachsen besucht.² Außer dem Herzog Otto von Braunschweig waren Herzog Albert von Sachsen³ und die beiden Markgrafen Johann und Otto von Brandenburg anwesend, von Geistlichen, außer dem Reichskanzler Heinrich von Leiningen, nur sein Vetter, Erzbischof Gerhard von Mainz⁴, der erst am Tage zuvor durch Heinrich von Embrun geweiht worden war.

Der Reichstag⁵ hatte die Aufgabe, für die Abmachungen der

¹ Heinrich von Speier hatte am 15. Mai 1247 den ersten Provisionsbrief erhalten für die ‚devotio probata . . . , ut non tantum legitimus sed et specialis sit apostolice sedis filius reputandus‘; am 4. Mai 1249 sollte er zur Postulation auf den Mainzer Stuhl empfohlen werden; am 9. Januar 1253 wird — trotz der Wiedereinführung der kanonischen Wahl durch den Erlaß vom 23. Mai 1252 (Aldinger S. 148) — eine neue Anwartschaft erteilt für Heinrich, ‚cuius probata devotio et fidei puritas in necessitate qua cognoscuntur amici sic claruisse noscuntur, quod speciali apostolice sedis se dignum reddiderit gratia et favore. Cum igitur eius personam honorare sibi gratificari volentes . . . ; quia tamen ipsum sincera caritate complectimur et promotionem eius ex animo affectamus . . .‘; am 13. November wird ausdrücklich der Maierlaß von 1252 für ihn suspendiert, ‚quia tamen idem electus tamquam de virtute in virtutem proficiens merito debet provehī de gratia in gratiam pleniorē‘ (MG. Epist. saec. XIII. II, nr. 361. 707; III, nr. 178. 237; vgl. nr. 368). „Gradezu mit Hochdruck ließ Innocenz die Presse der Provision für Kanzler Heinrich arbeiten“ (Aldinger, Die Neu-besetzung der deutschen Bistümer S. 176).

² Vielleicht war geschickt dafür Sorge getragen; vgl. unten S. 256.

³ Beider Siegel sind noch kenntlich an dem Mandat, das von Braunschweig aus an Lübeck erlassen wurde (Böhmer-Ficker Reg. nr. 5067); es trägt im ganzen die Spuren von neun Siegeln, so daß mindestens acht Fürsten bei König Wilhelm gewesen sind; einige Namen fehlen uns daher sicherlich.

⁴ Gerhard, erst 1251 mit Zustimmung des Legaten eingesetzt, war seit dem Anfang Februar in Sachsen und dürfte an den Unterhandlungen beteiligt gewesen sein. Es ist wesentlich, daß der Erzbischof, dem die Leitung der deutschen Königswahlen zustand, an den für die Zukunft entscheidenden Beschlüssen teil hat. Aber es ist ebenso bezeichnend, daß der Kölner und der Trierer, die Wilhelm 1247 erkoren hatten, fern waren. Vgl. über Konrad von Hochstaden unten S. 260.

⁵ Der Legat spricht von der ‚curia sollemnis‘; man erinnert sich an Friedrichs II. Erklärung von der ‚curia Alemannie‘ (oben S. 147 N. 2).

Parteien die Rechtsform zu finden und Vorkehrung zu treffen, daß ihrem Willen gemäß Wilhelm von nun an mit Vollgewalt das Reich zu regieren berechtigt sei.¹ Ihm lag es ob, die Bedenken, die gegen seine rechtmäßige Erhebung ausgesprochen waren, zu entfernen, zukünftige Anfechtungen zu verhindern. Wilhelm, der als Gegenkönig zur Hochzeit nach Braunschweig gekommen war, sollte Sachsen als Reichsherrscher wieder verlassen. Die Beschwerde Lübecks gegen die päpstlichen Mandate, die seine Anerkennung befahlen, lieferte den Ausgangspunkt der Beratung.

Die Bürger hatten erklärt, daß die Städte des Reichs nimmermehr einem Manne zu gehorchen hätten, der nicht römischer König sei, der nicht die Gewalt des Reichs über sie besitze. Der Reichstag hatte zu befinden, ob diese Behauptung auf Wilhelm zutreffe; er hatte, wenn es bejaht wurde, zu erwägen, ob und wie er zum rechten König zu erheben wäre. Der Rechtsverwirrung, die im Gefolge des Kampfes der Gegenkönige wider die Staufer über Deutschland hereingebrochen war, sollte Einhalt geboten werden. Die Not des Tages drängte dazu, zugleich darüber zu erkennen, wer des Reiches rechter Herrscher sei, und darüber zu urteilen, von welchem Augenblick an und kraft welcher Rechtshandlung ihm die Herrschaft eines römischen Königs gebühre. Die Städte, die sich sträubten, Wilhelm von Holland die Leistungen vom Reichsgut zu gewähren, trieben die Fürsten, ein Grundgesetz des Reiches aufzustellen und zu verkünden, wem alle Glieder des imperium treu und gehorsam zu sein verpflichtet wären. Jene waren dadurch genötigt, im Widerstreit der Ansprüche zu entscheiden, die schon im Kampfe Philipps und Ottos gegeneinander gestanden hatten und um die jetzt seit dem Angriff der Kirche auf den staufischen Staat gerungen wurde. Wilhelms kaiserliche Herrschaft als rex Romanorum leitete die Kurie von der Bestätigung seiner kanonischen Wahl her; der Erzbischof von Köln band sie an die Aachener Feier. In der öffentlichen

¹ Ich übernehme die Ergebnisse, die ich im letzten Abschnitt des folgenden Aufsatzes gewonnen glaube. Dabei hoffe ich, sie dadurch noch weiter zu sichern, daß sie nicht nur sich zwanglos in den Zusammenhang einordnen lassen, sondern an entscheidenden Punkten überhaupt erst ermöglichen, einen solchen unter den einzelnen bezeugten Tatsachen herzustellen.

Meinung, zumal der Laienwelt, lebte der staufische Gedanke, dem vor einem Jahrhundert Friedrich I. die Form gegeben hatte: aus der Wahl der Fürsten kommt dem Herrscher königliche und kaiserliche Gewalt. Friedrich II. hatte in der Designation Konrads und in seinen Flugschriften diese Wahl an das Erbrecht des Herrschergeschlechts, wie es deutsche Sitte war, geknüpft; in Sachsen hatte das Werk Eikes dem Gedanken der freien Kaiserwahl durch Deutschlands Fürsten eine Heimat bereitet.¹

Im sächsischen Lande, durch seine Reichsstädte erfordert, von seinen Fürsten erfragt, wurden die Weistümer gefunden, die für alle Zukunft „eine wichtigste Grundlage der Reichsverfassung“ geschaffen haben.² Wen mag es wundernehmen, daß sie in dem Boden der staufischen Staatsanschauung wurzeln?

Auf versammeltem Reichstag erging am 25. März zu Braunschweig die erste Frage dahin: „Wer ist's, der im Reiche wie ein Kaiser waltet?“ und der Spruch fiel³:

„Der König der Römer, sobald er in Eintracht gewählt; ihm fügt kaiserliche Salbung nur den Namen hinzu.“

¹ In dieser Hinsicht darf dem Sachsenspiegel wohl ein gewisser Einfluß auf die öffentliche Meinung zuerkannt werden.

² Vgl. Zeumer, Ein Reichsweistum über die Wirkungen der Königswahl aus dem J. 1252 (Neues Archiv XXX, 405 ff.). Hier hat Zeumer seinen Fund vorgelegt und die Ereignisse, die mit dem Braunschweiger Tage zusammenhängen, so klar behandelt, daß ich mich nur an ihn anschließen kann; doch zweien wir in der rechtlichen Auffassung. Ihm schien das erste, ihm allein bekannte Weistum der Anfang, mir ist es der Abschluß einer säkularen Entwicklung; in die Zukunft weist vielmehr der zweite Spruch über die Kurfürsten.

³ Ihn überliefert uns, wie Zeumer gezeigt hat, der Kardinal von Ostia (Heinrich von Embrun) in seiner *Lectura* (ed. Argent. 1512) II, fol. 371 c. 26 X *De verborum significatione* V 40; gl. zu *imperatorum vel regum*: „*Rex autem Romanorum ex quo electus est in concordia eandem potestatem habet quam et imperator, nec dat ei inunctio imperialis nisi nomen. Sicut vidi in Alemannia per principes iudicari. Sed quicquid indicaverint, non videtur quod habeat potestatem hanc, quousque per sedem apostolicam fuerit approbatus.*“ — Die Deutung, die im Anschluß an Zeumer bisher dem Weistum gegeben wurde, bezog es auf die Feststellung, daß der rex Romanorum Kaisergewalt habe: wir wissen, daß es hierfür eines Reichsweistums nicht mehr bedurfte, vgl. oben S. 224 ff. Krammer, Wahl und Einsetzung S. 55, hat auf das *in concordia electus* mit Recht Gewicht gelegt, im „Reichsgedanken“ aber ganz hiervon abgesehen.

Nun erging an die Fürsten die zweite Frage: „Wer gilt für das Reich in Eintracht gewählt?“, und der zweite Spruch fiel¹:

„Der gilt dem Reich in Eintracht gewählt, auf den aller Kurfürsten Stimmen vereinigt.“

Jetzt war es nötig, die Weisung, die erteilt worden war, für das Königtum Wilhelms zu nutzen. Es wurde festgestellt und anerkannt, daß zu Worringen am 3. Oktober 1247 in rechter Wahl die drei rheinischen Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier für Wilhelm ein jeder den Kürruf gesprochen²; so fehlten ihm nur die Stimmen der drei weltlichen Erzbeamten, die von den Sachsen als Kurfürsten angesehen wurden.³ Von ihnen war Otto, der Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Bayern, als Parteigänger Konrads IV. exkommuniziert; es blieb nichts übrig, als daß der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg⁴ zu der ersten Wahl hinzutraten und in förmlicher Kur zugunsten des Herrn Wilhelm ihre Stimme abgaben.⁵

Aus dem Brief des Kardinallegaten Hugo von S. Sabina an die Bischöfe von Schwerin und Havelberg hören wir, daß noch auf dem feierlichen Hoftage selbst Sachsen und Branden-

¹ Daß er — von dem nichts überliefert, der nur von mir erschlossen wird — die notwendige Ergänzung des ersten Spruchs ist, denke ich unten gegen Schluß des zweiten Aufsatzes gezeigt zu haben. Die Fassung habe ich aus dem Satz entnommen, den die Gesandten Richards dem Papst Urban IV. als deutsches Recht vorgetragen haben (Entwurf der Bulle *Qui celum* § 7; MG. Const. II, 526 nr. 405): „Intelligitur autem is electus esse concorditer, in quem vota omnium electorum principum . . . diriguntur“.

² Es muß dahingestellt bleiben, ob in Braunschweig überhaupt des Konsenses gedacht wurde, den die andern Reichsfürsten gewährt hatten; möglich ist es durchaus.

³ Daß sie mit dem Sachsenspiegel und Albert von Stade den Böhmen ausschlossen, darf man unbedenklich annehmen; vgl. überdies S. 248.

⁴ Nach Bauch, Johann I. und Otto III. von Brandenburg S. 55 N. 1 hat Johann I. allein die Kurstimme geführt; sein Bruder Otto hatte nur Eventualbelehrung erhalten (vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 1918). Über die Auffassung späterer Zeiten vgl. Zeumer in der Hist. Zeitschr. N. F. LVIII, 218.

⁵ Für diese Fürsten mag in der Tat die ausdrückliche Anerkennung ihres Kurrechts zu der Bereitschaft mitgewirkt haben, bei den Braunschweiger Beschlüssen eine entscheidende Rolle zugunsten Wilhelms zu übernehmen. — War etwa Erzbischof Gerhard von Mainz grade deshalb in Braunschweig, um die Kur zu leiten?

burg die Kur vollzogen haben. Hierdurch war König Wilhelm gemäß dem Reichsurteil in Eintracht gewählt; er genoß alle Gewalt wie ein Kaiser; die Städte wie alle Untertanen des Reichs schuldeten ihm den Gehorsam.¹

In Sachsen konnte es scheinen, als ob mit dem Braunschweiger Tage wirklich die große Wendung im Königtum Wilhelms begonnen habe. Der Umzug durchs Land, der ihn im April 1252 nach Goslar, Halle, Merseburg führte, bezeichnet den Höhepunkt seiner bisherigen Waltung.² Ihm huldigten die Bürger von Goslar; der Erzbischof von Magdeburg, der Markgraf von Meißen, die Fürstgrafen von Anhalt nahmen aus seinen Händen ihr Reichslehen; der König von Böhmen sandte seine Boten mit Geschenken, um, wie es scheint, seinen übergangenen Anspruch auf das Kurrecht zur Geltung zu bringen.³ Wilhelm ward allorten als der erwünschte Herrscher empfangen. Auf den Berichten der Erfurter liegt gleichsam ein Widerschein der Stimmung des Braunschweiger Weistums, wenn der eine Wilhelm von den Kurfürsten zum römischen „princeps“ gewählt werden läßt⁴, wenn der andere erzählt, daß die Fürsten von ihm „gleichsam wie von einem Kaiser“ die Lehen empfangen.⁵

¹ Eine ausdrückliche Verpflichtung der Städte gegenüber dem König ganz im Sinne der Braunschweiger Beschlüsse ist 1257 Oct. 29 festgestellt worden (MG. Const. II, 486 nr. 388; Böhmer-Ficker Reg. nr. 5334). König Richard erklärt: „Nos enim apud Leodium solempniter . . . optinuimus . . . , quod omnes et singule civitates imperii Romano regi fidelitatem facere de iuris debito sunt astricti“.

² Vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 5074 ff. — Aldinger, Die Neubesetzung der deutschen Bistümer S. 148 bemerkt, daß sicher auch die Bischöfe jener Gegenden damals „die Lehen aus der Hand Wilhelms nahmen“.

³ Ann. Erphord. fratrum Praedicatorum ed. Holder-Egger p. 111: „in signum electionis“.

⁴ A. a. O.: „in Romanum sollempniter electus est principem“. Man könnte ja glauben, daß etwa wie 1208 zu Halberstadt (vgl. oben S. 8) oder wie 1211, 1237, 1246 (vgl. S. 91. 136. 189) der Spruch auf den römischen „princeps“ oder den „zukünftigen Kaiser“ gelautet hätte; aber der Brief des Legaten, mit den Weistümern zusammengehalten, scheint doch sicherzustellen, daß damals zu Braunschweig „zum römischen König und allzeit Mehrer“ gekoren wurde. Die Berichte der Quellen, daß Wilhelm jetzt als „Kaiser“ galt, erklären sich vortrefflich aus den Weistümern.

⁵ Chronica s. Petri Mod. ed. Holder-Egger p. 247: „ab ipso sicut a Romanorum imperatore pheoda sua receperunt“.

In der Tat ist hiermit die eine Seite der Vorgänge von den Zeitgenossen klar erfaßt worden. Wie nur je eine Wahl seit den Tagen Heinrichs VI. ist die Braunschweiger Kur eine Kaiserwahl.

In ihr flossen die beiden Entwicklungsreihen der letzten Jahrzehnte, die Kaiser- und Königswahlen im Wechsel gesehen hatten, zusammen. Das erste Weistum nahm die staufische Staatsanschauung auf und erhob sie zum Reichsgesetz; wie Philipp es im J. 1206 ausgesprochen¹, so wurde jetzt verkündet, daß „der römische König durch die rechte und einmütige Wahl der Fürsten die kaiserliche Herrschaft im Reich“ erhalte. Mit der „kaiserlichen“ Wahl des römischen Königs wurde alles Herrscherrecht des imperium ihm gegeben. „Wenn er auf den Stuhl zu Aachen kommt, so hat er königlichen Namen; wenn ihn der Papst weiht, so hat er kaiserlichen Namen“: das Wort Eikes² und das erste Braunschweiger Reichsurteil bekunden dieselbe Überzeugung von der freien Vergabung des Reichs durch die deutsche Wahl. Wie die Fürsten zu Braunschweig die Kur vollzogen, so faßten die Sachsen es auf, daß mit ihr Wilhelm einmütig erwählt sei und von ihr an mit kaiserlichem Rechte herrsche. Königs- und Kaiserwahl waren eins geworden, weil römisches Königtum und Kaisertum nach ihrer Gewalt zu einem verschmolzen

¹ Vgl. oben S. 52.

² Ssp. III, c. 52 in der Quedlinburger Hs.; vgl. oben S. 85. Die durch Heinrich von Embrun überlieferte lateinische Fassung des Braunschweiger Weistums steht mit den Worten „nec dat ei inunctio imperialis nisi nomen“ dem Ssp. so nahe, daß man hier geneigt sein wird, einen unmittelbaren Einfluß des sächsischen Rechtsbuchs auf die Fürsten anzunehmen. Heinrich von Embrun hat den Spruch auch im Sinne Eikes aufgefaßt und ihm deshalb die kuriale Theorie entgegengestellt, daß erst die Approbation die Kaisergewalt verleihe. Aber man wird nicht übersehen dürfen, daß die Fassung des Weistums mit dem päpstlichen Standpunkt insofern noch vereinbar war, als ja auch dieser (wenn die Bestätigung der Wahl durch den Papst erfolgt war) der Salbung neben der religiösen Bedeutung nur die Übertragung des Kaisernamens überließ. So blieb wenigstens scheinbar die Möglichkeit, die Braunschweiger Ereignisse noch mit dem kirchlichen Standpunkt zu vereinigen. Die Zweideutigkeit würde beabsichtigt und das Ergebnis des Kompromisses sein, das die Kurie mit den beiden Kurfürsten geschlossen hatte; vgl. oben S. 241. Daß aber die allgemeine Auffassung in dem ersten Weistum den Protest gegen die päpstliche Lehre sah, beweist unwiderleglich seine Ablehnung durch Heinrich von Embrun.

waren. Der „Reichsgedanke der Stauferzeit“ wurde durch das erste Braunschweiger Weistum zu deutschem Reichsrecht.

Allein indem wir bedenken, wie in ihm die Überzeugung eines Jahrhunderts sich zusammenfaßt, gilt es zugleich zu verstehen, welch besonderer Umstand dazu geführt hat, daß sie in Gesetzesform gegossen wurde. Nicht darauf konnte es ankommen, festzustellen, daß der König der Römer gleich einem Kaiser befehle; denn dieser Satz staufischer Staatslehre hatte sich vorher bereits die Welt erobert, und niemand mehr stritt um ihn, seit Innocenz IV. ihn zur höheren Ehre der Kirche aufgenommen hatte.¹ Auch dem Papste waren römisches Königtum und Kaisertum nur der Würde nach geschieden, nicht durch die Gewalt des Herrschers. Wilhelm selbst, der seit der Krönung rex Romanorum hieß, fühlte sich längst als das Haupt des Reichs, und der Papst hatte ihn seit der Bestätigung nicht anders geachtet. In diesem Einen waren um die Mitte des 13. Jahrh. alle einig; jedes Wort, geschweige denn ein Gesetz, war übrig. Die Parteien gingen nur darin auseinander, von welchem Augenblick an dem König sein Kaiserrecht gebühre, durch wen er zum „Gipfel des Reichs“ erhoben sei. Hier tat es not, daß die Sachsen das deutsche Recht wiesen; sie antworteten auf die kanonische Wahl Wilhelms, unter die Innocenz die Deutschen hatte beugen wollen, mit dem ersten Braunschweiger Reichsspruch, daß allein, sobald er einmütig gewählt sei², der König der Römer kaisergleich waltet.

Wohl hat Heinrich von Embrun in seinem Kommentar zu den Dekretalen das Weistum als irrig abgelehnt³, hat Hugo von S. Sabina die wahre Bedeutung des Reichstags verschleiert⁴; wir erfassen heut, daß mit ihm Innocenz IV. im Kampf um das Reich eine Niederlage erfahren hat, die schwerer wiegt als der Rückzug, zu den ihn im J. 1247 Konrad von Hochstaden gezwungen hatte. Mit seinen Gesandten mußte er es hinnehmen, daß ein guter Teil des deutschen Volks sich auflehnte gegen die Ordnung, die der Papst dem Reiche gegeben. Der Traum, die

¹ Vgl. oben S 202 ff.

² Diese Wendung schließt wenigstens nicht unter allen Umständen die päpstliche Bestätigung aus: eben weil damals zu Braunschweig der erwählte und bestätigte König noch nicht „einmütig“ erkoren war, sollte die Kur ergänzt werden. Vgl. oben S. 249 N. 2.

³ Vgl. oben S. 207 N. 2.

⁴ Vgl. oben S. 242.

Oberherrschaft der Kirche über dem Kaisertum aufzurichten, den die kirchlichen Wahlen Heinrich Rases und Wilhelms in die Wirklichkeit hinüberleiten sollten, er ist auf dem Braunschweiger Reichstag zunichte geworden. Mit dem ersten seiner Weistümer siegte noch einmal die große Vergangenheit des deutschen, aus der Wahl des Volkes geborenen Königtums, das sich zur Ehre Deutschlands zum römischen geweitet und in kaiserlicher Macht entfaltet hatte.

Innocenz IV. hatte gehofft, daß er den König der Römer um seines kaiserlichen Rechtes willen nach dem Wunsche der Kirche gleichwie den Kaiser erheben, die Deutschen auf eine Mitwirkung in kanonischer Wahl beschränken könne; er ist am deutschen Laiensinn des sächsischen Stammes gescheitert. Und mehr vielleicht als den Fürsten, die beim Übergang zu Wilhelm doch zugleich für sich selbst zu sorgen wußten¹, ist es den Städten zum Ruhme zu rechnen, daß sie das Reich und seine Freiheit verteidigt. Die Städte — von denen uns die Überlieferung nur Lübeck und Goslar nennt — haben ihr Teil an dem fürstlichen Spruch, der einen Innocenz IV. überwand.

Die Abwehr gegen den Vorstoß des Papstes schob zugleich das Krönungsrecht des Kölner Erzbischofs der Wahl zuliebe beiseite.² In diesem allen zog das erste Weistum mit kurzem Wort die Summe des vergangenen Jahrhunderts, um mit Friedrich I. die Erhebung des Königs und Kaisers der Römer zu einer freien Handlung des weltlichen Staats, die Weihe als eine religiöse Feier allein zu gestalten.

Der zweite Reichsspruch weist der zukünftigen Entwicklung die Bahn, wenn er die Wahl des römischen Königs als einmütig gelten läßt, sobald die Stimmen aller Kurfürsten einträchtig auf ihn fielen. Er war von der Absicht eingegeben, festzustellen, daß Wilhelm, als er nach Braunschweig kam, noch nicht über das Reich gebieten durfte, weil ihn noch nicht die weltlichen Kurfürsten gewählt hatten. Daß er zu Worringen von den drei Erzbischöfen erkoren, daß die Zustimmung von Reichsfürsten und gar die päpstliche Bestätigung erteilt war, daß er zu Aachen gekrönt und auf den Stuhl Karls gesetzt worden, — nichts von

¹ Dies gilt von den Kurfürsten im besonderen.

² Vgl. unten S. 260.

allem konnte seiner Herrschaft Rechtskraft leihen. Er war nicht eher König der Römer, bis nicht seine Wahl einhellig von allen Kurfürsten vollzogen war; erst in dem Augenblick, wo Sachsen und Brandenburg zu Braunschweig ihn wählten, würde das Reich auf ihn übergehen.

Der Wille der Fürsten war nicht darauf gerichtet, die Form der feierlichen Wahl durchgreifend umzubilden. Sie setzte sich nach altem Herkommen aus der Einzelabstimmung in der Kur und der Gesamtzustimmung (*consensus*) zusammen; beide Handlungen vereint schufen die rechte Wahl. Nicht den Konsens der Reichsfürsten auszuschließen war der Wunsch, den das zweite Braunschweiger Urteil verfolgte. Die Ereignisse, die es veranlaßten, beweisen vielmehr ein anderes: das Weistum ging darauf aus, in die vollgültige Wahl die Stimmen aller Kurfürsten als unerläßlich hineinzuziehen. Wem sie fehlten, der durfte nimmermehr als König über das Reich gebieten.

Die fürstlichen Urteilfinder handelten folgerichtig aus der politischen Lage der Zeit heraus.¹ Vielleicht ist es niemandem von ihnen bewußt geworden, daß sie mit ihrem zweiten Spruch eine notwendigste Forderung des Staatsrechts erfüllten; nur durch ihn haben sie überhaupt die Möglichkeit geschaffen, daß ihr erstes Weistum wirksam werden konnte. Sie drängten mit ihm sowohl das alte Recht des Kölner Erzbischofs zurück, durch die Aachener Feier, wie den neuen Anspruch des Papstes, durch seine Bestätigung in das Reich einzuweisen; sie nahmen den germanischen, von den Staufern erneuerten² Gedanken auf. Damit war einst allen Gliedern des Volks freigestellt worden, ob sie einem neuen König zustimmen oder sich ihm versagen wollten; wenn dies zwar für eine Zeit eignete, die in dem Staate nichts als die Gesamtheit der Untertanen begriff, so war es höchst zweckwidrig, als die Erkenntnis sich durchgesetzt hatte, daß darüber hinaus das Reich eine Verbandseinheit mit eigenen Rechten und eigenem Besitze darstelle.³ Sollte etwa die Herrschaft ruhen, bis der letzte der

¹ Von hier aus gewinnt die von mir versuchte Wiederherstellung des zweiten Weistums ihre, ich möchte sagen psychologische, Rechtfertigung.

² Unter welchen Einflüssen dies geschah, ist nicht hier zu untersuchen. Vgl. z. B. Stengels gehaltvollen Aufsatz in der Festschrift für Zeumer: „Der Kaiser macht das Heer“.

³ Vgl. oben S. 239.

Wähler sich bereit fand, sein Einverständnis zu ihrer Ausübung zu geben? Wenn „einmütige“ Wahl von Rechts wegen die Herrschergewalt begründen sollte, dann war es notwendig, sie so bestimmt zu umgrenzen, daß sie der Aufgabe gewachsen war, den Antritt der Regierung einwandfrei anzuzeigen. Das Reichsgesetz, das von der Einstimmigkeit der Wahl das Kaiserrecht des Herrschers und die Gehorsamspflicht der Untertanen abhängig machte, war nur unter der Bedingung durchführbar, daß über jeden Zweifel und vor aller Welt feststand, in welchem Augenblick die Königswahl als eine einmütige gelten mußte.¹

Eben diese Bedingung erfüllte, seinen Schöpfern vielleicht unerwartet, der zweite Braunschweiger Rechtsspruch so vortrefflich, daß er nach kurzer Frist nur in diesem Sinne verstanden wurde. Sobald er einmal, von den besonderen Verhältnissen seiner Entstehung losgelöst, als Reichsweistum betrachtet wurde, schien er nämlich nichts anderes auszusagen, als daß die einmütige und deshalb rechtsverbindliche Wahl bereits durch die Stimmen der Kurfürsten erzielt werde, so daß es für sie der Zustimmung der übrigen Reichsfürsten nicht mehr bedürfe. Der Spruch, der ursprünglich dazu dienen sollte, das Wahlrecht aller Kurfürsten zu sichern, wurde schon in kurzem und seinem Wortlaut nach mit gutem Rechte dahin gedeutet, daß ihre Kur allein und für sich ausreiche, dem Staate den wahren König der Römer zu setzen. Bei dieser Auffassung erschien das Konsensrecht der Reichsfürsten als überflüssig; es hörte auf, einen wesentlichen Bestandteil der Königswahl auszumachen, und konnte über kurz oder lang ganz dahinfallen.

Nicht der Absicht, aber dem Erfolg nach hat daher das zweite Braunschweiger Reichsweistum das ausschließliche Wahlrecht der Kurfürsten festgelegt. Es ist sehr schnell hierzu und zu dem Verschwinden der Reichsfürsten aus dem Wählerkreis um deswillen gekommen, weil mit dieser Deutung der zweite Rechtsspruch genau das leistete, was das erste Urteil zu seiner Verwirklichung forderte: die Kur durch die sieben Erzbeamten war

¹ Das kanonische Recht hatte, um eine rechtsgültige, unanfechtbare Wahl herbeizuführen, das Prinzip der einheitlichen Handlung (*unitas actus*) aufgestellt; die Deutschen beschränkten nicht Ort und Zeit, innerhalb derer die Wahl zu vollziehen war, sondern den Kreis der Personen, die zu ihr berechtigt waren.

in der Tat sehr wohl imstande¹, vor den Augen Deutschlands die Einmütigkeit der Wähler und damit die Rechtskraft ihrer Wahl darzutun. Durch sein Weistum hat der Braunschweiger Reichstag den entscheidenden Schritt getan, der überhaupt erst für das Kurfürstentum und die Bildung des Kurfürstenkollegs innerhalb der deutschen Verfassung und aus ihr heraus den Raum geschaffen hat. Von ihm entspringt die Bewegung, die nach einem Jahrhundert über den Kurverein und das Weistum von Rense hinweg mit der Goldenen Bulle Karls IV. geendet wird.

Vergangenheit und Zukunft berühren sich in den beiden Rechtssprüchen des Braunschweiger Reichstags, so daß wir, um sie nach ihrer Bedeutung zu würdigen, über die Zeit ihrer Entstehung hinausblicken mußten. Jetzt lenken wir noch einmal unsere Aufmerksamkeit auf die Umstände zurück, aus denen sie hervorgegangen sind, um ihre Stellung innerhalb des Königtums Wilhelms von Holland zu ermessen. Wir erinnern uns daran, daß sie seine Wahl durch die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg vorbereiten und hiermit nach deutschem Recht unanfechtbar ihm die kaiserliche Gewalt verschaffen sollten. Wir rufen uns ins Gedächtnis, daß in dem Weistümem der Widerstand Norddeutschlands gegen die Herrschaft Innocenz' IV. über das Reich seinen Ausdruck gefunden hat. Auf dem Braunschweiger Tage wurde die Politik, die der Papst in seinem Dekretalenkommentar theoretisch begründet und seit seiner Flucht nach Lyon praktisch verfolgt hatte, von den Sachsen zurückgewiesen.

Der Vergleich mit der Niederlage, die Innocenz III. im Kampf um das Kaisertum von den Deutschen erlitten hatte, drängt sich unwillkürlich auf. Nach der Absetzung und Exkommunikation Ottos IV. hatte der Papst durch die deutschen Fürsten den jungen König von Sizilien zum Kaiser wählen lassen und ihn als solchen bestätigt. Als der von der Kirche angenommene Herrscher kam Friedrich II. zu den Deutschen ganz ähnlich wie später Heinrich Raspe und Wilhelm, nachdem dieselbe Kirche den großen Staufer von sich gestoßen hatte. Allein als Schützling des Papstes, als *rex clericorum*, wollten die Deutschen ihn nicht aufnehmen; und die angesehensten Fürsten kamen zusammen, um

¹ Auch ohne daß die *unitas actus* eingeführt wäre.

den Sohn Heinrichs VI., den sie anzuerkennen bereit waren, zu Frankfurt in allgemeiner Reichsversammlung zum römischen König frei zu wählen. Innocenz III. war bei dem Versuch, durch die Approbation zum Kaiser das deutsche Königtum von sich abhängig zu machen, ebenso unterlegen wie damals, als er wenige Jahre vorher für den längst gewählten, gekrönten und von ihm bestätigten Otto IV. nach dem Tode Philipps die schlichte Anerkennung forderte, zur Antwort aber Ottos feierliche Neuwahl zum römischen König erhielt. Indessen so verwandt ihrem Wesen, so verschieden der Wirkung nach ist die Braunschweiger Wahl Wilhelms jenen Vorgängen; und hierin offenbart sich der Wandel der Geister. Zur Befreiung des Reichs von päpstlicher Vormundschaft trat gegen einen Innocenz III. ganz Deutschland zusammen¹; in der Verteidigung gegen die Hierokratie Innocenz' IV. stehen die Sachsen mit ihren nächsten Nachbarn allein. Die Frankfurter Wahlen Ottos IV. und Friedrichs II. sind der Rechtsgrund ihres römischen Königtums und ihrer Reichsgewalt geworden; die Braunschweiger Weistümer und Wilhelms Nachwahl haben durch einige Wochen hin ihren Glanz über seine kaiserliche Regierung geworfen; als er aber im Anfang Mai den Osten verließ, da ist's, als ob alles, was dort geschehen, hinter ihm versunken sei, aus dem Gedächtnis des Königs und des Reichs gelöscht. Kaum ist Wilhelm ins Rheinland zurückgekehrt, da ist er wieder wie vor der Brautfahrt nach Sachsen der getreue König von des Papstes und des Kölners Gnaden. Ja, wenn nicht alles trügt, sollten bis auf die Erinnerung die Weistümer von Braunschweig vertilgt werden und keine Spur davon bleiben, daß auf einem Hoftage König Wilhelms der ketzerische Satz von der Übertragung kaiserlicher Gewalt durch Fürstenwahl als ein Gesetz des Reiches verkündet worden war.

Über dem Schauspiel in Sachsen war der Vorhang gefallen. Was die Welt davon erfahren und wie sie es aufnehmen sollte, das hatte in einem Meisterstück kurialer Diplomatie der Kardinallegat Hugo von S. Sabina in seinem Brief an die Bischöfe von Schwerin und Havelberg vorgezeichnet. Aus der Niederlage Innocenz' IV. vor dem deutschen Recht war ein Sieg des kano-

¹ Dies ist 1208 offenkundig; im J. 1212 blieben natürlich die Anhänger Ottos fern; aber sie waren ja erst recht Gegner des Papstes. Über die Sonderstellung des Erzbischofs Siegfried II. von Mainz vgl. oben S. 106 N. 4.

nisch erwähnten und vom Papste bestätigten Königs über die unbotmäßigen Bürger sächsischer Städte und vor allem Lübecks geworden¹! Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß, was von dem Kardinal sorgsam und mit einem durch die Jahrhunderte währenden Erfolg als Geheimnis gehütet worden ist², — durch den gelehrten Eifer seines treuesten Helfers Heinrich von Embrun der Nachwelt schließlich verraten wurde. Freilich hat auch er den Schatz des ersten Braunschweiger Weistums an so verschwiegener Stelle vergraben, daß kaum vor wenigen Jahren Zeumers Forschertrieb zu ihm vorzudringen und ihn zu heben vermochte.

Es gehört zu dem außerordentlichen Geschick, mit dem die Sache Wilhelms und des Papstes, die Angelegenheit von Reich und Kirche, damals geleitet worden ist³, daß dem gewissermaßen hinter verschlossenen Türen gefeierten Braunschweiger Tage im hellen Lichte der Öffentlichkeit ein Reichstag zu Frankfurt folgte, auf dem das Königtum Wilhelms so wie es vor den Augen Deutschlands stehen sollte, verkündet wurde.

Außer dem jungen Herzog Albrecht von Braunschweig⁴, dem Schwager des Königs, waren hier am Anfang Juli vor den Toren der staufischen Reichsstadt nur westdeutsche Fürsten und eine Reihe Grafen und Edler, auch aus Schwaben und Franken, zusammengekommen. An ihrer Spitze standen die Erzbischöfe von Mainz und Köln. Von dem erhöhten Vertrauen auf die Zukunft seines Königtums, das die sächsischen Frühlingstage in Wilhelm und seinen Anhängern mit Grund geweckt, ist das Programm des Frankfurter Tages eingegeben worden.⁵ Der König tritt vor seine Großen im Bewußtsein der kaiserlichen Herrschaft und fordert sie auf, ihm wider alle, die sich ihm entgegensetzen, nach Reiches

¹ Man ist versucht, das Wort Albert Behams (vgl. oben S. 27 N. 4): „necesse est, ut in omni negotio semper ecclesia Dei vincat“ umzuwandeln: „necesse est, ut in omni negotio semper ecclesia Dei vicisse videatur“.

² In der Tat ist außer den Erfurter Quellen keine Meldung von den sächsischen Ereignissen auf uns gekommen. Und die Weistümer sind bis auf die Notiz des cardinalis Ostiensis vollständig verschollen!

³ Das Verdienst daran wird man geneigt sein, mit den Beauftragten des Papstes auch dem Kanzler Heinrich zuzuschreiben, der in der Tat dann auf die Gnade Innocenz' IV. gerechten Anspruch gehabt hätte; vgl. oben S. 244.

⁴ Sein Vater, Herzog Otto, war am 9. Juni gestorben.

⁵ Vgl. Kempf S. 180; Zeumer S. 410.

Recht zu helfen. Gegen Konrad IV. wurde der Spruch Heinrich Raspes von neuem verkündet, der ihn des Herzogtums Schwaben und seiner Eigengüter im Königreich Deutschland entkleidete¹; die Absicht, zugleich gegen den Pfalzgrafen und Herzog Otto von Bayern, Konrads Schwiegervater, die Acht zu erklären, wurde auf Wunsch einiger Fürsten noch aufgegeben.² Das wesentliche Ergebnis des Tages hing aufs engste mit der für das Reich und die Grafen von Holland jetzt gleich wichtig gewordenen flandrischen Angelegenheit zusammen: der Gräfin Margarete von Flandern wurden alle ihre Reichslehen abgesprochen; Wilhelm übertrug sie seinem Schwager Johann von Avesnes.

Die politischen Tatsachen kommen hier nicht in Betracht; um so bedeutender sind für uns die Rechtsgrundsätze, die zu Frankfurt ausgesprochen sind und auf denen das Urteil gegen Konrad IV.³ und gegen Margarete aufgebaut wurde. Mit ihnen wurde das erste Weistum der sächsischen Fürsten von der Kirche Deutschlands beantwortet, deren Häupter mit Wunsch und Willen des Papstes „einst“ zu Worringen Wilhelm erkoren hatten. Der Braunschweiger Spruch wurde durch das Frankfurter Urteil aus dem Wege geräumt.

Die Reichsfürsten erkannten, daß alle Lehnsträger des Reichs verpflichtet seien, innerhalb Jahr und Tag nach dem Vollzug der königlichen Erhebung ihre Lehen zu muten; wer diese Frist ohne echte Not habe verstreichen lassen, gehe des Lehens verlustig; beim Könige stehe es, frei darüber zu verfügen. In drei Sprüchen wurde die Rechtslage festgestellt; die Bischöfe Hermann von Würzburg und Heinrich von Straßburg, sowie Erzbischof Konrad von Köln haben sie gefunden. Jene beiden waren erprobte Parteigänger Innocenz' IV.; Konrad von Hochstaden war mit ihm der Schützer von Wilhelms Königtum, hatte jedoch von vornherein eine selbständige Stellung neben dem Papst einzunehmen gewußt.

Bischof Hermann urteilte⁴, daß dem Könige, der von den

¹ Vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 8569: die Bestätigung durch Innocenz IV., die erst am 8. Februar 1253 erfolgte.

² Ann. Erphord. frat. Praedic. p. 112.

³ Der ganzen Lage und den Worten des Papstes nach (vgl. oben N. 1) ruht das Urteil gegen ihn auf derselben Grundlage wie das gegen Margarete.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 5107; MG. Const. II, 466 nr. 359 vom 11. Juli 1252: „per sententiam diffinivit, quod postquam nos electi fuimus a princi-

Fürsten gewählt, durch den Papst bestätigt und der Sitte gemäß zu Aachen geweiht und gekrönt sei, von Rechts wegen alle Städte und Burgen und alles Gut des Reichs offenstehe und zukomme¹, und daß ihm alle Fürsten, Edlen und Ministerialen ihre Fürstentümer und Lehen binnen Jahr und Tag zu muten haben.

Der Bischof von Straßburg fand, daß alle, die innerhalb der Frist die Mutung widerspenstig versäumten, ihre Lehen verlieren und daß der König darüber entscheide, sie beim Reiche zu behalten oder sie andern zu vergeben.

Der Erzbischof von Köln endlich sprach, daß alle, die, nach Wahl und Krönung des Königs von ihm gemahnt², dennoch innerhalb von sechs Wochen und drei Tagen ihm ihre Lehen nicht aufgetragen hätten, ihrer verlustig werden, so daß der König nach seinem Belieben über sie verfüge.

Auf Grund dieses Erkenntnisses wurden der Gräfin Margarete von Flandern die Reichslehen entzogen und an Johann von Avesnes verliehen.

Die Briefe, die über die Entscheidung aus der Reichskanzlei versandt wurden, beleuchten die Rechtsfrage so gut, daß wir sie dem Weistum an die Seite rücken dürfen. Dem Bischof Nikolaus von Cambrai wurde mitgeteilt, daß Margarete die Länder verloren habe, weil die Reichsfürsten ihre Lehen zu muten hätten innerhalb Jahr und Tag, nachdem Wilhelm zum römischen Könige gewählt, in Aachen gekrönt und durch den Papst bestätigt worden sei³; die Gräfin aber habe dies durch vier Jahre und länger

pibus in Romanorum regem, per . . . summum pontificem confirmati et consecrati ac coronati, prout moris est, sollemnitate qua decuit apud Aquis, patebant et competebant nobis de iure civitates . . . et quod omnes principes . . . principatus et feoda sua infra annum et diem a nobis requirere et relevare tenebantur¹.

¹ Diese Erklärung, die mit dem Einzelfall Margaretes nichts zu tun hat, ist für uns um so beachtenswerter, weil durch sie der Gegensatz zu dem Braunschweiger Weistum scharf hervortritt. Dort war grade die Verfügung über die Städte an die einmütige Wahl geknüpft worden.

² „diffinivit, quod omnes principes . . . moniti et requisiti a nobis post nostram electionem et coronationem . . ., ut principatus et feoda sua a nobis reciperent . . .“.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 5109: „postquam electi fuimus in Romanorum regem et coronati Aquis ut decuit et per summum pontificem confirmati, principatus . . . tenebantur requirere . . . infra annum et diem“.

versäumt.¹ Die Lehnsleute des Landes Aalst wurden aufgefordert², Johann zu folgen, weil die Gräfin ihre Lehen von König Wilhelm zu empfangen verweigert habe, trotzdem sie dazu verpflichtet gewesen sei, „nachdem Wilhelms Wahl und Krönung zu Aachen, wie es Sitte sei, unter der Approbation, die der römischen Kirche zustehe, erfolgt waren“.

Von Innocenz IV. ließ Wilhelm die Bestätigung des Urteils erbitten³; nach der allein erhaltenen Antwort des Papstes⁴ war ihm als Inhalt des Reichsweistums berichtet worden, daß alle diejenigen ihrer Reichslehen verlustig gingen, die nicht die Investitur erneuert hätten⁴ „innerhalb eines Jahres seit dem Tage, an dem der König zu Aachen mit Gottes Gnade zum römischen Könige gekrönt worden sei“.

Grade in dem Briefe Wilhelms, auf den sich hier Innocenz IV. beruft, tritt am schärfsten hervor, daß zu Frankfurt das Recht das die Aachener Krönung gibt, vor allem andern festgelegt wurde: mit ihr beginnt die Frist, innerhalb deren die Mutung der Reichslehen zu erfolgen hat; und, wie der Bischof von Würzburg gesprochen hatte, erst dem gekrönten König standen Städte und Burgen des Reiches offen. Der Kontrast zu dem ersten Braunschweiger Weistum ist unverkennbar: hier war dem Könige die Übung der Reichsgewalt seit der Wahl zugesprochen, zu Frankfurt wurde den Untertanen die Pflicht des Gehorsams seit der Krönung auferlegt.⁵ Das Reichsweistum der west-

¹ Wenn diese Zahl genau zu nehmen wäre, würde hier nicht von der Krönung (November 1248), sondern seit der Bestätigung (Ende 1247) gerechnet sein.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 5111: „post electionem et coronationem nostram apud Aquis, prout moris est, sacrosancta Romana ecclesia aprobante, prout ad ipsum pertinet“.

³ Reg. nr. 8545. Die Arenga zeichnet unübertrefflich die Lage von Staat und Kirche: „Dignum est sententias, que sollempniter regio promulgantur oraculo, ut illibate permaneant, apostolice firmitatis patrocinio non carere“.

⁴ „qui super hiis investituram infra annum a die quo apud Aquisgranum in Romanorum regem fuisti divina gratia coronatus, a tua celsitudine recipere non curarunt“.

⁵ Mir scheint (auch für früheres und späteres) sehr wichtig, zu beachten, daß beide Sätze sich nicht notwendig ausschließen. Es ist für jene Zeiten wohl denkbar, daß ein Ausweg gesucht wurde, der König solle das Recht haben, von der Wahl oder von ihrer Approbation an

deutschen Geistlichen erkannte der Aachener Feier eine entscheidende Rechtskraft zu: dem Anspruch des Erzbischofs von Köln, dem Ehrenrecht seiner Kirche, kam man weit entgegen.¹

Aus Sachsen war Erzbischof Konrad ferngeblieben; vom ersten Augenblick, wo anfangs 1251 die Aufgabe, die Verständigung mit den östlichen Fürsten zu suchen, beim Papst und beim König auftauchte, hielt er sich von allem zurück: mit keinem Schritt, mit keinem Worte wollte er seinem guten Recht etwas vergeben. Aber er war Staatsmann genug, um dem Unternehmen, das für Wilhelms Königtum die größten Folgen haben konnte, seinen Weg zu lassen.² Er stellte sich nicht entgegen, als die Legaten und der Hof die braunschweigische Ehe und die Nachwahl des Königs rüsteten. Der Dank war schnell für ihn bereit: was ihm der Spruch der Sachsen im stillen geschmäleret hatte, das gestand ihm vor aller Welt der Frankfurter Reichstag zu.³

des Reiches zu walten, die unbedingte Gehorsamspflicht der Untertanen dagegen, deren Weigerung die Rechtsfolgen nach sich zog, solle erst mit der Einweisung ins Reich beginnen. — Wie die hier gezeigte Unbestimmtheit auch später noch unausgetragen war, dafür bietet die Vorgeschichte des Renser Tages ein gutes Beispiel. Im Frühjahr 1338 schrieben die deutschen Reichsstände an den Papst (vgl. im N. Archiv XXVI, 729), daß es seit undenklichen Zeiten deutschen Rechts und des Reiches Gewohnheit sei, „quod . . . electi in reges Romanorum a Germanie principibus, ad quos electio . . . pertinere dinoscitur, presertim post coronacionem regalem eorundem electorum in reges in sede magnifici Karoli Aquisgrani habitam nomen regium assumpserunt, administracionem et omnem iurisdiccione[m] eiusdem regni et imperii libere iuxta dictam consuetudinem exercendo“. Vgl. das Schreiben von Hagenau ebenda S. 732.

¹ Die Forderung des Kölners ging dahin, daß überhaupt erst die Krönung das Recht gebe, die Herrschaft zu üben; vgl. oben S. 220. Das Frankfurter Weistum schließt eine solche Auffassung nicht aus, aber macht sie ebensowenig notwendig. Und ich für mein Teil möchte nicht daran zweifeln, daß Männer wie die Bischöfe von Würzburg und Straßburg oder wie der Elekt von Speier dem Papste das Recht zuerkannten, durch die Bestätigung das Reich zu übertragen.

² Damit wird Konrads Zurückhaltung vom Anfang 1251 bis Mitte 1252 erklärt (vgl. S. 234 N. 4). Cardauns, Konrad von Hochstaden S. 34 hat sie schon bemerkt; aber er fand ganz richtig in den allgemeinen Angelegenheiten keinen Anlaß. „Die Sache ist um so auffallender, als Konrad mit dem päpstlichen Legaten Hugo“ eben in jener Zeit in gutem Einvernehmen stand.

³ Auch hierin zeigt sich wieder eine geschickte Hand; am nächsten möchte es liegen, dem Reichskanzler Heinrich auch diesen Ausgleich zuzuschreiben.

Die Nachwahl des Sachsen und des Braunschweigers hingegen scheint man zu Recht angenommen zu haben, wie auch ein Heinrich von Embrun sie dem deutschen Brauche gemäß erkannt hat.¹ Der Kardinallegat hatte von Braunschweig aus kundgetan, daß für die Kurie „einst“, in kanonischer Wahl vom Jahre 1247, Wilhelm gewählt worden war.² Wenn zu Frankfurt dem König die Gewalt des „erwählten, bestätigten und gekrönten“ Herrschers zugesprochen ward, so haben die Fürsten stillschweigend die Braunschweiger Nachwahl in die Förmlichkeiten mit eingeschlossen³, die Wilhelm nach ihrer Meinung zum rechten König machten.

Zu ihnen zählten sie die drei Akte der Wahl, der Approbation, der Weihe: die Erklärung Hermanns von Würzburg deckt sich hierin ganz mit den Worten des Kardinallegaten.⁴ In dem Übereinkommen, über das sich nach unserer Vermutung der Papst und Konrad von Hochstaden vor der Wahl von 1247 geeinigt hatten, war diesen drei Handlungen gemeinsam die Wirkung zugesprochen worden, das römische Königtum zu vergeben: der Papst und die Partei König Wilhelms erklärten dem sächsischen Zwischenspiel gegenüber, daß sie an der Rechtsauffassung festhielten, auf der sie sich zur Wahl eines Gegenkönigs ehemals zusammengefunden hatten. Es sind fast ausschließlich Persönlichkeiten, die zu Wilhelms Wahl tätig gewesen waren, die wir auf dem Frankfurter Hoftag antreffen.⁵

¹ Dafür spricht die Fassung seiner Erzählung.

² „olim fuisset a principibus quorum intererat legitime in regem electus“; vgl. oben S. 242 N. 4.

³ Es gibt, soviel ich sehe, keinen Grund, an dieser, dem deutschen Brauch angemessenen Auffassung zu zweifeln. Damit erkannte man keineswegs schon an, daß die Erhebung ohne die Nachwahl nicht rechtsverbindlich gewesen wäre.

⁴ Höchstens ist — von dem „olim“ natürlich jetzt abgesehen — eine leichte Schattierung darin zu sehen, daß der Legat die „legitime“ Wahl durch die berufenen Fürsten und die Zuständigkeit des Papstes zur Konfirmation betont; der Würzburger dagegen legt einen ganz leichten Nachdruck nur auf die Krönung.

⁵ Zu Worringen waren von den Teilnehmern des Frankfurter Tages schon anwesend gewesen (vgl. oben S. 216) der Erzbischof von Köln, der Bischof von Lüttich und der Herzog von Brabant. Doch hatten für ihre Bemühungen um die Wahl Dankschreiben erhalten noch die Bischöfe von Würzburg und Straßburg sowie der Elekt von Speier. Zu ihnen traten in Frankfurt hinzu nur der junge Erzbischof Gerhard von Mainz, den wir da-

Um so bemerkenswerter ist es, daß die leise Unstimmigkeit, die wir im J. 1247 unausgeglichen zwischen dem Papst und Konrad von Hochstaden zu beobachten glaubten, keineswegs überwunden, sondern verstärkt zu sein scheint. Beide täuschten sich nicht darüber, daß die letzte Forderung eines jeden, die Reichsgewalt des rex Romanorum zu verleihen, mit dem Anspruch des andern unvereinbar sei. Im Grunde hielt sie nur der Kampf gegen gemeinsame Gegner zusammen. Darum ist's doch vielleicht mehr als die Folge zufälliger Umstände, daß zu Frankfurt keiner der päpstlichen Gesandten sich einstellte.¹ Wie der Kölner in Sachsen es getan, so wollte man zwar auch ihm jetzt freie Hand lassen²; der König und die Fürsten mochten ihm zu Frankfurt sein Recht gewähren. Allein hierzu mitzuwirken hütete sich die Kurie: den Anspruch des Erzbischofs förmlich anzuerkennen, entsprach nimmermehr dem Sinn eines Innocenz IV. Nach dem Tode Heinrich Raspes war Konrad von Hochstaden ihm in den Weg getreten; der Papst wußte, und er hat es in seiner eigenen Glosse niedergelegt, daß sein Ideal hierokratischer Vollgewalt über das Reich die „Ehre“ der Kölner Kirche vernichten würde. Aber auch Erzbischof Konrad verbarg sich schwerlich, daß nicht jede Zukunft ihn an des Papstes Seite finden müßte.

Wer die Fäden der Politik, so leicht gewoben, zwischen den Parteien spielen sieht, dem geben die Nachrichten, die wir aus Frankfurt besitzen, mancherlei zu denken. Die Kühle freilich, mit der sie alle die Wahl eben nur als den ersten Schritt zum Königtum erwähnen, verstehen wir ebenso aus dem gewollten Gegensatz zum Braunschweiger Weistum wie aus der persönlichen Haltung der Teilnehmer an der „kanonischen“ Erhebung Wilhelms.

mals in engster Verbindung mit dem König und seinem Kanzler wissen (vgl. auch ihren Vertrag vom 4. August, Böhmer-Ficker Reg. nr. 5120), und der Schwager Wilhelms, Albert von Braunschweig. Man sieht, daß für den Frankfurter Tag keine unliebsamen Überraschungen zu befürchten waren.

¹ Hugo von S. Sabina hielt sich im Juli 1252 zu Metz auf (Böhmer-Ficker Reg. nr. 10348 ff.); Heinrich von Embrun ist am 27. Juli zu Aix Zeuge in einem Vertrage zwischen Marseille und Karl von Anjou (Böhmer-Ficker Reg. nr. 13876); er scheint aus Sachsen sogleich wieder in die Provence zurückgekehrt zu sein, so daß die Mitwirkung an der Ordnung der sächsischen Angelegenheiten der Grund gewesen sein wird, ihn Hugo an die Seite zu geben.

² Vgl. oben S. 260.

Und andererseits entspricht es der Absicht der Regierung, daß überall auf das Recht, das von der Krönung kommt, ein volles Licht fällt. Aber wenn in diesem beiden alle Erklärungen übereinstimmen, so gehen sie merkwürdig in ihrer Wertung der päpstlichen Bestätigung auseinander.

Hermann von Würzburg freilich übernimmt die Formel, die wohl 1247 gefunden war und die auch Hugo von S. Sabina gebrauchte¹; sie hatte die Folge von Wahl, Konfirmation, Krönung zum Erwerb der Herrschaft festgestellt. Aber indem die königliche Kanzlei sie nutzte, zeigt sie schon eine gewisse Abwandlung; sie rückt die Bestätigung an die letzte Stelle², dazu aber läßt sie wenigstens das eine Mal Wahl und Krönung als die Haupthandlungen erscheinen, zu denen die an sich notwendige Approbation nur begleitend hinzutritt.³ Wenn hierbei bewußte Absicht eines Vorzugs höchstens zu vermuten wäre⁴, so wirkt ein anderes überraschend und deutlich zugleich: Erzbischof Konrad gründet in seinem Spruch das Recht des Königs — auf Wahl und Krönung allein. Er geht über die Bestätigung des Papstes hinweg, wie er ohne Rücksicht auf sie im J. 1248 daran festgehalten hatte, daß Wilhelm, den Innocenz IV. schon König der Römer nannte, selbst erst mit der Krönung diesen Titel annehme.⁵ Konrad von Hochstaden war fest entschlossen, das alte Recht seiner Kirche auch gegen den Papst zu verteidigen.⁶

In diesem Einen gingen das erste Braunschweiger Weistum und der Frankfurter Spruch Konrads von Hochstaden, so sehr sie sonst gegeneinander standen, dennoch zusammen: beide verteidigten die deutsche Erhebung des römischen Königs gegen die

¹ Vgl. S. 219f. 257 N. 4.

² Vgl. S. 258 N. 3 in dem Brief an den Bischof von Cambrai.

³ Vgl. S. 259 N. 2. Hier ist der Versuch, dem Kölner gerecht zu werden, ohne doch die Kurie zu verletzen, besonders sichtbar.

⁴ Leider ist ja der Brief an den Papst nicht erhalten, vgl. oben S. 259. Was aus der Antwort Innocenz' IV. hervorgeht, ist nur, daß ihm die Bedeutung des Krönungsaktes für das Lehnrecht mitgeteilt worden ist. Das wäre an sich eine glückliche Wendung, um den vorhandenen Gegensatz zu verschleiern.

⁵ Vgl. oben S. 223.

⁶ Die Frankfurter Sentenz Konrads liegt genau auf dem Wege zu der Haltung, die er im J. 1257 eingenommen hat. Darin finde ich das Recht zu den obigen Folgerungen, die sonst ein wenig ausgeklügelt scheinen möchten.

entscheidende Mitwirkung des Papstes. Die Bemerkung, mit der Heinrich von Embrun das Reichsurteil der sächsischen Fürsten zurückgewiesen hat, würde er mit der gleichen Selbstverständlichkeit auch gegen den Erzbischof von Köln gerichtet haben¹: „was jener auch erklären möge, ich glaube nicht, daß der König der Römer kaiserliche Gewalt habe, bevor er nicht vom apostolischen Stuhl approbiert ist.“ Er hätte auch damit wieder nichts getan als die Meinung seines großen Meisters und Herrn, des Papstes Innocenz' IV., aufzunehmen.

Allein die Stunde war noch nicht gekommen, wo solche Lehre der Kirche den Deutschen als ein Teil christlichen Glaubens selbst auferlegt und die Herrschaft des Papstes als des Verwesers Gottes auf Erden über seinen kaiserlichen Diener aufgerichtet werden konnte. Für die päpstliche Weltmonarchie, deren himmelstrebenden Bau der Geist Innocenz' IV. umfaßte, war die Zeit noch nicht reif. Wohl war mit Friedrich II. die politische Macht des weltlichen Kaisertums der Staufer zu Grabe getragen worden. Der Geist aber, der es geboren und der die Deutschen über die Alpen und nach Rom geführt hatte, war nicht erstorben. Noch immer rühmten sie sich der kaiserlichen Gewalt ihres römischen Königs und waren stolz, daß von ihnen das Kaisertum seinen Ausgang nehme.² Wohl war es dem Papste gelungen, in die geschlossenen Reihen des deutschen Fürstentums, die Friedrich II. noch bei seinen Kämpfen gegen Gregor IX. um sich geschart, eine tiefe Bresche zu schlagen. Sein rücksichtsloses, doch erfolggekröntes Vorgehen gegen die Freiheit der kirchlichen Wahlen hatte ihm unter den geistlichen Fürsten des Reichs einen mächtigen Rückhalt geschaffen.

Zu zweien Malen war es mit ihnen gelungen, in kanonischer Wahl einen römischen König zu setzen. An der Seite Wilhelms stand an der Spitze der deutschen Regierung mit Heinrich von Leiningen ein Kanzler, für den der Dienst des Reichs zugleich Dienst der Papstkirche war; dafür sorgten päpstliche Legaten eifrig für die Geschäfte des Königs.³ Glücksfälle der Politik haben

¹ Vgl. oben S. 246 N. 3.

² Vgl. oben S. 136 N. 3: „ut ab illis origo prodiret imperii“.

³ Nur während des Jahres 1249 sind keine Legaten aus Lyon nach Deutschland gekommen. Ihr Amt versah zuerst Erzbischof Sigfried III. von Mainz, nach dessen Tod Konrad von Hochstaden.

überdies die gemeinsame Angelegenheit von Staat und Kirche, die Anerkennung Wilhelms, mächtig gefördert. Nach jahrelangem, vergeblichem Mühen gehorchte im Sommer 1252 das nördliche und ein großer Teil des mittleren Deutschlands seinem Wort; selbst in Schwaben fehlte es nicht an angesehenen Helfern. Aber der Fortschritt königlicher Macht war so wenig ein Sieg des päpstlichen Rechts¹, daß er viel eher mit seiner Preisgabe erkaufte werden mußte. Der Widerstand und mehr noch das Nachgeben der Städte und Fürsten Sachsens und die Art ihres Übergangs zu Wilhelm zeigten, daß weite Gebiete Deutschlands nicht bereit waren, den Herrscher des Reichs aus den Händen des Papstes zu empfangen.

Aber auch Konrad von Hochstaden machte kein Hehl daraus, daß seine Unterstützung des Königs nicht etwa eine Anerkennung der päpstlichen Forderungen bedeute; er denkt nicht daran, dem Papsttum die Erhebung zum rex Romanorum zu überlassen; er verzichtet nicht darauf, die Vollkraft der Aachener Krönung zu vertreten.

Dennoch: trotz des doppelten Erfolges, den das alte Recht der Deutschen für die „Ehre“ der Kölner Kirche im J. 1247 und für die Kaiserwahl durch Deutschlands Fürsten zu Braunschweig 1252 davongetragen hatte, suchen wir umsonst nach dem hochgemuten Geist, der in den Tagen Philipps und bei den Neuwahlen Ottos und Friedrichs das ganze Reich als den Träger des staufischen Staatsgedankens freudig durchzogen hatte. Die Zuversicht ist geschwunden; niedergedrückt klagt Meister Sigeher²:

Des kaisers wal stuont gar schone,
do sin künige pflagen e:
nu pflegent sin welhische pffaffen.

Die deutsche Welt war gespalten; ihr politisches Sein war in die Sonderinteressen seiner Fürsten und Landschaften aufgelöst. Noch lebt das Bewußtsein staatlicher Einheit und der gemeinsamen

¹ Damit wird also die spätere Wendung im Königtum Wilhelms schon vorbereitet.

² Menge, Kaisertum und Kaiser bei den Minnesängern (Programm des Katholischen Gymnasiums an Marzellen 1880) S. 11. Außerdem sei bemerkt, daß hier von der „Kaiserwahl“ gesprochen wird. — Bei Konrad IV., dem „zum Kaiser Erwählten“, ist übrigens am ehesten zu verstehen, wenn seiner Gemahlin Elisabeth durch Friedrich von Sonnenburg als „Kaiserin“ gedacht wird; vgl. Menge S. 5.

Aufgabe als das Erbe der Stauferzeit. Die Haltung der Reichsstädte und die Braunschweiger Weistümer legen Zeugnis davon ab, und in kurzem wird es der Rheinische Bund bekräftigen. Allein der Führer fehlte, der bestimmt das Ziel sah, der mit starkem Willen und selbstlosem Wollen die Kräfte zusammengefaßt hätte, um die Freiheit des deutschen Königtums zu wahren.

Wilhelm von Holland starb, als kaum erst das ganze Deutschland in seiner Hand vereinigt war und sein Blick unbefangener die politischen Mächte erfaßte, die um das Reich und dessen Vergabung rangen. Die Doppelwahl erfüllte dann das Schicksal des staufischen Staats, und Gregor X. durfte müheelos ernten, was Innocenz IV. keimen, aber noch nicht hatte reifen sehen.

Wohl mag niemand sich der Größe des hierokratischen Ideals verschließen, das trotz der machtvollen Leidenschaft seines päpstlichen Vorkämpfers damals noch zurückweichen mußte; ein jeder spürt es, daß darin der sieghafte Glaube an eine Zukunft wirkt, die ihm gehören wird. Die Päpste harrten eines Augenblicks, wo die römische Königswahl und mit ihr Deutschlands Königtum nach der Überzeugung der Christenheit ihrem Willen unterworfen sein müsse, weil der König der Römer kaiserliche Macht im Reiche genieße und deshalb als Vogt der Kirche ihrem Dienste zu leben habe.

Die Staatsidee, die im ersten Braunschweiger Weistum ausgedrückt war und nach der dem römischen Könige die Reichsgewalt des Kaisers gebührte, bedeutete nur so lange einen Schutz gegen die päpstliche Oberherrschaft über das imperium, als der Laiengedanke vom weltlichen Kaisertum lebendig blieb. Mit dem Vorschreiten der kirchlichen Weltanschauung trug sie selbst dazu bei, daß die „kanonische“ Wahl zum rex Romanorum der Bestätigung durch den Papst zu bedürfen schien, „von dem der Kaiser das Reich hält.“

Ebensowenig vermochte der zweite Reichsspruch dem Geist einer neuen Zeit zu widerstehen und die deutsche Anschauung von der einmütigen Wahl, die durch die Gesamtheit aller Berechtigten vollzogen werde, zu schützen. Bei der Doppelwahl von 1257 wurden bewußt kanonistische Anschauungen aufgenommen.¹

¹ In dieser Hinsicht stimme ich vollkommen Bresslau zu (Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft N. F. II, 139 ff.).

Die Partei Richards stützte sich auf die Einheit der Handlung, die Wähler von Alfons auf die Majorität der Stimmen.¹ Nur in der Umgestaltung durch diese kirchlichen Prinzipien wurde später die Wahl, die infolge des zweiten Braunschweiger Weistums allein an die Kurfürsten gekommen war, wieder als die einzige Rechtsquelle für das römische Königtum und Kaisertum ebenso verteidigt, wie es durch das erste Weistum hatte geschehen sollen.

Der nationale Wille zum weltlichen Kaisertum, der die staufischen Kaiserwahlen durchzog und zu Braunschweig in die feste Form eines Rechtssatzes geprägt wurde, ging als das Erbe der Vergangenheit an das Kurfürstenkolleg² über, dessen Geschichte mit ebendemselben Braunschweiger Reichstag recht eigentlich anhebt.

¹ Vgl. auch Hugelmann, Königswahl im *corpus iuris canonici* S. 184 ff., mit dessen Urteilen (insbesondere S. 177) allerdings ein Historiker nimmermehr einverstanden sein kann. — Der Schwabenspiegel Landrecht c. 129. 130 (Zeumer, Quellensammlung S. 97 f.) hat beide Grundsätze des kanonischen Rechts aufgenommen.

² Für diesen Zusammenhang fällt ins Gewicht, daß Lupold von Bebenburg in seinem Traktat c. 13 die Worte Heinrichs von Embrun in der gl. *„imperatorum vel regum“* zu c. 26 X V 40 (vgl. oben S. 246 N. 3) ausdrücklich behandelt. Danach wird oben S. 88 N. 3 im ersten Teil ein wenig anders zu fassen sein.

Ausgang.

XVII.

Die staufischen Kaiserwahlen im Wandel der Weltanschauung.

Mit dem Ausblick auf einen Sieg der Kirche über die Idee vom weltlichen Staat endet die Geschichte der staufischen Kaiserwahlen. Sie hatte mit der Neuerstarkung des staatlichen Selbstbewußtseins gegenüber dem Papsttum Gregors VII. und des Investiturstreits begonnen. Ihre Abwandlung ist uns ein Teil der Geschichte von Staat und Kirche selbst geworden.

Was Honorius Augustodunensis als die Meinung einzelner Gegner bekämpft hatte, war bis in die Tage Friedrichs I. die Überzeugung der führenden Schichten Deutschlands geworden¹: der Staatsgedanke der staufischen Kaiserzeit — den Heinrich VI. bis zum Plan der Erbmonarchie überspannte — erkannte dem Erwählten der Deutschen die Gewalt über das imperium zu. Der Tag zu Besançon, der Caesartitel Heinrichs VI., die Wahl Philipps von Schwaben und die Halberstädter Kur. Ottos, — sie alle offenbaren dieselbe Gesinnung, von der Herrscher und Völker Deutschlands getragen waren. Daß Philipp damit begann, die Regierung vom Tage der Wahl an zu rechnen, daß nicht mehr die Krönung zu Aachen als der Antritt der Herrschaft angesehen wurde, ist

¹ Charakteristisch dafür, wie in dieser Zeit der Übergänge der entscheidende Einfluß der Kirche und die Wahl der Fürsten in Einklang zu bringen versucht wurden, ist die Urkunde Konrads III. von 1138 April 10 für S. Marien zu Aachen (Stumpf, Reichskanzler Reg. nr. 3371): *„Cum divina ordinatio Romani regni solium per electionem principum suam misericordia nos conscendere voluit“*. Bekanntlich hat Kardinal Dietwin mit Albero von Trier für die Erhebung Konrads ganz ähnlich mitgewirkt wie es die Legaten Innocenz' IV. im J. 1246 und 1247 getan. Auf das erste Beispiel jener Verknüpfung von Wahlrecht der Fürsten und Bestätigungsrecht des Papstes unter Gregor VII. sei nur hingewiesen.

die Folge dieses Geistes, der mit der weltlichen Handlung das imperium Romanum übertragen ließ.

Um deswillen wurde der Erzbischof von Köln zum Gegner der staufischen Staatsidee. Er wies sie ebenso zurück wie die päpstliche Lehre, als diese der Aachener Feier die Bedeutung der Einweisung ins Reich zu nehmen drohte. Seine Haltung dem Papste wie den Fürsten gegenüber war jederzeit — ob wir Adolf von Altena oder Konrad von Hochstaden vor uns sehen — durch das Streben bedingt, das alte Recht der Kölner Kirche zu schützen. Aber so wirksam sein Widerstand durch die von ihm herbeigeführte Doppelwahl von 1198 wurde¹, er erscheint nur als eine Episode in dem Kampfe der beiden Weltanschauungen, den Innocenz III. mit neuer Wucht entfesselte.

Der Papst hatte mit genialem Scharfblick erkannt, daß ihm die deutsche „Kaiserwahl“ die Möglichkeit gewähre, die Selbständigkeit des staufischen imperium zu brechen.² Ihm stand die Aufgabe vor der Seele, der Bewegung Einhalt zu tun, in der die germanische Laienwelt sich dem in Gregor VII. verkörperten hierokratischen Gedanken entgegengesetzt, sich ihm entzogen hatte.

Nimmermehr hätte ein Papst vermocht, die Freiheit des auf sich gestellten deutschen Königtums zu gefährden³; erst seine Verbindung mit der Kaiserwürde hatte die Einmischung der römischen Bischöfe seit Gregor VII. nach sich gezogen.⁴ Der Kampf

¹ Und wieder durch die Wahl Richards von 1257.

² Insofern ist das deutsche Königtum des Mittelalters wirklich am „Kaisertum“ zugrunde gegangen, wie v. Sybel es gemeint hat. Aber sein Schicksal war nur zu einem Teil die Folge der kaiserlichen Politik; zum größeren Teil ist es dadurch bedingt, daß die Kaiserwürde das Eingreifen des Papstes möglich machte, als die Kirche zu einer im 10. Jahrh. nicht entfernt zu ahnenden Macht emporwuchs.

³ Vgl. (allerdings in einem Gedankengang, den ich mir nicht aneignen kann) Krammer, Reichsgedanke S. 83: „Wäre der Gedanke des deutschen Königtums niemals verlassen worden, so hätte Deutschland gegenüber der Kurie eine unangreifbare Position behalten.“

⁴ Von ganz andern Ausgangspunkten her kommt Troeltsch, Die Soziallehren der christlichen Kirchen (Archiv für Sozialwissenschaft XXVII, 17) zu Betrachtungen, die mit den unsrigen, politisch gerichteten, sich aufs beste vereinigen lassen: „Indem das deutsche Königtum aus seinen landeskirchlich-religiösen Ideen durch das universale Kaisertum herausgetrieben und zur Fürsorge für die Gesamtkristenheit geführt wird, hebt es die universalkirchliche Papalidee wieder in den Sattel, und diese

begann, ob mit der deutschen Erhebung oder ob mit der päpstlichen Krönung das Kaisertum gegeben werde. Innocenz III. begriff, daß in dem Augenblick, wo die Fürsten, von der staufischen Weltherrschaft fortgetragen, bereit waren, das deutsch-römische Königtum untergehen zu lassen im universalen Kaiserreich, sie selbst an dem Fundament ihrer Unabhängigkeit rührten.

Dennoch hatte der Papst vergeblich gehofft, durch das Zugeständnis der erwünschten „Kaiserwahl“ den staufischen Imperialismus zu besiegen und die Fürsten dem welfischen Schützling zu gewinnen; und nur kürzeste Zeit hatte er an seinen Erfolg glauben dürfen, als Friedrich II. mit seiner Zustimmung und Bestätigung zum zukünftigen Kaiser erkoren war. Noch war der Glanz des Staufergeschlechts Deutschlands eigener Ruhm; und immer wieder brach, noch ungebändigt, der Drang nach staatlicher Freiheit durch. Es war, wenn ich nicht irrte, das Verdienst Konrads von Scharfenberg, daß das Danaergeschenk einer Kaiserwahl von Papstes Gnaden überaus geschickt zurückgewiesen und daß die Unabhängigkeit des aller fremden Gewalt und jedem irdischen Richter entzogenen römischen Königtums verkündet wurde. Mit der erneuten Kur Ottos, mit der zweiten Frankfurter Erhebung Friedrichs, vielleicht bei der Wahl Heinrichs (VII.), traten die Deutschen hierfür in die Schranken. Was Innocenz III. nicht hatte hindern können, das gestand Honorius III. sogar zu: an der Wahl des Königs der Römer hatte der Papst keinen Teil.

Der deutsche Erfolg war größer, als man ihn vielleicht an der Kurie einschätzte: denn indem die Fürsten sich auf die Verleihung des königlichen Amtes zurückzogen, hatten sie doch zugleich kundgetan, daß es bereits die Herrschaft im Reich in sich schließe. In Deutschland galt seit dem Hallischen Protest uneingeschränkt¹, daß der römische König durch die rechte und

behält das Erbe in ihrer Hand, das ihr ein halbes Jahrtausend landeskirchlicher Durchdringung von Kirchlichem und Staatlichem, Geistlichem und Sozialem zugeworfen hat.“

¹ Die Anschauung selbst ist schon älter und tritt bereits mit dem Titel des augustus, den die Könige seit Konrad III. führten, hervor. Das Einzelne bleibt für die frühere Zeit zu untersuchen. — In Deutschland erhob Widerspruch gegen die Bedeutung der Wahl der Erzbischof von Köln, vgl. oben S. 54 ff., aber im Widerstand gegen den Papst konnte er mit den übrigen Fürsten zusammengehen.

einmütige Wahl der Fürsten die Gewalt eines Kaisers besitze. Philipp selbst hatte es ausgesprochen; in der Empörung Heinrichs (VII.) brachte diese Überzeugung des jungen Königs den unversöhnlichen Gegensatz zu dem kaiserlichen Vater.

Als Friedrich II., für den Heinrich VI. das Erbkaisertum hatte begründen wollen und der im J. 1196 vielleicht als der erste durch die Kur der Reichsfürsten¹ in einer „Kaiserwahl“ zum „römischen König und zukünftigen Kaiser“ ausgerufen worden ist, auf der Höhe des Lebens, jetzt allerdings von Sizilien aus, das staufische Weltreich erneute und sogleich wieder in Italien die Kurie auf seinen Wegen fand, da suchte er auch das Ideal von dem der Kirche ebenbürtig geordneten Kaisertum wieder zu wecken. Noch einmal gewann er die Fürsten zu Bundesgenossen und, wie einst, traten fürstliches Wahlrecht und Erbsanspruch des Herrschergeschlechts zusammen, indem die principes imperii in Kur und Konsens¹ Konrad zum „römischen König und zukünftigen Kaiser“ nach des Vaters Tode designierten. Und als danach der Kampf mit den Päpsten furchtbarer denn je entbrannte, da trugen ihnen die Manifeste Friedrichs II. den staufischen Reichsgedanken des weltlichen Kaiserreichs von Gottes Gnaden in immer neuen Farben entgegen.

Indessen Friedrich II. hatte die Deutschen zu lange sich selbst überlassen, als daß sie sich nicht gewöhnt hätten, die eigenen von den Aufgaben der kaiserlichen Politik zu sondern. Auch hier wirkte es tief, daß Deutschland aufgehört hatte, Sitz und Mittelpunkt der Reichsregierung zu sein. Am schwersten fiel in die Wagschale, daß den Herrschern seit den Tagen Innocenz' III. mehr und mehr der Einfluß auf die Besetzung der Bistümer und Reichsabteien genommen war. Ihre enge Verbindung mit dem Hofe wurde in dem Augenblick zerrissen, wo durch den Abschluß des Reichsfürstenstandes die ungeheure Überzahl der geistlichen über die weltlichen Fürsten festgelegt worden war. Die rücksichtslos durchgreifende Wahlpolitik Innocenz' IV. tat das letzte dazu, daß die hohen Geistlichen aus verständnisvollen Gliedern des Staats zu gefügigen Beamten der Papstkirche wurden.

Wieder stellten Gregor IX. und Innocenz IV. der staufischen eine päpstliche „Kaiserwahl“ entgegen. Aber war es für Inno-

¹ Vgl. hierzu den folgenden Aufsatz.

cenzenz III. die glückliche Eingebung eines großen Staatsmanns gewesen, die ihn trieb, den Feind mit den eigenen Waffen zu bekämpfen, jetzt war die Verfügung über das Kaisertum die naturgemäße Forderung einer klerikalen Weltanschauung, deren großartiger Einheit eine nachhaltige Wirkung auf die Gedanken der Zeit nicht fehlen konnte. Ein halbes Jahrhundert hatte das Papsttum zu nie geahnter Höhe emporsteigen sehen. Sprachen seine Träger nicht aus, was Hunderttausende mitlebten, wenn sie verkündeten, daß dem Nachfolger Petri die Herrschaft dieser Erde von Gott selbst anvertraut sei? wie mochte es anders sein, als daß von dem Papste das Reich an den Kaiser übergeben werde, dessen Aufgabe vor allem andern war¹, „die Kirche zu verteidigen und den apostolischen Stuhl zu erhöhen“?

Freilich war in dem auf solche Weise begründeten imperium kein Raum für eine auf sich selbst ruhende, aus dem nationalen Leben emporgewachsene, vom Volk durch die Fürsten gegebene Gewalt des Herrschers. Dem Kaisertum durfte allein das Amt, das ihm von Gott durch den Papst geliehen war, den Charakter aufprägen. Und was von ihm galt, ward sinngetreu auf das römische Königtum übertragen, als Innocenz IV. die deutsche Ansicht aufnahm, daß bereits dem König der Römer die kaiserliche Herrschaft im Reiche gebühre. Mochten ihm in Deutschland beschränkte königliche Rechte zugehören, die nicht vom imperium ableiteten, für die Handlung der Fürsten mußte bestimmend sein, daß ihre Wahl in erster Reihe auf den Vogt der Kirche zielte; insofern war sie nicht eine königliche, sondern blieb dem Wesen nach immer eine kaiserliche. Deshalb forderte und setzte Innocenz für Heinrich Raspe und Wilhelm von Holland durch, daß ihre Erhebung „kanonisch“ vollzogen wurde. Gleichwie eine jede kirchliche Wahl gab sie noch kein Recht auf die Verwaltung des Kaisertums; sie galt nur als eine Designation, die der Prüfung und Bestätigung des Papstes bedurfte, ehe der römische König sein kaiserliches Amt antreten durfte.²

¹ Lectura I, fol. 62^b gl. ‚defensore‘: ‚nam imperator debet defendere ecclesiam, ut hic dicit, et exaltare dominum papam ut LXIII. Dist. Tibi domino. Comparatur autem tutori onerario qui defendit a vexationibus alios. ff. De solut. Quod si forte.‘

² Vgl. über den Bischof die Glosse Innocenz' IV. zu c. 15 X I 6 (Apparatus fol. 31) oben S. 193 N. 3.

Von der überlegenen Geschlossenheit seiner Gedankenwelt her drang Innocenz IV. über alles hinaus, was seine Vorgänger errungen hatten.¹ Innocenz III. und Honorius nahmen die Selbstständigkeit der Königswahl, wie der Hallische Protest sie darstellte, noch stillschweigend hin; jetzt ging der weit schauende Papst darauf aus, diese feste Burg der deutschen Freiheit zur Zwingburg der päpstlichen Oberherrschaft über das Reich zu machen: indem er die kaiserliche Herrschaft des *rex Romanorum* anerkannte, unterwarf er dessen Wahl dem kanonischen Recht und dem Urteil des Papstes.

Der Gegensatz des kirchlichen zu dem staufischen Reichsgedanken war überwältigend groß. Innocenz III. und die Deutschen hatten mit dem gleichen Wort von einer „Kaiserwahl“ gesprochen; Innocenz IV. stimmte jetzt mit dem deutschen Volk zusammen im „Kaiserrecht“ des römischen Königs. Doch eine Welt gleichsam lag zwischen ihnen.

Die Staufer knüpften durch die kaiserliche Wahl ihr Reich an den römischen Weltstaat jener Imperatoren², „denen Gott die Gesetze selbst unterworfen hat und die er gleichsam als lebendes Gesetz zu den Menschen gesandt hat“. Sie war das Zeichen, daß der Herr selbst den weltlichen Staat in der Ordnung dieser Erde neben die Kirche gesetzt hatte, damit er frei nach Gottes Vorschriften und unter seiner Leitung die ihm zugewiesenen Aufgaben zum irdischen Wohle der Menschheit löse. Nach der Überzeugung der Stauferzeit, die Eike von Repgow und Iohannes Teutonicus der Nachwelt überlieferten, ging von der Wahl der deutschen Fürsten die kaiserliche Gewalt des Herrschers aus.

Wie anders die Wahl, die von der Kirche den Deutschen überlassen wurde! sie gewährte nichts als das Anrecht darauf, das ledige Reich aus der Hand des Papstes entgegenzunehmen, der es als Reichsverweser gehütet.³ Sie war das Zeichen der

¹ Gregor VII. hatte mit seinen Forderungen das Gleiche erstrebt.

² c. II § 4 Nov. CV. *De consulibus*: „imperator, cui ipsas etiam leges deus subiecit et quem tamquam vivam legem hominibus misit“. So hat recht eigentlich der Zusammenhang der staufischen Idee, wie sie im 12. Jahrh. geschaffen wurde, mit dem römischen Recht fühlbar gewirkt. Vgl. oben S. 170 N. 3 und MG. Const. II, 184 N. 1.

³ Nur mit einem Wort sei darauf aufmerksam gemacht, welche praktische Bedeutung es in der Folge erhielt, ob die Herrschaft im Reiche mit der Wahl, der Bestätigung, der Aachener Krönung beginne. Nicht eher

Unterordnung des imperium unter das sacerdotium, das Sinnbild dafür, daß der römische Weltstaat zum vornehmsten Diener der Weltkirche geworden war.

Vor dem hierokratischen Ideal, das Gregor VII. neu gezeigt, Innocenz III. gesehen, Innocenz IV. ergriffen hatte, verblaßte den Menschen dieser Zeit allmählich das staufische Kaisertum. Für die Deutschen war es nicht genug, daß Friedrich II. es vor ihnen nur in den kunstvollen Perioden seiner Flugschriften aufsteigen ließ.¹ Über den Worten Innocenz' IV. lag der strahlende Glanz päpstlicher Weltherrschaft und geistlicher Weltbildung, denen das religiöse Fühlen jener Geschlechter erhöhte Weihe gab.

Es zeichnet ein Stück der Geistesgeschichte des 13. Jahrh., daß die Abschreiber des Sachsenspiegels an das weltliche Kaisertum, von dem Eike gesprochen hatte, nicht mehr zu glauben vermochten und seinen Text dahin änderten, daß erst die Weihe zu Rom des Reiches Gewalt und kaiserlichen Namen gebe², und daß der geistliche Verfasser des süddeutschen Landrechtbuches um 1274/5 von vornherein nichts anderes niederschrieb.³ Die Lehren der Kirche, die Innocenz IV. in seinem Dekretalenkommentar zusammengefaßt, waren auf fruchtbaren Boden gefallen.⁴

hörte das Reichsvikariat des Papstes auf, bis nicht auch nach seiner Anschauung der neue Herrscher von Rechts wegen die kaiserliche Gewalt besaß.

¹ So wichtig diese Manifeste (deren Inhalt jetzt F. Graefe, Publizistik in der letzten Epoche Friedrichs II., Heidelberger Abhandlungen Heft 24, leicht zugänglich gemacht hat) auch für die Geistesgeschichte der Zeit sind, kommen sie doch für die deutsche Entwicklung weniger in Betracht. — Ranke, Weltgeschichte VIII, 371f. spricht von Friedrichs „innerlicher und idealer Opposition gegen den geistlichen Staat überhaupt“. Die „Dissidenz der weltlichen und der geistlichen Prinzipien war noch niemals so stark hervorgetreten; alle ihre späteren Erscheinungen erinnern in gewisser Weise an diese erste“.

² Vgl. oben S. 13. 84. In den Hss. — außer der Quedlinburger — lesen wir zu III, c. 52 (ed. Homeyer): „Svenne die gewiet wert von den bischopen die dar to gesat sin unde uppe den stul to Aken kumt, so hevet he koninglike walt unde koningliken namen. Svenne yn die paves wiet, so hevet he des rikes gewalt unde keiserliken namen“.

³ § 118 (Zeumer, Quellensammlung S. 96): „Svenne er gewihet wirt mit der willen die in erwelt hant, so hat er kiuniglichen gewalt unde namen. Als in der babest gewihet, so hat er volleclichen dez riches gewalt unde keiserlichen namen“.

⁴ Die Fassung der beiden Spiegel entspricht am vollkommensten der Theorie, die Innocenz IV. in der Glosse ursprünglich vorgetragen hat: die

Eike von Repgow hatte sein Werk begonnen: ‚Zwei swert liet Got in ertriche zu beschirmende die kristenheit; deme pavesese ist gesazt daz geistliche, deme kaisere das werliche‘. Das kaiserliche Landrechtsbuch hebt an: ‚Sit nu Got des frides furste haizet, so liez er zwai swert hie uf ertriche, do er ze himel fuor, ze schirme der cristenhait; diu lech unser herre sante Peter beidiu, einz von geistlichem gerihte, daz ander von weltlichem gerihte. Daz weltlich swert des gerihtes daz lihet der babest dem chaiser, daz geistlich ist dem pabest gesezet, daz er da mite rihte‘. Wahrlich, das Weltbild hatte sich verändert. Für einen gelehrigen Schüler der großen Dekretalisten¹ klang die Behauptung des Iohannes Teutonicus, daß der Kaiser seine Gewalt schon vor der Konfirmation des Papstes mit Recht übe, so widersinnig, daß er sie gleichsam mit einem Federstriche tilgte: ‚Contrarium est verum‘!

Im Kampfe der Geister — so liegt es vor uns — ward im 13. Jahrh. die staufische Idee überwunden. Die Deutschen waren noch nicht fähig, die Laiengedanken, die dem Kaisertum der Staufer die sieghafte Triebkraft gegen das Papsttum des Investiturstreits gegeben hatten, zu einer Lehre vom Recht und der Freiheit des weltlichen Staates zu gestalten.

Tiefer und tiefer grub sich der mächtig angewachsene Strom kirchlichen Lebens in das Dasein der mittelalterlichen Menschheit ein. Durch ihre großen Lehrer und ihre hohen Schulen brachte die Kirche die reifste Bildung der Zeit. Durch ihre Apostel im Bettelgewand drang sie zu den Schichten, die in den Städten den ersten selbständigen Anteil am wirtschaftlichen Leben nahmen, um sie dem Evangelium Christi und dem Gehorsam des allumfassenden Papsttums zu gewinnen. Seit der Zeit Friedrichs I. und Heinrichs VI. hatte sich die Welt nicht so sehr in der politischen Lage und Anschauung, sie hatte sich vor allem in

Aachener Krönung gibt königliche Gewalt für Deutschland, die römische Weihe die kaiserliche Herrschaft im Reich. Es ist die Ansicht, die in der Wahl Heinrich Rases zum ‚rex Alamannie et princeps Romanorum‘ zutage tritt; vgl. oben S. 190. Es wäre deshalb zu vermuten, daß die Abschrift des Sachsenspiegels, die die Änderung vornahm, nach 1245/6 niedergeschrieben ist.

¹ Vgl. oben S. 87f. Bartolomaeus Brixiensis hat offenkundig den *Apparatus* Innocenz' IV. benutzt; vgl. z. B. c. 8 Dist. 10 gl. ‚discrevit‘ die von Hugelmann, Königswahl S. 31 angeführten Worte: ‚nam etiam vacante imperio supplet defectum imperii‘ mit der Glosse oben S. 163 N. 5.

der Stimmung der Seelen gewandelt, als Gregor IX. und Innocenz IV. den Endkampf wider Friedrich II. und um die oberste Gewalt der Kirche aufnahmen.

Der Reichsgedanke der Stauferzeit wurde jetzt überragt von der in Jahrhundertarbeit festgefügtten kirchlichen Lehre, die den Bischof der römischen Kirche als den einzigen irdischen Träger unmittelbaren göttlichen Auftrags, als den Verwalter Gottes auf dieser Erde über das Kaisertum und alle weltliche Macht emporhob¹ und die himmelanstrebend das Papsttum an Gottes Thron selbst heranführte.²

Nicht im politischen Machtkampf und nicht auf den Schlachtfeldern Italiens hat Innocenz IV. den Sieg über Friedrich II. davongetragen. Zu weltgeschichtlicher Größe richtet sich seine Gestalt vor uns auf, weil in ihm die Papstkirche den Vollender der hierokratischen Idee und damit den Geistesbezwinger des weltlichen Kaisertums erhalten hat. Die Gedanken der Vorgänger haben durch ihn die wirkende Gestalt empfangen. Seine Lehre und sein Vorbild haben denen, die nach ihm kamen, den Weg gewiesen zu den Höhen und zu den Tiefen verborgenen Schicksals.

Wer die Persönlichkeit und die Mittel ermißt, die bei Innocenz IV. vereinigt waren, erstaunt nicht über die Erfolge, die ihm beschieden waren, ihn nimmt vielmehr wunder der Widerstand, den er erfuhr und den zu brechen er nicht imstande war. Die Gunst der Umstände gestattete es dem Erzbischof von Köln, diesem Papste, wenn nicht die Anerkennung, so doch die Duldung seines Krönungsrechtes abzugewinnen. In den Braunschweiger Weistümern haben die Fürsten, die sie gefunden, und die Reichsstädte Sachsens, die sie veranlaßt, einen Innocenz sogar gezwungen, in etwas nachzugeben. Er vermochte nicht, Deutschland die schlichte Annahme des „kanonisch“ erhobenen Wilhelm von Holland aufzuerlegen. Er ließ zu, daß nach deutschem Recht

¹ Vgl. Troeltsch, Soziallehren der christlichen Kirchen (Archiv f. Sozialwissenschaft XXVII, 37): „Wo die religiöse Gemeinschaft im Priestertum und im Organismus der Papstkirche inkarniert ist, da wird“ ihre „Herrschaft zur Herrschaft der Priesterkirche über den Staat, des Papstes über die Könige und die ihnen untergeordneten sozialen Verbände werden . . . Die Theokratie des Hochmittelalters hat . . . diese Konsequenz gezogen mit dem vollen Bewußtsein um ihre innere Notwendigkeit“.

² Vgl. oben S. 155.

die Unvollkommenheit der ersten Wahl durch den Zutritt der fehlenden Kurstimmen ausgeglichen wurde. In der Laienwelt Sachsens und im städtischen Bürgertum¹ lebte der staufische Staatsgedanke. Hier erstanden ihm noch Verteidiger, als ein Teil der Reichsfürsten und zumal der geistlichen ihn schon der Kirche dahingegeben hatten.

Für das Königtum Wilhelms hatte diese Strömung² und haben die sächsischen Ereignisse des Frühjahrs 1252 allerdings nur die Bedeutung einer Episode; ihre Spuren sind von geschickten Vertretern der Kirche durch die Erklärungen des Kardinallegaten und durch das Frankfurter Weistum schnell verwischt worden. Dennoch haben sie ihren Platz in der Geistesbewegung, die uns aus den einzelnen Vorgängen und aus den Bruchstücken der Überlieferung doch in ihrer Einheit als ein Teil weltgeschichtlichen und nationalen Lebens zugleich offenbar geworden ist.

Als die Antwort von Deutschen auf die Forderung Innocenz' IV. haben die Braunschweiger Weistümer das weltliche Kaisertum gegen die päpstliche Weltherrschaft verteidigt. Mit ihnen klingen die staufischen Kaiserwahlen würdig aus. Der Geist, aus dem diese hervorgegangen, hat den ersten der beiden Reichssprüche geprägt: aus der einmütigen Wahl des römischen Königs fließt seine Kaisermacht. In solcher Überzeugung hatten Friedrich I. und Heinrich VI., Philipp und Friedrich II. und die Fürsten mit ihnen für die Freiheit Deutschlands und für das unabhängige Kaisertum ihre Kraft eingesetzt.

Das zweite Urteil bannte die deutsche Wahl in feste Grenzen, um sie gegen die kanonischen Normen zu schützen, die vom

¹ Vgl. Ranke, Weltgeschichte VIII, 372 (auch die Bemerkung S. 367): „Was Luther im Eingang seiner Schrift an den christlichen Adel deutscher Nation beklagt, daß die teuren Fürsten Friedrich der Erste und der Andere ... so jämmerlich von den Päpsten mit Füßen getreten und verdrückt seien, davon hat sich eine Empfindung, zumal in den deutschen Städten, welche sich zuletzt eben deswegen für die untergehende staufische Sache schlugen, durch die Jahrhunderte des sinkenden Mittelalters erhalten“. — Man mag bei der Erwähnung Luthers sich daran erinnern, daß er eben jenem sächsischen Gebiet entstammt, in dem der staufische Reichsgedanke die festesten Wurzeln geschlagen hatte; vgl. oben S. 84f. 237.

² Auch im Rheinischen Bund hat sie ja nicht vermocht, sich in politische Kraft dauernd umzusetzen. — Über die Haltung der Städte siehe auch Rodenberg in Histor. Aufsätze für G. Waitz S. 247.

Papsttum auch ihr vorgeschrieben wurden; es schuf den Ausgangspunkt für die Entwicklung, durch die den sieben Erzbeamten allein die Kur des kaisergleichen römischen Königs zugefallen ist.

Indem der Braunschweiger Reichstag deutsches, weltliches Recht des Herrschers und der Fürsten gegen Innocenz IV. zu wahren suchte, führte er den Kampf der staufischen Kaiser gegen die päpstliche Weltherrschaft fort. Schon in der Geburtsstunde des Kurfürstentums ist ihm daher als seine eigenste Aufgabe gestellt worden, die Reichsgewalt seines kaiserlichen Erwählten zu schirmen. Ihm und seinem Schutze wird der Staatsgedanke der staufischen Kaiserzeit anvertraut.

Über dem unwiderstehlichen Vordringen des kirchlichen Lebens und über den traurigsten Wirren, die immer wieder päpstliche Macht und fürstliche Schwäche über Deutschland heraufbeschwor, ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen, ehe dies Vermächtnis der Stauferzeit nach seinem innersten Gehalt erkannt und in neuen Kämpfen Deutschlands gegen die Kurie gewandt wurde.¹ Unter Ludwig dem Bayern sind die Gedanken früherer Geschlechter aufgenommen und in den Dienst des nationalen Kaisertums gegen die Fremdherrschaft einer französischen Papstkirche² gestellt worden. Zu Rense traten am 16. Juli 1338 sechs Kurfürsten — ohne den Böhmen — zu einem Verein zusammen und legten³ „die Grundrechte des Kurfürstentums fest, die im Kolleg gemeinsam wahrgenommen werden sollten.“ Danach gaben sie ein Weistum über „die königlichen und kaiserlichen Regierungsrechte“, die aus der Wahl der Kurfürsten dem Könige der Römer zukommen. Wieder war es eine deutsche Erwiderung auf die päpstliche These von der Abhängigkeit des Kaisertums⁴: der

¹ Der Übergang bleibt natürlich im besonderen zu verfolgen.

² Wie vollständig Benedict XII. vom König von Frankreich abhing, geht auch aus Höhlbaums Darstellung überwältigend klar hervor.

³ Höhlbaum, Der Kurverein von Rense S. 16 f.

⁴ Daß sich im Kampf Ludwigs des Bayern mit den Päpsten genau die Probleme wiederholen, die wir für die ausgehende Stauferzeit nachgewiesen haben, mag wenigstens an einem Beispiel gezeigt werden, das Finkes *Acta Arragonensia* mit ihren reichen Schätzen erst jüngst dargeboten haben. Wir hören dort (I, 393) von den Vorgängen an der Kurie im Anfang Oktober 1323: Johann XXIII. „dixit pro fixo, quod nullus rex Alamannie potest administrare, donec electio sua sit per papam examinata et confirmata“. Kardinal Peter Colonna aber erklärte (S. 395): „consuetu-

Kurverein selbst und sein Reichsspruch haben ihrer äußeren Entstehung wie ihrer Absicht nach das Werk weitergeführt, das die Stauferzeit hinterließ. Der Tag von Rense hat die beiden Gedanken fortgebildet, die in den Braunschweiger Weistümern vom 25. März 1252 niedergelegt waren: die Kaiserwahl der Kurfürsten und das Kaiserrecht des römischen Königs haben „den Zusammenschluß der Kurfürsten als Königswähler und Mitregenten zu einem nach außen abgerundeten Kolleg“ bewirkt.¹

Als Kaiser Ludwig wenige Wochen später im Gesetze ‚*Licet iuris*‘ die Bestimmungen über die aus der Wahl folgenden Rechte erließ, rückte er in den Mittelpunkt den Satz des Johannes Teutonicus, der dem Sinne des Renser Tages ebenso entsprach wie dem Reichsgedanken der Stauferzeit, dem der Domherr von Halberstadt bewußt sich angeschlossen hatte: ‚*Ex sola electione eorum ad quos pertinet electio verus efficitur imperator*‘; die rechte Wahl allein schafft den wahren Kaiser.

In diesen Ereignissen und Erklärungen wurde das Eigenrecht des Staates gegen die Päpste mit den Waffen verfochten, die das staufische imperium geschmiedet hatte.

Das Reich Friedrichs I. und Heinrichs VI. war untergegangen, und das Ende Friedrichs II. hat in das Geschick des Kaiserstaats auch Deutschland so unheilvoll verstrickt, daß in seiner Auflösung gleichsam das Urteil der Geschichte selbst über das Weltreich der Staufer gesprochen schien, dem der Fall des deutschen Königtums zur Last gelegt wurde.

Wir aber haben erfahren, daß den Deutschen jener Tage das universale Kaisertum nicht als die Zerstörung, sondern als die Er-

dines inconcusse et hactenus observate in regno Alamannie contrarium habebant hiis, que dicebant, quia electus et coronatus in regem Alamannie in loco debito . . . dicunt, quod administrare potest iura imperii et quod non petitur ab ecclesia confirmacio, sed quod electus et coronatus habeat favores ecclesie solitos; hier ist auf die Bulle *Qui celum* von 1263 Bezug genommen.

¹ Vgl. Höhlbaum S. 6. Überhaupt sei auf die gedankenreiche Einleitung des letzten Aufsatzes, den wir dem hervorragenden Kenner des späteren Mittelalters danken, noch ausdrücklich hingewiesen. Manch einer wird es mit mir als eine wertvolle Sicherung der oben vorgetragenen Ansichten betrachten, daß sie geradezu als eine Vorbereitung der Ereignisse in der Gestalt gelten können, in der er sie für das J. 1333 geschildert hat.

² Vgl. oben S. 86f.

füllung ihres von nationalem Bewußtsein getragenen Staates erschien. Nicht weil die Staufer zur Weltherrschaft empordrängten, mußte ihr Reich zerfallen¹, sondern es wurde besiegt, weil ihrem Laientraum, den germanische und altrömische Überlieferung genährt hatte, das geistliche Ideal in gewaltigen Päpsten überlegen entgegentrat. Beide strebten zur irdischen Allgewalt. Aber nicht in einem unabhängigen Kaisertum, sondern in der Oberhoheit der Kirche über die Völker stellte sich einer religiös bewegten, gläubigen Menschheit der Wille Gottes dar.

Insoweit der staufische Reichsgedanke eine Weltmonarchie begründen wollte, ging er unter — und die aus der Vergangenheit überkommene Idee des universalen Staats mit ihm; insofern jedoch er das Daseinsrecht selbständiger weltlicher Herrschaft verfocht, hat er wohl besiegt, aber nicht überwunden werden können, hat er der Zukunft die Bahn bereitet. Vor Philipp dem Schönen und Ludwig dem Bayern hat das Deutschland der Staufer im Kampf um das imperium zugleich um die staatliche Freiheit gegen die Hierokratie des Papsttums gekämpft. Und wenn in solchen Gegensätzen, wie Ranke uns sagte, recht eigentlich „der schneidende Luftzug der neueren Geschichte“ weht, wir spüren ihn als lebendigen Hauch germanischen Geistes in den Worten und Taten der Stauferzeit: das ist's, was sie in Aufstieg und Niedergang mit dem goldenen Schimmer des Ewigkeitswertes verklärt.

Die staufischen Kaiserwahlen stehen mitten in diesem Ringen von Staat und Kirche, das die Einzelnen und die Geschlechter, die Jahrhunderte wie die Jahrtausende überdauert. In ihrer Geschichte spiegelt sich mit dem Wandel des diesseitigen und des jenseitigen Ideals die Weltanschauung der Zeiten.

¹ Über die verhängnisvollen Folgen der Verwaltungsmaßregeln, die Friedrich II. traf, um das imperium von Sizilien aus zu lenken, ist oben S. 188 gesprochen. Sie allerdings haben an dem schließlichen Siege des Papsttums im 13. Jahrh. ihr Teil.

Beilage I.

Der Kürspruch im Wahldekret von 1237.

(Vgl. oben S. 136 ff.)

Da die Auslegung der Worte ‚eligentes ipsum in Romanorum regem et in futurum imperatorem nostrum post obitum patris habendum‘ im Wahldekret der fürstlichen Wähler des Kaisersohnes die Grundlage für die These Krammers von dem „römischen Königtum“ Konrads bildet, ist es meine Pflicht, mich mit ihr auseinanderzusetzen und meine vollkommen abweichende Deutung zu begründen. In der früheren Literatur ist entweder von einer Königs- oder von einer Kaiserwahl die Rede; doch handelt es sich dort durchweg um die Bedeutung des Wahldekrets für die Geschichte des Kurfürstenkollegs. Die neue Problemstellung erlaubt daher, hier von den früheren Äußerungen abzusehen. Jüngst hat Stengel¹ gelegentlich über das, Konrad durch das Dekret angewiesene Amt einsichtsvolle Bemerkungen gemacht; doch ist nicht zu ersehen, ob er sich dessen bewußt ist, daß seine Ansicht — sofern ich sie recht verstehe — keineswegs aus der Krammerschen Auffassung abzuleiten wäre.

Krammer nun hat (Reichsgedanke S. 58 ff.) unbedenklich angenommen, daß infolge der Wahl „Konrad einstweilen römischer König sein, mit dem Tode des Vaters aber sofort an dessen Stelle als römischer Kaiser treten“ sollte. Er meint also, Konrad sei sogleich durch die Wahl „römischer König“ geworden; und weil nun — wie ich mit Krammer annehme, vgl. oben S. 138. 146 — Konrad wirklich keine selbständige Gewalt geübt hat, sondern „nur der Statthalter des Kaisers in Deutschland war“ und nur

¹ Histor. Zeitschr. 103 S. 112. Seine Wendung, Konrad sei „nicht zum deutschen König erwählt, sondern zum künftigen römischen Kaiser“, ist nur in der Negation Krammer gegenüber richtig, trifft allerdings in der Fassung noch nicht den Kernpunkt; denn Konrad wurde zum „König und zukünftigen Kaiser“ für einen späteren, bestimmten Zeitpunkt gewählt.

ein „vom Kaisertum abgeleitetes“ Recht besaß, hält Krammer dafür, daß Friedrich II. „den Charakter des römischen Königtums“, zu dem nun Konrad gewählt sei, verändert, es in die abhängige Statthalterschaft herabgedrückt habe, die ja tatsächlich Konrad inne hatte!

Krammers Auffassung beruht auf einer falschen Interpretation des Dekrets. Er hat in dem entscheidenden Satze die Worte ‚in Romanorum regem‘ von den folgenden ‚et in futurum imperatorem nostrum post obitum patris habendum‘ getrennt; er bezieht die Worte „nach dem Tode des Vaters“ nur auf die Kaiserwürde, und hält sie für eine Erklärung des voranstehenden ‚futurum‘. Dagegen trete ich den Beweis dafür an, daß die Worte ‚in Romanorum regem et in futurum imperatorem nostrum‘ als der Kürspruch zusammengehören und daß die Wendung ‚post obitum patris habendum‘ deshalb selbstverständlich mit ihm in seiner Ganzheit zu verbinden ist, daß also dem Wortlaut nach die einzige Wahl „zum römischen König und zukünftigen Kaiser“ erst nach dem Tode des Kaisers Friedrich Rechtskraft erhalten soll.

Wir haben erfahren, daß bei den Kaiserwahlen Philipps von 1198 und Ottos zu Halberstadt 1208 der Kürruf lautete auf den „römischen König und allzeit Mehrer“ (vgl. Hallischer Protest, oben S. 41, und Arnold von Lübeck: ‚in Romanorum principem et semper augustum‘, oben S. 83; dazu im folgenden Aufsatz unten S. 304f.). Seitdem wir aus der Glosse zu c. 2 Dist. 63 wissen, daß den Worten ‚et semper augustus‘ die Beziehung auf das Kaisertum bestimmt innnewohnt, und daß sie in Erwartung der kaiserlichen Krone auch von den ‚futuri imperatores‘ gesagt werden können (vgl. oben S. 10 N. 2), sind wir berechtigt anzunehmen, daß der 1198 und 1208 gebrauchte Kürspruch ‚in Romanorum regem et semper augustum‘ durch den andern ‚in Romanorum regem et [in] futurum imperatorem‘ ersetzt werden konnte. Der Wechsel würde mit Rücksicht auf den Papst erfolgt sein, um sich seinem Standpunkte zu nähern. Denn Innocenz III. hatte in dem Schreiben Venerabilem den Fürsten das Recht zugestanden, zu wählen ‚regem in imperatorem postmodum promovendum‘; daher war bei der unter päpstlichem Einfluß stehenden Kaiserwahl von 1211 Friedrich ‚in futurum imperatorem‘ ausgerufen worden (vgl. oben S. 91f.). Aus dieser Vorgeschichte läßt sich schon der Schluß ziehen, daß wir es bei den Worten des Dekrets von 1237

mit dem damals gebrauchten Kürspruch zu tun haben. In der Tat findet er sich nun in dieser Form wiederum in dem kurfürstlichen Gesamtdekret von 1273: ‚eum in regem Romanorum imperatorem futurum . . . una voce votoque unanimi unanimiter eligentes‘ (Zeumer, Quellensammlung S. 110 nr. 77), und im Dekret von 1308 lautet er noch deutlicher zugunsten des Papstes, dessen Approbation erst zum ‚futurus imperator‘ befördert: ‚eligo in Romanorum regem in imperatorem futurum promovendum‘ (Zeumer a. a. O. S. 145 nr. 118). In jeder Hinsicht am nächsten steht dem Dekret von 1237 die Urkunde Rudolfs von Sachsen vom 15. November 1333 (Quellen und Erörterungen zur bayr. Gesch. VI, 333), in der er Herzog Heinrich von Bayern jetzt und kiest ‚ze aynem römischen khunge und khunfftigen kheiser . . . also, swann der khaiser abgieng . . . daz wir im dann gewartten gepunden und geholffen sullen sein als wir aynem römischen khunig und khünfftigen kheiser durch recht sullen‘¹ (vgl. Vogt, Reichspolitik des Erzbischofs Balduin S. 63 f., dessen Deutung durch den Vergleich mit dem Dekret von 1237 vollständig bestätigt wird, und Krammer, Wahl und Einsetzung S. 78 f.).

Soweit wir Sicheres nachweisen können, ist daher bei der Wahl Konrads erstmals der Kürruf zum „römischen König und künftigen Kaiser“ gesprochen worden. Er sollte nach dem Willen der Wähler den staufischen imperialistischen Reichsgedanken getreu ausdrücken und nur insofern dem Papste ein Zugeständnis machen, als in der Formel sein Recht, den kaiserlichen Namen mit der Würde zu gewähren, geachtet wurde.

Aus der Tatsache, daß wir mit den Worten ‚in regem Romanorum et in futurum imperatorem‘ den später üblichen Kürspruch bereits im Dekret von 1237 vor uns haben, folgt, daß wir die Worte ‚post obitum patris habendum‘ auf die durch ihn vollzogene Wahl mit all ihren Rechtswirkungen beziehen müssen, — genau wie es die Urkunde von 1333 für die Eventualwahl Heinrichs von Bayern beweist. Konrad war also seit 1237 durchaus nicht „römischer König“, so wenig, wie er „zukünftiger Kaiser“ geworden war, sondern er sollte „römischer König und (durch

¹ Vgl. dazu im Dekret von 1237: ‚Conradum . . . post mortem . . . patris sui dominum et imperatorem nostrum habebimus, eidem in omnibus que ad imperium et ius imperii pertinent intendentes‘.

dieses Amt zugleich) künftiger Kaiser“ erst nach Friedrichs Tode werden.

Mit dieser Feststellung stürzen Krammers Behauptungen (Reichsgedanke S. 61) zusammen, die einen gewissen Eindruck zu machen imstande waren, weil sie der tatsächlich von Konrad geübten und von Krammer durchaus richtig gezeichneten Gewalt scheinbar völlig gerecht wurden. Wir wissen jetzt, daß Friedrich II. nicht daran gedacht hat, „das Königtum umzudeuten, aus dem freien deutschen ein vom Kaisertum abhängiges römisches Königtum“ zu machen. Weit entfernt davon, daß Konrad (Krammer S. 81) „eine vom Kaisertum delegierte, keine bodenständige, eine römische, keine deutsche Königsgewalt innehaben“ sollte, erhielt er vielmehr durch Friedrich überhaupt keine königliche, sondern nur eine delegierte, „vom Kaisertum abgeleitete“ Gewalt als Reichsverweser. Seine Wahl hatte mit seinem Amt von Rechtswegen nicht das mindeste zu tun.¹

Krammers These von dem „nichtdeutschen“, wahrhaft römischen Königtum stützte sich für Friedrich II. und die Wahl Konrads nur auf die Worte des Dekrets und besitzt keine andere quellenmäßige Unterlage. Sie ist, nachdem ihr diese entzogen ist, vollkommen beseitigt.

Für Heinrich VI. und die Wahl Friedrichs II. von 1196 hatte Krammer seine entsprechende Behauptung auf die Worte „in regem ungere“ der Straßburger Reichsannalen (Ann. Marbac. q. d. p. 68) aufgebaut. Die Kritik, die ich an diesem Bericht der Quelle geübt habe (Gött. Gel. Anz. 1909 S. 367 ff.), ist manchen Fachgenossen, wie ich inzwischen erfahren habe, nicht durchweg voll überzeugend erschienen; sie bis ins letzte nachzuprüfen — und nur das kann hier fördern —, muß ihnen in der Tat schwer fallen, da solche Arbeit einerseits die genaue Kenntnis der Quelle und ein festes Urteil über deren Wertung im einzelnen voraussetzt, andererseits eine bestimmte Anschauung von der Persönlichkeit Heinrichs VI. und von dem, wieder durch diese bedingten

¹ Daß diese strenge und ungewöhnliche Scheidung in den weiteren Kreisen des Volks nicht gekannt und nicht begriffen wurde, daß hier Konrad als König angesehen und seine Herrschaft wie die Heinrichs (VII.) nur als königliche empfunden wurde, ist für die Rechtsfrage, auf die es hier ankommt, ohne Belang.

Umfang seines Reformplans erheischt.¹ Wenn daher bei dem Urteil über die Reichsreform Heinrichs VI. diesem oder jenem immer noch ein Rest von Bedenken bleiben mag, so ist die Interpretation des Wahldekrets von 1237 so selbstverständlich und klar, daß sie jedem Zweifel entrückt ist. In einer Beziehung daher wird wenigstens im Hinblick auf methodisch-kritische Erwägungen eine allgemeine Übereinstimmung zu erzielen sein: es ist unzulässig, auf Grund des nicht einwandfreien Berichts des Straßburger Annalisten² Heinrich VI. eine zweite grundstürzende Verfassungsänderung zuzuschreiben, die mit dem Plan der Erbmonarchie selbst durchaus nicht notwendig verbunden ist, die in der Politik der Staufer nirgend sonst auch nur eine leise Spur zurückließ, ja! die mit allem, was wir sonst über die Geschichte der imperialen Idee von Friedrich I. bis auf Friedrich II. zu erschließen vermögen, unvereinbar ist!

Außerdem hoffe ich allerdings, daß die in der gegenwärtigen Arbeit vorgetragenen Gedanken auch meiner Anschauung von dem Reichsreformplan Heinrichs VI. insofern zugute kommen, als sie diesem, wie ich ihn ansehe, das Zufällige, Willkürliche nehmen und ihn als das persönliche Werk eines großen Staatsmannes und doch zugleich als das Erzeugnis einer die Zeit umfassenden historischen Bewegung begreifen lassen.

¹ Neuerdings hat sich A. Winter, *Der Erbfolgeplan und das Testament Kaiser Heinrichs VI.* (Erl. Diss. 1908), ernsthaft um diese Probleme bemüht. Allein ihre Lösung stellt Anforderungen, die eine Erstlingsarbeit, wenn sie nicht eben von einem J. Ficker ist, nicht zu erfüllen vermag.

² Er ist im einzelnen trotz guter Kenntnisse ungenau und ohne Verständnis für den Zusammenhang der Ereignisse.

Beilage II.

Ein Gutachten (Heinrichs von Susa, Bischofs von Sisteron)
für Innocenz IV. auf dem Lyoner Konzil im Juli 1245.
(Vgl. oben S. 156.)

Über die Vorgänge auf dem Konzil von Lyon unterrichtet uns vor allem ein offizieller, in der päpstlichen Kanzlei selbst abgefaßter Bericht, die sogenannte ‚*Brevis nota de concilio Lugdunensi*‘.¹ In der Hs. 275 des collegium Hispanicum zu Bologna endet er mit der, den übrigen Codices fehlenden Mitteilung, daß Innocenz IV. vor der entscheidenden dritten Sitzung am 17. Juli 1245 einzeln von Konzilsteilnehmern einen Ratschlag eingeholt habe, ob er wegen der offenkundigen Vergehen Friedrichs II. gegen ihn einschreiten könne und müsse; alle Prälaten hätten sich für die Absetzung des Kaisers ausgesprochen.²

Es bedeutet eine nicht unwesentliche Vertiefung unserer Kenntnis, daß wenigstens eines der Gutachten, von denen der sachkundige Berichterstatter³ meldet, auf uns gekommen ist. In seiner Glosse zur Dekretale *Venerabilem* schiebt nämlich Heinrich von Susa zu dem Worte ‚*progenitores*‘ eine umfangreiche Anmerkung ein, die solch eine, vom Papste erbetene Meinungsäußerung uns vollständig überliefert. Ein Bischof — so leitet Heinrich die Glosse ein — war zu Lyon auf dem Konzil befragt worden über das päpstliche Absetzungsrecht einerseits, über die Verbrechen Friedrichs II. andererseits; die Kurie erblickte solche in der Verachtung der Schlüsselgewalt, in der Gefangennahme, Be-

¹ MG. Const. II, 513 nr. 401. Über ihren Wert vgl. Tangl in den *MIÖG.* XII, 246 ff. — Zu dem Folgenden vgl. auch Foltz, Kaiser Friedrich II. und Papst Innocenz IV. S. 65 ff.

² S. 516: ‚*Sed est diligenter attendendum, quod papa in illis diebus consilium petierat singulariter a prelati, utrum posset vel deberet procedere per ea que manifesta fuerant contra eum, et quantum ad depositionem eius omnes concordarunt*‘.

³ Tangl führt den letzten Zusatz auf den Vizekanzler selbst zurück. — Inwieweit die Gutachten mit den Verhandlungen in der geheimen Sitzung zusammenhängen, von der Innocenz IV. in dem Brief an die Äbte des Zisterzienserordens (Sept. 1245) erzählt hat, muß dahingestellt bleiben; vgl. Foltz S. 97 f.

raubung und Ermordung der zum Konzil Gregors IX. reisenden Prälaten, in dem Bruche des von der Kirche gefestigten Friedens. Auf diese vier Punkte erwidert der gelehrte Geistliche und stellt zunächst fest, daß um der drei Vergehungen des Kaisers willen dem Papste das Recht, ihn abzusetzen, zukommt. Danach erörtert er, ob es notwendig und förderlich sei, jetzt den Spruch zu fällen.¹ Frage und Antwort entsprechen durchaus der kurzen Aufzeichnung, die am Schluß der Brevis nota über den Inhalt der Gutachten zugefügt worden ist.

Wenn auch das Absetzungsdekret selbst keine Spuren davon aufweist, daß dieser „Ratschlag eines Bischofs“ benutzt sei, so zeigt es doch deutlich die Fragen, die dem Konzil vorgelegt worden sind. Denn in ihm werden die vier schwersten Beschuldigungen gegen den Kaiser behandelt²: wiederholter Meineid, freventlicher Bruch des Friedens zwischen Kirche und Reich, die Gefangennahme der Kardinäle, der Verdacht der Ketzerei. Über die letzten drei Punkte sind die Prälaten befragt worden. Vermutlich ist es daraufhin für zweckmäßig erachtet worden, besonderes Gewicht auf den Eidbruch Friedrichs II. zu legen, um seine Absetzung einwandfrei zu begründen.

Als Verfasser wird jeder leicht den gelehrten Geistlichen vermuten, der uns das Gutachten übermittelt hat. Heinrich von Susa war nicht lange vor dem Konzil, nach dem J. 1241, Bischof von Sisteron in der Provence geworden. Wie es deshalb durchaus wahrscheinlich ist, daß er zu Lyon anwesend war, so liegt es gewiß am nächsten, daß er die eigene Arbeit für wert angesehen hat, durch die Aufnahme in den Kommentar der Nachwelt bewahrt zu werden. Ihm steht es wohl an, mit der Kürze der Zeit und dem Mangel an Büchern die Knappheit der Erklärung zu entschuldigen. Sie ist aus Worten des Dekrets und der Dekretalen zum größeren Teile nur zusammengesetzt; daneben wird auch einmal die Summa des Huguccio erwähnt.

Das Urteil ist völlig im Sinne Innocenz' IV. ausgefallen. Und wir kennen Heinrich von Susa als seinen bewundernden

¹ Er schließt, indem er dem Papst anheimstellt, „quid magis debeat expedire“, während er im ersten Hauptteil die „potestas depositionis“ behandelt hatte.

² MG. Const. II, 509 nr. 400, § 4.

Schüler und als einen Vorkämpfer der kurialen Ansprüche über das Kaisertum. Dennoch blieben vielleicht Bedenken, ob wir ihm die kleine Denkschrift als sein erstes auf uns gekommenes Werk so bestimmt zuweisen dürften —, wenn es nicht in Einem seinen Geist untrüglich verriete: soviel wir wissen¹, war die eigenste Art Heinrichs von Susa, die Sätze des römischen Rechts dem Rechte der Kirche so ganz an die Seite zu stellen, wie es in seinem Dekretalenkommentar und wie es auch in diesem Gutachten für Innocenz IV. geschehen ist.

Lectura sive Apparatus domini Hostiensis super quinque libros decretalium. Argentine 1512; I, fol. 61 zu c. 34 I 6.

fol. 62^a. gl. ‚Progenitores‘:

Consultus apud Lugdunum in concilio generali quidam episcopus: primo super potentia deponendi, secundo super contemptu clavium, tertio super captione depredatione interfectione prelatorum, quarto super fractione pacis per ecclesiam firmate, in quibus omnibus — sicut pro constanti habebat curia — peccaverat Fredericus, sic respondit:

Secundum opinionem maiorum meorum imperator² pro quolibet mortali peccato deponi potest — quod intelligo de gravibus — et si incorrigibilis sit, maxime quando universalis ecclesia inde scandalizatur et concutitur ut in isto. De hoc notatur per Iohannem XL. dist. Si papa [c. 6], in glosa que incipit Quod intelligit³, in fine super verbo A fide devius; et in Summa Hug[uccionis].

Si enim Zacharias papa regem Francorum, qui a Romano pontifice coronam non recipit nec per eum examinatur nec ab eo conprobatur vel reprobatur, non tam pro suis iniquitatibus quam pro eo quod tante potestati erat inutilis a regno deposuit et alium loco ipsius substituit, ut C. XV q. VI Alius [c. 3] —, multo fortius imperatorem qui subest ei pro suis iniquitatibus poterit removere, ut hic et XCVI. dist. Duo sunt et c. Si imperator [c. 10. 11].

De contemptu clavium planum est quod sufficit, quia qui Romane ecclesie privilegio detrahit, hic procul dubio in heresim labitur; fidem quippe violat qui adversus illam agit que est mater

¹ Vgl. Schulte, Geschichte der Quellen des kanonischen Rechts II, 123 ff. — Im übrigen vgl. über ihn Maubach, Die Kardinäle und ihre Politik S. 93 ff.

² ‚imperatorum‘ H.

³ ‚intellige‘ H.

fidei, et illi, hoc est deo¹, contumax invenitur, qui eam cunctis ecclesiis cognoscitur pretulisse. XXII. dist. Omnes [c. 1]. Et dicit Hieronymus, quod talis imperitum vel malivolum aut etiam se non catholicum, sed hereticum comprobabit. C. XXIII q. I Hec est fides [c. 14]; et c. Rogamus [c. 15] et c. Alienus [c. 19] et c. Omnibus consideratis [c. 20] et quasi per totum et optime C. De hereticis Quicumque [c. 8 C 1, 5] et De summa trinitate et fide catholica c.² fi. [c. 2 X I 1] et in authentica De ecclesiasticis titulis [c. 14 Nov. 131]. Nam etsi nihil contra potestatem clavium dicere attentaret, tamen si excommunicatus per annum satisfacere contenderet, talis pertinacia non careret scrupulo heretice pravitatis, ut infra De penis Gravem [c. 13 V 37]. Non enim est vis in biennio, de quo illa loquitur decretalis, ut probatur C. XI q. III Rursus et c. Quicumque [c. 36. 37] et infra De hereticis Excommunicamus itaque § Moneantur [c. 13 V 7 § 3]. Qui enim rebelliter vivit, magis diaboli quam Christi membrum ostenditur et etiam infidelis XXXVIII. dist. c. fi. Talis enim peccatum paganismi incurrit et scelus idolatrie; LXXXI dist. Si qui sunt presbyteri [c. 15].

Item captio depredatio et interfectio prelatorum sufficere videtur. Aufert enim nomen boni principis et religiosi, ut XCVI. dist. Boni principis [c. 16]. Unde si caret nomine, per consequens et effectum, C. De feriis A nullo [c. 3 C 3, 12] in fine; Inst. De donationibus § Est et aliud [§ 3 I 2, 7] et infra De verborum significatione Nam et ego [c. 3 V 40]. Regum enim officium est facere iudicium et iusticiam et liberare de manu calumniantium vi oppressos; et non solum liberare, sed etiam nec pati debent, ut eorum conniventia ab aliis contristentur nec effundant sanguinem innocentem. Si enim, inquit, hoc observaveritis, o reges Iuda, tenebitis pristinam potestatem; ergo a contrario sensu: alias amittetis³ —, ut C. XXIII q. V Regum [c. 23] et c. Administratores et c. Principes [c. 26. 20]. Nam si gens et civitas petenda est, que vindicare negligit quod a suis improbe factum est, vel reddere quod per iniurias ablatum est, quare non

¹ Zu beachten ist, daß die Worte „hoc est Deo“ der angezogenen Stelle des Dekrets noch fehlen, vgl. dazu die oben S. 155 N. 2 angeführte Glosse Heinrichs von Susa.

² „l.“ H.

³ Zusatz des Gutachters.

imperator pro proprio commisso¹ C. XXIII q. II Dominus Deus noster [c. 2]?

Utique cum in hoc casu patroni ius patronatus advocati advocatiam et feudatarii feudum, vicedomini vicedominatum, beneficiati beneficium amittere² debeant, sicut precipitur in concilio generali infra De penis In quibusdam § Sacri [c. 12 V 37], nulli convenit magis hec pena quam imperatori, qui tot beneficia recepit a Romana ecclesia et ipsius existit feudatarius³; nec non et ei competunt, quamdiu bene regit, nomina supradicta.

Item qui contra pacem ecclesie sunt, si dignitatem aut cingulum habeant, nudentur eis, ut C. XXIII q. I Qui contra pacem [c. 32]; et certe privilegium meretur amittere etc., ut supra De postulatione prelatorum [I 5] c. I et II; C. XI q. III Privilegium [c. 63]. Sed nec merentur⁴ regere crimine periurii irretiti, infra De iureiurando Querelam [c. 10 II 24].

Unde his omnibus consideratis et aliis que allegari possent, si temporis spacium suffragaretur et librorum copia, liquet satis de potestate depositionis.

Utrum autem expediat, si pax firma et honorabilis haberi non possit, quod vix aut numquam creditur, nolo ponere os in celum; sed qui super omnes est, discutiatur et consideret, quod lucrum reportaverit ecclesia ex expectatione diutina, quot et qui principes insurrexerunt pro ecclesia contra ipsum vel potius contra ecclesiam, vel ad minus an tepidi sint, qui fervere in defensione ecclesie consueverunt; et quod omnes fideles et vasalli imperii pro maiori parte asserunt, quod domino suo deesse non debent, quamdiu dominus est. Siquidem et de transacta vita in ipso didicimus, quod de subsequenti presumere debeamus. Unde verbum:

Nam rumor de veteri faciet ventura timeri;

Cras poterunt fieri turpia sicut heri.

¹ Zusatz des Gutachters.

² ‚admittere‘ H.

³ Friedrich II. war für Sizilien Lehnsmann der Kurie. Die folgenden Worte sollen wohl den rechten und guten Kaiser als Beamten der Kirche erscheinen lassen; vgl. oben S. 159 N. 4 die Summa Ostiensis. — Übrigens hätte schon oben zu S. 157 ff. (besonders S. 157 N. 3) bemerkt werden müssen, daß die Brevis nota (Const. II, 514 § 3) recht zweideutig spricht von dem ‚iuramentum fidelitatis‘, das Kaiser Friedrich, ‚cum esset rex‘, dem Papste ‚prestiterat tamquam vasallus suo domino‘ (vgl. Foltz a. a. O. S. 72).

⁴ Hier ist vom Gutachter ‚ecclesias‘ fortgelassen!

Sed hoc quomodo? Cum tantus princeps sit, nec accusetur nec denunciatur nec citatus sit nec conventus. Quod citatus fuerit, hoc est certum. Sed esto, quod non fuerit. Quero, quare apostolus¹ Corinthium absentem et irrequisitum condemnavit, C. II q. I De manifesta [c. 17] et infra De appellationibus Cum² sit Romana [c. 5 II 28] in fine. Certe quia excessus notorius examinatione non indiget, ut supra eodem Bone memorie Moguntinensi [c. 23 I 6]. § Contra.

Sunt autem crimina notoria que alias fuerunt contra patrum suum allegata.³ Pater sanctissime, considera, quod idem est in eodem: scilicet excommunicatio publica, periurium manifestum ac persecutio divulgata, quam progenitores eius et ipse presumpserunt in apostolicam sedem et in alias ecclesias exercere ut hic. Henricus enim primus de genere Paschalem papam cum episcopis et cardinalibus captivavit; Fredericus avus contra Alexandrum longo tempore scisma fovit; Henricus pater interfectores quorundam episcoporum⁴ punire omisit, ut hic narrabantur in eadem decretali Extra III. in antiquis § Quod autem.

Quod ergo bonum ab isto filio qui in tot atrocibus patrizavit possumus expectare? Certe sepe solet similis filius esse patri ff. De redibitoria actione Quodsi nolit § Qui mancipia [l. 31 § 21 D 21, 1] et C. VI q. I § Verum verbo Si quis cum militibus [c. 22], et LVI. dist. Si gens Anglorum [c. 10] et infra De filiis presbyterorum Litteras [c. 14 I 17].

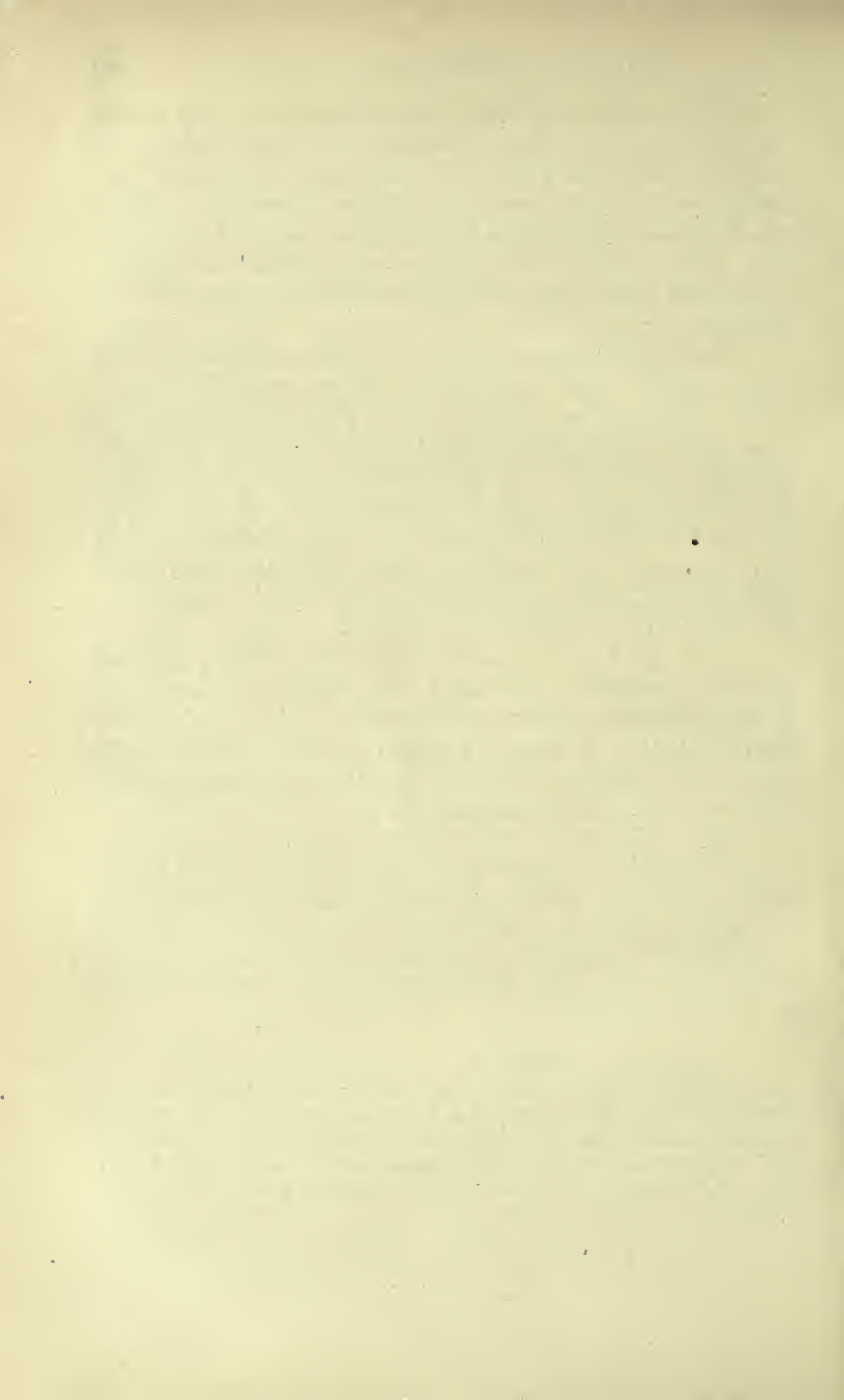
Eligat igitur et determinet sanctitatis vestre circumspectio, quid magis debeat expedire. Illud autem notandum, quod ad hoc, ut sententia etiam in notoriis rite feratur, citatio sive monitio procedere debet, quod dic ut notatur infra De iureiurando Ad nostram III [c. 21 II 24] et De appellationibus Cum sit Romana [c. 5 II 28] in fine.

¹ ‚amplius‘ H.

² ‚Cur‘ H.

³ Um des Folgenden willen, das aus dem vollständigen Text des Schreibens Venerabilem (Compil. III c. 19 I 6) entnommen ist, hat Heinrich von Susa das Gutachten unter ‚progenitores‘ angeführt.

⁴ Es handelt sich allein um die Ermordung Alberts von Lüttich, auf die einzig auch in dem Briefe Venerabilem hingewiesen wird.



DIE ENTSTEHUNG
DES KURFÜRSTENTUMS

I.

Die Bildung des Reichsfürstenstandes.

Auf die Anfänge des Kurfürstenkollegs einzugehen, zwingt mich der Umstand, daß ich die Bedeutung des Braunschweiger Tages von 1252 — die wir noch weiter als Zeumer zu fassen haben werden — im Rahmen der staufischen Kaiserwahlen nicht zu würdigen vermöchte, wenn nicht vorher ein Bild davon gewonnen worden ist, wie sich damals der Anteil der deutschen Fürsten an der Erhebung eines neuen Herrschers gestaltet hatte. Dazu kommt, daß der Gedanke von einer „Kaiserwahl“ durch die Fürsten Deutschlands, den wir entstehen und wirken sahen, in die Erörterung der bis zum Übermaß behandelten und noch immer nicht gelösten Frage einen fruchtbaren Gesichtspunkt hineinträgt.

Trotzdem verzichte ich darauf, ein neues Buch den zahlreichen Schriften¹ hinzuzufügen, die seit einem halben Jahrhundert — die bekannte Arbeit von Phillips erschien 1857/8 — sich mit der schwierigen Aufgabe beschäftigt haben. Solch ein Buch dürfte sich der Pflicht nicht ganz entziehen, sich mit den Ansichten der Forscher auseinanderzusetzen und durch deren Kritik den festen Boden für den Aufbau der eigenen Meinung zu bereiten. Ich darf die umfassende Zeit, die das kosten würde, hieran nicht setzen. Und deshalb begnüge ich mich damit, auszusprechen, daß meine Vorgänger nahezu alle an dem einen oder dem andern Punkte die Erkenntnis gefördert haben, so sehr sie sich in ihren Ergebnissen widersprechen und so hart sie einander bekämpften. Phillips und Ficker, Wilmanns und Schirrmacher, Langhans und Ed. Meyer, Waitz und Weiland, Harnack und Tannert, Quidde

¹ Man vergleiche z. B. die Literatur bei Hugelmann, Die deutsche Königswahl im corpus iuris canonici S. 196 ff. und die kritische Übersicht bei Seeliger, Deutsche Zeitschr. für Geschichtswissenschaft N. F. II, Monatsblätter 1898, S. 1 ff. — Von den älteren Werken ist Gemeiners als das wichtigste immer noch zu beachten.

und Maurenbrecher, H. M. Schuster und W. Becker, Kirchhöfer und Lindner, Bresslau und Seeliger, E. Mayer und v. Wretschko, Krammer und Hugelmann — neben den Irrtümern, die allerdings bei manchen breiten Raum einnehmen, hat wohl jeder von ihnen hier oder da zuerst das Rechte gesehen, haben einzelne einen gewichtigsten Fortschritt gebracht. Es ist wissenschaftliche Pflicht, ihrer aller in achtungsvoller Dankbarkeit zu gedenken.

Ich beschränke mich darauf, ausschließlich an der Hand der längst bekannten Quellen, die zu vermehren keine Hoffnung besteht, in den Grundzügen die Entwicklung zu zeichnen, wie sie sich mir darstellt.¹

Sie geht aus von dem Abschluß des jüngeren Reichsfürstenstandes, den J. Ficker uns in seinem berühmten Buch geschildert hat. Er hat bereits bemerkt, daß um das J. 1180 der Wandel eingetreten sei, demzufolge der Ausdruck ‚*princeps imperii*‘, Reichsfürst, nicht mehr von den Beamten des Staats bis einschließlich der Grafen gebraucht, sondern nur noch auf die unmittelbaren fürstlichen Lehnsträger des Reichs angewandt wurde. Aus den „*Amtsfürsten*“ sind die „*Lehnsfürsten*“ als ein engerer Kreis ausgeschieden worden.

F. Güterbock hat in einer geistvollen Untersuchung recht wahrscheinlich gemacht, daß in dem Prozeß gegen Heinrich den Löwen der neue Lehnsfürstenstand zum ersten Male hervorgetreten sei.² Seine Ausbildung hängt sicherlich damit zusammen, daß der Begriff des *imperium* im 12. Jahrh. staatsrechtlich festere Form annahm³: das „Reich“ wurde neben und gegenüber dem

¹ Ich hebe ausdrücklich hervor, daß niemand besser als ich selbst fühlt, wie vieles hier nur Anregungen und Ansätze zur abschließenden Forschung sind! Aber ich hoffe, daß sie ernsthaft und erwägenswert genug erscheinen, um meinen Entschluß begreiflich und unserer Wissenschaft förderlich zu finden.

² Die Neubildung des Reichsfürstenstandes und der Prozeß Heinrichs des Löwen (Historische Aufsätze, K. Zeumer dargebracht, S. 579 ff.). — Eine starke Analogie dazu scheint mir das Hervortreten der *pares Franciae* im Prozeß gegen Johann ohne Land (vgl. Holtzmann, Französische Verfassungsgeschichte S. 231 ff.).

³ Gierke, Genossenschaftsrecht II, 572: „Seit dem 13. oder vielleicht schon seit der Mitte des 12. Jahrh. tritt mehr und mehr der Begriff einer idealen Gesamtpersönlichkeit des Reiches hervor“. Wie dieses „Reich“ mit dem *regnum Romanum* zu einer Staatspersönlichkeit verschmilzt und

Herrscher dargestellt durch die von ihm belehnten „Vordersten am Reiche“.

Ich sehe ganz davon ab, dieser Frage nachzugehen, die für das Verständnis der staufischen Zeit noch reichen Ertrag verspricht. Mir liegt hier nur daran, festzustellen, daß schon im J. 1184 die Lage eines „*princeps imperii*“ reichsrechtlich ganz klar bestimmt war; in dem Vertrag Friedrichs I. mit dem Grafen Balduin von Hennegau wird ausgemacht, daß aus Lehen und Allod des Grafen von Namur eine Markgrafschaft des Reichs gebildet werde, die dem Grafen übertragen und um deretwillen er Lehnsmann und Fürst des Reiches wird¹; er soll dann sich des Privilegs der Reichsfürsten erfreuen.² Daß dieses „Privileg“ auf einer bestimmten gesetzlichen Ordnung des Reichsfürstenstandes beruht, geht daraus hervor, daß auch Gislebert³ seiner gedenkt und erklärt; „wer im Reich eines Fürsten Privileg genießt, darf niemandem Mannschaft leisten, der nicht geweiht ist; er darf daher huldigen nur Königen und Bischöfen und Reichsäbten.“

Es steht daher fest, daß der lehnsrechtliche Reichsfürstenstand um 1180 durch eine ganz besondere Maßregel — die allerdings nur eine tatsächliche Entwicklung abgeschlossen haben wird — über den beamteten Fürstenstand herausgehoben worden ist; dabei sind seine Rechte und Pflichten durch Urteilsprüche am Kaiserhofe gefunden worden.⁴

nun unter Verbindung mit dem Lehnrecht durch die „Reichsfürsten“ dargestellt wird, wie das, was das *corpus iuris* vom altrömischen imperium aussagte, auf diesen mittelalterlichen Kaiserstaat übertragen wird, das gehört zu den wichtigsten Problemen, die wir für unser deutsches Mittelalter noch zu lösen haben. Vgl. auch oben S. 198 ff.

¹ Die Bindung des „Fürsten“ an ein „Fürstentum“ des Reichs, des Herrschers an sein „Land“, ist das Wesentliche.

² Zeumer, Quellensammlung S. 19 nr. 17: „*ex ea princeps imperii et ligius homo censebitur et principum imperii gaudebit privilegio*“ (Stumpf, Reichskanzler Reg. nr. 4374).

³ SS. rer. Germ. p. 222 zum J. 1191: „*quicumque enim in imperio principis gaudet privilegio, nemini hominum facere potest qui consecratus non fuerit; licet eis hominia facere regibus tantummodo et episcopis et abbatibus qui regales dicuntur*“, vgl. auch Gislebert p. 204 zu 1188 (Ficker, Reichsfürstenstand S. 108 ff.).

⁴ Ich weiche insofern von Ficker S. 129 ab, als ich auf das Zeugnis Gisleberts und der Urkunde von 1184 hin überzeugt bin, daß ein Reichsgesetz die neue Ordnung abschließend geschaffen hat. Inwieweit der Prozeß

Selbstverständlich ist nun der Begriff der Amtsfürsten nicht von einem Tage zum andern erloschen; in den Quellen werden ‚principes‘, Fürsten, noch geraume Zeit hier in dem einen, dort in dem andern Sinne gebraucht¹; völlig sicher ist das eine, daß die Bezeichnung eines ‚princeps imperii‘, eines Reichsfürsten², rechtlich durchaus nur noch den Mitgliedern des begrenzten Lehnsfürstenstandes zukommt.

II.

Das Kurrecht der Reichsfürsten und das Vollwort der gräflichen Amtsfürsten.

Sobald bestimmt erkannt ist, daß in den letzten beiden Jahrzehnten des 12. Jahrh. der Stand der Reichsfürsten abgeschlossen neben und über dem Stande der Grafen steht, die mit ihm als Amtsfürsten bis dahin zusammengehörten, erhebt sich die Frage, ob diese Scheidung bei dem vornehmsten Fürstenrechte, dem regnum Romanum den König, dem imperium den Kaiser zu küren, nicht in die Erscheinung getreten sei. Haben bei den Wahlen, die auf die Bildung des Lehnsfürstenstandes folgten, die Grafen noch Seite an Seite mit den weltlichen und geistlichen Reichsfürsten ihr Kurrecht geübt oder nicht? Haben die letzteren nach irgendwelcher Richtung hin bei der Wahl ein Vorrecht besessen oder nicht?

Wer die Fragen mit dieser Bestimmtheit an die Quellen stellt, dem geben sie bei der Doppelwahl von 1198 unzweideutige

Heinrichs den äußeren Anlaß oder gar mehr dazu gegeben hat (vgl. Güterbock S. 590), mag offen bleiben.

¹ Dies wird gleichfalls noch besonders zu untersuchen sein. — Auch Güterbock S. 588 nimmt an, daß die verschiedenen beiden Fürstenbegriffe zur Zeit der Umbildung des Fürstenstandes nebeneinander hergingen. Insofern ist auch der Ausgangspunkt von Fehrs Untersuchungen (Fürst und Graf im Sachsenspiegel; Berichte der sächs. Gesellschaft der Wissenschaften, Phil. Hist. Kl. 1906, Bd. 58) sicher richtig, — selbst wenn seine Interpretation von Ssp. Ldr. III, c. 64, § 1. 2 nicht aufrecht zu erhalten wäre. Dagegen irrt Fehr, wenn er das Bild, das ihm der Ssp. mit seinem „doppelten Fürstentum“ bietet, auf das Reichsrecht übertragen will. Von einer Unsicherheit über den „Fürstenbegriff“ in den Akten der Reichskanzlei kann in der Zeit Friedrichs II. gar keine Rede sein (gegen Fehr S. 40 N. 4; vgl. unten S. 330 N. 1). In den Aufzeichnungen Eikes liegen Schichten älterer und jüngerer Zustände nebeneinander.

² Auch wohl ‚princeps regni‘; doch ist diese Bezeichnung vielleicht nicht ganz so zwingend zu deuten.

Antwort. Die Schreiben über die Wahl Ottos lassen keinen Zweifel darüber, daß bei ihr zwischen Fürsten und Grafen geschieden worden ist.

König Otto selbst hat an Innocenz III. geschrieben¹, daß er „von den Optimaten und den Fürsten des Reichs, denen von Rechts wegen die electio zusteht, zur Leitung des Königtums gerufen und gewählt worden sei“.

Die Wähler Ottos, „die Fürsten und die Barone Deutschlands“, haben in ihrem Gesamtschreiben erklärt²: „wir haben den Herrn Otto ... zum Gipfel des römischen Königtums rechtmäßig erwählt und pflichtmäßig dieser Wahl zugestimmt. ... Wir Fürsten aber, die wir den Herrn Otto zum König gewählt haben, wir haben unsere Lehen, die wir vom Reiche haben, aus seiner Hand empfangen, ihm Mannschaft geleistet und Treue geschworen.“ Drei Bischöfe und drei Reichsäbte, sowie Herzog Heinrich von Lothringen, Markgraf des römischen Reichs, bezeugen in ihrer Unterschrift, daß sie gewählt haben; Graf Heinrich von Kuyk hingegen erklärt, „er habe zugestimmt“. Aus diesem Bericht an den Papst ist zu schließen, daß die Teilnehmer der Wahl in zwei Gruppen zerfielen, von denen die eine „wählte“, die andere „zustimmte“. Als Wähler bezeichnen sich ausdrücklich die Fürsten, die Lehen vom Reiche haben: es sind die Angehörigen des jüngeren Reichsfürstenstandes³; sie waren frei und unabhängig, in rechter Weise zu wählen. Die zweite Gruppe war verpflichtet, ihrer Wahl zuzustimmen: es sind die Optimaten, wie ohne weiteres aus dem Brief Ottos hervorgeht, der sie neben die principes imperii gestellt hat.⁴ An ihrer Spitze aber stehen

¹ MG. Const. II, 23 nr. 18: „quod nos ab obtimatibus et principibus imperii, ad quos de iure spectat electio, ad regni gubernacula ex inopinato vocati sumus et electi“.

² Const. II, 24 nr. 19: „ad Romani regni fastigium iuste ac rationaliter elegimus et sicut debuimus ipsius electioni consensimus ... Nos autem principes, qui iam dictum Ottonem in regem elegimus, feoda nostra que ab imperio tenemus a manu ipsius recipientes hominum sibi fecimus et fidelitatem iuravimus“.

³ Die Fassung ließe höchstens zu, unter den Wählern auch diejenigen Grafen zu suchen, die neben ihren Lehen aus zweiter Hand auch noch unmittelbare — nicht fürstliche — Reichslehen gehabt hätten.

⁴ Allerdings ist die Scheidung der „principes“ und „barones“ in der Überschrift des Gesamtschreibens nicht mit Sicherheit zu deuten: hier könnten

die Grafen; der einzige, dessen Unterschrift nicht die Wahl, sondern den Konsens bekundet, ist der einzige Zeuge, der nicht zu den Reichsfürsten gehört: Graf Heinrich von Kuyk.

Die Einzelschreiben der Wähler tragen dazu bei, das gewonnene Bild zu ergänzen: Erzbischof Adolf von Köln beginnt damit¹, daß er mit den andern Fürsten über die Erhebung eines Königs verhandelt habe und daß sie ihre Aufmerksamkeit auf verschiedene Reichsfürsten gelenkt, bis sie endlich Otto zum römischen König gewählt haben; er bittet den Papst, seine und die Handlungen der andern Fürsten, die von Rechts wegen wählen müssen, gnädig aufzunehmen.² Graf Balduin von Flandern und Hennegau, Markgraf von Namur — und „Reichsfürst“ wie Herzog Heinrich von Lothringen — erklärt³, daß er „gemeinsam mit den andern Reichsfürsten, denen von Rechts wegen die ‚electio‘ zusteht, über einen neuen König beraten habe und daß endlich seine Stimme mit den ihren auf den Herrn Otto zusammengekommen sei“. Nach der Krönung und Weihe habe er die Wahl als recht anerkannt und seine Reichslehen aus Ottos Hand genommen. Endlich hat Graf Albert von Dagsburg und Metz, der nicht zu den Reichsfürsten gehörte, kürzer berichtet⁴, daß er mit den andern Fürsten Otto zum römischen König erwählt und ihn nach der Krönung auf den Stuhl Karls d. Gr. eingesetzt habe.

die Grafen noch zu den (Amts-)Fürsten gezogen sein. Den Lehnseid aber haben unter den ‚principes‘ geleistet — nur die Wahlfürsten: ‚nos autem principes, qui . . . elegimus, . . . hominium fecimus‘! Schon hier dürften wir rein logisch folgern, daß „Reichsfürst“ und „Wahlfürst“ identisch sei!

¹ Const. II, 25 nr. 20: ‚nos una cum aliis principibus de substituendo rege sepius tractantes . . . protendimus animos nostros ad diversos imperii principes‘. Im Gesamtschreiben (nr. 19) heißt es: ‚per universos principes regni animos nostros ereximus‘: gemeint sind die Reichsfürsten Berthold von Zähringen und Bernhard von Sachsen.

² ‚factum nostrum aliorumque principum qui de iure eligere debent attententes‘.

³ Const. II, 26 nr. 21: ‚nos una cum principibus imperii, ad quos de iure spectat electio, de eligendo rege sepius tractavimus . . . in dominum nostrum regem Ottonem vota nostra celeberrime concurrerunt. Nos igitur dicti regis electionem . . . ratam habentes, terras nostras, quas de imperio tenemus, a manu sua recipientes facto hominio illi fidelitatem fecimus‘.

⁴ Const. II, 26 nr. 22: ‚nos et alii principes dominum Ottonem elegimus et ipsum . . . in sede regia . . . locavimus‘.

Aus dem Vergleich der Schreiben wird deutlich, daß in ihnen die Ausdrücke ‚*principes*‘ und ‚*principes imperii*‘ durchaus nicht willkürlich oder ganz im gleichen Sinne gebraucht wurden: wohl überlegt hat der Graf von Dagsburg jenen, der Graf von Flandern und Hennegau diesen angewandt. Und wenn zum erstenmal überhaupt in all diesen Briefen von „Fürsten“ gesprochen wird, denen die ‚*electio*‘ von Rechts wegen zukomme¹, wenn ferner zu zweien Malen eben diese als die „Reichsfürsten“ genannt werden², wenn ein andermal von den Wahlfürsten gesagt wird, daß sie die Reichslehen vom König empfangen haben —, so scheint mir der Schluß zwingend, daß eben die neuen Lehnsherrscher es sind, die in ausgezeichneter Weise ein Recht der ‚*electio*‘ besitzen.³ Wie es immer sich von dem Anteil der Amtsfürsten scheiden mag, so viel ist schon jetzt gewiß, daß bei der abschließenden Ordnung des Reichsfürstenstandes ihm eine irgend bevorzugte Stellung bei der Wahl zugesprochen worden ist. Seine Mitglieder sind diejenigen, ‚*ad quos de iure spectat electio*‘: sie sind deshalb die ‚*principes electores*‘, die Wahlfürsten, wie sie in Sachsen schon für die Kaiserwahl Philipps der zeitgenössische Chronist von Halberstadt zu nennen weiß.⁴ Man kann nicht

¹ Im Anschluß an die Berichte, die ihnen aus Deutschland zukamen, sprachen König Richard von England und Johannes Rusca, der Podestà von Mailand. Während dieser (Böhmer-Ficker Reg. nr. 12168*; Reg. de neg. imp. nr. 6, col. 1002) in engster Anlehnung an einen Brief Erzbischof Adolfs erwähnt: ‚*principes ad quos electio pertinet*‘ und ‚*ad quos de iure spectat electio*‘, sagt Richard (Reg. de neg. imp. nr. 5, col. 1001) von Otto: ‚*quem ad regnum Alemannie celebris eorum vocavit electio quorum interest regem eligere et quem eorundem consensus in loco ad hoc debito sublimavit in regem*‘. Später sagt er, daß ihn ‚*electio debita in loco debito coronavit*‘, indem er dabei offenbar wieder auf die Akklamation bei der Thronerhebung hinweist.

² Nur Adolf von Köln spricht im allgemeinen von den ‚*principes qui de iure eligere debent*‘, so daß hier ungewiß bleibt, ob er nur die Reichsfürsten (= Wahlfürsten) oder die Gesamtheit der Amtsfürsten meint. Aber da er an keiner Stelle von einer Teilnahme der *optimates*, *magnates* oder *barones* spricht, unter die wir die Grafen mitbeziehen könnten, so darf eher vermutet werden, daß Adolf mit den einfachen ‚*principes*‘ die Amtsfürsten nennt, also die Grafen mitumfaßt.

³ Die *Annales Gemmeticenses* (vgl. oben S. 21 N. 1) erzählen: ‚*archiepiscopi et episcopi et duces imperii ... elegerunt imperatorem Othonem*‘.

⁴ Vgl. oben S. 22 N. 1: ‚*Cum enim electores Saxonie principes ad eligendum imperatorem universos imperii principes crebrius invita-*

anders, als unter ihnen denselben Kreis sehen, den er¹ für die Kaiserwahl Ottos zu Halberstadt ein Jahrzehnt später als den der ‚principes imperii‘ bezeichnet.²

Allerdings ist gar keine Rede davon, daß nun etwa die Grafen von der Wahl ausgeschlossen wurden. Alle Schreiben beweisen hinreichend die Mitwirkung der Amtsfürsten insgesamt, ja! überhaupt der ‚optimates‘, die Otto den ‚principes imperii‘, oder der ‚barones‘, die das Gesamtschreiben den ‚principes‘ an die Seite stellt. Sicher ist aus dem Brief Adolfs zu folgern, daß die Gesamtheit der Amtsfürsten an der Vorberatung über die Wahl, dem ‚tractatus‘, beteiligt war³; und ebenso überzeugend lehrt das Schreiben des Dagsburgers, daß ihnen bei der rechtsverbindlichen Handlung selbst hinreichend Raum gegeben war, um von einer „Wahl“ durch die ‚principes‘ reden zu können.

Wir müssen uns daran erinnern, daß ‚eligere‘, ‚electio‘ ebenso die gesamte Wahlhandlung umfassen wie ihren rechtlichen Höhepunkt, die Einzelkur, allein bezeichnen kann. Es ist klar, daß Albert von Dagsburg von dem ganzen Akte spricht, der nach dem Gesamtschreiben in die ‚electio‘ und den ‚consensus‘ zerfällt. Wie diese beiden sich zueinander verhalten, das hat unübertrefflich schon Wipo geschildert⁴: Erzbischof Aribio von Mainz erkor den

rent . . .⁴. Hier kommt der für jene Zeit auffallende Ausdruck zum ersten Male vor.

¹ Vgl. oben S. 82 N. 1: ‚plerique principes imperii . . . regem Ottomem in imperatorem unanimiter elegerunt‘. Daß dem Chronisten die Scheidung der Grafen von den Fürsten wohlbekannt ist, zeigt die Schilderung des Magdeburger Festes von 1199 (SS. XXIII, 114): ‚Bernardus dux Saxonie . . . ceterique principes assistentes, viri quoque nobiles, comites et barones omnisque generis plebs . . . sedulitate ferventes erant . . .‘.

² In den Anfang des 13. Jahrh. gehört auch die Nachricht des Chron. Laudunense über die Wahl Friedrichs I. von 1152 (MG. SS. XXVI, 443): ‚in concione, ubi convenerant omnes principes imperii, quorum erat imperatorem eligere‘.

³ Daß in dem Schreiben Ottos (S. 299 N. 1) die ‚optimates‘ als diejenigen angesehen werden sollten, die ihn „gerufen“, und die ‚principes imperii‘ als die, die ihn gewählt hätten, wäre sicherlich nicht richtig, zu schließen. Aber aus dem ganz ungewöhnlichen Voranstellen der ‚optimates‘ wird zu folgern sein, daß ihnen bei den zuerst erwähnten Vorverhandlungen — die mit dem „Ruf“ an Otto endigten — ein größerer Einfluß zustand als bei der feierlichen Wahl, deren Schwergewicht bei den Reichsfürsten lag.

⁴ ed. Bresslau, c. 2 p. 14: ‚Archiepiscopus Moguntinensis . . . laudavit et elegit . . . Chuononem suum in dominum et regem atque rectorem et de

älteren Konrad zum „Herrn und König, zum Richter und Verteidiger des Vaterlandes“. Diesen Spruch wiederholten zuerst alle Geistlichen; dann folgte ihnen der jüngere Konrad, und nun wiederholten die Weltlichen einzeln nach den einzelnen Stämmen dieselben ‚verba electionis‘, denselben Kürspruch; daran aber schloß sich der Zuruf des Volks; alle stimmten einmütig bei der Wahl des Königs den Fürsten zu. Deutlich ist's hier, wie auf die ‚electio‘, die Einzelkur, der ‚consensus‘, die Gesamtzustimmung, der einheitliche Zuruf der Masse folgt.¹ Selbstverständlich ruht die Entscheidung bei den Großen; die Mitwirkung des Volks ist mehr und mehr eine Form. „Aber immer freilich galt, was geschah, als Wille und Tat der Gesamtheit.“² Einzelkur der Fürsten und consensus des Volks machten die rechtskräftige Wahl aus.

Diese Nachrichten eröffnen das Verständnis für die Vorgänge bei der Doppelwahl. Im Laufe des 12. Jahrh. hat eine Verschiebung stattgefunden, durch die der Kreis der Einzelwähler verkleinert wurde; die Grafen sind jetzt als die Vornehmsten an die Spitze des Umstandes getreten, der sich mit der Akklamation, dem allgemeinen Zuruf, bei der Wahl begnügen mußte. Den Reichslehensfürsten allein ist das höchste Recht geblieben, mit dem Kürspruch einzeln den neuen Herrscher zu nennen.³

fensores patriae. Hanc sententiam caeteri archiepiscopi . . . indubitanter sequebantur. Iunior Chuono . . . illum ad dominum et regem elegit . . . Tunc singuli de singulis regnis eadem verba electionis saepissime repetebant; fit clamor populi, omnes unanimiter in regis electione principibus consentiebant'. Vgl. bei der Wahl Heinrichs I. (Widukind I. c. 26, ed. Kehr p. 34): ‚dextris in celum levatis nomen novi regis cum clamore valido salutantes frequentabant‘; auch II, c. 1 p. 55: ‚dextras in excelsum levans cum clamore valido inprecanti sunt prospera novo duci‘.

¹ Dieselbe Trennung der Einzelkur und eines einstimmigen consensus (Akklamation) findet sich auch bei den französischen Königswahlen: im J. 1059 wählen zuerst die Geistlichen mit dem Erzbischof von Reims an der Spitze; darauf die weltlichen Großen in bestimmter Folge bis zu den Grafen. ‚Post, milites et populi tam maiores quam minores uno ore consentientes laudaverunt, ter proclamantes: ‚laudamus, volumus, fiat‘ (Lindner, Der Hergang bei den deutschen Königswahlen S. 63 ff.; vgl. Holtzmann, Französ. Verfassungsgeschichte S. 113 f.).

² Vgl. Waitz, Verfassungsgeschichte VI², 190.

³ Man hat also an den oben S. 299 f. angeführten Stellen zu übersetzen: „Die Reichsfürsten, denen die Kur von Rechts wegen zukommt“. Dagegen

Diese Auszeichnung gehört zu dem Privileg, dessen sich die principes imperii erfreuen. Und weil diese Ordnung erst seit kurzem getroffen ist, deshalb wird ihrer ausdrücklich gedacht; deshalb erläutert man die Reichsfürsten als diejenigen, denen von Rechts wegen die Kur zusteht, mag der Halberstädter sie geradezu als die „Wahlfürsten“ bezeichnen — gegenüber den gräflichen Amtsfürsten, denen nur mehr die Mitwirkung bei den Vorverhandlungen und der Anteil am consensus gewahrt blieb.¹

Der Abschluß des Reichsfürstenstandes, dem nur die Inhaber fürstlicher Reichslehen zugehören, hat dahin geführt, daß diesem obersten Kreise der Untertanen allein die besonders bevorrechtete Stellung bei der Wahl zufiel, die er vorher mit den gräflichen Amtsfürsten noch geteilt hatte. Seitdem die principes imperii die einzigen sind, die gemeinsam die Gesamtpersönlichkeit des Reiches darstellen, steht es in vorderster Reihe bei ihnen, dem imperium den Herrscher zu setzen. Die Umbildung des Fürstentums und das Sonderrecht der jüngeren Reichsfürsten in der Kur sind eine Folge davon, daß der imperiale Gedanke der Stauferzeit das deutsch-römische Königtum über die Landesgrenzen Deutschlands und des regnum Romanum zu kaiserlicher Geltung emporgetragen hat. Sie sind ein Seitenstück zu der gleichen Erscheinung, die zu den Kaiserwahlen der Stauferzeit geführt hat.

Und in der Tat! eine unerwartete Beobachtung gestattet, das ausschließliche Kurrecht der neuen Reichsfürsten und den Anspruch der Deutschen, durch ihre Wahl den Kaiser zu küren, in die unmittelbarste Verbindung miteinander zu setzen. Mit der Verschiebung, die in der Schar der Einzelwähler eingetreten ist, hat sich auch ein Wechsel im Kürspruch selbst vollzogen.

Es darf nämlich mit hoher Wahrscheinlichkeit behauptet werden, daß der Kürspruch bei der Doppelwahl des J. 1198 von

bleibt offen, ob in Adolfs Brief zu übersetzen ist (oben S. 301 N. 2): „Die (Reichs)Fürsten, die kiesen“ oder lieber „die (Amts)Fürsten, die wählen müssen“.

¹ Ich werde nicht nötig haben, weiter darzulegen, daß der allgemeine ‚consensus‘, der den Schluß der förmlichen Wahl bildet, nichts zu tun hat mit der späteren Anerkennung, durch die z. B. Abwesende einer früheren Wahl hinzutreten: auch dieser Akt wird technisch als ‚consensus‘, ‚consentire‘ bezeichnet. Ebenso scheidet er sich von der Akklamation bei der Krönungsfeier.

dem der früheren Zeit¹ abwich. Die Formel lautete jetzt: „ich kiese zum römischen König und allzeit Mehrer“. So war Philipp gewählt²; so ist auch Otto vom päpstlichen Legaten proklamiert worden³; zu Halberstadt 1208 wird er zum „römischen Herrscher und allzeit Mehrer“ ausgerufen.⁴ Dieser Spruch wies mit der Wendung „semper augustus“ bewußt auf die Kaiserwürde hin; wir haben erfahren⁵, wie sie nach der Glosse zu c. 2 Dist. 63 gradezu den „zukünftigen Kaiser“ bezeichnet.⁶

Aus der Umgestaltung des Kürspruchs, die wir für die Wahlen von 1198 zu behaupten vermögen, erhellt jetzt deutlich, daß die Zeitgenossen die deutsche Erhebung ebenso als eine „königliche“ wie als eine „kaiserliche“ bezeichnen durften, je nachdem sie, ihrer politischen Auffassung entsprechend, das Schwergewicht auf den ersten Teil des Kürrufs legten, der dem römischen König, oder auf den zweiten, der seiner kaiserlichen Stellung galt.⁷ Wenn hierdurch die staufische „Kaiserwahl“, die wir eingehend untersuchten, neu beleuchtet und gewissermaßen von außen her durch die Fortbildung der Wahlformen im 12. Jahrh. erklärt wird, so führt uns dieselbe Beobachtung gleichzeitig zum Verständnis der Neuordnung, die hinsichtlich der Wähler vorgenommen wurde.

Der staufische Reichsgedanke bewirkte, daß schon bei der Erhebung des deutschen Königs sein Beruf, des Kaisertums zu walten, in dem Kürspruch Ausdruck finden sollte; sobald dies

¹ Doch besitzen wir für die früheren staufischen Zeiten kein zuverlässiges Material. Über die Wahl von 1196 vgl. unten S. 321f..

² Hallischer Protest von 1202 (MG. Const. II, 6 nr. 6): „electionis nostre vota in serenissimum dominum nostrum Philippum Romanorum regem et semper augustum una voce, uno consensu contulimus“. Dies erklären gemeinsam Reichsfürsten (denen die „vox“) und Grafen (denen der „consensus“ zusteht).

³ Guido von Praeneste (Reg. nr. 51, col. 1052; vgl. oben S. 36 N. 4): „denuntiavimus regem Romanorum et semper augustum“. Die Übereinstimmung der beiden Parteien sichert das Ergebnis.

⁴ Arnold von Lübeck VII, c. 13 p. 285 (vgl. oben S. 83 N. 1): „ac si divinitus inspirati pari voto et unanimi consensu Ottonem in Romanum principem et semper augustum elegerunt“.

⁵ Vgl. oben S. 10 N. 2; 95 N. 6.

⁶ Dazu auch oben S. 282f. in Beilage I, wo gezeigt ist, wie diese Worte „in futurum imperatorem“ sogar in den Kürspruch aufgenommen sind.

⁷ Vgl. oben S. 63 N. 5; über den Einfluß auf Innocenz III. oben S. 33 ff.

geschah, lag es nahe, war es vielleicht sogar im Sinne der Zeit geboten, daß der Spruch, der über das imperium verfügte, nur von dessen Vertretern, von den Reichslehensfürsten gesprochen wurde: bei den principes imperii allein stand es, den imperator zu wählen.

Insofern der „zukünftige Kaiser“ jedoch zugleich der deutsch-römische König ist und bleibt, nehmen an seiner Wahl alle die Großen Deutschlands, auch das Volk selbst, nach wie vor teil. Jene können bei der Vorberatung (nominatio) sogar einen erheblichen Einfluß üben; nach der Kur allerdings sind sie verpflichtet¹, nicht anders wie bisher das Volk ihre Zustimmung „mit gesamtem Munde“ zu verkünden.

Das ausschließliche Kurrecht der Reichsfürsten, das wir bei der Doppelwahl von 1198 erkennen, und das Kaiserrecht des römischen Königs, das in dem neuen Kürspruch rechtlichen Ausdruck gewinnt, bedingen einander. Keine äußere Macht, kein fremdes Vorbild hat den Kreis bevorrechteter Wähler innerhalb der Amtsfürsten geschaffen; der Ausschluß der Grafen von der Kur ist — nachdem einmal die neue Entwicklung des Reichsfürstenstandes eingetreten war — die natürliche Begleiterscheinung jenes weltgeschichtlichen Prozesses, in dem das deutsche Königtum zur unabhängigen Kaisergewalt kraft eigenen Rechtes emporstrebt.

III.

Das Vorstimmrecht der rheinischen Erzbischöfe und der weltlichen Erzbeamten des Reichs.

Wenn insbesondere die Schreiben der kölnischen Partei von 1198 gestatten, die Trennung der „kiesenden“ Fürsten des Reichs von den „zustimmenden“ Grafen mit hoher Sicherheit durchzuführen, so ist es viel schwieriger, den Beweis dafür anzutreten, daß zugleich bei dieser durchgreifenden Maßregel den rheinischen Erzbischöfen und den vier weltlichen Erzbeamten das Recht zuerteilt worden sei, vor allen andern geistlichen und weltlichen Reichsfürsten ihre Stimme abzugeben.

Ich stelle zusammen, was etwa in dieser Hinsicht anzuführen ist. Das älteste Zeugnis dafür, daß bei einer Königswahl ein

¹ „sicut debuimus ipsi electioni consensimus“; vgl. oben S. 299 N. 2.

kleinster Kreis von Fürsten den Ausschlag gab, finde ich bei Gislebert, der um 1196/7 seine Chronik niederschrieb. Er erzählt, daß bei der Wahl Friedrichs I. die Gesamtheit aller Wähler vier weltliche Fürsten bestimmt habe, denen die Entscheidung über die Kaiserwahl überlassen wurde.¹ So unbrauchbar diese Nachricht für die Geschichte Friedrichs I. ist, für die Form, in der sich der Chronist eine deutsche Wahl vorstellt, bleibt sie von Belang.²

Um 1200 hat Roger von Howden seinen Bericht über die Wahl Otto s IV. niedergeschrieben. Er schildert seltsam genug den üblichen Brauch. Auch bei ihm hören wir von einer Versammlung aller Großen Deutschlands, die sich nicht einigen können und nun einem Ausschuß von vier Fürsten, den Erzbischöfen von Köln und Mainz, dem Herzog von Sachsen und dem Pfalzgrafen bei Rhein, den Auftrag erteilen, unter zwölf Kandidaten den geeigneten Herrscher auszuwählen.³

Gislebert und Roger stimmen beide darin zusammen, daß ihnen zufolge eine größere allgemeine Versammlung über die geeigneten Thronfolger berät, daß dann eine kleine Zahl von Fürsten die bindende Entscheidung fällt, der die Gesamtheit sich anzuschließen gezwungen ist. Wenn die vier weltlichen Fürsten bei Gislebert, die einen entscheidenden Einfluß auf die Wahl üben, uns leicht an die vier Inhaber der Erzämter erinnern, die das Recht der ersten weltlichen Stimmen später besaßen, so ist der Ausschuß von zwei geistlichen und zwei weltlichen Reichsfürsten bei Roger in der Tat von vier der späteren Kurfürsten gebildet.

¹ Gisleberti Chron. Hanoniense p. 89: ‚Cum autem super electione tanti honoris tot et tanti principes dissentirent, communi consensu et consilio in quatuor principes prepotentes super hac electione compromiserunt ... Illorum autem quatuor quorum dispositioni imperialis electio commissa erat, quisque ad ipsius maiestatis culmen anhelabat‘. Aus der letzten Mitteilung geht hervor, daß Gislebert nur an vier weltliche Fürsten dachte.

² Vgl. oben S. 20. 63.

³ MG. SS. XXVII, 177: ‚Defuncto itaque imperatore archiepiscopi, episcopi, abbates, duces, comites et omnes ceteri magnates Alemannie in unum convenientes debent duodecim viros eligere communiter et eos presentare archiepiscopo Coloniensi et archiepiscopo Maguntino et duci de Saxonia et comiti palatino de Reno; et quemcumque illi quatuor elegerint de predictis duodecim electis, erit rex Alemannorum et coronabitur apud Hays-Capellam‘.

Wir fügen die Nachrichten hinzu, die einzelnen Fürsten eine besondere Rolle bei der Wahl zuweisen¹ Neben dem Kölner soll auch der Erzbischof von Trier im J. 1197 behauptet haben, daß die Königswahl seines Rechtes sei.² Der Wahl Philipps soll dann — so erzählt um 1208 ein Weingartner Fortsetzer des Honorius Augustodunensis³ — Erzbischof Adolf von Köln um deswillen entgegengetreten sein, weil weder der Erzbischof von Mainz noch der Pfalzgraf bei Rhein anwesend gewesen wären; und von dem letzteren bemerkt ein Zusatz zu einem Verzeichnis der Reichsfürsten aus dem Anfange des 13. Jahrh.⁴: *iste est summus in electione imperatoris*. Endlich besitzen wir eine Urkunde Friedrichs II. vom September 1212⁵, in der König Otakar von Böhmen dafür belohnt wird, daß er „von Anfang an unter den andern Fürsten, im besonderen vor den übrigen“ Friedrich zu Nürnberg im November 1211 zum Kaiser gewählt habe. Hier wird man versucht sein, an das Vorstimmrecht des Böhmen zu denken, von dem wir ja aus späterer Zeit die sichersten Zeugnisse besitzen.

¹ Von den allbekannten Worten Ottos von Freising über das Ehrenrecht der ersten Stimme für Mainz darf ich hier absehen; vgl. oben S. 12 N. 2. Im übrigen vgl. Krammer, Wahl und Einsetzung S. 45 ff.

² Chron. regia Colon. p. 162: *„Nam Coloniensis et Trevirensis archiepiscopi electionem regis sui iuris esse firmantes“*. Man mag hierzu stellen, daß Arnold von Lübeck die Erzbischöfe von Köln und Trier sowie den Pfalzgrafen — diesen irrig — als Wähler Ottos nennt (VI, c. 1 p. 218). Den Kölner läßt er durch Erzbischof Konrad von Mainz bevollmächtigt sein. Auch in den Gesta Trevirorum (SS. XXIV, 390) und in den Ann. imperiales Argentinenses zu 1198 (Ann. Marbacenses qui dicuntur p. 72. 74) tritt der Trierer (*habens et ipse vocem electionis*) scharf neben dem Kölner hervor. Vgl. darüber auch Waitz, Verfassungsgesch. VI², 211.

³ Monumenta Welforum in SS. rer. Germ. p. 61: *„electionemque talem calumpnians, cui nec Moguntinus archiepiscopus seu palatinus regalis aule interfuerint“*.

⁴ Vgl. Lindner, Königswahlen S. 169. 170 N. 1. Tannert, Entwicklung des Vorstimmrechts S. 30 will es der Zeit von 1210—1212 zuweisen.

⁵ Böhmer-Ficker Reg. nr. 671; MG. Const. II, 54 nr. 43: *„quod illustris rex Otacharus a primo inter alios principes specialiter pre ceteris in imperatorem nos elegit“*. Daß hiermit in der Tat eine besondere Stellung bei der Wahl gemeint ist, lehrt der Vergleich mit dem Schreiben Innocenz' III. an Adolf von Köln (oben S. 44 N. 4; Reg. de neg. imp. nr. 80, col. 1085): *„in . . . tue persone contemptum, ad quam specialiter inter reliquos principes electio regis spectat“*. Vgl. dazu auch unten S. 312 N. 4.

Überblicken wir diese Gruppe einzelner Notizen, so lehren sie, daß im Anfang des 13. Jahrh. den Stimmen einiger geistlicher und weltlicher Fürsten ein erheblicheres Gewicht bei der Wahl vor andern zuerkannt wurde: von ihnen werden uns die drei rheinischen Erzbischöfe, der Pfalzgraf bei Rhein, der König von Böhmen und der Herzog von Sachsen genannt.

Schon der Satz Friedrichs II. über den Böhmenkönig ließ vermuten, daß ihm ein Vorrecht bei der Wahl zugekommen ist. Ehe wir nun die Frage beantworten, ob wir wirklich in dem Vorstimmrecht die Auszeichnung zu erblicken haben, die bereits um die Wende des 12. Jahrhunderts den späteren „Kurfürsten“ gewährt war, ist ein Wort über dieses Recht selbst zu sagen. Die vorstimmberechtigten Wähler haben ihre Stimmen bei der feierlichen Kur vor allen übrigen abzugeben. Sobald wir uns klar zu machen suchen, welche Bedeutung diese Ehre für die genannten Fürsten gehabt hat, werden wir uns darüber verständigen, daß sie für den Mainzer von keinem neuen, für die beiden andern Erzbischöfe von sehr geringem Belang gewesen ist. Dem Mainzer stand von alters her die erste Stimme zu; ihm folgten die andern Erzbischöfe, danach die übrigen Geistlichen; es ist nicht abzu sehen, daß Köln und Trier irgend wesentlich zu gewinnen oder zu verlieren hatten, je nachdem die herkömmliche Stimmenfolge geändert oder beibehalten wurde.¹ Eine tatsächliche Ehrung wurde nur den weltlichen Fürsten zuteil, die aus der üblichen Reihe der Abstimmenden herausgehoben wurden und nun hinter den drei rheinischen Erzbischöfen vor allen andern Geistlichen den Kürruf sprachen. Daher dürfen wir mit Bestimmtheit für den Anfang des 13. Jahrh. von dem Bestehen eines Vorstimmrechtes einzelner Wähler nur da sprechen, wo nachzuweisen ist, daß weltliche Fürsten vor andern geistlichen ihre Stimme abgegeben haben.

Mir scheint, daß dieser Tatbestand uns bei der Halberstädter Kaiserwahl Ottos von 1208 offen dargeboten wird. Ausnahmsweise nämlich sind wir durch einen, kurze Zeit danach niedergeschriebenen Bericht Arnolds von Lübeck über die äußere Form der Kur unterrichtet.² Alle Fürsten wählten dort, gleichsam durch gött-

¹ Zudem wäre es möglich gewesen und vielleicht ist es sogar geschehen, daß Köln und Trier hinter Mainz ein für allemal an die Spitze der geistlichen Wähler gerückt waren. Vgl. unten S. 317 N. 1.

² VII, c. 13 p. 285: „Omnes igitur principes qui convenerant, ac si

liche Inspiration, mit gleicher Stimme und einmütiger Zustimmung Otto zum römischen Herrscher und allzeit Mehrer im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes; der Erzbischof von Magdeburg, dem die erste Stimme zukam, begann; ihm folgten dann Herzog Bernhard von Sachsen mit dem Markgrafen von Meißen und dem Landgrafen von Thüringen samt den andern, welchen die Kur des Königs zustand.¹ Als nun die Reihe des Abstimmens an den Erwählten Otto von Würzburg kam, da weigerte er seine Stimme und beklagte sich über die Unbill, die seine Kirche von den Staufern erduldet hätte.

Wir wissen, daß die Sachsen und Thüringer zu Halberstadt eine Nachwahl für ihr Gebiet vornahmen, um den Übertritt zu Otto IV. auszuführen. Vollkommen deutlich ist für jeden Unbefangenen, daß, wenn auch vielleicht nicht alle die drei genannten Reichsfürsten, so doch der Sachse unmittelbar nach dem Magdeburger und vor dem Elekten von Würzburg abgestimmt hat; und ebenso leicht wird erkannt, daß unter den Wahlfürsten, die dem Sachsen folgten, mögen es viel oder wenig gewesen sein, vor allen Dingen andere Bischöfe und Reichsäbte waren.² Es steht demnach außer Zweifel, daß bei der Kur zu Halberstadt die frühere Abfolge, in der alle Geistlichen den Weltlichen vorangingen, zugunsten mindestens des Sachsenherzogs unterbrochen worden ist: das Vorstimmrecht weltlicher Fürsten muß damals bekannt und geachtet gewesen sein! Denn es bedarf keiner Ausführungen darüber, daß die Sachsen für ihre Teilwahl nicht etwa neuen Brauch

divinitus inspirati, pari voto et unanimi consensu Ottonem in Romanum principem et semper augustum elegerunt in nomine patris et filii et spiritus sancti, archiepiscopo, qui primam vocem habere videbatur, inchoante, prosequente vero Bernardo duce cum marchione Misnense et lantgravio Thuringie, cum aliis ad quos electio regis pertinere videbatur (hierzu vgl. oben S. 299 N. 1 ff. die Schreiben von 1198). *„Cum autem perventum fuisset ad electum memoratum [Erbipolensem], conqueri cepit in conspectu principum ...“*. Nur dem letzteren Umstand verdanken wir den Bericht. — Vgl. oben S. 82 ff.

¹ Man beachte die Gruppierung, die den Erzbischof, den Sachsen mit Meißen und Thüringen, die andern Wahlfürsten sondert.

² Denn niemand wird glauben, daß der Erzbischof von Magdeburg der einzige geistliche Reichsfürst außer dem Würzburger Elekten in Halberstadt gewesen wäre! Viel eher wäre denkbar, daß Meißen und Thüringen außer dem Sachsen die einzigen weltlichen Reichsfürsten bei der Wahl waren und deshalb von Arnold besonders genannt wurden.

eingeführt, sondern vielmehr sich möglichst getreu den Formen der allgemeinen deutschen Königswahl angeschlossen haben.

Indem wir uns daran erinnern, daß die Quellen damals beginnen, auch Köln und Trier neben Mainz einen besondern Vorzug bei der Wahl einzuräumen, daß der Pfalzgraf als der vornehmste der weltlichen Wähler genannt wird, daß der Herzog von Sachsen sicher¹, der König von Böhmen sehr wahrscheinlich eine Vorstimme geführt hat, erscheinen die verschiedenen zerstreuten Nachrichten aus dem Beginn des 13. Jahrh. als Reflex der Tatsache, daß bereits bei der Doppelwahl von 1198 unter den Reichsfürsten eine kleine Zahl derer ausgeschieden worden ist, die bei der Kur als die ersten ihre Stimme abzugeben berufen waren.

Das ausschließliche Kurrecht der Reichsfürsten und das Ehrenrecht erster Stimmabgabe durch einige wenige Geistliche und Weltliche dürften daher gleichzeitig und nebeneinander schon im Ausgange des 12. und im beginnenden 13. Jahrh. ausgebildet gewesen sein.

Nach dieser Feststellung erhalten plötzlich die Äußerungen Innocenz' III. über die deutsche Wahl einen überraschend klaren Sinn und zeigen aufs neue, wie wohlunterrichtet er — sicherlich durch die Nachrichten, die von Erzbischof Adolf und seinen eigenen Boten aus Deutschland kamen — über die dortigen Ereignisse gewesen ist. Sie scheiden sich nämlich in zwei Gruppen, von denen die eine sich nur auf das Kurrecht, die andere auf das Vorstimmrecht bezieht. In dem Schreiben Venerabilem gesteht er Recht und Gewalt, den König zu wählen, der hernach zum Kaiser zu befördern ist, den Fürsten zu, denen dies nach Recht und alter Gewohnheit zukomme²; er teilt mit, daß eine Mehrheit von denen, die diese Gewalt besitzen, auf König Otto zugestimmt haben solle.³ Er verteidigt sich gegen die Vorwürfe, als ob

¹ Er wird auch bei Roger von Howden genannt.

² Reg. nr. 62, col. 1065 (MG. Const. II, 505 nr. 398): „illis principibus ius et potestatem eligendi regem in imperatorem postmodum promovendum recognoscimus, ut debemus, ad quos de iure ac antiqua consuetudine noscitur pertinere“. Vgl. oben S. 299 N. 1; 300 N. 3: „ad quos de iure spectat electio“ und S. 309 N. 2 aus Arnold von Lübeck.

³ „quamvis plures ex illis qui eligendi regem in imperatorem promovendum de iure ac consuetudine obtinent potestatem, consensisse perhibeantur in ipsum regem Ottonem“. Vgl. auch Reg. nr. 92, col. 1098: „intelleximus,

er die Freiheit der Wahl zu mindern wünsche, mit der Entgegnung, daß nicht er die Persönlichkeit Ottos gewählt, sondern nur seine Gunst dem gewährt habe, der von dem größeren Teil derjenigen erkoren worden sei, die in der *electio imperatoris* eine Stimme haben.¹ Grade diese Worte zeigen, daß Innocenz hier auf das Kurrecht der Reichsfürsten zielt, denen die Einzelstimme bei der Wahl eignet. Er hat indessen erst seit der Mitte des J. 1201 darauf hingewiesen, als er glauben oder glauben machen wollte, daß ihre Mehrheit sich zu Otto geneigt habe.

Noch während des J. 1200 hatte er unter dem Eindruck der Nachrichten gestanden, denen zufolge die Mehrzahl der Wähler auf der Seite Philipps zu suchen sei; er gestand dies offen zu², aber er warf dagegen — doch nur in der *Deliberatio* — in die Wagschale, daß ebenso viel oder sogar mehr von denjenigen, die in erster Reihe die Kaiserwahl angehe, Otto zugestimmt hätten.³ Innocenz hat selbst diese Berechnung, die ohne Zweifel — wie für uns, so schon für ihn — recht unsicher war, in der Öffentlichkeit nicht vorgetragen und lieber betont, daß Otto nach und nach die Majorität der Reichsfürsten gewonnen habe; aber uns ist wichtig, aus dieser verschwiegenen Stelle zu ersehen, daß dem Papste das Vorstimmrecht einer kleinen Zahl von Wählern nicht unbekannt geblieben ist; auch hat er gelegentlich einmal den Kölner ausdrücklich zu ihr gerechnet.⁴

quod licet maior pars principum in electione ipsius [Philippi] ab initio convenisset, plures tamen ex iis, ad quos imperatoris spectat electio, convenerunt postmodum in Ottonem.

¹ Vgl. oben S. 39 N. 2: „Nos enim non personam elegimus, sed electo ab eorum parte maiori qui vocem habere in imperatoris electione noscuntur . . . favorem prestitimus“; vgl. auch Reg. nr. 55, col. 1057. Aus dem Vergleich mit dem Schreiben Venerabilem tritt deutlich zutage, daß es diese „Wahlfürsten“ sind — eben die mit der Kurstimme ausgestatteten Reichsfürsten —, denen das Recht der Wahl nach alter Gewohnheit zusteht.

² Reg. nr. 21, col. 1019: „Dicebatur enim de altero [Philippo], quod receptus esset a pluribus“. Vgl. oben S. 311 N. 3 und Reg. nr. 29, col. 1026 unten.

³ *Deliberatio* Reg. nr. 29, col. 1022: „a paucioribus est electus . . . verum cum tot vel plures ex his, ad quos principaliter spectat imperatoris electio, in eum consensisse noscantur, quot in alterum consenserunt“. Es handelt sich offenbar um die nachträglichen Anerkennungen seit 1198.

⁴ Reg. nr. 80, col. 1085: „ad quam specialiter inter reliquos principes electio regis spectat“. Hier ist die einzige Stelle, an der, sehr absichtlich (vgl. oben S. 44 N. 4), Innocenz III. von der Wahl des „Königs“ spricht; in

Aus dem päpstlichen Verhalten ersehen wir, daß irgendeine höhere Rechtskraft der Kur der vorstimmenden Wähler noch nicht zugeschrieben wurde; seinen Versuch, etwa durch sie dem von ihm unterstützten König einen Schein größerer Berechtigung zu leihen, hat Innocenz öffentlich überhaupt nicht aufgenommen. Hier hat er vielmehr die Stimmen aller kühnenden Reichsfürsten abgewogen und mit steigender Bestimmtheit für Otto die Majorität behauptet, um von dieser, gegen allen deutschen Brauch, den gerechteren Anspruch des Welfen auf Anerkennung abzuleiten.

Die Führung der ersten Stimmen war eine ehrende Auszeichnung, noch nichts mehr, wenigstens in Rücksicht auf die Kur des neuen Herrschers. Der Tatsache selbst aber fehlte es keineswegs an einer hohen staatsrechtlichen Bedeutung; und nur um deretwillen ist es überhaupt dazu gekommen, daß aus der Zahl der Reichsfürsten eine Gruppe von Vorwählern herausgehoben wurde. Was hat dazu getrieben, daß wenige weltliche Fürsten bei der Abstimmung von den Genossen getrennt und unmittelbar nach den drei rheinischen Erzbischöfen vor allen übrigen Geistlichen zur Kur zugelassen wurden?¹

Der Vorgang ist so außerordentlich, der Bruch mit dem Früheren so vollständig, daß von irgendeiner Entwicklung, die schließlich durch Gewohnheit zu einem Rechte geführt hätte, keine Rede sein kann. In einem entscheidenden Augenblick, und zwar nach der Wahl Friedrichs I. von 1152², muß den weltlichen Fürsten durch eine reichsgesetzliche Ordnung dies ganz ungewöhnliche Zugeständnis gemacht worden sein, daß einzelne

den übrigen Briefen zielt auch ihm das reichsfürstliche Kurrecht auf die Kaiserwahl. Man wird alles das mit beachten, um zu begreifen, daß der Ausschluß der gräflichen Amtsfürsten von der Kur mit der Umbildung des römischen Königreichs zum Kaiserstaat, also mit dem neuen Charakter der „kaiserlichen“ Erhebung zusammenhängt. In Reg. nr. 131, col. 1129 zielt Innocenz III. sicher auf die neuen Reichsfürsten mit den „principes qui corone imperii tenentur astricti“.

¹ W. Becker, Der Sachsenspiegel und die weltlichen Kurfürsten (Deutsche Zeitschr. für Geschichtswiss. XII, 297 ff.) hat dies mit Recht als das „bedeutendste Moment in der Bildung des Kurfürstentums“ betont.

² Denn das bekannte Schreiben an Hadrian IV. von 1157 (vgl. oben S. 12 N. 2) macht es zum mindesten sehr unwahrscheinlich, daß die 1125 noch sicher nachweisbare alte Ordnung der Abstimmung bis dahin so entscheidend durchbrochen worden sei.

von ihnen vor den Geistlichen bei der Wahl abstimmen durften.¹ Der Gedanke, daß diese Maßregel von Reichs wegen zeitlich und sachlich mit jener grundlegenden Gesetzgebung zusammenhänge, die um 1180 dem Stand der Reichslehnsfürsten seine staatsrechtliche Stellung geschaffen hat, ist um so weniger von der Hand zu weisen, als höchst wahrscheinlich eben damals über die Formen der deutschen Wahl beraten und den Reichsfürsten allein die Abgabe der Einzelstimme zugesprochen worden ist.

Ist es denkbar, daß die Bildung des jüngeren Reichsfürstenstandes irgendeinen Anlaß dazu bot, den weltlichen Fürsten in dem Vorstimmrecht einzelner von ihnen eine besondere Gunst zuzuwenden? Ich möchte diese Frage kühn dahin bejahen, daß, wenn je, so damals Gelegenheit und Ursache zu solch einschneidender Neuerung gegeben war.

Der imperiale, weltlich gewandte Staatsgedanke der Stauferzeit, der in dem *regnum Romanum* die Grundlage eines freien, der Kirche gleichgeordneten Weltkaisertums sah, und das Vordringen des Lehnrechts auch in die Auffassung vom Staate hinein haben gemeinsam bewirkt, daß die Lehensträger der deutschen Reichsfürstentümer sich als die Glieder des Gesamtreichs ein für allemal darstellten.²

Da nun die Bischöfe seit dem Wormser Konkordat, soweit sie vom König selbst mit den Regalien begabt wurden, in den Reichslehensverband eingefügt waren, führte der Abschluß des Reichsfürstentums zu einem gewaltigen, zahlenmäßigen Übergewicht der geistlichen über die weltlichen Herren: um 1200 werden von jenen³ gegen 92, von diesen nur 17 gezählt. Ich halte es für sehr möglich, daß dieser Umstand — der so wenig zu der geistigen Entwicklung des deutschen Lebens im 12. Jahrh. und dem erwachten Bewußtsein der Laienwelt stimmte⁴ — von

¹ Es handelt sich nicht um ein Zugeständnis an einzelne Fürsten, sondern an die Gesamtheit der weltlichen Reichsfürsten.

² Vgl. Gierke, *Genossenschaftsrecht* I, 195 f.; II, 569 ff.

³ Vgl. Ficker, *Vom Reichsfürstenstande* S. 373; dazu auch Werminghoff, *Kirchenverfassung Deutschlands* I, 208 ff. Ficker hat für das 13. Jahrh. 46 Erzbischöfe und Bischöfe, 29 Reichsäbte, 16 Reichsäbtissinnen berechnet. Selbst wenn man die Zahl der häufiger auf den Reichstagen Anwesenden um mehr als die Hälfte herabsetzt, bleibt immer noch gegenüber den weltlichen Fürsten, die bis 1250 auf 12 sanken, eine drei- bis vierfache Überzahl.

⁴ Vgl. oben S. 14 f.

vornherein dazu gedrängt hat, bei der wichtigsten Aufgabe, die den Reichsfürsten oblag, einen Ausgleich zwischen den beiden Gruppen der *principes ecclesiastici* und der *principes saeculares* herbeizuführen: bei der Wahl eines neuen Herrschers, deren Höhepunkt in der Kur den Reichsfürsten vorbehalten wurde, sollte Vorsorge getroffen werden, daß die Bedeutung des weltlichen großen Fürstentums als des vollberechtigten, ebenbürtigen Teils des Reiches neben dem durch seine Zahl erdrückenden geistlichen Stand sichtbaren Ausdruck finde. Die Lösung — so möchte ich vermuten — wurde überaus glücklich dahin getroffen, daß bei der Einzelabstimmung den vornehmsten geistlichen Herren zunächst einige bevorzugte Vertreter der weltlichen Reichsfürsten folgen sollten, ehe die große Menge der Geistlichen ihre Stimme abgab.

Nachdem diese prinzipielle Entscheidung gefällt war, galt es, zu bestimmen, wem von den Geistlichen und wem von den Weltlichen das Recht des Vorstimmens einzuräumen sei. Für uns ist's ein leichtes, zu erkennen, wen man dieser Ehre teilhaftig werden ließ. Wir haben erfahren, daß schon um 1200 unter den geistlichen Stimmen denen von Mainz, Köln, Trier erhöhtes Gewicht beigemessen wurde; unter den Weltlichen aber standen, soviel wir hörten, der Pfälzer, der Sachse, der Böhme voran. Weshalb eben diese letzteren aus der Zahl der Reichsfürsten ausgesondert wurden, dafür gibt es nur die einzige Erklärung, daß sie schon in einer andern Eigenschaft vor allen übrigen auserlesen waren; in einer einzigen Würde standen grade die Fürsten von Pfalz, Sachsen, Böhmen beieinander: ihnen waren die Erzämter des Reichs anvertraut. Wir werden ihnen deshalb unbedenklich den Markgrafen von Brandenburg, den Genossen im Erzamt, auch als Teilnehmer am Rechte des Vorstimmens anreihen.¹

¹ Daß er uns nicht in den Zeugnissen um 1200 begegnet, spricht natürlich nicht dagegen; auch für den Böhmen wüßten wir nichts, wenn etwa das Diplom Friedrichs II. sich nicht erhalten hätte. Ferner mag, zumal wir hier J. Ficker (MIÖG. III, 58) widersprechen, ausdrücklich bemerkt sein, daß der Vertrag des Erzbischofs von Magdeburg mit den Markgrafen von Brandenburg aus dem J. 1221 (vgl. oben S. 125 N. 5) keineswegs deren Vorstimmrecht ausschließt, solange es — wie es tatsächlich der Fall war — nur eine Ehre und keinen Rechtsvorzug bedeutete (vgl. auch Becker in der Deutschen Zeitschr. für Geschichtswiss. XII, 308 f.). Die sehr interessante Stelle lautet (Böhmer-Ficker Reg. nr. 10886): wenn nach dem Tode des

Was liegt näher als die Annahme, daß die „Reichsfürsten, welche beim zweiten Akte der feierlichen Erhebung, bei dem Krönungsfest, einen Vorrang genossen“, dazu ausersehen wurden, jetzt schon bei der Wahlhandlung vor den Genossen hervorzutreten¹? Als die Vordersten an der Kur wurden deshalb die drei rheinischen Erzbischöfe anerkannt, die bei der kirchlichen Feier die vornehmste Rolle spielten²; an sie schlossen sich die vier Inhaber der Erzämter, die beim festlichen Krönungsmahle dem Könige dienten. Wie jene, auch durch das ehrwürdige Alter ihrer Bischofssitze ausgezeichnet³, als die berufenen Repräsentanten der Geistlichkeit an die Spitze traten, so mochten diese, die als Erzbeamte am Krönungstag über alle andern emporragten, auch vor mächtigeren Herren geeignet erscheinen, bei der Wahl den ehrenvollen Anteil des weltlichen Fürstenstandes am Reich durch das Vorstimmrecht darzutun.⁴

Kaisers ‚*alius per concordiam principum . . . sublimetur*‘, so soll der Erzbischof ihm nicht den Treueid leisten oder Dienste gewähren, wenn er nicht den Brandenburgern die Lehen gibt: ‚*Si autem per discordiam principum contingat eligi duos reges, si placuerit nobis, ut regem alium habeamus quam eum, in quem dominus archiepiscopus proposuerit consentire, non tenebitur nobis assistere ad obtinendum feoda patris nostri. Sed si cum ipso consenserimus in aliquem eligendum, ipse iuste . . . promovebit ius nostrum*‘:

¹ Vgl. Seeliger in den MIÖG. XVI, 86, dem ich mich hier voll anschließe. — Sehr energisch hat auch G. Waitz im J. 1859 (Gött. Gel. Anzeigen S. 663; Ges. Abhandlungen I, 500) die Bedeutung der Reichsämter für das Vorstimmrecht betont.

² Vgl. Seeliger a. a. O. und Krammer, Wahl und Einsetzung S. 10f. — Für den Mainzer wirkte dazu natürlich, daß er von alters her die erste Stimme besessen hatte.

³ Bei Trier wird wiederholt grade darauf hingewiesen, weil der Erzbischof noch kein Erzamt besaß.

⁴ Es wäre danach möglich, auf das Vorwahlrecht der vier Erzbeamten wieder die bekannte Nachricht (um 1212 geschrieben) des Gervasius von Tilbury (MG. SS. XXVII, 380) zu beziehen, daß Heinrich VI. das Reich ‚*cessante pristina palatinorum electione*‘ in eine Erbmonarchie wandeln wollte ‚*et sic in ipso terminus esset electionis principiumque successive dignitatis*‘. Es sagt aber eine andere Stelle (S. 378. 381): ‚*apud principes Alemannie imperatoris est electio*‘; ‚*ius eligendi principibus ademptum . . . fuerat*‘. Soweit mir bisher bekannt, findet sich die Bezeichnung ‚*palatini*‘ in Beziehung auf ‚*principes*‘ in der Stauferzeit noch einmal in der Enzyklika Friedrichs II. über einen Reichstag zu Cremona (Böhmer-Ficker Reg. nr. 1593; MG. Const. II, 374 nr. 267): ‚*de consilio principum palatinorum sollemnem curiam indiximus celebrandam*‘. Für die Deutung ist gleichgültig,

Nicht weil die einzelnen Träger der Erzwürden an Macht und Einfluß die Genossen übertrafen, sondern weil sie als Verwalter der höchsten Ehrenrechte am Krönungstage bei der Erhebung eines neuen Herrschers recht eigentlich als die angesehensten unter den weltlichen Reichsfürsten gelten durften, wurde ihnen auch bei der Wahl ein ausgezeichnete Platz gegeben, der nicht sowohl den einzelnen unter ihnen, sondern der in ihnen den Stand zu ehren bestimmt war.¹

Die mächtigeren Fürsten hatten keinen Grund, daran Anstoß zu nehmen²; denn der Absicht nach war die Ehrung ohne die geringste rechtliche Wirkung: niemand dachte daran, daß die ersten Stimmen ein erhöhtes oder gar ein ausschließliches Wahlrecht bedeuten oder je beanspruchen könnten.³

ob man erklärt: „auf Rat der principes palatini“ oder „auf Rat der Fürsten soll ein Reichstag der palatini berufen werden“; es ist selbstverständlich, daß es sich hier nicht um die Erzbeamten handelt; deshalb darf auch die Stelle des Gervasius nicht auf sie gedeutet werden. Ich möchte den Ausdruck ‚palatini‘ auf diejenigen beziehen, die Recht und Pflicht haben am Hofe, in der Pfalz, mit dem Kaiser die Angelegenheiten des Reichs zu entscheiden: die Reichsfürsten. Ficker hat in seinem berühmten Aufsatz über die Willebriefe (MIÖG. III, 12) ihre Bedeutung dargetan: „die volle Reichsgewalt wurde nur wirksam auf einem allgemeinen Reichshoftage, zu dem alle Fürsten in üblicher Weise entboten waren, oder wenigstens alle Fürsten, welche herkömmlich zu solchen Tagen entboten zu werden pflegten.“ Dies Anrecht auf die Ladung zu Hofe wird zu dem ‚privilegium principum imperii‘ gehört haben. Um deswillen mögen die Reichsfürsten gelegentlich ‚palatini‘ genannt werden gegenüber den nicht notwendig zu ladenden gräflichen Amtsfürsten, ebenso wie sie um des Kurrechts willen als ‚electores principes‘ bezeichnet wurden. Oder sind's nur ‚specialiter illi qui in nostro latere sunt frequenter‘ (Const. II, 433 nr. 322)?

¹ Man wird vielleicht mit der Möglichkeit zu rechnen haben, daß schon bei früheren Wahlen der staufischen Zeit (etwa von 1147 an) die rheinischen Erzbischöfe an der Spitze der Geistlichkeit, die Inhaber der Erzämter an der Spitze der Weltlichen gestimmt haben. Wir erfahren schlechterdings nicht das Geringste darüber, als daß im J. 1152 ‚secundum ordinem‘ abgestimmt wurde; vgl. oben S. 12 N. 2. — Dann wäre es um 1180 erst recht selbstverständlich gewesen, daß ein Vorstimmrecht nur jenen sieben Fürsten zukommen konnte.

² Vgl. Seeliger S. 86.

³ Da an der Einmütigkeit der Wahl streng festgehalten wurde, weckte es erst recht kein Bedenken, daß den drei geistlichen vier weltliche Vorstimmen gegenüberstanden. Niemand ahnte etwas von einem Kurfürstenkolleg, in dem eine Majorität entscheiden würde!

So ist's, wenn ich nicht irre, zu erklären, daß an dem Tage, da dem festgeschlossenen Reichsfürstenstande das Privileg der Kur durch Abgabe der Einzelstimmen vorbehalten wurde, gleichzeitig geordnet ward, daß die drei rheinischen Erzbischöfe und daß nach ihnen der Pfalzgraf bei Rhein als Truchseß, der Herzog von Sachsen als Marschall, der Markgraf von Brandenburg als Kämmerer, der König von Böhmen als Schenke des Reichs die feierliche Kur des neuen „Königs der Römer und allzeit Mehrers“ als die ersten zu vollziehen hätten. Erzamt und Vorstimmrecht wurden unlöslich aneinander gebunden.¹

IV.

Die deutsche Wahl und der Sachsenspiegel.

Nach allem, was sich uns allmählich aus den verschiedenen Äußerungen und Andeutungen der zeitgenössischen Quellen über die Wahlen von 1196—1211 ergeben hat, sind wir imstande, uns die Vorgänge gegen Ende des 12. Jahrhunderts deutlich genug vorzustellen. Sie begannen mit der allgemeinen Vorberatung (tractatus), an der mit den Reichsfürsten auch Grafen (Amtsfürsten) und Edle teilnahmen und wo sich alle über den künftigen König verständigten (denominatio). Es folgte die eigentliche Kur mit namentlicher Einzelabstimmung durch die Reichsfürsten allein. Unter ihnen gingen hierbei voran die Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier und die vier Erzbeamten des Reichs; die übrigen Geistlichen und danach die Weltlichen schlossen sich an. Ein jeder sprach dieselben Worte des Kürrufs, mit denen der „Erwählte“ zum „römischen König und allzeit Mehrer“ und damit zur kaiserlichen Herrschaft erkoren wurde. Mit allgemeinem Zuruf stimmten die Grafen und Edlen bei und schlossen durch ihr Vollwort die förmliche Rechtshandlung der Wahl ab.²

¹ Daher kam es im 13. Jahrh. sogar dazu, daß die Erzbischöfe auf das Erzkanzleramt — das für sie mit der Kurstimme ursprünglich nichts zu tun hatte — erhöhten Wert legten und daß Trier, dem es bis dahin überhaupt fehlte, es zugewiesen erhielt.

² Die Stellung der Grafen würde danach derjenigen der vornehmen Weltlichen bei den geistlichen Wahlen jener Zeit entsprochen haben. Diese waren nicht Mitglieder des durch die höhere Geistlichkeit gebildeten „Wahlkollegiums“, aber hatten das Recht, Kandidaten zu nennen, und die Befugnis, der Wahl zuzustimmen (assensus). „Nach der damals in Deutsch-

Es bleibt uns nichts übrig, als dieses Bild mit der einzigen generellen Schilderung zu vergleichen, die uns aus den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrh. überkommen ist. In ihr lesen wir:

„In des keyseres kore sol die erste sin der biscoph von Trire; die andere die bischoph von Megenze, die dritte der bischoph von Colne. Under den leien is der erste in deme core der palanzgreve vonme Rine, des riches druzte; die andere die marschalk, der herzoge von Sassen; die dritte die kemerere, der markgreve von Brandenburg. Die schenke des riches, der künig von Beemen, der ne hat nichenen kore, durch daz her nich dudisch nis. Sint so kiesen des riches vorsten alle, pfaffen unde leien.

Die zu deme ersten an deme kore benant sin, die ne sollen nicht kiesen nach irme mutwillen; wen swene die vorsten alle zu künige irwelet, den sollen se allererst bi namen kiesen.⁴

Eike von Repgow hat also in seinem Sachsenspiegel (Landrecht III, 57)¹ die „kaiserliche“ Kur fast genau so beschrieben, wie sie sich uns aus Urkunden und Berichten der Zeit dargestellt hat.² Vor allem: die gräflichen Amtsfürsten sind von der Teilnahme an der Kur völlig ausgeschlossen³, sie wird nur geübt

land herrschenden . . . Anschauung bedurfte es dieser Zustimmung . . . zur Gültigkeit der Wahl und, falls sie nicht erteilt war, galt der von den Geistlichen auserlesene Kandidat nicht als rechtmäßig gewählt“ (Hinschius, Kirchenrecht II, 606). Der Reichsfürstenstand steht also an der Stelle des geistlichen Wahlkollegiums.

¹ Zeumer, Quellensammlung S. 73 § 147.

² Es ist vielleicht nicht ganz überflüssig zu bemerken, daß es meiner Absicht vollkommen fern lag, den Beweis dafür zu liefern, daß Eikes Worte genau dem wirklichen Wahlvorgang entsprechen. Mein Ausgangspunkt war die Tatsache der „Kaiserwahlen“ Philipps, Ottos, Friedrichs II. Sie zwang dazu, über die Form der deutschen Erhebung seit 1198 sich nach den Quellen ein Bild zu machen, vor allem die Briefe der welfischen Partei von 1198, die Äußerungen Innocenz' III., den Bericht Arnolds von Lübeck zu deuten: ich ahnte zunächst nicht, daß sie den Beweis für das Kurrecht der Reichsfürsten und das Vorstimmrecht der Erzbeamten liefern würden, die beide der Schilderung Eikes das Gepräge geben.

³ Fehr, Fürst und Graf im Sachsenspiegel S. 39 hebt dies mit Recht hervor; nur geht er zu weit, wenn er sie vom Rechte der Königswahl überhaupt ausgeschlossen glaubt. Von ihrem Konsensrecht und ihrer Konsenspflicht hat Eike eben nicht gesprochen. — Fehrs Folgerungen über

von ‚des rikes vorsten‘; und unter diesen ist eine bestimmte Gruppe derer herausgehoben, denen es zukommt, die „ersten in der Kur“ zu sein, eine Vorstimme zu führen. Auch hier stehen die drei rheinischen Erzbischöfe voran¹; und nach ihnen kiesen — vor den andern Geistlichen und den Weltlichen — die Laienfürsten, die ein Erzamt des Reichs verwalten.

Zwar nennt Eike nur drei unter ihnen: Pfalz, Sachsen, Brandenburg²; aber indem er begründet, daß der Schenke des Reichs, der Böhme, an der Kur nicht teilnehme, weil er nicht ein „Deutscher“ sei³, überzeugt Eike uns davon, daß auch ihm Vorstimmrecht und Erzamt ursächlich zusammengehören.⁴

Weiterhin bestätigt der Sachsenspiegel, was wir sonst erkannt haben, daß die deutsche Kur für den Kaiser gilt, für den König, der sogleich die kaiserliche Gewalt in Händen hat.⁵ Auch bei ihm scheint darin mitzuwirken, daß die Kaiserwahl das reichsfürstliche Kurrecht bedingt.⁶

In einer Richtung ergänzt er unsere Kenntnis aufs wertvollste, indem er mitteilt, daß die eigentliche Entscheidung über die Thronfolge bereits durch die Vorberatung herbeigeführt wird: an ihr Ergebnis sind die Wahlfürsten gebunden; nur auf wen als König die „Fürsten alle“ sich dort geeinigt haben,

die Feudalisierung des deutschen Staatswesens und die energische Zurückdrängung des amtsrechtlichen Gedankens sind durch den Hinweis auf den Einfluß der imperialen Idee, um deretwillen zum guten Teil die Umbildung nötig war, zu ergänzen.

¹ Über den Beginn der Kur durch Trier vgl. oben S. 103 N. 2.

² Für den Markgrafen ist's das älteste ausdrückliche Zeugnis für sein Vorstimmrecht.

³ Vielleicht hat sich Eike veranlaßt gesehen, die Erklärung zu suchen, weil er wußte, daß der böhmische König bei den feierlichen Wahlen zu Frankfurt im J. 1208, 1212, 1220 nicht anwesend gewesen war. Überhaupt wird die Ungewißheit der Quellen über die Vorwähler am einfachsten dadurch erklärt, daß natürlich nur die bei einer Wahl Anwesenden jeweils das Vorrecht genossen, ihre Zahl daher notwendig schwankte.

⁴ Albert von Stade hat daher vollkommen richtig die Worte des Sachsenspiegels dahin wiedergegeben (SS. XVI, 367 zu 1240): ‚Palatinus eligit, quia dapifer est, dux Saxonie, quia marscalcus, et margravius de Brandenburg, quia camerarius‘. Schon die Voranstellung des Erzamtes bei Eike zielt darauf.

⁵ Vgl. auch III, 52 § 1 oben S. 13. 84 f.

⁶ Vgl. oben S. 312 N. 4 über Innocenz III.

der darf in der „Kur des Kaisers“ von den Reichsfürsten erküest werden.¹

Alles in allem: Eike zeichnet getreu die deutsche Wahl in den Formen, die ihr durch jene grundlegenden Ordnungen aus der Zeit um 1180 gegeben worden sind. Wie uns keine Urkunde, kein Bericht, was schon J. Ficker beklagte, von der Umbildung des Reichsfürstenstandes erzählt, die der große Forscher uns doch für immer sicher entdeckt hat, so ist uns keine Nachricht von der folgenreichsten Umwandlung der deutschen Königswahl überliefert, die mit jener aufs engste zusammenhängt.

Sie zu erweisen, dienten uns die Quellen zum Thronstreit von 1198. Aber nichts scheint verfehlter, als dem Kampf ums Reich einen besonderen Einfluß auf die äußere Form der rechtsgültigen Wahl zuzuschreiben.² Es kann — wenn anders wir uns nicht vollkommen getäuscht haben — nicht im J. 1198 zum ersten Male nach den neuen Vorschriften gewählt worden sein, sondern sie müssen ihre frühere Anwendung bereits bei der Wahl des zweijährigen Friedrichs II. zu Frankfurt im Dezember 1196 erfahren haben. Wir versuchten schon vorher, wahrscheinlich zu machen³, daß sie als die erste für eine „kaiserliche“ anzusehen sei, daß Hein-

¹ Ich kann sehr bereit sein, in diesen Worten eine Bestätigung für die These Fehrs zu sehen, wonach (S. 35) Eike da, wo es sich um die Lehnsherrscher handelt, von den „ríkes vorsten“ spricht, die Amtsherrscher aber als „vorsten“ nennt. (Fehr hat S. 35 N. 2 die Verwertung von III, 57 § 2 offenbar nur deshalb abgelehnt, weil man nach dem bisherigen Stande der Forschung die Form der Wahl noch nicht hinreichend kannte.) Eike würde „principes“ und „principes imperii“ genau so nebeneinandergestellt haben, wie es in den Briefen der kölnischen Partei von 1198 geschehen ist (vgl. oben S. 300f.). Und eben aus diesen entnahmen wir, daß die „Fürsten“ insgesamt, die Grafen eingeschlossen, an der Beratung vor der Kur (tractatus, der zur Nomination führt) beteiligt waren, also den „kuning irwelet“ haben, der zum Kaiser gekoren werden soll. Man dürfte danach vielleicht sogar sagen, daß die Gesamtheit der deutschen Fürsten (und Edlen, barones) auf diese Weise an der Erhebung des römischen Königs mitwirkt; nur insofern er zugleich Kaiser wird, ist dessen Wahl mit dem Kürspruch das Sonderrecht der „principes imperii“.

² Er besteht durchaus (vgl. oben S. 54ff. 67ff.) für die Auseinandersetzung über Wahl und Krönung und für das Approbationsrecht des Papstes; aber daß eine Doppelwahl wenig geeignet ist, maßgebende Formen für die Zukunft zu schaffen, leuchtet ein.

³ Siehe oben S. 60ff. und 138 N. 4.

rich VI. dem jungen Sohn damals als dem „künftigen Kaiser“ Treue schwören ließ. Jetzt kommen wir von anderen Erwägungen her zu der Annahme, daß dieselbe Wahl auch in den neuen Formen vorgenommen wurde, die eine veränderte Auffassung vom imperium und von seiner Verkörperung in den principes imperii mit sich gebracht hatte.¹ Und erst in diesem Zusammenhange enthüllt sich uns ganz, wie tief die Kaiseridee Heinrichs VI. mit ihrem die Welt umfassenden imperium, mochte es ein Erb- oder ein Wahlkaisertum sein, in dem Gedankenkreise wurzelt, den das kaiserliche Walten der salischen und staufischen Herrscher in Deutschland zu einer den Staat selbst umbildenden Kraft entwickelt hatte. Allerdings überflog sie in dem Plane der Erbmonarchie die politischen und geistigen Bedingtheiten der Zeit; aber mit der Kaiserwahl von 1196 wurde das Vorbild geschaffen, in dem der staufische Reichsgedanke rechtliche Form gewann und mit ihr auf die Zukunft Deutschlands zu wirken vermochte. Hier trat mit dem ausschließlichen Rechte der Reichsfürsten zur „kaiserlichen“ Kur² der staatliche Charakter, hier mit dem Vorstimmrecht der Erzbeamten, das den Laienfürsten eine außerordentliche Ehrung brachte, der weltliche Ursprung des freien, gottgewollten Kaisertums — wie es Friedrich I. mit den deutschen Fürsten durch das Privileg der principes imperii hatte errichten wollen und wie er es mit dem Caesartitel Heinrichs VI. bekundet hatte — zum erstenmal in die Erscheinung.

Vergessen wir nicht, daß diese Auffassung der Ereignisse von 1196 eine Hypothese ist und bleiben muß. Aber verstehen wir nicht erst auf dem Grunde, den sie uns schafft, die siegreiche

¹ Noch einmal muß hier auf den Bericht Gisleberts von Mons aufmerksam gemacht werden (vgl. oben S. 63. 307), der 1196/97 niedergeschrieben worden ist. Dürfte er nicht von den vier Erzbeamten gehört haben, die bei der Wahl Friedrichs II. 1196 zum ersten Male ihr Vorstimmrecht üben sollten? Oder ist's eine Erinnerung an das Reichsgesetz unter Friedrich I., das ihnen diese Rolle anwies?

² Dafür, daß dieses Recht ihnen schon 1196 zustand, ließe sich vielleicht auch die gekürzte Chronik des Aegidius von Orval (MG. SS. XXV, 132) heranziehen, die in ihrem vortrefflichen Bericht über den Erbfolgeplan Heinrichs VI. erzählt, daß zu dem Gesetzentwurf 52 Fürsten, die den Kaiser zu erwählen pflegten (*qui imperatorem eligere consueverunt*), ihren Konsens gaben. Die Angabe der Zahl macht wahrscheinlich, daß es sich hier um die Reichsfürsten handelt.

Kraft, die der staufische Staat mit seinem Anspruch auf unabhängige kaiserliche Herrschaft auch einem Innocenz III. gegenüber bewiesen hat? spüren wir nicht, daß der Erfolg ihm deshalb zufiel, weil mit seinem Gesetz Friedrich I. ihm die Form, mit der Kaiserwahl von 1196 Heinrich VI. ihm Mittel und Weg gezeigt hat, das Ideal der Wirklichkeit nahezubringen? Und als Innocenz III. sich des Kaisertums bemächtigen wollte, da gab die Gestalt der deutschen Kur die Möglichkeit, für das römische Königtum die Freiheit von Rom und doch zugleich die kaiserliche Herrschaft festzuhalten. Die Königswahlen Ottos IV. von 1208 und Friedrichs II. von 1212 haben — das dürfen wir danach mit einiger Wahrscheinlichkeit behaupten — sich an das Muster angeschlossen, das die allgemeine Wahl von 1196 ihnen gegeben hatte.

So waren das Kurrecht der Reichsfürsten und das Vorstimmrecht der Erzbeamten seit Jahrzehnten den Deutschen vertraut, als Eike von Repgow im Sachsenspiegel ihrer gedachte.

V.

Das ausschließliche Wahlrecht der Reichsfürsten.
(Die Kur der geistlichen und weltlichen Erzbeamten¹ und das Vollwort der übrigen Reichsfürsten.)

Wenn die Anschauung, die wir auf Grund der verhältnismäßig wenigen Nachrichten von 1198—1211 vorgetragen haben und die erst durch die Verknüpfung mit dem Sachsenspiegel recht gesichert erscheint, wirklich jede Probe bestehen und Anspruch auf unbedingte Geltung gewinnen soll, dann muß sie uns in den Stand setzen, den Übergang von dem allgemeinen Kurrecht aller Reichsfürsten zu einem Kurkolleg, das nur noch aus den Erzbeamten besteht, befriedigend zu erklären. Ich unternehme diesen Versuch, indem ich zunächst zeige, daß eine Reihe von Wahlen aus der Mitte des 13. Jahrh. erkennen lassen, wie innerhalb des Reichsfürstenstandes eine Abstufung des Wahlrechts vorgenommen worden ist.

Wir gehen zweckmäßig von der Designation Konrads im J. 1237 aus, bei der durch einen günstigen Umstand uns Ein-

¹ Man gestatte diesen verkürzenden Ausdruck, der nunmehr die geistlichen und weltlichen Vorwähler umfassen soll, obwohl ja der Erzbischof von Trier erst später seine Erzkanzlerwürde erhielt.

blick in die Form der Wahl eröffnet wird.¹ Das uns erhaltene Wahldekret² nennt als Aussteller sieben Geistliche, die Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier, Salzburg voran, und vier weltliche Reichsfürsten, an deren Spitze Otto, der Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Bayern, sowie König Wenzel von Böhmen stehen.³ Nicht ein Wort in dem kostbaren Aktenstück deutet darauf, daß die elf Fürsten in irgendeiner Weise verschieden an dem Hergang beteiligt waren; deutlich tritt hervor, wie die Wahl ausschließlich obliegt ,uns, den principes, qui circa hoc Romani senatus locum accepimus', den Reichsfürsten. Von einer Mitwirkung anderer Kreise ist durchaus keine Rede; sie allein haben Konrad gewählt, indem sie ihre ,vota' einmütig auf ihn vereinigten.⁴ Über dasselbe Ereignis aber berichtet der unmittelbar gleichzeitige Neuburger Fortsetzer der Hohenburger Chronik, daß Konrad von den Erzbischöfen von Mainz und Trier, dem König von Böhmen und dem Pfalzgrafen bei Rhein erkoren wurde, während die wenigen übrigen anwesenden Fürsten zustimmten.⁵ Hieraus ergibt sich, daß damals die Kur (electio) nur noch von den einstigen Vorwählern vollzogen wurde; alle übrigen Reichsfürsten waren auf die Zustimmung beschränkt.

Völlig das gleiche Bild zeigen die Meldungen⁶ über die

¹ In diesem Punkte stimme ich mit neueren Anschauungen enger zusammen.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 4886; MG. Const. II, 439 nr. 329. — Vgl. oben S. 136 ff.

³ Zu beachten ist, daß wegen der ersten Stimme bei der Kur der weltlichen Erzbeamten der Pfalzgraf hier vor dem Böhmen genannt wird.

⁴ ,unanimiter vota nostra contulimus in Conradum . . . , eligentes ipsum . . . '.

⁵ Ann. Marbacenses qui dicuntur p. 99: ,Quem elegerunt archiepiscopi Moguntinus et Treverensis et rex Boemie et dux Bawarie qui et palatinus comes Rheni, consentientibus ceteris principibus qui aderant, tamen paucis.'

⁶ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4886: ,communi voto principum qui in electione cesaris ius habere noscuntur, in Romanorum regem, applaudentibus ceteris principibus, est electus'. — Dem entspricht durchaus die Meldung der Gesta Trevirorum (SS. XXIV, 411): ,W. . . mediante legato sedis apostolice in Romanorum regem sollemniter est electus per memoratos Mog., Trev. et Col. archiepiscopos, presentibus ducibus comitibus et terre nobilibus'. Auch die Sächs. Weltchronik c. 397 (MG. Deutsche Chroniken II, 257) räumt den drei Erzbischöfen eine besondere Stelle ein. — Über den Caesar-Titel vgl. oben S. 219 N. 1.

Wahl Wilhelms von Holland im Oktober 1247; im Anschluß an den ihm übersandten Bericht erzählt Innocenz IV., daß jener durch einmütiges Votum der Fürsten, die auf die Wahl des Caesar ein Recht haben, und unter dem Beifall der übrigen Fürsten zum römischen König erwählt worden sei. Auch hier stehen einer Gruppe von wirklich kürenden andere nur zustimmende Fürsten zur Seite: die Kur der einen und das Vollwort der andern wirken zu der rechtsgültigen Wahl zusammen. Als die Kiesenden nennt der Papst die, welche ein Recht auf die *electio* des Caesar haben: der Bericht des Neuburger Annalisten zu 1237 lehrt, daß wir die Erzbeamten des Reichs als diese ausgezeichneten Wähler anzusehen haben. Jetzt ist das höchste Recht der kaiserlichen Kur auf sie beschränkt; bei ihnen steht es, den „zukünftigen Kaiser“ zu wählen.

Dieser Tatsache entsprechen die Briefe, die Innocenz IV. durch den Elekten Philipp von Ferrara für die Wahl Heinrich Raspes nach Deutschland im J. 1246 sandte. In einer Reihe von Einzelschreiben¹ forderte er den Bischof Hermann von Würzburg, den König von Böhmen, den Herzog von Bayern und Pfalzgrafen, die Herzöge von Brabant, Sachsen, Braunschweig, die Markgrafen von Meißen und Brandenburg auf, für einmütige Erhebung eines neuen Kaisers zu sorgen²; sie alle als Reichsfürsten sollen an der Wahlversammlung teilnehmen, wie sämtliche Aussteller des Dekrets von 1237 es getan, und sie bestimmen einträchtig miteinander durch Kur und consensus den neuen Herrscher. Außerdem aber wendet sich der Papst in einem Gesamtschreiben³ an die „Erzbischöfe

¹ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7610; MG. Const. II, 455 nr. 347. — Man wird diesen Briefen, die zur Wahl Heinrichs auffordern, jene an die Seite stellen, in denen Innocenz am 19. Nov. 1247 den einzelnen Fürsten für den Eifer dankt, den sie *in creatione . . . regis Romanorum* für Wilhelm bewiesen haben (Böhmer-Ficker Reg. nr. 7903; MG. Const. II, 462 nr. 355). Sie sind gesandt worden an die Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier, Bremen samt ihren Suffraganen, an die Bischöfe von Würzburg, Straßburg, Münster, Speier, den Herzog von Brabant, die Grafen von Geldern und Looz; außerdem ergingen entsprechende Schreiben an die Bürger von Mainz und Köln.

² Vgl. oben S. 176.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7609; MG. Const. II, 454 nr. 346: *Archiepiscopis et nobilibus viris aliis, principibus Theutonie habentibus potestatem eligendi Romanorum regem in imperatorem postmodum promovendum*. — Auf die Behauptung, daß im Registrum versehentlich bei der

und die edlen Laienfürsten Deutschlands, die Gewalt haben, den Römischen König zu küren der später zum Kaiser zu befördern ist“, und befiehlt ihnen, unverzüglich und einmütig den Landgrafen von Thüringen zu wählen. Indem hier in der Adresse nur die Erzbischöfe genannt sind, wird sichtbar, daß Innocenz hier seine besondere und dringendste Aufforderung, durch kanonische Wahl dem Reiche zu providieren¹, an den engsten Kreis der Reichsfürsten richtet, dem von den Geistlichen nur die drei rheinischen Erzbischöfe zugehören: an die bisherigen Vorwähler, die jetzt allein den neuen König „bei Namen kiesen“. Nur ihnen, den Erzbeamten, schreibt jetzt Innocenz IV. das Recht der Kur zu, das Innocenz III. der Gesamtheit der Reichsfürsten als Geschenk des Papsttums zugebilligt hatte. Dieselben Worte, die jenen wie diesen gegeben werden, daß es bei ihnen steht, den römischen König und zukünftigen Kaiser zu küren, treffen nunmehr einen wesentlich begrenzteren Fürstenkreis.

Allerdings ist auch jetzt noch, wie im Anfange des 13. Jahrh., die Kur durchaus abhängig von dem Ergebnis der vorangehenden, zur Nomination führenden Verhandlung, und sie bedarf notwendig des Konsenses. Seitdem die Vorwähler als die einzigen eine Kurstimme führen, sind alle andern Reichsfürsten darauf beschränkt, an der Vorberatung teilzunehmen und bei der förmlichen Wahl das Vollwort zu erteilen. Gemäß dem (vorangehenden) Vorschlage der Reichsfürsten und mit ihrer (nachfolgenden) Zustimmung küren die Erzbeamten den Kaiser: so schildert Albert von Stade im J. 1240 — also nach der Designation Konrads — die deutsche Wahl.²

Adresse ‚episcopis‘ ausgefallen sei, brauche ich nun wohl nicht mehr besonders einzugehen.

¹ Vgl. oben S. 176 f.

² Ann. Stadenses ad a. 1240 (SS. XVI, 367): ‚Electio enim ad istos dinoscitur pertinere. Ex pretaxatione principum et consensu eligunt imperatorem Treverensis, Moguntinus et Coloniensis . . . Palatinus eligit, quia dapifer est‘ usw. (vgl. oben S. 320 N. 4). — Wenn auch wegen der Bemerkung über den Böhmen sicher ist, daß Albert dem Sachsenspiegel folgte, so ist doch kein Zweifel, daß er ihn nicht einfach übersetzt hat: das beweist schon die Erwähnung des consensus. Er hat durchaus zutreffend den Wahlhergang seiner Zeit beschrieben. — Ich hebe gern hervor, daß die von mir versuchte Deutung der Worte Alberts durchaus mit derjenigen übereinstimmt, die soeben auch Krammer, Kurrecht und Erzkanzleramt im 13. Jahrh.

Seine Übereinstimmung mit den Nachrichten, die, in sich aufs trefflichste zusammenpassend, uns über die Form der Erhebung in den Jahren 1237, 1246, 1247 belehren, liefert den Beweis, daß sie damals bereits eine zweite bedeutungsvolle Umwandlung erfahren hat: die Grafen, die am Ende des 12. Jahrh. das bis dahin amtsfürstliche Recht der Kur verloren hatten, sind jetzt mitsamt den übrigen Edlen von jeder Teilnahme an der förmlichen Wahl verdrängt: den rechtskräftigen, zur Wahl schlechthin erforderlichen consensus zu erteilen, das Vollwort zu geben, kommt nicht mehr ihnen zu, sondern ausschließlich den nicht mehr bei der Kur mitwirkenden Reichsfürsten.

Wenn dieser Schluß schon bei dem Vergleich des Wahldekrets von 1237 mit der Neuburger Fortsetzung gezogen werden muß¹, so wird er vollauf bestätigt durch die Mitteilungen, die Innocenz IV. über die Wahl Wilhelms von Holland seinen in Rom gebliebenen Kardinälen gemacht hat.² Da erzählt er, daß auf dem Reichstage (zu Worringen) bei Köln sehr viele geistliche und weltliche Fürsten persönlich anwesend gewesen wären; andere, die aus echter Not abwesend waren, sandten ihre Prokuratoren, die, mit Vollmacht ausgerüstet, für ihre Herren die Wahlzustimmung aussprachen; „außerdem beugten unzählige Edle und Magnaten vor dem Erwählten das Haupt“. Jeder Anteil an

(Zeumerfestschrift S. 359), gegeben hat. Nur sieht Krammer in der Wiedergabe des Sachsenspiegels durch Albert ein Mißverständnis, dessen sich dann auch Erzbischof Siegfried von Mainz schuldig gemacht haben soll!

¹ Sehr lehrreich ist dabei der Vergleich mit den Briefen von 1198; hier wie dort erkennt man, daß die förmliche Wahl aus Kur (*electio*) und Vollwort (*consensus*) zusammengesetzt ist. Damals — gemäß dem Privileg des Reichsfürstenstandes — die Kur bei diesen, der Konsens bei den Grafen und Edlen. Jetzt, 1237, die Form der Wahl unverändert, aber der Kreis der Wähler verschoben: die Grafen und Edlen sind ganz beseitigt! Die Erzbeamten erhalten die Kur allein, das Vollwort geben die übrigen Reichsfürsten. — Das ‚*votum*‘ ist ebensowohl die Einzelstimme bei der Kur (*vox*) wie die Mitwirkung beim Gesamtkonsens ‚*uno ore*‘. Darin hat Lindner, Königswahlen S. 86 f. 115 f. recht.

² In dem oben S. 216 N. 2 zitierten Briefe: *electioni eius noveris plurimos de principibus tam ecclesiasticis quam mundanis personaliter affuisse, procuratores etiam quorundam, qui absentes fuerunt ex causa necessaria vel honesta, qui dominorum suorum habentes plena mandata votivum pro illis interponere consensum preter innumeros nobiles et magnates qui predicto electo mox capita subdiderunt*‘.

der Wahl ist den Grafen und Edlen entzogen; sie ist das Vorrecht der Reichsfürsten geworden; jenen bleibt nichts als, getreuen Untertanen gleich, den schuldigen Treueid zu leisten.

Ehe wir versuchen, den Ursachen dieser Umgestaltung des Wählerkreises nachzugehen, ist es nötig, nachzuforschen, wann sie eingesetzt hat; denn während wir früher die erste, durch den Abschluß des Reichsfürstenstandes bedingte Wendung in den Wahlen von 1196—1211 verfolgten, haben wir jetzt aus äußeren Gründen der Überlieferung nur die von 1237—1247 betrachtet. Es ist zu erörtern, ob etwa die Entwicklung schon früher bei den Wahlen von 1212 oder 1220 eingesetzt habe.

Für die Wahl Friedrichs II. zum römischen König sind wir nur durch das Schreiben des Reichskanzlers Konrad an König Philipp August unterrichtet.¹ Er erzählt, daß die geistlichen und weltlichen Fürsten Deutschlands im Dezember 1212 zu Frankfurt Friedrich, den gewählten Kaiser, einmütig zum römischen König erkoren hätten und daß nach der Wahl die Gesamtheit der anwesenden Reichsfürsten, Edlen und Magnaten sich eidlich verpflichtet hätte, Otto niemals wieder zum Herrscher anzunehmen. Ist danach auch offenkundig, daß die Kur nur von den Reichsfürsten geübt wurde², so erlaubt die Fassung des Satzes doch keineswegs zu behaupten, daß die Grafen mit den Edlen etwa von der Teilnahme am förmlichen Konsens ausgeschlossen waren.³ Und eine solche Folgerung wäre höchst bedenklich, weil

¹ Vgl. oben S. 103 N. 1; MG. Const. II, 621 nr. 451: „nos cum ceteris Alemanie tam ecclesiasticis quam secularibus principibus . . . in dominum et regem Romanorum uniformiter elegimus . . . Celebrata itaque electione apud Frankenvort, nos una cum ceteris principibus imperii, nobilibus quoque et magnatibus, qui ad predictam curiam accesserant, fide interposita promissimus“.

² Ich halte dafür, daß ‚eligere‘ hier auf die Kur zu beschränken ist, die natürlich, wie schon 1198, nur Reichsfürsten zukam. Daß nämlich der Reichskanzler einen Unterschied zwischen lehnsfürstlichen ‚principes imperii‘ und amtsfürstlichen ‚principes Alemanie‘ — die denn alle, durch Kur und consensus, gewählt hätten — damals gemacht habe, ist mir unglaublich; vgl. unten S. 330 N. 1. Wer dies für Konrads Brief von 1212 behaupten wollte, müßte dann auch wohl in dem Schreiben des Reichskanzlers von 1220 unter den ‚omnes principes Teutonie‘ die Grafen mit verstehen.

³ Wenn auch die Abwehr des päpstlichen Anspruchs auf Approbation ganz wesentlich veranlaßt hat, daß der Nürnberger Kaiserwahl von 1211

unsere dürftige Kenntnis der formalen Seite von Heinrichs Wahl im J. 1220 grade ausreicht, um zu erkennen, daß damals die ‚nobiles‘ noch ihr Vollwort zu erteilen berechtigt waren.

Von den beiden Briefen Friedrichs II. und des Kanzlers Konrad an den Papst, auf die allein wir uns stützen können¹, berichtet jener nichts, als daß „die anwesenden Fürsten“ den jungen Heinrich gewählt hatten; dieser hingegen erklärt, daß auf den Sohn des Königs „bei Gelegenheit und unerwartet die Voten sowohl der ‚electores principes‘ als auch aller Fürsten und Edlen Deutschlands zusammenkamen“.² Mit Sicherheit entnehmen wir

die Frankfurter Königswahl entgegengesetzt wurde (vgl. oben S. 103), so wird doch jetzt auch die formale Entwicklung der deutschen Wahl zu beachten sein, um beider Gegensatz zu erklären. Bei der Nürnberger Wahl waren ebenso wie bei der Kölner Wahl Ottos im J. 1198 nur wenige Reichsfürsten zugegen gewesen (vgl. oben S. 93); dazu waren unter ihnen drei Vorwähler. Es scheint möglich, daß die große Masse der Reichsfürsten auch ihr Kurrecht zu wahren verlangte, als sie 1208 Ottos, jetzt Friedrichs II. förmliche Neuwahl zu Frankfurt vorzunehmen wünschte. Und in beiden Fällen kann ihr Verlangen zugleich gegen jede Strömung gerichtet sein, die etwa die Stimmen der Vorwähler (vgl. oben S. 312 N. 3. 4 die Worte Innocenz' III.) besonders in die Wagschale werfen wollte. Man könnte dann sogar noch weitergehen und meinen, daß auch die Grafen ihren Anteil am Vollwort nachdrücklich festzuhalten wünschten und deshalb die Königswahl Friedrichs von 1212 forderten. So erhielt eine besondere Bedeutung die Meldung der Magdeburger Schöppenchronik (Städtechroniken VII, 136), daß Graf Albrecht von Eberstein ‚disses kores mester was‘. Doch dies alles liegt im Ungewissen.

¹ Vgl. oben S. 113; ebenda S. 126 N. 1 über den vielleicht erst zu 1222 gehörigen Bericht der Annales Marbac. q. d.

² MG. Epist. saec. XIII. I, 93: ‚casualiter et improvise in filium ... regis Fr. vota tam electorum quam etiam omnium principum et nobilium Teutonie convenerunt‘. Vgl. dazu den Hallischen Protest (oben S. 41), wo im J. 1202 Reichsfürsten und Grafen erklären: ‚electionis nostre vota in ... Philippum ... una voce, uno consensu contulimus‘. Ebenso heißt es im Wahldekret Konrads, doch hier nur von den Reichsfürsten (vgl. oben S. 324 N. 4): ‚unanimita vota nostra contulimus in Conradum‘, wo also gleichfalls Kur und Vollwort technisch in diese Wendung zusammengefaßt sind. Siehe auch das Schreiben des Grafen von Flandern im J. 1198 (oben S. 300 N. 3): ‚vota nostra celeberrime concurrerunt‘. Aber auch abgesehen von diesen Stellen machen es schon die Worte Kanzler Konrads, der die plötzliche Wahl schildert, unmöglich, hier (wie zahlreiche Forscher getan) die Stimmen der anwesenden „Wähler“ von der Zustimmung abwesender Fürsten und Herren zu sondern; ‚vota convenerunt‘ bezieht sich auf die gemeinsame förmliche Wahlhandlung zu Frankfurt.

hieraus wenigstens das eine, daß außer den Reichsfürsten (*principes*) auch noch, wie bei der Doppelwahl von 1198, die *nobiles*, Grafen und Edle, an der förmlichen Erhebung mitgewirkt haben.¹ Andererseits ist jetzt offenbar die Nennung als „Wahlfürsten“ nicht mehr auf alle *principes* zu beziehen.² Das Schreiben Konrads ist das erste Zeugnis dafür, daß sie einer bevorzugten Gruppe zukommt; wir werden sie als die der sieben Vorwähler verstehen.³

¹ So außerordentlich leicht es sich dem von mir entworfenen Gesamtbild einordnen würde, kann ich mich doch nicht entschließen, mit Seeliger, *MIÖG.* XVI, 88 unter den *electores* die allein zur Kur berechtigten Reichsfürsten, unter den *principes* die zum Konsens verpflichteten gräflichen Amtsfürsten zu verstehen, die mit den Edlen das Vollwort erteilen würden. Dann würde die Bezeichnung von 1220 bis ins einzelne getreu den Ausdrücken entsprechen, die wir für 1198 nachgewiesen haben. Aber es ist mir überaus unwahrscheinlich, daß der Reichskanzler Konrad selbst und daß König Friedrich II. im J. 1220 *principes* anders als in dem seit geraumer Zeit herrschenden Sinne der „Reichsfürsten“ anwenden konnten, der die Grafen ausschloß. Für den Gebrauch der Reichskanzlei scheint mir vorläufig entscheidend z. B. das Edikt Philipps von 1207 Sept. 14 über eine Steuer für das heilige Land (*MG. Const.* II, 16 nr. 13; *Böhmer-Ficker Reg.* nr. 160), in dem wir finden: *communicato universorum principum nostrorum consilio*; *una cum principibus convenimus*; *principibus sive sint clerici sive laici, comitibus quoque et liberis sive quibuscunque nobilibus*; *de nostra et principum constitutione*; *quilibet princeps laicus sive comes vel alius nobilis*; *de consilio principum . . . ordinavimus*. Schon im J. 1198 werden unter den Bürgen für den Vertrag Philipps von Schwaben mit Philipp August die Grafen von den *dilecti principes nostri* geschieden (*Böhmer-Ficker Reg.* nr. 18; *MG. Const.* II, 2 nr. 1).

² Vgl. die vorige Anmerkung für die Bedeutung von *principes* als „Reichsfürsten“. Im J. 1198 — so nehmen wir an — war der Name *principes electores Saxonie* nur eine andere Bezeichnung für *imperii principes Saxonie*; vgl. oben S. 301f. Etwa um des Briefes Konrads willen auch die Worte der Halberstädter Chronik schon auf die späteren „Kurfürsten“ im engsten Sinn zu deuten, liegt kein Grund vor. Damals, als vor kurzem die neue Ordnung geschaffen war, fehlte erst recht jede Voraussetzung, deren Stimmen höher zu achten als die der andern Reichs- und Wahlfürsten.

³ Neuerdings hat Hugelmann (*MIÖG.* XXVIII, 691 N. 1) auch die Wahl Heinrichs (VII.) von 1220 als Beweis dafür angeführt, daß die *electio per unum* nicht erst 1257 aus dem kanonischen Recht rezipiert wäre (vgl. unten S. 345 N. 1), wie Bresslau (*Deutsche Zeitschr. für Geschichtswiss.* N. F. II, 122 ff.) gemeint hatte; er glaubt, diese Form der *electio communis* schon bei den Wahlen Heinrichs I., Ottos I., Konrads III. nachgewiesen, bei der Wahl Heinrichs IV. von 1056 wahrscheinlich gemacht zu haben (*MIÖG.*

Wir blicken damit, wie mir scheint, in die allmähliche Entwicklung hinein, in der aus dem Vorrang der Erzbeamten, den sie bei der Stimmabgabe durch alle Reichsfürsten erhalten und zuerst 1196/8 geübt hatten, im Laufe weniger Jahrzehnte bis zur Wahl von 1237 ein ausschließliches Kurrecht geworden ist. Der Thronstreit Philipps und Ottos hatte die Frage aufgerollt, wer als der rechtmäßig erwählte deutsche Herrscher zu gelten habe; durch die Gegenerhebung Friedrichs II. wider den gebannten und abgesetzten Otto blieb sie im Fluß. Wir spüren, wie in diesen Zeiten der Umstand, daß auf dieser oder jener Seite Vorwähler tätig gewesen waren, dazu diente, einer Partei den Schein besseren Rechtes zu schaffen¹; so mag es geschehen sein, daß der Vorzug, der den Erzbeamten nicht um ihretwillen, sondern nur als Vertretern des geistlichen und weltlichen Fürstenstandes gebührte, gleichsam durch sich selbst unbewußt dahin wirkte, grade ihren Einzelstimmen ein höheres Ansehen zu leihen.² Dies trat zunächst rein äußerlich dadurch in die Erscheinung, daß den

XXVII, 230 ff.). Meiner Überzeugung nach geben die Quellen durchaus kein Recht, für diese älteren Erhebungen von einer ‚electio communis‘ zu reden; und was wir an ausführlichen Berichten über andere deutsche Wahlen besitzen, spricht durchaus dagegen, daß der konstitutive Akt der förmlichen Wahl durch eine ‚electio per unum‘ irgendwie „altgermanischen Rechtsanschauungen entsprach“. Es gibt vor der Meldung des Neuburger Annalisten (Ann. Marbac. q. d. p. 89) über die Wahl Heinrichs (VII.) keine einzige Nachricht, die irgend dazu berechtigt, diese Wahlform für die deutsche Erhebung als bekannt vor auszusetzen. Die Neuburger Erzählung aber (keinesfalls vor 1238, vermutlich erst 1244/5 niedergeschrieben) faßt Ereignisse von 1220—1237 summarisch zusammen; es ist unsicher, ob die Worte ‚per Ottonem Wirzburgensem episcopum, cuius tutele deputatus fuerat a patre, de consensu principum in regem electus‘ auf die Wahl von 1220 oder die Anerkennung von 1222 zu beziehen sind (vgl. oben S. 126 N. 1). Es bleibt ungewiß, ob etwa im J. 1220 Otto von Würzburg die entscheidende Wendung zur plötzlichen Wahl Heinrichs herbeigeführt und damit die Vorberatung geendet, oder ob er im J. 1222 als Mitglied der vormundschaftlichen Regierung gehandelt hat; jedenfalls reicht die Stelle weder mit Rücksicht auf ihren Verfasser noch auf ihren Inhalt aus, um für sich allein die schwerwiegende Folgerung Hugelmanns zu tragen, mit der er Lindner zu Hilfe kommen wollte.

¹ Nur in dieser Weise hat — abgesehen natürlich von der Frage der päpstlichen Approbation — der Thronstreit auf die Form der deutschen Wahl unmittelbaren Einfluß geübt.

² Vgl. die oben S. 308 angeführten Stellen.

Vorwählern allein, aber vorerst doch nur ihrer Gesamtheit, um der sichtbaren Auszeichnung willen, die sie bei der Kur genossen, der Name von „Kurfürsten“ beigelegt worden ist.¹ Noch blieb indessen der Wahlvorgang selbst unberührt. Soweit wir wenigstens zu erkennen vermögen, sind Friedrich II. im J. 1212 und Heinrich (VII.) im J. 1220 noch unter feierlicher Mitwirkung der Grafen im Konsens zu Königen ausgerufen worden.

Erst Konrads Designation² von 1237 brachte den weithin wirkenden Fortschritt in der aristokratischen Ordnung des Reichs, daß die förmliche Wahl ausschließlich den Reichsfürsten zugesprochen wurde. Die feierliche und ausdrückliche Bestimmung Konrads „zum römischen König und zukünftigen Kaiser nach des Vaters Tode“ wurde nur noch von den *principes imperii* vollzogen³; die Grafen hatten keinen Teil mehr daran.

Die Wahlordnung, die seit Friedrich I. geschaffen war, hatte den Kreis der Wähler völlig unberührt gelassen und sich damit begnügt, ihren Anteil an der Handlung zugunsten der Reichsfürsten dadurch zu verschieben, daß die Grafen nicht mehr an der Kur, sondern bei der Zustimmung mitwirkten. Die Form der Wahl war überdies durch das Vorstimmrecht der sieben Vorwähler erheblich verändert worden. Beide Maßregeln hingen unmittelbar mit der Entstehung des Reichsfürstenstandes zusammen.

Die Fortbildung des Wahlverfahrens, die bei der Designation von 1237 zuerst sicher begegnet, betraf zunächst und vor allen

¹ Vielleicht könnte der Gedanke auftauchen, daß, wie im J. 1237, bereits im J. 1220 nur die Erzbeamten einzeln mit Namen gekoren hätten, daß die andern Reichsfürsten mit den Grafen und Edeln zusammen nur den Konsens erteilten: so würden in dem Brief Konrads die *electores* als einzige kürende den zustimmenden *omnes principes et nobiles* entgegenstehen. Aber dies ist mir weniger wahrscheinlich, weil es die Masse der Reichsfürsten bei der Wahl in die Reihe der zustimmenden Nicht-Fürsten herabdrückt, was der übrigen Entwicklung entgegenläuft. Indessen gestehe ich zu, daß ich hier über solche Erwägungen allgemeiner Art nicht hinauskomme, so daß ein anderer vielleicht tiefer zu dringen und deshalb sicherer zu entscheiden vermag. Mir erscheint es als die annehmbarste Erklärung, daß grade der Ausschluß der Grafen vom Konsens die Scheidung der Reichsfürsten in kürende und konsentierende bewirkte; vgl. unten im Anhang S. 379.

² Vgl. über sie oben S. 324.

³ So kommt auch hier wieder die Weiterbildung des reichsfürstlichen Wahlrechts mit dem Aufleuchten des staufischen Gedankens von der „kaiserlichen“ Wahl zusammen!

Dingen den Wählerkreis; aber indem die gesamten Grafen und Edlen, die bis dahin konsentiert hatten, von der förmlichen Wahl ausgeschlossen wurden, mußte notwendig entweder für die feierliche Handlung eine neue Ordnung gefunden — oder innerhalb der Reichsfürsten selbst eine Scheidung vorgenommen werden, die es gestattete, die geheiligte Form des Wahlurteils aufrecht zu erhalten. Es ist selbstverständlich, daß man letzteren Weg ging und deshalb sich darauf einigte, einem Teil der Fürsten die Kur, einem andern das Vollwort zu überlassen. Die Lösung lag überaus nahe: die bisherigen geistlichen und weltlichen Vorwähler, die Erzbeamten des Reichs, behielten für die Zukunft allein das Recht, den künftigen Herrscher bei Namen zu kiezen; alle übrigen Reichsfürsten, Geistliche und Weltliche, begnügten sich damit, durch ihren Konsens die Wahl abzuschließen und rechtskräftig werden zu lassen. So ist es, wie ich glaube, durch die Entfernung der „Optimaten“ von jedem Anteil an der rechtsverbindlichen Wahl zu der Form der deutschen Erhebung gekommen, die uns vom Neuburger Annalisten und in den Briefen Innocenz' IV. für die Wahlen von 1237, 1246, 1247 überliefert wird. Seitdem sind die Erzbeamten, die bis dahin nur die Auszeichnung der Vorwahl besaßen und um deswillen wohl schon im J. 1220 als die eigentlichen ‚electores‘ genannt wurden, die wahren und einzigen Kurfürsten des Reichs.¹

¹ Krammer, Kurrecht und Erzkanzleramt (Zeumerfestschrift S. 355 f.) hat das Verdienst, darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß Siegfried III. von Mainz sich seit dem 4. Dezember 1237 ‚sacri imperii per Germaniam archicancellarius‘ in seinen Urkunden nennt und daß auch Konrad von Hochstaden den Titel ‚Italia archicancellarius‘ führt, sobald er im August 1238 von Friedrich II. die Regalien empfangen hatte (vgl. Knipping, Regesten der Erzbischöfe von Köln III, Reg. nr. 907. 921; Krammers Angaben S. 356 sind unrichtig). Auch darin stimme ich gern Krammer zu, daß die „demonstrative Betonung des Erzkanzleramts“ gewiß mit dem Kurrecht zusammenhängt. Aber daß ein Protest gegen Friedrich II. beabsichtigt gewesen sei und daß „das Prunken der beiden Erzbischöfe mit dem neuen Titel“ auf der Bekanntschaft mit der Ämtertheorie des Sachsenspiegels beruhen müsse, ist irrig. Krammers (und auch anderer) Auffassung der Ereignisse und ihrer Motive steht viel zu stark unter dem Eindruck der späteren Vorgänge; als ob irgend jemand damals Friedrichs Niederlage in Italien, seine Bannung und Absetzung, das Konzil von Lyon und die Wahl der Gegenkönige hätte voraussehen können! — Sollte die ausgezeichnete Stellung der Erzbischöfe als der ersten Wähler von ihrem geistlichen Amt unabhängiger

Allein die Auskunft, auf die sich der Kaiser und die Fürsten einigten, sollte durchaus in keiner Weise den Erzbeamten einen Rechtsvorzug vor den konsentierenden Reichsfürsten gewähren, so wenig das Vorstimmrecht ihn früher hatte bedeuten sollen. Die Art, wie die Wähler an dem förmlichen, der allgemeinen Vorverhandlung folgenden und durch ihre Nomination bedingten Akte sich beteiligten, sollte weder den einen, die nunmehr allein bei Namen koren, ein erhöhtes, noch den andern, die von jetzt an „mit gesamtem Munde“ zustimmten, ein gemindertes Recht übertragen; gemeinsam lag es allen Reichsfürsten ob, aber nur ihnen stand es in Zukunft zu, den kaiserlichen Herrscher des Reichs zu wählen. Auch hiervon legte die Wahlproklamation von 1237 lautes Zeugnis ab; von allen zu Wien anwesenden Reichsfürsten gemeinschaftlich ausgestellt, faßt sie, ohne auch nur den geringsten Unterschied in ihrer Tätigkeit anzudeuten, den Vollzug des Wahlgeschäfts durch sie alle zusammen. Niemand wäre imstande, aus ihren Worten zu entnehmen, daß der Erzbischof von Salzburg und die vier Bischöfe, daß der Landgraf von Thüringen und der Herzog von Kärnthen in einer anderen Weise ihr Votum für Konrad abgegeben haben als die beiden Erzbischöfe von Mainz und Trier, als die beiden Fürsten von der Pfalz und Böhmen.¹

Auch Kaiser Friedrich II. hat später auf der Höhe des Kampfes mit Innocenz IV. in einem Rundschreiben an die Städte Italiens auf das Wahldekret hingewiesen, um vor aller Welt zu verkünden, daß die Nachfolge im Reiche verliehen werde durch das Zusammenwirken vom Erbrecht des Kaisergeschlechts mit der Wahl aller Fürsten Germaniens, denen sie von Reiches wegen zusteht.²

auch auf ihr Reichsamt gestützt werden? Übrigens heißt schon einmal (Böhmer-Ficker Reg. nr. 3977) im J. 1225 Engelbert „tutor regni, palatii primicerius“.

¹ Daß der Pfalzgraf vor dem König von Böhmen genannt wird, ist seit langem als Beweis für die von ihm geführte erste Stimme unter den Weltlichen angesehen worden. Daß es sich bei dem Vorstimmrecht und der Kur überhaupt um eine formale, nicht eine rechtliche Auszeichnung handeln sollte, beweist die Tatsache, daß in den Urkunden die alte Rangordnung der Geistlichen und Weltlichen bewahrt blieb.

² Vgl. oben S. 143. Böhmer-Ficker Reg. nr. 3506; MG. Const. II, 369 nr. 263: „Conrado . . . cui iuris rigor imperii Romani fastigium per legitimos tramites paterne successionis attribuit et universorum Germanie

In der Proklamation wie in der Enzyklika Friedrichs und in allen andern Äußerungen über die Wahlen Konrads, Heinrich Raspes, Wilhelms wird klar ausgesprochen, daß die Herrscher von den Reichsfürsten gewählt wurden, und ihr allgemeines und gleiches Recht daran wird betont.¹ Nirgends allerdings wird verraten, daß um ihretwillen die Grafen und Edlen den Anteil an der Wahl verloren haben, den sie recht als die letzten Vertreter des Volks nach altem germanischen Brauch mit dem Votum besessen hatten. Die Umwälzung, die mit der Bildung des Lehnsherrnstandes und seinem ausschließlichen Recht an der Kur nur vorbereitet worden war, sie ist jetzt vollzogen: bei der Wahl von 1237 ward kund, daß der reichsfürstliche Herrenstand allein neben dem Kaiser, alle andern Teile von Adel und Volk ausschließend, das Reich vertrat.

principum, ad quos de iure imperii spectat electio, singulorum concorditer munita signaculis, prout in concione publice ambaxatoribus predictis presentibus legi mandavimus, publica munimenta roborant dignitatem. Danach waren also dem Wahldekret, auf das hier offenbar Bezug genommen ist, die Siegel der Reichsfürsten angehängt; *electio* wird wohl schon mit Rücksicht auf den Gegensatz zum Erbrecht allgemein als „Wahl“, nicht speziell als „Kur“ wiederzugeben sein. Die Worte Friedrichs stehen in vollem Einklang mit der Ordnung von 1237, die keinen Rechtsunterschied zwischen Kur und Konsens kennen, beide als gleich notwendig zu der „Wahl“ vereint sehen wollte.

¹ Aus dieser Rechtslage heraus wird auch die bekannte Äußerung Herzog Ottos von Bayern und Pfalz verständlich, die uns Albert Beham berichtet. Dieser wollte dem Herzog im J. 1240 klar machen, daß er und seine *coelectores* für diesmal das *ius electionis* verloren hätten (vgl. oben S. 152 N. 1) und daß der Papst dem Reiche providieren wolle. Otto erwiderte: wenn nur der Papst dies tun würde, möchte er, Otto, gern auf seine beiden Wahlstimmen, für die Pfalz und das Herzogtum, verzichten (*vellem utriusque voci renuntiare videlicet palatii et ducatus*). Otto führte in der Tat zwei Stimmen: die eine des Pfalzgrafen gab er 1237 als „Kurfürst“ einzeln in der Kur ab, die andere des Bayernherzogs mit den andern Reichsfürsten gemeinsam im Konsens. Allerdings ist *vox* in allen Akten der Zeit der technische Ausdruck für die einzeln abgegebene Kurstimme (vgl. oben S. 312 N. 1 und unten S. 362 N. 1; die abweichende Quellenstelle bei Lindner, Königswahlen S. 116 N. 4 gehört einer Fälschung an, vgl. oben S. 92 N. 3); nur *votum* bezeichnet daneben auch den consensus. Aber mußte etwa Albert die deutsche Äußerung Ottos, er würde auf seine beiden „Stimmen“ verzichten, lateinisch anders wiedergeben? Ob Albert oben unter den *coelectores* die „Mitwähler“ oder technisch die „Mitkurfürsten“ verstand, ist unerheblich.

Die überlegene Macht, die unter der Gunst der Verhältnisse und durch die Politik Friedrichs II. der Reichsfürstenstand in dem halben Jahrhundert seines Bestehens in Deutschland erworben, hatte schließlich in neuen großen Privilegien des Kaisers ihren Ausdruck gefunden¹; sie machten die Reichsfürsten als² „die Glieder des Reichs, aus deren Zusammenfügung der eine strahlende Reichskörper hervorgeht,“ zu Trägern der wichtigsten Hoheitsrechte, zu den fürstlichen Landesherren. Sie waren so hoch gestiegen, daß sie mit niemandem mehr die Ehre teilen mochten und zu teilen brauchten, über das Kaisertum zu verfügen; wie das Reich vor allem auf ihnen ruhte³, so sollte es auch allein von des Reiches Fürsten als den rechten Nachfolgern der Senatoren Roms seinen Ausgang nehmen⁴; wie bei den „patres“ der alten kaiserlichen Roma, so würde jetzt bei den Fürsten, die an die Stelle des Senats gerückt sind und als die Väter und Leuchten des Reichs geachtet werden⁵, die höchste Gewalt des Reichs und die Stimme zu kaiserlicher Wahl beruhen.

Man hat in solchen Worten des Wahldekrets Konrads von 1237 bisher kaum anderes als üppig blühenden Hofstil aus der Kanzlei Friedrichs II. gesehen. Welch bedeutenden Gehalt gewinnen sie uns in dem Augenblick, wo wir begreifen, daß sie bestimmt waren, eine grundsätzliche Veränderung der alten deutschen Wahlgebräuche vor Deutschland zu verkünden und zu rechtfertigen! Die Einleitung der Proklamation soll erklären, daß um des Kaisertums willen, das von den Deutschen vergeben wird, nicht

¹ Wenngleich ein Teil der Verfügungen von 1232 auch nichtfürstlichen „domini terre“ zugute kam, bleibt doch bestehen, daß sie die eigentliche Grundlage für die landesherrliche Stellung der Reichsfürsten sind.

² Böhmer-Ficker Reg. nr. 2075; MG. Const. II, 237 nr. 193: „principes velud imperii nostri membra, ex quorum compositione membrorum unicum imperii corpus illustre consurgit“.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4348; MG. Const. II, 433 nr. 322: „tu et alii principes, cum imperium maxime consistat in vobis“.

⁴ Wahldekret Konrads, vgl. oben S. 136 N. 3: „tandem apud Germanie principes [summa regni potestas et imperialis creationis suffragium] non minus probabili quam necessaria ratione permansit, ut ab illis origo prodiret imperii, per quos eiusdem utilitas et defensio procuretur“.

⁵ A. a. O.: „principes qui circa hoc Romani senatus locum accepimus, qui patres et imperii lumina reputamur“.

Grafen und Edle wie bisher an der feierlichen Wahl mitwirken, daß sie als eine kaiserliche vielmehr von niemandem als von den Reichsfürsten in Zukunft zu üben ist.

Eine merkwürdige Verflechtung der deutschen Geschicke, daß die „Kaiserwahl“, die nach außen hin als Waffe im Kampfe gegen das Papsttum erdacht war und die Deutschland auf die Höhe unabhängiger Weltstellung führen sollte, durch ihren Einfluß auf seine innere Verfassung die Kräfte emporzog, die schließlich das Kaisertum selbst und mit ihm Deutschlands Königtum zur Ohnmacht verurteilten! In der Geburtsstunde des Reichsfürstenstandes durch die Gesetzgebung Friedrichs I. war um des imperialen Gedankens willen ihm das ausschließliche Recht zur Kur zuerteilt, waren die andern edlen Stände des deutschen Volks auf das Vollwort zurückgeschoben worden; auf der Höhe der Macht, zu der Friedrich II. die Reichsfürsten geleitet hatte, lieferte dieselbe Idee vom deutsch-römischen Kaiserreich den Rechtsgrund, um die Entscheidung über seine Nachfolge jetzt ganz allein ihnen anzuvertrauen. Die Herrscher selbst gaben, um des Kaisertums willen, der Fürstenaristokratie die Mittel in die Hand, denen die deutsche Königsgewalt in derselben Zeit erliegen sollte, in der das Papsttum ihr den Glanz kaiserlicher Freiheit raubte.

Für die Wahl Heinrichs (VII.) hatte Friedrich II. den geistlichen Fürsten mit dem ersten der wichtigen Privilegien gelohnt; war der Ausschluß der übrigen Großen von der Kaiserwahl der Preis, den er den Reichsfürsten zahlte, um von ihnen die Designation des jüngeren Sohnes zum kaiserlichen Nachfolger zu erhalten? Wie dem auch sei — die letzte Erkenntnis wird niemand selbst aus tiefgefurchten Zügen einer stummen Vergangenheit ablesen —, wir haben eine Ahnung davon erhalten, in welchem bedeutenden Zusammenhang die Wandlung zu begreifen ist, in der sich der Reichsfürstenstand der feierlichen Wahl des deutschen Herrschers vollständig bemächtigte.

VI.

Die deutsche und die kanonische Kaiserwahl.

Von äußeren Einflüssen unberührt, dem eigenen Gesetze der deutschen Entwicklung folgend, war die deutsche Wahl aus der vornehmsten staatlichen Handlung eines ganzen Volkes binnen

weniger Jahrhunderte nach und nach zum Sonderrecht seiner vornehmen Beamten und Herren geworden; mit der Bildung und dem Aufstieg des Reichsfürstenstandes wurde die Kur und schließlich die ganze feierliche Wahl ihm allein überlassen. In ihrer Ordnung kam zum Ausdruck, daß jetzt das Reich durch diese Fürsten dargestellt und deshalb nur von ihnen vergeben werde. Derart waren die Rollen dabei verteilt, daß den Erzbeamten die Kur, den übrigen Reichsfürsten der Konsens zugefallen war.¹

In dieser Form war die Wahl äußerlich geregelt, als Innocenz IV. mit einer überlegenen Kraft ohnegleichen daran ging, die theoretisch beanspruchte Oberhoheit der Kirche über das Kaisertum zur Geltung zu bringen. Wir haben aufgedeckt, wie er das kaiserliche Amt als ein kirchliches betrachtet wissen wollte und wie er deshalb, auf den Wegen Innocenz' III. fortschreitend, die Vorschriften des kirchlichen Rechts auf die deutsche Wahl übertrug, sie als eine „kanonische“ gemäß den geistlichen Wahlen abzuhalten forderte.

Wie er bei den Bischofswahlen in Deutschland trotz aller bis dahin unerhörten Bevormundung den Schein aufrecht erhielt, daß er die „freie“ Wahl der Domkapitel unangetastet lasse², so

¹ Bekanntlich bringen die bis 1244 reichenden *Gesta abbreviata episcoporum Leodiensium* des Aegidius von Orval bei Karl dem Großen (MG. SS. XXV, 130) einen Bericht über die königliche Salbung zu Aachen und fügen hinzu: „Rex apud Vadum Franconis debet eligi; electores Treverensis, Maguntinus, Coloniensis archiepiscopus; marchio Brandenburgensis, dux Saxonie, comes palatinus Reni, dux Boemie“. Er beweist, daß damals die sieben Kurfürsten ihre Ehrenstellung bei der Wahl einnahmen, wie sie eben um 1240 auch Albert von Stade (vgl. oben S. 326) uns übermittelt; vgl. Zeumer, *Die Goldene Bulle Karls IV.* I, 211. Mit Rücksicht auf diese Nachrichten wäre es möglich, in ihrem Sinne den Spruch Reinmars „Sumlichen vürsten ist ez leit“ (Nr. 147, Roethe S. 485) zu deuten, den Roethe S. 67f. in die zweite Hälfte von 1240 verlegt. Es könnte nämlich sein, daß Reinmar schon die „electores“ und nicht mehr alle Reichsfürsten im Sinn hat, wenn er ruft:

„Nû seht vür iuch, des rîches welaere,
den ihr nû welt, daz er sî schanden laere
unt alsô, daz ir in versuochet:
werde er iu liep, sô stât im eben,
unt sî des niht, sô lât iu geben
daz rîche wider ze hant sô irs geruochet.“

² Vgl. oben S. 173ff. und namentlich Aldinger, *Die Neubesetzung der deutschen Bistümer*.

hielt er auch darauf, in allen seinen Mandaten und Flugschriften das Recht der deutschen Reichsfürsten den Worten nach zu achten. Aus Lyon befahl er allen denen, die im Kaiserreich die Wahl des Kaisers angehe, dem abgesetzten Friedrich einen Nachfolger frei zu wählen¹, und in dem bekannten Manifest ‚Eger cui lenia‘ sprach er von der freien Wahl des römischen Kaisers durch die Fürsten Deutschlands, denen allerdings, nach ihrem eigenen Geständnis, Recht und Gewalt, den König zu wählen, der vom Papste zum Kaiser zu befördern wäre, vom apostolischen Stuhl gegeben sei.² Innocenz hatte kein Interesse daran, seinerseits den Kreis der Wähler umzugestalten und dadurch etwa sich und seinen Thronkandidaten Gegner zu erwecken; er schloß sich mit seinen Wünschen an die gegebenen Zustände an und handelte

¹ MG. Const. II, 512 nr. 400: ‚Illi autem, ad quos in eodem imperio imperatoris spectat electio, eligant libere successorem‘.

² Winkelmann, Acta II, 699 (vgl. oben S. 158 N. 1): ‚aliud de imperatore Romano, qui per liberam Germanie principum electionem assumitur, in quos ius et potestas eligendi regem in imperatorem a nobis postmodum promovendum, sicut ipsi non abnuunt sed fatentur, ab apostolica sede pervenit‘. Der Satz stimmt, von ‚in quos‘ an, nahezu mit dem Schreiben Venerabilem; ein Zusatz sind nur die Worte, nach denen die Fürsten zugestanden hätten, das Wahlrecht vom Papste erhalten zu haben. Sie sind das älteste Zeugnis dafür, daß Deutsche den päpstlichen Anspruch anerkannten, wie es später auch durch die fürstlichen (in Rom verfaßten) Willebriefe von 1279 und das Mainzer Wahlausschreiben von 1291 geschehen ist. Am wahrscheinlichsten ist, daß Erzbischof Siegfried III. von Mainz und Konrad von Köln förmlich der päpstlichen Anschauung zugestimmt haben, als sie im Dezember 1244 sich mit Innocenz IV. darüber verständigten, ihm und der Kirche nach Friedrichs Absetzung einen mächtigen König zu „präsentieren“, vgl. oben S. 176; Böhmer-Ficker Reg. nr. 7528^b; Knipping, Regesten der Kölner Erzbischöfe III, nr. 1167. Andernfalls müßte man annehmen, daß Innocenz IV. den Satz des Briefes Venerabilem über das Recht der ‚examinatio persone‘, die dem Papste von den Fürsten zugestanden sei, auf das Wahlrecht selbst übertragen habe. Dieser Satz ist nämlich in der Dekretale (c. 34 X I 6) noch verstärkt durch die Worte: ‚sicut iidem [principes] in nostra recognovere presentia‘. Damit bezieht sich die Dekretale auf die den Lombarden gesandte Fassung des Briefes (Reg. nr. 92, col. 1097) vom 11. Dez. 1203, derzufolge die ‚examinatio persone‘ dem Papst ausdrücklich durch die Gesandten Philipps, den Erzbischof von Salzburg, den Abt von Salem und den Markgrafen von der Ostmark zuerkannt worden sei (‚quod et principes sine contradictione qualibet recognoscunt, sicut expresse per . . . legatos suos recognoverunt in nostra presentia constitutos etiam principes . . . Philippo faventes‘).

dem Reichsfürstenstande nicht anders wie den Domkapiteln gegenüber, denen Freiheit der Wahl kraft kirchlichen Rechts zustand.¹

Hingegen mußte der äußere Hergang insoweit beeinflußt werden, als die Erhebung die entscheidenden Merkmale eines kirchlichen Rechtsakts an sich tragen und — wie es Innocenz in seinem Kommentar ausgesprochen hatte — als eine „kanonische“ anzusehen sein sollte. Nun konnten die Anforderungen an eine solche innerhalb gewisser Grenzen strenger oder freier gefaßt werden²; wesentlich blieb, daß in einwandfreier Form die beiderseitige Zustimmung der Wähler und des Gewählten zum Ausdruck kam³, durch welche die „geistliche Ehe“ geschlossen wurde.⁴ Die Wahl zu einer der höheren geistlichen Würden schloß deshalb im 13. Jahrh. durch eine feierliche Verkündigung, eine ‚electio communis‘, in der nach Abschluß der Einzelerklärungen aller Teilnehmer der Gesamtwille der wählenden Körperschaft in einer einzigen Rechtshandlung zu endgültigem Ausdruck kam. „Dies⁵ konnte nur auf die Weise erfolgen, daß alle ‚uno ore‘ den vor-

¹ Vgl. oben S. 176f. Auf die Entwicklung, durch die den Kapiteln das ausschließliche Wahlrecht der Bischöfe zufiel, indem der übrige Diözesanklerus und die Laien (Edle und Ministerialen) mehr und mehr, endlich ganz beiseite geschoben wurden, ist nur insofern aufmerksam zu machen, als sie derjenigen bei den Königswahlen durchaus analog ist. Auch dort zeigt sich, wie die Kreise, die zunächst auf den Konsens beschränkt wurden, bald ganz verdrängt werden; vgl. v. Below, Die Entstehung des ausschließlichen Wahlrechts der Domkapitel.

² Apparatus Innocentii IV. fol. 39 (gl. ‚propter bonum pacis‘ zu c. 28 X I 6): ‚Canonica electio dicitur large, stricte et strictius. Dicitur strictius, ubi omnia interveniunt, etiam quae sunt de solennitatibus quae a iure praecipuntur et sic loquitur c. 1 Dist. 63. Stricte dicitur canonica, ubi omnia interveniunt, quae sunt de substantia, et non alia quae sunt de solennitate, puta sine quibus est electio, puta, si omittatur forma; infra eodem: Quia propter [c. 42]. Large autem dicitur canonica, quae scilicet est secundum ius naturale, scilicet quia nulla est servata forma, sed tamen consensus electi et eligentium intervenit, et non causae, ex quibus sit nulla electio; supra eodem: Consideravimus [c. 10].‘

³ A. a. O.: ‚electionem canonicam facit mutuus consensus capituli et electi cum forma servata‘.

⁴ Vgl. auch die Summa aurea des cardinalis Ostiensis fol. 31^a: ‚Electus si consenserit, ecclesie viduate spiritualiter coniungatur‘.

⁵ v. Wretschko, Die Electio communis bei den kirchlichen Wahlen im Mittelalter (Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht III. Folge XI, 321 ff., besonders S. 355 ff. 378f.).

her nominierten Kandidaten feierlich erwählten¹, oder daß einer² kraft Amtes oder ihm erteilten Auftrags in ihrer aller Namen und im Namen der Korporation die ‚electio‘ aussprach“; im letzteren Falle redet man von einer ‚electio [communis] per unum‘. Von diesem förmlichen Schluß der Wahlhandlung kann nur dann abgesehen werden, wenn die Wahl ‚quasi per inspirationem‘ unvorbereitet und daher nicht durch Menschenwerk, sondern gleichsam durch göttlichen Ratschluß in einmütigem Zuruf aller Anwesenden vollzogen wird³; als inspiriert gilt eine Wahl auch dann⁴, wenn „gleich bei Beginn des Wahlgeschäfts zwei oder drei Mitglieder nacheinander einen Kandidaten“ nominiert haben und dann alle einmütig und einstimmig ihn ausrufen. „Eine solche Wahl wurde . . . sofort als Gesamtwille der Versammlung betrachtet, so daß danach die electio communis unterbleiben“ durfte.⁵

¹ Diese mehr und mehr verschwindende Form kennt doch noch der Ostiensis, vgl. Summa aurea, De electione c. 13 (v. Wretschko a. a. O. S. 379 N. 1).

² Apparatus Innocentii IV. fol. 54 zu c. 55 I 6; gl. ‚communitar‘: ‚id est ab uno vice omnium vel ad minus vice partis quae bene eligit vel canonicè‘; vgl. Lectura I, fol. 81^a. Dadurch wird die Ansicht v. Wretschkos bestätigt, daß die Electio per unum nicht immer die Einstimmigkeit aller Wähler, sondern nur den Gesamtwillen der Partei auszudrücken hat. Bresslau — gegen den sich v. Wretschko damit wandte — bleibt das Verdienst, als der erste erkannt zu haben, daß die Form der Electio communis bei den deutschen Königswahlen bewußt — wenn auch nicht von den päpstlichen, so doch von den kirchlichen „kanonischen“ Wahlen — übernommen worden ist (vgl. Zur Geschichte der deutschen Königswahlen, in der Deutschen Zeitschr. für Geschichtswissenschaft N. F. II, 122 ff.).

³ Auf den Unterschied einer Wahl ‚per inspirationem‘ und einer solchen ‚quasi per inspir.‘ scheint es für unsere Zwecke nicht notwendig, einzugehen (vgl. v. Wretschko S. 381).

⁴ Apparatus fol. 47 zu c. 42 I 6; gl. ‚per inspirationem‘: ‚haec non est forma, sed ubicunque cognitum fuerit electionem per inspirationem factam, confirmabitur, quia Si Dei spiritu aguntur etc. infra De reg. et trans. ad rel. Licet [c. 18 III 31]; Duae [c. 2 C. XIX q. 2], et videtur esse per inspirationem; et si duo vel tres nominaverunt eligendum, nihilominus fit per inspirationem‘.

⁵ Nach dem 1254 vollendeten Traktat des Laurentius de Somercote (ed. v. Wretschko S. 32) fand sie auch dort statt: ‚Si omnes statim consenserint una voce, tunc decanus vel alius qui primam vocem habet, statim dicat sine alio tractatu: . . . Ego N. nomine meo et omnium illorum, ad quos spectat praesens electio, eligo nobis . . .‘.

Nachdem auf die eine oder die andere Weise die feierliche Handlung förmlich beendet ist, muß nunmehr der Erwählte gefragt werden, ob er zustimme. Falls er selbst anwesend ist, gibt er sogleich seine Erklärung über Annahme oder Ablehnung ab¹; mit seiner Einwilligung kommt die „geistliche Ehe“ zustande, erlangt er das Recht auf Übertragung des erledigten Amts (*ius ad rem*).²

Über den Wahlakt wurde ein Protokoll (*decretum electionis*) aufgesetzt, das außer allen den Vorgängen, die zu der Erhebung zusammengewirkt hatten, eine kurze Charakteristik der gewählten Persönlichkeit enthielt, um ihre Würdigkeit darzutun.

Diese Gestalt, die den kirchlichen Wahlen seit dem Beginn des 13. Jahrh. eignete, hatte die geschlossene Einheitlichkeit der Rechtshandlung, die ‚*unitas actus*‘, zur notwendigen Grundbedingung.³ Die Wahl mußte nach vorgeschriebener Ladung aller Berechtigten am festgesetzten Orte zur bestimmten Zeit vorgenommen werden, „in Gegenwart aller, die teilnehmen müssen, wollen und können“.⁴ Wer mit rechtem Grunde abwesend war, konnte einen Stellvertreter bevollmächtigen; niemand indes war imstande, rechtswirksam einer vollendeten Wahl beizutreten; sie bildete eine einzige, zusammenhängende Handlung vom Beginn der Abstimmung bis zur Verkündung des Ergebnisses⁵: hiermit aber war sie endgültig abgeschlossen. Das Wahldekret ging dem zuständigen Oberen zu, der über ihre Anerkennung zu entscheiden, die Bestätigung auszusprechen berufen war.

¹ Laurentius de Somercote p. 33: ‚*Electione vero sollemniter celebrata, debet electus rogari, ut consentiat*‘.

² Vgl. Hinschius, Kirchenrecht II, 670.

³ v. Wretschko, Der Einfluß der fremden Rechte auf die deutschen Königswahlen (Savigny-Zeitschr. f. Rechtsgesch. Germ. Abt. N. F. XX, 177 ff.).

⁴ c. 42 X I 6 Quia propter = Conc. Lateran. a. 1215 c. 24: ‚*quum electio fuerit celebranda, presentibus omnibus, qui debent et volunt et possunt commode interesse*‘.

⁵ Apparatus fol. 34^b zu c. 22 I 6 ‚*Dudum*‘; gl. ‚*numerus*‘: ‚*una fingatur electio vel unus contextus electionis a principio scrutinii usque ad publicatam electionem*‘. — fol. 32^a zu c. 19 ‚*Cum nobis*‘; gl. ‚*revocare*‘: ‚*statim non venientibus vocatis possunt procedere presentes*‘. — Wie dies alles mit dem Korporationsbegriff und der Rechtsfähigkeit der juristischen Persönlichkeit zusammenhängt, hat Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht III, 313 ff. unübertrefflich klargelegt.

Indem Innocenz IV. die kaiserliche Wahl den kirchlichen einordnete, konnte er den äußeren Hergang nahezu unberührt lassen, wie er aus der deutschen Rechtsentwicklung erwachsen war. Man wird vermuten, daß er die Reichsfürsten als Wähler für das imperium nicht anders ansah wie etwa die Domkapitel, die für die ganze Diözese bei der Bischofswahl handelten.

Er erkannte, wie wir gehört, ihr Wahlrecht an; er ließ den Wahlakt im wesentlichen nach dem deutschen Brauche vor sich gehen, und nur darauf kam es ihm an, daß auch bei der Erhebung des „römischen Königs, der später zum Kaiser zu befördern sei“, durch die Willenserklärungen der Wähler und des Gewählten die „beiderseitige Zustimmung“ festgestellt werde, die eine Wahl zur „kanonischen“ macht und damit den Rechtstitel auf das kirchliche, hier also auf das kaiserliche Amt gewährt.

Wir haben schon früher¹ erfahren, wie er durch die strengste Wahlbevormundung die Erhebung Heinrich Raspes, durch die Verständigung mit Konrad von Köln die Wahl Wilhelms von seinem Willen abhängig machte; er erteilte beiden die Bestätigung als „römischen Königen“, die ihnen nach seiner Anschauung die kaiserliche Gewalt verlieh. Jetzt liegt uns daran, zu verstehen, wie es ihm möglich wurde, beider Wahlen, obgleich sie von den Fürsten Deutschlands nach deutscher Gewohnheit vorgenommen waren, doch den Normen des kanonischen Rechts entsprechend zu beurteilen.

Die äußeren Umstände haben dem Papste die Umdeutung außerordentlich erleichtert. Sowohl zu Veitshochheim wie zu Worringen waren von den sieben Kurfürsten, denen seit Konrads Designation allein das Recht der Einzelstimme zukam, nur die drei rheinischen Erzbischöfe zugegen: sie allein gaben in der feierlichen Wahl einer nach dem andern den Kürspruch ab; dann folgten ihnen in einmütigem Konsens „mit einem Munde“ alle andern anwesenden Reichsfürsten.

Die förmlichen Wahlen Heinrich Raspes und Wilhelms boten deshalb den päpstlichen Legaten, die an ihnen teilnahmen, wie dem Papste, dem der Hergang bei der Wahl mitgeteilt wurde, jenes Bild einer Erhebung „durch Inspiration“, bei der zuerst „zwei oder drei den zu Wählenden einzeln nennen“, dann die übrigen

¹ Vgl. oben S. 176 f.

Anwesenden sogleich ‚uno ore‘ konsentieren.¹ Wirklich lassen die Äußerungen Innocenz' IV. keinen Zweifel daran, daß er mindestens die Wahl Wilhelms — über die wir in dieser Hinsicht besser² unterrichtet sind — im Lichte einer Inspirationswahl gesehen hat. Den Bürgern von Köln³ schrieb er am 19. November 1247, wie es von Gott geschehen sei, daß ‚quasi ex insperato‘ die würdigste Person zum Gipfel des Reiches angenommen wurde; und die Gesamtheit der deutschen Fürsten ließ er wissen, daß der König der Römer nicht durch Menschenwerk, sondern durch göttliches Geheimnis ‚quasi ex insperato‘ zum Kaisertum emporgestiegen sei.⁴

Unter dieser Voraussetzung bedurfte es nicht mehr einer besonderen *electio communis* oder gar einer für die deutsche Königswahl erst recht unerhörten ‚*electio per unum*‘; die Kur der drei Erzbischöfe mit dem folgenden Konsens der Reichsfürsten galt dem Papste nicht mehr als Abstimmung der Einzelnen, sondern als eine von allen gemeinsam vollzogene Wahl, als ihr Gesamt-wille⁵, der eine besondere Publikation überflüssig machte. Die Vermutung spricht daher dafür, daß Innocenz IV. den eigentlichen feierlichen Wahlvorgang sowohl im J. 1246 wie im J. 1247

¹ Vgl. oben S. 341.

² Denn ganz fehlt es doch auch für die Erhebung Heinrich Raspes nicht an einem Hinweis, daß der Papst sie als eine „inspirierte“ ansah; er befiehlt nämlich am 5. Juli 1246 allen Grafen und Edlen Deutschlands, Heinrich zu gehorchen, der ‚*Dei operante virtute, qui suorum vota inspirando prevenit et adiuvando prosequitur*‘, zum König der Römer ‚*sit assumptus*‘ (MG. Epist. saec. XIII, 158 nr. 206).

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7900; MG. Const. II, 461 nr. 353: ‚*Sicut a Domino factum est, quod quasi ex insperato . . . ad imperii fastigium est assumpta*‘.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 7909; MG. Epist. saec. XIII. II, 333 nr. 467 vom 20. November: ‚*rex Romanorum illustris . . . non ministerio hominis sed potius divino misterio quasi ex insperato ad imperii fastigium est assumptus*‘. Wie bewußt hier Innocenz auf die Wahl ‚quasi per inspirationem‘ hinwies, beweist seine Glosse zu c. 42 I 6 (Apparatus fol. 47'; vgl. oben S. 341 N. 4): ‚*sed si aliquando interrogetur, vis talem, vel etiam, si maior pars nominet sigillatim, non fit [electio] per inspirationem Dei, sed hominis instigatione facta presumitur*‘. Zum Überfluß heißt es weiter in dem obigen Briefe Innocenz' IV.: ‚*quanto id inspiratione vel potius dispositione divina non ambigitur esse factum*‘.

⁵ c. 42 X I 6: ‚*Aliter electio facta non valeat, nisi forte communiter esset ab omnibus quasi per inspirationem absque vitio celebrata*‘.

ganz unangetastet ließ, wie die deutsche Verfassung ihn darbot¹; denn sie gestattete bereits, ihn unschwer jener Form der kirchlich zulässigen Wahl einzureihen, die als Gottes Offenbarung eben nicht an eine strenge Form gebunden war.²

Das Eingreifen des Papstes war nach einer anderen Richtung erforderlich, um den Anforderungen des kanonischen Rechts zu genügen: der Gesamterklärung der Wähler mußte die Zustimmung des Gewählten folgen. Sie ist in der Tat zu Veitshochheim von Heinrich Raspe eingeholt worden, und er hat seine Annahme der „Bürde und Würde des Reichs“ in seinen Schreiben nach Italien so klar ausgesprochen, daß sie den kanonisch notwendigen ‚consensus electi atque eligentium‘ außer Zweifel stellen.³

¹ v. Wretschko hat (Savigny-Zeitschr. N. F. XX, 180) sehr richtig bemerkt, daß die Wahlen der Jahre 1246 und 1247 die erste Gelegenheit boten, die kirchlichen Grundsätze auf die deutsche Königswahl zur Anwendung zu bringen. Aber wenn dies für die ‚unitas actus‘ zutrifft (vgl. unten S. 347 ff.), so kann ich doch darin nicht beistimmen, daß etwa bereits 1246 eine electio per unum geübt worden sei (vgl. bei ihm S. 174 N. 2). Mir scheint, daß der Nachweis, wie der Papst im J. 1247 eine „Inspirationswahl“ annimmt, dazu berechtigt, ihm dieselbe Auffassung auch für 1246 zuzuschreiben, vgl. oben S. 344 N. 2. Sie erklärt seine ganze Haltung, ohne daß wir irgendeinen Eingriff in den Wahlvorgang anzunehmen nötig hätten: das ist es, was diese Deutung außerordentlich empfiehlt. Dazu kommt ein anderes: die electio [communis] per unum ist die Willensäußerung eines Kollegiums; es ist für die Jahre 1246/7 ausgeschlossen, daß die Reichsfürsten oder nun gar die sieben Kurfürsten damals bereits als eine Korporation anzusehen waren, denen gemeinsam als einer Gesamtheit die Wahl zustand. Sie wählen nur ‚tamquam singulares‘ und konsentieren deshalb ‚singulariter‘, während mehrere in ‚communio collegiata‘ nur ‚communitar‘ zustimmen dürfen; vgl. Ostiensis Summa de const. nr. 15 (Gierke, Genossenschaftsrecht III, 314 N. 207) und namentlich die Glosse seiner Lectura unten S. 368 N. 2, die hierfür außerordentlich wichtig ist. Ohne daß hier unbedingte Sicherheit zu gewinnen wäre, scheint mir doch bei weitem das wahrscheinlichste, daß Bresslau damit Recht behält, wenn er erst 1257 die ‚electio per unum‘ bei der Königswahl annahm. Wohl aber galt auch ohne sie jede der Wahlen von 1246 und 1247 für den Papst als ‚universalis electio vel communis‘.

² Laurentius de Somercote p. 31: ‚convenienter dicatur hanc non esse formam, sed exceptionem a formis‘. Vgl. auch c. 18 X III 31 Licet quibusdam: ‚Ubi spiritus Dei est ibi libertas; et qui Dei spiritu aguntur non sunt sub lege‘. Siehe dazu oben S. 341 N. 4.

³ Böhmer-Ficker Reg. nr. 4866; MG. Const. II, 456f. nr. 349. 350: ‚principes concordii et unanimi voluntate nos . . . in regem Almanie et Romanorum principem elegerunt; nosque . . . ipsam electionem accep-tavimus in presenti ac onus et honorem imperii assumpsimus manifeste‘.

Ebenso bestimmt lehrt uns schließlich der Brief des Papstes an den Rektor von S. Maria in Cosmedin, daß der Kardinal Peter Capocci von S. Giorgio einen Bericht über Wilhelms Wahl an Innocenz IV. gesandt hat, der mit seinen Angaben über die Teilnehmer und mit seiner Charakteristik des Neugewählten dazu gedient haben wird, die Stelle des im Kirchenrecht vorgeschriebenen Dekrets auszufüllen.¹ Jedenfalls hat Innocenz nach dem Eingang der Briefe des Königs und des Legaten die Approbation ausgesprochen, wie er sie im Jahre vorher auch Heinrich Raspe nach dem Eintreffen der aus Deutschland nach Lyon entsandten Boten gewährt hat.²

Indem wir die verschiedenen Nachrichten überblicken und uns das Recht nehmen, das für die eine der beiden Wahlen Bezeugte auch für die andere zu vermuten³, gewinnen wir eine Vorstellung davon, wie leicht es sich Innocenz IV. machen konnte, um die deutschen Erhebungen der Gegenkönige als „kanonische“ zu bestätigen. Er brauchte die Wahlen selbst nur in der jetzt üblichen Form geschehen zu lassen, um sie freudig als das Werk göttlichen Geheimnisses anzunehmen; er hatte nicht nötig, den Fürsten des Reichs irgendeine Neuerung aufzuerlegen. Berichte der Legaten und der Erwählten traten füglich für ein Wahldekret ein, daß die Gesamtheit der Wähler hätte ausstellen sollen.⁴ Einzig die Thronkandidaten selbst hatten sich zu verpflichten, eine bis dahin in Deutschland ungewohnte Rolle auf sich zu nehmen und hiermit für die zugedachte Ehre zu zahlen: sie mußten — doch wohl in der vom Legaten vorgeschriebenen Weise — im rechten Augenblick die Annahme der Wahl erklären⁵ und den Papst um die Bestätigung ersuchen.

¹ Vgl. hierüber auch Muth, Beurkundung und Publikation deutscher Königswahlen S. 14 und das Formular bei Laurentius de Somercote p. 34f.

² Vgl. oben S. 216f.

³ Ich spreche hier nur von der Form der feierlichen Wahl; sie ist selbst durch die außerordentliche Bevormundung, die der Papst bei der *provisio imperii* damals übte (vgl. oben S. 176), nicht berührt worden. Allerdings wollten sich die Deutschen, der Kölner Erzbischof voran, nicht mit dem leeren Schein der „freien“ Wahl begnügen, der ihnen übrig geblieben war.

⁴ Konrad von Hochstaden wäre z. B. 1247 schwerlich darauf eingegangen, weil er damit das Recht, das er an die Krönung knüpfte (vgl. oben S. 212 ff.), gefährdet hätte.

⁵ Laurentius de Somercote p. 33: „*Illud etiam nota, quod consensus*

Auf solche Art gelang es Innocenz, sich selbst und seinen überzeugten Anhängern, zu denen wir die Erzbischöfe von Mainz und Trier billig zählen werden, die Wahlen Heinrich Raspes und Wilhelms als „kanonische“ erscheinen zu lassen. Allein damit war es nicht getan; sein Erfolg hing davon ab, ob die Deutschen bereit sein würden, den kirchlich Erwählten als den echten römischen König anzunehmen und ihm den schuldigen Gehorsam zu leisten.

Da trat bei den Bemühungen des Papstes und seiner Legaten schnell der tiefste Gegensatz zwischen der kirchlichen und der deutschen Rechtsauffassung hervor. Für Innocenz waren Heinrich Raspe und Wilhelm durch die feierliche, vom Papste konfirmierte Wahl die rechtmäßigen Herrscher des römischen Reichs: er forderte die Unterwerfung unter den König¹, der durch die eine „kanonische“ Wahl für das ganze Reich erkoren war. Der Papst übertrug den Rechtsgedanken von der notwendigen „Einheit der Handlung“, den Innocenz III. für die Bischofswahlen durchgeführt hatte, auf die Erhebung des römischen Königs und erachtete die Wahl, zu der alle Reichsfürsten ordnungsmäßig geladen und bei der alle Formen regelrecht beobachtet waren, als verbindlich für alle Angehörigen des imperium. Diese Überzeugung war selbstverständlich bei dem Oberhaupte der Kirche, dem das Kaisertum gleich einem kirchlichen Amte galt; sie war unvereinbar mit dem germanisch-deutschen Wesen der Königswahl, dem die ‚unitas actus‘ völlig fremd, geradezu entgegengesetzt war. Denn der allgemeine Wahltag, der zur Besetzung des Thrones ausgeschrieben war, verpflichtete mit seinem Beschluß keineswegs alle Untertanen des Reichs²; er band niemanden als die Teilnehmer an der Wahl. Bei den Abwesenden stand es, ob sie sich stillschweigend fügten, den Herrscher etwa durch Eid und Huldigung anerkannten oder ihr Recht, an seiner Erhebung mitzuwirken, durch eine Nachwahl

electi numquam debet requiri, priusquam communis electio fuerit celebrata, quia, si antea consentiret, electio cassaretur. — Eine solche förmliche Konsenserklärung nach der Kur — die bald eine erhebliche Rolle spielt — scheint dem früheren deutschen Rechte fremd. Die Zustimmung, die Philipp am 6. März 1198 gab, ist vielleicht nach der Nomination, aber sicher vor der förmlichen Wahl vom 8. März erteilt (Böhmer-Ficker Reg. nr. 134; Const. II, 12 nr. 10): „nos in Romanorum regem eligi permisimus et consensimus in ea feria sexta qua canitur: Fac mecum, Domine, signum in bonum“.

¹ Vgl. oben S. 230 ff.

² Vgl. Seeliger in den MIÖG. XVI, 77 f.

ausdrücklich betätigten; ebenso lag es ihnen offen, einen Gegenkönig auszurufen. Noch herrschte die germanische Genossenschaftsidee¹, die den Gesamtwillen in der Summe aller Einzelwillen findet. Es war eine Entwicklung zur Idee der Repräsentation hinüber gewesen, als unter Friedrich I. den *principes imperii* die Vertretung des Gesamtreichs zugestanden wurde, und es war ihr erster voller Sieg im deutschen Staatsrecht, als man bei der Designation Konrads alle anderen Angehörigen des Reichs von der Bestimmung über die Nachfolge des Herrschers ausschloß. Aber immer lebte auch in dem engeren Kreise die alte, auf dem genossenschaftlichen Gedanken ruhende Anschauung fort, daß nicht irgendein Gesamtbeschluß — mochte er noch so förmlich herbeigeführt worden sein — den einzelnen Reichsfürsten binde, sondern daß nur sein eigener Wille über die Annahme eines neuen Herrschers entscheide.²

Das Kirchenrecht des 13. Jahrh. duldete wiederholte, auf ein und dieselbe Persönlichkeit und das gleiche Amt gerichtete Wahlen nur dann, wenn die vorangehende für ungültig erklärt worden war; dem deutschen Recht hingegen entsprachen durchaus die Nachwahlen, die man etwa für Philipp im J. 1205, für Otto im J. 1208, für Friedrich II. im J. 1212 abhielt, ohne daß jemals die zwingende Kraft der früheren Erhebungen für deren Teilnehmer in Frage gestellt wurde. Wie es in älterer Zeit geschehen war, so konnten auch jetzt noch in einer Reihe aufeinanderfolgender Wahlakte die römischen Könige nach und nach zur allgemeinen Anerkennung und Herrschaft im Reiche gelangen.³

Noch jüngst hatte Kaiser Friedrich II. die zu Wien erfolgte Designation seines Sohnes Konrad wenige Monate später in Speier (Juni 1237) durch die Zutrittserklärungen neuer Fürsten ergänzen lassen: Markgraf Johann von Brandenburg als ‚elector‘, die Bischöfe von Worms und Speier, Herzog Walram von Limburg werden hier, der eine durch die Kur, die andern durch den consensus, sich für Konrad verpflichtet haben⁴; und vielleicht hat zu Brescia

¹ Gierke III, 568.

² Einen ganz ausgezeichneten Beleg hierfür gibt noch der Vertrag, den im J. 1221 der Erzbischof von Magdeburg mit Brandenburg abgeschlossen hat, vgl. oben S. 315 N. 1.

³ Vgl. Rodenberg, Über wiederholte deutsche Königswahlen S. 48 ff.

⁴ Böhmer-Ficker Reg. nr. 2252^a und die folgenden Urkunden.

im August 1238 nach der Investitur Konrads von Köln mit diesem Kur- und mit andern Reichsfürsten — wie dem Erzbischof von Magdeburg, den Bischöfen von Meißen und Lüttich, dem Grafen von Anhalt, die alle weder zu Wien noch zu Speier gewesen waren — noch eine Wahlfeier stattgefunden.¹

Nicht dadurch, daß Innocenz IV. einen besonderen Kreis der Wähler begünstigte und ihm einen überragenden Einfluß zugestanden hätte, brach er mit dem deutschen Herkommen; er durfte sich vielmehr in allem, was die Form der Erhebung angeht, an den geltenden Brauch halten, der seinen Absichten durchaus günstig war. Der Zusammenstoß des romanisch-kirchlichen mit dem germanisch-deutschen Recht wurde unvermeidlich nur dadurch, daß der Papst und seine Partei ihre „kanonische“ Wahl den Deutschen allen aufzwingen wollten, — auch jenen, die an ihr nicht beteiligt gewesen waren. Für seine Anhänger war zu Veitshochheim Heinrich Raspe, zu Worringen Wilhelm von Holland in einheitlicher, zusammenhängender Handlung ein für allemal und für das ganze Reich verbindlich zum römischen König erwählt worden; sie beugten gehorsam das deutsche Recht unter den päpstlichen Willen. Sie nahmen es an, daß, sofern die Geladenen nicht alle zum gesetzten Tag erschienen waren, allein die Anwesenden im Namen der Gesamtheit zur Wahl zu schreiten hätten², und sie traten damit auf den Boden der kirchlichen Lehre hinüber. Insofern bedeuten die Wahlen von 1246 und 1247 nicht nur einen gewaltigen politischen Erfolg des Papsttums³, sondern zu gleicher Zeit einen Wendepunkt in der deutschen Verfassung. Wir sehen ihn nicht so sehr in den einzelnen Zugeständnissen, daß die Erkorbenen nach dem kirchlichen Muster ihren Konsens aussprachen oder daß sie die päpstliche Approbation einholten, die erst die Herrschgewalt ihnen gewähren sollte⁴; sondern wir finden das für die Zukunft entscheidende Moment in einem andern: deutsche Fürsten von dem Ansehen der rheinischen Erzbischöfe⁵ — so

¹ Vgl. oben S. 138 N. 4.

² Apparatus fol. 32^a zu c. 19 ‚Cum nobis‘ vgl. oben S. 342 N. 5.

³ Hierüber vgl. oben S. 208. 228f.

⁴ Auch der Umstand, daß über die Wahl — sei es auch diesmal nur von Legaten — ein processus electionis aufgenommen wurde, hat nur die Bedeutung eines Symptoms.

⁵ Doch vgl. über Konrad von Hochstaden oben S. 219ff. 260ff.

klein immer ihre Zahl war — und deutsche Könige selbst hatten die ungeheure Forderung eines Innocenz IV. anerkannt, daß ihre kaiserliche Wahl den Grundsätzen des kanonischen Rechts unterworfen sei.

VII.

Die Braunschweiger Reichssprüche und die „einmütige“ Wahl durch die sieben Kurfürsten.

Wenn die Regierung Heinrich Raspes zu schnell zu Ende ging, als daß die prinzipiellen Gegensätze in dem politischen Kampfe gegen die staufische Partei zur Geltung kamen, so hing die Sache König Wilhelms schließlich davon ab, ob sich Deutschland der kanonisch vollzogenen und päpstlich approbierten Wahl von Worringen fügen würde, oder ob es sich dem geschickt gespannten Netze der päpstlichen Politik zu entziehen imstande wäre.

Wir haben hier auf das Verhalten Erzbischof Konrads von Köln nicht weiter einzugehen, der, wie wir uns erinnern, seiner Krönung auch neben der kanonischen und bestätigten Wahl einen entscheidenden Anteil an der Vergabung des Reichs zu sichern wünschte¹; uns geht nur jene Bewegung an, in der die Deutschen ihr freies Wahlrecht und das Ansehen, das es infolge der heimischen Verfassungsentwicklung bis zur Mitte des 13. Jahrh. erhalten hatte, gegen die vom Papst aufgedrungene Form einer kanonischen Wahl verteidigten. Denn aus diesem Gegensatz einer weltlich-deutschen gegen die kirchliche Erhebung des römischen Königs und allzeit Mehrers ging die Ordnung hervor, durch die das ausschließliche Kurrecht der Erzbeamten des Reichs von dem Konsens der übrigen Reichsfürsten gelöst wurde: der einmütigen Wahl der sieben Kurfürsten bereits ward die Kraft zugemessen, für sich allein dem Reiche den neuen, kaiserlichen Herrscher zu setzen.

Nach dem Tode Friedrichs II. und als Konrad IV. sich zum Aufbruch nach dem sizilischen Erbreich rüstete, rückte die Hoffnung näher, daß der päpstliche Gegenkönig außerhalb des engen niederrheinischen Gebiets, aus dem er hervorgegangen war, anerkannt werden würde. Die Vernählung Wilhelms mit Elisabeth von Braunschweig am 25. Januar 1252 war das erste Zeichen dafür, daß die Fürsten des östlichen und mittleren Deutschland,

¹ Vgl. oben S. 212f. 219ff. 257ff.

die zum Teil den Welfen nahe verwandt waren, zum König über-treten würden, von dem sie sich bis dahin ferngehalten hatten. Dennoch bedurfte es noch langwieriger Verhandlungen, bis ein Ausgleich die Reichsfürsten und die Reichstädte jener Gebiete auf die Seite Wilhelms führte. Das Zugeständnis, das ihnen gemacht wurde, war von höchstem Gewicht: die kirchliche Partei verzichtete darauf, daß die Gegner sich dem kanonisch gewählten, vom Papste bestätigten, zu Aachen gekrönten König einfach unterwarfen, wie es Innocenz IV. durch Jahre hin gefordert hatte; sie war bereit, zu dulden, daß in einer Nachwahl, getreu dem alten deutschen Brauche, die frühere Wahl ergänzt und die Zustimmung der Sachsen¹ nachträglich eingeholt werde; sie ließ es geschehen, daß ihre „kanonische“ Erhebung Wilhelms als unvollkommen dargestellt wurde, nicht ausreichend, auch die zu Worringen abwesenden Wähler — wie es die kirchliche Lehre von der ‚unitas actus‘ behauptete — auf den dort feierlich Erkorenen irgendwie zu verpflichten.

Wir sind, um so schwerwiegende Behauptungen zu begründen, auf verhältnismäßig wenige Nachrichten angewiesen; und ich würde fürchten, geringen Glauben für sie zu finden, wenn nicht Zeumers schöner Fund des Braunschweiger Weistums, jetzt in ganz neues Licht gerückt, überraschendes Zeugnis für sie ablegte. Wir werden vorsichtig versuchen, den Schleier zu heben, der bis jetzt über den sächsischen Verhandlungen des Frühjahrs 1252 liegt. Der Schlüssel zu ihnen ruht erst in unserer Hand, seitdem wir über die damalige Form der deutschen „kaiserlichen“ Wahl Klarheit gewonnen, und seitdem wir den Versuch Innocenz' IV. kennen gelernt haben, sie zu einer „kanonischen“ zu machen.

Noch in allen jenen Briefen, die der Papst im Februar 1251 den ostdeutschen Fürsten durch den Archidiakon Jakob von Laon übersandte, hatte er überall schlechthin ihren Übergang zu Wilhelm und die Leistung des Treueids für ihn gefordert²; dem Herzog von Braunschweig und dem Markgrafen Johann von Brandenburg ließ er sogar schreiben, daß sie aufrichtig und nachhaltig dem

¹ Ich fasse damit die ost- und mitteldeutschen Landschaften, um die es sich hier handelt, zusammen. — Zu allem vgl. im ersten Aufsatz den Abschnitt XVI, besonders oben S. 236 ff.

² Vgl. oben S. 231 ff.

Könige anhangen sollten, „dem sie ja schon seit seiner Erhebung geziemend zugestimmt hätten“¹: er deutete durchaus im Sinne des kirchlichen Rechts die neutrale Haltung, die sie im Thronstreit bewahrt hatten, auf die stillschweigende und gebührende Anerkennung der kanonischen Wahl Wilhelms.²

Allein, wenn er auch aus politischen Gründen solche Worte gebrauchte, die den Fürsten den öffentlichen Anschluß an Wilhelm erleichtern sollten, Innocenz IV. war zu klug, um nicht zu wissen, wie weit entfernt die Deutschen waren, sich seine Lehre von der einheitlichen Wahl zu eigen zu machen. Der Widerspruch, von dem in früheren Jahren Albert Beham und Albert von Stade zu berichten hatten, war durchaus nicht erloschen; ja! er nahm sogar eine viel bestimmtere Gestalt an. Matthaeus Paris³ weiß davon zu sprechen, daß die deutschen Magnaten, denen das Recht der Wahl zustehe, zwar zum größeren Teile gewählt und Wilhelm Huldigung geleistet hätten; der Herzog von Sachsen aber und einige andere Herren hätten seiner Wahl nicht konsentiert. Später erzählt er die Einnahme Aachens und die Weihe des Königs; jedoch — so fügt er hinzu — diese Krönung wurde von vielen für nichtig angesehen, weil nicht alle ‚electores‘ dort anwesend waren und weil nicht alle zugestimmt hatten, weder der Herzog von Sachsen noch der Herzog von Bayern — damals zugleich Pfalzgraf bei Rhein — noch viele andere.⁴

Mit diesen Mitteilungen des englischen Chronisten stimmt

¹ MG. Epist. III, 57 nr. 71: ‚in quem liberaliter et laudabiliter sicut decuit a sue promotionis initio consensisti‘.

² Apparatus fol. 54^a zu c. 55 I 6; gl. ‚collatio‘: ‚non contradictio enim pro consensu habetur‘. — Daß die hier vorgeschlagene Deutung der vielbesprochenen Worte zutrifft, scheint mir daraus hervorzugehen, daß sie in den Briefen an die Herzöge von Baiern und Sachsen und den Markgrafen von Meißen fehlen, die alle, durch Ehebindnisse den Staufern verwandt, „Friedrich II. mit Macht beigestanden hatten“; vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 7887 vom 26. Okt. 1247 (MG. Epist. saec. XIII. II, 322 nr. 447) und Rodenberg, Innocenz IV. und das Königreich Sizilien S. 29.

³ MG. SS. XXVIII, 294: ‚magnates Alemannie, ad quos ius electionis spectat, pro maiori parte elegerunt sibi . . . Wilhelmum . . . cui et fecerunt homagium. Dux tamen Saxoniae et quidam alii magnates huic electioni non consenserunt.‘

⁴ S. 300: ‚Que tamen coronatio a multis nulla reputabatur, quia omnes electores non erant ibi presentes nec etiam consentientes; utpote dux Saxoniae . . . nec dux Bawarie . . . consensit, sic nec multi alii.‘

es auffallend zusammen, daß im J. 1252 für das Reich Wilhelms Wahl als unverbindlich deshalb erklärt wurde, weil ihr die Stimmen des Herzogs von Sachsen und des Markgrafen von Brandenburg fehlten.¹

Solche Äußerungen lassen erkennen, daß sich in Deutschland die Ansichten von den Bedingungen einer rechtmäßigen Wahl geändert hatten. Wohl waren schon im Anfange des 13. Jahrh. gelegentlich Meinungen laut geworden, daß die Stimmen einzelner Vorwähler für einen Kandidaten besonders erwünscht wären², aber irgend welchen Einfluß hatten sie nicht gewonnen; wohl scheint auch bereits um 1220 der Gebrauch nachzuweisen, daß die vorstimmenden Erzbeamten als die „Kurfürsten“ im engsten Sinne bezeichnet wurden³, aber noch die Designation Konrads war von den Reichsfürsten insgesamt vorgenommen worden, und die Erklärungen Friedrichs II. erkennen ihnen allen das Recht der Kaiserwahl zu.⁴

Erst die formale Änderung, die eben damals durchgedrungen war, hat im Lauf eines Jahrzehnts dahingeführt, neue, die Verfassung selbst berührende Gedanken über die deutsche Königswahl auszubilden. Zuerst im J. 1237 hatten allein die sieben Erzbeamten die Kur vollzogen; die andern Reichsfürsten nahmen an der Einzelabstimmung nicht mehr teil, sondern gaben „mit einem Munde“ ihre Einwilligung. Wer auch nur ein wenig mit dem Wesen mittelalterlicher Rechtsbildung vertraut ist, sieht, wie unvermeidlich hier die Besonderheit der Form zu einer Sonderung des Rechts führte; die Einzelstimmen der Kurfürsten mußten höheren Wert gewinnen als der Gesamtkonsens der übrigen Wähler. Wie ein halbes Jahrhundert vorher das Kurrecht der Reichsfürsten die Zustimmung der Grafen und Herren zu einem Formalakt herabgedrückt hatte, den diese zu vollziehen verpflichtet waren⁵, bis er endlich ganz beseitigt wurde, so wird sich jetzt das ausschließliche Kurrecht der Erzbeamten über die Mitwirkung der konsentierenden Reichsfürsten erheben. Es entspricht dem Geiste des deutschen Rechts, daß, nachdem einmal die Einzelkur und die Gesamtzustimmung geschieden waren, die Rechtskraft der Wahl in erster Reihe von der Rechtmäßigkeit

¹ Vgl. unten S. 356 N. 3.

² Vgl. oben S. 308.

³ Oben S. 330.

⁴ Vgl. oben S. 334 N. 2.

⁵ Vgl. oben bei der Wahl Ottos S. 299 N. 2.

der Kur abhängig gemacht wurde. Und wenn von jeher die germanischen Könige einhellig erkoren wurden, wie war es jetzt zu verwundern, daß die einmütige Wahl durch die sieben Kurfürsten die unersetzliche Vorbedingung für die rechte Erhebung des wahren kaiserlichen Herrschers werden sollte?

Wenn diese Folgerungen, zu denen man notwendig früher oder später gekommen wäre, überraschend schnell gezogen worden sind, so findet dies seinen Grund in den politischen Verhältnissen; sie drängten von verschiedenen Seiten her zu der Entscheidung, wer dazu berechtigt sei, die kaiserliche Vollgewalt des römischen Königs¹ zu üben. Wir haben erfahren, wie die Staufer sie dem einträchtig Erwählten der deutschen Fürsten zuschrieben, wie die Kölner Erzbischöfe mit der Aachener Weihe die Regierung zu übertragen behaupteten, wie endlich die Päpste nur dem von ihnen approbierten Könige die Herrschaft im Reiche zuerkannten. Mit der Absetzung Friedrichs II. und der Erhebung der Gegenkönige wurden die theoretischen Erörterungen von unmittelbar praktischer Bedeutung; sie steigerte sich noch, als nach dem Tode des Kaisers die staufische Sache in die Hände Konrads überging, der, wenngleich in aller Form zum Nachfolger bestimmt, dennoch bis dahin nur kraft kaiserlicher Stellvertretung, nicht kraft eigenen Rechts die Regierung geführt hatte.² Unermüdlich hatte Innocenz IV. Briefe und Boten nach Deutschland gesandt, um die Anerkennung Wilhelms von Holland zu erlangen; immer wieder wurden Fürsten und Städte aufgefordert, ihm, dem rechtmäßigen, zum Kaiser zu befördernden Herrscher Huldigung und Treueid zu leisten, wurde der Ungehorsam mit schweren Kirchenstrafen belegt.³ Alles blieb unwirksam und trug nur dazu bei, daß Wilhelms Anrecht auf das Königtum vom deutschen Standpunkt aus schärfer angefochten und jede Verpflichtung auf ihn von den Gegnern abgelehnt wurde.

Der Gegensatz wurde dadurch verstärkt, daß bei der Wahl Wilhelms wie vorher bei der Heinrich Raspes von den Kurfürsten

¹ Ich darf es als das sichere Ergebnis des vorangehenden Aufsatzes übernehmen, daß damals alle Parteien darüber einig waren, dem römischen König das Recht kaiserlicher Herrschaft zuzuerkennen.

² Vgl. oben S. 138. Der Abzug Konrads IV. nach Sizilien hat verhindert, daß für Deutschland die Frage, wie der ‚electus‘ zum ‚rex‘ werde, entschieden wurde.

³ Vgl. oben S. 231 ff.

nur die drei rheinischen Erzbischöfe gestimmt, alle vier weltlichen sich ferngehalten hatten. Und wenn, wie wir vermuten durften, das Vorwahlrecht jener sieben Erzbeamten deshalb festgelegt war, damit neben den Geistlichen die Laienfürsten an ausgezeichnetem Platze bei der Wahl mitwirkten¹, — welchen Eindruck wird es außerhalb der päpstlichen Partei geweckt haben, daß nur Pfaffen und nicht ein einziger Laie die Gegenkönige erkoren hatte!

Die widerstreitenden Meinungen mochten gegeneinander verfochten werden, so lange die Parteien selbst sich entgegenstanden; sie heischten gebieterisch einen Ausgleich, sobald diese sich zu vereinigen suchten. Als daher im Anfang des J. 1252 die ostdeutschen Fürsten und die Reichsstädte jener Gegenden bereit waren, sich mit dem Schwiegersohn des Herzogs von Braunschweig auszusöhnen und Wilhelm als König anzunehmen, mußte die Frage beantwortet werden, auf welche Weise der nach deutscher Ansicht unvollkommen Gewählte zum rechtmäßigen Herrscher zu erheben sei.

Sicherlich wäre es auch im J. 1252 möglich gewesen, wie im J. 1208 nach Halberstadt², eine Versammlung der ostdeutschen Fürsten zu berufen, die dann für ihre Person und ihr Gebiet, sei es durch die Kur oder durch allgemeinen Konsens, Wilhelm als König anerkannt hätten. Genau wie bei Otto IV. würden damit die Sachsen die Bedenken, die ihnen die Wahl des approbierten und gekrönten Königs offen ließ, nur zu ihrem Teil und für sich beseitigt haben.

Indessen nicht damit wäre den Anforderungen des Augenblicks genügt worden, daß durch die Zustimmung der einzelnen nordostdeutschen Fürsten³ sich der Herrschaftskreis Wilhelms ausdehnte; was nottat, war etwas ganz anderes: es galt, ihn mit den Mitteln der deutschen Verfassung sogleich zum rechten Herrn des ganzen Reichs zu machen. Im J. 1208 hatte es hierzu der Neuwahl in allgemeiner Reichsversammlung zu Frankfurt bedurft. Die Umbildung der Kur eröffnete einen andern Weg.

Wie es häufig in Rechtssachen des Mittelalters geschehen ist, so hat auch diesmal ein bestimmter Einzelfall zu einer prinzipiellen Entscheidung von außerordentlicher Tragweite geführt.

¹ Vgl. oben S. 314 f. ² Oben S. 79. 82 ff.

³ Wie sie Herzog Otto von Braunschweig doch schon bei der Hochzeit im Januar 1252 gegeben haben wird.

Mit den Fürsten waren auch einzelne sächsische Reichsstädte, Lübeck und Goslar voran, im J. 1252 bereit, sich Wilhelm zu unterwerfen. Während es aber den Fürsten als den Gliedern des Reichs freistand, sich selbst den Herrscher zu wählen oder den bereits Erkorenen anzuerkennen¹ und ihn damit zu ihrem Könige zu machen, waren die Reichsstädte außerstande, an seiner Erhebung mitzuwirken. Ihnen lag nur ob, dem König der Römer zu gehorchen und dem Reiche zu dienen. Sie waren nur Objekte, nicht Träger des Reichsrechts wie die *principes imperii*. Als ein, wenngleich wichtigster Bestandteil des Reichsgutes² wurden sie mit diesem durch die rechte Wahl der Fürsten vergeben.

Um deswillen lag aber auch ein hohes Interesse des Königs selbst vor, auf einen Ausweg zu sinnen, damit er als Reichsherrscher alle kaiserlichen Schuldigkeiten fordern und empfangen könnte, jeden Widerstand mit königlicher Gewalt ahnden dürfte. Die Bürger Lübecks haben ihm, wie es scheint, den Weg dazu gewiesen. Sie dachten nicht daran, weder Wilhelms kanonische Wahl und Bestätigung noch auch seine Krönung als rechtsförmliche Übertragung der Herrschaft anzusehen; vielmehr lehnten sie es ab, ihm Gehorsam zu leisten, bevor nicht seine Wahl durch die Zustimmung des Herzogs von Sachsen und des Markgrafen von Brandenburg gebessert sei.³

Dergestalt war die Lage, als Wilhelm am 25. März 1252 in Gegenwart des Kardinallegaten Hugo von S. Sabina und des Erzbischofs Heinrich von Embrun einen feierlichen Hoftag zu Braunschweig hielt, der das Ergebnis der früheren Unterhandlungen zeitigte.⁴ Durch das Schreiben des Kardinallegaten erfahren wir, daß der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg⁵,

¹ Es ist hier ganz gleichgültig, ob dies durch förmlichen Konsens erfolgte oder mit der Huldigung geschah.

² Vgl. über die Bedeutung der Städte oben S. 239.

³ Schreiben des Kardinallegaten Hugo von S. Sabina an die Bischöfe von Schwerin und Havelberg (Böhmer-Ficker Reg. nr. 5068; MG. Const. II, 631 nr. 459): „quia se aliquot civitates et oppida excusabant dicentes, quod eidem domino W. non debebant intendere tamquam regi, pro eo quod nobiles principes dux Saxonie et marchio Brandenburgensis qui vocem habent in electione predicta, electioni non consenserant supra dicte“.

⁴ Zu allem Folgenden vgl. Zeumer im NA. XXX, 406 ff. und oben S. 244 ff.

⁵ Der Markgraf von Brandenburg sollte durch die Übertragung der

„die eine Kurstimme führen“, dort Wilhelm zum König gewählt, ihm den Treueid und Huldigung geleistet haben.¹ Mit Rücksicht hierauf befiehlt der Kardinal den Bischöfen von Schwerin und Havelberg, die Lübecker nunmehr zum Gehorsam unter Wilhelm zu bringen, da der Grund des bisherigen Widerstandes gehoben sei.

Über die Nachwahl und die ihr folgenden Ereignisse unterrichten uns die Erfurter Geschichtsquellen. Die Dominikaner² erzählen, daß Wilhelm am 25. März von dem Brandenburger und dem Sachsen und den andern Großen des Landes zum römischen ‚princeps‘ erwählt worden sei. Nach Ostern begab sich der König zuerst nach Goslar, dessen Bürger ihn jetzt als König erkannten und ihm huldigten, und weiter nach Halle, wo er „mit königlichen Ehren, wie sie der Majestät ziemen“, aufgenommen wurde. Hier empfangen mehrere deutsche Fürsten von ihm „gleichwie von dem römischen Kaiser“ ihre Lehen: nach Ausweis der Urkunden würden damit die Grafen und Reichsfürsten von Anhalt gemeint sein.³ Der festliche Zug gelangte

Stadt Lübeck, der Herzog von Sachsen durch die Überweisung der Bistümer Lübeck, Schwerin, Ratzeburg belohnt werden; doch vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 11633. 11637. Siehe auch nr. 5070 und oben S. 243 N. 1.

¹ A. a. O.: ‚nos in die annunciationis dominice presentes interfuimus in Brunswic, ubi et quando dux et marchio antedicti electionem de predicto rege factam ratam habuerunt et gratam ac eundem in regem elegerunt unanimiter ad cautelam ac eidem fidelitatem et homagium in sollempni curia nobis presentibus prestiterunt‘.

² Ann. Erphord. fratrum Praedicatorum ed. Holder-Egger p. 111: ‚Ubi etiam sequenti die rex W. a marchione Brandenburgense ac duce Saxonie ceterisque huius terre magnatibus in Romanum sollempniter electus est principem. Eodemque tempore cives Goslarienses fecerunt similiter‘. Vgl. über die Huldigung der Goslarer Zeumer S. 409.

³ Chronica s. Petri moderna ed. Holder-Egger p. 247: ‚ad civitatem Hallis pervenit, ubi cum magno honore, sicut regiam maiestatem decuit, susceptus est; quam plures eciam principes Alemanie ibidem ab ipso sicut a Romanorum imperatore pheoda sua receperunt‘. Vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 5076. — Sollte hier zu Halle oder noch zu Braunschweig selbst das andere Reichsweistum ergangen sein, das uns durch Heinrich von Embrun, diesmal in der Summa aurea fol. 224 (Lib. III. De feudis § 7), überliefert ist: ‚De consuetudine imperii non succedit nisi filius descendens, imo revertitur feudum ad imperatorem, et ipse confert cui vult. Sic vidi hoc, quando fui in Alemania, per proceres iudicari? Es könnte sich um die erledigten Reichslehen des Ulrich von Minzenberg gehandelt haben, die Wilhelm zu

endlich nach Merseburg; dort huldigten Erzbischof Wilbrand von Magdeburg und der Markgraf von Meißen, beide nahmen ihre Reichslehen aus der Hand des Königs.¹ In eben dieser Zeit kamen auch Boten des Königs von Böhmen und brachten zum Zeichen seiner Zustimmung zur Wahl kostbare Gaben.² „So gewann mit Gottes Hilfe und durch Vermittlung des päpstlichen Legaten Wilhelm die Gunst fast aller Fürsten, mit Ausnahme des Herzogs von Bayern³, der hartnäckig seinem Schwiegersohn Konrad anhing“.

Die Gesamtheit dieser Nachrichten läßt erkennen, daß der Braunschweiger Hoftag in der Stellung Wilhelms einen durchgreifenden Wechsel herbeigeführt hat. Er, dem bis dahin des Reiches Städte mit stichhaltigen Gründen nach deutschem Recht sich versagen durften, wird jetzt von Goslar aufgenommen, und Lübeck wird auf ihn verpflichtet; der Erzbischof von Magdeburg⁴, der Markgraf von Meißen, die Fürsten von Anhalt muten ihm ihre Lehen und empfangen sie „wie vom Kaiser“, trotzdem niemand von ihnen zu Braunschweig anwesend gewesen war und ihn gewählt hatte. Es ist klar: nicht, wie im J. 1208, ist eine allgemeine Fürstenversammlung der Sachsen berufen worden, um Wilhelm zu erheben, sondern auf andere Weise ist zu Braunschweig so vorgegangen worden, daß seitdem, mindestens nach Überzeugung der Städte und Fürsten jener Lande, Wilhelm von allen Reichsangehörigen als rechtmäßiger König, als der mit kaiserlicher Gewalt ausgestattete Herrscher angesehen werden mußte. Infolge des Braunschweiger Tages öffneten sich ihm die

Halle seinem Schwager, dem Grafen Hermann von Henneberg, verlieh. Vgl. Böhmer-Ficker Reg. nr. 5077: ‚omnia feuda que per mortem quondam U. de Minzenberg nobis et imperio vacant eidem H. . . . concedimus‘ und nr. 5078: ‚omnia feuda . . . ad nostram et imperii collationem spectantia.‘ Vgl. auch nr. 5141 für denselben: ‚omnia bona que quondam L. de Offenheim ab imperio titulo feudi tenuit et possedit, cum dicatur absque liberis decessisse, pure et libere concedimus‘.

¹ Ann. Erphord. frat. Praed. p. 111: ‚Megdeburgensis archiepiscopus et marchio Misnensis, manus ei dantes, sua ab ipso feuda receperunt‘.

² A. a. O.: ‚Rex etiam Boemie pretiosis atque regalibus muneribus in signum electionis ipsum honoravit‘; vgl. unten S. 363 N. 2.

³ ‚per Romane sedis legatum omnium fere principum sibi conciliavit favorem, excepto duce Bawarie . . .‘.

⁴ Von andern geistlichen Fürsten des Ostens wird uns niemand genannt.

Städte des Reichs, nahmen die vornehmsten Fürsten Lehen aus seiner Hand: sie ehrten ihn, dem sie bis dahin das Recht zur Herrschaft bestritten hatten, jetzt als ihren kaiserlichen Herrn.

Zu Braunschweig ist — das dürfen wir aus alledem schließen — die Entscheidung gefallen, die geeignet war, Wilhelm aus einem Teilkönig zum Reichsherrscher zu machen, ihm das „Kaiserrecht“ des wahren Königs der Römer zu verleihen. Allein wir brauchen nicht bloß einen solchen Vorgang als Tatsache hinzunehmen, sondern wir können darüber hinaus vermuten, in welcher Weise er sich vollzogen hat: die Absicht bestand — wie es so oft schon in Deutschland versucht und bewirkt worden — die Mängel der ersten, nur in bestimmten Grenzen gültigen Wahl so auszugleichen, daß sie als eine allgemein verbindliche für das ganze Reich anzusehen war¹ In früheren Zeiten gab es dafür nur zwei Wege: entweder holten die Könige beim Umritt um das Reich die Zustimmung der einzelnen Gebiete feierlich ein, wie es etwa Heinrich II. getan, oder eine neue allgemeine Wahl wurde ausgeschrieben, wie es 1208 für Otto IV. und 1212 für Friedrich II. geschehen war. Damals hatten, im Anfange des 13. Jahrh., noch alle Reichsfürsten das Recht der Kur; jetzt aber war es beschränkt auf jene sieben Fürsten, die vorher nur die „ersten an dem kore“ gewesen waren. In ihnen als den Führern und nun geradezu als den Vertretern des geistlichen und des weltlichen Reichsfürstenstandes bei der Wahl fingen die Deutschen an, das Reich selbst verkörpert zu sehen²; bei ihnen steht es, wenn der Thron erledigt ist, es zu beschirmen und zu bewahren.³ Von hier aus ist nur noch ein kleiner Schritt zu dem Gedanken, daß sie vor allen andern Fürsten es sind, die durch ihre gemeinsame Wahl über das Reich zu verfügen haben, ihm den kaiserlichen Herrscher setzen.

Die öffentliche Meinung hat dem genugsam vorgearbeitet. Was war es anders, wenn die Lübecker vor der Unterwerfung

¹ Ich sehe hier von den Fällen, in denen einzelne Fürsten einer allgemeinen Wahl nachträglich zutraten (z. B. 1197. 1205. 1222. 1237), ganz ab.

² Reinmar von Zweter, Spr. 240 (ed. Roethe S. 529): „Daz riche siben vürsten hât Der höchsten und der besten an den al sin wurde stât, Die kûnege im solden kiesen und ouch dem riche hulde solden swern.“

³ Reinmar in ebendemselben Spruch.

unter Wilhelm forderten, daß zu den Stimmen der drei rheinischen Erzbischöfe die der weltlichen Fürsten von Sachsen und Brandenburg hinzutreten müßten? Oder wenn Matthaeus Paris aufzeichnet, daß die Zustimmung der Herren von Sachsen und Pfalz-Bayern für Wilhelm vermißt wurde?

Ich denke, ein etwas keck vordringender Forscher möchte schon jetzt die Vermutung wagen, daß zu Braunschweig am 25. März 1252 die allgemeine Ansicht über die Bedeutung des Kurfürstentums in einen Reichsspruch gefaßt und daß auf Grund dessen dort gehandelt worden sei. Und hier kommt ihm von Zeumers Weistum wertvolle Hilfe.¹ Denn dies gibt eine Antwort genau auf die Frage, die man als die erste auf der Reichsversammlung aufgeworfen haben wird, wenn anders unsere Schilderung der Verhältnisse in Sachsen zutrifft.

Die Lübecker und andere Reichsangehörige hatten sich geweigert, die Schuldigkeiten, zu denen sie dem Reiche verpflichtet waren, König Wilhelm zu leisten, weil er noch nicht der rechte Herrscher wäre. Die Fürsten hatten sich deshalb in Braunschweig zuerst darüber zu erklären, von welchem Augenblick an das Reich mit allen seinen Rechten ihm und überhaupt einem neuen König zustehe. Darauf gaben sie jenen Spruch ab, den uns allein Heinrich von Embrun an entlegener Stelle seiner berühmten Glosse bewahrte²:

„Der römische König, sobald er in Eintracht erwählt ist, hat dieselbe Gewalt wie ein Kaiser; die kaiserliche Salbung fügt nur den Namen hinzu.“

¹ Ich muß im folgenden davon absehen, daß bereits Zeumer es auf den Braunschweiger Tag gesetzt hat; denn seine an sich durchaus treffende Datierung stützt sich wenigstens zum Teil auf die unrichtige Auffassung, daß „es bestimmt war, den Mangel der kaiserlichen Würde zu ersetzen“ (S. 410); Z. zieht deshalb zu Unrecht das Schreiben Innocenz' IV. heran, in welchem Wilhelm gebeten wird, das „Kaiserrecht“ der Legitimation an dem unehelichen Enkel Azzos von Este zu üben (vgl. darüber auch oben S. 166 N. 4).

² *Lectura* (Argent. 1512) II, fol. 371 zu c. 26 X V 40; gl. zu *imperatorum vel regum*: *Rex autem Romanorum, ex quo electus est in concordia, eandem potestatem habet quam et imperator, nec dat ei inunctio imperialis nisi nomen. Sicut vidi in Alemania per principes iudicari. Sed quicquid iudicaverint, non videtur quod habeat potestatem hanc, quousque per sedem apostolicam fuerit approbatus.*

Sie stellten damit fest, daß die einmütige Wahl dem Könige der Römer die kaiserliche Herrschaft gewährt¹, und sie bekannten sich hierdurch, im bewußten Gegensatz zum Papst und zum Erzbischof von Köln, zu dem staufischen Reichsgedanken von der freien Übertragung des imperium durch die concors electio der Deutschen.² Aber dieser erste Spruch war doch nur der Anfang der gesuchten Entscheidung. Er begründete zunächst die Haltung der Reichsstädte und zugleich die der sächsischen Fürsten, die bisher Wilhelm nicht angenommen und ihm die dem wahren Herrscher geschuldeten Leistungen versagt hatten; denn darüber waren alle einig, und es konnte nach deutschem Recht gar nicht bezweifelt werden, daß Wilhelm nicht einhellig gewählt war. Indem daher die einstimmige Wahl als Voraussetzung der kaiserlichen Waltung über das Reich verkündet wurde, erkannten die Fürsten den bisherigen Widerstand als berechtigt an.

Jedoch nicht ihn zu rechtfertigen, sondern ihn zu beseitigen, war der Braunschweiger Tag zusammenberufen worden. Der fürstliche Spruch öffnete auch hierzu den Weg, indem er klar das Ziel wies, daß es jetzt darauf ankomme, Wilhelm von Holland zu einmütiger Wahl zu führen. So bereitete die Antwort auf die erste Frage sogleich eine zweite vor, die unbedingt nötig war, wenn anders die Versammlung ihre Absicht erfüllen und das Reich an Wilhelm übertragen wollte. Der erste, uns nur durch den Kardinal von Ostia überlieferte Spruch war für sich allein nicht imstande, ein Mittel dafür zu bieten; er fordert deshalb gebieterisch die Ergänzung durch einen zweiten, von dem allerdings nirgend unmittelbare Nachricht auf uns gekommen ist. Die Fürsten hatten nämlich jetzt die Pflicht, zu erklären, in welcher Weise ein römischer König zu wählen sei, damit er als

¹ Zeumer hat das Weistum dahin verstanden, als ob es die Frage beantworte, welche Gewalt der römische König besitze. Allein aus meinem ersten Aufsatz wird sich ein jeder überzeugen, daß eine solche Frage um deswillen überflüssig war, weil alle Welt dem römischen König bereits längst vorher die kaiserliche Macht zuerkannte, Wilhelm selbst sie seit seiner Erhebung beanspruchte und in seinem Machtbereich übte; vgl. oben S. 224 ff.

² Vgl. oben S. 52. 73 f. 103 f. 249 ff. 315 N. 1. Das erste Weistum sagte also noch gar nichts Neues, sondern stellte nur den Ausgangspunkt für die weitere Urteilsfindung fest. Für solches Nacheinander zusammenhängender Reichssprüche vgl. z. B. die Frankfurter Entscheidung über die Mutung der Reichslehen (oben S. 257 f.).

„einmütig“ erkoren herrschen dürfe. Aus dem ersten Weistum folgte die zweite Frage, welche Königswahl den Deutschen als einträchtige zu gelten habe.

Ich halte für gewiß, daß auf diese Frage das Urteil ausgegeben wurde¹:

„Als einträchtig gewählt wird derjenige betrachtet, auf den die Stimmen aller Kurfürsten² zusammenkamen.“

Dieser Spruch leitet folgerichtig von der allgemeinen, prinzipiellen Feststellung des ersten Weistums, daß dem einmütig Erwählten das Kaiserrecht zustehe, hinüber zu der Rechtshandlung der Nachwahl, die zu Braunschweig vorgenommen wurde. Er schlägt damit die Brücke zwischen dem Weistum, von dem Heinrich von Embrun als Ohrenzeuge berichtet³, zu der Tatsache, die der Brief des Legaten Hugo von S. Sabina und die Erfurter Berichte bezeugen, daß die Braunschweiger Wahl durch zwei Kurfürsten genügt hat, Wilhelm zum rechtmäßigen, den „kanonisch gewählten“ zum „deutschen“ König der Römer zu machen. Das zweite Urteil ist schlechthin notwendig, um eine unvollkommene Überlieferung auf der einen und fest bezeugte Ereignisse auf der andern Seite für uns verständnisvoll zu verknüpfen.

¹ Ich stelle die ungefähre Fassung aus dem Weistum her, das im Entwurf der Bulle Qui celum überliefert ist (MG. Const. II, 526 nr. 405 § 7), indem ich nur die sicher erst unter Richard eingefügten Worte beiseite lasse (vgl. unten S. 367 N. 1) und das ungewöhnliche ‚diriguntur‘ durch das übliche ‚convenerunt‘ (vgl. oben S. 329 N. 2) ersetze: ‚Intelligitur autem is electus esse concorditer, in quem vota omnium electorum principum [convenerunt]‘. Die ‚electores principes‘ sind nach den Reichsweistümern, die laut dem Entwurf der Bulle Qui celum § 5 von den Gesandten Richards vorgelegt wurden, die ‚principes vocem in huiusmodi electione habentes qui sunt septem numero‘ (auch bei Zeumer, Quellensammlung S. 87 nr. 74 § 5). Und nun beachte man, wie die Reichsstädte (vgl. oben S. 365 N. 3) die Ergänzung der Wahl Wilhelms durch diejenigen forderten, ‚qui vocem habent in electione‘!

² Oder, wenn man dies Wort nicht brauchen will: aller Fürsten, die eine Einzelstimme bei der Kur führen (omnium qui vocem habent in electione principum‘ vgl. vorige Note).

³ Nur dem zufälligen Umstand, daß der Ostiensis in dem Abschnitt ‚De verborum significatione‘ über die Identität von ‚rex‘ und ‚imperator‘ spricht, danken wir es, daß er das erste Weistum bewahrt hat. Sonst besäßen wir nicht die geringste Spur von ihm. Man darf also das Schweigen der Quellen nicht etwa gegen das zweite Weistum anführen, das ich hier in die Überlieferung einschiebe.

Nachdem das zweite Weistum erteilt war, blieb nur übrig, festzustellen, daß zu Worringen bereits die drei Stimmen von Mainz, Köln, Trier auf Wilhelm gefallen waren, daß ihm daher die Stimmen der drei weltlichen Kurfürsten fehlten.¹ Den Böhmen werden die Sachsen in treuem Festhalten an dem Sachsenspiegel den Erzwählern des Reichs nicht zugezählt haben²; Otto dagegen, der Herzog von Bayern und Pfalzgraf bei Rhein, war im Banne, so daß er seines Stimmrechts verlustig ging.³ Nach dem zweiten Spruch war also nichts weiter nötig, als daß der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg als die beiden einzigen, in den Augen der Sachsen berechtigten weltlichen Fürsten die Kur vollzogen, um Wilhelm zur „einmütigen“ Wahl und mit ihr zum Reiche zu helfen.⁴

¹ Denn es hat alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Sachsenfürsten Eike von Reggow folgten und den Böhmenkönig trotz seines Schenkenamts nicht als Kurfürsten gelten lassen wollten. Dann bleibt auch durchaus kein Bedenken, die Bemerkung Heinrichs von Embrun in seiner Glosse zur Dekretale Venerabilem (fol. 61^b) hierher zu ziehen. Er zählt nämlich die Wahlfürsten auf in der gl. illis' (vgl. Zeumer, Quellensammlung S. 26 N.): „scil. Moguntino, Coloniensi, Treverensi archiepiscopis, comiti Rheni, duci Saxonie, marchioni Brandenburgensi. Et septimus est dux Bohemie, qui modo est rex. Sed iste secundum quosdam non est necessarius nisi quando alii discordant; nec istud ius habuit ab antiquo, sed de facto hoc hodie tenet“. Heinrich wird hier die Erfahrungen von 1252 durch die der Doppelwahl von 1257 ergänzt haben. Vgl. auch Zeumer in Hist. Zeitschrift 94, 212f.

² Wenn Roethe (Die Gedichte Reinmars S. 134 ff.), wie ich gern glaube, Recht hat, Reinmar den Kurfürstenspruch (Spr. 240) zuzuerkennen, wüßte auch ich grade unter den neu gewonnenen Gesichtspunkten keine wahrscheinlichere Entstehungszeit für ihn als das Frühjahr 1252; und zwar würde Reinmar unmittelbar unter dem Eindruck des Braunschweiger Weistums und der Wahl, die auf den Böhmen nicht Rücksicht nahm, ausgerufen haben:

„Her künec von Bêheim, dran sult ihr gedenken,
daz man iuch nent des riches werden schenken!“

König Wenzel von Böhmen scheint von demselben Gedanken erfüllt gewesen zu sein; da er selbst die Kur nicht vollziehen konnte, sandte er jene Gesandtschaft, die „in signum electionis“ wenigstens seinen Konsens zum Ausdruck brachte (vgl. oben S. 358 N. 2).

³ Herzog Otto war seit dem J. 1246 im Bann, der am 6. Februar 1249 (Böhmer-Ficker Reg. nr. 8092) und vermutlich auch am Gründonnerstag 1251 erneuert wurde.

⁴ Vielleicht darf bei dem Braunschweiger Beschluß wirklich der so oft an unrechter Stelle vermutete Einfluß des Sachsenspiegels in Rechnung

Wie mir scheint, heben sich erst von diesem Hintergrunde die sächsischen Ereignisse des Frühjahrs 1252 deutlich ab. Die Fürsten und Städte des Reichs waren nach der politischen Gesamtlage in den östlichen Gegenden geneigt, zu Wilhelm überzugehen; aber sie waren nicht willens, den Rechtsboden der deutschen Verfassung zu verlassen, auf dem sie bis dahin mit bestem Gewissen bei seiner Verwerfung gestanden hatten. Wie es nur je in langer Vergangenheit geschehen, hielten die Fürsten, die an den denkwürdigen Beschlüssen von Braunschweig teil hatten, daran fest¹, daß der Reichsherrscher nur in einmütiger Wahl erkoren werden dürfe. Sie fanden nicht eben neues Recht, sondern sie paßten das alte den Formen einer neuen Zeit an, wenn sie erklärten, daß auch jetzt, wie einst, zur vollgültigen Wahl die Stimmen aller derer, aber auch nur derer, unbedingt notwendig seien, die in feierlicher Kur den König bei Namen zu kiesern berufen waren. Ihre Zahl, durch das alleinige Kurrecht der Reichsfürsten schon gewaltig verringert, war jetzt auf die Gruppe der sieben Vorwähler zusammengeschmolzen; es war die Rechtsfolge dieses tatsächlichen Zustandes, wenn das alte Herkommen der deutschen einträchtigen Wahl jetzt nur für die Übereinstimmung der sieben Kurfürsten seine Kraft behielt. Dafür, daß wirklich solch ein Weistum ergangen ist, sprechen ebensowohl die Vorgänge selbst, die bereits allgemein als Ergebnisse des Braunschweiger Tages angesehen werden², wie die Art der darüber vorliegenden Berichte. Die festliche Aufnahme, die Wilhelm erst danach im Lande gefunden hat, die Huldigung von Städten und Fürsten, die Verfügungen, die er über das Reichsgut zu treffen wagte³, — alles zeigt uns den Herrscher, der jetzt, nachdem Sachsen und Brandenburg ihn gewählt, mit kaiserlicher Macht zu schalten befugt ist.

Doch aus den Worten des Erfurter Dominikaners geht mehr hervor: er läßt in gewisser Weise das zweite, von uns nur

gestellt werden; vgl. oben S. 249 N. 2. Nur war, was Eike geschrieben hatte, nicht „Theorie“, sondern lebendige politische Anschauung.

¹ Auch 1221 wird in dem Vertrag Magdeburg-Brandenburg vorausgesetzt, daß demjenigen die Reichsdienste zu leisten sind, „qui per concordiam principum sublimetur“, vgl. oben S. 315 N. 1.

² Vgl. insbesondere Zeumer NA. XXX, 412.

³ Vgl. oben S. 356 N. 5 über die Bistümer und über Lübeck.

vermutete Weistum als erlassen voraussetzen. Denn wenn er uns zuerst von der Kur des Sachsen und des Brandenburgers erzählt, wenn er dann die Gesandtschaft des Böhmen als einen Wahlakt beurteilt und schließlich eingehend darlegt, weshalb der Pfalzgraf sich vom König fernhielt, — was mag ihn zu dieser Bemerkung, mit der er die vier weltlichen Erzbeamten in ihrer Beziehung zu Wilhelm zusammenstellt, eher bewogen haben als die Kenntnis davon, daß zu Braunschweig die Stimmen aller Kurfürsten für den rechten König erfordert worden waren?

Und noch eines soll von neuem betont werden. Was durch das erschlossene Braunschweiger Weistum für immer deutsches Recht wurde, war nur der Widerhall der allgemeinen Stimmung jener Jahre. Wenn Matthaeus Paris erzählt, daß Wilhelms Krönung vielen nichtig schien, weil nicht alle „electores“ anwesend waren oder zugestimmt hatten, so werden wir jetzt das Recht haben, die Meinung dieser Leute dahin zu verstehen, daß erst durch die einstimmige Wahl aller Kurfürsten dem Reiche der Herrscher gegeben wurde.

Noch von einer andern Seite her versuche ich das Ergebnis zu stützen. Kein Geringerer als Zeumer selbst¹ hat bemerkt, daß wir mit einem vor dem Januar 1257 ergangenen „nicht erhaltenen Weistum“ rechnen müssen, durch das „der Kreis der Kurfürsten als der ausschließlichen Wähler des Königs ... abgeschlossen und allseitig anerkannt ... festgestellt“ wurde. Nur durch ein Reichsgesetz, so meint er, kann das überragende Recht der Kurfürsten geschaffen worden sein, daß die beiden Wahlen von 1257 zeigen. Wir haben jetzt beobachtet, wie seit der Designation Konrads von 1237 neben der Kur der Erzbeamten der Konsens der Reichsfürsten stand und ihnen dem Rechte nach gemeinsam die Erhebung des neuen Herrschers zukam: Kur und Konsens schufen in der Wahl den König der Römer. Die politischen Wirren, die durch die Absetzung Friedrichs II. über Deutschland kamen, die unvollkommene Wahl der vom Papste gesetzten Gegenkönige und ihr Kampf mit Konrad IV., die dadurch bedingte Unsicherheit der Rechtsverhältnisse — alles das drängte zu neuen festen Gestaltungen, sobald die Staufer Deutschland aufgegeben hatten. Die vornehmste Aufgabe war, an ihrer

¹ NA. XXX, 415; vgl. Histor. Zeitschr. 94, 211 f.

Stelle eine geordnete oberste Gewalt zu schaffen: um ihretwillen wurde der Braunschweiger Tag berufen, und er hat sie durch seine Weistümer mindestens theoretisch erfüllt.¹ Indem aber die Normen für die Übertragung der Herrschaft im Reich aufzusuchen waren, griff die Bedeutung der Reichssprüche weit über die augenblicklichen Staatsnotwendigkeiten und die Regierung Wilhelms hinaus. Die reichsfürstlichen Urteilfinder schlossen sich an die Form der Wahl an, die ihnen geläufig war, und nichts lag ihnen ferner, als etwa sie auf die Kur allein zu beschränken und den Konsens auszuschließen; worauf es ankam, war einzig, ein Mindestmaß der Bedingungen festzusetzen, das zu erfüllen wäre, ehe ein Thronkandidat des Reiches mit Recht sich unterfangen dürfte. Der Bescheid erging, daß erst ein von allen Kurfürsten einmütig Erwählter des Reiches wahrer König sei. Einen Kreis maßgebender Wähler sollte der Beschluß bezeichnen; niemand sah voraus, daß er zugleich dem Zustimmungsrecht der übrigen Reichsfürsten das Todesurteil spreche. Die Logik der Tatsachen² war es, die schnell dazu führte, daß durch das zweite Weistum von Braunschweig „der Kreis der Kurfürsten als der ausschließlichen Wähler des Königs fest abgeschlossen und allseitig anerkannt“ im Namen des Reichs handeln konnte.³

Endlich muß der von Zeumer geforderte, von uns festgelegte Reichsspruch auch um deswillen gefällt worden sein, weil eines der Weistümer, das König Richard von Cornwall später zur Anerkennung seines Königtums dem Papste vorlegen ließ, ein älteres, verlorenes notwendig voraussetzt, dessen Rechtsinhalt grad unserm zweiten Braunschweiger Spruch aufs genaueste entsprochen hat. Richards Gesandte hatten nämlich dem Papst Urban IV. unter den deutschen Wahlgebräuchen die Anforderungen, die eine einmütige Wahl zu erfüllen hätte, vorzutragen;

¹ Tatsächlich ist allerdings Wilhelm erst in seinem letzten Jahre zum Reichsherrscher geworden; vgl. Hintze, Geschichte des Königtums Wilhelms von Holland S. 180 ff. Doch ist dies durch die politischen Verhältnisse bedingt; rechtlich bedeutet der Braunschweiger Tag den Beginn der neuen Stellung.

² Das Recht hielt nämlich den Konsens der Reichsfürsten noch fest. Daher ist auch das Verhalten des Rheinischen Bundes nach Wilhelms Tode mit der hier gewonnenen Erkenntnis vollkommen vereinbar.

³ Über diese Umdeutung des zweiten Braunschweiger Weistums habe ich oben im ersten Aufsatz S. 252 ff. gesprochen.

sie erklärten, daß derjenige als in Eintracht gewählt gelte, auf den die Stimmen aller Kurfürsten oder wenigstens die zweier bei der Wahl anwesender gelenkt wurden.¹ In diesem Ausspruch sind zwei Prinzipien, die an sich unvereinbar sind, kümmerlich miteinander verkuppelt worden. Die Not, sich zu rechtfertigen, zwang König Richard, der nur von zwei Kurfürsten gewählt war, sich auf das kanonische Recht zu stützen, das die ‚unitas actus‘ und eine Mindestzahl von zwei Wählern zur gültigen Wahl forderte²; die Einmütigkeit aller Wähler hingegen ist der Grundgedanke des deutschen Rechts. Es ist nicht anders denkbar, als daß der König ein älteres Reichsweistum, das ihm Unrecht oder mindestens nicht Recht gab, für seine Zwecke ins Gegenteil zu wandeln versucht hat. Ich hoffe, es durch die Trennung der beiden, einander entgegengesetzten Bestandteile des Spruches von 1263 in seiner ursprünglichen Reinheit als Urteil des Braunschweiger Hoftages von 1252 wiedergewonnen zu haben: Richard und seine Anhänger haben den Satz, der die einhellige Wahl durch alle Kurfürsten erheischte, in Anlehnung an kanonische Bestimmungen so umgestaltet, daß er geeignet schien, seine nur durch zwei Kurfürsten vollzogene Wahl zur allgemein verbindlichen zu machen!

Doch schon als das Braunschweiger Weistum gefunden wurde, setzte es sich in Widerspruch zum kirchlichen Recht. Für Innocenz IV. und seine Anhänger waren die Wahlen zu Veitshoch-

¹ In dem Entwurf der Bulle *Qui celum* von 1263 (MG. Const. II, 526 nr. 405) § 7: ‚Intelligitur autem is electus esse concorditer, in quem vota omnium electorum principum vel saltem duorum tantummodo in electione presentium diriguntur‘. Wie die Bestimmung über die zwei Wähler, so ist auch der Ausdruck ‚vota dirigere‘ dem kanonischen Recht entlehnt; ich habe auch ihn deshalb oben S. 362 N. 1 für die lateinische Fassung des Weistums von 1252 durch den anderen Quellen: ‚vota conuenerunt‘ ersetzt. — Vgl. auch die spätere Definition der *electio concors* als Majoritätswahl in der „Sachsenhäuser“ Appellation § 3 (Zeumer, Quellensammlung S. 152).

² Vgl. *Lectura I*, fol. 62 zu c. 34 X I 6 gl. ‚Quamvis‘: ‚Sed et sicut ex registro colligitur pauci consenserant in Othonem, scilicet duo tantum, Coloniensis et quidam alius. Pluralis ergo numerus in hoc casu duorum numero est contentus quia et hoc regulare est. C. III q. III verbo Item [c. 3 § 26 ed. Friedberg]: Ubi numerus testium [non adicitur, etiam duo sufficient; pluralis enim elocutio duorum numero contenta est]‘.

heim und Worringen nach den kanonischen Vorschriften allseitig verpflichtend für das ganze Reich, weil sie von allen Erschienenen in den rechten Formen zugunsten würdiger Personen vollzogen und deshalb vom Papste bestätigt waren; den übrigen Deutschen galten sie höchstens als Teilerhebungen, die niemanden als die Wähler selbst verpflichteten. Die deutsche Vorstellung von der einträchtigen Wahl setzte sich der kanonischen von der einheitlichen Erhebung entgegen. Diese verlangte, daß die jeweils Anwesenden zu gleicher Zeit das Wahlrecht übten; jene forderte, daß alle Berechtigten, sei es auch zu verschiedenen Zeiten, zusammenstimmten.

Die Braunschweiger Reichssprüche haben zunächst das germanische Prinzip der Einstimmigkeit für die Rechtskraft der Königswahl aufs neue verkündet; dann haben sie mit Rücksicht auf die Verengerung, die der Kreis der kiesenden Wähler erfahren hatte, festgestellt, daß die geforderte Eintracht durch die Stimmen aller sieben Kurfürsten geschaffen werde. Aber sie hielten auch darin durchaus an der deutschen Gewohnheit fest, daß sie die Einhelligkeit keineswegs an das Ergebnis einer einzigen Wahlhandlung banden, sondern durch einzelne aufeinander folgende Willenserklärungen sie entstehen ließen. Die Fürsten erkannten die Worringer Wahl Wilhelms als eine rechte an¹ und zählten die bei ihr abgegebenen Kürsprüche der rheinischen Erzbischöfe für voll; nur erklärten sie, daß sie noch nicht ausreiche, um die kaiserliche Herrschaft zu übergeben, und ergänzten die erste Wahl zu voller Rechtskraft durch eine zweite, bei der die beiden andern nach sächsischer Meinung allein noch befugten Erzbeamten den Kürruf sprachen; so wurde in zwei verschiedenen Wahlakten die notwendige Einstimmigkeit hergestellt. Noch handelten die Kurfürsten im Geiste des germanisch-genossenschaftlichen Gedankens² „als einzelne“; nur zu bald allerdings hat der Einbruch

¹ Der Brief des Legaten (vgl. oben S. 357 N. 1): „electionem de predicto rege factam habuerunt ratam et gratam“.

² Die folgende Glosse des Ostiensis ist von außerordentlichem Gewicht, weil sie den Gegensatz der deutschen zur kanonischen Wahl scharf zeichnet; man darf auch hier als sicher annehmen, daß Heinrich von Embrun die Auffassung wiedergibt, die er in Deutschland im J. 1252 gewonnen hat. — *Lectura I*, fol. 62^b zu c. 34 I 6; gl. „vel noluerunt“: „Et est hoc argumentum evidens, quod pendente expectatione a qua hic loquitur potest maior inter principes concordia provenire, et sic qui consensit in unum potest mu-

kanonischer Rechtsanschauungen, denen zum Teil sich die rheinischen Erzbischöfe¹ schon bei den Wahlen Heinrich Raspes und Wilhelms unterworfen hatten, sie zum Kurfürstenkolleg zusammengeschlossen und zugleich die führenden zu den einzigen Wählern des „römischen Königs und zukünftigen Kaisers“² gemacht.³

Indessen diese letzte Entwicklung führt zeitlich und sachlich über die Grenzen hinaus, die dieser Arbeit gesteckt sind. Sie hatte nur die Aufgabe, aus der Rechtsgeschichte der deutschen Wahl die Gesichtspunkte herauszuheben, die zum Verständnis der Braunschweiger Reichsurteile vom 25. März 1252 unerläßlich sind. Es kam darauf an, die Entstehung des Kurfürstentums zu erklären, das uns in ihnen voll ausgebildet entgegentritt.

Seine Anfänge leiteten uns bis in die Zeit Friedrichs I. zurück und zu der Reichsgesetzgebung, in der um 1180 von den gräflichen Amtsfürsten der neue Lehnsfürstenstand geschieden wurde. Zu dessen Privileg gehörte es, daß von nun an die principes imperii allein den kaiserlichen Herrscher für das imperium erkoren, während die Grafen nur noch am allgemeinen Vollwort teilnahmen; gleichzeitig jedoch wurde den Laienfürsten, die hinter

tare voluntatem suam et in alium consentire; sic supra eodem Licet [c. 6] § preterea; maxime quia non tamquam ad collegium sed tamquam ad singulares competit principibus huiusmodi ius eligendi. Arg. ff. Communia predii Receptum est [c. 18 D 8, 4]; et adde quod notatur supra De constitutionibus Cum omnes [c. 6 I 2]; et quod ius istud spectat ad eos tamquam ad laicos qui et in representatione variare possunt, ut patet infra De iure patronatus Cum autem et c. Pastoralis § 1 [c. 24. 29 III 38].

¹ Vgl. oben S. 349.

² So lautete der Kürspruch bei der Wahl von 1273, vgl. oben S. 283.

³ Eine außerordentliche Rolle fällt hierbei dem Gedanken der Repräsentation der Gesamtheit durch einen bestimmten Kreis einzelner zu. Er spielt, wie ich glauben möchte, schon bei der Bildung des Reichsfürstenstandes und seinem Kurrecht mit (vgl. oben S. 304). Jetzt wirkt er dahin, daß die Kurfürsten als die Vertreter des ganzen Volks angesehen werden und in seinem Namen handeln; vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht III, 603 N. 240: nach Lupold von Bebenburg, *De iuribus regni et imperii* (Schard, *De iurisdictione et auctoritate imperiali*; Basileae 1566 p. 353 ff.) c. 5. 6 vollziehen die Kurfürsten die Wahl „representantes in hoc omnes principes et populum Germanie, Italie et aliarum provinciarum et terrarum regni et imperii, quasi vice omnium eligendo“. — Der Ursprung der Repräsentationsidee geht weiter ins Mittelalter zurück und wurzelt zu einem Teile viel tiefer im deutschen Recht als heute gemeinhin angenommen wird.

der gewaltigen Überzahl der Geistlichen verschwanden, ein ehrenvoller Anteil an den ersten Stimmen bei der Kur zugebilligt¹: nach den rheinischen Erzbischöfen sollten vier weltliche Fürsten küren, ehe die übrigen Stimmen der Reichsfürsten, Pfaffen und Laien, nach alter Weise folgten. Wie die Auszeichnung des Vorstimmrechts den drei Erzbischöfen zuteil wurde, die bei der Krönung hervortraten, so wurde sie den vier Laien gewährt, die beim festlichen Mahl als die Erzbeamten des Reichs dem Könige dienten.² Das Kurrecht der Reichsfürsten und das Vorstimmrecht der Erzwürden gaben seit dem Ausgange des 12. Jahrh. und zuerst vielleicht bei der Designation Friedrichs II. im J. 1196 der Wahl des römischen Königs das Gepräge.

Noch aber war sie auch insofern eine allgemeine Wahl³, als zu der förmlichen und feierlichen Handlung der Konsens der Grafen und Edlen ebenso notwendig gehörte wie die Einzelabstimmung durch die Reichsfürsten selbst. Erst als diese, mit überlegenen Rechten ausgestattet, hoch über alle andern Angehörigen des Reichs emporstiegen und sich von ihnen durch ausgezeichnete Privilegien abschlossen, da kam es unter Friedrich II., wahrscheinlich erstmals bei der Designation Konrads von 1237, dahin, daß die Vergabung des Reichs auch der äußeren Ordnung nach ausschließlich den *principes imperii* vorbehalten

¹ Die Darstellung Seeligers (MIÖG. XVI, 95f.; vgl. Deutsche Zeitschr. für Geschichtswiss. N. F. II, Monatsblätter S. 23f.) von dem Entwicklungsgange des Kurfürstentums ist mit den von mir gewonnenen Ergebnissen sehr leicht vereinbar; sobald man davon absieht, daß er, durch Lindner veranlaßt, das ausschließliche Kurrecht der Reichsfürsten noch nicht bei der Doppelwahl von 1198 annehmen wollte, decken sich seine prinzipiellen Erörterungen an wesentlichen Punkten mit den Ansichten, die ich zu begründen suchte. Daß für die Stufen der Entwicklung jetzt mit der Zeit von 1180—1252 ein erheblich größerer Zeitraum gewonnen ist als er von Seeliger angenommen werden mußte, scheint mir ein nicht geringer Vorzug.

² Auch hier hat Seeliger das Verdienst, der alten Ansicht wieder zu dem gebührenden Rechte geholfen zu haben. Vgl. Zeitschr. f. Geschichtswiss. a. a. O. S. 24: „Ein Vorrang bei der Krönungsfeier hat den Vorrang bei der Wahlfeier geschaffen“. — In der Beurteilung des Sachsenspiegels, der Verbindung von Erzamt und Kur, mit dem Satze von der „stufenweisen“ Entwicklung hat auch W. Becker in der Deutschen Zeitschr. für Gesch. XII, 297ff. vielfach Ansichten entwickelt, die den obigen sehr nahe stehen.

³ Von der formlosen Vorberatung und Nomination ist hier natürlich ganz abzusehen.

wurde. Selbst die Grafen durften nicht mehr an ihr Teil haben; Kur und Vollwort wurden den Reichsfürsten allein überlassen. Um die überlieferte Form der beiden Handlungen zu wahren, wurde den bisherigen Vorwählern die Kur, den übrigen die Zustimmung „aus einem Munde“ zugewiesen.

Streng wurde in den amtlichen Erklärungen daran festgehalten, daß die Abschichtung bei den Zeremonien der Wahl nicht etwa eine Abstufung des Rechts innerhalb der Reichsfürsten bedeute. Indessen wie konnte es im mittelalterlichen Leben anders sein, als daß sich der formale schließlich in einen rechtlichen Vorrang umbildete! Schon um 1198 wurden in Sachsen die allein kiesenden Reichsfürsten als die „Wahlfürsten“ (*electores*) genannt und so von den zustimmenden Grafen geschieden. Vielleicht dürfen wir sogar schon für das J. 1220 annehmen, daß die charakteristische Bezeichnung auf die sieben Vorwähler im besonderen angewandt wurde; sicher sind es seit den vierziger Jahren sie allein, die kurzweg als die „Kurfürsten“ galten, weil nur sie bei der Wahl eine Einzelstimme führten. Daß die volkstümliche Anschauung¹ in ein Reichsgesetz überging und dadurch eine neue Umbildung im Recht der Wahl veranlaßte, war eine Folge der politischen Bewegung, die Innocenz IV. durch seinen Weltkampf gegen die Staufer in Deutschland geweckt hatte. Mit der Selbstsicherheit, die ein Teil seiner Kraft war, suchte er den Deutschen zu zweien Malen das Joch einer „kanonischen“ Wahl aufzuerlegen. Indessen sie waren zum größten Teil weder bereit, die Rechtsgültigkeit des römischen Königtums von der päpstlichen Bestätigung abhängig zu machen, noch überhaupt geneigt, die deutsche Gewohnheit durch das fremde Recht brechen zu lassen. Die Einheit der feierlichen Handlung, die zur kirchlichen Wahl gehörte, verurteilte alle Abwesenden zu einer stillschweigenden Zustimmung, die damals in den Augen der Deutschen dem Verlust des Wahlrechts gleichkam.

So stark auch persönliche Vorteile mitwirkten, verteidigten die ostdeutschen Fürsten und Städte des Reichs auch dann noch die Freiheit und Vollkraft königlicher Herrschaft wie das alte deutsche Herkommen, als sie schon gewillt waren, den Gegen-

¹ Für sie wird die Analogie der bischöflichen Wahlen der Zeit stark ins Gewicht gefallen sein, bei denen die Vota der Wähler, die gleichmäßig eine Einzelstimme führten, die Entscheidung gaben.

könig der kirchlichen Partei für sich anzunehmen. Zur Bedingung ihres Übertritts zu Wilhelm machten sie die förmliche Anerkennung des deutschen Rechts, das durch die Art seiner Erhebung beiseite geschoben worden war. Durch feierliches Urteil des Reichs wurde zu Braunschweig festgestellt, daß der einmütig Erwählte aller Kurfürsten als König der Römer die kaiserliche Gewalt über das imperium besitze. Erst dieser Spruch hat die Kur der sieben Erzbeamten, die tatsächlich seit dem J. 1237 den sichtbaren Höhepunkt der Wahl ausmachte, auch rechtlich so weit über den Konsens der übrigen Reichsfürsten herausgehoben, daß dieser zur Bedeutungslosigkeit herabsank. Wohl war es nicht die Absicht gewesen, durch das Weistum ihre Zustimmung auszuschließen, sondern man wollte mit ihm verhindern, daß jemand, der noch nicht die Stimmen aller Kurfürsten auf sich vereinigt habe, die Herrschaft über das Reich beanspruche; allein der Spruch ließ ebensowohl der Deutung Raum, daß bereits die Einmütigkeit der Erzbeamten die Wahl des rechtmäßigen Königs vollende, so daß es des Konsenses anderer Reichsfürsten nicht mehr bedürfe. Und eben diese Auffassung ist um so schneller zum Siege gelangt, als sie den Ehrenrechten der einzeln stimmenden Kurfürsten aufs beste entsprach, in den geistlichen Wahlen der Zeit einen starken Rückhalt fand und überdies einen deutlich sichtbaren Zeitpunkt für den Beginn der Reichsherrschaft des neuen Königs festlegte.

So ist es dahin gekommen, daß tatsächlich durch die Folgen des zweiten Braunschweiger Reichsspruchs die Ordnung der Wahl, die bei der Designation Konrads geübt worden war, durchbrochen wurde. Das auszeichnende Kurrecht der sieben Vorwähler hat das rechtlich gleichgeordnete Konsensrecht der Reichsfürsten in den Hintergrund gedrängt und ist zum ausschließlichen Wahlrecht der sieben Kurfürsten geworden.¹

In den Umrissen liegt jetzt der Werdegang des Kurfürstentums bis zum Vorabend der Doppelwahl von 1257 offen vor

¹ Mit Genugtuung verzeichne ich, daß schon J. Fr. Böhmer die Bedeutung des Braunschweiger Tages in dieser Richtung gesucht hatte: „auf der hier erfolgten dreifachen Anerkennung in Verbindung mit den besonderen Umständen bei der Wahl Wilhelms scheint hauptsächlich die Entstehung der ausschließlichen sieben Kurwürden zu beruhen“ (Böhmer-Ficker Reg. nr. 5066^b).

unsern Augen. In seinen ersten beiden Stufen ist er mit der Entstehung und mit dem Abschluß des Reichsfürstenstandes durch die deutsche Verfassungsentwicklung unter Friedrich I. und Friedrich II. bedingt. Die letzte entscheidende Wendung mit den Braunschweiger Weistümern ist durch die politischen Ereignisse und vor allem durch den Versuch Innocenz' IV. herbeigeführt worden, des römischen Königtums Herr zu werden; sie haben durch den Widerstand, den sie weckten, dahin gewirkt, daß für die Wahl des Herrschers deutsches Recht neu geschaffen wurde.

Niemand, der das Ganze überdenkt, wird sich dem Eindruck entziehen, daß sich darin eine ungewöhnliche Erscheinung des staatlichen Lebens widerspiegelt. Es ist ein Außerordentliches, daß innerhalb eines Jahrhunderts das Recht, den Deutschen den König, dem römischen Reich den kaiserlichen Herrscher zu wählen, von der weitumfassenden Gesamtheit aller Fürsten Deutschlands auf drei geistliche und vier weltliche Kurfürsten allein übergegangen ist! Welche geistigen Kräfte müssen neben den politischen wirksam gewesen sein, damit die Wahl, die wiederum ein Jahrhundert früher noch bei dem ganzen Volke stand, jetzt von den wenigen im Namen aller und für alle vollzogen werden konnte.¹ Denn der Umbildung des Wahlrechts muß eine Umwandlung des Reichsbegriffs zur Seite gegangen sein; die eine wird durch die andere erfordert.

Insofern ist die Entstehung des Kurfürstentums nur eine andere Seite derselben Entwicklung, der wir in der Geschichte der staufischen Kaiserwahlen nachgegangen sind, deren Wirken wir im Werden und Wachsen des Reichsfürstenstandes spüren.² Hier überall ringt das jugendmutige deutsche Volk um den Aufbau des weltlichen Kaiserstaats.

Wo immer jedoch der Reichsgedanke der Stauferzeit sich Bahn brach, überall stieß er auf die überlegene Macht des Papsttums, das unter geistesgewaltigen Führern der Weltherrschaft der Kirche zustrebte.

¹ Vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht III, 574.

² Vgl. Seeliger in der Deutschen Zeitschr. f. Geschichtswiss. N. F. II., Monatsblätter S. 24: „Die zukünftige Forschung . . . wird zunächst die Aufgabe haben, den Verhältnissen und Wandlungen des Reichsfürstenstandes und seiner Gerechtsame weiter nachzugehen, über Fickers bahnbrechende Ergebnisse hinauszukommen.“ Dies ganze Buch lehrt die Bedeutung der Aufgabe, an die es nur an einer Stelle heranzuführen konnte.

Anhang.

Über einige neueste Literatur.

Seit dem Druck der ersten beiden Teile des Aufsatzes über die Kaiserwahlen, der bereits im J. 1909 vollendet war, und seit dem Abschluß des Manuskripts im Frühjahr 1910 sind bereits eine Reihe wichtigerer Arbeiten erschienen, die mittelbar oder unmittelbar die von mir erörterten Fragen berühren.

K. Zeumer hat in einer gelehrten „Studie über den Reichstitel“ vom „Heiligen römischen Reich deutscher Nation“ gehandelt (Zeumers Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reichs IV, 2). Er untersucht zunächst das Aufkommen der Bezeichnungen ‚imperium Romanum‘, ‚sacrum imperium‘, ‚sacrum Romanum imperium‘. Wenn auch die Zeugnisse über ihr erstes Auftauchen zu ergänzen sein werden, so bleibt doch die Tatsache, daß die Benennung des Reichs als imperium Romanum aus der Staatsanschauung des Sachsenhauses — auf die ich besondern Einfluß dem Kreise Ottos III. und Leos von Vercelli zuerkennen möchte —, die aber als ‚sacrum imperium‘ aus dem staufischen Reichsgedanken Friedrichs I. und Rainalds zu allgemeiner Geltung emporgewachsen ist. Wenn es überrascht, daß die volle Form ‚sacrum Romanum imperium‘ erst in den letzten Jahren Wilhelms von Holland nachgewiesen wird, so bleibt offen, ob es sich dabei nur um die Liebhaberei eines einzelnen Kanzleischreibers handelt oder ob die politischen Gegensätze, die wir gerade für jene Zeit aufzudecken vermochten, nach der einen oder der andern Richtung hin gewirkt haben, den neuen Brauch zu schaffen.

Mit den umsichtigen Untersuchungen von A. Werminghoff (Histor. Vierteljahrsschrift 1908 S. 184 ff.; Deutsches Reich und deutsche Nation, Königsberger Kaisergeburtstagsrede 1909; Nationalkirchliche Bestrebungen im deutschen Mittelalter [Kirchenrechtl. Abhandlungen herausgegeben von U. Stutz Heft 61, 1910]) stimmt Zeumer dahin zusammen, daß der später übliche volle Reichstitel „Heiliges römisches Reich deutscher Nation“ — von Zeumer zuerst unter Friedrich III. bemerkt — nicht etwa „die deutsche Nation als Inhaberin und Trägerin des Weltreichs“, sondern vielmehr in ausdrücklicher Beschränkung nur „das deutsche Hauptgebiet des Reichs“ bezeichnet. Im 15. Jahrh. schien also von dem Weltkaisertum der Staufer nur das übrig, was Innocenz III. als das ‚regnum Teutonicum et quantum in eo est imperium‘ in der Hand Philipps gesehen hatte (vgl. oben S. 70 N. 1).

Zeumer hat dargelegt, wie erst die Gelehrten des 17. Jahrh., ein Limnaeus und Pufendorf, jene Bezeichnung dahin gedeutet haben, als ob „von der deutschen Nation das römische Reich beherrscht werde“, und die Anwendung des Titels in diesem Sinn ist durchaus unhistorisch. Aber man wird dennoch anerkennen dürfen, daß er gerade in solcher Auslegung schließlich das Wesen des deutschen mittelalterlichen Kaisertums von den Ottonen bis zu den Staufern zu Recht wiedergibt (vgl. oben S. 199 ff.). Was ist jener Aufruf Friedrichs II. an Germanien und seine Völker (oben S. 142) anderes als ein stolzes Programm von der unabhängigen kaiserlichen Welt-herrschaft der deutschen Nation?

Wie die Lehre von einer selbständigen Kaisergewalt literarisch gestützt wird durch einen aus dem sinkenden Altertum ins Mittelalter übergehenden staatsrechtlichen Gedanken, das zeigt in feinfühligter Forschung Edm. E. Stengel mit der, ihrer Bestimmung würdigen Schrift: „Der Kaiser macht das Heer.“ (Erweiterter Sonderabdruck aus der Festgabe zu K. Zeumers 60. Geburtstag, 1910.) Im ersten Teil wird nach einer Einleitung über das römische Militärkaisertum der „Machtgedanke“ im weltlichen imperium von den Karolingern bis auf Friedrich I. und sein Fortwirken in der Tradition über Karl d. Gr. (vgl. besonders auch den Exkurs über die Fabeln von der Stiftung des Kurkollegs) durch die Jahrhunderte verfolgt. Der zweite Teil geht dem Schicksal des Hieronymus-Wortes ‚exercitus facit imperatorem‘ (vgl. oben S. 86) besonders in den Auseinandersetzungen des späteren Mittelalters über Staat und Kirche nach. Wenn der erste Abschnitt, auf den ich in einem Aufsatz über Widukind von Corvei zurückkomme, als eine Einleitung zu meiner, wesentlich doch politisch gerichteten Arbeit gelten darf, so ist der zweite (vielleicht nicht ganz organisch mit jenem verknüpfte) gleichsam ein Nachwort zu ihr. Stengel entwirft die Überlieferungsgeschichte des Gedankens, während ich seinem Wirken durch ein Jahrhundert hin nachspüre, in dem er nicht so sehr durch Worte als durch Taten seinen Ausdruck gefunden hat. Daß unsere Ergebnisse zwanglos aufeinander einzustellen sind, zuweilen, wo St. auf die Stauferzeit kommt, sich nahezu decken, darf als Beweis dafür gelten, daß wir mit den Vorstößen, die wir unabhängig von verschiedenen Ausgangspunkten her gewagt, auf dem rechten Wege sind.

Auf einige der verfassungsrechtlichen Fragen, auf die ich in meinen beiden Aufsätzen eingegangen bin, kommt wiederholt zu sprechen U. Stutz, Der Erzbischof von Mainz und die deutsche Königswahl (Weimar 1910), wo der Kampf um das Krönungsrecht zwischen Mainz und Köln in seinen interessanten Abwandlungen vom 10.—18. Jahrh. anschaulich dargestellt wird. Bleibt im einzelnen mancherlei zu erörtern, so gehen wir doch in wichtigen Grundanschauungen eng genug zusammen. Was er S. 68 N. 1 über die zunächst rein formale Bedeutung des Vorstimmrechts, S. 79 über die Berücksichtigung des weltlichen Elementes bei der Wahl sagt, entspricht völlig meinen Ausführungen oben S. 309. 313 ff. Und wenn er (S. 83 N. 1) gegenüber Lindner und E. Mayer betont, „daß man nicht zu künstlicheu Konstruktionen Zuflucht zu nehmen braucht, um die Aussonderung eines

Kreises von Vor- und später Alleinstimmberechtigten befriedigend zu erklären“, so versuche ich gerade, die Entstehung des Kurfürstentums aus einer innerdeutschen einheitlichen Entwicklung verständlich zu machen. Auch darin stimmen wir überein, daß ich wie er (vgl. S. 86 N. 2) „aus der Konsekrationsbefugnis bei der Königsweihe“ den Eintritt des Mainzers und der rheinischen Erzbischöfe in die Zahl der Kurfürsten herleite. Damit wird allerdings von uns nur die Ansicht wieder aufgenommen, die zuletzt Seeliger — dem Stutz irrig hier eine abweichende Meinung zuschreibt — am nachdrücklichsten vertreten hat.

Aufs engste endlich würde seiner Absicht nach mit meiner Untersuchung über die Anfänge des Kurfürstentums zusammengehören M. Krammer, Kurrecht und Erzkanzleramt im 13. Jahrh. (Festgabe für Zeumer S. 349 ff.). Auf einige zutreffende und wertvolle Beobachtungen konnte ich oben S. 326 N. 2 und S. 333 N. 1 hinweisen. Im ganzen aber steht seine Art, die Entwicklung neuer Formen der Verfassung nicht aus den bisherigen Zuständen heraus zu begreifen, sondern sie zu betrachten als „geschaffen unter dem Einfluß politischer Verhältnisse durch die kühn zugreifende Hand einer tatkräftigen Persönlichkeit, in oft nur loser Anknüpfung an Bestehendes“¹, meiner Überzeugung vom geschichtlichen Werden zu fern, als daß über Art und Ziel historischer Forschung eine Verständigung zwischen uns möglich wäre. Wenn Krammer recht gesehen hat und das Kurfürstentum erwachsen ist aus einer „Lehre Adolfs von Köln“ vom „besseren“ Stimmrecht einiger Fürsten, die in den Sachsen Spiegel aufgenommen und von Eike ausgestaltet wurde, sowie aus einem „Misverständnis“ dieser Sachsen Spiegelstelle durch Siegfried III. von Mainz, dem es gelang, seine falsche Auffassung vom ausschließlichen Königswahlrecht der Kurfürsten bei der Wahl von 1247 zur Anerkennung zu bringen, — wenn in diesem allen Krammer recht hat, dann freilich habe ich versungen und vertan.

Durch die oben besprochenen und einzelne weitere Arbeiten werden zu einigen Stellen meiner Aufsätze Ergänzungen geboten, die ich, mit wenigen andern Nachträgen, schließlich hier zusammen verzeichne.

S. 5 N. 3. Der Brief Hattos ist inzwischen von H. Bresslau in der Festgabe für Zeumer (Historische Aufsätze, Karl Zeumer zum 60. Geburtstage als Festgabe dargebracht) als eine Fälschung aus der Zeit Konrads III. endgültig dargetan; daß eben in diese Zeit seine Äußerungen über die Wahl vortrefflich passen, ist oben gezeigt.

S. 9 N. 5. Über die Urkunde Alexanders II. für das Erzbistum Bremen ist jetzt zu vergleichen Fr. Curschmann, Die älteren Papsturkunden des Erzbistums Hamburg.

S. 10 ff. Zur Vorgeschichte der imperialen Idee findet man Beachtenswertes bei E. Caspar, Petrus diaconus und die Montè-Cassineser Fälschungen S. 203 f.

¹ Die Sperrung rührt von mir her.

S. 15; vgl. S. 207 N. 3. Werminghoff, Nationalkirchliche Bestrebungen S. 15ff. behandelt als Auftakt für seine Aufschlüsse über das 15. Jahrh. die eigenartigen Äußerungen der Trierer Stilübungen, die von der Gründung einer deutschen nationalen Kirche unter dem Erzbischof von Trier als Primas sprechen. Sie behalten ihren Wert, auch wenn meine Bedenken wegen ihrer Zugehörigkeit zur Zeit Friedrichs I. sich als begründet erweisen sollten.

S. 59ff. 284f. 321f. E. Traub, Der Kreuzzugsplan Heinrichs VI. im Zusammenhang mit der Politik der Jahre 1195—1197 (Jen. Diss. 1910), stützt das Urteil über den Kaiser und seinen Reformplan, indem er ihn bei seinen Maßnahmen für den Kreuzzug als umsichtigen Organisator und praktischen Staatsmann verstehen lehrt.

S. 84ff. 275. 320. Zu Eikes Auffassung von der Kaiserwahl darf man sich nach Zeumers überzeugendem Beweis (Die sächsische Weltchronik, ein Werk Eikes von Reggow. Brunnerfestschrift S. 135ff.) auch auf die Reggowsche Chronik berufen; die für uns wichtigen Stellen hat Zeumer selbst S. 158f. schon zusammengetragen. Damit bekommen natürlich ihre Nachrichten über die Wahlen von 1220 (oben S. 127 N. 2); 1246. 1247 (oben S. 324 N. 6) erhöhte Bedeutung; vgl. Zeumer S. 160.

Daß Eikes „praktische Erfahrung bei der Königswahl gänzlich versagte“ (Stutz, Der Erzbischof von Mainz S. 103 N. 1), ist angesichts der Halberstädter Wahl von 1208 durchaus nicht gewiß. Denn auch wenn er nicht selbst sah, war ihm sicher möglich, zuverlässige Auskunft zu erlangen. Auch die Darlegungen Zeumers führen meiner Meinung nach gemeinsam mit denen von E. Eichmann (Acht und Bann im Reichsrecht des Mittelalters; und im Historischen Jahrbuch 1910, S. 323ff.: Kirchenbann und Königswahlrecht im Sachsenspiegel) dazu, den Sachsenspiegel unbefangener als Quelle auch des öffentlichen Rechts der Zeit zu würdigen. Für die Königswahl (vgl. oben S. 318ff.) wird seine Darstellung nicht mehr als „literarische Konstruktion“, sondern als Wiedergabe des tatsächlichen Hergangs zu beurteilen sein. In der Datierung des Rechtsbuchs stimme ich mit Eichmann insoweit zusammen, daß mir die Fassung der hierher gehörigen Kapitel des Landrechts auf den Eindrücken der Wahlen von 1208—1212 zu beruhen scheint.

S. 103 N. 2. Ohne daß ich besonderes Gewicht auf meine Vermutung lege, daß 1212 zu Frankfurt der Trierer die erste Stimme abgab und deshalb von Eike an die erste Stelle unter den Vorwählern gerückt wurde, will ich doch mit Rücksicht auf Stutz, Der Erzbischof von Mainz S. 103 N. 2 bemerken, daß die Zurückhaltung des Erzbischofs Siegfried II. bei jener Wahl einen erheblichen staatsrechtlichen Grund hatte: für ihn war die im J. 1211 vollzogene Nürnberger Wahl die rechtsverbindliche, die nach seiner von Innocenz III. völlig abhängigen Auffassung irgendeiner Ergänzung nicht mehr bedurfte. Daß Siegfried die Krönung zu Mainz vollzog, steht daher in keinem Zusammenhang mit der Frage, ob er vorher zu Frankfurt gewählt hat oder nicht.

Ob für Siegfrieds Eintreten an Stelle des Kölners im J. 1212 das von Stutz S. 36ff. dargelegte Mainzer „Hilfskrönungsrecht“ eine Rolle spielt, darf

offen bleiben. Im J. 1215 führen (vgl. Stutz S. 39 N. 1) beim Fehlen eines Kölner Erzbischofs die besten Quellen seine Vertretung durch Siegfried von Mainz auf dessen Eigenschaft als päpstlichen Legaten und nicht auf ein subsidiäres Mainzer Krönungsrecht zurück. Die dritte Fortsetzung der Kölner Königschronik (ed. Waitz, p. 236) läßt Siegfried hier nicht als Erzbischof, sondern ausdrücklich nur als Legaten handeln.

S. 110 N. 4 muß lauten: Zum letztenmal war unter Konrad III., der niemals Kaiser war, sein Sohn trotzdem gewählt worden.

S. 155 N. 1 ist aus den Briefen Innocenz' III. noch zu ergänzen: c. un. X III 12, *etsi locum Dei teneamus in terris*.

S. 159. Im Historischen Jahrbuch XXX, 430 ff. bespricht E. Eichmann die Arbeit von Hugelmann, Die deutsche Königswahl im *corpus iuris canonici*. Dabei lehnt er für das Mittelalter nicht nur die Auffassung des Königsamtes als eines kirchlichen ab, sondern will sie auch bei dem Kaisertum nicht gelten lassen. Wie nun immer die Rechtstheorie des 13. Jahrh. über die *specialis coniunctio inter papam et imperatorem* (vgl. oben S. 157) gedacht haben mag, das geht aus der Glosse und aus der Politik Innocenz' IV. sicher hervor, daß der Papst aus jenem Satze die Unterordnung des Kaisers ableitete und das Recht der kirchlichen Wahlen auf die Erhebung zum römischen Königtum anwandte. Die Tatsachen liegen schon jetzt offen vor Augen; und wenn es schließlich auch nicht gelang, so ist doch das Bestreben dahin gegangen, den Kaiser als einen Beamten der Kirche ihrem Ideal der Weltherrschaft einzugliedern. Was uns übrigbleibt, ist, tiefer in das Wesen der päpstlichen Theorie einzudringen.

S. 160 Z. 9 lies „ausgestattet“ statt „ausgestaltet“.

S. 168. Zu der Urkunde Alexanders IV. für den Bischof von Verdun, dem er am 28. März 1256 während der Vakanz des Reichs die Regalien überträgt, kommt jetzt noch eine interessante, Italien angehende, in der Alexander dem Thomas von Fogliano (vgl. oben S. 225) die Grafschaft Romagna bestätigt, *cum Romanum imperium vacet ad presens*. K. Hampe, Beiträge zur Geschichte der letzten Staufer, S. 67 nr. 1 veröffentlicht sie und spricht dabei auch über die (oben S. 179 N. 3 erwähnte) Bestätigung königlicher Urkunden Wilhelms durch die Päpste.

S. 191. Stutz, Der Erzbischof von Mainz S. 39 hält es wegen des Grabmals Siegfrieds III. von Eppenstein für möglich, daß er Heinrich Raspe zu Mainz gekrönt habe. Allein die Glosse und das Verhalten Innocenz' IV. schließen jeden Gedanken daran aus, daß der Gegenkönig überhaupt die Krone empfangen habe. Auch der Umstand, daß Siegfried gezeigt wird, wie er Heinrich und Wilhelm krönt, beweist, daß Stutz unbedingt das Rechte mit seiner Vermutung (N. 2) getroffen hat, daß Siegfried nur als „Königsmacher“ dargestellt werden sollte. — Der Aufsatz von Schrohe, Reichsgeschichtliches auf Mainzer Denkmälern (Zeitschr. des Vereins zur Erforschung der rhein. Geschichte in Mainz IV, Heft 4, Mainz 1903, S. 583 ff.) war mir nicht zugänglich.

S. 198 f. Für die Geschichte des Reichsbegriffs in der Salierzeit werden die Ausführungen von Zeumer, Heiliges römisches Reich deutscher Nation S. 9 f. über den Titel *Romanorum rex* aufmerksam zu beachten sein.

S. 282. Zu der Kur ‚in futurum imperatorem‘ bleibt zu erwägen, ob etwa bei der Wahl Friedrichs II. von 1196 diese Worte in den Kürspruch mit aufgenommen worden waren; vgl. oben S. 63. 138 N. 4. — Für die Vorgeschichte der Formel fällt ihr Vorkommen im Papstwahldekret Nikolaus' II. ins Gewicht: ‚dilecti filii nostri Henrici, qui in presentiarum rex habetur et futurus imperator deo concedente speratur‘; vgl. auch c. 1 Dist. XXIII.

S. 286 ff. Nachträglich bemerke ich, daß Heinrich von Susa das Gutachten auch in seine Summa Aurea De electione c. 10 (Lyon 1568) fol. 25' aufgenommen hat. Es schließt hier mit den Worten: ‚Eligat igitur . . . magis debeat expedire‘. Der in der Lectura noch folgende Satz gehört daher vielleicht nur der Glosse an. — Von Abweichungen in der Summa ist von Belang eine einzige: der Ausspruch, daß der Kaiser dem Papst unterworfen sei (vgl. auch oben S. 157 N. 3), ist in der mir vorliegenden Ausgabe dahin gemildert, daß gesprochen wird von dem Kaiser ‚qui in spiritualibus quodammodo subest ei‘.

S. 291 Z. 2 ist mit der Summa zu lesen: ‚nec citatus sit nec convictus‘.

S. 330 N. 3. Gegen Hugelmanns Behauptung von der ‚electio per unum‘ im älteren deutschen Wahlverfahren hat sich auch Stutz, Der Erzbischof von Mainz S. 76 N. 1. 78 N. 2 entschieden erklärt.

S. 332 N. 1. Für die Frage, ob bereits im J. 1220 bei der Wahl Heinrichs (VII.) die ‚electores principes‘ als alleinige „Kurfürsten“ von den übrigen Reichsfürsten getrennt waren, die nur konsentiert hätten, spielt der Vertrag zwischen Erzbischof Albrecht von Magdeburg und den von der Markgräfin Mechthild vertretenen Markgrafen von Brandenburg (Böhmer-Ficker Reg. nr. 10886) vielleicht eine noch größere Rolle, als ich oben S. 315 N. 1 angedeutet habe. Wie es einmal zu gehen pflegt, wird mir erst während des Druckes klar, daß die Tätigkeit des Erzbischofs bei der Wahl in dem Vertrage niemals als ‚eligere‘, küren, sondern stets als ‚consentire‘ bezeichnet wird: ‚Sin autem per discordiam principum continget eligi duos reges, si placuerit nobis [scil. marchionibus], ut regem alium habeamus quam eum in quem dominus archiepiscopus proposuerit consentire, non tenebitur nobis assistere . . . Sed si cum ipso consenserimus in aliquem eligendum, ipse iuste . . . promovebit ius nostrum‘. Allerdings ist aus der Urkunde allein nicht einwandfrei festzustellen, ob hier von dem consensus in der Vorverhandlung, durch die der zu wählende Herrscher nominiert wird, die Rede ist, oder von der nachträglichen Anerkennung eines bereits erkorenen Königs oder ob endlich die förmliche Wahlhandlung berücksichtigt ist. Nur in dem letzteren Fall könnte man aus den Worten des Vertrags die Lösung dahin suchen, daß im J. 1220 zunächst die sieben Erzbeamten einzeln gekoren, dann die Reichsfürsten einzeln zugestimmt, die Grafen und Edlen mit gesamten Munde das Vollwort erteilt hätten. So würde eine Übergangsform erscheinen, bei der die Vorstimmer wirklich bereits allein ‚electores‘ waren, die ‚principes‘ beim Konsens aber doch vollständig von den ‚nobiles‘ geschieden blieben. Wie man indessen über solche Möglichkeiten denken möge, — das Gesamtbild,

das wir von ihnen unabhängig entworfen haben, bleibt mit seinen festen Ergebnissen völlig unberührt: bereits am Ausgang des 12. Jahrh. koren allein die Reichsfürsten, deren Abstimmung von den sieben Vorwählern eröffnet wurde; im J. 1237 aber schieden die *nobiles* von jeder Mitwirkung an der feierlichen Wahl aus, so daß nunmehr die Kur bei den Erzbeamten, der Konsens bei den übrigen Fürsten stand. Nur darüber bleiben wir im Ungewissen, wie zwischen 1198 und 1237 sich der Übergang vollzogen hat, von dem uns im J. 1220 die Beschränkung des Titels *electores* auf die Vorstimmer eine sichere Kunde gibt.

S. 338 N. 1. Mit gütiger Erlaubnis von K. Zeumer darf ich hier ein Versehen in seinem Buch über die Goldene Bulle richtigstellen, das schon in andere Arbeiten übergegangen ist. Er spricht nämlich im I. Teil, S. 210 letzte Zeile, von der auch bei mir oben behandelten Stelle der *Gesta episcoporum Leodiensium abbreviata* und bemerkt, daß diese Quelle — die nach der bisherigen Anschauung nach 1251 aus der Chronik des Aegidius von Orval zusammengestellt ist — im J. 1242 abgeschlossen sei. Zeumer wollte jedoch sagen, daß die *Gesta* schon im J. 1244, bis zu dem allein sie geführt sind, auch beendet wurden.

U.C. BERKELEY LIBRARIES



008435300

Y

TO → 305 Main Library
RETURN CIRCULATION DEPARTMENT

HOWE LEE

DUE AS STAMPED BELOW

MAY 10 1979

3250

3B56

